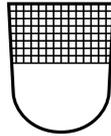


Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates des Kantons Freiburg

Jahr 2002



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2002

Staats- und Verwaltungsreform im Kanton Freiburg

Inhaltsverzeichnis

Staats- und Verwaltungsreform im Kanton Freiburg	3
1A Totalrevision der Kantonsverfassung	3
1B Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	3
2A Gesetz über die Organisation des Staatsrats und der Kantonsverwaltung	3
2B Aufgabenverteilung unter den Direktionen des Staatsrats	3
3 Gesetzgebung über das Staatspersonal	3
4 New Public Management	3
5A Neue Instrumente für das Finanz- und Verwal- tungsmanagement (NIGEFI)	3
5B Kantonale Subventionspolitik	3

Staats- und Verwaltungsreform im Kanton Freiburg

Der Staatsrat hat für die Legislaturperiode 1997–2001 ein Programm für die Staats- und Verwaltungsreform, das in 8 Projekte gegliedert ist, festgelegt. Er hat das allgemeine Konzept dieser Reformen in den Regierungsrichtlinien für die genannte Legislaturperiode dargelegt. In diesen Richtlinien hat sich die Regierung verpflichtet, das Parlament regelmässig über den Stand der Reform zu informieren. Deshalb hat sie beschlossen, die Reform in ihrem jährlichen Rechenschaftsbericht in einem besonderen Kapitel zu behandeln. In diesem Sinn hat sie in den letzten fünf Jahren in diesem Kapitel den Grossen Rat über den Fortschritt der Arbeiten seit der Vorstellung des Programms informiert.

Da die acht Projekte, aus denen sich das Programm zusammensetzte, Ende 2002 entweder realisiert oder mit separaten Projekten ergänzt worden waren, existiert das Programm als solches nicht mehr. Folglich muss nun ein Schlusspunkt gesetzt werden.

Ende 2002 wiesen die acht Projekte folgenden Stand auf:

1A Totalrevision der Kantonsverfassung

Dieses Projekt ist in der Realisierungsphase; die Arbeiten des Verfassungsrats, die im Kapitel des Rechenschaftsberichts über die Direktion des Innern und der Landwirtschaft dargestellt werden, kommen voran.

1B Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden

Die Fortsetzung der Arbeiten für dieses Projekt wird ebenfalls in den Kapiteln über die Direktion des Innern und der Landwirtschaft und die Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion erläutert.

2A Gesetz über die Organisation des Staatsrats und der Kantonsverwaltung

Dieses Projekt wurde mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung am 1. Januar 2002 abgeschlossen. Die Arbeiten zur Umsetzung dieses Projekts sind im Kapitel über die Staatskanzlei dieses Rechenschaftsberichts beschrieben.

2B Aufgabenverteilung unter den Direktionen des Staatsrats

Dieses Projekt, das 1997 begonnen wurde, ist mit der Verordnung vom 12. März 2002 über die Zuständigkeiten der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei abgeschlossen worden. Diese Verordnung wurde mit derjenigen vom 9. Juli 2002 über die Bezeichnungen der Verwaltungseinheiten des Staatsrats und der Staatskanzlei vervollständigt.

Das Projekt, mit dem die Aufgabenverteilung zwischen den Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei überprüft und den veränderten Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden sollte, die Tätigkeiten gruppiert werden sollten, um so Synergien auszunützen, und die Bezeichnungen der Direktionen und der Verwaltungseinheiten der gegenwärtigen Realität angepasst werden sollten, hat die gesteckten Ziele erreicht und wird vom 1. Januar 2003 an seine Wirkung entfalten.

Die Änderungen betreffen hauptsächlich die Bezeichnungen der Direktionen und Verwaltungseinheiten, die Abschaffung der Departemente, die Übertragung von Ämtern oder anderen Verwaltungseinheiten von einer Direktion auf eine andere und die Bezeichnungen der Personen, die diese Verwaltungseinheiten leiten.

3 Gesetzgebung über das Staatspersonal

Dieses Projekt wurde mit dem Gesetz vom 6. April 2001 über das Staatspersonal und mit dem Reglement vom 17. Dezember 2002 über das Staatspersonal, die am 1. Januar 2003 in Kraft getreten sind, abgeschlossen.

4 New Public Management

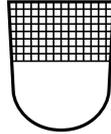
Die Fortsetzung der Arbeiten für dieses Projekt wird künftig im Kapitel über die Baudirektion des Rechenschaftsberichts beschrieben.

5A Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)

Dieses Projekt wurde 2002 mit der Umsetzung der neuen Instrumente abgeschlossen. Im Kapitel über die Finanzdirektion werden die Tätigkeiten im vergangenen Jahr zusammengefasst.

5B Kantonale Subventionspolitik

Dieses Projekt wurde mit dem Inkrafttreten des Subventionsgesetzes am 1. Januar 2001 abgeschlossen. Im Kapitel über die Finanzdirektion des Rechenschaftsberichts werden die Arbeiten zur Ausführung dieses Gesetzes, die im Jahr 2002 ausgeführt wurden, beschrieben.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2002

Direktion für Erziehung
und kulturelle Angelegenheiten

Inhaltsverzeichnis

Direktion	3	Departement für kulturelle	
1. Gesetzgebung	3	Angelegenheiten	42
2. Allgemeines	3	I. Kulturförderung	42
Erziehungsdepartement	5	II. Staatsarchiv	44
I. Kindergarten	5	III. Kantons- und Universitätsbibliothek	47
II. Primarschule	6	IV. Konservatorium	54
III. Sonderschulunterricht und Schuldienste ...	10	V. Museum für Kunst und Geschichte	56
IV. Schulkoordination	12	VI. Naturhistorisches Museum	57
V. Orientierungsschule (OS)	12	VII. Archäologischer Dienst	59
VI. Mittelschulen	16	VIII. Kulturgüterdienst	62
VII. Kollegium St. Michael	18	IX. Schloss Greyerz	64
VIII. Kollegium Heilig Kreuz	21	X. Das Schweizerische Zentrum für	
IX. Kollegium Gambach	22	Forschung und Information zur Glasmalerei	
X. Kollegium des Südens	24	in Romont	65
XI. Kantonales Lehrerinnen- und Lehrerseminar,			
Primarschule (KLS I)	25		
XII. Kantonales Lehrerseminar, Abteilung			
Kindergarten und Hauswirtschaft (KLS II)	26		
XIII. Kantonale Diplommittelschule (KDMS) ...	28		
XIV. Pädagogische Hochschule (PH)	30		
XV. Universität	33		
XVI. Erwachsenenbildung	36		
XVII. Ausbildungsbeiträge	36		
XVIII. Schul- und Berufsberatung	37		
XIX. Schüleraustausche	39		
XX. Sport und Sporterziehung	40		

Direktion

1. Gesetzgebung

Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 5. März 2002 über die Einschreibe- und Kursgebühren für die Grundausbildung und den Vorkurs an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Verordnung vom 18. März 2002 über die Aufnahmekapazität der Sektion Medizin und die Einführung des Eignungstests für das Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2002/03.

Verordnung vom 20. August 2002 zur Änderung der Statuten der Universität Freiburg.

Verordnung vom 20. August 2002 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsbeiträge.

Verordnung vom 24. September 2002 über die Genehmigung der Änderungen der Statuten der Universität.

Verordnung vom 1. Oktober 2002 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Schulgesetz.

Verordnung vom 14. Oktober 2002 zur Änderung des Reglements über den Mittelschulunterricht.

2. Allgemeines

Die Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten hat ihr letztes Jahr mit diesem Namen verbracht: ab 1. Januar 2003 wird sie Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) genannt. Das Jahr 2002 war von Überlegungen zur Organisation der Direktion und Reorganisationsentscheidungen geprägt. Die neue Bezeichnung der Direktion nimmt explizit den Begriff «Sport» im offiziellen Titel auf. Die beiden Departemente, aus der sich die Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten zusammensetzte (Erziehungsdepartement und Departement für kulturelle Angelegenheiten) werden Ende 2002 aufgehoben. Wie bereits für Deutschfreiburg und in vielen anderen Kantonen, wird es für den französischsprachigen obligatorischen Unterricht nur noch ein Amt geben. Die Trennung zwischen Kindergarten und Primarschule einerseits und Orientierungsschule andererseits gibt es nicht mehr. Die Vernetzungsbemühungen haben zudem zur Schaffung einer neuen Einheit, dem Amt für Ressourcen, geführt. Zu diesem Amt gehören insbesondere die operationelle Führung des Personals der gesamten Direktion, eine Aufgabe, die bisher zwischen dem Generalsekretariat und den verschiedenen Abteilungen aufgeteilt war, sowie die Beitragsleistung an die Schulbauten und die Berechnung der interkommunalen Aufteilung der Kindergarten- und Primarschulkosten («gemeinsamer Topf»). Das Generalsekre-

tariat wird seine Rolle als Direktionsstab und bei der Unterstützung der Direktionsentscheidungen verstärken und sich vermehrt auf seine Aufgaben konzentrieren; neu werden die juristischen Berater dem Generalsekretariat angehören; bisher bildeten sie eine eigene Abteilung. Schliesslich gehört neu die Krankenpflegeschule, die bisher zur Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion gehörte, der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport an.

Abgesehen von diesen strukturellen Änderungen gab es im Jahr 2002 wichtige Personalwechsel. Zuerst trat Staatsrätin Isabelle Chassot am 21. Dezember 2001 ihr Amt als Vorsteherin der Direktion an. Dann erfolgt ein Personenwechsel in zwei Abteilungen: die Abteilung für Kindergarten-, Primar- und Orientierungsschulunterricht Deutschfreiburgs verlor ihren Leiter, Robert Rudaz, der am 26. Dezember 2001 ganz plötzlich starb. Sein Nachfolger, Reto Furter, trat sein Amt am 1. Mai 2002 an. Ausserdem wurde die Leitung der Abteilung für französischsprachigen Kindergarten- und Primarunterricht während mehrere Monate interimistisch organisiert, weil die Direktionsvorsteherin den Leiter dieser Abteilung, Michel-Claude Schneuwly, am 18. Februar 2002 mit sofortiger Wirkung von seinem Amt suspendiert hat. Am gleichen Tag wurde ein Strafverfahren wegen Betrugs, Vertrauensmissbrauchs und Urkundenfälschung gegen ihn eröffnet. Am 4. März, einen Tag bevor das Verfahren für die Entlassung aus wichtigen Gründen durch den Staatsrat abgeschlossen wurde, reichte Michel-Claude Schneuwly seine sofortige Kündigung ein. Im Hinblick auf die Reorganisation der Direktion aufgrund des SVOG wurde eine Vertretung organisiert. Am 1. Januar 2003 nimmt das neue Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht seine Tätigkeit auf und tritt sein neuer Vorsteher, Léon Gurtner, sein Amt an. Weiter sind in zwei kulturellen Institutionen, der Kantons- und Universitätsbibliothek und am Konservatorium die Direktoren zurückgetreten (siehe die Kapitel dieser Institutionen). Somit war das Kaderteam der Direktion im Jahr 2002 nie komplett. Zugleich forderte die Vorbereitung von Regierungsprogramm und Finanzplan der Legislaturperiode 2002-2006 viel Arbeitskapazität. Insbesondere mussten die vom Staatsrat angekündigten Sparmassnahmen überprüft werden. Ihre Ankündigung löste dann mehrere Debatten mit dem Lehrkörper aus.

Die Direktion ist weiterhin sehr aktiv in der interkantonalen Schulkoordination: in der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und in den beiden Regionalkonferenzen, denen der Kanton Freiburg angehört (Conférence intercantonale de l'instruction publique de Suisse romande et du Tessin CIIP und Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz NWEDK). Die Koordinationsmittel werden verstärkt und immer öfter wird interkantonal zusammengearbeitet (siehe IV. Kapitel). Ganz besonders hat das PISA-Dossier die drei Konferenzen beschäftigt.

Im Januar 2002 hat die Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten von den Freiburger Resultaten (fran-

zösischer Kantonsteil) der PISA-Untersuchung Kenntnis genommen, die 2000 bei Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse durchgeführt worden war. Die internationalen Ergebnisse waren am 4. Dezember 2001 präsentiert worden. Sie ermöglichten eine Situierung der Schweiz gegenüber anderen Ländern, die auf Kriterien bezüglich Fähigkeiten beruhten, die als wesentlich für das Leben in der heutigen Gesellschaft gelten. Die Conférence intercantonale de l'instruction publique de Suisse romande et du Tessin (CIIP) hat zum Zeitpunkt der Untersuchung eine zusätzliche Untersuchung durchgeführt, die einen Vergleich der Ergebnisse der französischsprachigen Kantone untereinander erlaubte. Aus dieser Studie geht hervor, dass die Westschweiz eine bessere Position als die anderen Landesteile einnimmt und der Kanton Freiburg in den drei geprüften Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften die besten Resultate erzielte.

893 Schülerinnen und Schüler in 45 Klassen, verteilt auf die 10 französischsprachigen Orientierungsschulen (OS) des Kantons, haben sich im Mai 2000 dem PISA-Test unterzogen. Gemäss den internationalen Richtlinien des PISA-Projekts wurden die deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler im fremdsprachlichen 10. Schuljahr (eine Spezialität des Kantons Freiburg) vom Test ausgeschlossen, weil sie seit weniger als einem Jahr die Schule in der anderen Sprache besuchten, was den höheren Prozentsatz von 2,9 % (30 Fälle) der freiburgischen «Ausgeschlossenen» gegenüber den anderen Kantonen erklärt.

Beim Lesen sind die durchschnittlichen Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler des Kantons Freiburg, abgesehen vom Wallis, das unmittelbar hinter Freiburg liegt, bedeutend besser als die durchschnittlichen Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler der anderen Kantone. Zudem ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sehr schwachen Kompetenzen («Niveau 0 und 1») mit 6 % im internationalen Vergleich tief. Doch nicht nur die französischsprachigen Schülerinnen und Schüler erzielten sehr gute Resultate, auch die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler lagen nur knapp unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Dies zeigt, dass das freiburgische Schulsystem im internationalen Vergleich bei französisch- und anderssprachigen Schülerinnen und Schülern zu sehr guten Leistungen führen kann. Natürlich gibt es zwischen den Progymnasial-, Sekundar- und Realklassen Unterschiede in den Ergebnissen, doch in nicht wenigen Fällen gleichen sich die Resultate der drei Abteilungen und liegen nahe am Durchschnitt.

Auch in Mathematik fallen die Durchschnittsresultate der getesteten Schülerinnen und Schüler des Kantons Freiburg, abgesehen von den Resultaten der Kantone Jura und Wallis, die knapp hinter Freiburg liegen, bedeutend besser aus als in den anderen Kantonen. Während die Progymnasialausbildung klar über dem Westschweizer Durchschnitt liegt, sind die beiden anderen Abteilungen relativ nahe dabei. Das beste Westschweizer Resultat in Mathematik wurde von einem Schüler oder einer Schülerin des Kantons Freiburg erzielt.

In den Naturwissenschaften gleichen die Ergebnisse denjenigen in Lesen. Dies liegt sicher an der Formulierung der

Aufgaben, für die es vorwiegend Lesekompetenz brauchte, was ein Beweis mehr dafür ist, dass Lesekompetenz nicht nur im Sprachunterricht, sondern auch in anderen Unterrichtsfächern erworben wird.

Die Interpretation dieser Ergebnisse bedarf weiterer Analysen, und es ist sicher noch zu früh, Schlussfolgerungen über allfällige Ursachen zu ziehen. Insbesondere müssen die Bereiche der kontextuellen, strukturellen und pädagogischen Faktoren für eine Erklärung einzeln geprüft werden. Sicher werden diese Ergebnisse immer wieder dazu führen, dass die Ausrichtung der obligatorischen Schule als Ganzes überdacht wird. Im Vergleich zu den anderen Kantonen konnte die freiburgische Schule auf die neuen Herausforderungen der heutigen Gesellschaft reagieren. Dies liegt zweifellos zu einem grossen Teil an der Professionalität und der Motivation seines Lehrkörpers, an der pädagogischen Qualität des Unterrichts, an der Motivation der Schülerinnen und Schüler sowie an entsprechenden Weichenstellungen, die der Kanton Freiburg zum richtigen Zeitpunkt vorgenommen hat. Dies im steten Bemühen um einen optimalen Einsatz der Mittel, die der Freiburger Schule von der Steuerzahlerin, dem Steuerzahler bereitgestellt werden, sowie in Zusammenarbeit mit den Partnerkantonen der interkantonalen Konferenzen.

Ohne im Detail auf die verschiedenen Kapitel des Rechenschaftsberichts einzugehen, kann noch erwähnt werden:

- dass die Pädagogische Hochschule Freiburg (PH) im September 2002 die Grundausbildung mit einem ersten Jahrgang begonnen hat; der erste Jahrgang wird im Sommer 2005 abschliessen,
- dass im Bereich der Kultur das Jahr 2002 von der Expo.02 geprägt war, die von Mai bis Oktober in der Drei-Seen-Region stattfand,
- dass es gegenüber dem Vorjahr in den Klassen von den Kindergärten bis zu den Mittelschulen 306 Schülerinnen und Schüler mehr gab, bei nur 3 zusätzlichen Klassen. Insgesamt gibt es 36 664 Schülerinnen und Schüler und 1862 Klassen,
- dass die Zahl der Studierenden und Hörenden an der Universität von 9101 im Wintersemester 2001/02 auf 9651 im Wintersemester 2002/03 angestiegen ist.

Bei den Streitsachen im schulischen Bereich (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektoren oder der Schuldirektoren, welche die Direktion als hierarchische Beschwerdebehörde betreffen) sind im Jahr 2002 bei der Direktion 33 Beschwerden eingegangen (15 betrafen den französischsprachigen und 18 den deutschsprachigen Unterricht). 4 Beschwerden werden noch untersucht. 8 wurden vor dem abschliessenden Entscheid zurückgezogen, 1 wurde gutgeheissen und 20 abgewiesen.

Die Direktion war an der Entwicklung wirtschaftlicher und organisatorischer Geschäfte des Staates beteiligt. Dazu gehörten insbesondere die Umsetzung des SVOG, das Controlling der Piloteneinheiten des Projekts Führung mit Leistungsaufträgen und die periodische Überprüfung der Subventionen.

Erziehungsdepartement

I. Kindergarten

1. Französischer Kantonsteil

1.1 Allgemeines

Zum Schulbeginn 2002 werden die 148 Kindergartenklassen erstmals alle vollzeitlich geführt.

1.2 Anzahl Klassen

3 Klassen wurden wegen zu grosser Bestände geteilt: Avry-dt-Pont-Le Bry-Gumefens, Châbles-Cheyres-Font und Grolley. Fünf Klassen wurden wegen ungenügender Bestände geschlossen: Autigny-Chénens, Corminbœuf-Chésopelloz, La Jogne, Massonnens und Romont-Berlens.

1.3 Geografische Verteilung

	2001/02		2002/03	
Stadt Freiburg	17 Klassen	300 Schüler	17 Klassen	302 Schüler
Saane-Land	46 Klassen	772 Schüler	45 Klassen	749 Schüler
Greyerz	30 Klassen	513 Schüler	30 Klassen	502 Schüler
See französisch	8 Klassen	146 Schüler	8 Klassen	128 Schüler
Glane	18 Klassen	256 Schüler	16 Klassen	246 Schüler
Broye	20 Klassen	298 Schüler	21 Klassen	327 Schüler
Vivisbach	11 Klassen	191 Schüler	11 Klassen	195 Schüler
Total	150 Klassen	2 476 Schüler	148 Klassen	2 449 Schüler

1.4 Durchschnittliche Bestände

Schuljahr 2002/03: 16,54 (16,50) Schüler pro Klasse.

(Im ganzen Rechenschaftsbericht stehen die Zahlen in Klammern neben einer anderen Zahl jeweils für das Vorjahr).

1.5 Weiterbildung der Kindergärtnerinnen

Die Kindergärtnerinnen haben Ausbildungen über die neuen Musik- und Sporterziehungsmethoden besucht. Sie haben mit ihren Kolleginnen und Kollegen der Primarschule an den «projets d'établissement» mitgewirkt. Um den Übergang Kindergarten – Primarschule zu verbessern, haben sie eine Broschüre erarbeitet und vorgestellt.

1.6 Einschulung

Die Eltern von 150 (151) Kindern haben beschlossen, die Einschulung ihrer Kinder aufzuschieben. Dies betrifft 5,77 % (5,74 %) der Kinder, die 2002 ins Schulalter kamen. Etwa 60 % der Kinder, die vorzeitig in den Kindergarten eingetreten sind, besuchen diesen 2 Jahre. Die Eltern von 51 (51) Kindern haben eine vorzeitige Einschulung beantragt.

1.7 Beschäftigungsstand

31 (10) Stellen waren für das Schuljahr 2002/03 zu besetzen (5 volle Pensen und 26 Teilpensen).

12 Kindergärtnerinnen wurden 2002 diplomiert.

3 von ihnen haben eine Stelle mit vollem Pensum erhalten, 3 Stützunterricht und Stellvertretungen.

2. Deutschfreiburg

2.1 Allgemeines

Lehrplan Kindergarten

Der Lehrplan Kindergarten ist auf das Schuljahr 2002/03 offiziell in Kraft getreten. Dies bedeutet für die Lehrpersonen des Kindergartens, dass sie ihren Unterricht verbindlich nach dem Lehrplan planen und ausrichten müssen. Im Vordergrund steht die zielorientierte Planung nach den Richt- und Grobzielen des Lehrplans. Verbindlich geregelt ist für den Übergang vom Kindergarten in die Primarschule auch die Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen der Primarschule mittels eines Übergabegesprächs und die Zusammenarbeit mit den Eltern mit dem Standortgespräch zur Einschulung.

Schuleintritt

Rückgang der Gesuche um Aufschiebung des Schuleintritts

Seit dem Schuljahr 2000/01 wird in allen Kindergärten Deutschfreiburgs für das Elterngespräch zum Schuleintritt das vom Inspektorat erarbeitete Dokument «Einschätzung der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz» verwendet. Seit auch die Eltern für die Vorbereitung des gemeinsamen Gesprächs ihre Beobachtungen zu ihrem Kind in diesem Dokument eintragen müssen, fällt der Entscheid zum Schuleintritt auf Grund der gemeinsamen Beobachtungen differenzierter aus. Die Zahl der Gesuche um Aufschiebung des Schuleintritts ist seither kontinuierlich zurückgegangen und macht für das Schuljahr 2001/02 noch 12,35 % aus. Zum Vergleich: im Schuljahr 1999/2000 waren es noch 15,60 %.

Integration von behinderten und verhaltensauffälligen Kindern in den Regelklassen

Im Schuljahr 2002/03 sind 9 (13) Kinder mit besonderen Bedürfnissen in Regelkindergärten integriert. Die Integration von 8 Kindern erfolgt über das Schulheim Les Buissonnets. Zur Förderung und Unterstützung dieser Kinder arbeiten 5 (8) Heilpädagoginnen in Regelkindergärten. Die Integration eines weiteren Kindes wird durch die Erziehungsdirektion getragen.

Deutschunterricht für fremdsprachige Kinder

In 20 (21) Gemeinden wird zur besseren Eingliederung der fremdsprachigen Kinder Deutschunterricht angeboten. Im Schuljahr 2002/03 können 168 (155) Kinder im Kindergarten von diesem Unterricht profitieren.

2.2 Anzahl Klassen

Zum Schuljahresbeginn sind keine Kindergartenklassen eröffnet worden. Wegen ungenügender Kinderzahl wurden 3 Klassen geschlossen: Rechthalten (1), St. Antoni (1) und Ueberstorf (1). In Courtepin wurde wegen Überschreitens der zulässigen Klassengrösse und der Integration eines behinderten Kindes pädagogischer Stützunterricht gewährt.

2.3 Geografische Verteilung der Klassen

	2001/02		2002/03	
Freiburg	6 Klassen	109 Schüler	6 Klassen	85 Schüler
Sense	39 Klassen	697 Schüler	36 Klassen	620 Schüler
Greyerz (deutsch)	1 Klasse	16 Schüler	1 Klasse	14 Schüler
See (deutsch)	22 Klassen	416 Schüler	22 Klassen	390 Schüler
Total	68 Klassen	1 238 Schüler	65 Klassen	1 109 Schüler

Im Schuljahr 2002/03 unterrichten 93 Lehrpersonen in 65 Klassen. 3 Lehrpersonen unterrichten an 2 Schulorten. Erstmals werden alle Kindergärten vollzeitlich geführt. An 4 (4) Schulorten werden wegen geringer Schülerzahlen oder auf Grund einer langen Tradition zwei Jahre Kindergarten – ein Jahr auf Kosten der betreffenden Gemeinde – angeboten: Murten (8), Galmiz (1), Fräschels (1) und Jaun (1).

30 (24) Kindergärten werden von 2 Lehrpersonen im Teilpensum geführt. 5 (3) Lehrpersonen übernehmen an ihrem Schulort Schulleitungsfunktion.

2.4 Durchschnittliche Bestände

Im Schuljahr 2002/03: 17,06 (18,20) Schüler pro Klasse.

2.5 Weiterbildung

Umsetzung des Lehrplans Kindergarten

Im laufenden Schuljahr wurden die Lehrpersonen des Kindergartens für die Umsetzung des Lehrplans zu 2 zusätzlichen Weiterbildungsveranstaltungen eingeladen. Einführung Lehrplan für Bewegungs- und Sporterziehung: Alle Lehrpersonen wurden zu 2 verbindlichen Weiterbildungskursen verpflichtet. Die Veranstaltungen fanden je an den dafür vorgesehenen Mittwochnachmittagen statt.

2.6 Einschulung

Die Eltern von 153 (157) Kindern haben beschlossen, den Schuleintritt ihrer Kinder um ein Jahr aufzuschieben. Dies sind 12,35 % (13,61 %) der Kinder, die 2002 ins Schulalter kamen. Andererseits haben die Eltern von 17 (11) Kindern die Möglichkeit einer vorzeitigen Einschulung wahrgenommen.

2.7 Beschäftigungsstand

Im Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerseminar wurden im Sommer 2002 9 Lehrpersonen des Kindergartens diplomiert. Auf Ende Schuljahr kündigten 3 Lehrpersonen mit einem vollen Pensum und 8 mit einem Teilpensum. Auf Beginn des Schuljahres 2002 konnten alle frei gewordenen Stellen besetzt werden. 10 Kindergärtnerinnen werden neu angestellt, davon 4 mit einem vollen Pensum.

II. Primarschule

1. Allgemeines

1.1 Treffen mit den Berufsorganisationen

Die Direktorin für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten hat dreimal die Société pédagogique fribourgeoise francophone (SPFF) und zweimal die Lehrerinnen und

Lehrer Deutschfreiburg empfangen. Im Zentrum der Diskussionen standen das Bild des Lehrerberufs, die Arbeits- und insbesondere die Lohnbedingungen, die Reformen, die Schaffung der PH, die Projekte zur Schaffung von Schulleitungen.

1.2 Schülerbestände

Die Kommission für Schülerbestände hat zur Eröffnung, Teilung und Schliessung von Klassen Stellung genommen.

1.3 Förderung der Partnersprache

Ida Bertschy und Hans-Peter Birbaum haben die am Projekt beteiligten Schulkreise Jaun, Rue, Ursy und Cressier pädagogisch begleitet. Die kantonale Sprachenkommission hat mehrere Sitzungen abgehalten und Vorschläge ausgearbeitet für den Bericht über das Sprachenlernen, den sie vorlegen muss. Die Mitglieder dieser Kommission haben in den Projektschulen Klassenbesuche durchgeführt.

1.4 Einschulung fremdsprachiger Kinder

Die Anwesenheit zahlreicher fremdsprachiger Kinder erforderte Stützunterricht und die Organisation von Sprachklassen.

Die kantonale Kommission für schulische Betreuung und Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten hat ihre Arbeit fortgesetzt.

1.5 Schülertransporte

Alle Vorschläge der Transportunternehmen und der örtlichen Schulbehörden wurden kontrolliert und konnten eingehalten werden.

1.6 Beitragsleistung an Schulbauten

Sporthallen wurden eingeweiht in Villaz-St-Pierre und Brünisried, weitere sind im Bau in Villorsonnens und Dompierre, 1 ist in La Roche fertig geworden und weitere sind in Planung in Romont, Le Glèbe, Gurmels, Courtepin, Cugy und La Brillaz.

Schulhausneu- und -umbauten wurden abgeschlossen oder werden noch realisiert in den Gemeinden Attalens, Corbières, Dompierre, Charmey, Fribourg (Villa Thérèse), Grattavache, Hauterive, Kerzers, La Brillaz, Lurtigen, Lussy, Mannens-Grandsivaz, Marsens, Misery-Courtion, Montagny, Montbrelloz, Murten, Murist, Riaz, Schmitten, Sivrize, St-Martin, St. Silvester, Tavers, Tornay-le-Grand, Villaraboud, Villars-sur-Glâne, Villarvolard, Villorsonnens, Vuisternens-en-Ogoz.

Die Kommission für Schulbauten hat 6 Sitzungen abgehalten und 33 Dossiers behandelt.

1.7 Schülerbestände

Zu Beginn des Schuljahres 2002/03 gab es 19 719 (19 398) Schülerinnen und Schüler in den Regelklassen der Primarschule, aufgeteilt auf 14 385 (14 103) in den französischsprachigen und 5334 (5295) in den deutschsprachigen Klassen.

Zudem gab es in den Kleinklassen 339 Schülerinnen und Schüler, aufgeteilt auf 227 in den französischsprachigen und 112 in den deutschsprachigen Klassen.

Der Durchschnittsbestand der öffentlichen Primarklassen (ohne Kleinklassen) betrug 19,87 (19,79) Schülerinnen und Schüler; mit den Kleinklassen beträgt der Durchschnitt 19,66 (19,33) Schülerinnen und Schüler.

Verteilung der Schülerinnen und Schüler

	französischsprachige Klassen		deutschsprachige Klassen	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
1. Jahr	2 305	2 426	886	906
2. Jahr	2 420	2 349	863	907
3. Jahr	2 402	2 398	918	834
4. Jahr	2 509	2 472	935	890
5. Jahr	2 323	2 428	853	918
6. Jahr	2 144	2 312	840	879
Total	14 103	14 385	5 295	5 334

2. Französischsprachiger Teil

2.1 Allgemeines

Neuerungen

Die Einführung des neuen Mathematik-Lehrmittels im 6. Jahr wurde fortgeführt.

Die Westschweizer Methode für Musikerziehung wurde in den 5. Klassen eingeführt.

2.2 Anzahl Klassen

	2001/02			2002/03		
	Total	VP	TP	Total	VP	TP
Freiburg	98*	35	63	99*	29	70
Saane-Land	107	51	56	109	49	60
Saane-Nord	116	81	35	115	77	38
Greyerz	151	99	52	153	95	58
Glane-Vivisbach	139	81	57	139	83	56
Broye-See	110	62	48	113	63	50
Total	721	409	311	728	396	332

* Acht Primarklassen gehen zulasten der Stadt Freiburg.

12 Klassen wurden wegen zu grosser Bestände geteilt: Autavaux-Forel-Montbrelloz (1), Bossonnens (1), Bulle-Morlon (2), Courtepin-Courtaman-Wallenried (1), Essert-Montévraz-Oberried-Zénauva (1), Farvagny-Vuisternens-Ogoz (1), Fribourg (1), Le Crêt-Les Ecasseys-Grattava-che-Progens (1), Montagny-Léchelles/Chandon (1), Murist-Vuissens (1) und Riaz (1).

5 Klassen wurden wegen ungenügender Bestände geschlossen: Belfaux-Autafond (1), Cheiry-Chapelle-Prévondavaux (1), Cottens (1), Siviriez (1), Villorsonnens (1).

Zum Schulbeginn 2002/03 gibt es somit gegenüber dem Vorjahr 7 zusätzliche Klassen.

Sprachklassen, Stand am 1.9.2002: Estavayer-le-Lac: 3 Stellen zu insgesamt 57,85/30 Pensum; Bulle: 1 Stelle zu

22,6/28 Pensum; Freiburg: 6 Stellen zu 90,2/30 Pensum; Marly: 1 Stelle mit einem halben Pensum; Courtepin: 1 Stelle mit einem halben Pensum; Villars-sur-Glâne: 2 Stellen zu insgesamt 30,05/30 Pensum, Romont 1 Stelle mit einem vollen Pensum.

Kurse zu zwei bis vier Lektionen pro Woche einzeln oder in Gruppen in allen Schulkreisen mit fremdsprachigen Kindern.

2.3 Beschäftigungsstand

Für das Schuljahr 2002/03 waren 34 (26) Stellen mit Vollpensum und 68 (56) Stellen mit Teilpensum zu besetzen.

Von 55 im Jahr 2002 Diplomierten erhielten 17 eine Stelle mit Vollpensum oder Teilpensum, 20 haben ihre Ausbildung fortgesetzt oder eine andere Berufsrichtung gewählt und 18 stehen für Stellvertretungen oder Stützunterricht zur Verfügung.

2.4 Weiterbildung

a) Obligatorische Kurse

Einführung des neuen Westschweizer Mathematik-Lehrmittels für die 1. – 6. Primarklasse.

Einführung der neuen Musiklehrmethode für Kindergarten bis 6. Primarklasse.

Einführung der neuen Methode für den Deutschunterricht (Tamburin).

b) Freiwillige Kurse

In der zweiten Juliwoche wurden 43 Kurse durchgeführt; es wurden 22 Jahreskurse und 30 Abholkurse durchgeführt. Sie wurden von 1681 Lehrpersonen des Kindergartens, der Primarschule und für textile und nichttextile Handarbeit, der Kleinklassen, der Sonderklassen und von stellvertretenden Lehrpersonen besucht.

2.5 Schulinspektorenkonferenz

Im Schuljahr 2001/02 haben die französischsprachigen Schulinspektoren 31 Sitzungen abgehalten über gemeinsame Überlegungen, Ausbildung, Information, administrative und organisatorische Sachen. Die Prüfung einer Neustrukturierung der Schulinspektion sowie die Arbeit bezüglich der «projets d'établissements» wurden fortgeführt. Die Konferenz hat zahlreiche Gäste für einen Austausch und zur gegenseitigen Information eingeladen. Mehrere Berichte wurden bei der Konferenz in Vernehmlassung gegeben: «Edupré», Erziehung und Prävention, Reglement über das Gesundheitsgesetz, Ausbildung der Praktikumslehrpersonen, Reglement über das Dienstverhältnis des Staatspersonals.

Die Konferenz hat insbesondere folgende Geschäfte behandelt:

- Überlegungen zu den institutionellen Prioritäten und Erstellung eines Berichts mit Vorschlägen zuhanden des Departements

In Bezug auf die Schülerschaft

- Prüfung der Beurteilungen im Mathematikunterricht im 4. Jahr
- Übertrittsverfahren in die Orientierungsschule
- Überlegungen zur den Stützen der Schule
- Evaluation der Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern in der Regelschule.

In Bezug auf die Lehrerschaft

- Organisation der obligatorischen Lehrerkurse
- Neudefinition der Ziele der verschiedenen Klassenbesuche
- Organisation zusammen mit dem Departement eines Aufholkurses für Lehrpersonen des Handarbeitsunterrichts
- Kollegiale Ausbildung.

In Bezug auf die Behörden

- Zusammenarbeit mit der Abteilung Kindergärten und Primarschule bei der Planung der Weiterbildung.
- Besprechung der Neustrukturierung der Schulinspektion mit der Direktionsvorsteherin, Staatsrätin Isabelle Chassot.
- Information über den Westschweizer Rahmenlehrplan (Pecaro) durch Olivier Maradan.
- Austausch über eine Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule (PH).

Ausserdem haben manchmal am ersten Mittwoch des Monats Dienstsitzungen im Departement stattgefunden, an denen die Inspektorinnen und Inspektoren teilgenommen haben.

2.6 Kleinklassen

Der französischsprachige Kantonsteil verfügt über 26 (26) umgerechnete Vollzeitstellen für Lehrpersonen der Kleinklassen:

Freiburg (8), Bulle (6), Estavayer-le-Lac (3), Villars-sur-Glâne (3), Marly (1), Belfaux (1), Romont (2) und Châtel-St-Denis (2).

Ausserdem gibt es 32,29 (31,37) Stellen für heilpädagogischen Stützunterricht. Die Lehrpersonen sind in den folgenden Kreisen tätig:

Freiburg (4,6), Broye und See (6), Glane und Vivisbach (6,49), Greyerz (4,7), Saane-Süd (5,10), Saane-Nord (5,4).

3. Deutschfreiburg

3.1 Allgemeines

a) Schulleitung

Das Projekt «Schulleitung als Qualitätsentwicklung der Kindergärten und Primarschulen» wird im Sommer 2002 abgeschlossen. Ende Jahr wurde der Direktion der Schluss-

bericht über den erfolgreichen Projektverlauf vorgelegt. Personelle Veränderungen bei der Projektleitung führten zu einer leichten Verzögerung bei der Umsetzung, so dass die Schulleitungen der Projektschulen trotz Projektabschluss im Schuljahr 2002/03 im gleichen Rahmen wie während der Projektphase entlastet werden. Insgesamt verfügen 24 von 30 deutschsprachigen Schulgemeinden zu Beginn des laufenden Schuljahrs über eine Schulleitung, deren Entlastung sie selber finanzieren.

Pädagogische Tagung

Am 1. Mai 2002 trafen sich rund 800 Lehrpersonen des Kindergartens, der Primar- und der Orientierungsschule zur alljährlich stattfindenden Pädagogischen Tagung. Diesmal lautete das Thema «Pädagogische Vielfalt». Zwei Referenten, Nationalrat Hugo Fasel und Schulinspektor Markus Fasel, setzten sich mit dem Phänomen der Heterogenität im gesamtgesellschaftlichen und schulischen Kontext auseinander. Ihre Thesen wurden anschliessend in Diskussionsrunden von den Lehrpersonen weiterbearbeitet. Die Kernaussagen der Tagung wurden schliesslich in einem Bericht zusammengefasst und den Schulen abgegeben.

Kernpunkte der Schulentwicklung

Die Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren wurde von der Abteilung für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht beauftragt, in einem Bericht Kernbereiche der Schulentwicklung Deutschfreiburgs herzustellen und zu beschreiben.

3.2 Anzahl Klassen

	2001/02			2002/03		
	Total	VP	TP	Total	VP	TP
Stadt Freiburg (deutsch)	29	16	13	31	15	16
Sense	150	91	59	152	88	64
Greyerz (deutsch)	4	4	–	3	3	–
See (deutsch)	77	41	36	78	46	32
Total	260	152	108	264	152	112

In diesen Zahlen sind auch die Lehrpersonen von Alterswil, Bösing, Ueberstorf (2), St. Antoni, Plasselb, Gurmels, Freiburg FOS mitgerechnet, die, anstatt eine eigene Klasse zu führen, als pädagogische Stützlehrer eingesetzt werden. In den folgenden Schulen wurden Klassen eröffnet: Freiburg-FOS (1), Freiburg-Schönberg (1), Liebistorf (1), Murten (1) und Tafers.

In Bösing, Freiburg (Vignettaz) und Jaun wurde je 1 Klasse geschlossen.

Sprachkurse: Stand am 1. September 2002: Schulkreis ABGRU 5/28; Alterswil: 2/28; Bösing: 11/28; Cordast-Guschelmuth: 6/28; Courtepin: 8/28; Düdingen 6/28; Flammatt: 36/28; Freiburg: 40/28; Giffers 4/28; Gurmels: 5/28; Heitenried: 3/28; Jaun: 1/28; Schulkreis Jeuss, Lurtigen, Salvenach: 3/28; Kerzers: 19/28; Liebistorf: 3/28; Murten: 29/28; Plaffeien: 3/28; Plasselb: 2/28; Schmitten: 10/28; St. Ursen: 5/28; Tafers: 7/28; Ueberstorf: 3/28; Wünnwil: 16/28.

3.3 Beschäftigungsstand

14 Vollzeitstellen und 32 Teilzeitstellen wurden am Ende des Schuljahrs besetzt.

Für das Schuljahr 2002/03 wurden 17 Lehrpersonen vollzeitlich und 47 teilzeitlich angestellt. Von den 29 neu diplomierten Lehrpersonen haben 12 eine Voll- oder Teilzeitstelle angetreten, die übrigen 17 haben einen Sprachaufenthalt oder eine andere Berufsrichtung gewählt oder ihre Ausbildung fortgesetzt.

3.4 Weiterbildung

a) Obligatorische Kurse

- Lehrplan Kindergarten – Organisation und Beurteilung.
- Zusammenarbeit Kindergarten / Unterstufe/ Kontinuität der Lernwege.
- Berufseinführung für Lehrpersonen im 1. und 2. Berufsjahr.
- Einführung in das neue Mathematiklehrmittel «Zahlenbuch 3».
- Einführung in das neue Mathematiklehrmittel «Zahlenbuch 4».
- Einführung in das neue Mathematiklehrmittel «Zahlenbuch 5».
- Einführung in das neue Mathematiklehrmittel «Zahlenbuch 6».
- Didaktik: Deutsch als Fremdsprache für Kindergarten-Primarschule-Orientierungsschule.
- Interne Weiterbildung der Schulleitungen.
- Deutschunterricht: Fördern und Beurteilen.
- Beginn mit dem Französischunterricht in der 3. Klasse, neue Schwerpunkte in der 3./4. Klasse.
- Geografieunterricht: Einführung der neuen Schulkarte; 4./5. Klasse.
- Austausch der Lehrpersonen der 5./6. Klasse und der Orientierungsschule.
- Einführung in das überarbeitete Lehrmittel «Fadenflip» für Lehrpersonen der textilen und nichttextilen Handarbeit.

b) Freiwillige Kurse

Vom Erziehungsdepartement organisierte Kurse: siehe Bericht Pädagogische Hochschule, Weiterbildung.

c) Schweizer Kurse

40 Lehrpersonen Deutschfreiburgs haben im Juli 2002 in Vaduz/FL an den schweizerischen Lehrerweiterbildungskursen teilgenommen.

3.5 Schulinspektorenkonferenz

Die Konferenz hat 18 Sitzungen abgehalten, an denen sie sich mit folgenden Geschäften befasst hat:

In Bezug auf die Schülerschaft

- Beginn mit dem Französischunterricht in der 3. Klasse / Änderung der Studentafel.
- Differenzieren im Französischunterricht.
- Überarbeitung der Zeugnisse Primarschule und Orientierungsschule.
- Integration der fremdsprachigen Kinder.
- Schülerurlaube.

In Bezug auf die Lehrerschaft

- «Schulleitung als Qualitätsentwicklung».
- Kollegiale Hospitation.
- Umsetzung des «FR-IKT»-Konzepts – Ausbildung der Lehrpersonen.
- Weiterführung des Konzepts «Gesundheitsförderung an den Kindergärten und Primarschulen».

In Bezug auf den Unterricht

- Pädagogik der Vielfalt – Umgang mit Heterogenität.
- Neuer Lehrplan Kindergarten.
- Neuer Lehrplan Bewegungs- und Sporterziehung.
- Evaluation des Lehrplans Primarschule.
- Orientierungsarbeiten Deutsch.
- Neues Geschichtslehrmittel.
- Förderung der Fremdsprachen – Sprachenkonzept.
- Evaluation des Bibelkurses.

In Bezug auf die Behörden

- Informationsveranstaltungen «Schulleitung als Qualitätsentwicklung».
- Informationsveranstaltungen zur Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen.
- Kursangebot für die Schulkommissionsmitglieder in den Schulen.
- Teilnahme an den Sitzungen der Vereinigung der Schulpräsidentinnen und Schulpräsidenten.

Gemeinsam mit der Konferenz der französischsprachigen Schulinspektorinnen und Schulinspektoren wurden die folgenden Bereiche bearbeitet:

- «Schulleitung / Projet d'établissement»: aktueller Stand.
- Personalentwicklung / Lehrerinnen- und Lehrermangel.
- Einblick in Mandat – Zielsetzung – Perspektiven verschiedener kantonaler Kommissionen.
- Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule.

3.6 Kleinklassen

Im Schuljahr 2002/03 werden 13 (13) Kleinklassen geführt: Freiburg (1), Düdingen (2), Schmitten (2), Flamatt (2), Kerzers (4), Murten (2). In Murten wurde eine Kleinklasse aufgehoben und in eine HSU-Stelle umgewandelt. In Düdingen wird die Einführungsklasse, die auch lernbehinderte Schülerinnen und Schüler betreut, über den Stellenpool der Primarschule (2/3) weitergeführt.

Mit dem Schulkreis Jeuss-Lurtigen-Salvenach hat ein weiterer Schulkreis um Einführung des Heilpädagogischen Stützunterrichts ersucht. Das HSU-Angebot sieht im Moment wie folgt aus: 58 HSU-Lehrerinnen und HSU-Lehrer oder 19,26 (16,4) umgerechnete Vollzeitstellen arbeiten in den folgenden Schulkreisen: ABGRU, Alterswil, Bösing, Brünisried, Cordast-Guschelmuth, Courtepin, Fribourg, Fribourg FOS, Giffers, Gurmels, Heitenried, Jaun, Jeuss-Lurtigen-Salvenach, Liebistof, Murten, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schwarzsee, Tifers, Ueberstorf, Wünnwil.

III. Sonderschulunterricht und Schuldienste

1. Statistische Angaben

	französischsprachiger Teil		Deutsch-freiburg		Total	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Anzahl Schüler	647	674	153	156	800	830
Anzahl Klassen	95	95	26	26	121	121
Schülerdurchschnitt	6,81	7,09	5,9	6,0	6,61	6,86

Die Sonderschulen des Kantons bieten 752 (752) Plätze in Sonderklassen an. Die Belegung liegt über 100 % (830 Schülerinnen und Schüler).

Fünf Institutionen mit 91 (88) internen Plätzen nehmen 95 (88) Kinder im Internat auf. Eine Institution ist zweisprachig (Les Buissonnets). Der Belegungsgrad beträgt 100 %.

Freiburger Kinder, die ausserhalb des Kantons eingeschult sind:

Deutscheschweiz:	24	(25)	(BE)
Westschweiz:	28	(28)	VD (27) VS (1)

Kinder aus anderen Kantonen in Freiburger Institutionen:

Deutschfreiburg	1	(1)	(BE)
Westschweiz	42	(42)	(VD: 22; NE: 8; BE: 5; VS: 1; GE: 5; JU: 1)

2. Lehrpersonal

Der Lehrkörper umfasst 152 (155) französischsprachige und 57 (59) deutschsprachige Personen, insgesamt 209 (214): 64 mit vollen Pensen und 145 mit Teilpensen bei 150,39 (149,16) Stellen (Deutschfreiburg 35,29 und französischer Kantonsteil 115,1). Die Lehrpersonen, die für den Stützunterricht in den Regelklassen verantwortlich sind, sind in diesen Zahlen nicht mitgerechnet.

183 (182) von 209 (214) verfügen über ein Sonderschul-lehrdiplom (87,55 %), im französischen Kantonsteil 133 von 152 (87,5 %) und in Deutschfreiburg 50 von 57 (87,7 %) Lehrpersonen.

3. Schüler- und Klassenbestände

In beiden Kantonsteilen gibt es die gleiche Anzahl Klassen wie im Vorjahr, aber die Anzahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse hat zugenommen. Alle Institutionen sind zu 100 % ausgelastet, und Erweiterungen sind nur beschränkt möglich.

4. Integration in der Regelschule

Im französischen Kantonsteil führt das «Centre éducatif et scolaire de la Glâne (CESG)» das gemäss kantonalem Konzept im Juni 1999 gutgeheissene Projekt zur Integration geistig und körperlich behinderter Kinder in der Regelschule weiter. Diese Institution wurde zudem vom Kanton und vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) anerkannt für die pädagogische Unterstützung von körperlich behinderten Kindern, die in die Regelschule integriert sind. In diesem Schuljahr besuchen 61 (46) von der IV anerkannte Kinder aus dem ganzen Kanton den Kindergarten, die Primarschule oder die Orientierungsschule und werden durch Sonderschullehrkräfte unterstützt (Finanzierung durch die IV). Von diesen 61 Schülerinnen und Schüler sind 11 körperlich und 50 geistig behindert.

Das Sonderschulheim St. Joseph gewährleistet die pädagogische Unterstützung der gehörlosen und hörbehinderten Kinder, die teilweise oder ganz in der Regelschule integriert sind.

Die in der Regelschule integrierten sehbehinderten oder blinden Kinder werden von Sonderschullehrern des «Centre pour handicapés de la vue (CPHV)» Lausanne unterstützt

In Deutschfreiburg werden 41 Kinder und Jugendliche im Rahmen des kantonalen Integrationskonzepts durch das Schulheim Les Buissonnets betreut: 8 im Kindergarten, 22 in Regelklassen der Primarschule und 11 in der Orientierungsschule. Weiter sind einige Kinder mit einer anderen Behinderung oder einer Verhaltensauffälligkeit im Regelschulsystem integriert: 1 im Kindergarten, 11 in der Primarschule, 11 in Kleinklassen und 2 in der Orientierungsschule.

5. Schuldienste

5.1 Personal

39 (38) Personen arbeiten in 25,74 (23,93) Vollzeitstellen im Schulpsychologischen Dienst.

74 (72) Personen arbeiten in 45,83 (43,70) Vollzeitstellen im Logopädischen Dienst.

20 (18) Personen arbeiten in 9,4 (8,4) Vollzeitstellen im Psychomotoriktherapie-Dienst.

5.2 Schulpsychologischer Dienst

	Mädchen	Knaben	Total	%
Freiburg Stadt (fr.)	182	234	417	15,36
Freiburg Stadt (dt.)	36	61	97	14,65
Saane (ohne Stadt)	231	386	617	5,27
Broye	76	148	224	7,27
Glane	66	147	213	7,98
Greyerz	113	205	318	6,23
See	130	158	388	10,33
Sense	253	384	587	11,15
Vivisbach	40	52	97	5,08
Total	1 127	1 775	2 958	9,12

Französischer Kantonsteil: 1971 (1882) Schüler bzw. 8,4 % (8,2 %) aller Schülerinnen und Schüler

Deutschfreiburg: 982 (955) Schüler bzw. 10,7 % (10,6 %) aller Schülerinnen und Schüler

Statistische Angaben über den Schulpsychologischen Dienst des Kantons Freiburg für das Schuljahr 2001/02:

Die Zahlen des Schulpsychologischen Dienstes zeigen auch dieses Jahr, dass diese Dienstleistung geschätzt wird: die Anzahl untersuchter oder behandelter Kinder hat gegenüber dem Vorjahr um 116 Fälle zugenommen.

Jedes untersuchte oder auch länger betreute Kind bringt Gespräche mit Eltern, Lehrpersonen oder auch anderen Fachleuten mit sich. Manchmal sind auch Klassenbeobachtungen und -interventionen notwendig. Diese Tätigkeiten sind in den derzeitigen statistischen Erhebungen nicht aufgeführt. Um einen besseren Einblick in die geleistete Arbeit zu erhalten, sollen diese Bereiche im nächsten Schuljahr mit einem zusätzlichen Fragebogen erfasst werden.

Der Schulpsychologische Dienst hat in diesem Jahr die Fälle von 2953 Kindern abgeklärt, behandelt und/oder begleitet. Dies ergibt einen Prozentsatz von 9,12 % aller Schülerinnen und Schüler der Kindergärten, Primar- und Kleinklassen sowie der Orientierungsschulen. Im französischsprachigen Kantonsteil waren es 1971 Schüler (8,49 %) und in Deutschfreiburg 982 Schüler (10,7 %).

Die untersuchten und betreuten Kinder verteilten sich prozentual wie folgt auf die verschiedenen Schulstufen: Kleinklassen: 49,86 %, Kindergarten: 15,83 %, Primarschule: 9,47 %, Orientierungsschule: 3,08 % (Progymnasium: 1,85 %, Sekundarabteilung: 2,82 %, Realabteilung: 4,36 %, Werkklassen: 17,7 %).

Nach Bezirken verteilten sich die Kinder prozentual wie folgt: Sense: 11,15 %, Saane: 10,6 %, See: 10,33 %, Glane: 7,98 %, Broye: 7,27 %, Greyerz: 6,23 %, Vivisbach: 5,08 %.

Von den 2953 betreuten Schülerinnen und Schülern waren 1825 Knaben (61,8 %) und 1128 Mädchen (38,2 %). Das ergibt einen Prozentsatz von 11,06 % aller Schüler und 7,1 % aller Schülerinnen.

5.3 Logopädischer Dienst

Anzahl im Lauf des Jahres angemeldeter Kinder:

Französischer Kantonsteil	1 878 (1 683)	Kinder bzw. 8,1 % der Gesamtschülerzahl
Deutschfreiburg	1 175 (1 084)	Kinder bzw. 12,8 % der Gesamtschülerzahl
Total	3 053 (2 767)	Kinder bzw. 9,4 % der Gesamtschülerzahl

Verteilung nach Schulstufen:

	französisch	deutsch	Total	%
Spielgruppe	111	55	166	–
Kindergarten	410	239	649	17,58
Primarschule	1 231	803	2 034	10,53
Kleinklasse	55	30	85	23,28
Orientierungsschule	71	48	119	1,32
Total	1 878	1 175	3 053	9,4

Während des Schuljahrs in Behandlung

	Mädchen	Knaben	Total
Freiburg Stadt (französisch)	89	157	246
Freiburg Stadt (deutsch)	27	36	63
Saane (französisch ohne Stadt)	240	391	631
Saane (deutsch ohne Stadt)	20	22	42
Broye	32	59	91
Glane	43	95	138
Greyerz	105	161	266
See (französisch)	28	37	65
See (deutsch)	70	141	211
Sense	129	276	405
Vivisbach	31	49	80
Total	814	1 424	2 238

Greyerz: davon 1 Mädchen und 3 Knaben deutschsprachig

Vivisbach: davon 6 Mädchen und 9 Knaben deutschsprachig

Durch die Invalidenversicherung getragene Behandlungen

Fr. Kantonsteil	1 103 (934)	davon 695 Knaben und 408 Mädchen
Deutschfreiburg	502 (496)	davon 338 Knaben und 164 Mädchen
Total	1 605 (1 430)	davon 1 033 Knaben und 572 Mädchen bzw. 52,5 % der Behandlungen.

5.4 Psychomotoriktherapie-Dienst

Im Schuljahr 2001/02 wurden im Kanton insgesamt 533 (540) Kinder psychomotoriktherapeutisch betreut:

Französischer Kantonsteil	406 (382)	Kinder, davon 88 Mädchen und 318 Knaben bzw. 1,75 % aller Schülerinnen und Schüler.
Deutschfreiburg	127 (158)	Kinder, davon 31 Mädchen und 96 Knaben bzw. 1,38 % (1,75 %) aller Schülerinnen und Schüler.
Total	533 (540)	Kinder bzw. 1,64 % (1,6 %) aller Schülerinnen und Schüler.

Verteilung nach Schulstufen

	Französisch	Deutsch	Total	%
Spielgruppe	12	1	13	–
Kindergarten	131	37	168	4,5
Primarschule	252	85	337	1,75
Kleinklasse	7	4	11	3,0
Orientierungsschule	4	0	4	0,05
Total	406	127	533	1,64

Durch die Invalidenversicherung getragene Behandlungen

Total 11 bzw. 2 % der Behandlungen

Kantonale Statistik 2001/02 – Psychomotoriktherapie

Die Anzahl Schülerinnen und Schüler, die während des Schuljahrs 2001/02 vom Psychomotoriktherapie-Dienst betreut wurden, betrug 533: 406 französischsprachige und 127 deutschsprachige Kinder. Dies entspricht 1,7 % aller Schülerinnen und Schüler. Die Invalidenversicherung kam für 2 % der Behandlungen auf.

Beim Kindergarten und der 1. Klasse gab es 60 % der Fälle. Je höher die Schulstufe, desto weniger Fälle gibt es.

Der kantonale Durchschnitt liegt bei 1 Stelle für 3445 Schülerinnen und Schüler; 20 Personen sind für die Psychomotoriktherapie für 9,4 Stellen angestellt.

Einige Dienste werden sehr stark beansprucht; es gibt lange Wartezeiten zwischen Anmeldung, Abklärung und allfälliger Behandlung. Derzeit wird dazu eine Studie erarbeitet.

IV. Schulkoordination

1. Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

2002 hat die EDK Entscheidungen in den folgenden Bereichen getroffen: Entwicklung des Schulkonkordats und Harmonisierung der Volksschule, Arbeiten im Anschluss an die schweizerischen Ergebnisse der internationalen PISA-Studie, Massnahmen betreffend Berufsaussichten des Lehrpersonals, Entwicklung des schweizerischen Bildungsservers, Entwicklung der Bundesgesetzgebung über Bildungsfragen, die mit der Bologna-Erklärung umgesetzt wurde. Genauere Angaben sind dem Jahresbericht der Konferenz zu entnehmen.

Staatsrätin Isabelle Chassot ist Mitglied der Plenarversammlung der EDK und ab 2003 im EDK-Vorstand. Der Generalsekretär der Direktion ist Mitglied der Generalsekretärenkonferenz, der Kommission und der Unterkommission Finanzen; er ist zudem Mitglied der EDK-Kommission für die Anerkennung von Hochschuldiplomen der Vorschulstufe und der Primarstufe.

2. Regionalkonferenz der Westschweiz und des Tessins (CIIP/SR/Ti)

Die wichtigsten Verhandlungen der CIIP/SR/TI 2002 betrafen die kantonalen Ergebnisse der PISA-Studie, in der

sich der Kanton Freiburg durch eine hohe Klassierung hervorhebt, die Westschweizer Theaterhochschule, die Westschweizer Musikhochschule, die Erziehungs- und Gesundheitsförderungsaktionen sowie die Vorbereitung der Erklärung über Erziehungsziel und -zweck der öffentlichen Schule. Nähere Angaben sind dem Jahresbericht der Konferenz zu entnehmen.

Staatsrätin Isabelle Chassot ist Mitglied und Vizepräsidentin der Plenarkonferenz der CIIP; sie steht zudem dem «Conseil Média-Formation» der Konferenz vor. Der Generalsekretär der Direktion ist Mitglied der Generalsekretärenkonferenz und des Büros der Konferenz.

3. Nordwestschweizer Regionalkonferenz (NWEDK)

Die Plenarkonferenz der NWEDK und ihrer verschiedenen Kommissionen waren besonders mit den folgenden Geschäften befasst: Projekt «Treffpunkte für die Volksschule», Koordination im Bereich des Sprachenunterrichts (Treffpunkte, Evaluation der Kompetenzen, Schulfernsehen), Interkantonales Kompetenzzentrum für externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II. Nähere Angaben sind dem Jahresbericht der Konferenz zu entnehmen.

Staatsrätin Isabelle Chassot ist Mitglied und ab 2003 Präsidentin der Plenarkonferenz der NWEDK. Der Vorsteher des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht steht der Sekretärenkommission vor.

V. Orientierungsschule (OS)

1. Allgemeines

Anita Brünisholz Haag tritt in den Ruhestand; Jean-Pierre Levrat, ehemaliger Direktor der OS Glane, ist an ihre Stelle getreten. Matthias Wattendorf, bisheriger Direktor der deutschsprachigen OS der Stadt Freiburg, hat am 1. September 2002 das Inspektorat der Orientierungsschule übernommen und folgt somit auf Reto Furter, der zum Vorsteher des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht ernannt wurde. Am 1. November wurde Jürg Künzi Direktor der deutschsprachigen OS der Stadt Freiburg.

Dem Direktor der OS Greyerz wurde angelastet, pädophile Bilder auf seinen Computer geladen zu haben, und er wurde deshalb von seinem Dienst suspendiert; am 31. Oktober 2002 hat er seine Stelle gekündigt. Pierre Cottier übernimmt interimistisch sein Amt, bis ein neuer Direktor ernannt ist.

Die Direktorin für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten hat zweimal die Association des maîtres du CO francophone (AMCOF) und auch zweimal die Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburg (LDF) empfangen. Folgende Themen wurden behandelt: die Aufwertung des Lehrberufs, die Reformprojekte, die Mandate der Lehrkräfte in den Arbeitsgruppen, die Stundentafel der OS, die Ausstattung der Schulen mit Informatik, die Informatik-Ausrüstung der Lehrkräfte.

Der OS-Verband Broye plant den Bau eines OS-Gebäudes, um der Zunahme der Schülerbestände gewachsen zu sein.

Das Büro Simonet & Chappuis in Freiburg ist als Sieger aus dem Architekturwettbewerb für den Bau der OS Avry-sur-Matran hervorgegangen. Die Studien beginnen 2003.

Die OS von La Tour-de-Trême und Farvagny werden derzeit gebaut. Der Terminplan wird eingehalten.

Das Kultur- und Sportzentrum der OS Romont wurde im November 2002 öffentlich aufgelegt.

Die OS Murten wurde am 4. Mai 2002 eingeweiht.

Der Architekturwettbewerb für die Erweiterung und den Umbau der OS Wünnewel-Flamatt ist fast beendet. Der Sieger wird im Laufe des Frühlings 2003 bekannt sein.

Die Studien für den Bau einer Sporthalle der OS Gurmels sind in Arbeit.

2. Französischsprachiger Teil

2.1 Bestände

	Klassen		Schüler/innen	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Freiburg: Belluard	34	35	708	760
Jolimont	37	37	725	759
Pérolles	27	27	537	536
Gibloux	15	16	266	284
Marly	24	24	507	519
Greyerz	58	60	1 397	1 424
Glane OS	36	38	779	817
Glane 4. Gymnasialklasse	2	2	43	51
Broye	44	46	858	884
Vivisbach	24	22	495	464
Region Murten	8	9	147	154
Total OS	307	314	6 419	6 601
Total insgesamt	309	316	6 462	6 652

Die Anzahl Klassen hat um 7 (8) zugenommen, die Anzahl der Schülerinnen und Schüler um 182 (138). Der Durchschnittsbestand aller Klassen beträgt 21,02 (20,91), derjenige der Progymnasialklassen 23,74 (23,74), derjenigen der Sekundarklassen 22,47 (22,08), derjenigen der Realklassen 16,54 (17,32), derjenige der Werkklassen 9,82 (9,55) und derjenige der Sprachklassen 8 (10,6).

2.2 Verteilung der Schüler auf die Abteilungen

Dem Übertrittsverfahren von der Primarschule in die Orientierungsschule haben sich 2100 (2186) Schülerinnen und Schüler unterzogen; 2074 (2162) aus öffentlichen Schulen und 26 (24) aus Privatschulen. Aus dem Übertrittsverfahren ging die nachfolgende Verteilung der Schülerinnen und Schülerinnen hervor:

	Schüler/innen		%	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Progymnasium	787	767	36,00	36,52
Sekundarabteilung	964	923	44,10	43,95
Realabteilung	369	345	16,88	16,43
Wiederholung der 6. Klasse	9	10	0,41	0,48
Wahl einer anderen Schule	57	55	2,61	2,62

Bei der definitiven Bildung der Klassen zum Schulanfang im Herbst nach der Integration der Schülerinnen und Schüler, die eine Stufe wiederholen oder ohne übliches Verfahren in die Orientierungsschule eintreten (Schüler der Kleinklassen und der Sprachklassen), sieht die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Abteilungen im 1. Jahr wie folgt aus:

	Schüler/innen		%	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Progymnasium	796	788	34,58	34,79
Sekundarabteilung	1 027	988	44,61	43,62
Realabteilung	406	396	17,64	17,48
Werkklassen	33	50	1,43	2,21
Sprachklassen	40	43	1,74	1,90

Bei den drei Jahren der OS sieht die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Abteilungen wie folgt aus:

	Schüler/innen		%	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Progymnasium	2 416	2 500	37,64	37,87
Sekundarabteilung	2 747	2 767	42,79	41,92
Realabteilung	1 108	1 174	17,26	17,79
Werkklassen	108	117	1,68	1,77
Sprachklassen	40	43	0,62	0,65

2.3 10.-12. Schuljahr

Zum Schulanfang im Herbst haben 506 (467) Schülerinnen und Schüler ein 10. Schuljahr angefangen, 36 (36) sind in ihr 11. Schuljahr eingetreten und 3 (2) haben ihr 12. Schuljahr begonnen. Sie stellen 8,26 % (7,87 %) aller Schülerinnen und Schüler der OS dar.

2.4 Interesse am Griechischunterricht

Das Interesse am Griechischunterricht besteht weiterhin. Zum Schulanfang besuchten 169 (162) Schülerinnen und Schüler bzw. 20,28 % (16,23 %) aller Schülerinnen und Schüler der 3. Progymnasialklasse diesen Unterricht.

2.5 Sprachklassen und -kurse für Ausländerkinder

Anfang des 1. Semesters des Schuljahrs gab es 4 (5) Sprachklassen und 43 (40) Schülerinnen und Schüler. Die Sprachklassen, die so genannten Aufnahmeklassen, gibt es nur im 1. Jahr und nur in den OS Belluard, Greyerz, Jolimont und Pérolles. In den anderen Schulen sind die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler in den Klassen der verschiedenen Abteilungen integriert und erhalten Stützunterricht, insbesondere in Französisch. Allerdings werden bei den Schülerinnen und Schülern immer schwierigere Schulprofile festgestellt: viele von ihnen müssen nicht nur die Sprache lernen, einige können bei ihrem Eintritt in die OS weder lesen noch schreiben.

2.6 Pädagogische Gesichtspunkte

In allen 7. Klassen wurden zwei Stunden Englischunterricht pro Woche eingeführt.

Wegen organisatorischer, personeller und finanzieller Schwierigkeiten wurden in die praktischen Nothelferkurse in den Orientierungsschulen aufgehoben.

Die Mathematikausbildung der Lehrpersonen wurde für die Einführung der neuen Lehrmittel fortgesetzt. Eine Kommission, die sich aus je einem Vertreter der einzelnen Schulen zusammensetzt, ist mit der Neuverfassung des Lehrplans beauftragt.

Die auf Primarstufe begonnenen Reformen des Deutschunterrichts und der Musikerziehung wurden in der Orientierungsschule weitergeführt. Es wurden Kommissionen geschaffen, die vorschlagen sollen, wie es am besten weiter geht.

Auch in diesem Jahr ist die Anzahl Schülerinnen und Schüler mit starken Verhaltensauffälligkeiten und/oder Lernschwierigkeiten beunruhigend. Die eingerichteten Massnahmen reichen nicht mehr aus; eine interdepartementale Kommission soll eine Bedürfnisanalyse erstellen und Lösungen vorschlagen.

Eine neue Ausbildung von Schulmediatoren hat im Februar unter der Verantwortlichkeit des «Institut suisse de pédagogie pour la formation professionnelle» in Lausanne begonnen. Sie richtet sich an 14 angehende Mediatoren der OS, 3 der Berufsschulen und 2 der Sekundarstufe II.

Dem Heilpädagogischen Institut wurde der Auftrag erteilt, einen neuen Jahrgang von Werkklassenlehrpersonen auszubilden. 22 Personen wurden dafür aufgenommen, 12 davon arbeiten in Orientierungsschulen. Diese berufsbegleitende Ausbildung umfasst 1000 Stunden und dauert zwei Jahre.

2.7 Übertrittsverfahren Primarschule/Orientierungsschule

Das Verfahren wurde vorschriftsgemäss durchgeführt. Am Schluss wird immer wieder festgestellt, dass es einen gesellschaftlichen Druck zur Vermeidung der weniger anspruchsvollen Abteilungen gibt. Das Verfahren ist gut, aber die Übertrittsprüfung muss überarbeitet werden, um den Normen einer guten pädagogischen Bilanz besser gerecht zu werden. Auch ist das Verfahren sehr spät im Schuljahr angelegt, was zu Problemen bei der Organisation des Schulbeginns führt. Eine Arbeitsgruppe wird demnächst Vorschläge für eine Änderung des Vorgangs unterbreiten.

2.8 Direktorenkonferenz

Die Konferenz empfing in ihren Sitzungen die pädagogische Mitarbeiterin, die dem Inspektorat unterstellt ist, (während der Krankheit des Inspektors) sowie den Direktor ad interim der OS Greyerz.

Die Direktoren haben 23 Sitzungen abgehalten. An diesen den Zusammenhalt stärkenden und die Reflexion anregenden Zusammenkünften wurden folgende Geschäfte behandelt:

- Einrichtung und Begleitung verschiedener Kommissionen und Arbeitsgruppen, insbesondere für Französisch, Deutsch, Musikerziehung, Mathematik, Latein, Stundentafel,

- Prüfung der Berichte und Stellungnahmen bezüglich Schulzeugnisbeurteilung, Übertrittsverfahren, Richtlinien der Schulmediation, Lehrermangel, Pflichtenheft der Direktoren, Status der Adjunkte, Nothelferkurs, Stundentafel,
- Sparmassnahmen und allfällige Einführung eines dritten freien Halbtages in der OS,
- neue Gesetzgebung für das Staatspersonal und Auswirkungen auf die Schulen.

Die Konferenz ist mehrmals mit der Erziehungsdirektorin zusammen gekommen; zwecks Meinungsaustausch hat sie nacheinander die Verantwortlichen für allgemeine Erziehung, den Generalsekretär der LIFAT, die Mathematikausbildner, den Leiter der Rechtsabteilung, die Verantwortlichen für das Projekt Choice, den Direktor der Lehrmittelverwaltung, den Direktor der Lehrwerkstätten und den Leiter des FR-IKT-Projekts mit den angehenden Ausbildnern in den Bereichen Technologie und Information eingeladen.

Sie hat im Rahmen mehrerer Vernehmlassungen Stellung genommen: Empfehlungen der EDK betreffend die Lehrerbildung im IKT-Bereich, Neuorganisation des 9. Schuljahrs, Selbstevaluation der Schulen.

2.9 Neustrukturierung der Orientierungsschule

Die Reflexion über eine allfällige Neustrukturierung des 9. Schuljahrs, die Integration der Informationstechnologien im Unterricht, das Übertrittsverfahren Primar-/Orientierungsschule, die Revision der Stundentafel im Anschluss an die allgemeine Einführung des Englischunterrichts wurde fortgeführt.

3. Deutschfreiburg

3.1 Bestände

	Klassen		Schüler/innen	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Freiburg Stadt*	17	19	326	349
Sensebezirk				
Düdingen	24	23	408	427
Plaffeien	20	20	334	331
Tafers	23	22	418	413
Wünnewil	19	19	313	316
Gurmels	9	9	157	155
Kerzers	16	16	276	269
Murten	19	20	371	378
Total	147	148	2 603	2 638

Die Anzahl Klassen hat um 1 (1,5) Einheit zugenommen, diejenige der Schülerinnen und Schüler um 35 (33). Der durchschnittliche Bestand aller Abteilungen beträgt 17,82 (17,70), derjenige der Progymnasialabteilung 19,78 (19,12), derjenige der Sekundarabteilung 21,53 (20,77), derjenige der Realabteilung 15,40 (15,21) und derjenige der Werkklassen 8,00 (8,71).

3.2 Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Abteilungen

Das Übertrittsverfahren hat sich gleich wie im Vorjahr abgespielt. Der Entscheid über die Zuweisung in eine Abteilung gründet auf der Empfehlung der Klassenlehrperson der Primarschule und auf einer Vergleichsprüfung am Ende der Primarschule. Zudem wird die Meinung der Eltern berücksichtigt.

Die 902 (880) Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2002/03 ins 7. Schuljahr eingetreten sind, verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		%	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Progymnasium	217	216	24,65	23,95
Sekundarabteilung	407	390	46,25	43,24
Realabteilung	225	239	25,56	26,50
Werkklassen	31	57	3,52	6,32

Verteilung der Schülerinnen und Schüler der drei Jahre der Orientierungsschule auf die Abteilungen:

	Schüler/innen		%	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Progymnasium	631	633	24,24	24,20
Sekundarabteilung	1 226	1 184	47,09	45,26
Realabteilung	624	662	23,97	25,31
Werkklassen	122	137	4,68	5,24

3.3 10. Schuljahr

167 (181) Schülerinnen und Schüler machen ein 10. Schuljahr; das sind 6,35 % (6,95 %) aller Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschule.

3.4 Sprachkurse für Ausländerkinder

In den Deutschfreiburger Schulen gibt es zur Zeit keine Sprachklassen. Der Sprachunterricht wird in allen Orientierungsschulen in Form einzelner Lektionen angeboten.

3.5 Pädagogische Tätigkeit

Verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler werden für die Schulen immer mehr zum Problem. Es ist nicht einfach, Lösungen zu finden.

3.6 Direktorenkonferenz

Sitzungen:

Die Konferenz der Orientierungsschuldirektoren Deutschfreiburgs hat 22 Sitzungen abgehalten. Sie war stark betroffen vom Tod von Abteilungsleiter Herr Robert Rudaz kurz vor Jahresende 2001. Die Direktion wurde in der Konferenz durch den Stellvertreter des verstorbenen Abteilungsleiters vertreten. Verschiedene Personen haben an einzelnen Sitzungen über spezifische Themen teilgenommen. Die Konferenz hat Delegierte in 20 Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Die wichtigsten Geschäfte waren:

- Personalführung: Stellungnahme, Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels,

- Organisationsschwierigkeiten im Zusammenhang mit Teilzeitbeschäftigung,
- EVALFRI: Delegation der Direktoren im neuen Personalgesetz,
- FR-IKT, Stellungnahme zum Bildungskonzept,
- Projekte zur Revision der Studentafel, Restrukturierung des 9. Schuljahrs, Jugend in Schwierigkeiten, IKT-Integration im Unterricht, Übertrittsverfahren,
- Ergebnisse der PISA-Studie und mögliche Konsequenzen,
- Projekt Choice,
- Weiterbildung des Lehrpersonals,
- Übertrittsverfahren 2002,
- Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen,
- Regierungsprogramm und Finanzplan der Legislaturperiode 2002-2006,
- Reorganisation der Gesundheitsförderung,
- Qualitätsentwicklung OS Gurmels,
- Nationalfondsuntersuchung «Lernstörungen Mathematik an der Mittel- und Oberstufe»
- Bericht «Selbstevaluation von Schulen, Mindeststandards»,
- Ausführungsreglement zum neuen Personalgesetz,
- Projekt «Bewegung, Sport und Gesundheit in der Sekundarstufe 1»,
- Bericht «Schulaufsicht und Schulqualität»,
- Bericht «Empfehlungen der Expertengruppe für die Grundausbildung und Weiterbildung der Lehrpersonen an der Volksschule und der Sekundarstufe 2 im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien».

Besonderes:

Weil das Tagesgeschäft an den ordentlichen Sitzungen oft zu kurz kam und Vernehmlassungsfristen eingehalten werden mussten, hat die Konferenz zusätzlich zu den ordentlichen Sitzungen am Dienstagnachmittag, zum Teil ganztägige, ausserordentliche Sitzungen abgehalten.

Die Konferenz ist zu vier Sitzungen mit der Inspektorenkonferenz zusammengetreten (PISA I, Informationssitzung, Gespräch mit Staatsrätin Chassot und Staatsrat Schwaller, PISA II).

Das traditionelle Treffen mit Vertretern der katholischen und reformierten Kirche in Burgbühl St. Antoni wurde nach dem letztjährigen Unterbruch wieder durchgeführt. Trotz Bekräftigung der beiden Direktorenkonferenzen (fr. und dt.), ihre Zusammenarbeit zu verstärken, wurde keine gemeinsame Sitzung abgehalten; die Tradition soll im nächsten Jahr wieder aufgenommen werden.

Der Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal wird in der Deutschfreiburger Orientierungsschule deutlich spürbar. Die Konferenz hat Lösungen für eine Verbesserung der

Situation vorgeschlagen. In diesem Jahr musste erneut eine Reihe von Sondermassnahmen getroffen werden, damit alle Stellen besetzt werden konnten.

3.7 Beschäftigungsstand

Ende Schuljahr 2001/02 traten 7 Lehrpersonen mit Vollpensum und 43 mit Teilpensum zurück. Anfang des Schuljahrs 2002/03 wurden 4 Lehrpersonen mit Vollpensum und 40 mit Teilpensum angestellt. 19 dieser Lehrpersonen verfügten über das erforderliche Diplom. Es konnten zwar alle Stellen besetzt werden, doch spitzt sich der Lehrermangel an den Orientierungsschulen weiter zu.

VI. Mittelschulen

1. Allgemeines

1.1 Zweisprachiges Angebot

Die verschiedenen Immersionsangebote werden weiterhin genutzt. Insgesamt 272 Schülerinnen und Schüler absolvieren ein zweisprachiges Programm. Sie verteilen sich insbesondere auf 7 zweisprachige Klassen, benutzen aber auch die anderen Angebote einer kompletten oder teilweisen Immersion. Im Sommer 2002 wurden zudem die ersten eidgenössisch anerkannten Maturitätszeugnisse mit dem Vermerk «zweisprachig» ausgestellt. Es gab insgesamt 53 solcher Zeugnisse.

1.2 Psychologischer Beratungsdienst

Nach einem kompletten Betriebsjahr bestätigt die Bilanz des Psychologischen Beratungsdienstes seine Notwendigkeit und die Angemessenheit der angebotenen Strukturen. Die behandelten Fälle nehmen konstant zu und betreffen im Wesentlichen Studienberatung, Beziehungsprobleme und Prüfungsstress. Dank der Flexibilität des Mitarbeiter-teams und den budgetären Möglichkeiten konnten alle Anfragen aller Schulen der Sekundarstufe 2 behandelt werden. Freie Zeitabschnitte wurden für die Präventionsarbeit in den Schulen aufgewendet. Die Zusammenarbeit mit den Mediationsdiensten wird als sehr nützlich angesehen: sie wird nach und nach institutionalisiert. Die begleitende Kommission hält zwei Sitzungen pro Jahr ab.

1.3 Mediationsdienst

Schuldirektionen, Lehrer- und Schülerschaft benutzen die Mediationsdienste der einzelnen Schulen mehr und mehr. Die Koordination und die Zusammenarbeit mit dem Psychologischen Beratungsdienst sind sichergestellt. Der Erstauftrag der Mediatorinnen und Mediatoren für die Einrichtung der ersten Dienste ist bald abgeschlossen. Er wurde auf mindestens fünf Jahre festgelegt. Der Nachwuchs ist mit einer gemeinsamen Ausbildung für Orientierungsschule, Berufs- und Diplommittelschule gewährleistet. Das Schweizerische Institut für Berufspädagogik ist dafür verantwortlich. Die Dienste werden von der Abteilung für Mittelschulunterricht zweimal pro Jahr zu Austausch- und Planungszwecken aufgeboden. Zwischen dem Mediationsdienst, der LIFAT und der Suchtpräventionsstelle hat sich eine ständige Zusammenarbeit entwickelt.

1.4 Interkantonales Gymnasium der Region Broye

Die interkantonale institutionelle Arbeitsgruppe hat für die Ausarbeitung der interkantonalen Vereinbarung neun Sitzungen abgehalten. Der Vereinbarungsentwurf wurde von der interkantonalen interparlamentarischen Kommission Ende November geprüft. Die Studienkommission hat sechs Sitzungen abgehalten. Sie hat die Studien zum Bauvorhaben begleitet. Aufgrund dieser Arbeiten konnte der Vereinbarungsentwurf vom Freiburger und Waadtländer Staatsrat definitiv verabschiedet werden und das Dekret über den Beitritt zur Vereinbarung sowie der Dekretsentwurf über den Verpflichtungskredit mit seiner Botschaft zur Überweisung an die Grossen Räte genehmigt werden.

1.5 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Abteilungsleiter für Mittelschulunterricht nimmt im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination regelmässig an den Zusammenkünften der Mittelschulabteilungen der Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin sowie der Nordwestschweizer Kantone teil. Diese Zusammenarbeit betrifft insbesondere die Reform, die Qualitätskontrolle und die Evaluation des Mittelschulunterrichts, die Sprachenpolitik, die Ausbildung der Schuldirektoren, einen Vereinbarungsentwurf betreffend die Zulassungsbedingungen der Schulen der Westschweizer Kantone sowie die Entwicklung der Diplommittelschule. So hat die Erziehungsdirektion im Rahmen der Ausbildung der Schuldirektoren ein Einführungsmodul für Anwärterinnen und Anwärter aus dem Kanton realisiert. Auf nationaler Ebene ist der Abteilungsleiter Mitglied der Schweizerischen Weiterbildungszentrale (WBZ) und Mitglied ihres Vorstands.

1.6 Westschweizer Fachhochschule für Gesundheit- Soziale Arbeit und EFZ Gesundheit

Die Organisation und Verwaltung der verlangten Praktika besorgte die Kantonale Diplommittelschule (KDMS). 130 Personen absolvierten diese Praktika. 26 Personen, die nicht über das erforderliche Diplom verfügten, erhielten ihren Ausweis Ende Schuljahr 2001/02 und 30 wurden neu in eine modulare Ad-hoc-Ausbildung aufgenommen, die im Rahmen der KDMS im Schuljahr 2002/03 organisiert und realisiert wird.

Die Übertragung der Ausbildung Gesundheit-Soziale Arbeit ab 1. Januar 2003 von der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion- auf die Erziehungsdirektion wurde von einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe vorbereitet. Die unabdingbare Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Amt für Berufsbildung war effizient und angenehm.

1.7 Kommissionen

a) Schulkommissionen

Die sechs Schulkommissionen haben die laufenden Geschäfte und insbesondere Probleme der Aufnahmekapazität und der Ausstattung der Unterrichtsräume sowie bezüglich der Studienreisen behandelt. Die Kommissionen der Kollegien haben zudem Informationen zur Einführung der neuen Maturität erhalten.

b) Informatik

Die Kantonale Kommission für Informatik an den Mittelschulen (KKI), im September 2002 durch einen Auftrag mit dem Motto «Integration der IKT» neu zusammengesetzt, hat die Budgetvorschläge für 2002 geprüft, Lösungen zur Lizenz- und Materialfrage gesucht, das Kapitel über die Ausbildung der Lehrpersonen nach Massgabe des Globalkonzepts für die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterricht (FR-IKT) überprüft, die Aktualisierungsvorschläge zur Digitalisierung der Bibliotheken und Mediatheken zur Kenntnis genommen und die eigenen internen Reglemente revidiert.

Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterricht (KK-IU), deren Mitglied der Abteilungsleiter ist, überweist die Budgetentwürfe und erarbeitet ein Konzept für die nachobligatorischen Schulen; dies im Hinblick auf die Umsetzung des Globalkonzepts FR-IKT.

Die kantonale pädagogische Fachstelle für IKT, derzeit dem Abteilungsleiter für Mittelschulunterricht unterstellt, wird ab 1. Januar 2003 dem Amt für Universitätsfragen unterstellt, von dem die PH abhängt.

c) Prüfungen

Die kantonale Prüfungskommission, die auf Ebene der gymnasialen Maturitätszeugnisse und der Handelsdiplome und KBM zuständig ist, hält grundsätzlich eine Sitzung pro Jahr ab. Sie sorgt für eine reibungslose Abwicklung der kommenden Prüfungen. Sie prüft die Berichte der Präsidenten der Prüfungskommissionen und sucht nach homogenen Lösungen für Probleme wie die Ablehnung einer Maturitätsarbeit, das Niveau und die Äquivalenz der Prüfungen.

d) Schüleraustausche

Die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen für obligatorischen Unterricht, der Abteilung für Mittelschulunterricht und der Koordinationsstelle für Sprachaustausche bei gemeinsamen Arbeitssitzungen fördert die gegenseitige Information und die allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerschaft und die Eltern im Sinn eines bestmöglichen Ergebnisses.

2. Kantonale Kollegien und KDMS

2.1 Erstmalige Ausgabe des Ausweises nach der neuen Maturität; Handelsdiplom

Die letzten Diplome nach dem alten System und die ersten Zeugnisse nach dem neuen System wurden nach den Prüfungen im Juni 2002 abgegeben. Die Maturitätsarbeiten, eine Premiere auf gymnasialer Ebene, haben zu überzeugenden Resultaten und interessanten Ausführungen geführt. Die Prüfungen einzelner Ergänzungsfächer waren von Durchführungsschwierigkeiten begleitet, die mit der Reglementierung zusammenhängen. Die im Finanzplan für die kommende Legislaturperiode geforderten Sparmassnahmen sollten das Wesen der neuen Maturität nicht berühren. Der Kanton Freiburg wird an der Evaluation der neuen Maturität EVA-MAR teilnehmen; neben der nationalen Untersuchung gibt es eine alle Kollegien einbeziehende Überprüfung.

Mit Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung und der parallel durchgeführten grundlegenden Reform der kaufmännischen Ausbildung, sehen die höheren Handelsausbildungen möglicherweise schon bald anders aus. Der Abteilungsleiter ist an den Arbeiten der freiburgischen Pilotgruppe beteiligt, die von seinem Kollegen von der Berufsbildung geleitet wird.

Die Erziehungsdirektion hat die Betriebsvereinbarungen mit den Verantwortlichen des Schulrestaurationssektors Scolarest der Compass-Gruppe für die Cafeteria des Kollegiums St. Michael und das KDMS-Restaurant unterzeichnet. Zudem wurde die «Fourchette verte»-Zertifizierung beantragt, die das Kollegium des Südens bereits erhalten hat.

3. Kantonales Lehrerinnen- und Lehrerseminar (KLS I und KLS II)

3.1 Letzte Jahrgänge

Die letzten Jahrgänge der Ausbildung von Lehrpersonen für Kindergärten, Primarschulen, und Handarbeit/Hauswirtschaft haben ihr letztes Ausbildungsjahr begonnen. Die Verschiebung von Lehrpersonal hat die Vorbereitung des Schuljahrs erschwert, die Qualität des Unterrichts wurde davon aber nicht berührt.

3.2 Pädagogische Hochschule (PH)

Der Vorbereitungskurs für die Aufnahme in die PH findet bereits zum zweiten Mal statt. Es gibt wiederum viele Teilnehmende. Der erste Jahrgang ist 2002 in die Ausbildung eingetreten.

Für die Pädagogische Hochschule gibt es von nun an ein eigenes Kapitel im Rechenschaftsbericht des Staatsrats (siehe XIV. Kapitel).

4. Vereine

4.1 Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)

Der VFM hat zweimal die Erziehungsdirektorin empfangen. Themen des Austauschs waren dabei die Studienreisen, die Maturitätsarbeiten, die verfügbaren Räumlichkeiten und die Sparmassnahmen.

4.2 Elternvereine

Die französischsprachigen Elternvereine der Kollegien St. Michael und Heilig Kreuz und der deutschsprachige Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg wurden zweimal von der Direktionsvorsteherin und den jeweiligen Schuldirektionen empfangen.

5. Grund- und Weiterbildung der Lehrpersonen

Die Reform der Grundausbildung des Lehrkörpers der Sekundarstufe 2 konkretisiert sich im Rahmen der Lehrerausbildung der Universität Freiburg: das Gymnasiallehrerdiplom (GLD) wird durch ein Lehrdiplom für die Sekundarstufe II (LDS II) ersetzt werden. Die beratende Ad-hoc-Kommission, welcher der Abteilungsleiter angehört, wird in diese Arbeiten einbezogen.

Für Kurse und Seminare, die vorwiegend von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale in Luzern (WBZ), vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg und – neu – von jeder Schule selber organisiert wurden, gab es zahlreiche Anmeldungen.

Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) hat mehrere Abholkurse organisiert. Die Sommerkurse stossen bei den Lehrpersonen der Sekundarstufe 2 auf zunehmendes Interesse. Im Rahmen der Einrichtung der Dienststelle Weiterbildung hat die Koordinationsgruppe der Sekundarstufe 2, an der der Abteilungsleiter beteiligt ist, mit den Verantwortlichen der beiden Dienststellen (fr. und dt.) zusammengearbeitet. Zudem wurde in den Schulen der Sekundarstufe 2 ein Richtlinienprojekt probeweise in Kraft gesetzt.

6. Konferenz der Mittelschuldirektoren und Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenzen haben neben den laufenden Geschäften der pädagogischen und administrativen Führung der Schulen – zum Teil in Anwesenheit der Erziehungsdirektorin – insbesondere folgende Themen behandelt:

- Evaluation der Gymnasialausbildung;
- Reorganisation der Kantonalen Kommission für Informatik in den Mittelschulen (KKI);
- Weiterbildung;
- Drogenkonsum, Absenzen, Dispense vom Sportunterricht;
- Studienreisen;
- Sparmassnahmen;
- Verschiebung der Lehrpersonen des Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerseminars (KLS).

Ausserdem hat die Konferenz Sitzungen mit dem Rektorat der Universität, der Direktorenkonferenz der französischsprachigen Orientierungsschulen und den Berufsberatern abgehalten.

7. Anerkannte und unterstützte Privatschulen

Im Rahmen der Umsetzung des Subventionsgesetzes sah die Planung für 2002 die Überprüfung der Beiträge an private Mittelschulen vor. Betroffen waren die anschliessend erwähnten Schulen. In Zusammenarbeit mit dem Prüfungsverantwortlichen wurden drei Überprüfungen vorgenommen, die der Abteilungsleiter ausgearbeitet hatte. Sie wurden im Oktober 2002 der Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen vorgelegt. Die Ergebnisse sollten im Frühling 2003 bekannt sein.

7.1 Institut du Sacré-Cœur, Estavayer-le-Lac

Die von Kanton und BBT anerkannte und unterstützte Handelsschule dieses Instituts zählte zu Beginn des Schuljahrs 2002 unter anderen 52 (44) freiburgische Schülerinnen und Schüler und solche aus der Region Broye. Der Platzmangel im Kollegium Gambach hat dazu geführt, dass die Klassen mit freiburgischen Schülerinnen und

Schülern, die nicht aus der Region Broye kommen, gefüllt wurden. Bei den Prüfungen 2002 haben 8 (7) Schülerinnen und Schüler das Handelsdiplom erworben. Beim BBT wurde für 7 von ihnen ein Gesuch um Anerkennung der kaufmännischen Berufsmaturität eingereicht.

7.2 Schule für Multimedia und Kunst Freiburg (SMKF)

Diese von Kanton und BBT anerkannte und unterstützte Schule wird im Jahreskurs, der auf weiterführende Ausbildungen der bildenden Künste und auf grafische Berufe vorbereitet, von 25 (27) Schülerinnen und Schülern besucht. Diese Ausbildung ist zudem für die Grafikerlehrlinge eine Möglichkeit, ein erstes Ausbildungsjahr in visueller Kommunikation abzuschliessen.

Der neue EFZ-Bildungsgang Multimediagealter/in hat mit 21 (22) Lehrlingen der vierjährigen und mit 15 Lehrlingen der dreijährigen Ausbildung begonnen. Die fünf Klassen zählen insgesamt 98 Lehrlinge. Der erste Jahrgang mit 12 Personen, die das EFZ erlangten, davon 2 die künstlerische Berufsmaturität, wurde nach den ersten Prüfungen im Juli 2002 verabschiedet.

8. Schülerbestände der öffentlichen Mittelschulen am 1. September 2002

	Knaben		Mädchen		Total (Schüler, Klassen, Durchschnitt)					
	2001/ 2002	2002/ 2003	2001/ 2002	2002/ 2003	2001/2002		2002/2003			
Fr.	1 203	1 179	1 882	1 820	3 085	150	20,56	3 107	141	22,03
Dt.	400	413	696	685	1 096	54	20,29	1 098	52	21,11
Total	1 603	1 592	2 578	2 505	4 181	204	20,50	4 097	193	21,22

Der scheinbare Rückgang der Anzahl Schülerinnen und Schüler kann darauf zurückgeführt werden, dass die Bestände des letzten Jahrs des letzten Jahrgangs am KLS in dieser Übersicht nicht mitgezählt wurden. Die Zunahme der Bestände setzt sich fort: die Anzahl Klassen hat um 3 Einheiten zugenommen und der Anteil der Mädchen nimmt stetig zu; 57 (61) Schülerinnen und Schüler kommen aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland.

VII. Kollegium St. Michael

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2002/03 zählte das Kollegium St. Michael 1204 (1149) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Gymnasium, fr. Abteilung	757	772	36	36
Gymnasium, dt. Abteilung	392	432	18	20
Total	1149	1204	54	56

Im Vergleich zum Vorjahr gibt es 55 Schülerinnen und Schüler mehr; deshalb wurden zwei zusätzliche Klassen eröffnet. Die Ursache dieser Zunahme ist nicht auf eine grössere Anzahl neuer Schülerinnen und Schüler in den

1./2. Klassen zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, dass es weniger Maturandinnen und Maturanden als Neuingeschriebene gab.

Mittagessen

Es sind schätzungsweise 450 Schülerinnen und Schüler, die ihr Mittagessen entweder in der Cafeteria oder in der näheren Umgebung des Kollegiums einnehmen. Die renovierte Cafeteria wurde anfangs Schuljahr, am 2. September, eingeweiht. Die Firma SCOLAREST, Zweigstelle der COMPASS GROUP (Suisse) SA hat die Geschäftsführung übernommen. Somit konnte das Angebot durch einfache Speisen ergänzt werden. Bei Grossandrang gibt es nach wie vor Platzprobleme.

Wohnort	2001/02	2002/03
Im Kanton Freiburg	1139	1186 Schüler/innen
In anderen Kantonen	10	18 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium aufgenommen (1. Klassen)	328	320 Schüler/innen
(2. Klassen)	39	41 Schüler/innen

1.3 Ausgestellte Diplome

Maturitätsausweis

Im Juni 2002 wurden die ersten Maturitätsausweise gemäss MAR-95 (neue Maturität) abgegeben. Mehrere Kandidatinnen und Kandidaten, die die Prüfung 2001 nicht bestanden hatten, wurden noch nach dem alten Reglement geprüft. Insgesamt haben 233 Kandidatinnen und Kandidaten von 241 (274) die Maturitätsprüfung bestanden. Sie verteilen sich wie folgt:

Neue Maturität

Schwerpunktfach	fr. Gymnasium	dt. Gymnasium	zweisprachig	Total
Griechisch	9	0	0	9
Latein	5	0	1	6
Italienisch	6	0	0	6
Englisch	8	5	3	16
Spanisch	21	12	4	37
Physik und Ang. Math.	24	9	0	33
Biologie + Chemie	20	17	5	42
Wirtschaft und Recht	25	20	2	47
Bildnerisches Gestalten	14	9	1	24
Musik	1	0	0	1
Total	133	72	16	221

Alte Maturität

	A	B	C	D	E	Total
Fr. Gymnasium	1	2	1	1	1	6
Dt. Gymnasium	–	–	–	–	6	6
Total						12

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern

Französischsprachige Abteilung

a) Persönliche Treffen des zuständigen Vorstehers mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern, die nach dem ersten Semester oder am Jahresende wegen ungenügender Ergebnisse in Schwierigkeiten stecken.

b) Elternabende

Im Verlauf der Monate Februar – März 2002, nach den Resultaten des 1. Semesters, für die 1. und 3. Klassen.

80 % der Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen waren anwesend; die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen waren zu 40 % anwesend (leichter Rückgang seit zwei Jahren). Da der Grossteil der Schülerinnen und Schüler dieser Stufe volljährig ist, konnten sie sich und ihre Eltern freiwillig für diese Treffen einschreiben.

c) Anfang September 2002: Informationssitzungen für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen: Vorstellen der Ausbildung (Geist, Programme, neue Maturität) durch die Vorsteher.

Deutschsprachige Abteilung

Elternabende im Februar für die 1. Klassen. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler waren zu 80 % anwesend. Im Juni wurden die Eltern der zukünftigen Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen.

Weitere Kontakte und andere Massnahmen

Französischsprachige Abteilung

Der Rektor und die Vorsteher haben an der Generalversammlung des Elternvereins teilgenommen, mit anschließendem Referat über das Thema Magersucht.

Deutschsprachige Abteilung

Teilnahme des Rektors und der Vorsteher an der Generalversammlung des Elternvereins. Zudem haben sich der Rektor und die Vorsteher mit den beiden Ko-Präsidenten getroffen um anstehende Probleme zu besprechen.

Der Rektor hat ebenfalls an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

2.2 Lehrkörper

Das Kollegium St. Michael zählt 163 (156) Lehrpersonen (98,60 Vollzeitstellen im Voranschlag 2002), die sich auf folgende Anstellungsverhältnisse verteilen:

öffentlich-rechtlich ernannt	privatrechtlich angestellt	Total
108 (108)	19 (19)	36 (29)
		163 (156)

2.3 Kulturelle Anlässe

Die kulturellen Anlässe sind von zwei aus Vorstehern, Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler bestehenden Kulturkommissionen, je eine für die deutsch- und französischsprachige Abteilung, geplant und organisiert worden.

Die wichtigsten Veranstaltungen waren:

Unter der Leitung von Anne-Laure Vieli haben drei Schülerinnen und Schüler das Theaterstück «*Plein la cave*» geschrieben und aufgeführt; «*Le Cavalier bizarre*» von Michel de Ghelderode im Théâtre des Osse; Konzert des Jugendorchesters Freiburg vor Weihnachten; «*Don Pasquale*» Oper von Donizetti.

Ausserdem ermöglichen wir regelmässig interessierten Schüler/innen den Besuch von Theatervorstellungen, z. B. im Théâtre de Vidy in Lausanne im Rahmen eines Maturarbeit-Seminars mit dem Thema «Theater». Der Chor des Kollegiums St. Michael hat zum 25-Jahr-Jubiläum seines Dirigenten, André Ducret, eine CD und eine Festschrift herausgegeben. Der Chor war auf Tournee in St. Petersburg und hat am 21. Juni in der Kollegiumskirche ein Jubiläumskonzert gegeben.

Die Fanfare des Kollegiums ist unter der Leitung von Eric Conus nach Maligne, Belgien, gereist und hat am 29. Mai ihr alljährliches Konzert in der Aula des Lyzeums gegeben.

Unter der Leitung von Anne Dumas hat die französischsprachige Theatergruppe das Stück «*La Comédie de la Comédie*» und fünf kleine Stücken von Jean Tardieu dreimal öffentlich und dreimal schulintern aufgeführt.

In der deutschsprachigen Abteilung sahen die Schülerinnen und Schüler die Filme «*Magnolia*» und «*Heavenly Creatures*»; mehrere Klassen besuchten die Aufführung von Dürrenmatts «Der Besuch der alten Dame» in der Aula der Universität.

Die Theatergruppe der drei Freiburger Kollegien spielte unter der Leitung von Marianne Rohrer für die Schülerinnen und Schüler und die Eltern das Stück «Wie es euch gefällt» mit verschiedenen Shakespeare-Szenen.

Die 1. und 3. Klassen haben fast alle die Landesausstellung EXPO.02 besucht.

Anlässlich des St. Michael-Fests hat die deutschsprachige Abteilung am 27. September die Herausgabe des Schulleitbilds gefeiert, während die französischsprachigen Klassen über die Arbeit der neuen Freiburger Kantonsverfassung informiert wurden.

Unser Organist René Oberson organisierte eine Konzertreihe mit fünf Orgelkonzerten in der Kollegiumskirche.

2.4 Schüleraustausche

a) Einzelaustausche: 17 Schülerinnen und Schüler der französischsprachigen Abteilung und 10 der deutschsprachigen Abteilung haben ein Jahr im Ausland verbracht (USA, Deutschland, Australien, Chile), und das Kollegium hat 7 ausländische Schülerinnen und Schüler in der französischsprachigen Abteilung und 4 in der deutschsprachigen Abteilung aufgenommen.

b) Ausserdem haben 7 Schülerinnen und Schüler der 2. Klassen zwei Wochen in einem Zürcher Gymnasium (Stadelhofen) verbracht und im Gegenzug die Zürcher Kameradin oder den Zürcher Kameraden im Kollegium St. Michael empfangen.

c) Im Hinblick auf die Expo.02 haben 2 Klassen für eine Woche Deutschschweizer Klassen aufgenommen (Altdorf und Zürich). Sie besuchten gemeinsam die Expo.

2.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schülerinnen und Schüler des Ergänzungsfachs «Histoire-Sciences politiques» haben an der UNO-Jugendversammlung (SUN) in Genf teilgenommen. Die meisten 3. Klassen beider Abteilungen haben eine Studienreise durchgeführt (Barcelona, Rom, Sizilien, Wien, Budapest, Prag, Südfrankreich). Vor Auffahrt haben die 1. und 2. Klassen der deutschsprachigen Abteilung drei Thementage organisiert; die Schülerinnen und Schüler hatten Gelegenheit, ein Spezialthema ausführlicher und fächerübergreifend zu behandeln. Für die 1. Klassen der französischsprachigen Abteilung wurden zwei Thementage über Arbeitsmethodik der Schülerinnen und Schüler durchgeführt.

Das Kollegium zählte zu Schuljahresbeginn 2002 fünf zweisprachige Klassen (112 Schüler/innen), zwei im 2. Jahr, zwei im 3. Jahr und eine im 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zu einer den Anforderungen der MAR entsprechenden «zweisprachigen Maturität».

2.6 Maturitätsreform

Die Vorbereitung der Maturitätsprüfungen gehörte zur letzten Phase der Umsetzung der neuen Maturität. Form und Inhalt der schriftlichen und mündlichen Maturitätsprüfungen wurden in einem Dokument festgelegt, insbesondere was die zum ersten Mal an der Maturität geprüften Fächer Biologie, Chemie, Anwendungen der Mathematik, Bildnerisches Gestalten, Musik, Geografie, Psychologie betraf.

Für die Verwaltung der Maturitätsprüfungen und -noten wurde zusammen mit den andern kantonalen Kollegien ein neues Software-Programm ausgearbeitet.

Zum zweiten Mal wurden im Jahre 2002 Maturaarbeiten geschrieben: die 260 Schülerinnen und Schüler der letzten Klassen haben in 13 französischsprachigen und 11 deutschsprachigen Seminaren Arbeiten zu Themen in den Bereichen Literatur, Kino, Malerei, Geschichte, Wirtschaft, Genealogie, Biologie, Naturwissenschaften und Sport verfasst. Die Texte wurden auf Französisch oder Deutsch, ausnahmsweise auch auf Englisch, geschrieben. 37 Lehrpersonen betreuten die Schülerinnen und Schüler.

3. Gebäude

Während des Jahres 2002 wurde in einer zweiten und letzten Phase hauptsächlich an der neuen Cafeteria gearbeitet. Die Cafeteria wurde mit Ausnahme der Fenster vollständig renoviert und eine zentrale Ausschank-Theke wurde eingerichtet. Mit diesen Arbeiten verbunden waren:

- die Einrichtung von sanitären Anlagen für Behinderte und eines Putzraums beim Gang der deutschsprachigen Bibliothek

- Umbau des Economat der ehemaligen Cafeteria zu einem Computerraum für die Benutzerinnen und Benutzer der deutschsprachigen Bibliothek
- Instandsetzung des Leseraums.

Ausserdem wurden im Hauptgebäude zwei Büros für die Vorsteher eingerichtet.

VIII. Kollegium Heilig Kreuz

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2002/03 zählte das Kollegium Heilig Kreuz 938 (920) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Fr. Abteilung	628	621	28	27
Dt. Abteilung	292	318	14	15
Total	920	939	42	42

Verpflegung

Ungefähr 400 Schülerinnen und Schüler essen in der Cafeteria des Kollegiums (kleine Verpflegung), in der Mensa von Regina Mundi oder in der Ingenieurschule.

Wohnort	2001/02	2002/03	
im Kanton Freiburg	914	930	Schüler/innen
in einem anderen Kanton	6	9	Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Neuaufnahmen	271	234	Schüler/innen
--------------	-----	-----	---------------

1.3 Ausgestellte Diplome

Maturitätsausweise

Von den 173 (183) Kandidatinnen und Kandidaten haben 155 (183) den Maturitätsausweis erhalten:

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Kontakt mit den Eltern

In der französischen Abteilung wurden 6 Elternabende für 14 Klassen (Beteiligung 70 %) sowie ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler organisiert. In der deutschen Abteilung wurden 3 Elternabende für 8 Klassen (Beteiligung 60 %) sowie ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler organisiert.

Die Direktion des Kollegiums hat an den Versammlungen der Elternvereine teilgenommen.

Die Schulkommission hat 2 Sitzungen abgehalten.

2.2 Lehrkörper

Das Kollegium Heilig Kreuz zählt 127 (115) Lehrpersonen (78,05 Vollzeitstellen im Voranschlag 2002), die sich auf folgende Anstellungsverhältnisse verteilen:

öffentlich-rechtlich ernannt	privatrechtlich angestellt	Total
84 (74)	14 (23)	20 (18)
		118 (115)

2.3 Kulturelle Veranstaltungen

Die Schule hat die folgenden kulturellen Veranstaltungen angeboten: 3 Theateraufführungen, 1 Film, 2 Schüleraufführungen, 2 Konzerte, verschiedene Sportanlässe und Vorträge, Ausstellungsbesuche

2.4 Schüleraustausche

19 Schülerinnen und Schüler verbrachten einen Sprachaufenthalt in der Deutschschweiz, in Norwegen, Australien, den USA oder Deutschland. Die Schule nahm 11 Schülerinnen und Schüler aus der Deutschschweiz und dem Ausland auf.

2.5 Besondere Ereignisse

Interreligiöses Treffen mit Saul Oren-Hornfeld, Auschwitz-Überlebender.

Ausstellung Weltethos über alle Weltreligionen.

Podiumsdiskussion über den UNO-Beitritt.

Sponsorenlauf zur Unterstützung von Autisten.

Fabrikbesuch.

Das traditionelle Sportfest.

Die Schülerinnen und Schüler des Freifachs SUN (Jugend-UNO) nahmen in Genf an der Plenarsitzung teil.

Schülerinnen und Schüler des Freifachs *Sempervivum* stellten mit Lehrerinnen und Lehrern die Schülerzeitung zusammen.

Zwei Klassen nahmen an einer Wirtschaftswoche teil, die von der Freiburgerischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer organisiert wurde.

Besinnungstage auf dem Grossen Sankt Bernhard.

WINS (women in science and technology) Präsentation für die Gymnasiastinnen der 3. Klasse

Während der Projektwoche wurden folgende Themen behandelt:

Esskultur aus aller Welt, Musikstile, Snowboard, griechische Mythologie, ägyptische Kultur, Ernährung, Musik, neue Jugend, das Leben Shakespeares, internationale Woche mit dem Thema Kultur aus Mexiko, Holland, China und Indien.

Studienreisen nach Neapel, Sizilien, Krakau, Brüssel, Brügge, Wien, Ravenna, Auschwitz.

2.6 Programme

Zweisprachigkeit:

3 deutschsprachige Schüler in der französischsprachigen Abteilung,

18 französischsprachige Schüler in der deutschen Abteilung, 1 zweisprachige 4. Klasse,

1 zweisprachige 2. Klasse

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» haben 13 Schüler erhalten, 9 deutschsprachige und 4 französischsprachige.

Pädagogische Tage mit dem Thema: «Für eine professionelle Kommunikation».

3. Gebäude

Wegen Raummangel im Bereich des Sportunterrichts wurde in der OS Pérolles eine Halle gemietet. Die Aula wurde als Ersatz für einen Lesesaal unterteilt.

IX. Kollegium Gambach

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2002/03 zählte das Kollegium Gambach 643 (653) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen		
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03	
fr. Gymnasium	292	281	14	14	
dt. Gymnasium	158	161	8	8	
Handelsschule fr.	Diplome	84	82	4	4
	KBM	34	33	2	2
Handelsschule dt.	Diplome	47	45	2	2
	KBM	20	26	1	1
Sekretariatskurs (fr. und dt.)	18	15	1	1	
Total	653	643	32	32	

Internat

Die Schule zählt 7 (10) Interne.

Wohnort	2001/02	2002/03
Im Kanton Freiburg	639	630 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	8	9 Schüler/innen
Im Ausland	6	4 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium	108	98 Schüler/innen
In die Handelsschule und KBM	63	71 Schüler/innen
In den Sekretariatskurs	18	15 Schüler/innen
Total neu aufgenommen	189	184 Schüler/innen

1.3 Ausgehändigte Diplome

• Maturitätsausweise

Von den 82 (102) Kandidatinnen und Kandidaten haben 76 (101) den Maturitätsausweis erhalten:

Typen	D	E
fr. Gymnasium	48 (22)	0 (45)
dt. Gymnasium	28 (14)	0 (20)

• Handelsdiplom

Von den 55 (45) Kandidatinnen und Kandidaten haben 47 (40) das Handelsdiplom erhalten:

fr. Abteilung	31 (26)
dt. Abteilung	16 (14)

• Kaufmännische Berufsmaturität

Von den 22 (15) Kandidatinnen und Kandidaten haben 20 (14) die Berufsmaturität bestanden.

• Kantonales Sekretariatsdiplom

Von den 15 (14) Kandidatinnen und Kandidaten haben 15 (14) das Sekretariatsdiplom erhalten.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern

Zwischen Februar und März 2002 wurden 17 Elternabende für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1., 2. und 3. Klassen der beiden Abteilungen organisiert.

Zwei Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler jeder Abteilung haben im Juni 2002 stattgefunden.

Während des Schuljahrs gab es auch zahlreiche Kontakte zwischen den Eltern und der Direktion (Rektor/Vorsteherin/Vorsteher).

Der Rektor hat zudem an den Sitzungen der Schulkommision teilgenommen.

2.2 Lehrkörper

Das Kollegium Gambach zählt 97 (95) Lehrpersonen (57,60 Vollzeitstellen im Voranschlag 2002), die sich auf folgende Anstellungsverhältnisse verteilen:

öffentlich-rechtlich ernannt	privatrechtlich angestellt	Total
64 (62)	13 (13)	20 (20)
		97 (95)

2.3 Kulturelle und erzieherische Tätigkeiten

Unter anderem haben die Klassen, oder ein Teil davon, folgende Anlässe besucht:

- Filme: «Le Roi danse» von Gérard Corbiau, «Nurse Betty» von Neil La Butte. Filmfestival: «Au-delà de Gibraltar» und «Bashkim», begleitet von thematischen Tagen für die interessierten Klassen, Vorbereitung auf die Filme, Vorführung, Begegnungen, Gespräche mit den Regisseuren.
- Theateraufführungen und Konzerte: «Médiévaux 2001», gespielt von der Gam' Art-Truppe; «Der Besuch der alten Dame», DFAG, «Le Cavalier bizarre», von

Michel Ghelderode gespielt vom Theater «des Osses», «Molière 2001» Stück realisiert im Rahmen der Maturaarbeit, «Un air de famille» von Agnès Jaoui und Jean-Pierre Bacri, gespielt unter der Leitung von Sr. Anne-Françoise Hostettler, «Hair», Musical unter der Leitung von Jacques Berger, «Wie es euch gefällt» Ausführung der Theatergruppe St. Michael – Heilig Kreuz, «Don Pasquale», Opera von Donizetti, «Le liseur», Stück von Bernhard Schlink gespielt vom Theater «de l'Ecrou»;

- Besuche und Studienreisen: nach Strassburg zum Europäischen Parlament, «Mifroma» in Ursy, Gericht des Sensebezirks in Tafers, «Student United Nations» in Genf.
- Die thematischen Tage hatten folgende Themen: Vorstellung der Schwerpunktfächer, der Arbeitsmethoden, Ausbildungstage KBM, interdisziplinäre Tage zur Krise von 1929.
- Die für alle Klassen organisierte thematische Woche hatte verschiedene Themen zum Inhalt wie Gesundheit, Realisierung von Fernsehnachrichten, die Autonomie im Gebirge, Mafia, die Vorbereitung der Schlussitzung, Kommunikation. Die Studienreisen führten nach: Prag, Rom, Dublin und Sizilien.
- Informationssitzungen/Vorträge: Teilnahme der Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Gymnasialklassen und der 3. Diplomklassen an den Berufsinformationssitzungen, Job-info, «People with Aids», Zeugenaussagen, «Islam und Integration» im Rahmen der Seelsorge, Weiterbildung in Broc über das Arbeitsrecht und das Unternehmen und seine Angestellten; Tag der offenen Tür an der Universität Freiburg, Informationen über die Möglichkeiten eines Schüleraustauschs mit dem Ausland.

2.4 Schüleraustausch

- Austausch mit einer bulgarische Schülergruppe.

2.5 Besondere Ereignisse

Die Schule organisierte drei Sporttage mit einem vielfältigen Angebot; die Schülerinnen und Schüler nahmen an den intergymnasialen Wettkämpfen und an anderen von den Sportlehrern organisierten Turnieren teil.

Etliche Schülerinnen und Schüler und Klassen haben ein Praktikum in einem Betrieb gemacht.

Die verantwortliche Steuergruppe für das Schulentwicklungsprojekt, bestehend aus Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern und Rektor, hat ein Konzept für die Thementage erarbeitet. Dieses Konzept hat die Zustimmung des Lehrkörpers, der Schülerschaft sowie der Direktion erhalten. Es wird während des Schuljahrs 2002/03 getestet.

2.6 Programme

2.6.1 Kaufmännische Berufsmaturität (KBM)

Die Schülerinnen und Schüler des diesjährigen Kurses haben wie bereits im Vorjahr sehr gute Arbeiten vorgestellt.

Die Praktika sind immer besser im Schulprogramm integriert. Erfreulicherweise nimmt die Attraktivität dieser Ausbildung von Jahr zu Jahr zu.

2.6.2 Gymnasiale Maturität

Das vierte Jahr mit dem neuen Reglement hat sich gut abgepielt. Die Informationssitzungen ermöglichten es den Schülerinnen und Schülern, ihre Entscheidungen in Kenntnis der Sache zu fällen. Ein ähnliches Vorgehen wurde bei der Wahl der Ergänzungsfächer festgelegt. Im Übrigen hat die verantwortliche Kommission für die Maturaarbeiten die Richtlinien in Zusammenarbeit mit der Schulleitung verfeinert. Der überarbeitete Kalender hat im Übrigen dazu beigetragen, angepasste Lösungen für Schülerinnen und Schüler zu finden, deren Arbeiten abgewiesen werden mussten.

3. Gebäude, Ausbesserungen und Anpassungen

3.1 Gebäude

Das Kollegium benützt wie im Vorjahr vier Gebäudekomplexe:

- das Hauptgebäude (A), Eigentum der Ursulinenschwestern;
- 3 Klassenzimmer in einem Pavillon im Garten, der dem Staat gehört;
- 17,5 Klassenzimmer in einem Gebäude der FOS
- wie seit Schulanfang 2002 vereinbart kann das Kollegium über $\frac{1}{3}$ der Sportanlage der KDMS verfügen, so dass auf die 2 auswärtigen Sporthallen (Universität und St. Agnes) verzichtet werden kann.

Die verschiedenen Schulräumlichkeiten verursachen immer wieder Organisationsprobleme. Eine detaillierte Studie, die nach einer Lösung sucht, wurde vorgelegt. Um eine gute Unterrichtsqualität aufrechterhalten zu können und wegen der zunehmenden Schülerbestände muss diese Studie unbedingt weiterverfolgt werden. Der Staatsrat hat in seinem Finanzplan für die Legislaturperiode einen Betrag für den Kauf von Gebäuden für das Kollegium festgelegt.

3.2 Während des Sommers 2002 realisierte Arbeiten

Gebäude A: Installation eines Multimediazimmers (Zimmer 7)

Gebäude B (FOS): die Knabentoilette wurde saniert, im Lehrerzimmer Warmwasser installiert.

3.3 Projekte

Gebäude A: Erweiterung der Lagerungsmöglichkeiten für das Physikmaterial

Gebäude B (FOS): die allgemeine Renovierung sollte vorangetrieben werden.

Kollegiumsneubau:

- Kauf des Gebäudes von den Ursulinerinnen
- Weiterführung der Studie betreffend Umbau und Neubau
- Bau und Renovation.

X. Kollegium des Südens

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2002/03 zählte das Kollegium des Südens 793 (754) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen		
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03	
Gymnasium	529	569	25	27	
Handelsschule	Diplom	56	75	5	5
	KBM	27	26	0	0
Diplommittelschule	143	123	7	6	
Total	755	793	37	38	

Die Zunahme der Schülerbestände setzt sich, in etwas geringerem Ausmass als bisher, fort (+ 9,26 % im Jahre 2001).

Verpflegung

Das neue Konzept, das im Vorjahr eingeführt wurde, wird den Erwartungen der Schülerschaft gerecht: Im Durchschnitt essen 260 Schüler/innen (250) ihr Mittagessen in der Schule.

Wohnort	2001/02	2002/03
Im Kanton	747	789 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	7	4 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen	2001/02	2002/03
Ins Gymnasium	171	180 Schüler/innen
In die Handelsschule	40	36 Schüler/innen
In die Diplommittelschule	61	41 Schüler/innen
Total der Neuaufnahmen	272	257 Schüler/innen

Die Schülerbestände der 1. Gymnasialklasse nehmen weiter zu; bereits im Jahr 2001 wurde eine erhebliche Zunahme festgestellt (ca. 20 %). Der Rückgang bei den Schülerbeständen der Diplommittelschule muss relativiert werden, weil diese Abteilung im letzten Jahr eine aussergewöhnliche Zunahme von ca. 33 % verzeichnete.

1.3 Ausgehändigte Diplome

Maturitätsausweise

Von 118 (115) Kandidatinnen und Kandidaten haben 110 (106) die neue Matura bestanden.

Handelsdiplom

Von 20 (13) Kandidatinnen und Kandidaten haben 19 (11) das Diplom erhalten.

Kaufmännische Maturität

Von 16 (14) Kandidatinnen und Kandidaten haben 16 (14) die Berufsmaturität bestanden (6 (6) Kandidatinnen und Kandidaten aus Estavayer-le-Lac und 10 (8) Kandidatinnen und Kandidaten des Kollegium des Südens).

Diplommittelschule

Von 31 (14) Kandidatinnen und Kandidaten haben 31 (14) das Diplom erhalten.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Eltern- und andere Kontakte

a) Elternabende:

Dezember 2001: Elternabend für die die Eltern von Schüler/innen der 1. Klasse;

Februar 2002: Elternabend für die Eltern von Schüler/innen der 2. und 3. Klassen;

Zahlreiches Erscheinen der Eltern (Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen).

b) Zahlreiche persönliche Kontakte mit Eltern von Schülerinnen und Schülern bei Problemen jeglicher Art oder bei Neuorientierung.

c) Ende November 2002: Informationsabend für die Eltern der zukünftigen Schülerinnen und Schüler der 1. Klasse: Vorstellung der verschiedenen Ausbildungen (Handelsschule-Diplommittelschule-Gymnasium)

2.2 Lehrkörper

Das Kollegium des Südens zählt 107 (102) Lehrpersonen (65,92 Vollzeitstellen im Voranschlag 2002), die sich auf folgende Anstellungsverhältnisse verteilen:

öffentlich-rechtlich ernannt	privatrechtlich angestellt	Total
80 (74)	17 (13)	107 (102)

2.3 Kulturelle Veranstaltungen

Die Mehrzahl der kulturellen Aktivitäten wird von der Kulturkommission (OS Greyerz in Zusammenarbeit mit dem Kollegium des Südens) vorgeschlagen. Dazu kommen die von der Lehrerschaft vorgeschlagenen Projekte (Vorträge, Besuche, Thementage):

- Konzerte: «Impromptu et piano», Sunside, Klaviervortrag durch Florence Desbiolles, Trio Guarneri;
- Theater: «*Antigone*» von Sophokles durch die Theatergruppe «Ecolisée» der OS Vivisbach; «*Comédie des Proverbes*» von Carmontelle durch die «Compagnie des Barbares»; «one man show» von Laurent Gachoud;
- Film: «Ciné-club» des Kollegiums des Südens, 6 Vorführungen pro Schuljahr.
- Vorträge: Paul Grossrieder, Generaldirektor des IKRK; Diskussionsrunde zu den Ereignissen des 11. Septembers 01, unter der Leitung von Patrice Borcard, Chefredaktor der Zeitung «La Gruyère», mit Beiträgen von drei Lehrpersonen; Saul Oren-Hornfeld, KZ-Überlebender; Prof. Jean Bernard, Mitglied der «Académie française», anlässlich der 200-Jahr-Feier der Ehrenlegion;
- Ausstellungen: Das Ägypten der Pharaonen; Architektur und gotische Malerei; Malraux; der Bergsteiger Patrick Berhault; unberührte Landschaften in Nordamerika; seltene Berufe – vergessene Berufe; General Guisan und die Schweiz während des 2. Weltkrieges, durch die Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse (Ergänzungsfach Geschichte); «Visages et floralies»;

- Thementage: Besuch des Konzentrationslagers Struthof (Elsass) für die Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Stufe; zwei Tage zum Thema «Diderot et l'Encyclopédie» (3. und 4. Klassen); fünf Klassen der 3. Gymnasialklasse haben eine Studienreise durchgeführt (Barcelona, Berlin, München, Rom); EXPO.02: das ganze Kollegium hat am 31. Mai 2002 die Artepilage in Yverdon besucht.

«Interne» Anlässe: Theater-Atelier des Kollegiums des Südens und der OS Greyerz, Konzert des «Ensemble instrumental du CS et du CO», Konzert des «Chœur du CS et du CO».

Internetkurs für Senioren durch Schülerinnen und Schüler erteilt (60 Teilnehmende).

2.4 Austausch

23 Schülerinnen und Schüler haben in Deutschland ein 4-wöchiges Tandem durchgeführt. 3 Schülerinnen und Schüler haben ein Schuljahr im Ausland verbracht, und das Kollegium hat (im einseitigen Austausch) 6 Schülerinnen und Schüler aufgenommen, davon 2 für ein ganzes Schuljahr.

2.5 Zweisprachigkeit

Das Kollegium zählt für das Schuljahr 2002 70 Schülerinnen und Schüler in der zweisprachigen Abteilung. In deutscher Sprache geführte Kurse: 1. Klasse: Einführung in Wirtschaft und Recht; 2. Klasse: Physik und Geschichte; 3. und 4. Klasse: Mathematik und Geschichte. Diese Schülerinnen und Schüler werden die vier Gymnasialjahre mit der neuen zweisprachigen Maturität abschliessen.

XI. Kantonales Lehrerinnen- und Lehrerseminar, Primarschule (KLS I)

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2002/03 zählte das Kantonale Lehrerseminar I 68 (152) Schülerinnen und Schüler, die sich wie folgt verteilen:

Fr. Abteilung	Schüler/innen		Klassen	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Frauen	69	30	0	0
Männer	23	7	0	0
Total	92	37	5	2
Dt. Abteilung				
Frauen	48	25	0	0
Männer	12	6	0	0
Total	60	31	4	2
Gesamttotal	152	68	9	4

Unter diesen 68 Schülerinnen und Schülern gibt es keine Maturandinnen und Maturanden.

Wohnort der Schüler	2001/02	2002/03	
Im Kanton Freiburg	145	63	Schüler/innen
In anderen Kantonen	7	5	Schüler/innen
Im Ausland	0	0	Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Keine Aufnahmen infolge Übergang zur Pädagogischen Hochschule (PH)

1.3 Ausgehändigte Diplome

- Primarlehrerdiplome, französischsprachige Abteilung:
Von 57 (59) Kandidatinnen und Kandidaten haben 55 (54) das Primarlehrerdiplom erlangt, davon 40 (38) Frauen.
- Primarlehrerdiplome, deutschsprachige Abteilung:
Von 29 (36) Kandidatinnen und Kandidaten haben 29 (36) das Primarlehrerdiplom erlangt, davon 23 (25) Mädchen.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

Bedingt durch den Weggang von Sr. Bénédicte Rutz (Missionstätigkeit im Tschad) gibt es bei der Direktion für das letzte Ausbildungsjahr folgende Anpassungen: Pius Lehmann, Direktor; Pierre-Georges Roubaty bleibt Studiendirektor der französischsprachigen Abteilung.

2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern

Für die französischsprachige Abteilung:

- Zahlreiche persönliche Kontakte des Verantwortlichen der französischen Abteilung mit den Klassenlehrpersonen und den Eltern.
- Einladung der Eltern zum Konzert und an die Schlussfeier.
- Schriftliche Informationen der Direktion an die Eltern.

Für die deutschsprachige Abteilung:

- Mitteilungsblätter für die Eltern und die Schülerinnen und Schüler.
- Einladung zum Konzert des Seminarchores.
- Einladung zu einem Vortragsabend mit Prof. Anton Bucher

2.2 Lehrkörper

Mehrere Lehrpersonen wechselten die Schule infolge der Umstrukturierung Lehrerseminar – Pädagogische Hochschule.

Das Lehrerseminar zählt 45 (59) Lehrpersonen (46,18 Vollzeitstellen im Voranschlag 2002 total ENC I+II, KLS I+II, PH + Vorbereitungskurs); ihr Anstellungsverhältnis verteilt sich wie folgt:

öffentlich-rechtlich ernannt	privatrechtlich angestellt	Total
32 (37)	9 (11)	45 (59)

2.3 Kulturelle Veranstaltungen

In der französischsprachigen Abteilung sind die folgenden Veranstaltungen zu erwähnen:

- Konzert des Seminarchores in der Aula des Lehrerseminars. Programm «Voyage à travers les langues». Lei-

tung Eric Conus und Pierre-Georges Roubaty mit Ryo-ko Naef (Klavier), Bernard Schwenter (Banjo) und Christian Gavillet (Saxophon).

- Verschiedene Veranstaltungen im Angebot der Kulturkommission: zwei Tage am Filmfestival. Adventskonzert in Villars-sur-Glâne «Messe en mi bémol» von Schubert. Freiburger Oper «Don Pasquale» von Donizetti. Theater: «Le Liseur».

Die wichtigsten Veranstaltungen in der deutschsprachigen Abteilung:

- Konzert des Chors: Musik und Gesang;
- Erzählacht: Lesung mit Eveline Hasler;
- Studienreisen nach Budapest, Berlin, Barcelona;
- Studienwoche;
- Besinnungstage für die Abschlussklassen.

2.4 Austausch

Im Bereich der Schüleraustausche und der Förderung der Zweisprachigkeit sind in der französischsprachigen Abteilung folgende Veranstaltungen zu vermerken:

Obligatorisch:

- Immersion im Fach Zeichnen der 4. Klassen des PLS während des ganzen Jahrs (1 Semester in der Muttersprache, ein Semester in der Partnersprache);
- Zweisprachiges Sportlager (gemischte Gruppen) für die 4. Klassen;
- Sportturniere Lehrpersonen/Schülerinnen und Schüler;
- Deutschsprachige Turnstunden in einigen Klassen.

Freiwillig:

- Tandems.

Im Bereich des Schüleraustauschs und der Förderung der Zweisprachigkeit sind in der deutschsprachigen Abteilung folgende Veranstaltungen zu vermerken:

- Zweisprachige Sportwoche im Winter mit den 4. Klassen;
- Immersion im Fach Zeichnen der vierten Klassen des PLS während des ganzen Jahres;
- Förderung der Zweisprachigkeit durch Tandems.

2.5 Besondere Ereignisse

In der französischsprachigen Abteilung:

- Begegnung mit Alexandre Jollien;
- Konzert «Vieux Jazz» mit Bernard Schwenter, Instrumentallehrer;
- Pädagogische Tagung: Vorbereitung der PH;
- Wirtschaftswoche für die Schülerinnen und Schüler der 4A und 4B;

- dreiwöchiges Praktikum im Tschad von zwei Schülerinnen der 5. Klasse;

In der deutschsprachigen Abteilung:

- Fortbildung der Lehrpersonen während der Sommerferien in Ernen (2 Tage);
- Pädagogische Tagung: Interkulturelle Erziehung;
- Studienwochen, Studienreisen;
- Wirtschaftswoche mit Firmenbesuchen für die Abschlussklassen;
- Zusammenkünfte mit den Praktikumslehrpersonen;
- Zusammenkunft mit Staatsrätin Isabelle Chassot;
- Gesundheitswoche und Besinnungstage;
- Sportturniere Lehrer/Schüler;
- Wintersporttage;
- Studienwoche: erweiterte Schülerbeurteilung.

2.6 Programme

- Vorbereitung des letzten Ausbildungsjahrs des KLS in Absprache mit der Leitung der Pädagogischen Hochschule;
- Durchführung eines zweiten Ausbildungsmoduls für Praktikumslehrpersonen, geleitet von Lehrpersonen des KLS I und II.

3. Gebäude, Ausstattung

Mit der Schaffung der Pädagogischen Hochschule sind eine Reihe von Umbauarbeiten vorgesehen.

XII. Kantonales Lehrerseminar, Abteilung Kindergarten und Hauswirtschaft (KLS II)

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2002/03 zählt das KLS II 23 (52) Schülerinnen und Schüler, die sich wie folgt verteilen:

	Schülerinnen				Klassen			
	fr.	dt.	fr.	dt.	fr.	dt.	fr.	dt.
Hauswirtschaft HW	8	7	4	4	1	1	1	1
Kindergarten KG	30	12	10	0	2	1	1	0
Zwischentotal	38	19	14	4	3	2	2	1
Gesamttotal fr. und dt.	23 (52)				3 (5)			

Bemerkungen

- Im Hinblick auf die Eröffnung der Pädagogischen Hochschule wurden keine 1. Klassen eröffnet.
- Es gibt keinen Mann in der Ausbildung. Alle 23 Absolventinnen sind Frauen.

- c) Unter den 23 Absolventinnen gibt es 5 (5) Maturandinnen.

Internat

Schliessung des Internats: im Juni 2001

Wohnort

Im Kanton Freiburg 22 (45) Schüler/innen
In einem anderem Kanton 1 (7) Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

	fr. Abteilung		dt. Abteilung		Total	
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
HW	0	0	0	0	0	0
KG	2	0	0	0	2	0
Total	2	0	0	0	2	0

Die Aufnahmen in die Abteilung Kindergarten betreffen nur die 4. Klasse.

1.3 Ausgehändigte Diplome

- Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerinnendiplom
0 (4) französischsprachige Schülerinnen (zweijähriger Abschluss) und 0 (7) deutschsprachige Schülerinnen haben das Diplom erhalten.
- Kindergärtnerinnendiplom
12 (12) französischsprachige Schülerinnen und 9 (0) deutschsprachige Schülerinnen (Abschluss alle 2 Jahre) haben dieses Diplom erworben.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

Bedingt durch den Weggang von Sr. Bénédicte Rutz (Missionstätigkeit im Tschad) gibt es bei der Direktion für das letzte Ausbildungsjahr folgende Anpassungen: Pius Lehmann, Direktor; Pierre-Georges Roubaty bleibt Studiendirektor der französischsprachigen Abteilung.

2.1 Elternkontakte

Für die französischsprachige Abteilung können erwähnt werden:

- die regelmässig organisierten Elternabende, an denen die Schülerinnen aktiv teilnehmen;
- Einzelgespräche bei auftretenden Schwierigkeiten, telefonische und schriftliche Kontakte usw.;
- Einladung der Eltern zum Theater am Jahresende.

und für die deutschsprachige Abteilung:

- Elternabende in Zusammenhang mit Diplomarbeiten;
- persönliche Gespräche mit den Eltern und den Schülerinnen;
- schriftliche Mitteilungen an die Schülerinnen und ihre Eltern;

- Einladung an die verschiedenen von der Schule organisierten Veranstaltungen: Konzert des Chors, Theater, Vortrag.

Weitere Kontakte und Massnahmen in der französischsprachigen Abteilung:

- Regelmässige Sitzungen der Direktionsmitglieder mit dem Rektor der PH;
- regelmässige Kontakte mit den Praktikumslehrerinnen (KGS/HWS);
- Mitarbeit an der Ausbildung der Praktikumslehrerinnen und -lehrer.
- regelmässiger Kontakt mit dem Kindergarten-, Hauswirtschafts- und Handarbeitsinspektorat;
- Zusammenkünfte mit der Kantonalen Kommission für Informatik.
- Informationssitzungen der PH.

Weitere Kontakte und Massnahmen in der deutschsprachigen Abteilung:

- Themenwochen, Sonderstudienwoche;
- Zusammenkünfte mit den Inspektorinnen und den Praktikumsverantwortlichen;
- Teilnahme an der Ausbildung der Praktikumslehrer/innen.

2.2 Lehrerschaft

Das Lehrerseminar II zählt 19 (39) Lehrpersonen (46,18 Vollzeitstellen im Voranschlag 2002, umfassend ENC I + II, KLS I + II, PH und Vorbereitungskurs), deren Anstellungsverhältnis sich wie folgt verteilt:

öffentlich-rechtlich ernannt	angestellt	privatrechtlich angestellt	Total
8 (20)	1 (7)	10 (12)	19 (39)

2.3 Kulturelle Veranstaltungen

Französischsprachige Abteilung:

- Freiburger Oper: «Don Pasquale» von Donizetti
- Freiburger Filmfestival;
- Musikalische Woche und Konzert «Hair»;
- Theater: «Le Cavalier Bizarre» von M. de Ghelderode mit vorgängiger Begegnung mit Véronique Mermoud;

Deutschsprachige Abteilung:

- Alle Anlässe werden grundsätzlich gemeinsam mit dem KLS I durchgeführt.

2.4 Austausch und Zweisprachigkeit

- Sportwoche und Skilager werden in sprachlich gemischten Gruppen durchgeführt;
- Tandems.

2.5 Besondere Ereignisse

- Besinnungstage über das Thema «Das Vertrauen»;
- Pädagogische Tagung: Interkulturelle Erziehung;
- Arbeitstage im Hinblick auf die Eröffnung der PH;
- Begegnung mit Herrn Alexandre Etienne, Rektor der PH, und den Schüler und Schülerinnen;
- Vormittage über das Thema «Zum Glauben erwecken»;
- Dreiwöchiges Praktikum im Tschad von einer Schülerin des 4. KGS aus der französischen Abteilung;
- Weiterbildung der Lehrerschaft während des Sommers;
- Studienwochen «Textiles Gestalten», «Lebensmittelkunde», «Gesundheitspflege» und «Erwachsenenbildung»;
- Wirtschaftswoche mit den Abschlussklassen;
- Fortbildung der deutschsprachigen Lehrkräfte in Ernen (2 Tage);
- Ausbildung und Zertifizierung der Praktikumslehrerinnen;
- Zusammenkunft mit den Inspektorinnen;
- Sportturniere Lehrer-/Schülerschaft;
- Skilager und Sporttage;
- Studienwoche;
- Besinnungstage der Klassen.

2.6 Programme

- Vorbereitung des letzten Ausbildungsjahrs des KLS in Absprache mit der Leitung der Pädagogischen Hochschule;
- Durchführung eines zweiten Ausbildungsmoduls für Praktikumslehrpersonen, geleitet durch die Lehrpersonen des KLS I und II.

3. Verwaltung und Geschäftsführung

Die Zusammenlegung der Administrationen KLS I und KLS II ist erfolgt.

3.1 Personal

- Weggang von Sr. Bénédicte Rutz (Missionstätigkeit im Tschad);
- mehrere Lehrpersonen müssen wegen Klassenabbau das KLS II verlassen.

4. Gebäude

Das Gebäude wird nur noch teilweise genutzt (Ernährungslehre, Werken).
Der Umbau für die Pädagogische Hochschule ist geplant.

XIII. Kantonale Diplommittelschule (KDMS)

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2002/03 zählte die KDMS 518 (500) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

		Schüler/innen		Klassen	
		2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
Fr. Abteilung	1. Jahr	157	163	8	8
	2. Jahr	119	130	6	6
	3. Jahr	117	109	6	5
Dt. Abteilung	1. Jahr	46	42	2	2
	2. Jahr	30	35	1	2
	3. Jahr	31	39	2	2
Total		500	518	25	25

Von den 518 (500) Schülerinnen und Schülern sind 94 (97) Knaben.

Mehr als 30 Erwachsene absolvieren den Ergänzungskurs für den Übertritt in die HES-SO (FH-GS).

- Verpflegung

Ungefähr 350 (300) Schülerinnen und Schüler essen mittags in der Schule: 300 im neuen Schulrestaurant und 50 in der Cafeteria.

- Wohnort

	2001/02	2002/03
Im Kanton Freiburg	495	505 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	10	13 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

- Französischsprachige Abteilung

Es wurden 170 (151) neue Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

- Deutschsprachige Abteilung

Es wurden 65 (52) neue Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

Es sind somit 235 (203) neue Schülerinnen und Schüler aufgenommen worden.

1.3 Ausgehändigte Diplome

- Französischsprachige Abteilung

107 (91) Schülerinnen und Schüler haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Mittelschuldiplom erhalten. Davon sind 88 (73) Mädchen.

- Deutschsprachige Abteilung

29 (27) Schülerinnen und Schüler haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Mittelschuldiplom erhalten, wovon 23 (25) Mädchen.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Eltern- und andere Kontakte

Folgende Begegnungen haben stattgefunden:

- zehn Elternabende mit der Lehrerschaft und den Schülerinnen und Schülern;
- zwei Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler und deren Eltern;
- drei Informationsabende für die Schülerinnen und Schüler der 2. und 3. Klassen der Orientierungsschule und ihre Eltern;
- eine Orientierung zur Organisation des Ergänzungskurses für Erwachsene.

Anlässlich der ersten Spezialwoche besuchten die Schülerinnen und Schüler verschiedene Vorträge und Workshops zur Weiterbildung im Bereich der Gesundheit, der sozialen Integration und Erziehung: Pflege- und Sozialberufe, Familienhilfe, Hauspflege, Ergotherapie, Ernährungsberatung, CIPS in Neuenburg und Lausanne, Pflegeberufe, TOA, Dentalhygiene, Physiotherapie; Radiologie- und Laborberufe, medizinische und pharmazeutische Assistenz, Podologenberuf; Vorbereitungskurs der PH; Paraplegie und Tetraplegie, SOS – werdende Mütter, Familienplanung, Sozialarbeit und kantonales Jugendamt, Carrefour.

Während der zweiten Spezialwoche wurden die Schülerinnen und Schüler des 1. Jahres und ein Teil des 2. Jahres in 15 Workshops eingeteilt, um das Thema «Junge StaatsbürgerInnen» zu bearbeiten. Die Gruppen haben sich mit Begriffen wie Demokratie, Recht, Pflichten, Parteien befasst und Gesetzesartikel und Abstimmungen ausgearbeitet, Unterredungen mit Mitgliedern des Verfassungsrats, ein Bundeshausbesuch, Diskussionen mit Mitgliedern aller Parteien durchgeführt.

Im Rahmen des Projekts Gesundheit durch Gleichgesinnte stellten die Jugendlichen Themen vor, die die heutige Jugend betreffen: Magersucht, Bulimie/Anorexie, Depression, Selbstmord, Alkoholsucht.

Von den 148 Schülerinnen und Schülern des 3. Jahres haben 75 das neue vorberufliche Praktikum von 12 Wochen Dauer für die Aufnahme an die Fachhochschule für Gesundheit absolviert; die anderen Kandidatinnen und Kandidaten aus dem sozialen, medizinisch-technischen und dem erzieherischen Bereich haben 2 – 4 Wochen in einer entsprechenden Institution verbracht.

Das freiburgische Rote Kreuz erteilt Unterricht in Gesundheitserziehung.

Die Seelsorge und die Schulmediation betreuen die Schülerinnen und Schüler individuell oder innerhalb einer Gruppe. Zusätzlich zur zuständigen Mediatorin beschäftigt sich auch die Lehrerschaft mehr und mehr mit Mediation.

2.2 Lehrerschaft

Die KDMS zählt 68 (62) Lehrpersonen (44,50 Vollzeitstellen im Voranschlag 2002), deren Anstellungsverhältnis sich wie folgt verteilt:

öffentlich-rechtlich ernannt	angestellt	privatrechtlich	Total
49 (42)	7 (13)	12 (7)	68 (62)

2.3 Kulturelle und sportliche Veranstaltungen

Insbesondere wurden folgende Veranstaltungen organisiert, besucht oder angeboten:

Film

- «Le roi danse» und «Nurse Betty», zwei Filme mit Besprechung;
- «Au-delà de Gibraltar», im Rahmen des Internationalen Filmfestivals Freiburg.

Theater, Musik und Gesang

- «Don Pasquale», Oper von G. Donizetti, an der Universität Freiburg, für die Schüler des 1. Jahrs;
- «Marie», im Théâtre des Osses, Givisiez, für die Schüler des 1. und 3. Jahrs;
- «Le cavalier bizarre», im Théâtre des Osses, Givisiez, für die Schüler des 2. Jahrs;
- 6 Vorstellungen des Cabaret furieux «Sur tout ce qui bouge», von C. Rullier, im Espace Théâtre der KDMS, gespielt von der Theatergruppe der KDMS, zusammen mit der Tanzgruppe;
- «Der Besuch der alten Dame», von F. Dürrenmatt, in der Aula der Universität Freiburg, für die Schüler des 1. und 2. Jahrs;
- Beteiligung des Chors der KDMS, französische Abteilung, an der Aufführung «Nicolas-de-Flüe», von A. Honegger und D. de Rougemont, mit dem Chor der Universität, der Jeunesse Musicale von Freiburg und mit dem Chor Accroche-Chœur;
- Konzert-Abend mit dem KDMS-Chor, im Kollegium Gambach.

Seelsorge

- Besinnungstage in Taizé für 8 Schüler und Lehrer;
- Adventsaktion von den 10 Klassen des 1. Jahrs, Besuche, verschiedene Aktivitäten und Aufführungen, um Kranken oder Heimbewohnern zu beegnen;
- Meditationstage auf dem Grossen St. Bernhard.
- Fastenopfer in Verbindung mit dem gymnasialen Seelsorgedienst;

Verschiedene Tätigkeiten

- Eintägige Schulreise für die 18 Klassen des 1. und 2. Jahrs;
- Besuch des Fotomuseums in Vevey im Rahmen des Fotokurses;
- Besuch des Laboratoriums Seculab an der Berufsschule Freiburg;

- Beteiligung am Wettbewerb für die neue Verfassung;
- Besuch des Naturhistorischen Museums und seiner Sonderausstellungen;
- Traditionelle Teilnahme an Aktionen, wie Taler- und Mimosen-Verkauf sowie Orangenverkauf für Terre des hommes;
- Teilnahme an den Ateliers der Maxi Beaux Arts, im Bollwerk;
- Exkursion ins Chemische Institut der Universität Freiburg;
- kommentierter Besuch der Kantonsbibliothek;
- Aktivitäten der «Freizeitgruppe» der Lehrer: die Ausstellung Picasso in Martigny; «Friburnes» im Manora, Freiburg; Educa 2002, salon de l'étudiant et de la formation in Genf; Adventskonzerte in Villars-sur-Glâne;
- Musical «Fantasma», auf der Arteplage von Murten;
- EXPO.02: Besuch der Arteplage von Yverdon, für die Schüler des 1. und 2. Jahrs;
- Schlussfeier der KDMS in der Aula der Universität mit dem anschliessenden Aperitif zum 30-Jahr-Jubiläum für die ganze Schule.

Sport

- Orientierungslauf im Wald von Moncor;
- traditionelle Basketball-, Volleyball-, Fussballturniere;
- Teilnahme einer KDMS-Mannschaft am 22. Schweizerischen Volleyballturnier in La Chaux-de-Fonds;
- Skilager in der Lenk für die Schülerinnen und Schüler der 2. Klassen;
- zwei Tage Polysport, mit Ski und Snowboard in Anzère, und verschiedene Sportarten in Freiburg
- Fussmarsch zum Ende des Schuljahrs.

2.4 Austausch

Der Sprachenaustausch hat während des Schuljahres mit dem Kollegium Sarnen stattgefunden und 80 Jugendliche miteinbezogen; von jeder Schule befanden sich 3 bis 4 Schüler während drei Tagen in der Partnerinstitution.

Die 20 Schüler des Italienisch-Unterrichts konnten während vier Tagen die italienische Sprache in Rom praktizieren.

2.5 Besondere Ereignisse

Der Direktor hat an den drei jährlichen Sitzungen der Schulkommission teilgenommen, an den sechs Klassenlehrersitzungen, an den wöchentlichen Sitzungen der Verantwortlichen der Schule sowie an den zahlreichen Kommissions- und Unterkommissionssitzungen im Rahmen der Renovierung und der Erweiterung der KDMS.

Drei pädagogische Nachmittage sind folgenden Themen gewidmet worden:

- den Informationen für Berufe-ISO-Informatik-PH;

- dem Rahmenprogramm für die DMS;
- der Konsultation betreffend die Zukunft der DMS.

2.6 Programme, Ausbildung

Die Schule ist der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten bei der Beantwortung der umfangreichen Vernehmlassung der EDK über die Zukunft der DMS mit Informationen beigestanden.

3. Gebäude

Aufgrund der Erweiterungs- und Renovierungsarbeiten der KDMS, die am 10. Januar 2000 begonnen haben, konnte im Jahre 2002 der Neubau B in Betrieb genommen werden. Die Inbetriebnahme des Gebäudes C am 2. September 2002 führte zu mehr Raum für den Sport, die Kultur und die Verpflegung: Dreifachsporthalle, Musikzimmer und das Schulrestaurant mit 240 Plätzen.

Die Renovierung des Gebäudes des alten Kantonsspitals erweist sich als schwieriger als vorgesehen; dabei spielt der Gebäudezustand eine Rolle. Der künstlerische Wettbewerb hat zwei Preisträger erkoren, Guy Tornay und Ivo Vonlanthen. Die Künstler werden die Schulhofmauer mit 9000 verschiedenen Piktogrammen schmücken, die das Wachstum der KDMS illustrieren.

Die komplexen Arbeiten für das alte Gebäude und weitere Faktoren haben die Anzahl Baustellensitzungen, Sitzungen der Baustellen-Unterkommission (SCOCH), der Baukommission (COBA) und Sondersitzungen deutlich erhöht.

Weil der Auftrag an andere Architekten übertragen wurde, muss die Bauherrschaft mehr präsent sein, wenn die Fristen nicht in weite Fernen rücken sollen.

Die Einweihung der Gebäude ist für das Frühjahr 2004 vorgesehen; dann dürfte das alte Spital seiner neuen Bestimmung übergeben werden.

XIV. Pädagogische Hochschule (PH)

1. Allgemeines

Im Jahr 2001 war die PH offiziell eröffnet worden und fand erstmals der Vorbereitungskurs für Bewerberinnen und Bewerber ohne Gymnasialmatur statt. 2002 begann am 23. September erstmals das erste Jahr der Grundausbildung.

Gleichenfalls fand die Vernissage der Ausstellung der Architekturprojekte für den Umbau der Gebäude des Kantonalen Lehrerinnenseminars II (Murtengasse 24) im Hinblick auf ihre Nutzung durch die PH (2001 bewilligter Investitionskredit) statt. Verschiedene Umbauarbeiten wurden in den Gebäuden des Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerseminars I (Murtengasse 34-36) vorgenommen: Informatikanschlüsse in allen Gebäuden, Einrichtung der Dozentenbüros, Einrichtung des Sekretariats der Grundausbildung.

Der Rektor, Alexandre Etienne, wurde als Vizepräsident der Schweizerischen Rektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen gewählt und von derselben Konferenz als Vertreter der Pädagogischen Hochschulen im FH-Rat bezeichnet.

2. Bereich «Grundausbildung»

Der Bereich war stark beschäftigt mit der Anstellung der Dozierenden, der Auswahl unter den Bewerberinnen und Bewerbern, den Praxisausbilderinnen und Praxisausbilder, der Aufnahme der ersten Studierenden, der Umsetzung des ersten Ausbildungsjahrs und den Vorbereitungsarbeiten für die Einreichung des Gesuchs um Anerkennung der neuen Ausbildung bei der EDK 2003.

2.1 Abteilung «Vorbereitungskurs»

Der Abschluss des ersten Vorbereitungskurses fand am 4. Juli 2002 statt. 34 Ausweise wurden ausgestellt, die zur Teilnahme am Aufnahmeverfahren berechtigen (23 bei der französischsprachigen Abteilung; 11 bei der deutschsprachigen Abteilung).

Zum Schulanfang 2002 wurden folgende Bestände verzeichnet:

– fr. Abteilung	42
– dt. Abteilung	22

2.2 Abteilung «Grundausbildung»

Zum ersten Schulbeginn wurden aufgenommen:

– fr. Abteilung	78
– dt. Abteilung	27

2.3 SLD-Ausbildung

Die Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg konkretisierte sich über die Sondervereinbarung betreffend die SLD-Ausbildung in den Neben- und Ergänzungsfächern «Hauswirtschaft» und «Handarbeit». Das erste Ausbildungsjahr begann im Herbst mit den folgenden Beständen:

– Hauswirtschaft	4
– Handarbeit	18

(Studierende verteilt auf Nebenfach, Ergänzungsfach oder Orientierungsfach in der deutschsprachigen Abteilung).

3. Bereich «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»

3.1 Centre fribourgeois de documentation pédagogique (CFDP)

a) Dokumentation und Ausleihe:

	Anzahl
Medienbestand	32 500 Notizen / 60 000 Exemplare
Zunahme	1 800 Notizen / 4 000 Exemplare
Ausleihe	75 000 (mit Klassensätzen / ohne Verlängerungen)
Eingeschr. Benutzer	3 400
Aktive Benutzer	1 770
Neue Benutzer/innen	120

Zahlreiche weitere nicht registrierte Dienstleistungen wurden den Benutzerinnen und Benutzern erteilt: pädagogische und

didaktische Beratung, Einführung in die Dokumentensuche, Farb- und Schwarz-Weiss-Kopien, Laminieren, Binden usw.

b) Abgeschlossene Projekte 2002:

- Lancierung eines Projekts zur Delokalisierung der Ausleihe an einen ersten Ort im September 2002: die Greyerzer Benutzerinnen und Benutzer können nun das CFDP-Material einmal pro Woche in der Bibliothek der OS Greyerz in Bulle bestellen.
- Abschluss des Reservationsprogramms mit Fixdaten in Ergänzung zur Software der Bibliotheksverwaltung HORIZON. Dieses Programm wurde von Epixtech in Zusammenarbeit mit dem CFDP und den Dokumentationsstellen der HEP BEJUNE erstellt.
- Installation des neuen Multimedia-Ateliers. Ausrüstung und Katalogisierung von sämtlichem audiovisuellem und Informatikmaterial des CFDP und des DZ in der Datenbank HORIZON.
- Zahlreiche Freiburger Schulklassen haben die Ausstellungen «Littératures en dialogue/Dialog der Literaturen» und «Jeunesse et Electricité» besucht. Diese Ausstellungen sind das Ergebnis einer Zusammenarbeit des Groupe romand et tessinois des centres de documentation pédagogique (GROCEDOP) mit der französischen Botschaft bei der ersten und mit den Electriciens romands bei der zweiten. In Zusammenarbeit mit dem DZ konnte für die deutschsprachigen Schulklassen des Kantons eine zweisprachige Ausstellung über Jugendliteratur zusammengestellt werden.
- Lancierung der «Matinées-Découvertes» als Workshop für CFDP-Besuche. Alle Freiburger Lehrpersonen der 3. bis 6. Primarklassen, anschliessend der 1. bis 3. Sekundarklassen, wurden 2002 persönlich eingeladen. Diese Aktion war sehr erfolgreich. Zahlreiche weitere Besuche wurden organisiert (KLS-Schülerinnen und -Schüler, PH- und UNI-Studierende).
- Entwicklung eines neuen Klassensatztyps: «Tirelivres».
- Durchsicht und Rekatalogisierung der Videokassetten.
- Beginn der Zusammenarbeit mit der PH-Grundausbildung.

c) Zusammenarbeit:

- Neben der Organisation von Ausstellungen bezog sich die Zusammenarbeit mit dem GROCEDOP hauptsächlich auf die Integration der PH-Dokumentationsstellen.
- Das CFDP hat zudem mit anderen Berufsverbänden zusammengearbeitet (BBS, FH-Bibliotheken usw.).

3.2 Didaktisches Zentrum

a) Dokumentation und Ausleihe:

Medienbestand	27 449
Zunahme 2002	1 617
Ausleihen	38 505 (ohne Verlängerungen)
Eingeschr. Benutz.	3 197
Aktive Benutz.	1 129
Neue Benutzer/innen	149

b) Hauptaufgaben:

- Anschaffungen, Katalogisierung, Ausleihe und Beratung.
- Neugliederung der DK-Systematik.
- Im Rahmen der Eingliederung der Zentren in die PH wurden die Bereiche Medienerziehung und Informatik von DZ und CFDP zu einem Multimedia-Atelier zusammengeführt.

c) Neue Lehrmittel:

- Die Herausgabe des Lehrerkommentars zur neuen Freiburger Schulkarte ist im Oktober 2002 beendet worden (202 Seiten)

d) Kontakte:

- Information: Hauptthemen der vier Informationsbroschüren an alle Lehrkräfte waren Neuanschaffungen, Werkstatt-Unterlagen, Mitteilungen der Abteilungen Bibel, Religion, Lebenskunde, Medienerziehung und Informatik sowie die Einladung zum Sternwartenbesuch in Ependes.
- Ausstellungen: siehe Bericht CFDP.

3.3 Dienststelle Weiterbildung

- a) Freiwillige Kurse: 1681 Anmeldungen für Kurse/Vorträge gab es im Schuljahr 2001/02. Bei den Anmeldungen der Lehrpersonen muss beachtet werden, dass sich mehrere Lehrpersonen für verschiedene Kurse anmelden. So gibt es immer mehr Anmeldungen als Lehrpersonen.

Nach Kursdaten verteilen sich die Anmeldungen wie folgt:

- 723 für 43 Kurse im Sommer
(Woche vom 8. bis 12. Juli 2002)
- 326 für 22 Kurse während des Jahres
- 384 für 30 Abholkurse
- 147 für 3 Vorträge
- 56 für 5 Kursverlängerungen

b) Ausbildung im Bereich der Sprachen:

- Sprachprogramm 2002: 35 Lehrpersonen haben Kurse im Rahmen des Sprachprogramms 2002 besucht
- Intensivkurse 2002: 10 Lehrpersonen haben im Rahmen der Intensivkurse 2002 Immersions-Sprachkurse (im Ausland) besucht.

Zum ersten Mal wurde das Ausbildungsprogramm (Jahr 2003) per Aushang mit Verweis auf die Internetseite veröffentlicht.

Die Zusammenarbeit mit dem Bereich «Grundausbildung» wurde mit der Teilnahme an der Organisation der Praxislehrpersonen verstärkt (24 französischsprachige Bewerber/innen; 12 deutschsprachige Bewerber/innen).

3.4 Dienststelle für Weiterbildung

Die deutschsprachige Dienststelle für Weiterbildung war vorwiegend mit der Vorbereitung und Verwaltung des Programms für die Lehrpersonen aller Stufen und Fächer beschäftigt. Das Programm 2002 wurde allen Schulen per Post zugestellt und enthielt 125 Kursangebote. Von diesen Angeboten wurden 60 durchgeführt. Ein Kurs wurde doppelt geführt, und 8 Abholkurse wurden registriert.

Das Angebot im Bereich «Sprachen» ermöglichte 18 Lehrpersonen, ihre Sprachkenntnisse auf verschiedene Arten zu verbessern: Sprachaufenthalte, Kurse in einer Freiburger Institution, didaktische Ausbildung in England.

Neben der organisatorischen und administrativen Planung hat die Dienstverantwortliche bei verschiedenen Angelegenheiten die Schulkreise, Direktionen und das Inspektorat beraten (Weiterbildung und Supervision). Sie hat zudem an Kursen für Schulkommmissionsmitglieder teilgenommen.

Die Dienststelle hat die Mitarbeit und die Koordination mit anderen Projekten und Dienststellen verstärkt (Suchtprävention, Katechetische Arbeitsstelle, FR-IKT).

Im zweiten Halbjahr hat sie das Kursprogramm 2003 ausgearbeitet. Wie bei der französischsprachigen Abteilung wird ihr neues Programm per Aushang mit Verweis auf die Internetseite publiziert.

Die Dienststelle führt ihre Integration in den neuen PH-Rahmen weiter. Damit verbunden hilft sie bei der Organisation der Weiterbildungsangebote für den Bereich «Grundausbildung» mit (Mentorenausbildung, Ausbildung der Praxisausbilder/innen).

3.5 Dienststellen für Forschung (französisch- und deutschsprachige Abteilungen)

Die französisch- und deutschsprachige Dienststellen für Forschung werden noch aufgebaut. Die Stellen wurden im Herbst ausgeschrieben und werden Anfang 2003 besetzt. Die Inbetriebsetzung dieser Dienststellen in Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg ist eine weitere Etappe zur Tertiärisierung der Lehrerbildung im Kanton Freiburg. Damit erhält die PH erst so richtig den Status einer Hochschule.

4. Pädagogische Fachstelle FR-IKT

Nach der Genehmigung des FR-IKT-Dekrets durch den Grossen Rat am 18. September 2001 konnte mit der Realisierung des Globalkonzepts «Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Unterricht» begonnen werden. Dieses Globalkonzept beruht auf 3 Säulen: Ausbildung, Ressourcen und Ausrüstung.

Die Personalressourcen für 2002 wurden bewilligt, und die Fachstelle FR-IKT verfügt heute über folgende Stellen: Projektleiter (85 %), Sekretariat (50 %), 3 pädagogische Mitarbeiter (140 %), ein Verantwortlicher für Internet und pädagogisches Netzwerk (62,5 %) und ein Ingenieur (50 %). Der Ingenieur und ein anderer Mitarbeiter arbeiten auch für die PH und kümmern sich um den Informatikdienst.

4.1 Ausbildung

Das Globalkonzept sieht die Ausbildung der Lehrpersonen vor. Die Ausbildung der Ansprechpersonen hat im Herbst 2001 begonnen. Ihre Aufgabe besteht in der Entwicklung von Ausbildungskonzepten für die Fachstelle FR-IKT. Im Laufe dieses Schuljahrs wurden diese Ausbildung und die Entwicklung von konkreten Ausbildungs-Modulen weitergeführt. Die ersten Kurse im Rahmen des Projekts FR-IKT wurden den Lehrpersonen Anfang Dezember 2002 erteilt. Insgesamt werden im Laufe des Schuljahrs 2002/03 etwa 400 bis 500 Lehrpersonen ausgebildet. Diese Ausbildungen werden organisatorisch und inhaltlich von den pädagogischen Beratern betreut.

Im Dezember 2001 haben die eidgenössischen Räte im Rahmen des Projekts «Public Private Partnership (PPP)» ein Gesetz über die Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in den Schulen verabschiedet. Dieses Gesetz sieht unter anderem Bundesbeiträge an die Ausbildung der Ansprechpersonen vor und regt die Zusammenarbeit zwischen den Regionen an. Die Fachstelle FR-IKT hat bei der Erarbeitung eines zusätzlichen Bildungsprojekts für IKT-Verantwortliche mit den Kantonen Waadt und Bern zusammengearbeitet und beim Bund Beitragsgesuche eingereicht. Diese Zusatzausbildung sollte Anfang 2003 beginnen.

4.2 Ressourcen

Ein Zusammenarbeitsvertrag mit dem Schweizerischen Bildungsserver educa.ch wurde im Herbst 2001 abgeschlossen. Seit dem Sommer 2002 ist die Internetseite www.fri-tic.ch auf dem gleichen System wie der Schweizerische Bildungsserver aufgeschaltet und profitiert von einem modernen und benutzerfreundlichen Redaktionssystem. Mit dem System können zudem Datenbanken verbunden und Gesprächsforen genutzt werden. Weiter steht es interessierten Schulen und Kommissionen zur Verfügung.

Im Rahmen des Projekts PPP bietet die Swisscom den Schulen einen Gratisanschluss an das kantonale pädagogische Netz und an das Internet an. 50 Primar- und Orientierungsschulen des Kantons haben dieses Angebot bisher genutzt. Die Fachstelle FR-IKT besorgt die Organisation und den Support dieses Projekts.

Für Lizenzen zu Vorzugspreisen für die Schulen wurden Verträge mit Microsoft und Apple abgeschlossen. Die Fachstelle hat zudem verschiedene Unterlagen für die Schulen erarbeitet wie die Konfiguration des Servers, der Anschluss der Gebäude usw.

4.3 Ausrüstung

Die Fachstelle hat sich im Herbst 2001 in den neuen Räumen der Pädagogischen Hochschule eingerichtet. Sie verfügt ausserdem über zwei Informatikzimmer (Mac und PC) und betreut die Einrichtung und den Betrieb. Eine moderne Austauschplattform auf dem Server Apple OS X wurde im Sommer hergestellt. Damit können zum einen die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer, Studierenden und Lehrpersonen der PH von

jedem Computer aus (ob PC oder Mac) ihre persönlichen Daten schnell und leicht einsehen und zum anderen können ihnen allgemein nützliche Daten zur Verfügung gestellt werden.

XV. Universität

Die Hochschultätigkeit wird jedes Jahr ausführlich im Bericht über das akademische Jahr sowie im zusammenfassenden Tätigkeitsbericht erläutert.

1. Hochschulgemeinschaft

1.1 Studierende

	Winter 2000/01		Winter 2001/02		Winter 2002/03	
Total	8 934	100,0 %	9 101	100,0 %	9 651	100,0 %
a) Studierende nach Herkunft						
Freiburg	2 016	22,6 %	2 045	22,5 %	2 033	21,1 %
andere Kantone	5 595	62,6 %	5 686	62,5 %	6 110	63,3 %
Ausland	1 323	14,8 %	1 370	15,1 %	1 508	15,6 %
b) Studierende nach Fakultäten						
Theologie	436	4,9 %	412	4,5 %	405	4,2 %
Rechtswissensch.	2 043	22,9 %	1 960	21,5 %	1 993	20,7 %
Wirtschafts- und Sozialwissensch.	1 356	15,2 %	1 604	17,6 %	1 895	19,6 %
Philosoph. Fakultät	3 940	44,1 %	4 009	44,1 %	4 176	43,3 %
Math.-Naturw. Fak.						
a) Naturwiss.	888	9,9 %	865	9,5 %	920	9,5 %
b) Medizin	271	3,0 %	251	2,8 %	262	2,7 %

Die Entwicklung der Anzahl Studentinnen und Studenten kann wie folgt kommentiert werden:

- Gegenüber dem Wintersemester 2001/02 hat die Gesamtanzahl der Studierenden im Wintersemester 2002/03 um 550 Studierende oder 6 % zugenommen. Diese Zunahme ist die grösste seit 1995. Im Vorjahr betrug die Zunahme 1,9 % und im Jahr vorher gab es praktisch keine Zunahme. Dies ist eine ausserordentliche und vorübergehende Entwicklung, die sehr stark mit den doppelten Maturitätsjahrgängen des letzten Jahres im Kanton Bern zusammenhängt.
- Nach Herkunft der Studierenden ist die Anzahl freiburger Studierender oder im Kanton wohnhafter Studierender um 12 Einheiten oder 0,6 % rückläufig, während die Anzahl der Studierenden aus anderen Kantonen um 424 oder 7,5 % und diejenige der Ausländer um 138 oder 10,1 % zugenommen hat.
- Ein Rückgang wird nur bei der Theologischen Fakultät (– 1,7 %) festgestellt. Der Studierendenbestand nimmt in allen anderen Fakultäten zu: um 1,7 % in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, um 4,2 % in der Philosophischen Fakultät, um 6,4 % in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und um 4,4 % in der Abteilung Medizin. Die stärkste Zunahme wird erneut bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (18,1 %) festgestellt, sie betrifft besonders den Bereich Sozialwissenschaften.

- d) Die Anzahl Studienanfängerinnen und Studienanfänger hat erneut zugenommen: sie ist von 1930 im Jahr 2001/02 auf 2138 im Jahr 2002/03 oder um 10,8 % angestiegen. Nach der Herkunft der Studierenden ist die Anzahl freiburgischer oder im Kanton Freiburg wohnhafter Personen um 38 Einheiten oder 9,4 % rückläufig, während die Anzahl Studierender aus anderen Kantonen um 229 Einheiten oder 18,7 % zunimmt. Die Anzahl ausländischer Studierender nimmt um 17 Einheiten oder 5,6 % zu.

Die Zahl der Studienanfänger nimmt in allen Fakultäten zu. Die Theologische Fakultät stellt eine Zunahme um 36,4 % gegenüber dem Vorjahr fest. Diese Zunahme beträgt 18 % bei den Naturwissenschaften, 16,1 % bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 12,3 % bei den Rechtswissenschaften, 7,3 % bei der Abteilung Medizin und 4,1 % bei der Philosophischen Fakultät.

- e) Die Gesamtanzahl Studentinnen nimmt um 8 % zu und steigt somit von 4913 auf 5306. Diese Zahl stellt 55,0 % des Gesamtbestandes dar. Wie in den zwei vorgehenden Jahren liegt der Bestand der Studienanfängerinnen (1261) höher als derjenige der Studienanfänger (877) und stellt 59 % des Gesamtbestands der Studienanfängerinnen und Studienanfänger dar. Dieser Prozentsatz beträgt seit Wintersemester 1993/94 über 50 %.

2002/03 liegen die Bestände der Studienanfängerinnen in den folgenden Fakultäten über 50 %: Rechtswissenschaftliche Fakultät (54,1 %), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (51,9 %), Philosophische Fakultät (71,4 %) und Abteilung Medizin (67,8 %).

- f) Auf Empfehlung der Schweizerischen Universitätskonferenz hat der Kanton Freiburg, wie die Universitätskantone Zürich, Bern und Basel, mit Staatsratsbeschluss vom 18. März 2002 wiederum den Eignungstest für das Medizinstudium durchgeführt. Diese Massnahme wurde auf das Studium der Humanmedizin beschränkt. Der Test fand am 5. Juli 2002 statt. Ein Bericht über die Testresultate in den betreffenden Universitätskantonen wurde vom Zentrum für Testentwicklung und Diagnostik des Psychologischen Instituts der Universität Freiburg veröffentlicht.
- g) Die Zusammenarbeit des Kantonsspitals bei der klinischen Ausbildung mit den Medizinischen Fakultäten Lausanne und Genf wurde erfolgreich weitergeführt. Sie betrifft wie bisher die Bereiche Medizin, Chirurgie und Pädiatrie.

1.2 Professorenschaft

Ordentliche Professuren wurden in den folgenden Bereichen besetzt:

Rechtswissenschaftliche Fakultät: Strafrecht;

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Informatik, Betriebswirtschaftslehre mit besonderer Berücksichtigung des Rechnungswesens und Finanzmanagements.

Folgende assoziierte Professuren wurden erteilt:

Theologische Fakultät: Fundamentale Moralthologie in französischer Sprache, Mittelalterliche Philosophie und Ontologie;

Rechtswissenschaftliche Fakultät: Privatrecht in deutscher Sprache, Römisches Recht, Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht;

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: Statistik, Kommunikation und Medien in deutscher Sprache,

Philosophische Fakultät: Germanische Philologie, Hochschuldidaktik, Spanische und hispano-amerikanische Literatur, Philologie und Geschichte der spanischen Sprache.

Titularprofessuren

Der Titel Titularprofessor wurde einem Lehrbeauftragten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und einem Lehrbeauftragten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät verliehen.

1.3 Studienorganisation

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät sowie das Interfakultäre Departement für Informatik haben im Herbst 2002 die neue europäische Studienstruktur gemäss Bologna-Deklaration eingeführt. Ein neues Universitätsdiplom (europäisches Bachelor-Niveau) wurde geschaffen, während das Lizentiat dem europäischen Master entspricht.

Im Anschluss an die Schlussfolgerungen der Expertenberichts wurde das Projekt einer Medizinischen Fakultät in Zusammenarbeit mit der Gruppe Hirslanden aufgegeben. Um den freiburgischen Medizinstudierenden die Fortsetzung ihrer Ausbildung zu gewährleisten, wurde eine Vereinbarung zwischen den Universitäten Basel, Bern, Freiburg, Lausanne und Zürich und den Erziehungsdirektoren der entsprechenden Kantone unterzeichnet.

Eine Revision der Studienorganisation des Gymnasiallehrerdiploms (GLD) hat zu einem neuen Reglement zum Erwerb des Lehrdiploms für die Sekundarstufe II (LDS II) geführt.

Der Staatsrat hat die Änderung der Statuten der Universität genehmigt. Die Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten hat 6 Statuten, 7 Reglemente und eine Reglementsänderung genehmigt.

2. Hochschulpolitik

2.1 Auf kantonaler Ebene

Der Staatsrat hat das Globalbudget 2003 für die Universität gutgeheissen. Er hat zudem von den strategischen Planung «Horizont 2011» Kenntnis genommen. Zum ersten Mal hat der Staatsrat beschlossen, der Universität ein mehrjähriges Globalbudget für die Jahre 2004-2006 zu gewähren.

Mit Blick auf die Entwicklung der Studierendenzahlen

1991/92	6909	2001/02	9101
1996/97	8586	2002/03	9651
2000/01	8934		

entwickelt sich die Betriebsrechnung gemäss den Voranschlägen wie folgt:

	Budget in Millionen Franken			Kosten pro Student in Tausend Franken		Landesindex der Preise ⁽²⁾
	Aufwand	Ertrag	Überschuss	Kosten/ Stud.	Überschuss/ Stud.	
1992 ⁽¹⁾	116,2	72,6	43,6	16,8	6,3	100,0
1997	138,4	97,3	41,1	16,1	4,8	109,0
2001	150,3	103,8	46,5	16,8	5,2	112,9
2002	154,0	104,2	49,8	16,9	5,5	113,2
2003	157,4	104,5	52,9	16,3	5,5	114,2

Bemerkungen:

- ⁽¹⁾ die Beträge von 1992 sind nach dem alten Kontenplan, ohne Abschreibung, angegeben
- ⁽²⁾ beim Vergleich der Beträge muss die Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise berücksichtigt werden (November-Index des Vorjahrs)

2.2 Auf Bundesebene

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) hat 2002 sechs Sitzungen abgehalten und die folgenden Geschäfte behandelt:

Nachwuchsförderungsprogramm 2002/03; Projekt eines Indikatorensystems der Schweizerischen Hochschulen, Mehrjahresplanung der finanziellen Bedürfnisse 2004-2007 der Schweizer Universitäten; Projekt der Arbeitsgruppe Brücke Berufsmaturität – Gymnasialmaturität/Universität; SUK: Rechnung 2001, Jahresbericht 2001 und Voranschlag 2003; Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung (OAQ): Rechnung 2001, Jahresbericht 2001 und Voranschlag 2003; Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) – Aufgaben der SUK-Delegierten: Rechnung 2001 und Voranschlag 2003; Voranschlag 2003 der Vorbereitungskurse für das Hochschulstudium; neuer Entwurf eines Bundesgesetzes über die akademischen medizinischen Berufe; Programm Chancengleichheit; Strategie für den Kenntnis- und Technologietransfer in den Schweizerischen Hochschulen: Studienauftrag; Festlegung der Kapazitäten in der Human-, Zahn und Veterinärmedizin, WS 2003/04; Klärung der rechtlichen Aspekte bezüglich Zuständigkeit der SUK, Richtlinien zu erlassen – Rechtsgutachten; Richtlinien für die Akkreditierung im universitären Hochschulbereich der Schweiz; Gebührentabelle des OAQ; Anerkennungsverfahren für den Anspruch auf Beiträge nach UFG; Stellungnahme zu Beitragsgesuchen für Bauten der Kantone Bern und Waadt; Virtueller Campus Schweiz: Verlängerung der laufenden Projekte; Kosten des Medizinstudiums in der Schweiz: Ergebnis der Studie; Studie der Finanzierungsmodelle der Schweizer Hochschulen; Entwurf von Richtlinien für die Umsetzung der Erklärung von Bologna; Botschaft BFT 2004-2007: Beitrag, Überwachung der Arbeiten, Stellungnahme im Rahmen der internen Vernehmlassung; Wahl der Präsidentin und des Vize-Präsidenten SUK 2003/04: Martine Brunschwig Graf und Charles Kleiber. Die Umsetzung der Erklärung von Bologna wurde auch in einer gemeinsamen Sitzung der SUK, des Schweizerischen Fachhochschulrats der EDK, der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten und der Schweizerischen Fachhochschulkonferenz behandelt.

2.3 Auf interkantonaler Ebene

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge vom 20. Februar 1997 hat der Kanton Freiburg im Jahr 2002 für die an der Universität Freiburg immatrikulierten Studierenden 49 107 867 Franken erhalten und für solche mit Wohnsitz im Kanton Freiburg, die an anderen Schweizer Universitäten immatrikuliert sind, 12 073 500 Franken bezahlt. Der Nettoertrag für den Kanton Freiburg betrug somit 37 034 367 Franken (2001: Fr. 36 061 859).

2.4 Auf Westschweizer Ebene

Die Westschweizer Universitätskonferenz «Conférence universitaire de Suisse occidentale (CUSO)» und ihre Koordinationskommission haben die folgenden Geschäfte behandelt:

Wahl der Präsidentin: Anne-Catherine Lyon; CUSO: Jahresbericht 2001, Rechnung 2001, Voranschlag 2003; Bezeichnung des Revisionsorgans; RERO: Jahresbericht 2001, Voranschlag 2003; Nachtragsentwurf zur Regelung des Beitritts des Kantons Jura zum RERO; Entwurf einer neuen Konvention für die CUSO – Aufschiebung wegen Vorbehalten der EPFL und Bildung einer Arbeitsgruppe; Umsetzung der Erklärung von Bologna – Koordination auf Ebene der CUSO; Gruppe für ständigen Kontakt mit der HES-SO und der HES-S2; Vize-Präsidentin der CCSO: Barbara Vauthey.

Im Rahmen der Koordination und Aufgabenverteilung innerhalb des BENEFRI-Netzes sind die Erziehungsdirektoren der Kantone Bern, Neuenburg und Freiburg und die Rektoren der drei Universitäten dreimal zusammen gekommen, um die folgenden Geschäfte zu behandeln: Überwachung der vom Bund im Rahmen von Innovations- und Zusammenarbeitsprojekten und der anderen Fächervereinbarungen finanziell unterstützten Projekte; Lancierung der Koordinationsarbeit zur Einführung der Erklärung von Bologna; Überprüfung des Netzes und einer Verstärkung des Netzes. An der Sitzung, an der Staatssekretär Charles Kleiber und der Direktor des Bundesamts für Bildung und Wissenschaft, Gerhard Schuwey, teilnahmen, wurde lange über die schweizerische Universitätspolitik diskutiert.

3. Räume und Bauten

Die Baukommission der Universitätsbauten auf der Pérolles-Ebene hat vier Sitzungen abgehalten, die Baustellen-Unterkommission hat sich zu 14 Sitzungen versammelt. Der Bau kommt nach Terminplan voran. Das gemeinsame Parking der Universität und der Hochschule für Technik und Architektur wurde am 14. Oktober 2002 in Betrieb genommen.

Für Lizenzen zu Vorzugspreisen für die Schulen wurden Verträge mit Microsoft und Apple abgeschlossen. Die Fachstelle hat zudem verschiedene Unterlagen für die Schulen erarbeitet, wie die Konfiguration des Servers, der Anschluss der Gebäude usw.

XVI. Erwachsenenbildung

1. Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission hat 5 Sitzungen abgehalten; sie hat die Beitragsgesuche geprüft und zuhanden der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten Stellung genommen.

Weitere Tätigkeiten der Kommission waren:

- Erstellung eines dritten und letzten Moduls für die Ausbildung von Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildner mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis zusammen mit dem Weiterbildungs- und Informatikzentrum;
- Durchführung des Festivals für Erwachsenenbildung, das vom 5. bis 15. September stattfand und die neuen Informationstechnologien zum Thema hatte. Den Klassen der Orientierungsschulen und der Kantonalen Diplommittelschule wurde eine Unterrichtserfahrung mit verschiedenen Generationen angeboten. Die Schülerinnen und Schüler haben ihre Eltern und Grosseltern im Gebrauch des Internets angeleitet. Ausserdem hat in den Erwachsenenbildungsinstitutionen ein Tag der offenen Tür stattgefunden;
- Reflexion über die Einführung des Qualitätsverfahrens im Erwachsenenbildungsbereich im Zusammenhang mit der Einführung des Schweizer Zertifikats eduQua.

40 286 Franken wurden für erneuerbare und ausserordentliche Beiträge verwendet.

2. Volkshochschule und Uni 3

2001/02 haben 3098 (3407) Personen die Kurse der Volkshochschule besucht; es wurden 51 372 (54 415) Stunden/Teilnehmende verzeichnet. Von 487 (535) ausgeschriebenen Kursen wurden 279 (324) durchgeführt.

2.1 Allgemeines

Der Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg ist für eine Versuchsperiode von zwei Jahren in Kraft. Er legt einerseits die von der Volkshochschule erwarteten Leistungen und andererseits die vom Staat bereit gestellten finanziellen Mittel fest, wobei die zu erreichenden Ziele mit quantitativen und qualitativen Indikatoren angegeben werden. Auf Wunsch des Staates wurde zum ersten Mal ein Sonderprogramm «Seniorenuniversität» angeboten. Es bietet 95 Tageskurse an, was 19,5 % des Gesamtangebots entspricht.

2.2 Finanzielle Mittel

Ein Beitrag von 70 000 Franken wird als Beteiligung an den Betriebskosten gewährt. Ein Beitrag von 1.50 Franken pro Stunde/teilnehmende Person wird gewährt, kann aber 70 000 Franken nicht überschreiten. Für die Seniorenuniversität wurde ein Betrag über 13 000 Franken gewährt.

2.3 Eigenmittel

Kursgebühren, Beiträge, Spenden 80,30 % (81,32 %)

2.4 Beiträge

Kanton	18,68 %	(17,61 %)
Gemeinden	1,02 %	(1,07 %)
Total Beiträge	19,70 %	(18,68 %)

3. Diplom für Erwachsenenbildner/in

3.1 Allgemeines

Die Erziehungsdirektoren der Kantone Bern, Jura, Neuenburg und Freiburg unterstützen den Aufbau eines vollständigen Ausbildungsprogramms für Erwachsenenbildung in dieser Region. Diese Ausbildung untersteht dem Reglement zur Anerkennung der Diplome als Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildner nach Massgabe der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz.

Der Zyklus 2000-2002 wurde mit der Abgabe der Diplome am 29. November in Freiburg abgeschlossen. Der neue Jahrgang 2002-2004 zählt 17 Teilnehmende, davon 7 Personen mit Wohnsitz im Kanton Freiburg.

Eine Projektgruppe hat den Auftrag erhalten, die Modularisierung dieser Ausbildung zu prüfen, um eine Äquivalenz mit anderen bestehenden Angeboten zu ermöglichen.

3.2 Finanzielle Mittel

Der Kanton Freiburg hat sich mit 40 170 Franken beteiligt.

XVII. Ausbildungsbeiträge

1. Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission trat zu 2 Plenarsitzungen und zu 10 Unterkommissionssitzungen zusammen. Dabei wurden die Stipendien- und Darlehensgesuche, 47 Einsprachen und Bemerkungen zu 3 an das Verwaltungsgericht gerichtete Beschwerde behandelt.

An den Plenarsitzungen wurden die Vorschläge zu Änderungen des Ausführungsreglements vom 27. Oktober 1992 (Verordnung vom 20. August 2002) und die internen Richtlinien der Kommission überarbeitet, unter Berücksichtigung der im Schuljahr 2000/01 gemachten Erfahrungen.

2. Stipendien

Der Vergleich mit 2000/01 zeigt, dass die Anzahl Gesuche leicht zurückgegangen ist, die Anzahl Stipendiaten aber leicht zugenommen hat. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass für das Ausbildungsjahr 2001/02 nochmals die Veranlagung 2000 als Grundlage diente. Einige im Vorjahr eingereichte und abgelehnte Gesuche wurden aus diesem Grund nicht mehr erneuert.

Schuljahr	Eingereichte Gesuche	Genehmigte Gesuche	Abgelehnte Gesuche	
			Total	in %
2000/01	3 563	2 082	1 466	41,14
2001/02	3 310	2 118	1 192	36,80

Die Stipendiaten verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Ausbildungsbereiche:

Sektor	Anzahl Stipendiaten		Beiträge in Franken
	2000/01	2001/02	
Sekundarstufe II	725	708	2 601 503
Paramedizinische Ausbildung	138	130	681 791
Berufslehre und			
Vollzeitberufsausbildung	601	664	1 930 160
Höhere Berufsausbildung	174	170	874 380
Ausbildung im Sozialbereich	19	20	100 382
Künstlerische Ausbildung	41	33	201 643
Hochschulausbildung	384	393	2 115 076
– Universität Freiburg	198	204	1 000 057
– Schweizer Universitäten	164	168	978 883
– Ausländische Universitäten	22	21	136 136
Total	2 082	2 118	8 504 935

Die Beiträge des Kantons konnten 62 % (63 %) des errechneten Bedarfs der Stipendiaten gedeckt werden. Die restlichen, nicht gedeckten 38 % wurden ganz oder teilweise von den Gemeinden, die Stipendien nach ihrer Wahl ausrichten, übernommen.

Die Gemeinden errechnen ihre Stipendien auf der Grundlage der Berechnung des Kantons und der Höhe des Kantonsstipendiums.

Die Gemeinden haben folgende Beiträge geleistet:

Schuljahr	Anzahl Gemeinden	Gemeindestipendien in Franken
2000/01	109	1 219 631
2001/02	114	1 221 749

Die privaten Institutionen haben die Ausbildung von Freiburger Bewerberinnen und Bewerbern mit 38 751 (36 314) Franken unterstützt.

Unter Vorbehalt des zur Verfügung stehenden Kredits vergütet der Bund dem Kanton Freiburg die gewährten Ausbildungsbeiträge zum Satz von 48 %.

Von der Staatsrechnung 2001 wurden 2 Millionen als Rückstellung ausgeschieden. Dieser Betrag wird es der Abteilung für Ausbildungsbeiträge erlauben, die 1. Rate des Stipendiums beim Ausbildungsbeginn im Herbst auszusahlen; bis zum heutigen Zeitpunkt konnte das jeweils erst zu Beginn des Kalenderjahres erfolgen. Es handelt sich dabei also nicht um eine Erhöhung der Ausgaben, sondern lediglich um einen Systemwechsel, welcher in den Jahren 2002 und 2003 schrittweise vollzogen wird. Der Kanton Freiburg zieht somit gleich mit den anderen Kantonen (ausser Genf) und dem Bund, welcher sich an diesen Aufwendungen ebenfalls mit 2 Millionen beteiligt.

Im Jahr 2002 wurden 1 576 435 Franken dieser Rückstellung aufgebraucht.

3. Ausbildungsdarlehen

Die Kommission hat 74 (60) Gesuche geprüft und davon 64 (44) genehmigt. Der budgetierte Betrag von 500 000 (500 000) Franken wurde vollständig ausgeschöpft.

Der Bund vergütet die Zinsen (4 %) der ab dem 1. Januar 2000 gewährten Darlehen zum gleichen Subventionssatz (48 %) wie für die Stipendien.

XVIII. Schul- und Berufsberatung

1. Beratungstätigkeit

1.1 Vorbereitung auf die Berufswahl

In den Orientierungsschulen erfolgt die Vorbereitung auf die Schul- und Berufswahl vorwiegend im Unterricht durch Berufsberater oder dafür ausgebildete Lehrpersonen. Im Unterricht wurden 1730 Informationsveranstaltungen über Schulen und Berufe durchgeführt.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird an alle Schülerinnen und Schüler der achten Klasse ein Ordner mit dem Titel «Une vie, des directions» abgegeben. Dieser Ordner dient als pädagogisches Werkzeug bei der Arbeit der Berufsberaterinnen und Berufsberater im Unterricht.

In den Gymnasien gibt es eine Berufswahlvorbereitung in Diskussions- und Reflexionsgruppen, die als «Berufswahl-ateliers» bezeichnet werden.

1.2 Schul- und Berufsinformation

Die Information über Berufe und Ausbildungswege wurde auf der gleichen Basis beibehalten, jedoch den heutigen Medien angepasst. Verwendet werden:

- schriftliche Information (Ausleihmappen, Berufsinformationsblätter);
- mündliche Information (Vorträge über Berufe und Schulen);
- audio-visuelle Mittel (Videokassetten, CD-Rom);
- kantonale und nationale Internetseite der Berufsberatung (Liste freier Lehrstellen und Anmeldefristen);
- Betriebsbesuche (in Zusammenarbeit mit den Berufskreisen);
- Berufsvorbereitungspraktika.

15 250 Dossiers und Dokumente wurden ausgeliehen.

Aufgrund einer jeden Herbst bei den Lehrmeistern durchgeführten Umfrage gibt das kantonale Amt eine Liste der freien Lehrstellen heraus. Die Anzahl freier Lehrstellen betrug in diesem Jahr 1477 (1241). Die Anzahl angebotener Stellen bestätigt eine Verbesserung der Situation der Lage auf dem Lehrstellenmarkt. Die Zahl entspricht jedoch nicht genau der Realität, denn eine Anzahl Stellen wird von den Ausbildungsbetrieben nicht öffentlich ausgeschrieben.

Um die Information über die Lehrstellen zu verbessern, hat das Amt für Schul- und Berufsberatung im Frühling 2002 zwei Umfragen bei den Arbeitsgebern über die noch unbesetzten Lehrstellen durchgeführt.

Auf der nationalen Internetseite www.berufsberatung.ch können die verschiedenen Lehrstellenbörsen eingesehen werden. Durch die Veröffentlichung neuer Lehrstellen und

Streichung der besetzten Lehrstellen werden die Informationen auf dem neusten Stand gehalten. Ein Anzahl Betriebe geben jedoch ihre Informationen nicht weiter und verhindern damit eine perfekte Aktualisierung der Internetsite.

Zuhanden der Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschule und ihrer Eltern wurde eine neue, komplett überarbeitete Ausgabe der Broschüre «Après le Cycle d'orientation: quelles voies de formation?» veröffentlicht. Eine Beschreibung der verschiedenen Ausbildungen und eine Gesamtübersicht über das Bildungssystem vermittelt eine Vorstellung von der Struktur des Bildungswesens im Kanton Freiburg.

Das kantonale Amt für Schul- und Berufsberatung arbeitet insbesondere bei der Erstellung von Dokumentationsmaterial weiterhin mit den Ämtern der anderen Kantone zusammen. Im Rahmen der interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessins wurde eine Dokumentenproduktionsstätte geschaffen. Damit können die Kantone entlohnte Aufträge für die Dokumentenproduktion erhalten. Der Dokumentationsdienst hat an der Realisierung mehrerer Sammlungen von Informationsblättern mitgewirkt: der Kanton Freiburg hat 30 so genannte UNI INFO-Blätter, 48 ECOL'INFO-Blätter über die freiburgischen Schulen und 21 INFOP-Blätter über Berufe erstellt, überarbeitet oder auf den neuesten Stand gebracht. Eine neue Broschüre mit allen Weiterbildungsangeboten für Erwachsene im Kanton Freiburg wurde herausgegeben. Sie dient als Ergänzung zur Datenbank BOP/PLASTA. Die elektronischen Daten sind über Internet oder über die Informationsanschlüsse in den Berufsberatungsstellen und den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren einsehbar.

Das kantonale Amt für Berufsberatung hat am Dorf der Berufe mitgewirkt, das im Rahmen der Messe Freiburg statt gefunden hat. 2818 Schülerinnen und Schüler konnten sich über 89 vorgestellte Berufe informieren. Ein Faltblatt der Berufsberatung wurde zur Vorbereitung der Jugendlichen auf den Besuch verteilt.

1.3 Berufsinformationszentrum

Die Berufsinformationszentren bieten frei einsehbare Informationen über Berufe und Ausbildungen an, die der Schülerschaft und Aussenstehenden zugänglich sind. Im ganzen Kantonsgebiet sind 25 811 Besuche verzeichnet worden, wobei 11 112 direkte Informationsgespräche mit einer Beraterperson oder einer Dokumentalistin stattgefunden haben.

1.4 Internetsite der kantonalen Berufsberatung

Das kantonale Amt für Schul- und Berufsberatung verfügt über eine Internetsite, die mittlerweile eine Liste der Berufsberatungsstellen, die Anmeldefristen für die verschiedenen Ausbildungen und Dokumente des kantonalen Amtes für Schul- und Berufsberatung sowie den Link zur nationalen Site mit den Lehrstellenbörsen umfasst. Ein Berufsberater ist mit der Beantwortung der per E-Mail eingehenden Fragen beauftragt.

1.5 Einzelberatung

Die folgenden Zahlen umfassen die gesamte Beratertätigkeit, die Beratung von Jugendlichen und diejenige von Erwachsenen. Anhand der Zahlen dieses Jahres kann Folgendes festgestellt werden:

- Im Vergleich zum Vorjahr ist die behandelte Anzahl Fälle gleich geblieben, dagegen hat die Anzahl Gespräche gegenüber dem Vorjahr um 456 zugenommen, was einem Anstieg von 5 % entspricht.
- Die Anzahl Gespräche mit Tests betrug 1696, was 17,6 % entspricht.
- Die Anzahl der erwachsenen Ratsuchenden über 20 Jahren betrug 1208, was 23,2 % der insgesamt behandelten Fälle ausmacht.

Statistik der Ratsuchenden:	2002			2001
	M.	F.	Total	
Anzahl beratene Personen	2219	2979	5198	5285
Anzahl Beratergespräche	4254	5372	9626	9170
– Alter der Ratsuchenden				
– bis 19-jährig	1725	2265	3990	4145
– 20-jährig und älter	494	714	1208	1140
– Schwerpunkte der Beratung				
– Lehre, Berufsmaturität	920	910	1830	2422
– Mittelschulen	345	533	878	909
– Universität, Fachhochschulen	231	375	606	900
– Erwachsenenurse, Nachdiplomausbildung	131	206	337	360
– Psychologische und soziale Beratung	159	195	354	397
– Unterstützung bei der Lehrstellensuche	353	347	700	1006

1.6 Arbeitslosenberatung

180 (131) Arbeitslose erhielten ein Beratungsgespräch. In Zusammenarbeit mit anderen Körperschaften, die sich mit der Ausbildung von Arbeitslosen befassen, wurden kommentierte Besuche des Berufsinformationszentrums durchgeführt.

1.7 Kurs zur Standortbestimmung

Das kantonale Amt für Schul- und Berufsberatung hat einen Kurs zur beruflichen Standortbestimmung durchgeführt, der es den Erwachsenen ermöglicht, ein Inventar ihrer sämtlichen Fähigkeiten zu erstellen, die sie sich in beruflicher oder ausserberuflicher Tätigkeit erworben haben. Ein anderer Kurs wurde im Rahmen der modularen Ausbildung in Hauswirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftlichen Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve angeboten. Dank dieses Kurses können sich verschiedene Personen mit beruflicher Tätigkeit in diesem Bereich ihre Kenntnisse anrechnen lassen.

2. Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

2002 haben 2948 (3022) Schülerinnen und Schüler die Orientierungsschule beendet; sie haben sich für folgende Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Lösung:	2002		2001	
	M. %	F. %	Total %	%
– Lehre, Grundausbildung	56,7	35,5	46,2	46,1
– Mittelschulen	30,1	46,3	38,1	37,2
– andere Schulen	2,7	3,0	2,9	3,3
– Erwerbsarbeit	0,5	0,8	0,6	0,5
– fremdsprachliches 10. Schuljahr	4,2	5,8	5,0	3,9
– Übergangs- und unbekannte Lösungen	3,0	8,4	5,7	5,8
– Vorbereitungs- oder Integrationskurs	4,0	0,0	3,0	3,2

Der Prozentsatz der Jugendlichen, die eine Lehre wählten, belief sich auf 46,2 % (46,1 %), was 1345 (1393) Personen entsprach. Der Prozentsatz der Jugendlichen, die am Ende ihrer Schulzeit eine Lehre antraten, hat sich stabilisiert. Es gibt eine allgemeine Tendenz, später in das Berufsleben einzutreten.

Der Lehrstellenmarkt stellt in quantitativer Hinsicht kein Problem dar, weil das Angebot in den meisten Berufen insgesamt ausreicht. Schwierigkeiten bestehen jedoch weiterhin in den Berufen, die mit den neuen Technologien verbunden sind (dort übersteigt die Nachfrage das Angebot), sowie bei den traditionell von Mädchen gewählten Berufen. Das vom Amt für Berufsbildung erstellte Dispositiv «Brücken zur Lehrstelle» ermöglicht, Notlösungen für Schülerinnen und Schüler zu finden, die keine Möglichkeit haben, einen Lehrvertrag zu erhalten. Im Rahmen eines Projekts, das durch den Bundesbeschluss über die Lehrstellen finanziert wird, konnten 2 Personen angestellt werden, die sich um die Berufsberatung dieser Jugendlichen kümmern.

Die freiburgische Berufsberatung widmet sich mit besonderer Aufmerksamkeit den am meisten benachteiligten Jugendlichen. Es wurden verschiedene Massnahmen zur aktiven Unterstützung eingesetzt, um für alle Jugendlichen am Ende der Schulzeit eine Lösung zu finden.

Um die Berufswahl der Mädchen in Richtung technische und handwerkliche Berufe zu fördern, haben das kantonale Amt für Schul- und Berufsberatung, das kantonale Amt für Berufsbildung, und das Gleichstellungsbüro gemeinsam ein Projekt mit dem Titel «Praktika für Mädchen in atypischen Berufen» geschaffen. 1017 Mädchen im 8. Schuljahr und ihre Eltern haben eine Broschüre erhalten, die auf atypische Berufe aufmerksam macht. 151 Mädchen haben an einem Berufswahlgespräch teilgenommen. 13 Frauen, die als Pionierinnen einen atypischen Beruf gewählt haben, hielten Referate über ihre persönliche Erfahrung. 37 Betriebe haben 66 Mädchen für ein Praktikum aufgenommen. Die Berufe Informatikerin und Automechanikerin verzeichneten den grössten Erfolg. Am Ende des Projekts waren 87 % der Mädchen zufrieden damit und 23 % gaben an, sich für eine Ausbildung in einem atypischen Beruf zu interessieren.

3. «New Public Management»-Projekt

Der Leistungsauftrag 2001-2004 des kantonalen Amts für Schul- und Berufsberatung geht weiter. Die Phase des Controlling der Leistungen hat begonnen. Die ersten Indikatoren zeigen insbesondere, dass 99,4 % der Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit

eine Lösung gefunden haben. Ein Fragebogen, der an alle Personen verteilt wurde, die Leistungen der Berufsberatung in Anspruch genommen haben, zeigt einen Zufriedenheitsgrad von 90,8 % bei den Schülerinnen und Schülern und von 92,2 % bei den Erwachsenen.

XIX. Schüleraustausche

Der Wechsel in der Leitung der Koordinationsstelle konnte reibungslos abgewickelt werden. Martin Johner und Patrice Blanc, die je eine Sprachregion vertraten, sind auf Ende Schuljahr zurückgetreten. In Bernard Dillon wurde eine zweisprachige Person gefunden, die seit dem 1. September 2002 die Stelle des Koordinators übernommen hat.

1. Partnersprachliches 10. Schuljahr

Die Teilnehmerzahl beträgt 163 Schülerinnen und Schüler. Gegenüber dem Vorjahr (157) konnte eine leichte Zunahme festgestellt werden. Das Verhältnis zwischen Deutschsprachigen 70 (58) und Französischsprachigen 93 (99) ist ausgeglichener geworden. Auf Landesebene wurde das Freiburger Modell durch ein bilaterales Abkommen zwischen Basel-Landschaft und dem Jura angewendet.

Das Interesse von Schülerinnen und Schülern aus anderen Kantonen steigt, es gibt jedoch einen Nachfrageüberschuss bei den französischsprachigen Schülerinnen und Schülern, die ein Sprachjahr absolvieren wollen, was die Verteilung erschwert.

2. Klassenaustausche

Das nationale Austauschprojekt Exchange.02 konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die Projektauswertung zeigt, dass das Workshopangebot zum Thema Verständigung grossen Anklang fand. Dass sich immer mehr Lehrpersonen, die nicht Sprachunterricht erteilen, für die Austausche interessieren und engagieren, kann ebenfalls als Erfolg angesehen werden. Gesamthaft kann hervorgehoben werden, dass durch diese nationale Aktion wichtige Impulse für den schweizerischen Austausch vermittelt werden konnten. Mit insgesamt 35 Austauschklassen, wovon 25 aufgrund des Projekts Exchange.02, liegt die Teilnehmerzahl im langjährigen Mittel.

3. Ferieneinzelaustausch

Die Gesamtbeteiligung ist mit 16 (32) Französischsprachigen und 1 (6) Deutschsprachigen unterdurchschnittlich ausgefallen. Die Erklärung dafür dürfte darin liegen, dass sich Freiburg in diesem Jahr stark auf die Expo.02 ausgerichtet hat.

XX. Sport und Sporterziehung

1. Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung

2002 hat die Kommission 6 Sitzungen abgehalten. Sie hat:

- die von der Sport-Toto-Unterkommission vorgelegte Verteilung der ordentlichen Sport-Toto-Beiträge angenommen;
- Kenntnis genommen von den Rapporten der Sport-Toto-Arbeitsgruppen in den Bereichen «Spitzensportler und Talente», «Sportveranstaltungen», «Sport für Alle» und «Ausbildungskurse und Lager»;
- 6 Beschwerden zu Sport-Toto-Beiträgen behandelt;
- eine Informationssitzung abgehalten zum Thema «Nationales Sportanlagenkonzept» (NASAK);
- einer Vereinbarung zugestimmt zwischen dem Welt-Radsport-Zentrum in Aigle und dem Sport-Toto Freiburg;
- die laufenden Geschäfte im Rahmen der Zuständigkeit der Kommission behandelt.

2. Kantonale Inspektion für Sport und Sporterziehung

Die beiden Inspektoren, Gallus Grossrieder für Deutschfreiburg und Pierre Monney für den französischen Kantonsteil, haben ihre Aktivitäten in ihren Zuständigkeitsbereichen fortgesetzt.

2.1 Qualitätsentwicklung – und -sicherung

Die Kontrolle des Unterrichts findet seit Mai 2000 weiterhin durch Begegnungen mit den Lehrkräften statt, und zwar im Rahmen von Zusammenkünften, Einführungen in neue Lehrmittel, Arbeitssitzungen und Austauschen mit Primarlehrkräften. Ein besonderer Akzent wird auf Projekte gelegt, die die Unterrichtsqualität längerfristig optimieren können: Intervision, Teamteaching, Schulhausprojekte im Bereich «Bewegung-Sport-Gesundheit».

2.2 Weiterbildung für die Lehrpersonen

Im Jahr 2002 wurde die Einführung der neuen Lehrmittel für alle Lehrpersonen des Kindergartens und der Primarschule des französischen Kantonsteils weitergeführt. Im ganzen Kanton wurden zudem insgesamt 30 Weiterbildungskurse zum Thema Sport und Sporterziehung organisiert. Sie fanden in aufgegliederten Kursen, Block- und Wochenkursen sowie Seminaren statt.

2.3 Freiwilliger Schulsport

Für die Schülerinnen und Schüler aller Stufen haben zehn Organisationen freiwilligen Schulsport in über 30 verschiedenen Sportarten organisiert.

Am Schwimmkurs für die 5. und 6. Primarklassen des Glanebezirks haben 71 Schülerinnen und Schüler teilgenommen.

2.4 Schülermeisterschaften

Während dieses Schuljahrs sind Schülermeisterschaften in folgenden Disziplinen durchgeführt worden: Wintersport, Basketball, Fussball, Eishockey und eine «Kollegiade». Zudem nahmen mehrere Mannschaften am Schweizer Schulsporttag in Magglingen teil.

3. Jugend + Sport

Die rund 4000 J+S-Leiterinnen und -Leiter und ihre Vereine und Verbände sind vom Bund mit 1 838 507 Franken (1 700 000 Franken) entschädigt worden.

Das Jahr 2002 war das letzte Jahr der Pilotphase des Projekts «J+S 2000»: am 31. Dezember 2002 ist «J+S 72» zu Ende gegangen; die Eidgenössische Sportschule Magglingen (ESSM) hat das definitive Inkrafttreten für alle Sportarten auf den 1. Januar 2003 beschlossen; sie hat die dritte Etappe einer nationalen J+S-Datenbank abgeschlossen und diese teilweise für die J+S-Coaches geöffnet.

3.1 Kaderausbildung

10 (11) neue Freiburger Experten wurden von der ESSM anerkannt.

3.2 Tätigkeit und Fortbildung der Experten

161 (165) Experten haben bei der Aus- und Fortbildung der J+S-Leiterinnen und -Leiter mitgewirkt.

16 (22) Freiburger Experten haben den von J+S Wallis organisierten regionalen Ski-Zentralkurs in Zermatt besucht, 44 (46) haben an Zentralkursen in Magglingen teilgenommen.

3.3 Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

271 (287) Leiterinnen und Leiter wurden in 10 (13) kantonalen Leiterausbildungskursen ausgebildet. 254 (215) haben die Leiteranerkennung I und 17 (72) die Anerkennung II erhalten. Vier Leiterkurse (Wasserspringen, Ski, Tennis II und Ski II) mussten wegen mangelnder Beteiligung abgesagt werden.

682 (718) Leiterinnen und Leiter haben ihre Ausbildung in 17 (22) kantonalen Weiterbildungskursen erweitert.

192 (180) Leiter aus Freiburg haben Kurse anderer Kantone besucht, 141 (132) Kurse der ESSM und 440 (443) Kurse von Sportverbänden und anderen Organisationen (z. B. Jugendorganisationen).

3.4 J+S-Material

Die Zentralisierung des Materials im eidgenössischen Zeughaus Biel befriedigt Kantone und Gruppierungen. Die Kantone bestellen per E-Mail, die Verbände beteiligen sich an den Versandkosten.

3.5 Sportlager des kantonalen Amts

Das auf der Göscheneralp vorgesehene Kletter- und Bergsteigerlager wurde mangels Anmeldungen abgesagt. In den drei traditionellen Lagern in Tenero wurden insgesamt 123 (121) Jugendliche gezählt. 21 (18) Jugendliche haben am

Kanulager in La Roche, 17 (–) am Wanderlager in den Freiburger Voralpen teilgenommen. 12 Teilnehmende verbrachten im Rahmen des von J+S Jura organisierten Westschweizer Lagers eine polysportive Woche in Saignelégier.

3.6 J+S-Kurse und -Lager (10- bis 20-Jährige) der Vereine und Schulen

Wegen des Projekts «J+S 2000» mit seiner Pilotphase ist eine detaillierte, vergleichende Statistik nicht möglich. Rund 30 000 Jugendlichen haben an J+S-Kursen und -Lagern in den folgenden Sportarten teilgenommen: Rollschuhlaufen, Karate, Lagersport, Reiten, Segeln, Squash, Surfen, Badminton, Basketball, Bergsteigen, Eishockey, Eislauf, Fechten, Turnen, Polysport, Fussball, Kunstturnen und Geräteturnen/Trampolin, Gymnastik und Tanz, Handball, Judo/Ju-Jitsu/Selbstverteidigung, Kanu-Kayak, Landhockey/Unihockey, Leichtathletik, Nationalturnen/Schwimmen, Orientierungslauf, Radsport, Ringen, Rudern, Schwimmen, Ski/Snowboard, Langlauf, Skitouren, Tennis, Tischtennis, Volleyball, Wandern und Geländesport und Mehrfächerkurse.

4. Sport-Toto

Der Kantonsanteil am Sport-Toto-Gewinn betrug 1 500 335 Franken.

Dieser Betrag wurde wie folgt aufgeteilt: Fr.

– Unterstützung des ordentlichen Sportbetriebs	627 410
– Bauten und Materialeinkäufe	239 000
– Unterstützung von Spitzensportlern und Talenten	150 000
– Veranstaltungen, Kurse und Lager, «Sport für alle»	150 000
– Kommissionen	5 000
– verschiedene Verwaltungsausgaben	27 000
– Werbung	40 000
– Aktion Sport-Toto	15 000
– Überweisung an den Reservefonds	246 925
Total	1 500 335

60 (58) Vereine, Verbände, Klubs und Institutionen erhielten finanzielle Unterstützung an ihren ordentlichen Sportbetrieb.

Departement für kulturelle Angelegenheiten

I. Kulturförderung

1. Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hat 9 Sitzungen abgehalten. Sie hat zu 155 beim Departement eingegangenen Beitragsgesuchen Stellung genommen. Sie hat bei der Gewährung des Kulturpreises des Staats Freiburg 2002 als Jury gewirkt. Die Kommission hat sich zudem Gedanken darüber gemacht, welche Kriterien und Bedingungen für die Errichtung von mehrjährigen Leistungsverträgen (so genannte Schaffenspartnerschaften) gestellt werden müssten, welche die Direktion mit mehreren freiburgischen kulturschaffenden Gruppen abschliessen möchte.

2. Kulturförderbeiträge

Zur Förderung aller kultureller Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Künste, Tanz, Kulturanimation) sowie Projekte kultureller Zusammenarbeit stellt das Departement einen Gesamtbetrag von 2 280 000 Franken bereit, wovon 780 000 Franken aus dem kantonalen Kulturfonds.

2.1 Statistik

2002 gingen 74 % der gewährten Beiträge an die Förderung des Kulturschaffens und 26 % an Kulturveranstaltungen der folgenden Ausdrucksformen:

– Theater:	44,6 %
– Musik:	19,8 %
– Tanz:	10,2 %
– Bildende Künste:	7,8 %
– Film/Video:	6,0 %
– Literatur/Publikationen:	1,5 %
– Verschiedene:	10,1 %

Die Internetsite des Departements (www.fribourg-culture.ch) wurde 2002 von über 45 000 Benutzern aus aller Welt besucht.

2.2 Jährliche Beiträge

Das Departement hat dem Théâtre des Osses (Givisiez), der Tanzkompanie Da Motus (Freiburg), der Oper Freiburg, der Kompanie Fabienne Berger (Promasens) und dem Vokalensemble Orlando (Freiburg) jährliche Beiträge von insgesamt 1 260 000 Franken zugesprochen.

Im Einvernehmen mit dem Departement hat die kantonale Kommission der Loterie romande insbesondere folgende Veranstaltungen und Kulturstätten mit einem Gesamtbetrag von 1 510 000 Franken unterstützt: Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Espace Moncor (Villars-sur-Glâne), Internationales Jazz Festival Freiburg, Festival für Geistliche Musik Freiburg,

Internationales Filmfestival Freiburg, Fri-Art (Freiburg), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Les Francomanias (Bulle), Murten Classics, Oper Freiburg, Internationales Folkloretreffen Freiburg, Konzertgesellschaft Freiburg.

2.3 Schaffensbeiträge

Das Departement hat Schaffensbeiträge von insgesamt 397 000 Franken an folgende Kulturschaffende und kulturelle Institutionen gewährt:

Association Jeune Musique, L'Accroche-Chœur Fribourg, Chœur de chambre de l'Université de Fribourg, Puzzle, Attack Vertical, Jeunesses musicales de Fribourg, Wide, Stéphane Sapin, Corps de musique de la ville de Bulle, Sofa Ltd, Summer Rain, Cheesecake, Wonderspleen, Frédéric Vonlanthen, Quatuor NOV'ars, Philippe Savoy (Musik, Gesang, Rock, Jazz);

Francis Brodard, Fondation pour le Panorama de la bataille de Morat, Editions de la Vouivre, Editions du Cassetin, Editions de l'Aire, Editions La Sarine, Association Belzedi (Literatur/Publikationen);

Fantom-Theater, Théâtre «On m'la dit», Cirque Toamême, Talman Ensemble, Le Guignol à roulettes, Fribourg La Médiévale, Deutschfreiburgische Theatergruppe (Theater);

Cinémagination, Cinélan, Pierre Monnard, Hugo Corpaux, Association Films Plans-Fixes (Film/Video);

Fondation Bex & Arts, David Clerc, Michel Roggo, Frédéric Marro, Jacques Cesa, Marie Vieli, Fri-Art, Birgit Perroulaz, Peter Aerschmann, Christoph Schütz, Claire Zahnd (bildende Künste, Fotografie);

Jeanne Macheret/Jean-Nicolas Dafflon (Tanz).

2.4 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Das Departement hat mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in der Höhe von insgesamt 359 000 Franken hauptsächlich folgende Veranstaltungen und kulturellen Institutionen unterstützt:

Festival für geistliche Musik Freiburg, 20 Heures de musiques de Romont, MuBarOp (Fribourg), Commission culturelle de la ville de Bulle, Académie d'orgue (Fribourg, Bulle), Cantorama (Jaun), Internationales Filmfestival Freiburg, Rencontres théâtrales de Bulle, Symphonia (Cugy), Concerts de la Semaine Sainte (Freiburg), Association Arts & Comédie (Estavayer-le-Lac), Musée suisse du Vitrail (Romont), «Céciliennes 2002 – Venez chanter avec nous» (Forel), Chœur des XVI (Freiburg), Musée du Pays et Val de Charmey, Commission culturelle de Châtel-St-Denis, Internationales Folkloretreffen Freiburg (Dezentralisierung in Broc), Prix international des jeunes auteurs (Freiburg), Concerts de l'Avent de Villars-sur-Glâne, Chala Cubana (Freiburg).

2.5 Ordentliche Beiträge

Das Departement hat 38 Kulturvereine und kulturelle Institutionen von kantonalen Bedeutung sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 201 000 Franken unterstützt.

3. Kulturpreis des Staates Freiburg 2002

1987 hat der Staatsrat den «Kulturpreis des Staates Freiburg» eingeführt; er wird alle zwei Jahre auf Antrag der Kommission für kulturelle Angelegenheiten verliehen. Mit Beschluss vom 14. Oktober 2002 hat der Staatsrat beschlossen den Kulturpreis des Staates Freiburg in seiner 7. Ausgabe der Choreografin und Tänzerin Fabienne Berger, wohnhaft in Promasens, zu verleihen. Der Preis in der Höhe von 10 000 Franken wurde der Preisträgerin am 12. Dezember 2002 im Rahmen einer Übergabefeier im Espace Jean Tinguely–Niki de Saint Phalle, in Freiburg, übergeben.

4. Kulturelle Infrastrukturen

Der Grosse Rat hat das Dekret über die Beitragsleistung an den Aufführungssaal von Châtel-St-Denis «Univers@lle» zum Betrag von 434 000 Franken gutgeheissen.

Ein Vertreter des Departements wirkte als Experte in der Jury des Architekturwettbewerbs für den Bau eines Zentrums für zeitgenössisches Bühnenschauspiel in Villars-sur-Glâne.

5. Zusammenarbeit

Das Departement hat bei den Aktivitäten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) mitgewirkt. Es hat die Tätigkeit der Fondation romande pour la musique actuelle und der Association romande des techniciens du spectacle (ARTOS) unterstützt. Es hat sich zudem an den Arbeiten der Conférences romande et suisse des affaires culturelles beteiligt.

Der Dienstchef vertrat den Staat Freiburg im provisorischen Stiftungsrat, der mit der Umsetzung der künftigen Westschweizer Hochschule für Theater in Lausanne beauftragt ist. Er hat zudem an den Überlegungen über die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Schaffung einer vernetzten Westschweizer Musikhochschule teilgenommen.

Die bildende Künstlerin Marie Vieli wurde für einen Aufenthalt während sechs Monaten in der Atelier-Wohnung von Barcelona ausgewählt, die von der Conférence des délégués aux affaires culturelles de la Suisse romande gemietet wird. Das Departement hat den bildenden Künstler David Clerc für einen einjährigen Aufenthalt im Atelier Jean Tinguely in der Cité des arts in Paris ausgewählt. Der Freiburger Fotograf Frédéric Marro wurde für einen sechsmonatigen Aufenthalt in der Atelier-Wohnung «Road house» in New York ausgewählt. Das Atelier «Schönhauser», das vom Departement in Berlin gemietet wird, wurde für sechs Monate der bildenden Künstlerin Birgit Perroulaz zur Verfügung gestellt.

An der Expo.02 hat der Kanton während 10 Tagen eine Künstler-Delegation aus Nova Friburgo aufgenommen, die zwischen dem 16. und 25. Mai 2002 mehrere Konzerte in Estavayer-le-Lac, Murten, Muntelier, Freiburg, Greyerz und Tafers gab.

2002 beschloss der Kanton, dem Fonds intercantonal d'aide cinématographique «Regio-Films» beizutreten.

6. Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg

1996 hat das Departement die «Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg» ins Leben gerufen. Die Preisträgerin der 3. Ausgabe, Caroline Wagschal, zeigte in einer Ausstellung in der Kantons- und Universitätsbibliothek unter dem Titel «Intérieurs fribourgeois» 50 Schwarz-Weiss-Abzüge. Die Ausstellung wurde von einem Katalog begleitet, den das Departement zusammen mit der KUB herausgab.

7. Landesausstellung

7.1 Kantonstag

Der Freiburger Kantonstag wurde am 18. Mai 2002 auf der Arteploge von Murten durchgeführt. Mit dem Titel «Fri-Style» fand dieser Tag im Zeichen der Kultur und des Kunstschaffens statt. Der offizielle Akt ging in Meyriez mit drei Künstlerensembles aus Nova Friburgo, Ehrengast des Kantonstags, über die Bühne.

Während des ganzen Tages boten sieben «Kulturbiwaks» Aufführungen und Konzerte dar, die von acht Musikkorps, elf Chören, zwei Zirkustruppen, vier Tanzkompagnien, sieben Musikensembles und drei Theatertruppen animiert wurden.

Der Kanton und die künstlerische Leitung der Expo.02 präsentierten ein Musical mit dem Titel «Fantasma», das bei verschiedenen freiburgischen Kultur- und Kunstschaffenden in Auftrag gegeben worden war. Nach dem Kantonstag wurde das Stück noch 16-mal auf der Arteploge Murten aufgeführt.

Der Sensler-Sänger Gustav und die Association fribourgeoise des jeunes musiciens haben je ein Konzert auf der Bühne von Meyriez gegeben.

Zum Abschluss des Kantonstags spielte die Landwehr «Con Fuoco», ein Musikstück zu einem Feuerwerk. Nach dem Eindunkeln gab es ein von einem Dutzend Berufsfeuerwerker gezündetes musikalisches Feuerwerk.

Nach den Informationen der Expo.02-Leitung haben über 18 000 Personen am Freiburger Kantonstag teilgenommen. Diese Zahl beruht auf der Billettkontrolle der Expo. Dazu kommen die zigtausend Besucher, die nach Murten zu Aufführungen und Veranstaltungen kamen, für die es kein Arteploge-Eintrittsbillett brauchte. An diesem Tag verzeichnete die Arteploge Murten das grösste Publikum der gesamten Ausstellungszeit.

7.2 «Fri-Style», Freiburger Kantonstag in Bildern

Der «Photo-Club Fribourg» wurde mit einer Reportage des Kantonstags beauftragt. Er realisierte über 7000 Bilder, wovon 144 in einer Ausstellung im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg gezeigt wurden; diese Ausstellung verzeichnete rund 2000 Besucher.

7.3 Projekte für die Schulen

In Zusammenarbeit mit der Expo.02 hat der Kanton beschlossen, die Hälfte des Pauschalbetrags (24 Fr.) pro Freiburger Schülerin und Schüler der obligatorischen Schule und der Mittelschulen, die im Rahmen der Schul-

reise die Ausstellung besuchen, zu übernehmen. Der Staatsrat hat ausserdem die Gemeinden eingeladen, den Restbetrag ganz oder teilweise zu übernehmen. Insgesamt haben 25 135 Freiburger Schülerinnen und Schüler von diesem Angebot profitiert; das sind 70 % der betroffenen Schülerinnen und Schüler.

Der Kanton hat ausserdem an der Operation «Exchange.02» mitgewirkt, die Austausch zwischen Schweizer Jugendlichen bezweckte. Insgesamt haben 517 Schülerinnen und Schüler des Kantons Freiburg ihre Kameradinnen und Kameraden aus der ganzen Schweiz zur Expo.02 eingeladen. Darauf haben die Freiburger Schülerinnen und Schüler einen Aufenthalt in der Region ihrer Gäste verbracht.

7.4 Weitere Projekte im Zusammenhang mit der Expo.02

Der Kanton hat die folgenden Veranstaltungen an der Expo.02 finanziell unterstützt: «A Tempo», Musikveranstaltung in Estavayer-le-Lac; künstlerisches und kulturelles Programm der Gemeinden des Haut und Bas-Vully (insbesondere teilweise Rekonstruktion des römischen Opidums und Realisierung einer Monumentalskulptur des Künstlers Bernard Luginbühl auf dem Mont Vully).

Das Pfahlbaudorf von Gletterens erhielt einen Kantonsbeitrag für die Finanzierung verschiedener Einrichtungen, das Gleiche gilt für die «Schatzinsel» in Sugiez, wo für Schulklassen und Familien ein Pflanzenlabyrinth erstellt wurde. Schliesslich hat der Kanton die Errichtung eines archäologischen Lernpfads und einen aus Anlass der Expo.02 herausgegebenen Führer mitfinanziert.

8. Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle in Freiburg

Der Stiftungsrat hat 1 Sitzung abgehalten. Er hat die Rechnung 2001 und den Voranschlag 2003 gutgeheissen. Das Betriebsdefizit des Geschäftsjahrs 2002 von 1193 Franken konnte mit den Reserven auf dem Baukonto gedeckt werden.

2002 hat der Espace die folgenden Sonderausstellungen durchgeführt: «Hommage à Jean Tinguely 1991-2001», «Hommage à Niki de Saint Phalle (1.7-13.10)» und «Rico Weber – Zahlen Magie des nombres (8.05-13.10)». Unter dem Titel «Les soirées musicales de l'Espace» wurden 5 Konzerte für die Öffentlichkeit organisiert. Der Espace verzeichnete 2002 15 786 (15 218) Eintritte; er wurde für 50 verschiedene Veranstaltungen vermietet. Insgesamt fanden 35 Führungen und 26 pädagogische Veranstaltungen statt.

9. Römisches Museum Vallon

Der Stiftungsrat hat 2 Sitzungen abgehalten. Er hat die Rechnung 2001 und den Voranschlagsentwurf 2002 gutgeheissen. Das Betriebsdefizit des Geschäftsjahrs 2001 beläuft sich auf 60 209 Franken, dasjenige des Geschäftsjahrs 2002 auf 69 466 Franken. Diese Defizite konnten mit den Reserven auf dem Baukonto gedeckt werden. Der Staatsrat hat sich weiter über den Schutz der Mosaiken vor allfälligen Wasserschäden Gedanken gemacht. Er hat zudem verschiedene Massnahmen getroffen, um das

Betriebsdefizit für die nächsten Geschäftsjahre deutlich aufzufangen. Der Staatsrat hat einen neuen Betreiber des Mosaïc Café angestellt.

Folgende Sonderausstellungen wurden gezeigt: «Histoires de sous» (März bis September), «Présences antiques au fil de l'eau» (ab Dezember). Das Museum hat 2002 8635 Besucher verzeichnet; (2001: 13 211). 2002 fanden insgesamt 122 Führungen und Veranstaltungen statt.

10. Öffentliche Bibliotheken

Der Kanton zählt derzeit 33 öffentliche Bibliotheken. Im Einvernehmen mit dem Departement hat die kantonale Kommission der Loterie romande Beträge in der Höhe von insgesamt 111 885 Franken an 31 Bibliotheken des Kantons gewährt, um den Kauf neuer Bücher zu fördern.

Am 6. März 2002 hat der Staat Freiburg, vertreten durch das Departement für kulturelle Angelegenheiten und der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken, eine Vereinbarung unterzeichnet, die rückwirkend auf den 1. Januar 2002 in Kraft trat. Ab 2003 wird die Vereinigung der Freiburger Bibliotheken alljährlich bei der kantonalen Kommission der Loterie romande einen Beitrag für die öffentlichen Bibliotheken beantragen. Die Bedingungen, die dafür zu erfüllen sind, und der Berechnungsmodus für die Beiträge an die allgemeinen öffentlichen Bibliotheken werden in Richtlinien der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten festgelegt.

Die erwähnte Vereinbarung sieht zudem die Ernennung einer Ansprechperson für die öffentlichen Bibliotheken bei der Kantons- und Universitätsbibliothek vor.

II. Staatsarchiv

1. Ablieferungen

Aus Platzmangel und im Hinblick auf den Umzug konnte das Staatsarchiv nur 28 (25,55) Laufmeter (Lm) aufnehmen.

1.1 Ablieferungen der öffentlichen Hand

21 (19,05) Laufmeter wurden von der kantonalen Verwaltung abgeliefert:

- von der Staatskanzlei: schriftliche Anfragen an den Grossen Rat, 1987-1991, sowie verschiedene Dossiers zum Problem der Zweisprachigkeit, 1959-1998 (0,45 Lm);
 - von der kantonalen Materialzentrale: Druckschriften (0,50 Lm);
- von der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten:
 - vom juristischen Dienst: Geschäftsdossiers, 1973-1994 (6,50 Lm);
- von der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion:
 - vom kantonalen Zivilstandsamt: 67 Pfarregister von Attalens, Châtel-St-Denis, Chattonnaye, Düdingen, Estavayer-le-Gibloux, Farvagny, Fétigny, Matran, Ménières, Middel, Neyruz, Remaufens,

Rossens, St. Antoni (reformierte Pfarrei), Semsales, Tafers, Torny-le-Grand und Vuisternens-en-Ogoz, 1850-1875 (2,65 Lm.) sowie 22 Zivilstandsregister verschiedener Gemeinden aus dem Vivisbachbezirk, Ende 19. Jh. (0,65 Lm);

- von der Kantonspolizei: Informationsjournal 2001 und Tagesberichte der Polizeiposten, 1996 (0,80 Lm);
- von der Direktion des Innern und der Landwirtschaft:
 - vom Gemeindedepartement: 8 Lithographien von Bezirks- und Gemeindewappen, um 1850 (0,15 Lm);
 - vom Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve: Bestand der Direktion und des Staatsrates Georges Ducotterd, 1950-1980 (6 Lm);
- von der Amtsvormundschaft des II. Sensekreises (Tafers): Personendossiers, 1973-2001 (3,30 Lm).

Abgegeben von Gemeinden und Pfarreien:

- von der Gemeinde Plasselb: 1 Bürgerbuch, 1914-1935;
- von der Pfarrei Lessoc: 1 Register der Mitglieder der Rosenkranzbruderschaft, 1654-1936.

1.2 Ablieferungen (Schenkungen, Depots) von Privatpersonen

- aus dem Nachlass des Notars Pierre Rime: 56 Bände Notariatsminuten, 1986-2001 (3,2 Lm);
- von der «Freien öffentlichen Schule» von Courtepin: Buchhaltung, 1876-1972, sowie Schülerlisten, 1888-1917 (0,30 Lm);
- von der Société fribourgeoise d'art public: Korrespondenz, Rekurse und Subventionen, 1966-2002 (3 Lm);
- dem Archiv haben Archivbenutzer die Ergebnisse ihrer Nachforschungen überlassen sowie Einzelpersonen verschiedene Veröffentlichungen, Broschüren, Dokumente und Familiennachlässe übergeben.

1.3 Ablieferungen des Staatsarchivs

Das Staatsarchiv Freiburg hat im Rahmen der Rückgabe archivfremder Bestände folgende Dokumente zurückerstattet:

- dem Stadtarchiv Freiburg einen Bestand des 19. Jh. (60 Lm), der vorgängig klassiert und eingeschachtelt worden war, sowie verschiedene Buchungsbelege (19. Jh.) aus dem Bestand des Bürgerspitals, die das Waisenhaus betreffen;
- dem Kapitel St. Nikolaus verschiedene Dokumente (19. Jh.) zwecks Weiterführung der Klassierungsarbeiten. Danach sollte dieser Bestand wieder ins Staatsarchiv zurückgeführt werden;
- archivfremde Dokumente aus dem Bestand des Bürgerspitals, nämlich ein Rechnungsbuch des Kapitels Lausanne von 1478 zu Händen des Staatsarchivs Waadt; eine Liste der Hintersässen (1765) zu Händen der Pfarrei Tafers und eine Urkunde des Klosters Monthéron von 1512 zu Händen des Stadtarchivs Lausanne.

2. Restaurierungsarbeiten, Schutzmassnahmen und Mikroverfilmung

Verschiedene Fachleute haben das Fahnenbuch von Pierre Crolot (17. Jh.), eine Kopie eines Dokuments von 1579 der Familie de Challant sowie einen Plan von Hennens (1744) der Familie de Gottrau restauriert. Ferner wurde die Restauration des 2. Bandes der Gesetzessammlung (14. Jh.) und der Ratsmanuale von 1696 und 1721 begonnen.

Ein Archivmitarbeiter hat eine leichte Restaurierung von einzelnen beschädigten Bänden und Dokumenten vorgenommen und 50 säurefreie Umschläge hergestellt.

152 (208) Geburts-, Ehe- und Sterberegister der Pfarreien Arconciel, Bonnefontaine, Ependes, Estavannens, Grolley, La Roche, Montbrelloz, Murist, Neyruz, Praroman, Progens, Romont, Semsales, Ursy, Villarepos und Vuissens wurden zwecks Mikroverfilmung ins Staatsarchiv gebracht und dann den Pfarreien zurückerstattet.

3. Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Folgende Klassierungen und Inventare wurden abgeschlossen und den Archivbenutzern mit einem Verzeichnis zugänglich gemacht (chronologische Reihenfolge):

- Verzeichnis des Bestandes Stadtsachen A (598 Dokumente), 1270-1797, 735 S.;
- Klassierung, Bewertung, Beschriftung und Kurzverzeichnis des Bürgerspitals in Freiburg (1425 Bände, 456 Umschläge, 34 Archivschachteln A3, 9 Pläne und 7 Dossiers, Mittelalter – 20. Jh., 35 S.;
- Kurzverzeichnis der im Staatsarchiv vorhandenen Gemeinde- und Pfarreibestände, 15.-20. Jh., 56 S.;
- Verzeichnis des Familienbestandes Paul Torche, Staats-, National- und Ständerat, 16 S.

Die Klassierung und Inventarisierung folgender Bestände wurde im Berichtsjahr 2002 begonnen oder weitergeführt (chronologische Reihenfolge):

- Klassierung des Militärwesens, 15.-19. Jh.;
- Regesten von 72 Urkunden des Bestandes Stadtsachen B, 16. Jh.;
- Regesten zu Urkunden des Augustinerklosters, 14.-17. Jh.;
- Verzeichnis der Pfarreiregister gemäss Eingang aus den Pfarreien, dem Zivilstandsamt und der Mikroverfilmung, 16. – 20. Jh., 258 Seiten sowie laufende Ergänzung auf der Homepage des Archivs;
- Klassierung des Teilbestands der Helvetik, 1798-1803;
- Klassierung der Nachträge der Tagsatzungsangelegenheiten, 1803-1848;
- Klassierung des Bestandes der Fremden Dienste, 19. Jh.;
- Reinigung, Bewertung und alphabetische Klassierung von über 1000 Geschäftsdossiers (Minuten, Dekrete und Nachlassinventare des Saanebezirks, 1842-1896, sowie das Inventar der Strafakten des Bezirksgerichts Saane, 1947-1965;

- Repertorium des Bestandes des Gebäudedepartements für Gebäude, welche Eigentum des Staates sind, 1890-1930;
- Klassierung und Repertorisierung des Archivbestands der Firma Montena SA (Condensateurs Fribourg), 1903-1997;
- Ergänzung der Freiburger Kartei (ca. 3000 Einträge) mit wesentlichen Themen aus den Lokalzeitungen.

4. Anschaffungen

Zusätzlich zu den Schenkungen wurde die Handbibliothek des Staatsarchivs um 116 (122) Titel erweitert. Das Archiv konnte folgende Dokumente erwerben: 40 Geschäftsdossiers des Bezirksgerichts Saane aus dem 19. Jh., Porträts der Freiburger Offiziere in neapolitanischen Diensten um 1830/40; eine Bilderchronik der Familie Besson von Romont aus der 2. Hälfte des 17. Jh.; mit handschriftlichen Notizen versehene Taschenkalender aus der ersten Hälfte des 19. Jh. und ein Werk von F. J. Durand «Statistique élémentaire ou Essai sur l'Etat géographique, physique et politique de la Suisse», Lausanne 1795.

5. Kundendienst

10 262 (9148) Dokumente und 2580 (2310) Mikrofilme wurden von 571 (549) Besuchern in 2959 (2540) Tagesarbeitsstunden bearbeitet. Sie betreffen:

- 335 (322) Personen, davon beschäftigten sich 260 (249) mit genealogischen Nachforschungen und 75 (73) mit verschiedenen Themen;
- 236 (226) Wissenschaftler, davon beschäftigten sich 43 (40) mit dem Mittelalter, 65 (71) mit dem Ancien Regime und 128 (115) mit dem 19. und 20. Jh.

Infolge freier Benutzung der Mikrofilme von Volkszählungen des 19. Jhs. und der Pfarreiregister im Lesesaal sind schätzungsweise 8740 entsprechende Originalregister nicht konsultiert worden.

Das Archiv hat 426 (375) Briefe oder E-Mails beantwortet und 108 (112) Familienwappen verschickt.

Es wurden 13 (11) Führungen für 258 (219) Personen, darunter Schüler, Studenten, Lehrer, Beamte und Mitglieder privater Vereinigungen, durchgeführt.

6. Vorarchivierung

Die Archivare haben Einblick in die Archive genommen und 9 (10) Dienststellen der kantonalen Verwaltung besucht und beraten: das Informatikzentrum des Staates, die Abteilung Kindergarten- und Hauswirtschaftsunterricht des kantonalen Lehrerseminars, die Amtsvormundschaft des II. Sensekreises (Tafers), das Friedensgericht Tafers, das Jugendamt, die Beratungsstelle für Familienplanung und Sexualinformation, das Zentralgefängnis, den Rechtsdienst der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten, den Dienst für die Aufsicht über die Stiftungen und die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge.

Die Archivare haben folgende Gemeinde- oder Pfarrearchive besichtigt: Avry-devant-Pont (mit Le Bry und Gumeffens), Autigny, Bas-Vully, Billens, Bösinggen, Courtaman (mit Courtepin), Estavannens, Jaun, Morat, Morlon, Neyruz und Plasselb. Zudem haben die Archivare das Archiv des Klosters Magere Au besichtigt.

7. Informatik

Die Liste der im Staatsarchiv vorhandenen Pfarreiregister wurde auf der Homepage regelmässig nachgeführt.

Zwischen März 2002 bis Ende November 2002 (wegen eines Programmwechsels im Informatikzentrum des Staates konnten für die Monate Dezember 2001 bis und mit Februar 2002 keine Statistiken erstellt werden) haben Forscher aus aller Welt der Homepage 46 706 Besuche abgestattet, was einen Monatsdurchschnitt von 5189 (3135) Zugriffen darstellt.

Im Berichtsjahr hat das Staatsarchiv das erste Modul der Software «scopeArchiv» der Firma «scope solutions AG» in Basel beschaffen können, das eine elektronische Archiverschliessung ermöglicht. Die Software wurde auf den verschiedenen Personalcomputern installiert und ein Teil des Personals ausgebildet. Zudem wurde für jeden Dokumenten- und Inventartyp ein Standardformular erstellt. Die Erschliessungsarbeiten sind aber infolge Personalwechsels (Kündigung/Pensionierung) und Krankheit sowie infolge der Vorbereitung des Umzugs und des höheren Personaleinsatzes im Lesesaal in Rückstand geraten.

Es wurden ferner zusätzliche Kredite zur Neuerfassung der handschriftlichen Findmittel und zur Übernahme der schon bestehenden elektronischen Findmittel beantragt.

Vertreter des Vereins der Schweizerischen Archivarinnen und Archivare (VSA) und der von der Konferenz der leitenden Archivarinnen und Archivare auf Kantons- und Bundesebene sowie des Fürstentums Liechtenstein (Archivdirektorenkonferenz) beauftragten Arbeitsgruppe, in welcher die Adjunktin mitwirkte, haben am 25. März 2002 an einer Pressekonferenz in Bern den Kurzbericht «Archivieren von elektronischen Unterlagen in der öffentlichen Verwaltung – Perspektiven und Handlungsbedarf 2002 – 2010» sowie die Strategiestudie «Gesamtschweizerische Strategie zur dauerhaften Archivierung von Unterlagen aus elektronischen Systemen» vorgestellt. Beide Berichte sowie deren Konsequenzen für die Archive und die öffentliche Verwaltung werden zurzeit von der Archivdirektorenkonferenz besprochen. Mögliche anfallende Kosten bei einer Beteiligung des Staatsarchivs an verschiedenen Projekten wurden im Finanzplan 2002 – 2006 eingetragen.

8. Publikationen, Vorträge, Ausstellungen und Varia

Eine Archivarin beteiligte sich an der Veröffentlichung des «Verzeichnisses nützlicher Begriffe für Schweizer Archivare», Chavannes-près-Renens, 2002.

Die Archivare haben folgende Publikationen zur Freiburger Geschichte herausgegeben:

- 1803 war Freiburg Hauptstadt der Schweiz, in: Freiburger Volkskalender 2003, S. 56-61;

- Annäherungen an die Sprachgrenze: Kirchliche Grenzen in der spätmittelalterlichen Westschweiz, in: Zwischen Rhein und Rhone – verbunden und doch getrennt, in: Schweiz. Landesmuseum / Forum Helveticum 10, 2002, S. 122-129;
- Barmherzigkeit und Versicherung zugleich. Die Armenfürsorge der Freiburger Heiliggeistbruderschaft an der Wende vom Spätmittelalter zur frühen Neuzeit, in: De l'assurance à la sécurité sociale. Ruptures et continuités du Moyen Age au XX^e siècle, in: Société Suisse d'histoire économique et sociale 18, 2002, S. 183–197;
- Des archives au théâtre de rue: La grosse Surera revient sur ses pas / Vom Staatsarchiv zum Strassentheater: Die dicke Surera, wie sie leibt und lebt, in: Pro Fribourg / Pro Freiburg 136, 2002, S. 4-23;
- Freiburgs Pengelbrüder (1648) und die «Blinde Wahl», in: FGBI 79, 2002, S. 71-106;
- «Gnad Gott der armen Seel...» Gerichtsakten dokumentieren den Umgang mit Abtreibung und Kindsmord im alten Freiburg, in: Freiburger Nachrichten (FN) vom 07.09.2002;
- Ostern im Staatsarchiv – Beichtzettel erleichterten die Kontrolle, in: FN vom 30.03.2002;
- Verzicht auf Rache geschworen: Urfehden im alten Freiburg urkundlich belegt, in: FN vom 10.01.2002;
- Von der Häresie zur Hexerei. Waldenser- und Hexenverfolgungen im heutigen Kanton Freiburg (1399–1442), in: Revue suisse d'histoire 52, 2002, S. 115-121.

Die Archivare haben, da einzelne Autoren ausgefallen sind, mehrere Artikel für das Historische Lexikon der Schweiz (HLS) verfasst.

Die Archivare haben folgende Vorträge gehalten:

- Hans Fries. 3 Vorträge und Führungen durch die Ausstellung;
- die Mediationsakte, drei Interviews bei Radio Fribourg – Radio Freiburg;
- L'hérésie des Vaudois au bas Moyen Age: de Lyon (1170) à Fribourg (1430), im Rahmen der Société d'histoire et d'archéologie de Genève;
- Montagny raconté par les documents des Archives de l'Etat (XIV^e-XX^e s.) vor der Association des Amis de la Tour de Montagny;
- Unterdrückung der Freude durch die öffentliche Hand in Freiburg vor 1798; im Rotary Klub Freiburg-Sense.

Für die Ausstellung «La pensée militaire suisse» im Musée d'histoire militaire vaudois in Pully hat das Staatsarchiv Dokumente ausgeliehen.

Die Adjunktin wurde Mitglied des Bildungsausschusses des VSA.

9. Weiterbildung

Die Archivare haben an mehreren Ausbildungsveranstaltungen im Bereich Archivwissenschaften, Archivierung elektronischer Daten und Informatik teilgenommen.

10. Standorte

Der für Oktober 2002 geplante Umzug in das Gebäude der «Industrielle» musste wegen Rückstand der Bauarbeiten verschoben werden.

11. Archivkommission

Die Kommission hat viermal getagt. Haupttraktanda waren neben dem Budget und dem Finanzplan das neue Archivgebäude und der Umzug. Die Kommission hat zusammen mit Staatsrätin Isabelle Chassot die Baustelle des künftigen Archivs im Gebäude der «Industrielle» besichtigt.

III. Kantons- und Universitätsbibliothek

Einleitung

Das Jahr 2002 war in der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) von zwei wichtigen Ereignissen geprägt: der Verlegung eines Grossteils der Bestände in das Beaugard-Gebäude und einem Wechsel in der Direktion.

Der Umzug nach Beaugard ermöglichte der KUB (insgesamt 2 Millionen Werke auf 44 000 Regalmeter), 500 000 Werke (Veröffentlichungen von 1751 bis 1974) auszulagern, was einen Viertel ihrer Bestände ausmacht. Die neuen Räumlichkeiten «KUB/Beaugard» (rue de la Carrière 22), mit einer Gesamtfläche von 4000 m², bieten Platz für 3000 Bibliotheksregale bzw. 600 000 Bände, was 17 000 Laufmetern entspricht. Die «KUB/Beaugard» wurde am 26. November eingeweiht und ist seit dem 2. Dezember in Betrieb. Durch diesen Umzug wurden rund 15 000 Regalmeter frei, was der KUB erlaubt, Raumkapazitäten für Neuerwerbungen und für ein Magazin für Altbestände (vor 1750 erschienene Drucke) bereitzustellen sowie die Einrichtung eines Freihandbereichs vorzubereiten. Die Inbetriebnahme der «KUB/Beaugard» bedeutet eine erste Etappe bis zum Bau eines Erweiterungsgebäudes an der rue Saint-Michel 4 und 6 (zweite Etappe) und zur Renovation der Räumlichkeiten in der Zentralbibliothek an der Joseph-Piller-Strasse 2 (dritte Etappe).

Nach der Pensionierung von Martin Nicoulin, der während 18 Jahren Direktor der KUB gewesen war, hat der neue Direktor, Martin Good, im August sein Amt angetreten. Die Übergangszeit wurde erleichtert durch die Anwesenheit eines Mediators, Michel Corpataux, dessen Mandat bis zum Amtsantritt des neuen Direktors verlängert worden war.

1. Erwerbungen

1.1 Monographien	2002	2001
– Ankäufe aus dem Budget der Zentralbibliothek	5 838	4 602
– Ankäufe aus dem Budget der Universität	11 541	14 377
– Ankäufe mit Spezialkrediten	2 221	1 702
– Schenkungen	4 350	3 861
– Pflichtabgaben	1 287	1 555
– Tausch	849	1 047
Deposita anderer Bibliotheken	10 572	0
Zeitschriften: neue Abonnemente	85	96
Zeitschriften: Sondernummern	473	450
Total	37 216	27 690

1.2 Zeitschriften

Gesamtbestand	4 921	4 893
Elektronische Zeitschriften	3 450	1 600
Datenbanken (CD-ROMs und Online)	152	129
31 269 (33 005) Faszikel wurden aufgenommen.		

2. Katalogisierung

2.1 Formalkatalogisierung	2002	2001
– Neuaufnahmen	34 112	29 128
– Rekatalogisierung	21 226	21 784
– Verschiedenes	2 002	1 175
Total KUB	57 340	52 087
angeschlossene Bibliotheken	7 468	9 019
Total	64 808	61 106

2.2 Sachkatalogisierung	2002	2001
– von der KUB bearbeitete Bände	16 027	17 726
– vom RERO bearbeitete Bände	16 209	15 252
– nicht zu bearbeitende Bände	22 509	18 490
– Leitaufnahmen	6 041	4 954
Total	60 786	56 422

Der Beitrag der Universitätsbibliothekarinnen und Universitätsbibliothekare betrug 47 % (41 %) bei der Formalkatalogisierung bzw. 51 % (50 %) bei der Sachkatalogisierung.

Die laufenden Rekatalogisierungsarbeiten in der Zentralbibliothek sowie in gewissen dezentralen Bibliotheken wurden fortgesetzt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) waren 52 % (51 %) der Werke der KUB in der Formalkatalogisierung, bzw. 27 % (30 %) in der Sachkatalogisierung bereits von den anderen Partnern erfasst worden.

3. Benutzerdienst

Die der Benutzerschaft seit Februar zur Verfügung gestellten fünf Computerarbeitsplätze mit Zugriff auf das ganze Internet und weiteren Applikationen wurden nicht in der erwarteten Weise genutzt. In der Praxis wurden diese Plätze hauptsächlich für E-Mails benutzt und waren deshalb unzugänglich für die Benutzerschaft, welche sie für Recherchen in Online-Datenbanken benötigte.

Die Besucherzahl betrug 435 671 (411 433), durchschnittlich 36 305 (34 286) Besucher pro Monat.

3.1 Ausleihe

Der Ausleihdienst (lokale Ausleihe, Fernleihe) wird mit 8,2 Vollzeitstellen, verteilt auf 17 Personen, betrieben. Aufgrund der Migration der lokalen Datenbank auf VIRTUA und der Einrichtung der «KUB/Beauregard» mussten in diesem ausserordentlichen Jahr zusätzliche Kräfte beigezogen werden. Temporäre Stellvertretungen waren auch wegen krankheitsbedingten Ausfällen notwendig.

Es sind Massnahmen nötig, um den Personalbestand zu stabilisieren, den Status der Mitarbeitenden aufzuwerten und deren Schulung zu verbessern.

Der Übergang zu VIRTUA betraf auch das Ausleihmodul. Ein kleines Team führte alle notwendigen Tests durch, erarbeitete einen Leitfaden und kontrollierte die Inbetriebsetzung dieses Moduls. Grossen Zeitaufwand forderte auch die Schulung der Bibliothekare der Zentralbibliothek, der Universitätsbibliotheken, der öffentlichen Bibliothek von Bulle und weiterer, mit der KUB assoziierter Bibliotheken. Diese Umstellungen wurden dank einer guten Organisation bewältigt, aber auch dank der Bereitschaft der zuständigen Personen, am Abend und über das Wochenende Mehrarbeit zu leisten.

Zu Beginn des akademischen Jahres 2001 ist eine wichtige Neuheit eingeführt worden: die CAMPUSCARD. Sie ersetzt den früheren Studentenausweis und dient zugleich der Benutzung der Bibliotheken, welche am BIBLIOPASS-Verbund angeschlossen sind. Ab 2003 wird auch das gesamte Hochschulpersonal diese Karte nutzen können, die zudem ein bargeldloses Bezahlen an den Kopiergeräten der KUB ermöglicht.

Die Anzahl der direkten Heimausleihen nimmt regelmässig zu. Diese Dienstleistung kommt den Bedürfnissen der auswärtigen Benutzerschaft und der Behinderten sehr entgegen.

Ausleihstatistik	2002	2001
– Heimausleihe	186 102	165 672
– Ausleihe in den Lesesaal	14 539	14 998
– Ausleihe der Bibliotheken in der Universität	80 267	78 555
– Ausleihe von auswärtigen Bibliotheken	3 813	3 776
– Ausleihe an auswärtige Bibliotheken	6 488	8 091
– Versand von bestellten Fotokopien	1 340	1 752
– Erhaltene Fotokopien von auswärtigen Dokumenten	716	686
Total	293 265	273 530

Zutritt zu den Magazinen 3 319 2 775 (durch Erkennungsmarken erfasst).

In diesen Zahlen sind die direkt in den Magazinen, in den öffentlichen Sälen der Zentralbibliothek und in den Freihandbibliotheken der Universität eingesehenen Werke nicht enthalten.

3.2 Benutzerschulung

Das am Anfang des akademischen Jahres 2001/02 gestartete Übergangsprogramm der Benutzerschulung zeitigte nur mässigen Erfolg. Im Gegensatz dazu nehmen die Bibliotheksführungen, die beim Publikum schon gut bekannt sind, immer mehr zu: So veranstaltete die KUB 58 Führungen für ein Total von 1184 (1050) Personen, die an den Präsentationen der Abteilungen, der Bestände, der Kataloge, dem Zugang zur elektronischen Bibliothek, der Web-Site der KUB usw. teilgenommen haben.

Dank der Finanzierung durch die Universität konnte ab August ein Ausbildner zu 40 % angestellt werden. Nach dessen Einführungs- und Schulungsphase, die von einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe unterstützt worden ist, hat er das Programm der Benutzerschulung neu definiert: Da die Neuerungen die Struktur der Module betreffen, erweist sich eine Überarbeitung der «Leitfäden» als notwendig. Die vom Ausbildner angestrebte Verbesserung der Kommunikation mit dem Zielpublikum hat Früchte getragen.

Die Arbeitsstelle soll ab 2003 auf 50 % erweitert werden: Die Erweiterung des Angebots und die Gestaltung spezialisierterer Module sind die wichtigsten Ziele für die Zukunft.

3.3 Öffentliche Säle und Magazine

Die Hauptarbeit im Jahre 2002 war die Einrichtung der Räumlichkeiten im Beaugard. Sie erforderte den Einsatz aller Abteilungen der KUB. Wenn man heute von Erfolg reden kann, so ist dieser dem Willen, der Kompetenz und dem Unternehmensgeist aller Mitarbeiter der KUB zuzuschreiben.

Mit der Neuorganisation der Bestände an der KUB/Zentralbibliothek wurde im Dezember begonnen. Diese Arbeit, die voraussichtlich drei Monate dauern wird, wird es ermöglichen, Neuerwerbungen für 10 bis 15 Jahre aufzunehmen, die Reserve der Altdrucke einzurichten und den erforderlichen Platz in Hinsicht auf die künftige Freihandbibliothek zu schaffen.

3.4 Gebäude und Hauswartarbeiten

Obwohl die Bereitstellung des Beaugard viel Zeit und Energie in Anspruch nahm, wurden auch zahlreiche Arbeiten an der KUB/Zentrale erbracht, namentlich:

- Büro des Direktors: Maler- und Reinigungsarbeiten;
- Umgestaltung der Cafeteria für das Personal: Ausschreibung im Gange, Ausführung Anfangs 2003;
- Fenster im Dachstuhl: Alle Fenster werden ausgewechselt;
- Verkabelung im 4. Untergeschoss: Ausrüstung eines informatisierten Arbeitsplatzes in der Reserve;
- Trennwand im 4. Untergeschoss: Trennwand für das Abgrenzen der Reserve von den restlichen Magazinen;
- Beleuchtung der Cafeteria: Anbringen von Zusatzlampen und Regulierungen;

- Beleuchtung des Lesesaals: Wechsel des Lampensystems an der Decke im Hauptlesesaal;
- Sanitäre Einrichtungen: Überprüfung und Reparatur aller WCs der Bibliothek;
- Überprüfung des Zutritts mit «Badge»: Bestellung eines neuen Systems und dessen Einrichtung im Dezember;
- Gesamtrevision der Ventilation: Arbeit für den Publikumsteil wurde in Auftrag gegeben. Die Ausschreibung für die Büros ist unterwegs.

4. Buchbinderei	2002	2001
Broschierte oder gebundene Werke	2476	2049
Reparaturen	855	895
Verschiedene Arbeiten (Mappen, Schachteln usw.)	2502	792
Auswärts erledigte Arbeiten (Zentrale und Universität)	4222	4686
Etikettierte Werke	48 328	41 806
Magnetisierung	12 185	31 865
Total	70 568	82 093

5. Allgemeine Dienste

5.1 Informatisierung

Im Verlaufe des Monats Februar hat die Bibliothek das Bibliotheksverwaltungssystem VTLS aufgegeben und auf dessen Nachfolgeprodukt VIRTUA umgestellt. Die Migration erforderte eine vollständige Revision der Parameter, ein Anpassen aller Produkte sowie eine Schulung aller Mitarbeiter der KUB. VIRTUA bietet ein mit jedem Internetbrowser zugängliches Interface.

Der informatisierte Freiburger Katalog umfasst 850 385 (798 365) Einträge, wobei die Leitaufnahmen nicht berücksichtigt sind.

Das Angebot an elektronischen Ressourcen, das hauptsächlich auf der Teilnahme am Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken für den Zugang zu elektronischen Zeitschriften beruht, wurde wiederum erweitert. Es enthält den Online-Zugang zu tausenden Volltextzeitschriften, zu zahlreichen wichtigen Datenbanken und im Netz gespeicherten CD-ROMs.

152 (129) Datenbanken (100 im Netz gespeicherte CD-ROMs und 52 Online-Datenbanken) stehen zur Verfügung. Deren Abfrage beziffert sich im Monatsdurchschnitt auf 1346 (1522) Zugriffe bzw. 251 (326) Gebrauchsstunden. Während des ganzen Jahres hat die Freiburger Benutzerschaft rund 30 000 Zeitschriftenartikel im Volltext heruntergeladen.

Der Informatikdienst hat mit dem Medienzentrum zusammengearbeitet, um auf dem Internet den CINE-INDEX bereitzustellen, ein Index zu den wichtigsten Kinozeitschriften der letzten 25 Jahre, die in der Mediathek eingesehen werden können.

Zusammen mit der Universität nimmt die KUB am RERO-Projekt «Cyberdocuments» teil, mit dem Dissertationen

elektronisch gespeichert und zugänglich gemacht werden können.

Bei der Erweiterung der KUB im Beaugard wurden zusätzlich 23 PCs und 7 Drucker installiert. Das lokale Netz wurde ausgedehnt. Mehrere automatisierte Änderungen von Standortangaben im EDV-Katalog wurden mit Erfolg durchgeführt.

5.2 Koordination mit der Universität

Die Koordinationsgruppe trat regelmässig zusammen, um die laufenden Geschäfte und diverse Dossiers (Personal, Budget, Hochschulplanung, Erweiterung der KUB/Zentralbibliothek, Migration auf VIRTUA, Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken, «Cyberdocuments», Rekatalogisierung) zu behandeln.

Im Bereich «Personal» ist die Anstellung eines wissenschaftlichen Bibliothekars (zu 80 %), verantwortlich für die BSES (Bibliothek der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft), zu erwähnen. Infolge des Berichts «Modèle d'organisation et de fonctionnement des bibliothèques décentralisées» wurde das Pflichtenheft einiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu definiert; diese Überarbeitung der Pflichtenhefte wird im kommenden Jahr weitergeführt.

Ein zweiteiliger Informatikkurs zur Vermittlung von Basiswissen zum Computerunterhalt wurde von einer kleinen Fachgruppe zusammen mit der Informatikbeauftragten des DOKPE (Bibliothek der Naturwissenschaftlichen Fakultät) organisiert, die den Kurs Anfang 2003 erneut durchführen wird.

Die Planung der Anstellungen für das Bewältigen der laufenden Rekatalogisierungsarbeiten in der Zentralbibliothek sowie in gewissen dezentralen Bibliotheken konnte eingehalten werden. Eine Arbeitsgruppe erhielt den Auftrag, Vorschläge bezüglich der Zukunft der Rekatalogisierung zu unterbreiten.

Zwei Projekte für die Vergrösserung dezentraler Bibliotheken wurden während des Jahres neu lanciert: Die neue Nutzung der Kapelle Regina Mundi als Erweiterung der Bibliothek der Institute für Pädagogik und Psychologie (PSPE) sowie die Einrichtung der neuen inter fakultären Bibliothek Péroles 2.

Das Weiterbildungs-Zertifikat «Dokumentations- und Bibliotheksverwaltung», konzipiert und realisiert vom Weiterbildungsdienst der Universität Freiburg in Zusammenarbeit mit dessen Genfer Gegenstück und in Partnerschaft mit der BBS, wird fortan angeboten. Die Koordinatorin nahm teil an den Arbeiten des Vorstands, der vom zuständigen Vizerektor präsi diert wurde, indem sie die wissenschaftliche Verantwortung für eines der Module übernahm.

Die KUB nahm Stellung zu der Vernehmlassung der BBS über neue eidgenössische Bibliotheksstatistiken. Das Ziel für das Jahr 2003 wird sein, die Neuerungen in den dezentralen Bibliotheken einzuführen.

6. Handschriftenabteilung

6.1 Erwerbungen

6.1.1 Ankäufe

- Marie-Claire Dewarrat: En enfer mon amour. Novellen;
- zwei Bibliothekskataloge (La Part-Dieu; Vaulruz), 19. Jh.;
- Verlagsarchiv von Paul Castella, Albeuve;
- ein handschriftlicher Brief von Etienne Marilley. 28. Februar 1844.

6.1.2 Schenkungen

- Album amicorum von Jean-Baptiste Thürler (1823-1880);
- Marie-Claire Dewarrat: L'âme obscure des femmes. Novellen;
- Marie-Claire Dewarrat: L'été sauvage. Gut zum Druck;
- Marie-Claire Dewarrat: Persönliches Archiv, 1983-1991;
- Echo Vaudois. Abonnentenregister, 1911-1917;
- La Semaine catholique. Abonnentenregister, 1925-1933;
- Nachlass Meinrad Scheller (1921-1991).

6.2 Erschliessung

- Katalog der mittelalterlichen Handschriften: Beschreibung von 28 Codices;
- Einordnung und Inventar der Neuanschaffungen, L 2061-2067;
- Inventar der Homilien von Abbé Roger Magnin (1924-1999), Folge und Schluss;
- Inventar des Nachlasses René de Weck (1887-1950);
- Arbeiten zum Nachlass Joseph Bovet (nicht musikalischer Teil).

6.3 Restaurierung von Handschriften und Inkunabeln

- L 2054: Brief von S. Pierre Canisius;
- Z 57: zwei Inkunabeln in einem Band (Sermones; expositio missae);
- Z 138: B. de Chaimis, Interrogatorium sive Confessionale;
- Z 191: Manneken, Formulae epistolarum, s.d. (erster Teil).

7. Abteilung Kulturgut und Konservierung

7.1 Pflichtabgabe und Erwerbungen

7.1.1 Druckerzeugnisse

319 (419) Werke wurden gekauft, was 214 (292) Titel darstellt; 752 (584) gingen als Schenkung ein, was 493 (468) Titel darstellt; 937 (1225) Pflichtexemplare wurden aufge-

nommen, was insgesamt 2008 (2165) Bänden entspricht. 473 (267) Plakate wurden gesammelt, davon 170 (134) als Pflichtabgabe und 303 (133) als Schenkung. Ausserdem wurden 13 (28) Landkarten angeschafft, davon 10 (16) gekauft, 3 (3) als Schenkung und 0 (9) als Pflichtabgabe aufgenommen.

7.1.2 Audiovisuelle Dokumente

180 (106) audiovisuelle Dokumente wurden angeschafft: davon 95 (53) gekauft, 29 (10) als Schenkung erhalten und 56 (43) Pflichtexemplare aufgenommen. Die Sammlungen wurden um 49 (20) Videodokumente und 14 (6) CD-ROMs bereichert. Ausserdem wurden im Rahmen des Freiburger audiovisuellen Kulturgutes (PAF) 103 (130) Aufnahmen gemacht, davon 54 (55) Video- und 49 (75) Audioaufnahmen.

7.1.3 Freiburger Zeitschriften

1283 (908) Faszikel wurden aufgenommen, und 11 (11) neue Zeitschriften haben die Sammlungen bereichert. Zahlreiche Freiburger Zeitschriften wurden rekatalogisiert und zum Teil vervollständigt, hauptsächlich durch Schenkungen.

7.2 Freiburger Bibliographie

Die seit 2001 über das Internet unter der Adresse www.fr.ch/bcuc_netbiblio/start.asp zugängliche elektronische Freiburger Bibliographie (BF) wurde im Verlauf des Jahres 2002 zweimal überarbeitet. Am 31. Dezember 2002 zählte die BF 20 470 (17 110) Aufnahmen. 2002 wurden 150 (128) analytische Freiburger Aufnahmen im VTLS-Katalog erfasst; 1970 (1252) gedruckte und 250 (177) audiovisuelle Dokumente wurden mit einer Zahl der BF-Klassifikation versehen, damit sie in der BF online figurieren, was ein Gesamttotal von 3996 (2324) bearbeiteten Dokumenten ergibt, wovon 3589 (2041) gedruckte und 407 (283) audiovisuelle Dokumente sind.

7.3 Gedrucktes Kulturgut

Die mit dem Umzug eines Teils des Bestands der KUB/Zentrale in die Räumlichkeiten von Beauregard verbundenen Arbeiten beanspruchten von April bis Dezember einen Grossteil der Arbeit der Abteilung: 44 768 Bände bzw. über 1875 Regalmeter wurden ausgewählt, markiert und in die neue Reserve der Altdrucke verlegt, die sich im speziell zu diesem Zweck eingerichteten Geschoss der Zentralbibliothek befindet. Im Rahmen der Rekatalogisierungsarbeiten der alten Freiburger Drucke auf VTLS hat die Abteilung 120 (132) Titel, davon 33 (94) Freiburger Drucke, was 189 (268) Bänden entspricht, katalogisiert, beschlagwortet und mit einem Index der Brunet-Parguez-Klassifikation versehen. Was die Konservierung betrifft, so hat die Abteilung die KUB an den Sitzungen der Gruppe «Konservierung PAC» im Rahmen des RERO und in der Arbeitsgruppe «Alte Drucke» der BBS vertreten. Und schliesslich stellte die Abteilung den Freiburger Beitrag für das nationale Projekt «Imprimeurs et éditeurs suisses XVI^e–XVIII^e siècles» zu, ein von der BPU Genf und der BCU Lausanne koordiniertes Projekt.

7.4 Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Arbeiten

Zahlreiche Auskünfte über Freiburger Themen oder über den Bestand alter oder wertvoller Bücher wurden den Forschenden oder den Benutzern der KUB übermittelt. Im Rahmen von Führungen hat die Abteilung mehrmals Aspekte des Freiburger oder des allgemeinen gedruckten Kulturgutes präsentiert. Ausserdem sichert die Abteilung «Gedrucktes Kulturgut» einen Teil des Formal- und Sachkatalogs der Freiburger Druckerzeugnisse, sich hierfür auf die statistischen Daten der Abteilung «Katalogisierung» berufend.

7.5 Wachstum der Bestände Kulturgut

Zahlreiche Dokumente bereicherten die Abteilung, namentlich:

7.5.1 Ankäufe

- Stanyan, Abraham. *Tableau historique et politique de la Suisse*. – Fribourg, 1766;
- Bosson, Netton. – *Les courtes fêtes*. – Bienne, 1967. – Eines von den fünfzehn vom Künstler nummerierten, signierten und handbemalten Exemplare.

7.5.2 Schenkungen

- Grotius, Hugo. *De jure belli ac pacis libri tres*. – Amsterdam, 1620;
- Samedo, Alvarez. – *Histoire universelle du grand Royaume de la Chine*. Paris, 1645;
- Baker, Thomas. *Traité de l'incertitude des sciences*. – Paris, 1714;
- *Actes des plus éminentes vertus d'un chrétien*. – Fribourg, Hautt, 1771;
- *Constitutions et instructions synodales de S. François de Sales*... – Annecy, 1773, – Persönliches Exemplar von Bischof Jean-Baptiste d'Odet (1752-1803, Bischof von Lausanne von 1795 bis zu seinem Tod).

8. Mediathek

8.1 Nutzung der Bestände und des technischen Materials

Die Besucherzahl der Mediathek betrug 16 098 (17 232) Personen, 1112 (1446) Personen benutzten die Visionierungsboxen, 24 083 (19 619) audiovisuelle Dokumente wurden konsultiert oder ausgeliehen und 6979 (4200) Bücher entliehen.

232 (318) Videodokumente wurden aufgenommen und bearbeitet. 752 (679) Dokumente wurden aus Konservierungsgründen übertragen oder kopiert. Die Ton- und Videoübertragungsgeräte wurden 958 (853) Stunden benutzt.

8.2 Audiovisuelles Kulturgut

Während des Jahres 2002 haben zahlreiche Institutionen Recherchen durchgeführt und ikonografische Dokumente in den Archiven des Medienzentrums der KUB gefunden: die Abteilung Kulturgüter, das Museum für Kunst und

Geschichte, das Naturhistorische Museum, das Institut für Botanik, das Sensler Museum Tafers, die Kulturkommission von Düringen, das Institut für Geografie der Universität Freiburg (Abteilung Urbanismus), das Institut für Medizingeschichte der Universität Lausanne, Fribourg Network, die Wochenzeitschrift L'Hebdo, um nur einige zu nennen. Dazu kommen noch zahlreiche Gemeinden, Studierende und Private.

8.2.1 Ansichtskarten

1347 (763) neue Ansichtskarten (102 Schenkungen und 1245 Ankäufe) bereichern die Sammlung auf insgesamt 16 550 (15 600) Ansichtskarten. 530 (1129) zusätzliche Ansichtskarten wurden digitalisiert, katalogisiert und sind nun über Internet abrufbar (gegenwärtig sind 9495 (8140) Bilder aus den Archiven der KUB auf der Web-Site abfragbar, davon 3191 (2659) Ansichtskarten).

8.2.2 Fotografien

355 (2465) neue Fotografien konnten der Fotoabteilung zugefügt werden sowie 4 Abzüge unterzeichnet von Daniel Berclaz/Musée du point de vue sur Fribourg.

Hinzu kommen noch die Abzüge der Exponate der Ausstellung Freiburger Interieurs und jene der Ausstellung FRI-Style zum Kantonstag an der Expo.02.

8.2.3 Filme

4 neue Filme (9,5-mm) von Henri Gross und 7 Filme (8-mm) von Emil Aeby wurden auf den Digital S Konservierungsträger übertragen.

8.2.4 Bilder-Fonds

Die wichtigsten Bildeingänge sind wiederum jene von Eugène Gross (*1918), GFM-Pensionierter, begeisterter Fotograf, der mit seiner Kamera Stadt und Kanton Freiburg durchstreift und schon seit einigen Jahren den Bestand der KUB mit seinen Fotografien (und Zeichnungen) bereichert, und das Foto-Archiv von Jean (Johann) Mülhauser Senior (1902-1966) und seiner Kinder, Hans und Trudy Mülhauser, mit einigen hunderttausend Fotos (schätzungsweise zirka 800 000 Negative, wenn nicht sogar eine Million) von 1920 bis heute.

8.3 Cinéplus

Der Zyklus «Dimanche à l'opéra» hat während des Frühjahrs Klassiker der Opernverfilmung angeboten. Der Herbst wurde gekennzeichnet durch das 25-jährige Bestehen von Cinéplus mit der Vorführung seltener Filme unter dem Patronat der «Association des amis de la Cinémathèque suisse», die Retrospektive der Monty Python, die Retrospektive «virtuelles Kino» und die einzige Vorführung des Ereignis-Films «11. September 01». Zu erwähnen sind zudem die Cinéplus-Club-Reihen in Freiburg und Bulle.

9. Kulturelle Tätigkeiten und Bibliothekswissenschaft

9.1 Ausstellungen

- Au-delà des frontières: fotografische Reportage, im Rahmen des Internationalen Filmfestivals Freiburg (FIFF);
- Auteurs de théâtre français contemporains: de l'après-guerre aux années 80, Ausstellung vom kulturellen Dienst der französischen Botschaft in Bern;
- Charles Journet, un témoin du XX^e siècle, im Rahmen der interdisziplinären Woche der theologischen Fakultät;
- Interieurs fribourgeois: Fotografien von Caroline Wagschal;
- Fribourg vu par les écrivains, Ausstellung an der OS des Glanebezirks in Romont und an der OS Bollwerk in Freiburg, mit pädagogischen Lesungen von Yann Pugin und Isabelle Gremaud (Schauspieler);
- Der Humor der Photographen, von Robert Doisneau bis William Klein, zusammengestellt aus den Sammlungen der Galerie du Château d'Eau in Toulouse;
- Jazz en scènes, Fotografien von Hervé Gloaguen der Agentur Rapho, mit der Teilnahme von Freiburger Musikern;
- Joseph-Maria Bochenski, Priester, Philosoph... und Pilot, im Rahmen des Kolloquiums veranstaltet vom Osteuropa-Institut zu Ehren seines hundertjährigen Geburtstages;
- Sam Lévin (1904-1992), Porträtist und Szenenfotograf, im Rahmen der 25 Jahre Cinéplus;
- Trésors de l'imprimerie fribourgeoise (1585-1773), mit einem Vortrag von Professor Walter Haas.

9.2 Veröffentlichungen

- Abzüge und Drucke der Partituren von Antoine Léonce Kuhn;
- Annales typographiques fribourgeoises. Une bibliographie raisonnée des imprimés fribourgeois: 1585-1773;
- BCU-INFO, 42 bis 45;
- Bibliographische Führer nach Fachgebiet (Online-Publikation auf der Web-Site der KUB);
- Chronique fribourgeoise 2001, in Zusammenarbeit mit der Société d'histoire du canton de Fribourg;
- François Pantillon, Komponist, in der Reihe «Collection bleue des Musiciens fribourgeois»;
- Interieurs fribourgeois, von Caroline Wagschal (3. fotografische Ermittlung: Thema Freiburg);
- Jahresbericht 2001;
- René de Weck, Chronist bei der Zeitschrift «Mercure de France», in Zusammenarbeit mit dem Verlag «Les Editions de l'Hèbe»;

- Société fribourgeoise des écrivains: Mehrere Seiten auf der Web-Site der KUB werden von nun an diesem Verein gewidmet.

9.3 Veranstaltungen – Vorträge

- Geführte Besichtigung der Ausstellung «Fribourg vu par les écrivains» an der OS Bollwerk;
- Geführte Besichtigungen der Ausstellung «Trésors de l'imprimerie fribourgeoise»;
- Lesung von Auszügen aus der Anthologie «Fribourg vu par les écrivains» an der OS des Glanebezirks in Romont und an der OS Bollwerk in Freiburg, im Rahmen der Ausstellung gleichen Namens;
- Preisübergabe des «Prix International Jeunes Auteurs 2002»;
- Rencontres de la Rotonde: Ein Abend für die Société fribourgeoise des écrivains (SFE) mit einer Präsentation der Seiten, welche die KUB der Gesellschaft auf ihrer Web-Site widmet sowie ein Gedenkabend an J.-M. Bochenski und dessen Werk;
- Vortrag von Professor Walter Haas anlässlich der Vernissage der Ausstellung Trésors de l'imprimerie fribourgeoise.

9.4 Mitarbeit und sonstige Aktivitäten

- Anlässlich der Kaderkurse für Fachpersonen im Bereich des Schutzes von Kulturgütern wurden zwei Besichtigungen organisiert;
- Augustinus, Afrikanität und Universalität: Ausstellung im Palais des Nations in Genf, an der University of St-Andrews (Schottland), an der Stiftsbibliothek St. Gallen und an der katholischen Universität Lublin (Polen);
- Fribourg sur scène: von Christoph Schütz (2. fotografische Ermittlung: Thema Freiburg), Ausstellung an der Büchermesse von Bukarest;
- On the road: von Jean-Luc Cramatte, Ausstellung in Venedig, Genua und La Chaux-de-Fonds;
- Vertretung der Institution bei Mémoirav (Verein zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturguts der Schweiz) und der SGIF (Schweizerische Gesellschaft der Institutionen für die Photographie);

10. Zusammenarbeit

Im Rahmen des Westschweizer Bibliotheksverbunds (RERO) nahm die KUB am CDROM (Comité des Directeurs des Grandes Bibliothèques Romandes) teil. Im Verlauf des Jahres wurden verschiedene Dossiers behandelt: Migration der Software von VTLS auf VIRTUA; Strategie und Optimierung des Netzes; vom RERO zur Verfügung gestellte digitale Sammlungen; Benutzung von Sonderzeichen für die Katalogisierung; Organisation der verschiedenen technischen Kommissionen; Einführung einer neuen Benutzerkarte: «BIBLIOPASS»; Einführung einer Software für die Fernausleihe; Katalogisierung der elektronischen Zeitschriften.

Die KUB bot den assoziierten Bibliotheken weiterhin ihre Unterstützung an.

Die Zusammenarbeit der KUB mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (ABF/VFB) änderte erheblich im Verlauf des Jahres 2002. Im Einverständnis mit deren Präsidentin wurde zunächst eine Struktur eingesetzt, um das Sekretariat abzulösen. Nachdem eine Beauftragte für die angeschlossenen Bibliotheken und die Bibliotheken des Kantons angestellt werden konnte (zu 30 %), wurde dann in der zweiten Hälfte des Jahres das Komitee neu gebildet. Die KUB wird fortan durch die Beauftragte und die Koordinatorin der KUB-Universität vertreten. Deren Sekretariat kann nun selbständig arbeiten und ist nicht mehr auf Unterstützung durch KUB-Personal angewiesen, was ermöglicht, dass allfällige Interessenkonflikte vermieden werden können.

Nach ihrem Amtsantritt hat die Beauftragte mit den öffentlichen Bibliotheken des Kantons Kontakt aufgenommen und ihnen ihre Dienste angeboten.

Die Richtlinien über die öffentlichen Bibliotheken sind von der KUB und der VFB begutachtet worden, die Direktion für Erziehung Kultur und Sport hat sie gutgeheissen, was das Inkrafttreten der Konvention zwischen dem Staat Freiburg und der VFB am 1. Januar 2003 ermöglicht.

11. Kommission

Im Verlauf des akademischen Jahres hielt die Kommission zwei Sitzungen ab. Nachdem deren Ausschuss die Kandidaturen für die Direktorenstelle geprüft hatte, hat die Kommission die Anstellung von Martin Good vorgeschlagen.

In Anwendung der reglementarischen Bestimmungen hat sie die Rechnung 2001, den Finanzplan 2002-2006 sowie den Budgetvorschlag für 2003 genehmigt.

Sie wurde an folgende Arbeiten beteiligt: Aufteilung der Bestände infolge der Erweiterung von Beauregard, Schaffung der Abteilung «Beauregard» mit Genehmigung der 3 Vollzeitstellen. Infolge der Konvention zwischen dem Staat und der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB) wurde eine Beauftragte für die öffentlichen Bibliotheken innerhalb der KUB designiert; Neueinrichtung der KUB/Zentrale und allfällige Schaffung eines Freihandzugangs, Rekatalogisierungspolitik der KUB/Zentrale.

Infolge des Rücktritts von Maurice Ropraz, neu gewählter Oberamtmann des Greyerzbezirks, hat der Staatsrat Antoinette Badoud, Grossrätin, als dessen Nachfolgerin ernannt.

IV. Konservatorium

1. Schülerschaft

Statistische Angaben von Juni 2002 (Juni 2001).

1.1 Einteilung nach Fach:

4750 (4833) Schüler/innen besuchten Einzelkurse:

	2001	2002		2001	2002
1. Klavier	1592	1536	18. Trompete	348	363
2. Orgel	35	32	19. Posaune	44	46
3. Cembalo	6	5	20. Horn	19	20
4. Akkordeon	41	41	21. Althorn	32	35
5. Geige	354	365	22. Euphonium u. Tuba	95	88
6. Bratsche	7	7	23. Klavier (Jazz)	115	112
7. Cello	90	93	24. Synthesizer (Jazz)	43	42
8. Kontrabass (Jazz)	9	8	25. El. Gitarre (+ Bass)	13	13
9. Gitarre	427	415	26. Gitarre (Jazz)	59	56
10. Harfe	31	33	27. Saxophon (Jazz)	11	12
11. Blockflöte	392	359	28. Trompete (Jazz)	0	0
12. Querflöte	329	316	29. Schlagzeug (Jazz)	101	102
13. Klarinette	194	192	30. Theorie	14	7
14. Saxophon	104	125	31. Gesang	268	258
15. Oboe	30	25	32. Schlagzeug klassisch	16	25
16. Piccolo	1	0	33. Kontrabass (klassisch)	0	2
17. Fagott	13	17			

645 (676) Schüler/innen besuchten Gruppenkurse:

	2001	2002
– Musikalische Früherziehung:		
Rhythmik Dalcroze	84	84
Orff-Methode	39	45
Willems-Methode	69	80
– Solfège (Anfänger, Zertifikats- und Berufsklassen)	163	110
– Theoriefächer: Harmonie, Kontrapunkt, Satzanalyse	127	144
– Musikgeschichte: Berufsschüler und Hörer	53	53
– Pädagogik	17	15
– Theater	27	27
– Ballett klassischer Tanz: Anfänger und Mittelstufe	52	51
– Jazz-Ensemble	6	5
– Bühnen-Atelier	5	6
– Kammermusik	7	7
– Orgel-Improvisation	6	4
– Chorleitung (neuer Kurs)	7	7
– Blasmusikdirigieren (neuer Kurs)	7	6
– Klavier-Lektüre (neu)	7	1

Total Kurse, Juni 2002: 5400 (5525)

Schülertotal (Durchschnitt 2001-2002): 4911 (4986)

Hinweis: Eine Schülerin oder ein Schüler kann in zwei oder drei Einzelkursen und in mehreren Gruppenkursen eingeschrieben sein.

1.2 Einteilung nach Unterrichtsstufen:

	2001	2002		2001	2002
1. Unterstufe	3 142	3 020	4. Zertifikat	307	310
2. Mittelstufe	1 168	1 242	5. Lehrdiplom	40	41
3. Sekundarstufe	578	502	6. Virtuosität	13	11

1.3 Einteilung nach Alter und Geschlecht für das Jahr 2002

2 507 Lektionen wurden von noch nicht 20-jährigen Schülerinnen besucht

1 602 Lektionen wurden von noch nicht 20-jährigen Schülern besucht

665 Lektionen wurden von über 20-jährigen Schülerinnen besucht

626 Lektionen wurden von über 20-jährigen Schülern besucht

1.4 Zertifikate und Diplome

Am Ende des Schuljahrs 2001/02 hat das Konservatorium folgende Diplome und Zertifikate verliehen:

- 4 Virtuositätsdiplom: Klavier und Trompete
- 12 Lehrdiplome: Gesang, Chorleitung, Gitarre, Geige und «Lehrdiplom für Musik- und Gesangsunterricht an Orientierungs- und Mittelschulen»;
- 20 Studienzertifikate: Akkordeon, Gesang, Euphonium, Gitarre, Harfe, Klavier, Trompete, Tuba;
- 17 «Amateur»-Zertifikate: Ballet, Gesang, Klarinette, Euphonium, Blockflöte, Querflöte, Orgel, liturgisches Orgelspiel, Klavier, Trompete, Tuba, Cello.

2. Personal und interne Reorganisation

204 (205) Lehrpersonen erteilten während des Schuljahrs 2001/02 durchschnittlich 3070 (3060) Unterrichtsstunden. Es gibt ungefähr 118 Vollzeitstellen und etwa 45 % Teilzeitangestellte. Der Unterricht, der in über 50 Aussenstellen erteilt wird und sich betreffend Instrument nach den Schülerwünschen richtet, variiert zeitlich stark; die meisten Lehraufträge entsprechen einer halben oder weniger als einer halben Stelle.

Wichtige Veränderungen haben sich beim Personal der Direktion und der Administration ergeben. Maurice Senn, Direktor, trat auf den 30. August 2002 von seinem Amt zurück. Seither leitete Giancarlo Gerosa, Vizedirektor, das Konservatorium interimistisch. Nach 28 Jahren beantragte Rose-Marie Egger, verantwortlich für die Leitung des Sekretariats, die verdiente Pension. Andrea Pürro-Jungo wurde als Sekretärin der Berufsklassen und der Direktion und Sylvie Stähli-Barusseaud als Verwaltungssekretärin angestellt. Im September 2002 arbeiteten in der Verwaltung des Konservatoriums 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inkl. Direktor) und zwei Lehrtöchter; ihre Arbeit entsprach 6,9 Vollzeitstellen.

Aufgrund des Entscheids des Staatsrats, das Konservatorium an das Betriebssystem SAP anzuschliessen, mit der Einführung der neuen Betriebssoftware und mit dem Projekt, die Berufsklassen in das Musikhochschulnetz zu integrieren, wurde eine grundlegende Umstrukturierung des Konservatoriums ins Auge gefasst. Ein unabhängiger Experte, Jean-Jacques Zuber, wurde von der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten mit der Reorganisation beauftragt.

3. Aktivitäten

Während des Jahres bietet das Konservatorium Eltern und Musikliebhabern mehrere hundert Vortragsübungen, öffentliche Diplomprüfungen und Konzerte. Besonders erwähnt seien hier folgende Veranstaltungen:

- am 18. und 19. Januar konnte die Trompetenklasse von Jean-François Michel anlässlich eines Meisterkurses Professor Erich Richner, Musiker und Pädagoge, Mitglied des Philharmonischen Orchesters München als Gast empfangen;
- am 8. Februar eine Musikaufführung mit dem Trio Véronique Piller (Geschichte des Jazz am Beispiel des Klaviers);
- am 11. März Organisation des Wettbewerbs «Prix Pierre und Renée Glasson»;
- am 15. März hielt Pierre Goy einen Vortrag als Einstieg in die Rencontres internationales de Lausanne (vom 3.-6. April), die von der Fondation Harmoniques organisiert werden und in der Ausstellung von alten Tasteninstrumenten, in Konzerten und Vorträgen bestehen. Aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Konservatorium Lausanne richteten sich diese Tage auch an die Freiburger Schüler- und Lehrerschaft;
- der Tag der offenen Tür fand am 4. Mai in Granges-Paccot, in Bulle und in verschiedenen Aussenstellen statt. An diesem Tag konnten wir den Pianisten Karl Engel entdecken, der zusammen mit Ricardo Castro und einigen Berufsschülern eine Schubertiade aufführte;
- am 17. und 18. Mai gab Professor Andrzej Jasinski von der Akademie Kattowitz, Klavier, eine Meisterklasse für die Schülerinnen und Schüler von Ricardo Castro (Freiburg) und Tomasz Herbut (Bern) und einen Vortrag über die Mazurka zwischen Tradition und Interpretation;
- am 12. September gab Amarilis Bilbeny (Gesangsschülerin der Berufsklasse von Frau Faes) anschliessend an die Hauptversammlung der Freunde des Konservatoriums ein Konzert;
- am 1. und 2. November konnte in Zusammenarbeit mit der Freiburger Sektion der Schweizerischen Pädagogischen Musikgesellschaft der Posaunist Branimir Slokar für einen Meisterkurs für die Nichtberufsklassen engagiert werden;
- am 14. Dezember fand ein Salsa-Workshop mit der Gruppe CHala Cubana in Zusammenarbeit mit der Lehrer- und Schülerschaft der Jazzabteilung statt.

4. Pädagogisches

Die Lehrerschaft des Konservatoriums hat neben den Treffen im Rahmen ihres eigenen Verbandes insbesondere in der ersten Juliwoche an Weiterbildungskursen teilgenommen; Inhalte waren eine Charta für das Konservatorium (Patrick Bussmann) und Kinesiologie (Pia Bucher).

Neu wurde eine Studiengruppe gebildet, die einen neuen Chorleitungskurs ausarbeiten soll, der sich speziell an Amateurschüler richtet.

Der Erfolg vieler Studierender, der sich in der Einladung an Meisterkurse, der Gewährung von Stipendien oder der Teilnahme an Wettbewerben ausdrückt, hat die Lehrerschaft in ihren Bemühungen bestärkt, ihnen in einer Berufssparte eine solide Grundausbildung mitzugeben, auf der eine Karriere aufgebaut werden kann, die nunmehr in einem auf Europa erweiterten Rahmen zu sehen ist.

5. Zusammenarbeit

Das Konservatorium arbeitet weiterhin mit seinen Partnern KUB, Kollegien, PH und Universität zusammen. Erfreulich ist der Erfolg des Schwerpunktfachs Musik in den Kollegien im Hinblick auf die Erhaltung der Musik in der Lehrerausbildung an der PH. Wie 1997 vereinbart, öffnen das Institut für Musikwissenschaft und das Konservatorium ihre Tore gegenseitig für Studierende der anderen Institution. In der Oper Freiburg (Puccini, Il Tabarro und Gianni Schicchi) wirken mehrere Studierende der Gesangsklasse mit; sie wird zudem von der Lehrerschaft des Konservatoriums beraten und unterstützt. Die Zusammenarbeit mit den kantonalen Musikvereinen wurde durch einen Beitrag der Loterie romande unterstützt. Die Direktion des Konservatoriums hat, um neueste Informationen bemüht, die dezentralen Unterrichtsorte besucht und die Gemeindebehörden getroffen. Im Rahmen der neuen Musikhochschule werden die ersten Beziehungen geknüpft und die Zusammenarbeit beginnt; unsere Schülerinnen und Schüler der Berufsklassen Violine wirken mit ihren Walliser und Waadtländer Kommilitonen im Orchester des Konservatoriums Lausanne (Leitung Hervé Klopfenstein) mit; Studierende der Klarinetten-Klasse haben an einem Meisterkurs von Michel Lethiec am Konservatorium Lausanne teilgenommen, an dem Studierende aus Freiburg, Neuenburg und Lausanne teilnehmen konnten.

6. Kommission des Konservatoriums

Die Kommission des Konservatoriums hat 2002 vier Sitzungen abgehalten. Neben den laufenden Geschäften (Stellungnahmen, Rechnungsprüfung, Budget und Jahresrechnung) hat sie sich mit dem Bericht Zuber (Bericht über die Umstrukturierung) und anderen anstehenden Geschäften auseinandergesetzt: Integration des Konservatoriums in der vernetzten Musikhochschule, Renovation und Erweiterung der Gebäude und Einführung neuer Betriebssoftwareprogramme für die Konservatoriumsverwaltung.

V. Museum für Kunst und Geschichte

1. Personal

Rudolf Mabboux, der seit 1981 als Museumsaufseher tätig war, ist am 4. Juli 2002 an den Folgen einer schweren Krankheit gestorben. Herr Jacques Müller hat am 2. September seine Nachfolge angetreten.

2. Ausstellungen

- Hans Fries – Ein Maler an der Zeitenwende (7. Dezember 2001 – 24. Februar 2002);
- Un autre regard – Sammlung des 19. und 20. Jahrhunderts (Eröffnung 26. April 2002);
- Cent pour Jean – Alfred Hofkunst (19. Juli – 15. September 2002);
- Der Mensch im Bild – Von Mann zu Mann – Hofkunst c'est moi? (28. Juli – 15. September 2002);
- Fri-Style (5. Oktober au 3. November 2002);
- Rita Perrier-De Bruin (22. November 2002 – 2. Februar 2003).

Insgesamt wurden die Ausstellungen von 20 697 (18 860) Personen besucht, davon waren 206 (186) Gruppen oder Schulklassen, die 3475 (2993) Besucher entsprachen. Insgesamt ergibt das einen Tagesdurchschnitt von 67 (61) Besuchern.

Die Ausstellung des Jahres, Hans Fries, wies eine Besucherzahl von 13 000 Personen auf.

Die Direktorin hielt 9 (15) Führungen ab, die Vize-Direktorin (Konservatorin) 45 (29), die Direktionsadjunktin 12 (9), die wissenschaftliche Mitarbeiterin 4 (8) und 3 Führungen wurden von Externen abgehalten. Insgesamt fanden somit 73 (61) Führungen statt. Nebst den Freiburger Schulklassen haben zahlreiche Vereine und Gruppen der umliegenden Kantone das Museum und seine Ausstellungen besucht.

3. Informatik

Die Website des Museums für Kunst und Geschichte konnte während des ganzen Jahres einen grossen Erfolg verzeichnen. 155 113 (89 011) Besucher registrierte der offizielle Server des Staats Freiburg. Die meisten Besucher sahen sich die Bildnews der Website an. Der Link zu den Bibliotheken und anderen Museen leistet zudem besonders dem wissenschaftlichen Personal grosse Dienste.

4. Gebäude

Im Einvernehmen mit dem Gebäudedepartement sind verschiedene Arbeiten ausgeführt worden

Grosser Saal Renovation (2. Etappe) Erneuerung des Teppichs, Abdichtung und Schliessung der Kuppeln, Installation von Schienen für Spots und Alarmgeräte.

Ratzehof die für die Friesausstellung erstellten Vitrinen wurden im Saal 4 des Ratzehofes definitiv aufgebaut.

Garten: neue Briefkästen;

Ehemaliger Schlachthof Einrichtung eines kleinen Putzraums;

Unterstation Auswechslung der Heizungsrohren;

Ehemaliger Schlachthof, ehemaliges Zeughaus und Ratzehof Reinigung der Dachrinnen und Kontrolle der Ziegel.

5. Schenkungen

Malerei: Erbgemeinschaft von Bruno Baeriswyl «Composition», 1990, Mischtechnik auf Leinwand. Legat Marie-Paule Blanc Gaston Thévoz, «Bildnis von Marie-Paule Blanc in der Tracht einer Freiburger Bürgerin», 1944, Öl auf Leinwand. Kantonales Lehrerseminar II Mathilde Mayr von Baldegg, «Bildnis von Madame de Gottrau-Watteville», 1911, Pastell auf Papier. Guy Lattion Gertrude Richard (Zuschreibung), «Verkündigung», 1724, Öl auf Leinwand.

Skulptur André Buchs Spanische Herkunft, «Hl. Jakobus d. Ä. zu Pferd», 16. / 17. Jh., Holz, gefasst.

Grafik: Galerie Aebischer Gaston Thévoz, Plakat seiner Ausstellung im Museum für Kunst und Geschichte, 1943, Lithografie. Paul und Margrit Hahnloser Albrecht Dürer, «Die Grosse Passion», Augsburger Ausgabe, 1675, 7 Blätter, Holzschnitt. Verein der Freunde des Museums Bernhard Luginbühl, Ohne Titel, Lithografie 1/50, 2001 (Jahresgabe 2001). Idem Alfred Hofkunst, «Les Mouches», 2002, gehöhte Serigrafie (Jahresgabe 2002). Henry E. Bovay Teddy Aeby, «Sérénade pour moi tout seul», 1978, Kaltnadelradierung. Idem Teddy Aeby, «Das letzte Ständchen», 1977, Kaltnadelradierung und Aquatinta. Kantonales Lehrerseminar II Jean Jaccottet, «Blick auf Freiburg», M. 19. Jh., Lithografie. Paulusdruckerei Nicolas Ruffieux, «Falaises», 2002, Quadrichromie-Reproduktion, 9. und letzte Ausgabe der Serie «Saint Paul Art Collection». Edouard Tiefnig Edouard Bron, Blick auf die Befestigungsanlagen an der Schmiedegasse in Freiburg, von Westen her, 1935, Schwarzweis-Fotografie mit Farben gehöht. Leo Villiger 115 Grafiken herausgegeben von Arta, Vereinigung der Kunstfreunde Zürich, 2. H. des 20. Jh., Lithografie und Holzschnitt.

Kunsthandwerk: Kantonales Lehrerseminar II: Kleiner Schreibtisch mit klappbarer Schreibplatte, 2. H. 19. Jh., lackiertes Holz mit Messingintarsien. Annie Ruegg 7 Rosenkränze, 20. Jh., Holz und Silber. Idem geklöppelte Tischtücher aus Greyerz, 2. H. 20. Jh.

Deposita:

Malerei: Sekretariat des Gesundheitsdepartements Roger Bohnenblust, Jagdszene, undatiert, Öl auf Leinwand.

Grafik: Sekretariat des Gesundheitsdepartements Xavier de Poret, «Seelandschaft», undatiert, Lithografie 55/100. Idem, «Seelandschaft», undatiert, zweifarbige Lithografie 31/100.

6. Ankäufe

Malerei: Baeriswyl Bruno, «Souvenir de voyage», 1959, Mischtechnik auf Karton. Jean Edward de Castella, «Selbstbildnis», 1904, Bleistift und Gouache auf Papier. Josef Anton Millesi, «Bildnis von Pierre Vaudeaux», 1783, Öl auf Leinwand. Gertrude Richard, «Himmelfahrt», 1724, Öl auf Leinwand. Joseph Leonhard Rosenkranz, «Bildnis eines Chorherren von Sankt-Niklaus», 1800, Öl auf Leinwand. Walter Speich, Ohne Titel, 2002, Mischtechnik. Gaston Thévoz, «Dame mit Hut», 40er Jahre, Öl auf Leinwand. Idem, «Zou mit schwarzem Cape», 40er Jahre, Öl auf Leinwand. Idem, «Dame mit blauem Kleid», 40er Jahre 1940, Öl auf Leinwand.

Skulptur: Niki de Saint Phalle, «Obélisque au chat bleu», 1993, verspiegelte Figur (Beteiligung am Ankauf).

Grafik: Günter Blendinger, «Tal mit Häusern», 2002, Radierung, Abonnement «Graphische Kunst». François Burland, «Tyrannosaurus Rex», 2000, Zeichnung mit Bleistift und Neocolor auf Kraftpapier. August Dietrich (Zuschreibung), Bauer aus Murten, M. 19. Jh., Bleistiftzeichnung und Aquarell auf Papier. Günter Horn, «Am See», 2002, Radierung, Abonnement «Graphische Kunst». Unbekannt, «Greyerz im Kanton Freyburg», A. 19. Jh., Radierung. François Torche, «Ansicht von Estavayer-le-Lac, von Nord-Westen her», 1870, Federzeichnung mit brauner Tinte auf Papier.

7. Pädagogische Abteilung

Im Museum für Kunst und Geschichte haben sich 13 Primarklassen (253 Schüler) an folgenden Workshops beteiligt: «Die Zeichnung unter dem Bild: Beobachten und Experimentieren» (Ausstellung Hans Fries), «Ungeheuer und Drachen» (Dauerausstellung), «Bazaine Enfant matinal, 1945: Die versteckte Person» (Un autre regard. Sammlung des 19. und 20. Jh.).

Im Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle, 23 Primarklassen (446 Schüler) haben an folgenden Ateliers teilgenommen «Komisches Pendel!», «Das Nutzlose im Gleichgewicht», «Wohin rollt sie wohl? Die neckische Kugel», «Der Rad-Büchsenöffner!».

8. Restaurierung

Die äusserst komplexe Restaurierung des 1631 von Samuel Hofmann gemalten Reiterbildnisses von Franz-König von Mohr ist praktisch abgeschlossen.

Die Restaurierung einer gefassten Holzskulptur des Hl. Jakobus d. Ä. aus dem Umkreis von Hans Gieng ist noch im Gang und wird im Verlauf des Jahres 2003 beendet.

Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen wurden für die Dauer- und Wechselausstellungen des Museums sowie für auswärtige Leihgaben durchgeführt. Es handelt sich dabei um Werke auf Papier, Ölbilder auf Leinwand, Rahmen, Metallobjekte, Mobiliar usw.

Im Rahmen der Ausstellung «Hans Fries – ein Maler an der Zeitenwende» hat der Restaurator einen Vortrag mit Bildern über die Montagetechnik von Infrarot-Reflektografien mit dem Computer gehalten.

Er kontrolliert die klimatischen Bedingungen und die Messinstrumente und fasst die thermo-hydrographischen Angaben in einem Jahresdiagramm zusammen.

Der Restaurator wurde vom Kulturgüterdienst, von freischaffenden Restauratoren sowie von Privatpersonen und Pfarreien um Rat gefragt.

Die Restauratorin Bernadette Equey hat während zwei Monaten punktuell an der Doublierung des Reiterbildnisses von Franz-Peter König von Mohr mitgearbeitet.

9. Kommission

Die Kommission ist einmal zusammengetreten; sie hat die Jahresrechnung geprüft, den Budgetvorschlag für 2003 angenommen und die Ankäufe des Museums gutgeheissen.

VI. Naturhistorisches Museum

1. Allgemeines

2002 besuchten 41 245 (40 011) Personen das Museum, davon 6727 (6314) Schülerinnen und Schüler aus 396 (383) Klassen. Die Website des Museums verzeichnete 407 650 (317 650) Besuche.

Mehrere Führungen wurden im Rahmen laufender Sonderausstellungen und anlässlich der drei «Museumszorg» der Vereinigung der Freunde des Museums durchgeführt.

Der Direktor des Museums ist Mitglied der Konsultativkommission für Natur- und Heimatschutz sowie Beisitzer im Vorstand von Freiburg Tourismus, wo er in der Arbeitsgruppe «In die Stadt ohne mein Auto» mitwirkte. Er hat für Radio Suisse romande und Radio Fribourg mehrere Sendungen aufgezeichnet.

Der Vizedirektor hat am 1. Juni einen einjährigen unbezahlten Urlaub angetreten. Während seines Urlaubs wird er je zu 50 % durch Gregor Kozlowski und Adrian Aebischer vertreten.

Der Leihdienst des Museums stellte 83 (111) Personen 222 (229) verschiedene Objekte zur Verfügung. Mehrere Kinder liehen sich Dokumentationen für schulische Zwecke aus.

Im Rahmen des Ferienpasses nahmen dieses Jahr 31 (53) französischsprachige Kinder aus Freiburg an drei Aktivitäten teil. Sie beringten junge Mauersegler, wurden durch die Sonderausstellung «Farne» geführt und verbrachten eine Nacht mit Aktivitäten im Museum.

Verschiedene Schulklassen des Kantons verwendeten Tierpräparate und andere Ausstellungsstücke für verschiedene Schulzwecke.

Das Inventar der Bibliothek wurde in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek weitergeführt.

Das Faltblatt zur Information über die Aktivitäten des Museums und Neuanschaffungen ist zweimal erschienen. Es wurde dem Lehrpersonal und dem Publikum gratis abgegeben. Die Finanzierung dieses Blattes, das seit diesem Jahr in Farbe herausgegeben wird, ist durch die Vereinigung der Freunde des Museums gesichert.

Das Museum besitzt eine offiziell anerkannte Tierpflegestation. In diese wurden 165 (157) Tiere gebracht. 54 (58) konnten wieder in Freiheit gesetzt werden, 107 (93) mussten eingeschläfert werden. Ende Jahr befanden sich noch 4 (6) Tiere in Pflege.

Seit dem Jahr 2000 darf das Museum Zivildienstleistende beschäftigen. 2002 arbeiteten 5 (2) Personen während rund 8 (5) Monaten im Museum. Am 13. November fand eine Inspektion der Anstellungsverhältnisse im Museum durch die Regionalorganisation Neuenburg statt.

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk vermittelte 1 (3) Person ein einmonatiges Beschäftigungsprogramm im Museum.

2. Gebäude

Mehrere Sitzungen zur Neugestaltung des grossen Zoologesaals wurden mit dem Gebäudedepartement abgehalten. Vier grosse Vitrinen für die Lebensräume Seengebiet, Mittelland und Voralpen sowie für historische Sammelstücke wurden aufgestellt. Zudem ist ein weiterer Ausstellungssaal zum Thema «Fische – versteinert und lebendig» in Vorbereitung. Dort werden lebende Fische und Fossilien ausgestellt.

3. Sonderausstellungen

- «Fische – versteinert und lebendig» (9. Juni 2001 – 6. Januar 2002)
- «Heilende Steine» (1. November 2001 – 27. Januar 2002)
- «Im Licht des Mondes» (9. Februar 2002 – 3. März 2002)
- «Chocolat Show» (9. März 2002 – 7. April 2002)
- «Farne» (20. April 2002 – 29. September 2002); mit der Veröffentlichung des Buches «Nos Fougères / Unsere Farne» von Dr. Gregor Kozlowski. Dieses Buch wurde mit Unterstützung der Vereinigung der Freunde des Naturhistorischen Museums Freiburg und der Loterie romande verwirklicht
- «Vögel» (22. Juni 2002 – 29. September 2002)
- «Stammzellen» Informationsstand in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe «Wissenschaft und Gesellschaft im Dialog»
- «Wale» (26. Oktober 2002 – 19. Januar 2003)
- «Auen» (23. November 2002 – 26. Januar 2003)

4. Dauerausstellungen

Im Geologiesaal gibt es zwei neue Ausstellungsstücke zu bewundern: Das Fossil eines heute ausgestorbenen Einhorn-Haies (*Orthacanthus senckenbergianus*) sowie das vollständige Fossil eines ebenfalls ausgestorbenen Krokodil-Salamanders (*Sclerocephalus sp.nov.*), beide Stücke aus dem Unteren Perm, Deutschland.

Eine Vitrine wurde mit dem Fossil einer neuentdeckten Art, dem *Friburgomeryx wallenriedensis* eingerichtet. Es handelt sich um einen kleinen Hirsch aus dem Freiburgischen.

5. Ausleihe von Sonderausstellungen

Im Museum «Maison de la Réserve Naturelle du Lac de Remoray», Labergement Sainte-Marie, Frankreich, war bis zum 28. Oktober 2002 die Sonderausstellung «Igel» zu sehen.

6. Sammlungen

Die mineralogischen und paläontologischen Sammlungen wurden durch 48 Neuerwerbungen bereichert. 5 wertvolle Mineralien sind zu erwähnen: ein Brasilianit aus Brasilien, ein Wolframit und zwei Fluorite aus China, ein Bernstein aus der Dominikanischen Republik; mehrere Fossilien von Gliederfüssern, verschiedenen Seesternen und Seelilien aus dem Devon, Deutschland; das Fossil eines Kieferlosen Fisches (*Lasanius problematicus*) aus dem Silur, sowie eines Flossenstachlers (*Mesacanthus mitchelli*) aus dem Devon, beide aus Schottland. Die Liste der Gesteine, Minerale und Fossilien des Museums kann auf der entsprechenden Internetseite eingesehen werden.

Es wurden 124 (150) präparierte Tiere katalogisiert, darunter das Skelett einer Python (*Python reticulatus*), eine Wasserspitzmaus (*Neomys foliens*), ein Auerhuhn (*Tetrao urogallus*) und ein Wespenbussard (*Pernis apivorus*).

Die Muschel- und Schneckensammlung wurde um 42 neue Meeresarten erweitert.

Das Inventar der Pflanzen des Weihers La Gollie auf dem Gebiet der Gemeinde Montagny wurde fortgesetzt. Zwei für den Kanton neue und in der Schweiz bedrohte Pflanzenarten wurden entdeckt: der Acker-Spark (*Spergula arvensis*) und der Einjährige Knäuel (*Scleranthus annuus*). Auch die verschiedenen Schneckenarten wurden inventarisiert. Dabei wurde die Weissmündige Tellerschnecke (*Anisus leucostoma*) entdeckt.

Sechzehn Pilzarten wurden im Tiefmoos bei Düdingen aufgelistet, darunter *Rutstroemia sydowiana* und *Marasmius androsaceus*.

Die Pilzsammlung des Museums und einige Herbarien wurden katalogisiert und informatisiert. Es handelt sich um die Herbariensammlungen von M. Yerly, S. Perrotet (Indien) und F. Castella (*Herbarium helveticum*).

7. Kommission

Der Staatsrat ernannte Richard Ballaman, Mitglied der Kommission, als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Henri Ducrot, sowie Yves Menoud, Grossrat, zum Neumitglied.

Die Kommission tagte zweimal. Sie hat die Jahresrechnung 2001 gutgeheissen und den Budgetvorschlag 2003 geprüft.

8. Schenkungen

234 (232) Personen haben dem Museum 352 (352) Tiere oder Objekte überreicht.

VII. Archäologischer Dienst

1. Allgemeines

Das Jahr 2002 war für den Archäologischen Dienst vor allem durch die ersten Erfahrungen nach der im letzten Jahr erfolgten Reorganisation geprägt. Abgesehen von kleineren Korrekturen, die umgehend intern erfolgt sind, hat die neue Struktur die erhofften Effekte und Impulse bewirkt.

Nach der Pensionierung von François Roulet, dem langjährigen Fotografen des Amtes, am 30. Juni wurde die Stelle am 1. Oktober durch Mélanie Rouiller neu besetzt.

2. Ausgrabungen und Bauuntersuchungen

2.1 Ungeplante Untersuchungen

Arconciel/La Souche (Vermessung der mittelsteinzeitlichen Felswand durch die Studenten der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg); Bulle/Route de Riaz (spätbronzezeitliches Brandgrab, welches in der Baugrube des zukünftigen COOP-Centers zum Vorschein kam); Ependes/Au Village (römische Gebäudereste, entdeckt während der Anlage eines Parkplatzes); Estavayer-le-Lac/Château (Erhaltungs- und Umbauarbeiten); Freiburg/Sankt-Nikolaus-Münster (Restaurierung der Sakristei); Freiburg/Klein-St. Johann-Platz 7 (Umbau des Restaurants des Tanneurs); Freiburg/Zähringergasse (Überwachung der Kanalisationsarbeiten); Gruyères/Bourg 30 (Restaurierungsarbeiten); La Tour-de-Trême/Mon Repos (vorgeschichtliche Siedlungsstrukturen im Bereich einer neu geplanten Quartierstrasse); Muntelier/Dorfmatte II (Reste einer neolithischen Seeufersiedlung); Murten/Rathausgasse-Schlossgasse (Erneuerung der Kanalisation).

2.2 Geplante Untersuchungen

Alterswil/Herrgarten (Freilegung eines Menhirs); Arconciel/Es Nés 1 (römische Villa mit teilweise spektakulären Funden – insbesondere mehrere Fragmente monumentaler Bronzestatuen – die durch den Bau mehrerer Häuser bedroht ist); Arconciel/Es Nés 2 (reiche Nekropole des Frühmittelalters im Bereich eines zukünftigen Einfamilienhausquartiers); Bulle/La Palaz (vorgeschichtliche Siedlungsspuren auf der Trasse der H 189); Châtillon/La Vuarda (Fortsetzung und Beendigung der Ausgrabungen des Jahres 2001 in den Aussenbezirken der römischen Villa); Estavayer-le-Lac/Bel Air (Ausgrabung blockgeborener römischer Gräber im Amt für Archäologie); Estavayer-le-Lac/Rue du Port (Erneuerung der Kanalisation); Freiburg/Alte Brunnen-gasse (Neuverlegung der Versorgungsleitungen im Strassenuntergrund); Granges-Paccot/Agy (Ausgrabung blockgeborener vorgeschichtlicher Gefässe im Amt für Archäologie); La Tour-de-Trême/La Ronclina (Frühmittelalterlicher Friedhof auf der Trasse der Umgehungsstrasse); La Tour-de-Trême/La Lèvera (vorgeschichtliche und römische Siedlungsreste auf der Trasse der H 189); Romont/Clos de la Croix (Ausgrabung blockgeborener vorgeschichtlicher Gefässe im Amt für Archäologie).

In zahlreichen mittelalterlichen Gebäuden sind vor Restaurierungsarbeiten oder Umbauten Analysen und Sondierun-

gen durchgeführt worden: Estavayer-le-Lac/Tour des Dominicaines; Freiburg/Ehemalige Johanniterkomturei; Freiburg/Pfarrkirche St. Johann; Freiburg/Reichengasse 10; Freiburg/Zisterzienserinnenkloster Magerau; Freiburg/Basilika Unserer Lieben Frau; Freiburg/Neustadtgasse 37; Gruyères/Conciergerie du Château; Gruyères/La Part-Dieu; Murten/Rathausgasse 27; Romont/Collégiale; Vaulruz/Château .

2.3 Schutzmassnahmen auf archäologischen Stätten

Das 1995 begonnene Programm zur Bestandesaufnahme der Seeufersiedlungen am Murten- und am Neuenburgersee im Hinblick auf deren besseren Schutz ist fortgeführt worden. Eine Prospektionskampagne wurde in den Siedlungen der Gemeinden Galmiz und Haut-Vully unternommen.

Das Amt hat die Arbeiten der «Association pour la Préservation et la Mise en Valeur des Vestiges Médiévaux de l'Ile d'Ogoz» zur Festigung der Ufer der Insel begleitet und unterstützt.

3. Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen

Im Rahmen des Programms zur Erforschung der vorgeschichtlichen Fundstellen in den Voralpen konnten etwa zehn neue Fundstellen im Euschelstal (Gemeinde Jaun) lokalisiert werden. Im «forêt du Lapé» (Petit Mont, Gemeinde Charmey) wurde ein während der Mittelsteinzeit aufgesuchtes Felsdach entdeckt, das Gegenstand einer Vermessung war. In geringer Entfernung dieser Fundstelle wurden in einer Freilandstation derselben Epoche einige Sondierungen durchgeführt.

Zahlreiche Sondierungen führte das Amt für Archäologie im Vorfeld umfangreicher Baumassnahmen präventiv durch. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang insbesondere folgende Interventionen: Arconciel/Es Nés; Kerzers/Moosmatte (Papiliorama); Muntelier/Dorfmatte; St. Ursen/Neumatt; Ursy/Pra Megan; Wallenbuch/Im Dorf.

Schliesslich hat das Amt für Archäologie eine Vielzahl von Baumassnahmen überwacht, bei denen der begründete Verdacht bestand, dass sie archäologische Strukturen und Funde gefährden könnten (Aushubarbeiten für Gebäude und diverse Versorgungsleitungen, aber auch Restaurierungen von mittelalterlichen Bauten).

4. Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für zahlreiche Umbau- und Restaurierungsprojekte sind die Mittelalter-Archäologen des Amtes beigezogen worden. Besonders zu erwähnen sind die Burgruinen von Bossonens, Jaun/Ballavuarda, und Broc/Montsalvens; ferner zahlreiche Häuser in den mittelalterlichen Kleinstädten und der Altstadt von Freiburg. Zusätzlich betraf dies die historischen Gebäude des Kantons, die sich im Staatsbesitz befinden, z.B. die Schlösser von Châtel Saint-Denis und Estavayer-le-Lac, oder das Sankt Nikolaus-Münster in Freiburg. Die beiden Ämter arbeiteten bei Anlässen wie den «Europäischen Tagen des Denkmals» oder auch bei Publikationen wie den «Blättern für die Denkmalpflege» ebenfalls eng zusammen.

5. Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten und für die Ausbeutung von Kiesgruben sind 385 (368) Gutachten erstellt worden. 47 (38) Gutachten sind zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben worden, davon allein 39 (36) im Greyerzbezirk. 48 Dossiers Ortsplanung (41), 20 (27) Dossiers Detailplanung und 16 diverse andere Dossiers (Expo.02, Brücken und Strassen, Transport und Energie) sind begutachtet worden.

Nur 12 % (12 %) der Antragsteller haben sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung beim Baubeginn gehalten, d.h. haben auch tatsächlich den jeweiligen Baubeginn bekannt gegeben.

Die Koordination mit dem Inventar der historischen Verkehrswege der Schweiz, um das historische Wegnetz in die Raumplanung einzubeziehen, wurde im Einverständnis mit dem Kulturgüterdienst an diesen abgetreten.

In Zusammenarbeit mit dem Katasteramt und dem Informatikzentrum wurde die EDV-gestützte Betreuung der archäologischen Perimeter für 5 (19) Gemeinden eingeführt. Damit ist diese Arbeit für den gesamten Kanton abgeschlossen. Die jeweiligen archäologischen Perimeter sind auf einem speziellen geographischen Server zugänglich (SIG ArcView). Bisher konnten die Daten von 42 (–) Gemeinden in dieses System übertragen werden.

6. Auswertungsarbeiten nach der Grabung: Dokumentation, Restaurierung, Präsentation, Inventar

Die Auswertung der Grabungsergebnisse von Prez-vers-Siviriez/La Montaneire (Bahn 2000, vorgeschichtliche Siedlung) ist beendet; das Manuskript wird derzeit durch einen Graphiker für die im Frühjahr 2003 vorgesehene Publikation vorbereitet. Dasselbe trifft auch für die römische Fundstelle Châbles/Les Saux zu, die im Rahmen des Baus der Autobahn A 1 ausgegraben wurde. Von den anderen im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahnen A1 und A12 ausgegrabenen Stätten befinden sich eine ganze Reihe von Fundstellen in der Auswertungsphase (Sévaz/Tudinges; Frasses/Praz au Doux; Châbles/Les Biolleyres; Murten/Löwenberg; Courgevau/Le Marais 1; Frasses/Champs Montants). Die Spezialanalysen bezüglich der Publikation der römischen Villa von Vallon sind beendet worden. Auch für diese Fundstelle ist ein abschliessendes Manuskript mit einer damit verbundenen Monographie für 2003 vorgesehen. Der vierte Band der Monographienreihe bezüglich der zweiten Juragewässerkorrektion ist fertiggestellt worden (römische Epoche). Die Publikation erfolgt im Februar/März 2003. Gleichzeitig ist das Manuskript des fünften Bandes (Mittelalter) im Abschluss begriffen. Die gallo-römische Nekropole von Arconciel ist Gegenstand einer Doktorarbeit. Eine für diese Zeitepoche speziell ausgebildete Archäologin hat die abschliessende Bearbeitung der merowingischen Nekropolen von Riaz und Gumefens, Ausgrabungen im Rahmen der A12, fortgesetzt.

Was die Dendrochronologie betrifft (Datierung von Bauhölzern mittels Messung der Jahrringe), so musste sich das Amt in erster Linie auf Probenentnahmen beschränken (Estavayer-le-Lac/Tour des Dominicaines; Freiburg/Rei-

chengasse 10; Gruyères/Part-Dieu; Murten/Murtenhof; Murten/Rathausgasse 27). Einer eingehenden dendrochronologischen Analyse konnten Proben aus der Altstadt von Greyerz (Bourg 30) und der Seeufersiedlung von Muntelier/Dorfmatte unterzogen werden.

Nachdem die Restaurierungs- und Rekonstruktionsarbeiten an den Resten der römischen Wandmalereien von Vallon (Grabungsjahre 1999 und 2000) beendet wurden, konnten das computergestützte Inventar und die Konsolidierung in Angriff genommen werden. Dasselbe gilt auch für einen Teil der Wandmalereien von Bösingens/Cyrusmatte und Estavayer-le-Gibloux. Im Dezember leistete das Labor seinen Beitrag zur *in situ*-Erhaltung der Wandmalereien des römischen Kellers der Villa von Arconciel/Es Nés 1. Zugleich wurde der Befund an Ort und Stelle digital dokumentiert.

Konsolidierung von Keramik, abgeschlossen: Châbles/Les Biolleyres 3, Cheyres/Roche Burnin 1 und 2 (A 1) und für die römischen Amphoren von Marsens/En Barras (A 12);

Konsolidierung in Bearbeitung: Arconciel/Pré de l'Arche, sowie mehrere kleinere, isolierte Fundkomplexe. Ein aussergewöhnliches Ensemble von Ofenkacheln des 16. Jahrhunderts wurde in einem Keller der Reihengasse 10 gemacht und verlangt eine besondere konservatorische Behandlung.

Abgüsse und verschiedene andere Faksimiles wurden von mehreren Fundgattungen hergestellt (keltische Münzen, Gusstiegel, Graburnen). Eine grosse Anzahl archäologischer Objekte aller Epochen wurden beschriftet, inventarisiert und konserviert.

Konsolidierung von organischem Material, in Bearbeitung bzw. weitgehend abgeschlossen: Bussy/Pra Natey, Muntelier/Dorfmatte II, Vallon (verkohlte, herabgestürzte Decke), Arconciel/Pré de l'Arche (Tabletterie), Freiburg/Grosser Werkhof.

Bearbeitung von Metallfunden, abgeschlossen: Châbles/Les Saux, Murten/Combette.

Bearbeitung von Metallfunden in Arbeit: Frasses/Champs Montants, Sévaz/Fin des Coulayes und verschiedene mittelalterliche Fundstellen in der Altstadt von Freiburg.

Alternierend erfolgt die Freilegung der Metallfunde aus den frühmittelalterlichen Nekropolen von Bösingens/Cyrusmatte und La Tour-de-Trême/La Ronclina.

Bezüglich der aussergewöhnlichen Bronzefunde von Arconciel/Es Nés 1 wurde mit der Restaurierung der Kleinfunde begonnen; ebenso ist der Fuss eines Kerzenhalters in Arbeit.

Ende Dezember wurde in Bulle eine Brandbestattung mit mehreren Gefässen als Beigabe als Blockbergung ausgegraben und später im Labor freigelegt.

Das Restaurierungs- und Konservierungslabor des Amtes für Archäologie hat im Jahre 2002 zwei Praktikantinnen der «Haute Ecole d'Arts appliqués» von La Chaux-de-Fonds für jeweils drei Monate betreut. Zusätzlich wurden dieser Hochschule wiederum mehrere Fundstücke als Anschauungs- und Übungsmaterial überlassen (Keramik

der römischen Fundstelle Ober-Wistenlach/Le Rondet und eine Gürtelschnalle der frühmittelalterlichen Nekropole von La Tour-de-Trême/La Ronclina).

Die endgültige Konservierung der Mosaiken in der römischen Villa von Vallon wurde in mehreren Sitzungen zusammen mit dem Museum von Vallon vorbereitet.

Die Reinigung und Konservierung sowie das Inventar der vom Museum für Kunst und Geschichte übernommenen kantonalen Münzsammlung wurden weitergeführt; gleiches gilt für die Münzen aus den aktuellen Grabungen im Kanton (Arconciel/Es Nés 1, Murten/Rathausgasse 9 und 27, Wistenlacher Berg, Freiburg/Basilika Unserer Lieben Frau, Grosser Werkhof und Pfarrkirche Sankt-Johann).

Die Inventarisierungsarbeiten der archäologischen Funde wurde insbesondere für Marsens/En Barras vorangetrieben; für die archäologischen Sammlungen im Museum für Kunst und Geschichte erfolgte eine Kontrolle der Datenbank. Die bis dato nur in schriftlicher Form vorliegenden Angaben bezüglich der Fundstellen und Objekte, die von Hanni Schwab im Rahmen ihrer Dissertation aufgenommen wurden, konnten teilweise in eine Datenbank überführt werden.

Das für die computergestützte Erstellung des Gesamtinventars entwickelte Programm FRINARC liegt inzwischen in einer überarbeiteten zweiten Version vor, um den besonderen Anforderungen noch besser gerecht zu werden. Die Datenbank der Funde von Vallon wird nach Ende der wissenschaftlichen Bearbeitung der Fundstelle in die Gesamtdatenbank integriert.

Das Labor hat mehrere Aufträge anderer staatlicher Institutionen angenommen, darunter die Entsalzung mehrerer Eisengegenstände der Sammlung des Museums für Kunst und Geschichte und die Restaurierung zweier Objekte der ägyptischen Sammlung des Institutes für Biblische Studien der Universität Freiburg (die beiden letztgenannten Objekte wurden durch die Photographin des Amtes für Archäologie auch wissenschaftlich dokumentiert).

Schliesslich hat das Labor begonnen, eine Reihe von Restaurierungsblättern zu erstellen (zunächst vor allem für die Keramik), die als Leitfaden zur Bergung archäologischer Funde dienen.

7. Weitere Tätigkeiten

Publikationen

- Monographien

«Freiburger Hefte für Archäologie» (FHA) 4, 2002.

Schwab, H., Archéologie de la 2^e correction des eaux du Jura, Vol. 3: Les artisans de l'âge du Bronze sur la Broye et la Thielle. Freiburg Archäologie Bd. 16 (Freiburg 2002).

Mitarbeit am interkantonalen archäologischen und historischen Führer für das Dreiseengebiet: «Das Zeitreisebuch» (Basel 2002).

- Artikel

Agustoni, C., Singulier? Le sanglier de Rue, CAF 4, 2002, 28-35; Agustoni, C., La villa gallo-romaine de Morat/ Combette, SPM V: römische Epoche, Basel, 2002, 388; Bourgarel, G., Murten/Hauptgasse 24, Die Wechselfälle eines Stadthauses, FHA 4, 2002, 46-53; Bourgarel, G., Des intérieurs richement décorés, in Fribourg au temps de Fries, Pro Fribourg 137, 2002-IV, 53-57; Bourgarel, G., Rue de Samaritaine 9, Place du Petit-Saint-Jean, Grand-Werkhof, Fiches du patrimoine de la ville de Fribourg, Service des Biens Culturels, Fribourg, 2002; Bourgarel, G., Le reflet architectural des différences sociales dans le Bourg de fondation de Fribourg, XII^e – XIV^e siècles, in Actes du colloque MEBS, Bâle, 2002; Bourgarel, G. et Menoud, S., Les dessous d'Expo.02 ou l'application d'une archéologie préventive, CAF 4, 2002, 56; Corboud, P. et Pugin, C., Les sites littoraux du lac de Morat et de la rive sud du lac de Neuchâtel, CAF 4, 2002, 6-19; Duvauchelle, A. et Agustoni, C., Couper du fer: outils et gestes des forgerons d'hier et d'aujourd'hui, ASSPA 85, 2002, 261-266; Fuchs, M. et Saby, F., Vallon entre Empire gaulois et VII^e siècle, in Windler, R. et Fuchs, M. (éd.), De l'Antiquité tardive au Haut Moyen-Âge, (Antiqua 35), Bâle, 2002, 59-70; Graenert, G., Riaz/Tronche-Bélon, un cimetière du Haut Moyen Age en Gruyère, CAF 4, 2002, 36-45; Kaenel, G. et Buchiller, C., La fortification helvète du Mont Vully, AS 25, 2002-3, 32-36; Mauvilly, M. et al., Du Paléolithique final à la fin du Mésolithique dans le canton de Fribourg, ASSPA 85, 2002, 23-44; Mauvilly, M., Dafflon, L. et Grand, P., Renaissance d'un rempart sur le Vully, CAF 4, 2002, 54-55; Ruffieux, M. et al., Bussy/Pré de Fond, une longue histoire peu à peu dévoilée, CAF 4, 2002, 20-27; Wolf, C., Vier Jahrzehnte im Dienste der Archäologie, FHA 4, 2002, 2-3; Wolf, C., Die Siedlungsstrukturen des westschweizerischen Jung- und Endneolithikums und ihre sozialhistorische Interpretation, in Müller, J. (Ed.), Vom Endneolithikum zur Frühbronzezeit: Muster sozialen Wandels? (Tagung Bamberg 2001), Universitätsforschungen zur Archäologie, Band 90, Bonn, 2002, 61-70; Wolf, C. et Hurni, J.-P., L'environnement forestier au Néolithique final à travers l'étude dendrochronologique des sites littoraux du lac de Neuchâtel. 2700 av. J.-C.: point de rupture, in Equilibres et ruptures dans les écosystèmes depuis 20000 ans en Europe de l'Ouest, Actes du colloque international de Besançon 2000, Besançon, 2002, 387-402.

Die Website (www.fr.ch/sac) wird stetig erweitert. Momentan gibt es erst eine französische Version.

- Geführte Besichtigungen:

- Reichengasse 10 in Freiburg für den kantonalen Kulturgüterdienst und die «Commission culturelle de la commune de Corminbœuf»;
- Befestigungsanlagen des «faubourg des forgerons» in Freiburg für die «Union technique suisse»;
- keltische Befestigungsanlage auf dem Wistenlacher Berg anlässlich der Einweihung der Rekonstruktion

und während der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte;

- gallo-römische Villa Arconciel;
- Gebäude und Aktivitäten des Amtes für Archäologie in Freiburg für verschiedene Gruppen und Schulklassen (332 Personen);
- Grabungsbesuche für Schulklassen und Gruppen;
- Ferienpass.
- Kurse und Veranstaltungen
- Lehrveranstaltung an der Universität Freiburg i.Br. durch den Kantonsarchäologen;
- Kurs an der Universität Freiburg durch den Leiter des Sektors Vor- und Frühgeschichte;
- Kurs an den Universitäten von Genf und Lausanne (Fak. Architektur) durch den Leiter des Sektors Mittelalter;
- Kurs an der «Haute Ecole d'Art Appliqué» in La Chaux-de-Fonds durch den verantwortlichen Restaurator des Laboratoriums für Restaurierung und Konservierung;
- Berufsinformation für zukünftige Studierende;
- Pressekonferenzen, Interviews und Vorträge an verschiedenen Kolloquien durch den Kantonsarchäologen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Dienstes.
- Ausstellungen und weitere Aktivitäten

Die Ausstellungen «Histoire de sous. Balade numismatique dans la Broye et le Lac» und «Présences antiques au fil de l'eau. Vestiges romains sur la Broye et la Thielle révélés par les travaux de la 2^e Correction des Eaux du Jura» wurden in Zusammenarbeit mit dem römischen Museum in Vallon realisiert.

Realisierung einer Ausstellung in Murten im Rahmen der «Expo Agricole» anlässlich der «Expo.02» (auf Wunsch der Gemeinde Muntelier).

Teilnahme an den «Europäischen Tagen des Denkmals» am 7. und 8. September 2002. An drei Orten wurden die verschiedenen Tätigkeitsbereiche und Arbeitsmethoden des Amtes für Archäologie erklärt (Labor für Konservierung und Restaurierung im Amt für Archäologie; Ausgrabung der römischen Villa und des frühmittelalterlichen Gräberfeldes in Arconciel; mittelalterliche Klosteranlage von Hauterive in Zusammenarbeit mit dem Kulturgüterdienst).

Veranstaltung von «Apéritifs archéologiques» in Zusammenarbeit mit der «Association des Amis de l'Archéologie».

Zusammenarbeit bei der Erstellung von Informationstafeln für wichtige archäologische Denkmäler in den Bezirken See und Broye.

VIII. Kulturgüterdienst

1. Verzeichnis der Kulturgüter

1.1 Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter

Das Verzeichnis bildet für die Gemeinden eine der Grundlagen zur Ausarbeitung und Änderung der Raumplanung. Bei jeder Revision des Zonenplanes ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen.

Für 10 Gemeinden ist das Verzeichnis überarbeitet worden (Charmey, Hauteville, Lessoc, Liebistorf, Montbovon, Morens, Rossens, Schmiten, Vaulruz, Villeneuve).

In den letzten zwanzig Jahren wurde der wesentliche Teil der Geldmittel des Verzeichnisses im Bereich der ländlichen Architektur angewendet. Unsere Kenntnisse über die städtische Architektur sind hingegen spärlich geblieben. In der Altstadt von Freiburg wurde die photographische Dokumentation der Fassaden weitergeführt; nach dem Verzeichnis des Quartiers Beauregard ist das Verzeichnis der schützenswerten Gebäude des Quartiers Schönberg fertiggestellt worden.

Gesamthaft sind von annähernd 5700 in Betracht gezogenen Objekten deren 903 bewertet und ins Verzeichnis aufgenommen worden.

Das Verzeichnis der zeitgenössischen Architektur ist in die Datenbank des Verzeichnisses der unbeweglichen Kulturgüter überführt worden.

Zur Vervollständigung der Denkmalkennntnis ist ein Konzept zum Anlegen thematischer Verzeichnisse ausgearbeitet worden.

Wegen Zeit- und Geldmangels ist die Veröffentlichung des Verzeichnisses der Bahnhöfe und der Bahn-Nebengebäude zurückgestellt worden; das Verzeichnis der Schulhäuser wurde nicht abgeschlossen. Ausgelöst durch Abbruchgesuche wurde hingegen ein Verzeichnis der Transformatorenstationen erstellt. Auf Ersuchen der Stadt Freiburg wurde ferner ein Verzeichnis der historischen Wirtshauschilder verfasst.

Die Datenbank der unbeweglichen Kulturgüter ist nunmehr einsatzfähig und erlaubt eine rationellere Bewirtschaftung des Verzeichnisses und des Inventars. Die Herausgabe des Verzeichnisses auf CD wird gegenwärtig geprüft.

Forschungen und erweiterte Dokumentationen sind für acht Gebäude in der Stadt Freiburg abgeschlossen worden (siehe Punkt 7). In Bearbeitung sind ferner der Komplex von St. Justin in Freiburg, die Burganlage von Illens, Gemeinde Rossens; sowie das Herrenhaus Sonnenberg (Ginggenrain) bei Rechthalten.

Dem Kulturgüterdienst ist die Betreuung des Inventars der Historischen Verkehrswege der Schweiz IVS auf kantonaler Ebene übertragen worden. Dafür war bisher der Kantonale Archäologische Dienst zuständig. Dieses Inventar – nach der Sprachregelung des kantonalen Kulturgütergesetzes ein Verzeichnis – ist in drei Gemeinden im Rahmen der Ortsplanungsrevision überarbeitet worden.

1.2 Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter

Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter (oder der kirchlichen Kunst) wird vom Bundesamt für Zivilschutz mit einer Subvention von 27 % unterstützt. Das Verzeichnis der Pfarrei Vulruz ist abgeschlossen; in Bearbeitung ist jenes des Kapuzinerklosters Bulle. Das Verzeichnis der Freiburger Porträts wurde aufgenommen; drei Landsitze/Häuser sind bearbeitet. Verschiedene Rapporte zu Einzelfragen wurden erstellt (Grandvillard, Fille-Dieu). Eine Informationsschrift über die Kapelle Posat wurde verfasst.

Betraut mit der Begleitung verschiedener Konservierungs- und Restaurierungsdossiers (siehe unten Pt. 4) war der Verantwortliche beteiligt am laufenden Projekt der Ausstellung des Kirchenschatzes der Liebfrauenkirche in Freiburg und an der Präsentation von Gegenständen aus dem Nachlass des Chorherrn Schorderet, Gründer des Pauluswerkes in Freiburg.

1.3 Dokumentation der Kulturgüter

Wegen Geldmangels und wegen des bevorstehenden Umzugs des Staatsarchivs ist das Verzeichnis der Pläne eingestellt worden. Hingegen waren wesentliche Mittel nötig, um die Dokumentation der Kunstdenkmälerinventarisierung einzuordnen und namentlich für die Neuordnung und Archivierung der in der Sektion «Bauernhausforschung» angefallenen Dokumentation, die bisher nicht in die Dokumentation der Sektion «Verzeichnis» integriert war. Diese Arbeit wird 2003 weitergeführt. Die Datenbank «Auteurs» ist ein der Datenbank des Verzeichnisses der unbeweglichen Kulturgüter angeschlossenes Modul. Die Gesamtheit der in der Dokumentation «Artistes» enthaltenen Informationen wird jetzt in Form von Fichen erfasst. Über hundert davon sind in einer publizierbaren Form redigiert. Mit der Zeit wird sich aus dieser Datenbank eine Plattform entwickeln können für eine umfassende Datenbank der Freiburger Künstler, Bau- und Kunsthandwerker.

Die Dokumentation über Kulturgüter wurde ausgebaut: 160 Publikationen wurden erworben. Die Bibliothek umfasst damit 9760 Einheiten. Die Sammlung der Negative ist um 350 auf 10 800 gewachsen.

1.3.1 «Kunstdenkmäler der Schweiz»

Die Einstellung eines neuen verantwortlichen Redaktors hat sich verzögert; dieser hat seine Stelle erst im November angetreten. Der nächste Band wird der Stadt Estavayer-le-Lac und ihrer Umgebung gewidmet sein. Der neue Redaktor hat hauptsächlich damit begonnen, die entsprechenden Akten im Staatsarchiv zu sichten.

1.3.2 «Freiburger Kulturlandschaften»

Dieses Werk, ein Beitrag zur Siedlungsgeschichte des Kantons, ist im Mai erschienen.

2. Schutzmassnahmen

2.1 Unbewegliche Kulturgüter

Der Dienst unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanungsrevisi-

sionen. Zusätzlich zur Anfertigung des Verzeichnisses (siehe Punkt 1.1) nimmt der Kulturgüterdienst, falls dies von den Gemeinden gewünscht wird, an Gemeinderats-sitzungen bzw. an Sitzungen mit der Ortsplanungskommission oder mit dem Ortsplaner teil. Er organisiert Informationssitzungen für die Besitzer von im Verzeichnis aufgeführten Bauten und beteiligt sich an der Bearbeitung der Einsprachen gegen Schutzmassnahmen der Zonenpläne. Der Dienst hat für 73 Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung zuhanden der Kulturgüterkommission oder ihres Büros Gutachten erarbeitet.

2.2 Bewegliche Kulturgüter

290 Objekte im Eigentum von Pfarreien wurden unter Schutz gestellt.

3. Inventar

Wesentliche Mittel sind aufzuwenden für die Nachführung des Inventars der geschützten Bauten. Dies im Anschluss an neu genehmigte Dossiers Ortsplanung, an bewilligte Umbauten oder Abbrüche sowie nach der Einführung neuer Hausnummern. Die Einträge der deutschsprachigen Bezirke und des Saanebezirks sind nachgeführt worden.

4. Erhaltung und Restaurierung

4.1 Gutachten zu Baubewilligungen

Für alle Projekte, die ein geschütztes oder im Verzeichnis eingetragenes oder ein in einem geschützten bzw. schützenswerten Ortsbild gelegenes Gebäude betreffen, ist das Gutachten der Kulturgüterkommission erforderlich. Die Dienststelle hat mehr als 800 Anfragen geprüft und entsprechende Gutachten zu Handen der Kulturgüterkommission bzw. ihres Büros verfasst. Die Anfragen verteilen sich folgendermassen: Gebäude, die im Verzeichnis der schützenswerten oder im Inventar der geschützten Bauten aufgeführt sind: 48 %; nicht schützenswerte Anlagen und Neubauten in geschützten oder schützenswerten Ortsbildern 46 %; Detailbebauungspläne 4 %; Verkehrsplanungen 2 %.

4.2 Subventionen

Der Staat beteiligt sich an Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kulturgüter, die Privatpersonen gehören, in Form von Beiträgen. Er kann sich ebenfalls beteiligen, wenn es sich um juristische Personen handelt. Der Beitragssatz wird durch den Schutzzumfang des geschützten Kulturgutes festgelegt. Gemäss dem gültigen Reglement bewegt er sich zwischen 10 % und 24 %.

Die Höhe des Budgetpostens für Beiträge wurde auf Grund von Sparmassnahmen gekürzt. Von 1996 bis 2001 wurde er von 2 000 000 auf 1 500 000 Franken gesenkt. Die ausbezahlten Subventionen ermöglichten die Unterstützung von Erhaltungs- und Restaurierungsarbeiten an 111 Bauten. Die Summe wurde zu 78 % an Private und zu 22 % an juristische Personen des öffentlichen Rechts verteilt (Gemeinden und Pfarreien). Ungefähr 62 000 Franken wurden für Untersuchungen und Expertisen ausgegeben, die es erlaubten, die durch Beiträge unterstützten Arbeiten fachmännisch zu beraten.

Die im Jahre 2002 gemachten Beitragszusagen belaufen sich auf einen Betrag von 2 643 000 Franken, womit die Erhaltungs- und Restaurierungsarbeiten an 78 Gebäuden gefördert werden. Die Zusagen gehen zu 84 % an Private und zu 16 % an juristische Personen des öffentlichen Rechts.

Etwa 60 % des gesamten als Subventionen beantragten Betrags betreffen vier Objekte. Der Fall der Karthause La Valsainte beansprucht 32 % des Gesamtbetrags. Dort hat das vorhandene Grundwasser die Tragfähigkeit des Bodens geschwächt und zu erheblichen statischen Schäden an den Gebäuden geführt. Um den Einsturz besonders gefährdeter Teile möglichst zu vermeiden, mussten notfallmässig Stützmassnahmen getroffen werden. Eine Finanzhilfe des Bundes zum Ansatz von 35 %, begründet mit der nationalen Bedeutung der Anlage, wurde beantragt. Die Arbeiten werden sich über 5-6 Jahre hinziehen. Die für die Restaurierung des Kreuzgangs im Kloster Altenryf vorgesehene Subvention beträgt 15 % aller beantragten Mittel. Für dieses Objekt von nationaler Bedeutung ist eine Bundessubvention von 35 % zugesichert. Die Arbeiten sollten 2003 abgeschlossen sein. Die vorgesehenen Subventionen für die Kirche St. Peter in Freiburg einerseits, besonders für die Restaurierung der originalen Innendekoration, sowie, andererseits, für die Restaurierung der Jesuiten-Kapelle in Posat und ihre barocken Wandmalereien entsprechen 11 % der beantragten Beihilfen. Beide Objekte gelten als von regionaler Bedeutung und kommen in den Genuss von zugesicherten Bundessubventionen. Für die vier genannten Fälle löst jeder Franken kantonale Subvention im Mittel mehr als 1.50 Franken Bundessubvention aus.

5. Kommissionen

Die Kulturgüterkommission hat 9 Sitzungen abgehalten.

Das Büro der Kulturgüterkommission hat 43 Sitzungen abgehalten.

Die Unterkommission der beweglichen Kulturgüter hat 1 Sitzung abgehalten.

Die Unterkommission für das Verzeichnis der zeitgenössischen Architektur die im Oktober 1996 vom Staatsrat eingesetzt wurde, hat 1 Sitzung abgehalten.

6. Kulturgüterschutz

Verschiedene Sicherheitsdokumentationen wurden vom Bundesamt für Zivilschutz mit einem Beitrag von 27 % unterstützt: Verzeichnis der kirchlichen Kunst, Kopien auf Mikrofilm von Freiburger Zeitungen sowie die Digitalisierung alter Photographien.

Teilnahme an zwei vom Kantonalen Amt für Zivilschutz organisierten Kursen.

Organisation des Rapports 2002 der Dienstchefs Kulturgüterschutz.

Ausarbeitung der Freiburger Vorschläge für die Revision des Schweizerischen Inventars der Kulturgüter von nationaler und regionaler Bedeutung.

7. Publikationen

Im Jahr 2002 ist das den Orgeln im Kanton gewidmete Heft 14 der Zeitschrift Freiburger Kulturgüter erschienen.

Eine zweite Lieferung von acht Blättern der der Architektur in der Stadt Freiburg gewidmeten Serie wurde veröffentlicht. Diese Publikationsreihe wurde 2001 begonnen.

Der Kulturgüterdienst hat eine neue Publikation lanciert: Blätter, die sich mit Umbauten und Restaurierungen geschützter Bauten befassen. Eine erste Lieferung von vier illustrierten Blättern mit Texten in Deutsch und in Französisch ist erschienen.

8. Verschiedene Aktivitäten

Der Dienst, vertreten durch einige seiner Mitarbeiter, nahm an Veranstaltungen für eine grössere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Kulturgüter des Kantons teil. Insbesondere wurde der Europäische Tag des Denkmals organisiert (4700 Besucher). Im Jahre 2003 wird das Amt für Kulturgüter die Koordination der Veranstaltungen in der Westschweiz besorgen.

Der Kulturgüterdienst hat sich für Vorträge und Führungen zur Verfügung gestellt. Besonders zu erwähnen sind folgende Anlässe: Weiterbildung für Raumplaner, organisiert durch die Communauté d'étude pour l'aménagement du territoire (CEAT), Lausanne; Kolloquium der Eidg. Kommission für Denkmalpflege über die alpine Baukultur; Internationale Kulturgüterschutztagung; Feier des zehnjährigen Bestehens des Verwaltungsgerichts Freiburg; geführte Besichtigung von Kapellen im Sensebezirk im Rahmen der Weiterbildung der Lehrpersonen; Besichtigung des Grossratssaals im Rathaus mit dem Ständerat.

9. «New-Public-Management»-Projekt

Der Kulturgüterdienst – nunmehr Amt für Kulturgüter – ist eine der vom Staatsrat bestimmten Piloteneinheiten für die Einführung der «Führung mit Leistungsauftrag» in der Verwaltung. Während des Jahres 2002 sind die Produkte neu definiert worden mit dem Ziel, die analytische Darstellung der Kosten zu verbessern.

IX. Schloss Greyerz

1. Personal

Anita Petrovski besetzt seit dem 1. Januar 2002 die 40 %-Stelle der wissenschaftlichen Mitarbeiterin.

2. Ausstellungen

- Weihnachten im Schloss: Krippen von Lucette Pauchard (24. November 2001 – 13. Januar 2002)
- Emile Angéloz: Skulpturen (23. März – 25. August 2002)
- Lucienne Fontannaz: Greyerzer Sagen (7. September – 10. November 2002)
- Weihnachten im Schloss: Tschechische Krippen aus der Sammlung Jeckelmann (23. November 2002 – 12. Januar 2003)

Zusätzlich zu den Ausstellungen fanden im Schloss folgende Aktivitäten statt:

- Tag der Ludotheken (25. Mai 2002)
- Vorführungen mittelalterlicher Tänze durch die Truppe Pieds-Gauches (2. Juni 2002)
- Mittelalterfest mit der Sankt-Georgs-Kompanie (22. und 23. Juni 2002)
- Tanz-Performance «au château» mit Da Motus! (18. bis 28. August 2002)
- Märchenabende mit den Clandestins (19., 26. September, 3., 10. Oktober 2002)
- Mittelalterlicher Weihnachtsmarkt (14. und 15. Dezember 2002)

Das Schloss war Ehrengast an der Freiburger Brocante vom 24. bis 26. Mai 2002.

Das Sekretariat des Schlosses organisierte 255 geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz. Insgesamt wurden das Schloss und seine Ausstellungen von 159 031 (147 797) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 436 (405) Besuchern ergibt.

3. Sammlung

Das Faltblatt mit der Beschreibung des Schlosses und seiner Sammlung ist völlig überarbeitet worden. Es ist in zehn Sprachen erhältlich: Französisch, Deutsch, Italienisch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch, Niederländisch, Russisch, Japanisch und Chinesisch.

Zwei Stühle des Rittersaals und die liturgischen Paramente der Kapelle sind restauriert worden.

4. Gebäude

Finanziert durch die Vereinigung der Freunde des Schlosses konnte der Innenhof neu gestaltet werden. Die Elektroheizung des Rittersaals und des Jagdzimmers wurde vollständig erneuert, diejenige des Vogtsaals repariert. Unterhalts- und Reparaturarbeiten wurden am Balkon des Saals der phantastischen Kunst und den Galerien des Innenhofs durchgeführt. Auf verschiedenen Dächern des Schlosses und der Aussenmauer sind Ziegel ersetzt worden

5. Informatik

Der Internetauftritt des Schlosses konnte dank der finanziellen Unterstützung durch die Freunde des Schlosses neu gestaltet werden. Er präsentiert das Schloss in drei Sprachen (F – D – E): www.chateau-gruyeres.ch; www.schlossgreyerz.ch; www.castle-gruyeres.ch.

6. Ankäufe

Perkussionsgewehr, signiert Tipping and Lawden, um 1840, aus Freiburger Privatbesitz.

7. Pädagogische Abteilung

Ghislaine Pasquier und Jacqueline Ryser haben ein neues Konzept für zwei Schatzsuchen erarbeitet. Diese richteten

sich an Kinder im Alter von 5 bis 10 Jahren und sind in Deutsch und Französisch verfügbar. Von April bis Dezember sind 92 Schatzsuchen für Schulen aus der ganzen Schweiz und Private durchgeführt worden. Michel Riedo, Primarlehrer, hat Geschichtslektionen zu den Themen «Die Errichtung des Schlosses», «Die Stadt», «Der Ritter», «Der Feudalherr» und «Essen im Mittelalter» erarbeitet. Seit dem 27. August haben 30 französischsprachige Klassen der 5. und 6. Primarschulstufe aus dem Kanton Freiburg an diesen Lektionen teilgenommen.

8. Stiftungsrat

Staatsrätin Isabelle Chassot hat die Präsidentschaft des Stiftungsrates von Augustin Macheret übernommen. Oberamtmann Maurice Ropraz hat Placide Meyer als Vizepräsident ersetzt. Der Stiftungsrat hat sich fünfmal versammelt. Ein Arbeitsausschuss des Stiftungsrats wurde gebildet; er trat dreimal zusammen.

X. Das Schweizerische Zentrum für Forschung und Information zur Glasmalerei in Romont

1. Allgemeines

Das Zentrum hat das Kolloquium für Denkmalpflege an der ETH Zürich zum Thema Glas organisiert, in Zusammenarbeit mit ICOMOS und dem Institut für Denkmalpflege der ETHZ. Es nahm mit zwei Vorträgen am 21. Internationalen Kongresse des Corpus Vitrearum in Brüssel teil. Dabei wurde seine leitende Aufgabe in der Fachorganisation des Internationalen Komitees für die Konservierung von Glasmalereien bestätigt. Das ausführliche Gesuch für Bundessubventionen für die Periode 2004 bis 2007 wurde erarbeitet. Mandate des Bundes kamen auch von der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege (Konsulenz für Glasmalerei) und vom Bundesamt für Kultur. Die administrativen und fachlichen Synergien mit dem Schweizerischen Museum für Glasmalerei in Romont wurden fortgeführt.

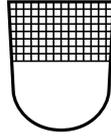
2. Erhaltung und Technologie

Das Zentrum hat zahlreiche Mandate auf dem Gebiet der Konservierung und Restaurierung historischer Glasmalereien und Hinterglasmalereien ausgeführt. Für den Kanton Freiburg handelte es sich insbesondere um die Kathedrale St. Niklaus und die Kirche von Font. Unter anderen Objekten können für die Schweiz die Basilika von Valeria (Sitte), die Klosterkirche von Königfelden, die Kreuzgänge von Muri und Wettingen und die Sammlung des Musée Ariana in Genf und für das Ausland die Glasmalereien von Crevalodossola (I) und des Badischen Landesmuseums in Karlsruhe (D) erwähnt werden. Das Zentrum erarbeitete ein kunst- und naturwissenschaftliches Forschungsprojekt über die bedeutenden frühmittelalterlichen Glasmalereien in der Schweiz zusammen mit dem Institut für Mineralogie und Petrographie der Universität Freiburg und dem Institut für Denkmalpflege der ETH Zürich; das Gesuch wurde vom Nationalfond bewilligt.

3. Kunsthistorische Forschungen

Corpus Vitrearum: Die kunstwissenschaftliche Untersuchung der Glasgemälde in der ehemaligen Abteikirche von Königsfelden und die Bearbeitung der historischen Glasmalereien im Kanton Zug wurden fortgesetzt. Das Projekt der Aufarbeitung der historischen Glasmalereien im Kanton Aargau wurde mit der Publikation von fünf Bänden, davon drei Corpusbände, abgeschlossen. Im Anschluss an die Untersuchungen über die Hinterglasmalerei des 16. und 17. Jahrhunderts in der Schweiz unterstützt der Nationalfond ein Fortsetzungsgesuch zu Forschungen über das 18. Jahrhundert, die im Frühjahr begonnen haben. Ver-

schiedene kombinierte kunstwissenschaftliche-technische Mandate betrafen sowohl die Glasmalerei als auch die Hinterglasmalerei. Erwähnt seien insbesondere die Sammlungen der Stiftung Schloss Spiez und des Musée historique de Lausanne. Im Rahmen des Vorhabens zu den Glasmalerei nach 1800 in der Schweiz wurde mit dem Pilotinventar der Stadt La Chaux-de-Fonds begonnen, und das Zentrum hat das Projekt eines systematischen schweizerischen Inventars in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften vorangetrieben.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2002

Justiz-, Polizei- und
Militärdirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	3	Polizeidepartement	11
1. Gesetzgebung	3	I. Abteilung für Handelspolizei und öffentliche Gaststätten	11
2. Instruktion von Beschwerden	3	II. Abteilung für Fremdenpolizei und Schweizerpässe	12
Justizdepartement	4	III. Kantonspolizei	13
I. Wahlkollegium	4	IV. Amt für Straf- und Massnahmenvollzug	20
II. Staatsanwaltschaft	4	V. Zentralgefängnis	21
III. Bezirksgerichte	6	VI. Strafanstalten von Bellechasse	23
IV. Untersuchungsrichteramt	6	VII. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt	23
V. Konkursamt – Betreibungsämter	6	VIII. Kantonale Gebäudeversicherung	23
VI. Advokatur	6	Militärdepartement	24
VII. Notariat	6	I. Militärverwaltung	24
VIII. Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen ..	6	II. Zeughaus und Kasernen	27
IX. Internationale Rechtshilfe	7		
X. Kantonales Amt für den Zivilstandsdienst ...	7		
XI. Schutzaufsichtsamt	8		
XII. Amt für Gesetzgebung	9		

Direktion

1. Gesetzgebung

A. Gesetze

Gesetz vom 20. März 2002 zur Änderung der Strafprozessordnung, des Gesetzes über die Gerichtsorganisation und des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege

Gesetz vom 11. Juni 2002 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels

Gesetz vom 19. September 2002 zur Änderung des Gesetzes über die Spielapparate und Spielsalons

Gesetz vom 19. September 2002 zur Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten und den Tanz

Gesetz vom 14. November 2002 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das SVOG

Gesetz vom 12. Dezember 2002 über den Anwaltsberuf (AnwG)

B. Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 22. Januar 2002 zur Änderung des Beschlusses betreffend Ausdehnung des Vollzugs in Form der Halbgefängenschaft auf Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten

Verordnung vom 5. März 2002 zur Änderung des Reglements zur Ausführung des Gesetzes über das Notariat

Verordnung vom 12. März 2002 zur Änderung der Verordnung betreffend die Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen an die Kosten der Feuerschutz- und Feuerbekämpfungsmassnahmen

Verordnung vom 22. Mai 2002 über die Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit

Verordnung vom 28. Mai 2002 zur Änderung des Beschlusses über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei

Verordnung vom 4. Juni 2002 über die provisorische Regelung der Freizügigkeit der Anwälte

Verordnung vom 11. November 2002 über das automatisierte Strafregister

Verordnung vom 19. November 2002 zur Anpassung der Gesetzgebung im Bereich der Polizeidirektion an das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit

Asylverordnung vom 26. November 2002

Verordnung vom 3. Dezember 2002 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das SVOG (Verordnung 1, Teile 1–3 der SGF)

Verordnung vom 9. Dezember 2002 über Waffen, Waffenzubehör und Munition

Verordnung vom 9. Dezember 2002 zur Änderung des Beschlusses zum Vollzug des Bundesgesetzes über explosionsgefährliche Stoffe

Verordnung vom 17. Dezember 2002 über die Ausweise

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Änderung des Beschlusses über die Gebühren der Kantonspolizei

Verordnung vom 17. Dezember 2002 über die Zuteilung der ausländischen Arbeitskräfte

2. Instruktion von Beschwerden

Die Direktion instruiert die Angelegenheiten, in denen der Staat für Handlungen seiner Amtsträger haftbar gemacht wird (Gesetz vom 16. September 1980 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger / Haftung gemäss Bundesrecht).

Am 31. Dezember 2002 war bei der Direktion die Instruktion von 10 Fällen im Gange (davon sind 8 Fälle seit 1997 suspendiert, hauptsächlich, weil Strafverfahren noch nicht abgeschlossen sind). 1 Fall ist beim Verwaltungsgericht und 1 anderer Fall noch immer beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hängig. Im Jahre 2002 sind 6 neue Beschwerden eingereicht worden. Davon sind 3 durch einen Staatsratsentscheid erledigt worden.

Justizdepartement

I. Wahlkollegium

Anlässlich seiner Sitzungen vom 26. Februar, 2. Juli und 17. Dezember 2002 hat das Wahlkollegium folgende Wahlen vorgenommen:

1. Verwaltungsstrafgericht

Yves Sudan, Vizepräsident
Bernard Loup, Richter

2. Bezirksgerichte

Saane:

Jean-Luc Baechler, Vizepräsident
Anne Tercier, Richterin
Yolande Flury, Ersatzrichterin
Catherine Hayoz, Ersatzrichterin
François Robert Jordan, Ersatzrichter
Benôit Rohrbasser, Ersatzrichter

Sense:

Aldo Fasel, Ersatzrichter

See:

Jean-Luc Baechler, Vizepräsident
Roger Folly, Richter
Reto Hauser, Ersatzrichter

Glane:

Jean-Luc Baechler, Vizepräsident
Jeanine Pittet, Richterin
Astrid Bichsel-Zeindl, Ersatzrichterin

Broye:

Jean-Luc Baechler, Präsident

Vivisbach:

Yvette Jolliet, Richterin
Jeannick Cardinaux, Ersatzrichterin

3. Gewerbekammern

Saane:

Dieter Zingg, deutschsprachiger Beisitzer (Vertreter der Arbeitgeber)

Sense:

Gilbert Mauron, Stellvertreter des Präsidenten

See:

Franz Notz, Ersatzbeisitzer (Vertreter der Arbeitgeber)

Glane:

Daniel Lüthi, Beisitzer (Vertreter der Arbeitnehmer)
Isabelle Scheiwiller, Ersatzbeisitzerin (Vertreterin der Arbeitnehmer)

Broye:

Jean-Luc Baechler, Präsident

4. Mietgerichte

Saane:

Jérôme Delabays, Stellvertreter des Präsidenten

Greyerz, Glane, Broye und Vivisbach:

Jean-Luc Baechler, Stellvertreter des Präsidenten

5. Friedensgerichte

Prez-vers-Noréaz:

Marcel Lauper, 1. Beisitzer
Charly Guisolan, 2. Beisitzer
Martine Jordan, 1. Ersatzbeisitzerin
Guy Rossier, 2. Ersatzbeisitzer

Belfaux:

Christian Gumy, 2. Beisitzer
Guy Sugnaux, 1. Ersatzbeisitzer
Marie-Josèphe Delaloye Gremaud,
2. Ersatzbeisitzerin

Rechthalten:

Béatrice Zbinden-Boschung, 1. Beisitzerin
Josef Bapst, 2. Beisitzer
Nicolas Bürgisser, 2. Ersatzbeisitzer

Bulle:

Christiane Bader Resch, 1. Ersatzbeisitzerin

Vuippens:

Pierre Broye, Friedensrichter
Thérèse Doutaz, 1. Beisitzerin
Denis Romanens, 2. Ersatzbeisitzer

Vaulruz:

Pascale Ding, 2. Ersatzbeisitzerin

Nant:

Antoinette Simonet, 1. Ersatzbeisitzerin
Jean-Marc Cressier, 2. Ersatzbeisitzer

6. Aufsichtskommission für die Freiheitsentziehung

Peter Rentsch, Stellvertreter des Präsidenten
Stefan Trummer, Beisitzer

II. Staatsanwaltschaft

1. Personal

Am 1. Januar 2002 trat Gabriele Berger ihr Amt als deutschsprachige Substitutin der Staatsanwältin an.

Nach dem Abschluss der Anwaltsprüfungen verliess Fabien Gasser die Staatsanwaltschaft am 31. Dezember 2002.

Seit dem 1. Oktober 2002 arbeitet Raphaël Bourquin als Praktikant mit einem 50-%-Pensum, daneben bereitet er sich auf die Anwaltsprüfungen vor.

Im Sekretariat übernahm Frau Anne-Marie Meier das 50-%-Pensum von Dominique Broch und trat am 1. Mai 2002 ihre Stelle an.

Nach 35-jähriger Tätigkeit als Bürochef machte André Theurillat von der Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung Gebrauch und trat in den Ruhestand.

2. Strafverfahren

Aus der allgemeinen Statistik ergibt sich Folgendes:

Die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an den Verfahren vor den erstinstanzlichen Gerichten hat im Jahr 2002 erneut zugenommen. Seit dem 1. Januar 2000 beträgt die Zunahme 30 %.

Die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an den Strafuntersuchungen hat in einem sehr kleinen Umfang abgenommen (190 statt 209). Immer öfter betrifft jedoch ein Verfahren mehrere Beschuldigte. In einem grossen Fall von Betäubungsmittelhandel sind zurzeit 30 Personen beschuldigt, wovon sich 17 in Untersuchungshaft befinden.

In solchen Fällen erwächst insbesondere wegen der zahlreichen Einvernahmen und Gegenüberstellungen ein grosser zeitlicher Aufwand.

Die Anzahl der Verfahren vor dem Strafappellationshof ist stabil geblieben. Von den vor der Staatsanwaltschaft eingereichten Berufungen wurden 3 abgewiesen, 2 gutgeheissen, 2 teilweise gutgeheissen und 1 als gegenstandslos erklärt.

Die Staatsanwaltschaft reichte 15 Beschwerden bei der Strafkammer ein. Von 13 bereits beurteilten Beschwerden wurden 3 gutgeheissen, 2 teilweise gutgeheissen, 7 abgewiesen und eine nach Änderung der Überweisungsverfügung entsprechend den Anträgen der Staatsanwaltschaft als gegenstandslos erklärt.

Nachdem sich die begründeten Stellungnahmen zu Berufungen der Verteidigung im Jahre 2001 verdoppelt hatten, ist deren Anzahl 2002 gleich geblieben.

Die Generalstaatsanwältin bzw. ihre Substituten haben im Hinblick auf die allfällige Teilnahme der Staatsanwaltschaft im Jahre 2002 insgesamt 183 Untersuchungsakten studiert. Dies bedeutet eine Zunahme von 110 Dossiers.

Der Anteil der deutschsprachigen Verfahren beträgt ca. 24 % der bei der Staatsanwaltschaft hängigen Fälle.

3. Zivilverfahren

Gegen die im Jahre 2002 von der Staatsanwaltschaft im Namen des Kantons Freiburg eingereichten und gutgeheissenen Zivilklagen wurden Beschwerden beim Kantonsgericht erhoben. Diese Beschwerden wurden abgewiesen und das Bundesgericht trat auf die diesbezüglichen staatsrechtlichen Beschwerden nicht ein. Der Staat Freiburg ist demzufolge mit 3 Anfechtungsklagen durchgedrungen.

Der Verein «Vérité et Justice», dessen Sekretariat von René-Louis Berclaz geführt wird, wurde auf Klage der Staatsanwaltschaft vom Zivilgericht des Vivisbachbezirks aufgelöst. Das Vereinsvermögen (einige hundert Franken) fallen dem Staat zu.

Die Staatsanwaltschaft hat im Rahmen eines Vorverfahrens im Sinne von Artikel 20 Abs. 1 des Gesetzes über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger eine Voranzeige an den Staatsrat eingereicht.

Wegen Bigamie wurde eine Klage auf Ungültigerklärung der Ehe beim Zivilgericht des Broyebezirks eingereicht.

4. Verwaltungsverfahren

Die Anzahl der Verwaltungsbeschwerden ist unverändert und diese betreffen auch im Jahre 2002 personalrechtliche Angelegenheiten.

5. Allgemeine Bemerkungen

Die Staatsanwaltschaft begrüsst das Vorgehen der Untersuchungsrichter gegen den illegalen Hanfanbau und Hanfhandel.

Die Staatsanwältin und ihre Substituten bedauerten mehrmals, Haftentlassungsverfügungen in Fällen, in denen die Untersuchungshaft weniger als 10 Tage dauerte, nicht anfechten zu können. In solchen Fällen und solange die Haft gerechtfertigt ist, sollte Artikel 116 Abs. 3 StPO systematisch angewendet werden.

Immer wieder lassen sich mit einer Schweizerin verheiratete Ausländer nach Erhalt der schweizerischen Staatsbürgerschaft scheiden und heiraten erneut ihre erste Ehefrau. Diese sowie die gemeinsamen Kinder erhalten damit grundsätzlich ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz. Wäre ein solches Verhalten nicht als missbräuchlich zu qualifizieren? Aus strafrechtlicher Sicht ist die Verjährungsfrist gemäss Artikel 23 ANAG zu kurz, damit solches Verhalten bestraft werden kann. Ein Eingreifen auf legislativer Ebene ist deshalb unerlässlich. Es ist anzumerken, dass solche Fälle nicht typisch für den Kanton Freiburg sind.

Statistik

	2001	2002
Erscheinen vor erstinstanzlichen Gerichten	160	181
Teilnahme an Strafuntersuchungen	228	219
– davon obligatorisch:	209	
– davon dringend:	10	
Erscheinen vor dem Appellationshof	16	14
Visum von Urteilen, Strafbefehlen	26 380	27 117
Einsprachen	5	6
Gesuche um vollständige Begründung	11	7
Berufungen	10	7
Gutgeheissen:	2	
Abgewiesen:	3	
Beschwerden an die Strafkammer	20	15
Gutgeheissen:	3	
Abgewiesen:	7	
Begründete Stellungnahme an die Strafkammer	95	113
Gesuche um Bemerkungen durch die Strafkammer	157	156
Begründete Stellungnahme zu Berufungen	40	40
Gesuche um Bemerkungen durch den Appellationshof	59	52
Nichtigkeitsbeschwerden	–	–
Stellungnahme zu Nichtigkeitsbeschwerden an das Bundesgericht	–	–
Stellungnahme zu staatsrechtlichen Beschwerden an das Bundesgericht	5	5
Prüfung der Akten zum Entscheid		
der Teilnahme an den Strafuntersuchungen	73	183
Strafanzeigen an die Untersuchungsrichter	1	2

	2001	2002
Eingereichte Verwaltungsbeschwerden	9	7
Behandelte Verwaltungsbeschwerden	7	6
Offene Untersuchungen	140	137
Erledigte Untersuchungen	18	26
Hängige Untersuchungen	65	132
Dossiers vor der 1. Instanz	56	83
Hängige Beschwerden (Straf- + Appellationskammer)	33	45

III. Bezirksgerichte

1. Personal

Die Arbeitsbelastung der Zivilgerichte ist immer noch gleich gross. Trotzdem konnte kein zusätzliches Personal eingestellt werden. Dank der Entlastung, die die Einführung der neuen Strafprozessordnung mit sich brachte, konnten in einigen Gerichten die Zunahme der Fälle oder die Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Komplexität gewisser Fälle bewältigt werden.

Das Justizdepartement hat die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Handelsregisterämter im Hinblick auf die Schaffung eines kantonalen Handelsregisteramts untersucht. Sechs Stellen sind von den Bezirksgerichten in dieses neue Register verlegt worden.

Jean-Luc Baechler wurde im Januar vom Wahlkollegium zum neuen Präsidenten des Bezirksgerichts Broye gewählt; er ersetzt Georges Chanez, der zum Kantonsrichter gewählt wurde.

2. Räumlichkeiten

Wie vorgesehen, ist das Bezirksgericht Saane im Herbst 2002 ins Gebäude «L'Industrielle» umgezogen.

Auch das Bezirksgericht Broye hat im Herbst 2002 neue Räumlichkeiten bezogen.

IV. Untersuchungsrichteramt

Die Arbeitsbelastung der Untersuchungsrichter ist immer noch sehr gross. Im Rahmen des Budgets 2003 ist eine zusätzliche Gerichtsschreiberstelle geschaffen worden. Das Justizdepartement prüft innerhalb der Justizabteilung weiterhin Transfermöglichkeiten für andere Stellen.

Auf Ende Dezember 2002 hat das Wahlkollegium die Demission von Françoise Morvant, Untersuchungsrichterin, entgegengenommen. Das Wahlkollegium wird im März 2003 über die Nachfolge entscheiden.

V. Konkursamt – Betreibungsämter

Die Reorganisation des Konkursamtes ist abgeschlossen. Am 1. November 2002 hat Olivier Chollet, Vorsteher, seinen Posten verlassen, um die Direktion des Betreibungsamtes Genf zu übernehmen. Er ist ersetzt worden durch Alexandre Freundler, der sein Amt am 1. Februar 2003 antreten wird.

VI. Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat Jean-Christophe A Marca, Lachemi Belhocine, Christophe Deiss, Fabien Gasser, David Jodry, Nathalie Kehrl, Laurent Kohli, Eléonore Monney, Elena Olivera, Dominique Steiger, Sandra Stulz und Marc Sugnaux einen Befähigungsausweis ausgestellt.

Das Justizdepartement hat 6 Inhabern des freiburgischen Befähigungsausweises sowie 23 Inhabern des Patentes eines andern Kantons ein Anwaltspatent ausgestellt.

Ferner hat das Departement 26 Praktikumsbewilligungen erteilt.

Es waren am 31. Dezember 2002 tätig:

Im Kanton niedergelassene Anwälte	105
Anwaltspraktikanten	70

VII. Notariat

Am 31. Dezember 2002 gab es 40 praktizierende Notare, wovon 3 das 70. Altersjahr überschritten haben und für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehenen Höchstzahl nicht mitzählen. Somit ist die vom Gesetz festgesetzte Höchstzahl von 42 Notaren nicht erreicht.

VIII. Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 hat das Justizdepartement 917 Mitteilungen betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Gänzlich Armenrecht	Teilweises Armenrecht	Rückzug	Abweisung	Total
Kantonsgericht	2	21	1	17	41
Verwaltungsgericht	1	44	1		46
Bezirksgericht Saane	23	246	8	53	330
Bezirksgericht Sense	2	53	1	56	72
Bezirksgericht Greyerz	12	124	3	15	154
Bezirksgericht See	3	50	–	13	66
Bezirksgericht Glane	1	31	1	1	34
Bezirksgericht Broye	12	48	1	–	61
Bezirksgericht Vivisbach	14	24	1	4	43
Friedensgerichte	–	69	1	–	70
Total	70	710	18	119	917

623 Kostenlisten von Anwälten und Friedensgerichtsschreibereien im Gesamtbetrag von 1 314 505 Franken (im Jahre 2001: 1 299 015 Franken für 564 Kostenlisten), wurden 2002 für folgende Streitfälle zur Bezahlung angewiesen:

	Fr.
Ehescheidungsprozesse	935 042
Ehetrennungsprozesse	133 265
Vaterschafts- und Anfechtungsprozesse	29 706
Vormundschaftssachen	54 451

	Fr.
Obligationenrechtsprozesse	36 359
Verwaltungsbeschwerden	43 601
Verschiedenes	82 081
Total	1 314 505

IX. Internationale Rechtshilfe

Das Justizdepartement besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahre 2002 wurden 8 von ausländischen und 30 von Gerichtsbehörden anderer Kantone gestellte Rechtshilfebegehren behandelt.

X. Kantonales Amt für den Zivilstandsdienst

Im Verlauf des Jahres 2002 hat sich das Amt für den Zivilstandsdienst mit folgenden Geschäften befasst:

1. Zivilstandsurkunden mit Auslandbezug

- Eintragungsverfügungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 137 der eidg. Verordnung über das Zivilstandswesen vom 1. Juni 1953, nachstehend ZStV) 1 339
- verweigerter Eintragungen 2
- Mitteilungen an das Ausland von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen (Art. 122 ZStV) 222
- Mitteilungen an die Fremdenpolizei von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivilstandsdienst) 1 511

2. Eheschliessung

- Eheschliessungszeugnisse, ausgestellt an Kantonsbürger im Ausland (Art. 165 ZStV) 35
- Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren bei ausländischen Verlobten (Art. 162 ZStV) 595
- zurückgezogene Eheschliessungsverfahren 24
- Eheschliessungsbewilligungen für Ausländer mit Wohnsitz im Ausland (Art. 163 und 164 ZStV) 2

3. Anerkennungen

- Prüfung der Dokumente bei Anerkennungen von Kindern (Art. 103 ZStV) 115
- Mitteilungen an die Vormundschaftsbehörden der im Ausland erfolgten Geburten von Kindern, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind (Art. 125 ZStV) 74

4. Zivilstandsänderungen

- Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB, 50, 51 und 55 ZStV) 146
- verweigerter Berichtigungen 3
- verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst 616
- Adoptionen (Art. 264ff ZGB):
 - a) ausgesprochen durch das Justizdepartement 31
 - b) zurückgezogene Gesuche 2
 - c) durch andere Kantone ausgesprochen 31
- Änderungen von Familien- und Vornamen (Art. 30 ZGB):
 - a) bewilligt durch das Justizdepartement 95
 - b) zurückgezogene Gesuche 21
 - c) abgelehnte Gesuche 2
 - d) von andern Kantonen erhalten 57
- Erklärungen der Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht (Art. 37 Abs. 2 des Gesetzes über das Internationale Privatrecht) 212
- Namenserkklärungen 151

5. Bürgerrecht

(Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 29. September 1952, nachstehend BüG, und Gesetz vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht, nachstehend BRG)

- Bürgerrechtsbestätigungen für Kantonsbürger im Ausland 471
- Wiedereinbürgerungen in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht:
 - a) gemäss Artikel 21, 23 und 58 BüG 30
 - b) gemäss Art. 21 BRG 5
- Prüfung der Einbürgerungs- und Wiedereinbürgerungsgesuche 738
- ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG) 530
- Einbürgerungen von Freiburgern in anderen Kantonen 164
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG) 525
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 31, 58a und 58b BüG) 162
- Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG) 6
- Erwerb des Ehrenbürgerrechts (Art. 42 BRG) 8
- Erklärung über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen anderen Kanton (Art. 27 BRG) 38
- Verlust des freiburgischen Bürgerrechts (Art. 27 BRG) 79

• Verlust des Bürgerrechts eines andern Kantons	2	d) Freiwillige Schutzaufsicht, inbegriffen 4 Personen in Halbfreiheit	42 Pers.
• Bürgerrechtsverluste (Art. 9 und 10 BüG)	12		
• Entlassungen aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 29 BRG)	7	e) Amtlich angeordnete Schutzaufsicht (33 neue Fälle)	126 Pers.
• Entlassungen aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG)	5	<i>Statistik:</i>	
• Feststellung betreffend das Schweizer Bürgerrecht (Art. 49 BüG)	1	Bedingte Entlassungen (Art. 38 StGB)	63 50,0 %
6. Verschiedenes		Bedingte Entlassungen (Art. 42.4/2/43.3/2/44.4/2/45 StGB)	3 2,4 %
• Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 29 und 30 ZStV)	58	Bedingte Entlassungen (Jugendliche, 18–25 Jahre)	1 0,8 %
• Auskünfte betreffend die Ausstellung von Heimatscheinen	19	Bedingte Verurteilungen (Art. 41 StGB)	23 18,3 %
• Kraftloserklärungen verloren gegangener Heimatscheine	40	Bedingte Verurteilungen (Art. 43.2/44.1/6 StGB)	8 6,3 %
7. Zivilstandsämter		Provisorische Entlassungen (Art. 113 StPO)	28 22,2 %
a) Es wurden zu Zivilstandsbeamten ernannt: Urs Acker- mann in Neyruz und Pascal Barras in Broc (für den Zivilstandskreis Gruyères).		Männer	120 95,2 %
b) Das Amt für Zivilstandswesen hat die Übergabe des Zivilstandsamtes Neyruz vorgenommen. Am 31. Dezember 2002 zählte der Kanton 64 Zivil- standskreise.		Frauen	6 4,8 %
c) Es hat 8 Zivilstandsämter inspiziert.		Alter bis 25 Jahre	31 24,6 %
d) Es hat die Register von 16 Pfarreien im Staatsarchiv hinterlegt. Diese Register bleiben Eigentum der Pfar- reien.		Alter über 25 Jahre	95 75,4 %
		Erstmalige	105 83,3 %
		Rückfällige	21 16,7 %
		<i>Vergehen:</i>	
		Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben	18 14,3 %
		Strafbare Handlungen gegen das Vermögen	27 21,4 %
		Strafbare Handlungen gegen die Sittlichkeit	22 17,5 %
		Strafbare Handlungen gegen die Familie	2 1,6 %
		Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	7 5,5 %
		Urkundenfälschung	1 0,8 %
		Vergehen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel	39 31,0 %
		Strassenverkehrsdelikte	9 7,1 %
		Verschiedene	1 0,8 %

XI. Schutzaufsichtsamt

Die Tätigkeit des Schutzaufsichtsamtes beruht auf den Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches, insbesondere auf den Artikeln 47 und 379. Das Amt hat zur Aufgabe, die gesellschaftliche Wiedereingliederung der Strafgefangenen zu erleichtern.

Im Jahr 2002 hat das Schutzaufsichtsamt 443 Personen betreut:

- | | |
|---|-----------|
| a) In den Gefängnissen (Zentralgefängnis
und Bezirksgefängnisse), dies entspricht
729 Besprechungen (126 neue Personen) | 153 Pers. |
| b) In den Anstalten (Bellechasse, Pramont,
Crêtelongue, Bochuz, Gorgier und Witzwil),
dies entspricht 227 Besprechungen
(65 neue Personen) | 93 Pers. |
| c) Verschiedene Personen in Haft
(Zwangsmassnahmen, Minderjährige),
dies entspricht 67 Besprechungen | 29 Pers. |

Während dieser Zeit fanden 1478 Besprechungen auf dem Büro der Schutzaufsicht statt, 23 in Spitälern, Pflegeheimen und Altersheimen, 30 am Wohnort, 5 am Arbeitsplatz, 55 mit Arbeitgebern oder Behörden, 146 in öffentlichen Stätten, Sozialämtern und an anderen Orten.

Darüber hinaus haben 10 freiwillige Gefangenenbesucher (Beschluss vom 18. November 1986 über die rechtliche Stellung der Besucher von Gefangenen) 47 Untersuchungsgefangenen und Verurteilten in Bellechasse, im Zentralgefängnis, in den Bezirksgefängnissen, in Marsens und anderswo insgesamt 202 Besuche abgestattet.

Die finanziellen Hilfeleistungen erreichten den Betrag von Fr. 95 101.45, wovon Fr. 25 305.30 zurückerstattet wurden. Diese Hilfeleistungen setzen sich aus Barbeträgen, verschiedenen Mieten, Kleidern oder Transportgutscheinen zusammen.

XII. Amt für Gesetzgebung

1. Das Amt arbeitete intensiv an der Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das neue Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG). In einem ersten Schritt unterbreitete es dem Staatsrat Thesen, die die Anpassungsgrundsätze festlegten, sowie eine Projektorganisation. Danach übernahm es die allgemeine Leitung der Arbeiten und führte diese zu einem grossen Teil aus. Auf Grund eines vorgängigen Studiums der kantonalen Gesetzgebung erarbeitete es in Zusammenarbeit mit den Direktionen den Vorentwurf eines Anpassungsgesetzes und den Botschaftsentwurf dazu und betreute sodann den Entwurf vor dem Staatsrat und vor der parlamentarischen Kommission. In gleicher Weise bereitete es die materielle Anpassung der Beschlüsse und Verordnungen der SGF-Teile 1–6 (Anpassungsverordnungen 1 und 2) vor. Parallel dazu hat es die terminologische Anpassung der gesamten Gesetzgebung aufgenommen, damit die systematischen Publikationsorgane (SGF, BDLF) entsprechend nachgeführt werden können.
2. Das Amt ist stark in die übrigen Aspekte der Umsetzung des SVOG einbezogen worden. So wirkte es aktiv mit an der Ausarbeitung der Verordnung über die Zuständigkeitsbereiche der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei (ZDirV) und der Verordnung zur Bezeichnung der Verwaltungseinheiten der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei. Es war an der Arbeitsgruppe beteiligt, die zur Behandlung der allgemeinen Regeln über die Organisation der unterstellten Verwaltungseinheiten eingesetzt ist. Ferner hat es einen ausführlichen Bericht über die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs über die Information der Öffentlichkeit verfasst. Schliesslich prüfte es die Auswirkungen des SVOG auf die Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung und unterbreitete dem Staatsrat Thesen über diese Auswirkungen.
3. Das Amt besorgte die Nachführungen Nrn. 28 und 29 der Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF; 16 Bände pro Sprache). Diese Nachführungen werden den Abonentinnen und Abonnenten nach wie vor innert drei Monaten nach dem Stichtag (1. Januar und 1. Juli) zugestellt und berücksichtigen sogar noch die Texte, die einen Monat vor Erscheinen der Nachführung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) veröffentlicht wurden.

Das Amt gab auch das Register 2002 der SGF heraus, wobei es druckfertige Dateien lieferte. Dieses Arbeitsinstrument, das auf Französisch und auf Deutsch erscheint, ist ein Hilfsmittel zum Auffinden von Erlassen in der Gesetzessammlung und enthält zu diesem Zweck unter anderem ein alphabetisches Sachregister, das auf den Stichwörtern der Erlassentitel beruht.

Das Amt verwaltet zudem in beiden Sprachen eine wöchentlich nachgeführte Ergänzung zu den halbjährlichen SGF-Inhaltsverzeichnissen. Dieses Verzeich-

nis, das im Internet abrufbar ist, gibt alle Änderungen der Gesetzgebung an, die seit der letzten Nachführung der SGF in der ASF erschienen sind.

Das Amt kümmerte sich ferner um die Nachführung mehrerer Einzelausgaben von Erlassen.

Schliesslich hat das Amt seit September eine intensive Vorbereitungsarbeit im Hinblick auf die ausserordentliche SGF-Nachführung auf den 1. Januar 2003 begonnen (vollständiger Neudruck aller Erlasse), die insbesondere die überaus zahlreichen Änderungen im Zusammenhang mit der Anpassung an das SVOG (vgl. oben Ziff. 1) und an die neue Personalgesetzgebung berücksichtigen muss.

4. Das Amt betreibt die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF); es besorgt das Bearbeiten und Einfügen der eingetretenen Änderungen. Seit der Einführung der ASF werden diese Arbeiten auf der Grundlage der Dateien, die die Staatskanzlei den Druckereien liefert, ausgeführt.
 - a) Das Amt führte in beiden Amtssprachen 6 Nachführungen der BDLF durch. Ende 2002 war die BDLF auf dem Stand vom 15. Dezember 2002; zudem waren die früher gültigen Fassungen bis zurück zum 1. Juli 1996 abrufbar.
 - b) Die BDLF wurde im Jahr 2002 mehr als 100 000-mal, d. h. über 270-mal pro Tag, besucht.
 - c) Die französische Fassung der BDLF ist dreimal auf einer CD-ROM der Genfer Staatskanzlei erschienen, zusammen mit der Gesetzgebung des Bundes und derjenigen anderer Kantone.
 - d) Die Texte der BDLF sind konvertiert worden, um die Darstellung derjenigen der Erlasse der ASF anzugleichen, was die Ersetzung der Randtitel durch Artikelüberschriften zur Folge hatte. Aus technischen Gründen ist der Anmerkungsapparat in Form von Fussnoten entfernt oder durch materielle Anmerkungen direkt unter den betreffenden Artikeln ersetzt worden.
5. Das Amt betreibt eine Intranet-Site und eine Internet-Site, die zahlreiche Informationen über die freiburgische Gesetzgebung und Gesetzestechnik bieten. Daneben gab das Amt anderen Dienststellen, die eine Site betreiben, Ratschläge und unterstützte sie, insbesondere was die Seiten über die gesetzlichen Grundlagen ihrer Tätigkeit betrifft.
6. Das Inkrafttreten der Gesetzgebung über die Veröffentlichung der Erlasse am 1. Januar 2002 verlief praktisch problemlos. Es sei erwähnt, dass das Amt in Ausführung dieser Gesetzgebung und des SVOG einen ersten Vorentwurf eines Reglements über die Ausarbeitung der Erlasse erstellt hat; dieser Vorentwurf sollte im Verlauf des Jahres 2003 in die Vernehmlassung gehen.
7. Das Amt hat zusammen mit dem Informatikzentrum und der Staatskanzlei die Realisierung eines Prototyps einer Applikation zur Steuerung der Gesetzgebungs-

arbeiten fortgesetzt. Diese Arbeiten haben sich infolge der laufenden Reorganisationsmassnahmen beim Informatikzentrum erheblich verlangsamt.

8. Das Amt hat die Richtlinien und Weisungen im Bereich der Rechtsetzung vollständig überarbeitet. Das Ergebnis ist ein Ordner mit gesetzestechnischen Richtlinien, der rund 200 systematisch geordnete, kurze Themenblätter umfasst. Die Richtlinien wurden in Papierform vertrieben und sind in elektronischer Form abrufbar. Dieses Hilfsmittel liefert nicht nur fachtechnische Anleitungen zur Planung von Rechtsetzungsvorhaben und zur Abfassung von Erlasstexten, sondern auch allgemeine Informationen im Zusammenhang mit der Rechtsetzung. Das Amt gab den Direktionen und Dienststellen zudem regelmässig Anweisungen zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe.
9. Das Amt arbeitete bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung auf verschiedene Arten mit den Direktionen und Dienststellen zusammen.
 - a) Das Amt wirkte weiterhin bei den Arbeiten an einem neuen Gesetz über die amtliche Vermessung und an der Revision des Grundbuchgesetzes mit.
 - b) Das Amt prüfte über dreissig Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung der zuständigen Direktion mit. Von den Geschäften aus dem Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates seien insbesondere die Gesetzesvorentwürfe über die freien öffentlichen Schulen, über die Versorgung mit elektrischer Energie und über die Anpassung an die Gesetzgebung über das Staatspersonal erwähnt. Von den Entwürfen aus dem Zuständigkeitsbereich des Staatsrates sei auf die Reglementsentwürfe über die Gesundheitsförderung und über das Staatspersonal hingewiesen.
 - c) Das Amt verfasste verschiedene Studien und Gutachten, insbesondere zuhänden des Staatsrates und der Kantonsverwaltung.
- d) Das Amt war an der Vorbereitung von Vernehmlassungen zu Vorlagen des Bundes oder zu Antworten auf parlamentarische Vorstösse beteiligt oder bereitete solche Stellungnahmen vor.
10. In der Koordinationsgruppe FREUlex, für die es weiterhin verantwortlich zeichnete, überprüfte das Amt zusammen mit dem Institut für Europarecht die Organisation von Fortbildungskursen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates.
11. Das Amt ist im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung vertreten. Neben den üblichen Arbeiten, die es für diese Zeitschrift besorgte (Jahresverzeichnis; Mithilfe bei der Herausgabe mehrerer Hefte) wirkte es aktiv an der Herausgabe der Sondernummer «Recht im Umbruch» mit, die aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Zeitschrift erschienen ist. Diese Sondernummer enthält auch einen Beitrag eines juristischen Beraters des Amtes zum Thema behördliche Information über Abstimmungsvorlagen.
12. Von der Tätigkeit des Amtes im Jahr 2002 sei noch Folgendes erwähnt.

Das Amt erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung.

Im Rahmen der Weiterbildung des Staatspersonals leitete es ein Seminar über das Verwaltungsrecht und gab, wie gewohnt, den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates einen Kurs über die drei Staatsgewalten und die Grundsätze der Verwaltungstätigkeit.

Das Amt führt zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz der Informatik innerhalb des Amtes selbst durch, so die Installierung von Programmen, die Weiterbildung des Personals sowie die Entwicklung von Makrobefehlen und Dokumentvorlagen für die Textverarbeitung.

Mehrere Angehörige des Amtes nahmen an Fachtagungen oder Weiterbildungskursen teil.

Polizeidepartement

I. Abteilung für Handelspolizei und öffentliche Gaststätten

1. Öffentliche Gaststätten

Im Jahr 2002 hat das Polizeidepartement folgende Patente erteilt:

- 15 neue Patente B für einen Betrieb mit Alkohol, davon 5 für die Expo.02
- 1 neues Patent D für ein Dancing oder ein Kabarett
- 11 neue Patente G für einen Betrieb, der einem Lebensmittelgeschäft angegliedert ist
- 21 neue Sonderpatente H
- 4 neue Patente I für einen hotelähnlichen Betrieb
- 253 Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebs

Zudem wurden 210 Patente erneuert, 19 Namensänderungen bewilligt und 15 Patente erweitert, davon 2 für die Expo.02.

In 5 Fällen wurde die provisorische Schliessung des Betriebes angeordnet.

Am 31. Dezember 2002 betrug die Zahl der öffentlichen Gaststätten:

	Total
Hotelbetriebe	196
Betriebe mit Alkohol	543
Betriebe ohne Alkohol	14
Dancings, Kabarett	32
Hotelbars	18
Nachrestaurants	3
Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	64
Büvetten, Cafeterias, Ausländerkolonien	481
Hotelähnliche Betriebe	82
	<u>1 433</u>

Der Wirtverein (Gastro Freiburg) hat unter Aufsicht des Departements 4 Ausbildungskurse für Betriebsführer von öffentlichen Gaststätten organisiert. Diese Kurse wurden von 92 Personen besucht, wovon 78 französischer und 14 deutscher Muttersprache waren.

Das Departement hat 55 Fähigkeitsausweise ausgehändigt. Im Weiteren haben 14 Inhaber eines von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweises oder eines Diploms einer anerkannten Hotelfachschule die entsprechende Zusatzprüfung abgelegt.

2. Handel mit alkoholhaltigen Getränken

Am 31. Dezember 2002 verfügten 488 Betriebe über ein Patent für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken.

3. Lotterien und Kollekten

Im Jahr 2002 wurden 180 Bewilligungen für die Durchführung einer Lotterie erteilt, gegenüber deren 208 im Jahr

2001. In diesen Zahlen sind die Loterie Romande, das Sport-Toto und das Schweizer Zahlenlotto nicht inbegriffen.

Es wurden 45 Kollekten für wohltätige Zwecke bewilligt, die im Kalender der Stiftung ZEW (Fachstelle für gemeinnützige, Spenden sammelnde Organisationen) aufgeführt waren.

4. Film- und Theaterkontrolle

Die Betriebsführer von Kinos haben 245 Filme angemeldet und für 245 eine Aufführungsbewilligung erhalten.

Die Aufsichtskommission für Filmwesen und Theater hielt keine Sitzung ab.

5. Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2002 wurden ausgestellt: 138 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal, 44 Ausübungsbe- willigungen.

Die Abteilung hat zudem 28 Bewilligungen für die Anstellung von Personen, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Gaststätten zuständig sind, erteilt.

Ein Gesuch für die Erteilung einer Bewilligung für einen Sicherheitsagenten wurde abgelehnt.

Die Prüfungskommission für Sicherheitsunternehmen hat eine Prüfungssession durchgeführt.

Zurzeit haben 10 Sicherheitsunternehmen eine Betriebsbe- willigung für den Kanton.

6. Spielapparate und Spielsalons

Im Jahr 2002 hat die Abteilung 1229 Betriebsbewilligungen für Geldspielautomaten und 652 Betriebsbewilligungen für Spielapparate erteilt.

Zudem wurden 2 neue Patente für einen Spielsalon verge- ben.

Zurzeit sind im Kanton 17 Patente für Spielsalons aus- gehändigt.

7. Handelspatente

Im Jahr 2002 wurden 490 Handelspatente und 158 Karten für Handelsreisende, nämlich 79 Karten für Detailhandels- reisende und 79 für Grosshandelsreisende, ausgestellt.

8. Masse und Gewichte

Entsprechend den eidgenössischen Gesetzesbestimmun- gen wurden geprüft:

1084 Waagen für offene Verkaufsstellen, 70 Waagen für nicht offene Verkaufsstellen, 31 Fahrzeugwaagen, 6 Gelei- sewagen, 20 Spezialwaagen, 40 selbsttätige, kontinuierlich totalisierende Waagen, 6 selbsttätige, diskontinuierlich totalisierende Waagen, 69 Waagen, die für die Vorver- packung verwendet werden, 307 Volumenmessanlagen für Mineralöle, 13 Volumenmessanlagen für Lebensmittel, 51 Massenzähler und 409 Abgasprüfgeräte.

II. Abteilung für Fremdenpolizei und Schweizerpässe

1. Personal

Der Personalbestand blieb im Jahre 2002 trotz stetiger Zunahme der Ausländer (hauptsächlich aus der EU) sowie der Asylbewerber unverändert.

2. Fremdenpolizei

Am 1. Juni 2002 ist das bilaterale Abkommen über die Personenfreizügigkeit schrittweise in Kraft getreten. Dies hat bisher in der Abteilung zu keinen besonderen Problemen geführt. Trotzdem wird die Anzahl EU-Bürger, die sich dank einer Bewilligung mit langer Geltungsdauer in unserem Kanton aufhalten, ansteigen.

2.1 Saisonarbeiter

Die Zahl der im Jahre 2002 ausgestellten Saisonbewilligungen beläuft sich auf 1080 (1225). Dieser Status ist am 1. Juni 2002 aufgehoben worden.

2.2 Neue Jahresbewilligungen

Es wurden 3368 (2709) neue Jahresaufenthaltsbewilligungen ausgestellt.

86 (66) Saisoniers aus den EFTA-Staaten und der EU kamen in den Genuss einer Umwandlung ihrer Saison- in eine Jahresbewilligung.

2.3 Kurzaufenthalterbewilligungen

Die Abteilung stellte 2532 (1841) Kurzaufenthalterbewilligungen mit oder ohne Arbeitsaufnahme (Studenten) aus.

2.4 Niederlassungsbewilligungen

2309 (2221) ausländische Staatsangehörige haben eine Niederlassungsbewilligung erhalten.

2.5 Erneuerungen von Saison-, Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen

Die Abteilung hat 16659 (15145) Saison-, Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen erneuert.

2.6 Zusammenfassung der erteilten Bewilligungen

	2001	2002
Saisonbewilligungen (Ausweis A)	1 225	1 080
Jahresaufenthaltsbewilligungen (Ausweis B)	2 709	3 368
Niederlassungsbewilligungen (Ausweis C)	2 221	2 309
Kurzaufenthalterbewilligungen (Ausweis L)	1 841	2 532
Erneuerungen von B- und C-Bewilligungen	15 145	16 659
Total	23 141	25 948

2.7 Bestand der am 31. Dezember 2002 im Kanton ansässigen Ausländer (ohne Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen)

	2001	2002
Ausweis für Kurzaufenthalter	–	332
Ausweis B	10 133	10 730
Ausweis C	23 863	24 537
Total	34 070	35 599

2.8 Bestand der am 31. Dezember 2002 im Kanton ansässigen erwerbstätigen Ausländer

Weil am 1. Juni 2002 das Abkommen über die Personenfreizügigkeit in Kraft getreten ist, führt das Bundesamt für Ausländerfragen die Statistik über ausländische Arbeitnehmer nicht mehr.

2.9 Administrativmassnahmen

	2001	2002
Namentliche Gesuche für die Zusicherung der Aufenthalts- und Einreisebewilligung, die von der Abteilung abgewiesen wurden	24	26
Ausschaffungsverfügungen	88	141
Verweigerung oder Widerruf von Aufenthaltsbewilligungen	70	55
Androhung der Ausweisung	10	5
Ausweisungsverfügungen gemäss Art. 10 ANAG	1	5
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	118	183
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	46	79
Gebietszuweisungen	2	18
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen (Art. 13 f BVO)	46	43
Abgewiesene Gesuche um Umwandlung der Saison- in eine Jahresaufenthaltsbewilligung	–	–
Eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	39	63
Vom Verwaltungsgericht gutgeheissene Beschwerden	2	–
Vom Verwaltungsgericht nach einer neuen Verfügung der Abteilung eingestellte Verfahren	4	16
Beim Verwaltungsgericht noch hängige Beschwerden	10	29
Vom Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) auf Antrag des Kantons verfügte Einreisesperren	145	210

2.10 Zustimmungen für Erwerbstätigkeit

In 392 (432) Fällen wurde Ausländern, die in einem anderen Kanton wohnen, die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Kanton Freiburg erteilt.

2.11 Rückreisevisa

Im Jahre 2002 wurden 258 (248) Rückreisevisa für die Schweiz an ausländische Staatsbürger ausgehändigt.

3. Sektion für Asyl

Die Anzahl der dem Kanton neu zugeteilten Asylbewerber hat im Jahre 2002 markant zugenommen. Die Zunahme beträgt mehr als 27 %. Die häufigsten Ursprungsländer von Asylbewerbern sind Jugoslawien, die Türkei, Bosnien sowie die West- und Zentralafrikanischen Staaten. Was die Wegweisungen betrifft, sind die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Identifizierung und der Wiederzulassung der in ihrem Ursprungsland abgewiesenen Asylbewerber grösser geworden. Die Ausschaffungshaft hat um mehr als 70 % zugenommen. Am 31. Dezember 2002 lief noch gegen 340 Personen ein Ausschaffungsverfahren.

3.1 Die Tätigkeiten der Sektion Asyl

	2001	2002
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	40	45
Asylbewerber, die gemäss eidgenössischem Verteilschlüssel dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden (einschl. Wiederzulassung)	668	851
Direkt bei der Abteilung eingereichte Asylgesuche	3	–
Von der Abteilung durchgeführte Befragungen	234	384
Asylbewerber, die aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls (Art. 13 f BVO) eine Aufenthaltsbewilligung erhalten haben	342	194
Asylbewerber, für die das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) eine vorläufige Aufnahme verfügt hat	363	148
Positive Entscheide des BFF	48	74
Negative Entscheide des BFF	556	556
Beim BFF hängige Asylgesuche	243	302
Beim Kanton hängige Befragungen	72	178
Total der am 31.12.2002 im Kanton Freiburg weilenden Asylbewerber	1 193	1 365
Total der am 31.12.2002 im Kanton Freiburg vorläufig aufgenommenen Ausländer	646	617

3.2 Übersicht der an Asylbewerber ausgestellten provisorischen Arbeitsbewilligungen

	2001	2002
Agenturen für Temporärarbeit	394	353
Industrie	112	86
Gastgewerbe	74	54
Handel	21	12
Bauunternehmen	19	16
Spitäler	11	5
Übrige	45	46
Total	676	572

4. Schweizerpässe und Identitätskarten

Die Bestimmungen zur Ausstellung von Schweizerpässen und Identitätskarten sind im Jahre 2002 unverändert geblieben.

4.1 Von der Abteilung im Jahre 2002 ausgehändigte Ausweise

	2001	2002
Neue Pässe	7 526	6 888
Passverlängerungen	5 365	4 986
Provisorische Identitätskarten	128*	109*
Total	13 019	11 983

4.2 Von den Oberämtern im Jahre 2002 ausgehändigte Ausweise

	2001	2002
Passverlängerungen	5 669	4 877
Provisorische Identitätskarten	575*	505*
Total	6 244	5 382

* Seit dem 1. Januar 1995 sind die Gemeinden für die Aushändigung der Identitätskarten zuständig.

III. Kantonspolizei

1. Personalbereich

Seit dem 1. Juli 2002 steht der Kantonspolizei ein Personaldienst zur Verfügung, der aus den Bereichen Personaladministration und Ausbildung sowie einer Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» besteht. Diese neue Struktur, die eine umfassende Führung und Verwaltung des Personalbereichs ermöglichen soll, wird im Verlauf der nächsten Monate und Jahre schrittweise alle Dienstleistungen in diesem Bereich übernehmen. In diesem Zusammenhang wurde der bisherige Instruktionsdienst zu einem Ausbildungszentrum ausgebaut. Es wurde ein neues Ausbildungskonzept erarbeitet, das nicht nur die Grundausbildung, sondern auch die Weiterbildung sowie die Kader-Ausbildung abdeckt.

1.1 Bestand am 31.12.2002

Organisation	Polizei-beamte	PAS	Hilfs-polizisten	Zivile Mit-arbeiter	Lehrlinge	Total
Kommando und Stabsdienste	46	20	1	33	4	104
Gendarmerie	274	–	20	11	4	309
Sicherheitspolizei	70	–	–	4	–	74
Total	390	20	21	48	8	487

Die Zahl der Polizeiposten beträgt 36.

1.2 Mutationen beim Personal

Anstellungen: 7 Beamte, 2 Hilfsbeamte, 22 Aspirantinnen und Aspiranten der PAS 2002 und 8 Zivilangestellte (davon ist ein Posten neu: derjenige des Chefs des Personaldienstes).

Versetzung in den Ruhestand: 10 Beamte

Kündigungen: insgesamt 20 Personen, davon 14 Beamte, 2 Aspirantinnen, 1 Hostess und 3 Zivilangestellte.

Invalidität: 2 Beamte.

1.3 Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»

Ausser ihrer spezifischen Tätigkeit hat die Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» im Rahmen der EX-PO.02 bei der Aufstellung der Gruppe «Psychologische Betreuung» mitgewirkt. Ferner kam die Einheit mehrfach zum Einsatz bei schwierigen Interventionen, die eine psychologische Unterstützung, eine Vermittlung oder eine Verhandlung erforderten.

1.4 Ausbildungszentrum

1.4.1 Polizei aspirantenschule (PAS)

Die PAS dauert 12 Monate und hat zum Ziel, den Aspiranten für ihre zukünftige berufliche Tätigkeit eine optimale Ausbildung in verschiedenen Bereichen zu vermitteln.

Die PAS 2002 bestand aus 22 Aspirantinnen und Aspiranten (13 für die Gendarmerie und 9 für die Sicherheitspolizei) und dauerte vom 3. Januar bis zum 20. Dezember 2002.

Am 6. Januar 2003 traten erneut 25 neue Aspirantinnen und Aspiranten in die Polizeischule ein. Die PAS 2003 setzt sich wie folgt zusammen:

- 4 Aspirantinnen und 10 Aspiranten französischer Muttersprache für die Gendarmerie
- 2 Aspirantinnen und 3 Aspiranten deutscher Muttersprache für die Gendarmerie
- 4 Aspirantinnen und 2 Aspiranten französischer Muttersprache für die Sicherheitspolizei

Zur Vervollständigung seiner Ausbildung besucht 1 technischer Inspektor der Sicherheitspolizei einen Teil der PAS.

Für die Rekrutierung 2003 hatten sich 202 Personen interessiert. 116 Kandidatinnen und Kandidaten nahmen an der 1. Aufnahmeprüfung teil. 83 davon wurden für ein Gespräch mit dem Stab der Kantonspolizei berücksichtigt. Danach wurde mit ihnen ein Informationsabend über die Berufstätigkeit durchgeführt.

1.4.2 Interne Weiterbildungskurse

Während des ganzen Jahres 2002 wurden Kurse in den Bereichen Informatik und Schiesstechnik organisiert.

Alle Mitarbeitende erhielten eine Ausbildung über die Interventionsgrundsätze und die zu treffenden Massnahmen bei Unfällen mit chemischen Substanzen sowie eine Information über Anthrax.

Zudem besuchten alle Kaderleute der Kantonspolizei (55 Personen) einen eintägigen Kurs über die Themen: Einsatz des Pickettoffiziers und Pickettunteroffiziers; Strafprozessordnung; neue Kompetenzen des Offiziers der Gerichtspolizei, Einsatz der Interventionsgruppe GRIF, Führung von Polizeioperationen sowie Überlegungen zu den Zielen 2003.

1.4.3 Externe Weiterbildungskurse

An den vom Schweizerischen Polizei-Institut durchgeführten Weiterbildungskursen nahmen 94 Polizisten der Kantonspolizei teil.

Ausserdem besuchten 88 Mitarbeitende die vom Staat organisierten Kurse.

Die Kantonspolizei erteilte verschiedene Kurse an externe Organisationen wie Feuerwehr, Gemeindepolizei und andere Organe im Bereich Sicherheit und Verkehrsregelung.

2. Allgemeine Polizei

2.1 Rapporte und Verhaftungen

Regionen (Bezirke)	Rapporte	Verhaftungen		
		CH	Ausl.	Total
Region Nord (See und Broye)	20 253	44	83	127
Region Zentrum (Saane und Sense)	36 794	143	267	410
Region Süd (Glane – Greyerz – Vivisbach)	18 481	67	61	128
Sicherheitspolizei	4 526	83	131	214
Total	80 054	337	542	879

2.2 Betäubungsmittel

Es wurden 1384 Personen (1048), davon 141 Frauen wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz verzeigt. Von den 1384 Personen haben sich 216 durch den Konsum von so genannten harten Drogen strafbar gemacht. Diese Anzeigen betreffen 57 reine Händler (27 Ausländer, wovon 2 Asylbewerber) und 73 Händler-Konsumenten (wovon 22 Ausländer). 1 Todesfall infolge Überdosis wurde festgestellt. Es wurden 18 Einbruchdiebstähle in Apotheken verübt.

Operation «Hanf»

Auf Anordnung der Untersuchungsrichter wurde die Problematik des Hanfanbaus von Anfang August bis Ende Dezember von einer Ad-hoc-Gruppe, bestehend aus 13 Beamten der Gendarmerie und 4 Inspektoren, bearbeitet. Die ausgeführten Aufträge können wie folgt zusammengefasst werden:

Vermessene Kulturen:	109 Felder, 368 604 m ²
Entnahmen:	4 300 Proben
Analysen:	314 Analysen des THC-Gehaltes
Kontrollen, Destillation und Vernichtung:	60 Arbeitstage
Provisorische Beschlagnahme:	500 m ³
Hausdurchsuchungen:	244
Einvernahmen:	160
Erstellte Berichte:	148

Die 109 im Kanton Freiburg lokalisierten Hanffelder verteilen sich wie folgt:

5 im Saanebezirk, 63 im Sensebezirk, 2 im Glanebezirk, 4 im Greyerzbezirk, 16 im Seebezirk, 17 im Broyebezirk und 2 im Vivisbachbezirk.

Zudem wurden die 14 lokalisierten Hanfgeschäfte geschlossen.

Beschlagnahmte Betäubungsmittel:

- Zirka 515 m³ Hanf
- 2,5 Kilo Haschisch und 1000 l Öl
- 25 Kilo Heroin
- 159 Gramm Kokain
- 15 387 Ecstasy-Pillen, Amphetamine/Metamphetamine und psychotrope Substanzen
- 2,5 Kilo Psychotrope Stoffe, Amphetamine/Metamphetamine, Psilocybin

2.3 Tätigkeit im Bereich Strassenverkehr und Schifffahrt

2.3.1 Verkehrsunfälle

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002
Saane	544	513	369	307	4	6
Sense	245	184	189	153	2	6
Greyerz	225	218	140	145	8	4
See	173	161	79	86	2	1
Glane	61	68	37	51	3	3
Broye	107	100	64	60	3	3
Vivisbach	63	67	55	49	2	1
Total	1 418	1 311	933	851	24	24

2.3.2 Verkehr

- 35 039 (40 677) Übertretungen des Strassenverkehrsgesetzes
- 822 (544) Alkohol am Steuer
- 375 (423) Fahrzeugführer wurden an der Weiterfahrt gehindert
- 2 426 (2 274) Verkehrskontrollen, ohne Geschwindigkeitskontrollen
- 2 100 (2 469) Geschwindigkeitskontrollen
- 13 342 (16 683) Übertretungen der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit
- 5 450 (6 854) Anzeigerapporte, ohne die Anzeigen wegen Ordnungsbussen
- 30 562 (34 086) Ordnungsbussen
- 2 650 644 Fr. (3 040 178) Fr. Gesamtbetrag der Ordnungsbussen
- 320 (357) Führerfluchten nach Unfällen
- 85 (69) ermittelte Lenker nach Führerflucht
- 159 (123) Ausnahmetransporte begleitet
- 114 (119) Transportunternehmen kontrolliert
- 251 (452) Arbeitsbücher abgegeben
- 92 (90) Befreiungsverfügungen erteilt
- 554 (620) Fahrräder und Motorfahrräder beschlagnahmt
- 211 (165) Motorfahrräder einer Nachprüfung unterzogen (118 Motorfahrräder, 89 Kleinmotorräder und 4 Motorräder)

2.3.3 Schifffahrt

Die Seepolizei hat Tatbestandsaufnahmen von 1 (0) Schifffahrtsunfall und 1 Taucherunfall vorgenommen.

Sie hat 132 (75) Anzeigerapporte erstellt, 74 (52) Spezialdienste (Sicherheitsdienste, Suche nach Personen, Bergung von Booten und anderen Gegenständen) ausgeführt, 3 Personen wegen Bootsdiebstahl identifiziert, 3 als gestohlen gemeldete Boote aufgefunden, 8 Schifffahrtsunfallmeldungen erhalten und 14 (2) in Schwierigkeiten geratenen Schiffsführern oder Schwimmern geholfen.

Die Tauchergruppe wurde 15-mal (13) eingesetzt, namentlich für 4 Suchaktionen; 5 (3) ertrunkene Personen wurden geborgen. Zudem wurden ein Auto und verschiedene Gegenstände deliktischer Herkunft aus dem Wasser gezogen.

2.4 Öffentliche Sicherheit

2.4.1 Ordnungsdienst (OD)

Infolge einer intensiven Tätigkeit im Jahre 2002, namentlich mit dem Inkrafttreten von «Gendarmerie 2002» und der EXPO.02, fand im Bereich des Ordnungsdienstes keine Ausbildung statt. Die Beamten des OD nahmen an 18 (24) Einsätzen bei Anlässen im Kanton teil, wovon 12-mal (11) anlässlich der Gotteron-Spiele, 1-mal für die Begleitung eines Transports von nuklearen Abfällen und 1-mal für eine Schlägerei zwischen rivalisierenden Banden. Sie wurden ausserdem 4-mal (2) im Rahmen der EXPO.02 aufgebildet.

2.4.2 Fahrende

Die Aufenthalte von Fahrenden auf dem Gebiet des Kantons Freiburg sind 2002 wie überall in der Westschweiz zurückgegangen. Man zählte 85 (147) Präsenztage. Dennoch musste die Polizei 20-mal (32) als Folge der Anwesenheit der Fahrenden mit ihren Wohnwagen unter Führung des Gerichtsoffiziers und oftmals in Begleitung des Oberamtmannes und/oder eines Mitglieds des Gemeinderates intervenieren.

2.4.3 Personenschutz

Die Interventionsgruppe der Kantonspolizei (GRIF) leistete 45-mal (24) Personenschutz und Sicherheitsdienste für Bundesbehörden und für ausländische Persönlichkeiten, die sich in der Schweiz zu Besuch aufhielten.

3. Schwerpunktaktionen

3.1 Schwergewichtsaufgaben

- Vom 1. bis 31. Januar: «Klick für alle»
Über die Medien und mit der Broschüre «Klick für alle» wurden die Automobilisten und Mitfahrer auf die neuen Vorschriften betreffend die geeigneten Rückhaltevorrichtungen hingewiesen.
- Vom 19. August bis 13. September: «Schulbeginn», Überwachung der Fussgängerstreifen.

- Vom 11. bis 25. November «Sicht = Sicherheit». Sehen und gesehen werden bei schlechten meteorologischen Bedingungen.
- Vom 1. April bis 31. Dezember: «Die Gurte für das Leben». Durch präzise, systematische und generelle Kontrollen auf dem kantonalen Strassennetz hat die Polizei alle Automobilisten und Mitfahrer, die von der Rückhaltevorrichtung nicht Gebrauch machten, verzeigt. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Kindern unter 12 Jahren geschenkt. Eine Karte «Schockargumente» wurde verteilt.

3.2 Besondere Ereignisse

Gendarmerie 2002

Am 20.02.2002 wurde die Organisation «Gendarmerie 2002» in Kraft gesetzt. Der Polizeibestand der 7 Bezirke wurde in 3 regionale Gendarmerie-Einheiten eingeteilt, von denen jede über ein Einsatzzentrum (EZG) verfügt: die Region Nord (See- und Broyebezirk) mit EZG in Domdidier, die Region Zentrum (Saane- und Sensebezirk) mit EZG in Granges-Paccot und die Region Süd (Greyerz-, Glane- und Vivisbachbezirk) mit EZG in Vaulruz.

Jede dieser drei Regionen verfügt über eine mobile Polizei-Sektion, bestehend aus 6 Gruppen, die die Einsätze rund um die Uhr garantiert, sowie über eine territoriale Polizei-Sektion, die die Bezirksposten und die Landposten umfasst, die sich mit administrativen und gerichtspolizeilichen Aufgaben befassen und sich der täglichen Sorgen der Bürger annehmen. Die Region Zentrum behält den Sektor Hostessen, die hauptsächlich in der Hauptstadt und im Raum Grossfreiburg eingesetzt werden.

Der Verkehrssektor der Verkehrs- und Schifffahrtspolizei wurde aufgelöst und ihr Bestand auf die 3 Regionen verteilt. Die Verkehrs- und Schifffahrtspolizei umfasst somit nur noch die Spezialisten dieser beiden Fachgebiete. Diese erbringen ihre technischen Dienstleistungen im Bereich der Verkehrssicherheit zugunsten der in den Regionen tätigen Beamten.

Die Reorganisation hatte keine Schliessung von Polizeiposten zur Folge.

Expo.02

Die Landesausstellung war das Spitzenereignis des Jahres 2002. Es war das erste Mal, dass unser Kanton mit einer Veranstaltung von diesem Umfang und von einer so langen Dauer konfrontiert wurde (159 Tage). Das aussergewöhnliche Ereignis verlangte ein aussergewöhnliches Sicherheitsdispositiv.

Die Arteplage von Murten, mit ihrem Monolithen zum Thema «Gegenwart und Ewigkeit», war ein offener Ort. Die zahlreichen Pavillons waren in einem Umkreis von 2 Kilometern verstreut, was die Sicherheitsaufgaben erschwerte.

Eine Einsatz- und Koordinationszentrale war in Colombier eingerichtet, um die Koordination hinsichtlich Sicherheit zwischen den 4 Arteplages sicherzustellen.

Ein Polizeieinsatzposten war im EZG in Domdidier eingerichtet, um den Einsatz der Polizeikräfte zu leiten und den Einsatz aller auf der Arteplage Murten anwesenden Kräfte zu koordinieren.

Aufgrund der Bedeutung dieser Veranstaltung, ihrer Dauer und der Anzahl Besucher konnte die Kantonspolizei auf die wertvolle Mitarbeit verschiedener Partner zählen, wie der Polizeikorps anderer Kantone, der Armee, des Zivilschutzes, der Feuerwehr, des Sanitätsdienstes und der privaten Sicherheitsdienste.

Nicht weniger als 143 Polizeibeamte anderer Kantone aus 12 Polizeikorps haben während Perioden von 3 Wochen bis 6 Monaten ihren Beitrag geleistet.

Zusammengefasst belief sich der mittlere tägliche Bestand, der sich dieser Veranstaltung widmete, auf

- 33 Freiburger Polizeibeamte
- 18 Beamte anderer Polizeikorps
- 41 Armeeangehörige
- 4 Mann des Zivilschutzes
- 1 pensionierter Polizist

also insgesamt 97 Personen.

Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden der Mitarbeiter aller Kategorien belief sich auf 129 262 Stunden.

Kein nennenswerter Zwischenfall trübte diese Veranstaltung. Die Organisation und die Infrastrukturen erlaubten es, allen sich stellenden Problemen zu begegnen und die Sicherheit der 2 072 594 Besucher der Arteplage Murten zu gewährleisten.

Eidgenössisches Jodlerfest

Das 25. Eidgenössische Jodlerfest fand vom 5.–7. Juli 2002 in Freiburg statt. Über 10 000 aktive Teilnehmer haben sich in einer fröhlichen und farbenprächtigen Stimmung eingefunden. Fast 100 000 Zuschauer wohnten den verschiedenen Darbietungen während dem Wochenende bei: Wettarbetungen, offizielle Akte, Mitternachtsfeuerwerk, ein grosser Umzug am Sonntag und ein reger Festbetrieb im Jodlerdorf.

Dank einer engen Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern (Veranstalter, Gemeindepolizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Armee) hat die Kantonspolizei günstige Bedingungen garantieren können. Ausserordentliche Massnahmen zur Verkehrsumleitung sowie die Bereitstellung grosser Parkplätze an der Peripherie ermöglichten eine zweckmässige Verteilung der Verkehrsbelastung.

Während der ganzen Dauer des Fests hat die Kantonspolizei 530 Arbeitsstunden geleistet und 50 Beamte und polizeiliche Hilfskräfte eingesetzt.

Tour de Suisse

Am Mittwoch, den 26. Juni 2002, sicherte die Kantonspolizei die Durchfahrt der Tour de Suisse, die die Rennfahrer auf ihrer 8. Etappe von Vevey nach Lyss führte, wobei die Arteplage Murten durchquert wurde. 18 Beamte wurden eingesetzt, verstärkt durch Armeeangehörige und Beamte der Gemeindepolizei Murten.

Tour de Romandie

Die 2. Etappe der Tour de Romandie führte die Rennfahrer am Donnerstag, den 2. Mai 2002 von Bellelay nach Charmey. Aus Sicherheitsgründen wurden eine Umleitung in der Stadt Freiburg und eine kurze Schliessung der Strasse zwischen Broc und Charmey vorgenommen.

Am nächsten Tag, den 3. Mai 2002 verliessen die Rennfahrer Pringy/Greyerz, um nach Sierre zu gelangen. Um eine optimale Sicherheit zu garantieren, wurden während diesen zwei Tagen 63 Beamte, unterstützt von Feuerwehrleuten sowie den Beamten der Gemeindepolizeien von Freiburg und Bulle, eingesetzt.

4. Besondere Tätigkeiten

4.1 Vorbeugende Massnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität

Region Nord

Die Polizeipräsenz wurde an den Bahnhöfen von Murten, Kerzers und Estavayer-le-Lac verstärkt. An diesen Orten haben die Beamten Personen, die wegen verschiedener Delikte gesucht waren, festnehmen können. Ferner wurden mehrere Personen wegen Übertretungen des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und des Bundesgesetzes über den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern verzeigt. Schliesslich wurden in Zusammenarbeit mit den Beamten der Bahnpolizei Kontrollen in den Zügen durchgeführt.

Region Zentrum

Eine Aktion zur Bekämpfung des Handels mit harten Drogen in den Strassen Freiburgs wurde während sechs Wochen durchgeführt. Diese Aktion erlaubte die Verhaftung von mehreren Dealern. Parallel dazu wurde während des zweiten Semesters eine besondere Überwachung des Zentrums der Stadt (Sektor Grand-Places/Bahnhof) vorgenommen. Tägliche Fusspatrouillen garantierten eine sichtbare Präsenz zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls in diesem Sektor.

Region Süd

Aktionen einer bürgernahen Polizei wurden unternommen, um gegen Plünderungen, Angriffe und Betäubungsmittelkonsum vorzugehen, namentlich begangen von jugendlichen Banden in Châtel-Saint-Denis, Bulle und Romont. Ausserdem wurde die Präsenz der uniformierten Beamten auf dem Schulweg und in der Nähe der Orientierungsschulen erhöht. Diese Massnahmen erlaubten es, mehrere Straftäter zu identifizieren und zu verzeigen.

Interventionsgruppe (GRIF)

2002 tätigte die Interventionsgruppe, zusammengesetzt aus spezialisierten Beamten, 19 Einsätze verbunden mit Verhaftungen von bewaffneten, verschanzten oder gefährlichen Personen, 17 Festnahmen mit besonderem Charakter, 17 Transporte von gefährlichen Gefangenen und 6 schwierige Interventionen im Gelände. Zu diesen besonderen Aufgaben kamen die Erfüllung allgemeiner polizeilicher

Aufgaben sowie eine Ausbildungstätigkeit im Polizeikorps hinzu.

4.2 Polizeitransporte

Es obliegt der Polizei, aus der Schweiz ausgewiesene Personen sowie von der Polizei ausgeschriebene und gesuchte Personen zu transportieren. Zu diesem Zweck wurden 1153 (832) Transporte und 78 (57) Ausweisungen organisiert. Weiter begleiteten Polizeibeamte 4-mal (1) Ausländer in ihr Herkunftsland. Polizeibeamte transportierten auch Gefangene von den Gefängnissen zu den richterlichen sowie sozialen Instanzen. 3483 (3529) Zuführungen wurden so ausgeführt.

4.3 Kriminaltechnischer Dienst

Der Kriminaltechnische Dienst musste in 1259 (1027) Fällen intervenieren: 869 (717) Einbrüche und versuchte Einbrüche, 30 (41) Sachbeschädigungen, 48 (58) Einschleichen, 54 (23) Diebstähle, 30 (4) aufgefundene Fahrzeuge, 52 (62) Brände, 45 (41) Todesfälle, 1 (0) versuchtes Tötungsdelikt, 13 (15) Körperverletzungen, 15 (13) Raubüberfälle und 133 (53) verschiedene Fälle.

Es wurden 63 (57) Identifikationen anhand von Fingerabdrücken, 61 (44) anhand von Schuhsohlenabdrücken und 79 (45) aufgrund von DNA-Analysen vorgenommen. Es konnten zudem 35 (46) DNA-Relationen intern und mit anderen Kantonen hergestellt werden.

Es wurden 625 Daktylogramme und Fotografien, 267 Schuhsohlenprofile und 402 DNA-Profile erstellt.

4.4 Info-Center

Das Info-Center ist verantwortlich für die koordinierte und einheitliche Bearbeitung der Informationen.

Die Anzahl der erstellten strafrechtlichen Akten beläuft sich auf 1140 (1124) und die der administrativen Akten auf 5308 (4947). 385 (186) Vermisstmeldungen sowie Meldungen von Entweichungen und Gefängnisausbrüchen wurden in der Schweiz und im Ausland verbreitet. Auf Verlangen von richterlichen Behörden und Polizeistellen wurden im RIPOL-System 876 (714) Publikationen vorgenommen und 749 (602) widerrufen.

18 259 (17 561) Aufträge wurden bearbeitet und 2043 (2208) Kopien von Rapporten für Strassenverkehrsunfälle erstellt.

22 257 (18 785) Telexe wurden bearbeitet, 11 728 (11 011) Polizeirapporte kontrolliert.

4.5 Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ)

Die EAZ ist das Einsatz- (Mobilisierung und Einsatzleitung), Informations- und Koordinationsorgan der Kantonspolizei.

Im Jahre 2002 wurden 2721 (2579) automatische Alarmer behandelt. Sodann wurden 3121 (3051) Probealarmer durchgeführt. Ferner wurden 23 456 (22 608) Telexmeldungen entgegengenommen und 3419 (2841) weitergeleitet. Insgesamt wurden 135 288 (135 644) Telefonanrufe,

wovon 65 116 (56 527) Notrufe, entgegengenommen und behandelt.

Auf dem System RIPOL wurden 17 458 (16 325) Konsultationen getätigt.

Auf dem System AMWA-T zur Alarmierung der Mitglieder der Organisation für den Katastrophenfall sind 132 Gruppen validiert und in Betrieb. Mit dem von der Kantonalen Gebäudeversicherung gewählten Alarmsystem SMT 750 können sämtliche 6000 Feuerwehrleute auf dem ganzen Kantonsgebiet alarmiert werden. Es wurden im Verlaufe des Jahres 1674 (1596) Mobilisierungen von Feuerwehren vorgenommen.

Die Notrufe der Autobahnbenützer des Teilstücks Kerzers – Estavayer-le-Lac der A1 sowie jene der A12 werden von der EAZ entgegengenommen und behandelt. Die generelle Überwachung der Autobahnen wie auch der Galerien von Gumefens und Avry-dt-Pont der A12 sowie des Tunnels Les Vignes und der gedeckten Teilstücke bei Combette, Sévaz und Frasses der A1 erfolgt ebenfalls durch die Einsatz- und Alarmzentrale.

Alarmnetz

Das INFRANET-Netz zur Übermittlung der Alarmer mit hohem Sicherheitsgrad umfasst zur Zeit 533 (519) Abonnenten, die direkt an die Zentrale angeschlossen sind. Im Weiteren sind die Einsatzleiter verantwortlich für die Einsatzplanung und die Interventionen für 1385 (1285) Unternehmen, die an zivile Zentralen angeschlossen sind.

Der Polizeizentrale
angeschlossene

Unternehmen:	533	(517)	System INFRANET
	–	(2)	Telealarmer
	533	(519)	insgesamt
Interventionen für:	230	(247)	Feueralarmer
	1 159	(1 193)	Einbruch/Überfall
	1 389	(1 440)	insgesamt: wovon
	70	(75)	echte Alarmer

Total der eingegangenen Alarmer: 2778 (2579).

4.6 Nachrichtenzelle

Der Nachrichtenzelle fällt die Hauptaufgabe zu, Nachrichten zu verarbeiten. Der Auftrag besteht darin, Informationen zu sammeln und sie nach Zeit, Ort und Art zu vergleichen. Damit kann die Nachrichtenzelle Informationen über die kriminellen Tendenzen und die Serienphänomene verbreiten, so dass die operativen Verantwortlichen der Polizei diejenigen Massnahmen treffen können, die zur Verhaftung der Täterschaft führen. Um Wahrnehmungen über die grenzüberschreitende Kriminalität austauschen zu können, steht die Nachrichtenzelle in ständigem Kontakt zu den Kollegen anderer Kantone.

4.7 Polizeihunde

Die Kantonspolizei verfügt über 19 (15) Hunde, die wie folgt eingeteilt sind:

- 8 (8) Einsatzhunde wovon 1 auch als Sprengstoffspürhund und 3 andere als Drogenspürhunde abgerichtet sind
- 2 (3) Drogenhunde
- 7 (4) Hunde, die noch in der Dressur sind
- 1 (1) Lawinenhund
- 1 (1) Personensuchhund

Diese Hunde standen 65-mal (94) im Einsatz, davon 3-mal (3) für Sprengstoff und 13-mal (32) für Drogen. Im Bereich Drogen waren 5 (14) Einsätze erfolgreich und es konnten folgende Drogen sichergestellt werden:

- 0,5 g (3 003 g) Heroin
- 8 850 g (1 040 g) Marihuana
- 12 g (35 g) Haschisch
- 0,2 g (342 g) Kokain

Die 8 Einsatzhunde trugen in 6 (12) Fällen zur Verhaftung der Täterschaft bei.

Zudem wurden mit diesen Vierbeinern 83 (179) Fusspatrouillen durchgeführt.

22 Hunde von privaten Sicherheitsagenturen wurden durch unsere Dienste getestet.

4.8 Bezirksgefängnisse

- 74 (123) Häftlinge
- 1 559 (2 877) Hafttage

4.9 Büro für Waffen und Sprengstoffe

Nach Prüfung durch den Verantwortlichen des Büros für Waffen und Sprengstoffe hat das Polizeidepartement folgende Bewilligungen erteilt:

- 265 (248) Waffenerwerbssbewilligungen (1 Bewilligung erlaubt den Kauf von 1 bis 3 Waffen)
- 2 (8) Bewilligungen für die Ein- oder Ausfuhr von Waffen
- 8 (15) Ausnahmsbewilligungen zum Kauf von Waffen
- 15 (5) Sonderbewilligungen für die Jagd oder das Schiessen im Ausland mit einer persönlichen Waffe
- 6 (10) Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln
- 130 (50) Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln zur Unterhaltung
- 15 (11) Erwerbsscheine für Sprengstoffe
- 35 (35) Waffentragscheine (Schusswaffen und Schlagstöcke TONFAS)
- 2 (9) Gesuche wurden abgewiesen
- 0 (1) Waffenhändlerpatent (neues Patent nach Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes).

5. Information und Prävention

5.1 Pressedienst

Folgende Mitteilungen wurden über die Medien öffentlich verbreitet:

- 526 Tagesbulletins
- 15 Warnungen bei aussergewöhnlichen Ereignissen
- 41 Pressecommuniqués
- 13 Polizeimeldungen
- 3 Pressekonferenzen

Insgesamt wurden 1391 Mitteilungen verbreitet.

5.2 Verbrechensbekämpfung

Folgendes wurde realisiert:

- Kampagne «Guten Tag» (Verhütung von Einbruchdiebstählen). Während mehreren Nachtpatrouillen verteilten die Beamten Faltprospekte in verschiedenen Wohnquartieren. Ziel dieser Kampagne: Nachbarschaftshilfe schützt vor kriminellen Gefahren.
- 6 Vorträge bei Unternehmen, Vereinen und Verbänden, usw.
- 31 Hausbesuche (Beratung durch einen spezialisierten Beamten)
- 6 präventive Mitteilungen an die Bevölkerung durch die Medien.

5.3 Verkehrserziehung

Die Beamten der Verkehrserziehung erteilten den Klassen der verschiedenen Altersstufen im Kanton insgesamt 1545 (1765) Unterrichtslektionen und bildeten 1793 (2133) Schülerpatrouilleure und 248 (298) Erwachsenenpatrouilleure aus. Es wurden für 1527 Jugendliche Prüfungslektionen zur Erlangung des Führerausweises für Motorfahräder oder landwirtschaftliche Fahrzeuge erteilt. 11 (10) Verkehrserziehungskurse wurden für 147 (128) Minderjährige, die sich wegen Verletzung des Strassenverkehrsgesetzes strafbar gemacht hatten, durchgeführt. Die Beamten führten mit dem Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt während 14 (10) Halbtagen eine Kampagne für den Kampf gegen den Alkohol und Drogen am Steuer durch. Diese Kampagne wurde in der Kaufmännischen Berufsschule Freiburg durchgeführt. Andererseits nahmen die Beamten an 31 (24) Sitzungen mit Gemeinde- oder Schulbehörden über die Sicherheit auf dem Schulweg teil.

6. Logistik

6.1 Sektion Informatik und Telekommunikation

6.1.1 Informatikfachstelle (CCI)

Die Fachstelle für Informatik wartete und betrieb die Informatiksysteme. Sie verwaltete 485 Arbeitsplätze und Benutzer sowie die Einsatz- und Alarmzentrale. Das Personal der Informatikfachstelle installierte die Hardwarekomponente für die neuen Einsatzcenter der Gendarmerie 2002 sowie jene für die Expo.02. Das Betriebssystem Windows 2000 wurde auf dem Server und auf den Arbeitsplätzen eingerichtet. Die Microsoft Office XP Applikationen wurden auf den PCs installiert.

6.1.2 Informatik Leitbild (SDI)

Im Rahmen des Informatik Leitbildes wurden die Daten CADX ins Zephyrsystem übernommen. Das Interrogationsmodul Zephyr wurde angepasst und verbessert. Bei der interkantonalen Zusammenarbeit (Kantonspolizei Freiburg – Kantonspolizei Waadt – Stadtpolizei Lausanne) wurden die Detailanalyse und die Anpassungen für das Modul zur Bearbeitung der Gesetze getätigt. Zusätzlich wurden die Programmiercodes zur Datenübernahme CADX für die drei Polizeikorps vorbereitet.

6.1.3 Übermittlung und Elektronik

Der Sektor Übermittlung und Elektronik wartete und betrieb das Funknetz. Das Personal verwaltete die Funkausrüstungen von 154 Dienstfahrzeugen, 375 mobile Funkgeräte und 8 Arbeitsplätze in der Einsatz- und Alarmzentrale. Die Funkinfrastruktur wurde für die Gendarmerie 2002 und die Expo.02 eingerichtet.

6.2 Bekleidung, Ausrüstung, Bewaffnung (HEA)

Die Hundeführer wurden mit einer neuen Trainings- und Einsatzbekleidung ausgerüstet.

Zusatzmaterial für den Einsatzbedarf bei Demonstrationen wurde angeschafft.

Die Interventionsgruppe (GRIF) wurde mit der neuen Pistole SIG P 226 SO ausgerüstet.

Sämtliche Interventionsfahrzeuge wurden mit zwei schweren Kugelschutzwesten und einem Pfefferspray (400 ml) ausgerüstet.

Die Instruktoren der Gendarmerie wurden mit einer neuen Kombibekleidung ausgerüstet.

6.3 Fahrzeugpark

Die Kantonspolizei verfügt über 154 (148) Autos, 23 (25) Motorräder und 5 (5) Schiffe. Mit den 4-rädrigen Fahrzeugen wurden rund 5 000 000 (3 500 000) und mit den Motorrädern 15 000 (57 800) km zurückgelegt.

6.4 Gebäudeverwaltung

134 Gesuchen für Unterhalt und Reparaturen an Bauten wurde entsprochen. Für die neue Organisation «Gendarmerie 2002» wurden drei regionale Einsatzzentren realisiert. Mehrere Polizeiposten wurden anlässlich von Mutationen renoviert. Andere Dienste der Kantonspolizei wurden ebenfalls von Umzügen oder Umbauten betroffen, wie der Presse- und Präventivdienst, die Informatikfachstelle (CCI), die Interventionsgruppe (GRIF), die technischen Gruppen der Verkehrspolizei und der Posten der Route-Neuve. Für die Jugendbrigade wurde gemäss den Bestimmungen des Opferhilfegesetzes ein neues Lokal eingerichtet. Ferner wurde die Empfangshalle des Polizeigebäudes umgebaut und angepasst. Schliesslich wurden für die während der Expo.02 benützten Büros 513 Bestellungen von Mobilien und Büromaterial getätigt.

IV. Amt für Straf- und Massnahmenvollzug

1. Personal

Auf dem Amt für Straf- und Massnahmenvollzug arbeiten ein Dienstchef, ein Bürochef, eine Sekretärin und eine Lehrtochter.

2. Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben dieses Amtes werden in der Strafprozessordnung (Art. 247 und 248), im Staatsratsbeschluss vom 26. August 1975 betreffend die Strafvollzugsorganisation, im Reglement vom 11. Juli 1986 über den tageweisen Strafvollzug und den Vollzug in Form der Halbgefängenschaft sowie im Reglement vom 7. Juni 1993 über den Vollzug von Strafen in der Form der gemeinnützigen Arbeit umschrieben.

3. Vollzug von Strafen und Massnahmen im Jahr 2002

3.1 Vollzug von kurzen Strafen in den Gefängnissen des Kantons

68 Personen haben Strafen von weniger als 6 Monaten im Zentralgefängnis in Freiburg oder in den Bezirksgefängnissen verbüsst.

- a) 46 Personen wurde erlaubt, die Strafe in Halbgefängenschaft zu verbüsst. Die Erleichterung besteht darin, dass die Verurteilten weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen und nur während der Nachtzeit und über das Wochenende in Haft belassen werden.

Eine Person hat ein Gesuch gestellt, um ihre Strafe auf Wochenenden zu verteilen.

- b) 22 Personen, die die Voraussetzungen für einen erleichterten Strafvollzug nicht erfüllten, verbüsst ihre Strafen in Normalhaft im Zentralgefängnis, in den Bezirksgefängnissen oder manchmal in den Anstalten von Bellechasse.

3.2 Vollzug in anderen Kantonen

208 Strafen (inklusive umgewandelte Bussen), die von Justizbehörden unseres Kantons ausgesprochen worden waren, wurden in andern Kantonen verbüsst, da die Verurteilten dort wohnhaft waren.

3.3 Gemeinnützige Arbeit

Seit dem Inkrafttreten des Reglements vom 1. August 1993 über den Vollzug von Strafen in der Form der gemeinnützigen Arbeit können Strafen von bis zu 90 Tagen in Form von gemeinnütziger Tätigkeit abgegolten werden. Diese Arbeit muss zugunsten einer privaten Organisation mit sozialem Zweck oder mit öffentlichem Nutzen, der öffentlichen Verwaltung oder einer unterstützungsbedürftigen Person geleistet werden. Dabei entsprechen vier Stunden gemeinnützige Arbeit einem Tag Freiheitsentzug.

Am 1. Januar 2002 waren 44 Personen für einen Strafvollzug in dieser Form vorgemerkt, wovon verschiedene bereits ihren Einsatz in einer gemeinnützigen Institution

begonnen hatten. Während des Jahres 2002 wurde 177 weiteren Verurteilten bewilligt, die Strafe in Form einer gemeinnützigen Arbeit abzugelten. Am 31. Dezember 2002 hatten 138 Verurteilte ihre Strafe in dieser Form verbüsst. Die 4136 Gefängnistage entsprachen dabei 16 544 Arbeitsstunden. An diesem Datum arbeiteten 34 Personen in einer gemeinnützigen Institution. In 6 Fällen waren Verhandlungen mit potentiellen gemeinnützigen Institutionen im Gang. Für 13 weitere Verurteilte, die ihre Strafe in Form der gemeinnützigen Arbeit verbüsst können, sind noch keine Arbeitgeber gefunden worden.

In 19 Fällen musste der Strafvollzug in dieser erleichterten Form wegen ungebührlichen Benehmens und unentschuldigtem Fernbleibens abgebrochen werden. Die 19 Verurteilten hatten bereits 843 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet, was 210 Tagen Gefängnis entsprach. 11 Personen musste die Bewilligung aus verschiedenen Gründen noch vor Beginn des geplanten Einsatzes entzogen werden (Nicht-Erscheinen am Arbeitsplatz am ersten Tag, Verlegung des Wohnsitzes in einen andern Kanton, Untersuchungshaft usw.).

3.4 Vollzug von langen Strafen und von Massnahmen gemäss StGB

- a) 151 Personen haben Strafen von über 90 Tagen in Konkordats- oder andern Strafanstalten verbüsst. Zudem wurden 10 Personen auf Grund der Anordnung von Massnahmen (Art. 43, 44 und 100^{bis} StGB) in Arbeitserziehungsanstalten, Heilanstalten für Alkoholranke und Rauschgiftabhängige sowie in Kliniken und Spitälern untergebracht.

Diese Personen wurden wie folgt platziert:

	Tage	Personen
– Strafanstalt Bellechasse	13 030	95
– Strafanstalt Bochuz/VD	2 656	11
– Anstalten von Crêtelongue/VS	360	6
– Anstalten von Bellevue in Gorgier/NE	1 911	13
– Gefängnis La Tuilière in Lonay (Frauen) VD	396	3
– Arbeitserziehungsanstalt in Pramont/VS	94	1
– Gefängnis Champ-Dollon/GE	129	10
– Strafanstalt Witzwil/BE	402	3
– Strafanstalt Realta, Cazis/GR	537	6
– Anstalt St. Johannsen/BE	698	3
Total	20 213	151

- b) 16 Personen, den einige Monate vor der bedingten Entlassung die Halfreiheit gewährt werden konnte, wurden in folgende Anstalten eingewiesen:

– Zentralgefängnis	184	4
– Übergangsheim Montfleury/GE	291	4
– Pension Neugut/ZH	200	2
– Übergangsheim Le Vallon/GE	412	5
– Heim Lindenhof, Emmen/LU	67	1
Total	1 154	16

Alle Verurteilten, die auswärts arbeiten durften, haben sich an die Anordnungen und Weisungen für diese letzte Vollzugsstufe gehalten, mit Ausnahme von zwei Personen, für die die Halfreiheit unterbrochen werden musste.

c) Bedingte Entlassung

Die beratende Kommission für bedingte Entlassung, die jedes Mal, wenn ein Entscheid über eine bedingte Entlassung bei Strafen von mehr als einem Jahr oder bei strafrechtlichen Massnahmen zu fällen ist, Stellung zu nehmen hat, ist 5-mal zusammengetreten und hat 37 Fälle behandelt. Die abgegebenen Stellungnahmen, die in allen Fällen vom Polizeidirektor befolgt wurden, führten zu folgenden Entscheiden:

– Bedingte Entlassung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestdauer	13
– Bedingte Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	5
– Verweigerung der Entlassung	4
– Verweigerung der probeweisen Entlassung	4
– Widerruf der bedingten Entlassung	6
– Verwarnung	5
Total	37

Verfügungen bei einer Strafdauer von weniger als einem Jahr:

– Bedingte Entlassung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestdauer	17
– Verweigerung der Entlassung	1
Total	18

3.5 Umgewandelte Bussen

Unbezahlte Bussen werden in Haftstrafen umgewandelt (30 Franken = 1 Tag Haft).

Im Jahre 2002 haben die Gerichtsbehörden unseres Kantons dem Amt für Strafvollzug 1949 Strafmandate mit umgewandelten Bussen überwiesen. Der Betrag der Bussen belief sich auf Fr. 483 462.45, die in 16 115 Tage Haft umgewandelt worden waren. Dank der Möglichkeit, die Bussen auch noch nach der Umwandlung bezahlen zu können, wurden durch Vermittlung des Amtes Fr. 234 454.10 einkassiert.

3.6 Verschiedenes

– Vorladungen zum Strafvollzug in einer Haftanstalt	95
– Versand des Fragebogens für die Wahl der Vollzugsart von kurzen Strafen	228
– Aufschub aus medizinischen, beruflichen oder familiären Gründen	12
– Unterbrechung des Strafvollzuges	5
– Ausschreibung im schweizerischen Polizeianzeiger	118
– Ausschreibung im kantonalen Polizeianzeiger	352
– Widerruf im schweizerischen und im kantonalen Polizeianzeiger	425
– Verhaftungen	59
– Versetzungen	73

4. Begnadigungsgesuche

Im Jahre 2002 behandelte der Grosse Rat 5 Begnadigungsgesuche. Alle Gesuche wurden abgewiesen.

5. Strafregister

Das Polizeidepartement hat 2510 Eintragungen von Verurteilten mit Bewährung behandelt, die die Bewährungsfrist erfüllt hatten: in 2241 Fällen (89 %) hat er die Streichung der Eintragung verfügt; in 269 Fällen (11 %) waren die Bedingungen für eine Streichung nicht erfüllt.

V. Zentralgefängnis

1. Personal

Im Jahre 2002 hat der Personalbestand keine Änderung erfahren; er umfasst somit weiterhin 11 Aufseher, 3 Aufseherinnen (2,5 Stellen), 1 Aufseher für den Empfangsdienst, 1 Köchin und 1 Werkstattaufseher (50 %).

2. Insassen

Im Zentralgefängnis werden grundsätzlich folgende Personen beider Geschlechter, Voll- und Minderjährige, untergebracht:

- Untersuchungshäftlinge für die Dauer der Untersuchung;
- Untersuchungshäftlinge nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil;
- Verurteilte bis zu ihrer Überführung in eine Strafanstalt;
- Insassen, die von einem Gefängnis in eine Strafanstalt oder umgekehrt überführt werden;
- Insassen, die Haftstrafen verbüssen;
- Verurteilte, die Strafen bis zu 15 Tagen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- Verurteilte, die Strafen bis zu höchstens sechs Monaten in Form der Halfgefängenschaft verbüssen;
- Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten in Form der Halfreiheit verbüssen (Ende der langen Strafen);
- Verurteilte, die Strafen bis zu drei Monaten im ordentlichen Vollzugssystem verbüssen;
- Personen, die auf Grund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- Insassen auf Grund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht.

2.1 Neueintritte im Jahr 2002

	Schweizer	Ausländer
– Männer	198	517
– Frauen	21	17
Total	219	534

2.2 Hafttage im Jahr 2002

	Schweizer/-innen		Ausländer/-innen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft	653	99	6 588	265	7 605
Haft von Minderjährigen	148	12	505	34	699
Strafvollzug	959	405	1 150	14	2 528
Tageweiser Vollzug	–	6	–	–	6
Halbgefängenschaft	886	25	622	–	1 533
Halbfreiheit	184	–	177	–	361
Zwangsmassnahmen	–	–	1 954	–	1 954
Total	2 830	547	10 996	313	14 686

3. Räumlichkeiten

Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 8 Sektoren, nämlich:

– das Quartier für die Untersuchungshaft der Männer	37 Plätze
– das Quartier für Minderjährige	3 Plätze
– das Quartier für den Gemeinschaftsvollzug	5 Plätze
– das Quartier für die Untersuchungshaft der Frauen	5 Plätze
– das Quartier für den Strafvollzug der Frauen	6 Plätze
– den Sektor für Halbfreiheit	8 Plätze
– den Sektor für das tageweise Vollzugssystem und die Halbgefängenschaft	7 Plätze
– den Sektor für den Vollzug der Zwangsmassnahmen	12 Plätze
Total der verfügbaren Plätze	83 Plätze

4. Beschäftigung der Häftlinge

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Einige der sich in Haft befindenden Personen werden mit Küchen-, Garten-, Unterhalts- und Reinigungsarbeiten beschäftigt. Seit der Einführung des Vollzugs in Form der tageweisen Inhaftierung, der Halbgefängenschaft und der Halbfreiheit wurde die Frage der Beschäftigung von Häftlingen zum grössten Teil gelöst. Die Einstellung eines Werkstattaufsehers (50 %) und die Inbetriebnahme einer Werkstatt haben das Arbeitsproblem für Untersuchungsgefangene, für Personen im Strafvollzug und für Gefangene, die auf Grund der Bestimmungen des Bundes über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht oft mehrere Monate im Gefängnis bleiben müssen, teilweise gelöst.

5. Häftlingsfürsorge

Im Jahre 2002 hat der Direktor 698 Gespräche mit Gefangenen geführt. Die ärztliche Betreuung wird von zwei Ärzten, Dr. Roger Riedo und Dr. Marc-Antoine Gamba, versehen, die 536 Häftlinge untersucht haben. Mehrere

Häftlinge mussten für Analysen, ambulante Behandlungen oder auch für Eingriffe ins Spital überführt werden. Es ist bedauerlich, dass keine kantonale Pflegeeinrichtung in der Lage ist, Gefangene zur Behandlung aufzunehmen und minimale Sicherheit zu gewährleisten. Die Untersuchungsrichter sind deshalb gezwungen, die Angeschuldigten in die Zellenräume der Spitäler Genf oder Bern einzuweisen.

Das Psychosoziale Zentrum und verschiedene Psychiatriefachleute wurden von den Anstaltsärzten für die Behandlung der Alkohol- und Rauschgiftsüchtigen beigezogen. Die Anwesenheit dieser Gruppe von Insassen in einer Anstalt wie dem Zentralgefängnis bereitet weiterhin heikle Probleme, die im Rahmen einer allgemeinen Neuüberprüfung der Situation zusammen mit den betroffenen medizinischen Fachleuten gelöst werden müssen.

Die moralische und geistliche Unterstützung der Häftlinge wird durch die katholischen und reformierten Geistlichen gewährt. Auf Verlangen und im Rahmen der Möglichkeiten wird ein Gottesdienst abgehalten. Ausserdem werden die Insassen auch von Priestern der italienischen und spanischen Mission und von anderen Priestern sowie von Laien besucht.

Im Bedarfsfall kommen die Gefangenen in den Genuss einer beschränkten materiellen Hilfe.

Die Mitarbeiter des Schutzaufsichtsamtes sind, unter anderem, mit der Fürsorge im Zentralgefängnis beauftragt. An drei Nachmittagen in der Woche besuchen sie die Anstalt und treffen alle neu Angekommenen in speziell dafür eingerichteten Räumen. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung bewirkt, und begünstigen die Rückkehr der Häftlinge ins Zivilleben. Sie erleichtern auch die Beziehungen der Insassen zu ihren Familien und den Arbeitgebern.

Mehrere Personen, die vom Justizdepartement in Anwendung des Staatsratsbeschlusses vom 18. November 1986 über die Stellung der Besucher von Gefangenen eine Besuchsbewilligung erhalten hatten, besuchten Häftlinge im Zentralgefängnis, vor allem solche, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mit ihr pflegen.

Jeden Samstag von 15 bis 16 Uhr können Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht

werden. Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, können mit Bewilligung des zuständigen Untersuchungsrichters ebenfalls Besuche empfangen.

VI. Strafanstalten von Bellechasse

Die Tätigkeit der Strafanstalten von Bellechasse bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

VII. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt

Die Tätigkeit des Amtes für Strassenverkehr und Schifffahrt bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

VIII. Kantonale Gebäudeversicherung

Die Tätigkeit der Kantonalen Gebäudeversicherung bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

Militärdepartement

I. Militärverwaltung

1. Personal

Oberstlt Felix Sturny, Kreiskommandant, ist auf den 31.12.2002 in den Ruhestand getreten. Er wird durch Major Claudine Mauron ersetzt, die ihre Funktion am 01.01.2003 antritt.

Zwei Mutationen sind bei den Sektionschefs zu vermerken. Aus Altersgründen sind die Sektionschefs der Sektionen Prez-vers-Noréaz und Wünnwil-Flamatt von ihrem Amt zurückgetreten. Der Posten des Sektionschefs von Prez-vers-Noréaz ist nicht neu vergeben worden und die Sektion Prez-vers-Noréaz wurde mit derjenigen von Autigny zusammengelegt. Der neue Sektionschef von Wünnwil-Flamatt ist Walter Guggisberg.

2. Spezielle Einsätze

Im Hinblick auf Armee XXI hat das Militärdepartement viel zum Erhalt einer wesentlichen Militärpräsenz im Kanton beigetragen. Die Regionalisierung der Zeughäuser wurde konkretisiert. Sie ist wichtiger Bestandteil zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Die Tendenz bestätigt sich, dass die Kasernen La Poya und Drogens in Zukunft einen ähnlichen Belegungsgrad aufweisen sollten wie bis anhin. Dass das Kommando der zukünftigen Logistikbrigade nach Bulle kommt, ist jetzt offiziell. Der wirtschaftliche Beitrag für den Kanton im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen ist offensichtlich.

Im Bereich Kreiskommando wurden die Vorbereitungen zu den Orientierungstagen der Stellungspflichtigen getroffen, damit diese Tage ab Januar 2003 unter den besten Bedingungen durchgeführt werden können. Das Kreiskommando hat zudem aktiv an der Ausarbeitung der Programme für die Aushebungen teilgenommen, die ab Februar 2003 in den Rekrutierungszentren Lausanne (französische Muttersprache) und Sumiswald (deutsche Muttersprache) stattfinden.

Das Büro für Wehrpflichtersatz ist für die Veranlagung vom 2-Jahres-Rhythmus zur jährlichen Veranlagung übergegangen. Der mit diesem Wechsel verbundene Mehraufwand wurde ohne Personalzuwachs bewältigt.

Die Vorsteherin des Kontrollbüros hat in der Arbeitsgruppe des Bundes mitgewirkt, die mit der Ausarbeitung des neuen Software-Programms «PISA 2000» für das Personalbewirtschaftungssystem der Armee beauftragt ist. Die Anpassungen der Hardware des Militärdepartements im Hinblick auf die Einführung von «PISA 2000» wurden realisiert. Die für 2002 geplante Einführung musste verschoben werden. Sie sollte spätestens im Februar 2003 erfolgen.

Die Militärverwaltung hat sich mit dem Problem der Schützengesellschaften Murten und Schmitten befasst, die nicht mehr über einen 300-m-Schiessstand zur Durchführung der obligatorischen Schiesspflicht verfügen. Die schiesspflichtigen Schützen aus Murten konnten auf den

Schiessstand «Aventuries» in Payerne ausweichen und diejenigen aus Schmitten wurden auf verschiedene Schützengesellschaften des Sensebezirks aufgeteilt. Im Rahmen der Einführung der Vorschriften der Lärmschutzverordnung hat die Militärverwaltung in der kantonalen Schiessstandskommission mitgearbeitet, die den betroffenen Stellen im vergangenen November die provisorischen Entscheide zur Schliessung oder Sanierung von 34 300-m-Schiessanlagen im Kanton bekannt gegeben hat.

3. Dienstbetrieb

3.1 Offiziersbeförderung

Der Staatsrat hat folgende Beförderungen in den kantonalen Truppenkörpern vorgenommen:

1 Major
6 Hauptleute
6 Leutnants.

Ausserdem haben der Bundesrat oder das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport und die Militärbehörden anderer Kantone im Freiburgischen Offizierskorps oder unter den im Kanton wohnhaften Offizieren folgende Beförderungen vorgenommen:

14 Oberste
20 Oberstleutnants
18 Majore
18 Hauptleute
10 Leutnants.

3.2 Ausbildungsdienst der kantonalen Formationen

Formation	Periode	Region
Geb Füs Bat 14/15/16 (WK)	02.04.-19.04.02	Lavey, La Lécherette, Simplon
Rttg Kp III/11 (WK)	03.06.-21.06.02	Vers-chez-Perrin
Geb Füs Bat 17 (WK)	09.09.-27.09.02	Saanen, La Lécherette, Neirivue, Zweisimmen, Pierre-du-Moëlle
Ter Rgt 17 (TKK)	03.06.-06.06.02	

Für die kantonalen Einheiten wurden nachfolgende Dispositions- oder Verschiebungs-gesuche vom Militärdepartement behandelt:

Formation	Eingereichte Gesuche	Bewilligte Gesuche	%	abgelehnte Gesuche
Geb Füs Bat 14/15/16	599	564	94	34
Rttg Kp III/11	50	50	100	0
Geb Füs Bat 17	197	185	94	12

3.3 Schiesswesen ausser Dienst

3.3.1 Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommissionen

Sub-kommissionen	Rücktritte	Ernennungen
	31.12.2002	01.01.2003
1 FR Saane	Hptm Alain Sauter (Präs.)	Oberstlt Philippe Nicolet (Präs.)
6 FR Broye	Oblt Daniel Chanez Oblt Eric Rey	Oblt Didier Banderet Adj Christian Wagner

3.3.2 Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehr-schiessen 300 m		Pistolenschiessen 25 und 50 m	
	Oblig. Schiesspflicht Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen	Bundes Programm Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen
2002	15 346	6 876	876	1 442
2001	15 876	7 199	924	1 515
2000	16 303	7 372	869	1 374

Total Jungschützen

2002	912
2001	929
2000	953

3.3.3 Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2002	210
2001	184

3.4 Disziplinar- und Strafwesen

1395 (1070) Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 630 (653) Strafverfügungen.

9 (14) Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch das Generalsekretariat des VBS behandelt; alle wurden von dieser Zweitinstanz abgewiesen.

Der Militärjustiz mussten 45 (18) Fälle überwiesen werden, und 44 (34) Personen wurden zur Ermittlung des Wohnortes im Schweizerischen Polizeianzeiger ausgeschrieben.

3.5 Aushebung

Im Jahre 2002 wurden die Männer des Jahrganges 1983, jene der älteren Jahrgänge, die nicht früher ausgehoben werden konnten, sowie die im Jahre 2000 und 2001 Zurückgestellten zur Rekrutierung aufgeboten. Die ordentliche Aushebung fand in vier Phasen statt:

- vom 11. Februar bis zum 15. Februar 2002 im Seebezirk
- vom 25. März bis zum 5. April 2002 im Sensebezirk
- vom 22. April bis zum 15. Mai 2002 in der Stadt Freiburg, im Saanebezirk und für die Stellungspflichtigen, die die RS vorverschieben wollten
- vom 24. Juni bis zum 11. Juli 2002 im Greyerz-, Glane-, Vivisbach- und Broyebezirk.

Die Nachrekrutierung für Nachzügler und Zurückgestellte wurde vom 28. Oktober bis zum 31. Oktober 2002 in Freiburg durchgeführt.

Sechs Tage wurden zusätzlich benötigt, um nicht ausexerzierte Rekruten neu zu beurteilen sowie sämtliche Rekurse von Stellungspflichtigen zu behandeln, die mit dem Entscheid der sanitärischen Untersuchungskommission am Aushebungstag nicht einverstanden waren.

3.5.1 Ergebnisse der sanitärischen Untersuchung

Bezirk	Ausgehobene	Zurückgestellte	Endgültige Entscheide	Taugliche	Untaugliche	%
Stadt Freiburg	146	6	140	113	27	80,7
Saane-Land	284	25	259	220	39	85,0
Sense	229	9	220	196	24	89,1
Greyerz	183	11	172	138	34	80,2
See	135	9	126	110	16	87,3
Glane	105	6	99	83	16	83,8
Broye	95	6	89	66	23	74,2
Vivisbach	67	4	63	52	11	82,5
Ord. Aush.	1244	76	1168	978	190	83,7
Nachrekrut.	106	1	105	54	51	51,4
Total 2002	1350	77	1278	1032	241	81,0
Total 2001	1357	100	1257	1041	216	82,8
Total 2000	1312	89	1223	1087	136	88,8

3.5.2 Verteilung der Rekruten, die dem Kanton zum Aufbieten in die RS zugeteilt wurden

Waffengattung	Französisch-sprechende	Deutsch-sprechende	Total	%
Infanterie	192	128	320	31,0
MLT	62	27	89	8,4
Artillerie	58	15	73	7,0
Fliegertruppen	23	10	33	3,2
Fliegerabwehrtruppen	32	19	51	4,9
Genietruppen	65	18	83	8,0
Übermittlungstruppen	64	27	91	8,7
Sanitätstruppen	42	20	62	6,0
Veterinärtruppen	8	–	8	0,8
Versorgungstruppen	51	15	66	6,4
Rettungstruppen	35	7	42	4,3
Materialtruppen	35	18	53	5,1
Transporttruppen	39	22	61	6,8
Total 2002	706	326	1 032	100,0
Total 2001	721	320	1 041	100,0
Total 2000	752	335	1 087	100,0

3.5.3 Turnprüfung an der Aushebung

Es wurden 1070 (1068) Stellungspflichtige geprüft, während 299 oder 21,8 % aus ärztlichen Gründen von der Turnprüfung dispensiert wurden. Nachstehend die Resultate dieser Turnprüfungen:

sehr gut:	329 oder 30,7 % (33,2 %)
gut:	460 oder 42,9 % (39,3 %)
genügend:	247 oder 25,0 % (29,2 %)
ungenügend:	34 oder 3,1 % (2,5 %)

Durchschnitt pro Aushebungskreis:

Kr 7a FR f	280,7 Punkte (285)
Kr 7b FR d	287,1 Punkte (277)
Kantonsdurchschnitt	283 Punkte (281).

3.5.4 Nicht ausexerzierte Rekruten

Im Jahre 2002 wurden 109 (194) vorzeitig aus der RS entlassene Rekruten vor eine UCR aufgeboten. 24 (23) wurden

tauglich und 74 (151) untauglich erklärt. 11 (20) wurden für ein oder zwei Jahre zurückgestellt.

3.5.5 Waffenloser Dienst

Es wurden 10 Gesuche für waffenlosen Dienst eingereicht. Alle Gesuche wurden von eingeteilten Angehörigen der Armee eingereicht. Drei Gesuche wurden bewilligt und sechs abgelehnt. Ein Fall wurde an eine UC zwecks einer Neubeurteilung der Tauglichkeit überwiesen.

3.5.6 Ziviler Ersatzdienst

Anlässlich der Aushebung haben 25 Stellungspflichtige die Absicht geäußert, zivilen Ersatzdienst zu leisten. Im Jahre 2002 hat das Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit, Abteilung Zivildienst, zuständig für die Behandlung der Gesuche, deren 35 von Stellungspflichtigen und Angehörigen der Armee, die in unserem Kanton wohnhaft sind, geprüft. 33 Gesuche wurden bewilligt und deren zwei abgelehnt.

3.6 Rekrutenschulen

3.6.1 Anzahl Rekruten

1407 (1480) Rekruten des Jahrgangs 1982 und ältere wurden in die Rekrutenschule aufgeboten. 89 (132) Rekruten haben zudem die Rekrutenschule auf eigenen Wunsch vorverschoben.

3.6.2 Bestandesverlust während der RS

Von insgesamt 1407 (1480) in die verschiedenen Rekrutenschulen aufgebotenen Rekruten mussten 152 (135) oder 10,8 % vorzeitig entlassen werden. Drei aufgebotene Rekruten sind unentschuldigt nicht eingerückt.

3.7 Entlassung aus der Wehrpflicht

916 Angehörige der Armee des Jahrgangs 1960 wurden auf den 31. Dezember 2002 aus der Wehrpflicht entlassen. Jeder Entlassene erhielt einen Ehrensold und die Gemeinden haben ihrerseits das traditionelle Essen offeriert.

Die Staboffiziere des Jahrgangs 1950 und die Hauptleute und Subalternoffiziere des Jahrgangs 1960, insgesamt 60 Offiziere, wurden aus der Wehrpflicht entlassen. Anlässlich eines Rapports, der vom Militärdirektor präsidiert wurde, wurden diese Offiziere verabschiedet.

4. Sektor Wehrpflichtersatz

Nach Einführung der einjährigen Gegenwartsbemessung (Postnumerando) durch den Kanton Freiburg sind in erster Instanz 11 215 Ersatzpflichtige provisorisch auf Basis des steuerbaren Einkommens der vorangehenden Steuerperiode veranlagt worden. Später sind, auf Grund des steuerbaren Einkommens der direkten Bundessteuer 2001, 9531 definitive Veranlagungsverfügungen vorgenommen worden.

Wegen des neuen Besteuerungssystems sowie der Änderung der Steuerperiode (Veranlagung provisorischer und definitiver Veranlagungen) zeichnet sich eine Erhöhung der eingeforderten Ersatzabgabe sowie der durchschnittlichen Ersatzabgabe pro Ersatzpflichtiger von 11 % ab. Jedoch ist der Einzug der Wehrpflichtersatzabgabe verzögert,

was einerseits zu einer wesentlichen Erhöhung der noch offenen Beträge bis zum 31. Dezember 2002 führt und andererseits einen Mangel auf dem Gebiet der Einforderungen der Verwarnungsspesen zur Folge hat. Tatsächlich werden diese erst nach abgelaufener Zahlungsfrist der definitiven Veranlagung und einer ersten Mahnung eröffnet.

Diese Erneuerungen haben eine Mehrarbeit verursacht, die dank sehr gut ausgebildetem Personal, guter Planung der Fälligkeiten und optimalem Informatiksystem gut beherrscht worden sind.

4.1 Bezug

	2002	2001
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen in der Schweiz	6 008 073.85	5 337 371.25
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen im Ausland	1 871.20	350.35
Bruttoertrag	6 009 945.05	5 337 721.60
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	132 411.80	110 376.10
Reinertrag	5 877 533.25	5 227 345.50
Anteil des Bundes (80 %)	4 702 026.60	4 181 876.40
Anteil des Kantons (20 %)	1 175 506.65	1 045 469.10

4.2 Statistik

	2002	2001
Provisorische Veranlagungsverfügungen	11 215	—
Definitive Veranlagungsverfügungen	9 531	—
Durchschnittliche Ersatzabgabe Fr.	543.40	480.75

Ersatzpflichtige ohne Veranlagung

Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	1 790	1 791
Im RIPOL ausgeschrieben	66	33

Arten der Ersatzpflicht (Ersatzjahr 2001)

Wegen Militärdienstversäumnis		
Ersatzpflichtige	681	823
Militärisch nicht eingeteilte		
Ersatzpflichtige	1 724	1 354
Im Zivilschutz eingeteilte		
Ersatzpflichtige	11 142	11 095
In einem Feuerwehrcorps eingeteilte		
Ersatzpflichtige	737	747
Wegen Versäumnis des Zivildienstes		
Ersatzpflichtige	21	3
Rückstände	1 171 458.70	748 316.80
Annullierte Ersatzabgaben	3 191.40	3 440.10
Erlassene Ersatzabgaben	12 276.05	70 366.20
Verjährte Ersatzabgaben	715.00	2 518.60
Betrag der Verlustscheine	134 203.10	114 920
Rückerstattungsentscheide (ASR)	275	253
Rückzahlungsentscheide (ASR)	500	308
Auslandurlaube – Prüfung der Ersatzpflicht	106	91
Ratenzahlungsentscheide (sämtliche Jahre)	740	722
Nicht eingehaltene, annullierte Ratenzahlungsentscheide	188	197

	2002	2001
Erlassentscheide	50	229
Einsprachen	547	412
Beschwerden an das Verwaltungsgericht	4	2
Mahnungen	2 693	2 435
Verwarnungen	188	1 208
Letzte Mahnungen vor		
Betreibungsbegehren	192	968
Betreibungsbegehren (sämtliche Jahre)	188	619
Anzeigen wegen Verfügung über mit Beschlagnahmegericht		
belegte Vermögenswerte	15	17
Gesuche um Aufhebung des		
Rechtsworschlages	27	46
Fortsetzungsbegehren	531	575
Verwertungsbegehren	5	5
Eingaben beim Konkursamt	6	10
Vorschuss von Betreibungskosten	61 665.60	64 006.25

5. Sektor Gesamtverteidigung

5.1 Besondere administrative Vorbereitungen

Der Sektor Gesamtverteidigung hat die im Jahre 2002 durch die Verantwortlichen der Führungs- und Einsatzgruppen angekündigten Mutationen durchgeführt. Diese werden mit dem Alarm- und Aufgebotssystem AMWA-T mobilisiert. 50 der 150 Gruppen, die diesem System angehören, wurden probeweise alarmiert und aufgeboten. Er hat ebenso den Bestand der katastrophen- und kriegswichtigen Telefonteilnehmer aufgenommen. Diese wurden ihm durch die Freiburger Gemeinden mitgeteilt.

Der Sektor Gesamtverteidigung hat die Verwaltung der Anlagen sichergestellt, die dem Kanton für die Führung bei einem ausserordentlichen Ereignis zur Verfügung stehen. Die gesamte Übermittlungsanlage des KP der Regierung wurde im Januar 2002 überprüft.

Der Sektor Gesamtverteidigung war zudem in folgenden Kommissionen oder Arbeitsgruppen vertreten:

- Polycom
- Konzept Sanität ORKAF
- Psychologische Empfangsgruppe ORKAF
- Unterkunft für Asylsuchende bei ausserordentlichen Ereignissen

5.2 ORKAF-Vorbereitungen

Das Konzept «eingeschränkter ORKAF», das die Führungs- und Einsatzgrundsätze der Einsatzformationen in Situationen regelt, bei denen ein Auslösen des gesamten ORKAF-Planes nicht notwendig ist, wurde vom Staatsrat genehmigt.

Das Einsatzdossier ORKAF für die Expo.02 wurde vorbereitet und dem Stab Sicherheit der Artepilger Murten vorgestellt. Der Verantwortliche des ORKAF war ausserdem dem Polizeiposten Domdidier angegliedert. Er war für die Planung und die Führung der öffentlichen Sicherheitsaufgaben während der Expo.02 verantwortlich.

5.3 Übungen ORKAF

Auf Grund des umfangreichen Einsatzes des Sektors Gesamtverteidigung an der Expo.02 wurden die im Jahre 2002 vorgesehenen Übungen auf das Jahr 2003 verschoben.

Im vergangenen November wurde lediglich die Übung «Capito» zur Überprüfung der Verbindungen zwischen Bund und Kanton im Falle eines ausserordentlichen Ereignisses erfolgreich durchgeführt.

5.4 Reale Einsätze des ORKAF

Der Kanton wurde im Jahre 2002 mit keinen Ereignissen konfrontiert, bei denen ein Auslösen des ORKAF oder eingeschränkter ORKAF nötig war.

Bestimmte Einsatzformationen (Hilfskolonnen, Rettungsmannschaften) wurden mit Hilfe des Alarm- und Aufgebotssystem AMWA-T anlässlich von kleineren Ereignissen in den Bergen und auf den Seen alarmiert.

II. Zeughaus und Kasernen

A. Zeughaus

1. Personal

Am 31. Dezember 2002 betrug der Personalbestand 39,7 Personen, wovon 7,2 in der Administration (4 Teilzeitbeschäftigte und 1 Lehrling) und 32,5 (3 Teilzeitbeschäftigte) im Betrieb tätig sind.

2. Allgemeine Verwaltung

- Das Zeughaus verwaltet die Depots des Zeughauses sowie diejenigen für Munition und Betriebsstoff in seinem Sektor. Dazu kommen wichtige Depots für Munitionsreserven.
- Es führt und unterhält die Liegenschaften und das dem Kanton und der Eidgenossenschaft gehörende Mobiliar.
- Es verwaltet, lagert und unterhält das Einsatzmaterial von 9 Stäben und Einheiten, das Instruktionsmaterial der Rekrutenschulen des Waffenplatzes sowie einen Materialpool für 3 Bataillone.
- Es unterhält einen grossen Teil inaktiviertes Material.
- Es stellt die Anfertigung von Ausrüstungsgegenständen sicher. Dieser Anteil entspricht prozentual den Ausgehobenen, die der Kanton stellt.

3. Einsatz- und Ausbildungsmaterial, Munition

Das Zeughaus erledigte 2002 auf Kosten der Eidgenossenschaft die Vorbereitung, Abgabe und Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft des Materials und den Unterhalt:

- a) des Einsatzmaterials von 18 Stäben und Einheiten für ihre WK;
- b) des Ausbildungsmaterials von 2 Unteroffiziersschulen und von 9 Kompanien aus den Rekrutenschulen;

- c) des Ausbildungsmaterials für 9 Spezialkurse;
 d) des Armeematerials für ausserdienstliche Tätigkeit und Spezialkurse von 5 militärischen Vereinen und Sportgruppen;
 e) von 1212 Jungschützengewehren für 92 Gesellschaften.

4. Ausrüsten von Angehörigen der Armee

- Das Zeughaus rüstete die Rekruten und Unteroffiziere der Infanterie-, Aufklärungs-/Übermittlungsschulen 13/213 in Freiburg aus (9 Kp) ebenso diejenigen der Ter

Inf RS 2 (1 Kp), der Pzaw RS 16/216 (3 Kp) und der Spit RS 48/248 (2 Kp) in Drogens.

- Es retablierte die persönliche Ausrüstung von Truppen, die ihren Dienst im Kanton versahen.
- Es führte die Arbeiten anlässlich der Entlassungen aus der Militärdienstpflicht in den Bezirkshauptorten durch. Insgesamt wurden 916 AdA entlassen.
- Das Zeughaus hat Umrüstungen auf das Stgw 90 vorgenommen.

5. Spezielle Arbeiten in den Werkstätten

	Werkstatt/ Abteilung	2002 Stück/Gewicht
<i>5.1 Unterhalt, Reparaturen, Änderungen</i>		
Schwere und Kollektivwaffen	Waffenmech.	182
Persönliche Waffen, Zubehör	Waffenmech.	10 459
Verschiedenes Material (Benzinvergaser, Petromax usw.)	Schmiede	163
Besondere Aggregate (Hubstapler usw.)	MWD	185
Motorfahrzeuge (Haflinger, Bus usw.)	MWD	9
Optische, Übermittlungsgeräte usw.	Übermittl.	2 669
Fahrräder	Fahrräder	287
Sattlerartikel, Zelte, Bastsättel	Sattlerei	52 853
<i>5.2 Reinigung/Reparaturen von verschiedenen Gegenständen</i>		
Für Einsatz- und Ausbildungsmaterial	Wäscherei/PA	1 703
Für Kasernen und verschiedene Anstalten	Wäscherei/PA	18 783
Total der Reinigungen	Wäscherei	11,251 t
<i>5.3 Lagerung, Handhabung und diverse Verschiebungen</i>		
Ausrüstung von Rekruten und Uof		1 830
Betriebsstoff (an Truppe und Verwaltung)	3 Tankstellen	373 573 l
Munition ober- und unterirdische Depots)	Munition	682 t
SBB: Total der Empfänge/Speditionen	Spedition	1 423 t
SBB: Durchschnitt pro Werktag	Spedition	5,9 t
PTT: Total der Empfänge/Speditionen	Spedition	1 382
Cargo Domizil: Total der Empfänge/Speditionen	Paletten	3 240

6. Anfertigung von Armeematerial/Heimarbeiten

Das Zeughaus liess seinen Teil an neuen Effekten herstellen und lieferte diese dem Bund ab,

- insgesamt 8930 Sattlerartikel (Gefechtspackungen usw.)

Um die grossen Kleiderreserven abzubauen, ist die Kleiderkonfektion für die nächsten Jahre stillgelegt.

Folgende Beträge wurden für Heimarbeit ausbezahlt:

Art der Arbeit	Personen / Betriebe	Fr. 2001	Fr. 2002
Anfertigung von Kleiderkonfektion	0 Betriebe	0.00	0.00
Anfertigung von Lederwaren	6 Sattler	358 865.10	74 231.75
Chemische Reinigungen	2 Betriebe	10 334.90	11 766.90
Diverse Arbeiten durch Behindertenheime	2 Werkstätten	1 028.20	5 941.65
Total der Heimarbeiten		370 228.20	91 940.30

7. Ausbildung

- Das Personal der Verwaltung wurde auf verschiedenen SAP-Modulen weitergebildet.
- Die Kader haben Seminare zur Einführung des Prozessmanagements besucht.
- Das Werkstatt-Personal hat verschiedene Kurse absolviert, besonders zur Einführung der neuen Übermittlungsgeräte, zum Transport von Gefahrgütern und zur Führung von Umschlaggeräten.
- Insgesamt wurden etwa 1000 Stunden für die Ausbildung des Personals aufgewendet.

8. Gebäude, Installationen und Depots

- Die Mauer und die Einzäunung längs der Zeughausstrasse wurden saniert.
- Die Textilwerkstatt wurde aufgehoben. In diesen Räumen wurden im Hinblick auf die Regionalisierung Büroräume eingerichtet.
- Das neue Zeiterfassungssystem «ADASOFT», das im Dezember 2001 eingeführt wurde, funktioniert und seine Anwendung hat keine grösseren Schwierigkeiten mit sich gebracht.
- Das Lager Zeughaus Belfaux, Eigentum des Kantons, wurde dem Gebäudedepartement zurückgegeben.

9. Rückerstattungen durch den Bund

Die Höhe der Vergütungen des Bundes wird aufgrund der erbrachten Leistungen errechnet. Der Bund trägt 92,67 % der Lohnkosten und der daraus entstehenden Soziallasten.

10. Regionalisierungsprojekt der Zeughäuser Bulle, Freiburg und Payerne

- Die 2001 begonnenen Planungen wurden im Frühjahr 2002 fortgesetzt und das Grobkonzept der Regionalisierung wurde den Staatsräten/Militärdirektoren der Kantone Waadt und Freiburg im Mai 2002 vorgelegt.
- Ab Sommer 2002 wurden die Kaderstellen ausgeschrieben und die entsprechenden Anstellungen erfolgten Oktober/November 2002.
- Der neu geschaffene Betrieb, ab 01.01.03 mit einem eidgenössischen Status, heisst «Zeughäuser und Waffenplätze Region Freiburg/Broye (Freiburg)». Der Stammbetrieb mit der Direktion ist in Freiburg und die Zeughäuser Bulle und Payerne wurden Filialbetriebe.
- Mit Ausnahme von zwei Stellen behält das kantonale Personal seinen Status. Es ist zu erwähnen, dass die Bundesgesetzgebung für das Personal des Bundesamtes für Betriebe des Heeres in folgenden Bereichen zur Anwendung kommt: Arbeitsdauer, Arbeitszeit, dienstfreie Tage, Nachtdienst, Überzeitarbeit, Pikettdienst, besondere Dienstleistungen, Ferienanspruch, bezahlte Kurzurlaube, unbezahlter Urlaub und Regelungen für ein öffentliches Amt sowie die damit verbundenen Entschädigungen.

- Die Vereinbarung über die Regionalisierung zwischen der Eidgenossenschaft und dem Kanton Freiburg wird im Laufe des Jahres 2003 unterschrieben.

B. Kasernen

1. Allgemeine Verwaltung

Das Zeughaus verwaltet auf Kosten des Kantons die Kaserne La Poya, das Lager Schwarzsee und eine unterirdische Anlage des Bundes (CIN). Ebenso verwaltet es die Anlagen, die zum Waffenplatz gehören und sich im Besitze des Bundes befinden (Schiessplatz Chésopelloz, la Cua, Schiffenen, Exerzierplatz Moncor).

Es kümmert sich ebenfalls um den Betrieb des unterirdischen ACC, das vom Militärdepartement verwaltet wird.

2. Belegungstage

	2001	2002
Kaserne la Poya	87 224	97 830
Lager Schwarzsee	56 107	40 390*
CIN (Truppenunterkunft)	2 708	1 990
Total	146 039	140 210

*davon 29 301 Tage durch zivile belgische Ferienlager und 5397 Tage durch 6 Schulen und 12 Sportvereine. Verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen ergeben 1967 Belegungstage. Die militärischen Belegungen waren im Jahr 2002 mit 3725 Belegungstagen äusserst gering.

3. Kaserne La Poya

3.1 Bestand

Der Personalbestand beträgt 6 ständige Angestellte und 4 Aushilfskräfte. Dazu kommt 1 Bundesangestellter, der dem Zeughaus unterstellt ist.

3.2 Allgemeine Verwaltung

Ein neues automatisches Eingangstor wurde installiert. Es ist vorgesehen, dass dieses Tor mit Magnetkarten bedient werden kann und somit den Zugang zur Tankstelle erlaubt.

Die Zapfsäulen der Tankstelle wurden ersetzt.

Die Gemeinde Freiburg hat den Fussweg längs der Kaserne instand gesetzt.

Die starken Regenfälle vom 31. August haben im Untergeschoss der Kaserne Schäden in der Höhe von 50 000 Franken verursacht.

4. Lager Schwarzsee

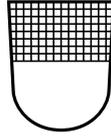
4.1 Bestand

Der Personalbestand beträgt 1 Vollzeit-Angestellter und 3 Teilzeitbeschäftigte.

4.2 Allgemeine Verwaltung

In der Küche wurden 2 Steamer installiert.

Die Fassaden der Essräume beim Gebäude «A» wurden isoliert und instand gesetzt.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2002

Direktion des Innern und
der Landwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Direktion	3	Landwirtschaftsdepartement	18
I. Gesetzgebung	3	I. Förderung der Landwirtschaft	18
II. Allgemeines	4	II. Verwaltung der Staatsreben	22
III. Personal	4	III. Veterinäramt	23
IV. Streitsachen	4	IV. Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg LIG	24
V. Kantonale Behörde für Grundstückverkehr	5	V. Kantonales Meliorationsamt	26
VI. Kommission für Grundstückerwerb	5		
VII. Kommission und Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen ...	5	Amt für Wald, Jagd und Fischerei	30
		Wald	30
Departement des Innern	7	Wild, Jagd und Fischerei	34
I. Ausübung der bürgerlichen Rechte	7		
II. Einbürgerungen	7		
III. Oberämter	8		
Gemeindedepartement	15		
1. Allgemeines	15		
2. Personal	15		
3. Oberaufsicht und damit verbundene Beschlüsse	15		
4. Buchhaltung	15		
5. Gemeindeverbände	15		
6. Beratende Tätigkeiten	15		
7. Beziehung zwischen den Kirchen und dem Staat	16		
8. Übrige Zusammenarbeit	16		
9. Statistik	17		

Direktion

Die Zahlen des Rechenschaftsberichts 2001 stehen in ().

I. Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion des Innern und der Landwirtschaft fallen, sind in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) geordnet:

1. Gesetze und Dekrete

- Dekret vom 20. März 2002 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 12. Juni 2002 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 17. September 2002 über den Zusammenschluss der Gemeinden Bondefontaine, Essert, Montévraz, Oberried, Praroman und Zénauva
- Dekret vom 17. September 2002 über den Zusammenschluss der Gemeinden Avry-devant-Pont, Le Bry und Gumefens
- Dekret vom 17. September 2002 über den Zusammenschluss der Gemeinden Gurmels, Guschelmuth, Liebistorf und Wallenbuch
- Dekret vom 17. September 2002 über den Zusammenschluss der Gemeinden Ecasseys, Estévenens, La Joux, Liefrens, La Magne, Sommentier, Villariaz und Vuisternens-devant-Romont
- Gesetz vom 17. September 2002 zur Änderung des Gesetzes über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke
- Dekret vom 17. September 2002 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 17. September 2002 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Änderung des Konkordats über die Schweizerische Ingenieurschule für Landwirtschaft
- Gesetz vom 19. September 2002 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Pflanzenschutz
- Dekret vom 14. November 2002 über den Zusammenschluss der Gemeinden Estavayer-le-Gibloux, Rueyres-Saint-Laurent, Villarlod und Villarsel-le-Gibloux
- Dekret vom 14. November 2002 über den Zusammenschluss der Gemeinden Courtaman und Courtepin
- Gesetz vom 14. November 2002 zur Änderung des Gesetzes über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke
- Dekret vom 12. Dezember 2002 über die Einbürgerungen

2. Verordnungen und Reglemente

- Dekret vom 12. Dezember 2002 über eine Finanzhilfe an die freiburgische Milchwirtschaft
- Verordnung vom 7. Januar 2002 über das Waldreservat La Souche auf dem Gebiet der Gemeinde Arconciel
- Verordnung vom 29. Januar 2002 zur Änderung des Beschlusses über die Klassifikation der Gemeinden für die Jahre 2001 und 2002
- Verordnung vom 4. Februar 2002 zur Änderung des Beschlusses über die Bedingungen des Alpauftriebs
- Verordnung vom 9. April 2002 über die Bekämpfung des Borkenkäfers im Jahr 2002
- Verordnung vom 14. Mai 2002 über das Waldreservat En Biffé auf dem Gebiet der Gemeinden Botterens, Châtel-sur-Montsalvens und Villarbeney
- Verordnung vom 10. Juni 2002 zur Verlängerung des Beschlusses über die finanziellen Beteiligungen und die Gebühren für die Entsorgung tierischer Abfälle
- Verordnung vom 10. Juni 2002 zur Verlängerung des Beschlusses über die Prämien der Kantonalen Viehversicherungsanstalt und die Höchstschätzung der versicherten Tiergattungen
- Verordnung vom 10. Juni 2002 zur Änderung des Reglements über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume
- Verordnung vom 10. Juni 2002 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Jagd
- Verordnung vom 10. Juni 2002 über die Ausübung der Jagd während der Jagdsaison 2002/03
- Verordnung vom 2. Juli 2002 über die Schulgelder, die Gebühren und die übrigen Kosten des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIGGebV)
- Reglement vom 2. Juli 2002 der Konsultativkommission für die Ausbildung in bäuerlicher Hauswirtschaft (KABHR)
- Reglement vom 2. Juli 2002 der Konsultativkommission für die Ausbildung in Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie (KAMLR)
- Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz
- Verordnung vom 16. September 2002 über die Klassifikation der Gemeinden für die Jahre 2003 und 2004
- Verordnung vom 14. Oktober 2002 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Patentfischerei in den Jahren 2001, 2002 und 2003
- Verordnung vom 29. Oktober 2002 über die Regulierung des Wildschweinbestandes in einem Wildschutzgebiet

- Verordnung vom 5. November 2002 über den kantonalen Sömmerungsbeitrag für 2002
- Verordnung vom 3. Dezember 2002 zur Änderung des Beschlusses über Beiträge für Massnahmen zur Verhütung und Behebung von Waldschäden und für den Waldbau A
- Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Bekämpfung des Borkenkäfers
- Verordnung vom 9. Dezember 2002 über das Waldreservat En Allières auf dem Gebiet der Gemeinde Hauteville.

II. Allgemeines

Neben den Aktivitäten der einzelnen Bereiche, die in den entsprechenden Kapiteln aufgeführt werden, behandelte die Direktion des Innern und der Landwirtschaft (die Direktion) die folgenden wichtigen Dossiers und nahm insbesondere die folgenden Aufgaben wahr:

- 1) Totalrevision der Staatsverfassung: Der Begleitausschuss, der administrativ der Direktion zugewiesen ist und von ihrem Vorsteher präsiert wird, hat auf Anfragen der Sachbereichskommissionen des Verfassungsrats hin mehrfach Auskunft erteilt, insbesondere im sprachlichen Bereich. Er verfolgte aufmerksam den Stand der Arbeiten und war vor allem mit der Erstellung eines Dispositivs und der Ausarbeitung der Modalitäten beschäftigt, die es dem Staatsrat ermöglichen sollten, sich uneingeschränkt dem Verfassungsvorentwurf zu widmen, der im Frühling 2003 in eine breite Vernehmlassung gegeben werden soll.
- 2) Gemeinden: Das Schwergewicht lag erneut auf den Gemeindezusammenschlüssen. Ein weiterer Schwerpunkt stellte die Weiterführung des Projekts zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden dar. Zu erwähnen sind insbesondere die Mitarbeit an der Studie zur Reform der Einrichtungen des kantonalen Gesundheitswesens (Spitäler, Pflegeheime, spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe) und zu den damit verbundenen Kosten durch die mit der Untersuchung der möglichen Auswirkungen beauftragte Arbeitsgruppe. Eine Projektoberleitung und eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektorin wurden eingesetzt. In ihrem Bericht, dessen Ausarbeitung bald abgeschlossen sein dürfte, wird das aktuelle System ausgewertet und auf mögliche strukturelle, organisatorische und finanzielle Konsequenzen der verschiedenen Varianten der vorgesehenen Reform eingegangen, genauer gesagt der Neuverteilung der Aufgaben, der Kosten und der Entscheidungsbefugnis zwischen Kanton und Gemeinden. Schliesslich wurde infolge der Schwierigkeiten in mehreren Gemeinden, insbesondere in Bezug auf den Gemeinderat, entschieden, das Kapitel über die Aufsicht des Gesetzes über die Gemeinden zu revidieren.
- 3) Landwirtschaft: Die Totalrevision des Gesetzes über die Viehversicherung mündete im Entwurf zu einem Gesetz über die Nutztiersversicherung. Der Staatsrat verabschiedete diesen Entwurf. Der Grosse Rat wird ihn 2003 in seiner ersten Session behandeln, nachdem er von der parlamentarischen Kommission bereits geprüft wurde. Zu erwähnen ist insbesondere die Unterstützung des Kantons zugunsten der freiburgischen Milchwirtschaft, die sich nach dem Konkurs des Milchverarbeitungsunternehmens Swiss Dairy Food in einer unerwarteten und sehr beunruhigenden Lage befand. Im Einvernehmen mit den Kantonen Bern, Waadt und Neuenburg gewährte der Staat Freiburg dem Milchverband «Prolait», der die Verbände aus den vier Kantonen umfasst, ein zinsloses Darlehen in der Höhe von 4 Millionen Franken und einen Beitrag à fonds perdu von 1,5 Millionen Franken. Der Grosse Rat ermächtigte den Staatsrat auch, in Anwendung der Bundesgesetzgebung zugunsten der wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete eine Bürgschaft von bis zu 8 Millionen Franken abzuschliessen. Die staatliche Hilfe unterstützt das Projekt «Prolait-Cremo», durch das in erster Linie der Milchmarkt in der Westschweiz, insbesondere im Hinblick auf die von den Bundesbehörden vorgesehene Liberalisierung der Milchkontingentierung, umstrukturiert werden soll.
- 4) Forsten: Das zuständige Amt widmete sich hauptsächlich der Bekämpfung des Borkenkäfers. Der Borkenkäferbefall wurde durch die vom Sturm Lothar im Dezember 1999 verursachten Schäden begünstigt. Die Gründung von Revierkörperschaften, eine andere wichtige Tätigkeit, wurde fortgesetzt. Schliesslich wurde ein Vorentwurf für eine Verordnung über die Wildhut und die Aufsicht über die Fischerei und die Flora ausgearbeitet, mit der diese Aufgabe besser organisiert werden soll.

III. Personal

Keine Änderung.

IV. Streitsachen

Die Direktion beurteilt grundsätzlich Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstehenden Dienststellen (Art. 116 Abs. 1 VRG) sowie alle anderen Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist.

Erledigte Beschwerden: 26

Hängige Beschwerden am 31.12.2002: 17

Die Direktion hat ausserdem zwei Fälle von Haftpflichtansprüchen im Hinblick auf die Vorbereitung der Stellungnahme des Staatsrats instruiert.

In seiner Eigenschaft als Aufsichtsbehörde über die Anwendung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) prüfte der Direktor des Innern und der Landwirtschaft sämtliche erstinstanzlichen Entscheide der Behörde für Grundstückverkehr (vgl. Punkt V).

V. Kantonale Behörde für Grundstückverkehr

1. Bäuerliches Bodenrecht

Die kantonale Behörde für Grundstückverkehr (BGV), deren Sekretariat von dem dem Generalsekretariat der Direktion des Innern und der Landwirtschaft administrativ zugewiesenen Personal wahrgenommen wird, ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht beauftragt.

Sie behandelte 483 (488) Gesuche, wovon:

- 320 Entscheide in Bezug auf die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und zum Erwerb eines landwirtschaftlichen Gewerbes oder Grundstücks (Art. 60 BGBB)
- 120 Entscheide in Bezug auf die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bäuerliche Bodenrecht
- 37 Entscheide zur Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB)
- 6 Entscheide in Bezug auf eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB).

Gegen 5 Entscheide wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

2. Landwirtschaftliche Pacht

Gemäss den Aufgaben, die ihr durch das Ausführungs-gesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht übertragen sind, hat die Behörde für Grundstückverkehr 91 (98) Gesuche behandelt, d.h.

- 24 Gesuche um Verkürzung der Pachtdauer
- 2 Gesuche um Festsetzung des zulässigen Pachtzinses
- 12 Gesuche um parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben
- 48 Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben.

Sie hat ausserdem 5 Einsprachen des Landwirtschaftsdepartements gegen den Pachtzins gutgeheissen und in 5 Fällen den Pachtzins gesenkt.

Diese Dossiers wurden in 14 Plenarsitzungen und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (Präsidialentscheide) behandelt.

VI. Kommission für Grundstückerwerb

Da das Sekretariat dieser Kommission in das Meliorationsamt verlegt wurde, ist ihr Bericht im Kapitel über dieses Amt zu finden (siehe Landwirtschaftsdepartement, Punkt V.)

VII. Kommission und Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen

Das Gleichstellungsbüro ist ein Beratungs-, Auskunfts-, Informations-, Förderungs-, Vollzugs- und Kontrollorgan für alle Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann und der Familienpolitik.

Das Gleichstellungsbüro hat insbesondere folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Weiterführung des Projekts «Motivationspraktika für Mädchen in geschlechtsatypischen Berufen», das in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Amt für Berufsbildung und dem Amt für Schul- und Berufsberatung durchgeführt wird; Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Freiburg für Praktika in geschlechtsatypischen Berufen; Organisation des Tags der Gleichstellung im Erwerbsleben und eines Informationsstands im Rahmen des Dorfes der Berufe an der Freiburger Messe mit einer Podiumsdiskussion zum Thema «*Frauen und Männer in allen Berufen: Welche Barrieren gibt es noch?*»; Organisation und Mitwirkung zum zweiten Mal in Folge bei der nationalen Kampagne 16plus «Tochtertag»;
- Veröffentlichung der Akten der Tagung 2000 «Gewalt in Ehe und Partnerschaft im Kanton Freiburg» in zwei Sprachen;
- Koordination einer interdisziplinären Arbeitsgruppe (Polizei, Gerichtsbehörden, Sozialdienste, Gesundheit, Opferhilfe, Oberämter) zum Thema häusliche Gewalt (4 Sitzungen); Mitwirkung in der Arbeitsgruppe «Gewalt» der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten;
- Veröffentlichung der quantitativen und qualitativen Studie «Schulergänzende Kinderbetreuung im Kanton Freiburg in zwei Sprachen: Bedürfnis, Angebot und Perspektiven» in Zusammenarbeit mit dem Institut für Familienforschung und -beratung der Universität Freiburg und Pro Familia Freiburg; Organisation einer Informationssitzung zum Impulsprogramm des Bundes zur Anstossfinanzierung für neue Strukturen der Kinderbetreuung und Einladung der interessierten Kreise;
- Verteilung der von der lateinischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten in Auftrag gegebenen Studie «Kindertagesstätten rentieren – wenn sie fehlen, verursachen sie Kosten» an ein breites Publikum;
- Organisation von Plenarsitzungen (6 Sitzungen) und 4 Arbeitsgruppen (18 Sitzungen), sowie das Präsidium und Vizepräsidium der kantonalen Kommission für eine globale Familienpolitik; Organisation der Mitwirkung von zwei Expert/innen;
- Organisation eines Kurses zum Thema Mobbing für Vertrauenspersonen, die damit beauftragt sind, die Opfer sexueller Belästigung innerhalb der Verwaltung zu beraten und zu unterstützen;

- Lancierung eines Wettbewerbs für die Studenten der Schule für Multimedia und Kunst in Freiburg zur Gestaltung eines Logos; Vergabe der Preise an die sechs ausgewählten Projekte;
- Führung des Sekretariats des Klubs für Familienfragen;

Das Büro führt ausserdem das Sekretariat der Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten wegen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts im Erwerbsleben (Gleichstellungsgesetz des Bundes). Letztere kam fünfmal zusammen, um zwei Fälle zu behandeln, die ihr vorgelegt wurden.

Das Büro führt auch das Sekretariat der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. Die Kommission berät das Büro und unterstützt es in seiner Arbeit. Sie ist zudem Bindeglied zwischen dem Büro und den interessierten Vereinigungen. Sie hielt vier Plenarsitzungen ab; die Delegation kam ebenfalls viermal zusammen, um die laufenden Geschäfte zu erledigen.

Departement des Innern

I. Ausübung der bürgerlichen Rechte

1. Wahlen

2002 fanden keine Wahlen statt, weder auf Bundes- noch auf kantonaler oder auf Gemeindeebene. Die letzten kantonalen Wahlen fanden Ende 2001 statt.

2. Abstimmungen

2.1 Eidgenössische Abstimmungen

Der Staatsrat erliess auf Antrag der Direktion des Innern und der Landwirtschaft folgende Beschlüsse:

Beschluss vom 7. Januar 2002 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 3. März 2002, über folgende Vorlagen:

- Volksinitiative vom 6. März 2000 «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)»;
- Volksinitiative vom 5. November 1999 «für eine kürzere Arbeitszeit».

Beschluss vom 9. April 2002 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 2. Juni 2002 über folgende Vorlagen:

- Änderung vom 23. März 2001 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch);
- Volksinitiative vom 19. November 1999 «Für Mutter und Kind – für den Schutz des ungeborenen Kindes und für die Hilfe an seine Mutter in Not».

Beschluss vom 9. Juli 2002 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Volksabstimmung vom Sonntag, 22. September 2002 über folgende Vorlagen:

- Bundesbeschluss vom 22. März 2002 über die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» und über den Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung»;
- Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom 15. Dezember 2000;

Beschluss vom 1. Oktober 2002 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 24. November 2002, über folgende Vorlagen:

- Volksinitiative vom 13. November 1999 «gegen Asylrechtsmissbrauch»;
- Änderung vom 22. März 2002 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG).

Die Ergebnisse dieser Abstimmungen sind im Rechenschaftsbericht der Staatskanzlei aufgeführt.

2.2 Kantonale Abstimmungen

2002 fanden keine kantonalen Abstimmungen statt.

II. Einbürgerungen

1. Allgemeines

Im Jahr 2002 registrierte das Departement des Innern, alle Verfahren zusammengenommen, insgesamt 1159 neue Dossiers (1434). Dies stellt einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr dar. Die Zahl der Gesuche entspricht ungefähr derjenigen des Jahres 2000.

2. Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat behandelte 311 Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Personen ausländischer Staatsangehörigkeit:

3 Afghanen	4 Iraner	1 Pole
1 Ägypter	1 Israeli	18 Portugiesen
4 Albaner	41 Italiener	1 Rumäne
2 Angolaner	1 Jordanier	3 Russen
6 Belgier	61 Jugoslawen	1 Slowene
18 Bosnier	1 Kambodschaner	1 Somali
1 Brasilianer	2 Kameruner	3 Spanier
1 Bulgare	1 Kanadier	1 Sri-Lanker
3 Chilenen	2 Kapverdier	1 Thailänder
1 Chinese	4 Kongolesen	4 Tunesier
4 Deutsche	3 Marokkaner	51 Türken
2 Eritreer	1 Mauritier	1 Ungare
16 Franzosen	26 Mazedonier	9 Vietnamesen
1 Haitianer	3 Peruaner	

Schweizer Staatsangehörige:

1 Waadtländer	1 Berner
---------------	----------

Alle Verfahren zusammengenommen waren Ende Jahr insgesamt 2253 Gesuche hängig.

176 der behandelten 311 Gesuche um ordentliche Einbürgerung wurden von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerung einbezogen wurden, erwarben somit 528 Personen das freiburgische Bürgerrecht, d.h. 309 Ausländerinnen und Ausländer mit 62 ausländischen Ehegatten und 155 ausländischen Kindern, sowie 2 Schweizer Staatsangehörige.

3. Kantonsbürgerrecht

Nebst der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 2 Schweizer Staatsangehörige durch den Grossen Rat hat der Staatsrat 7 Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 7 Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

4. Erleichterte Einbürgerung

Gestützt auf die Stellungnahme des Departements des Innern und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Ausländerfragen 724 Gesuche um

erleichterte Einbürgerung behandelt. Diese erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

587 Gesuche um erleichterte Einbürgerung ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizer (Art. 27 und 28 BüG);

21 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von Kindern eines mit der ausländischen Mutter nicht verheirateten Schweizer (Art. 31 BüG);

112 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a BüG);

4 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von ausländischen Kindern von Schweizerinnen, die das Bürgerrecht durch eine frühere Ehe mit einem Schweizer erlangt haben und mit einem Ausländer verheiratet sind (Art. 58b BüG);

5. Wiedereinbürgerung (Art. 21, 23 und 58 BüG)

22 ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamts für Ausländerfragen hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

III. Oberämter

1. Allgemeines

Einmal abgesehen von den Aufgaben, die ihnen durch die Spezialgesetzgebung übertragen wurden (Art. 14 des Gesetzes vom 20. November 1975 über die Oberamtämänner) und die in der Tabelle unter Punkt 3 aufgelistet sind, sahen sich die Oberamtämänner wie bereits in den vergangenen Jahren im Rahmen ihres allgemeinen Auftrags mit zahlreichen Tätigkeiten und Interventionen konfrontiert.

So haben sie sich vor allem für die regionale und interkantonale Zusammenarbeit eingesetzt (siehe detaillierte Auflistung der Tätigkeiten nach Oberämtern unter Punkt 4 und 5). Es sei insbesondere auf die Unterstützung der Oberamtämänner bei den verschiedenen Gemeindefusionsprojekten hingewiesen wie auch auf ihre beratende Tätigkeit gegenüber der Gemeindebehörden, die immer komplexer werdende Aufgaben zu bewältigen haben. Diese Entwicklung widerspiegelt sich in den zahlreichen Rücktritten innerhalb der Gemeinde-Exekutiven.

Lässt man das vergangene Jahr Revue passieren, so stehen vor allem ein beachtlicher Anstieg von an die Ober-

amtämänner gerichteten Anfragen der Bevölkerung sowie innerhalb der Gemeinderäte auftretende Schwierigkeiten ins Auge. Ihre Funktion als Mediatoren war so in mehrfacher Hinsicht von entscheidender Bedeutung. Es sei vor allem das Engagement des Oberamtamanns vom Greyerzbezirk in Anbetracht der immer zahlreicher werdenden Probleme im Zusammenhang mit Gewalt im Allgemeinen und auf dem Gebiet der leichten Drogen mit dem Anstieg von Konsum und Handel erwähnt.

2. Personal und Verwaltung

2.1 Oberamt des Saanebezirks

Keine Änderung.

2.2 Oberamt des Sensebezirks

Der Vizeoberamtamann Robert Sturny trat nach 39-jähriger Tätigkeit beim Oberamt des Sensebezirks in den wohlverdienten Ruhestand. Er wurde durch Erwin Sauterel, Verwaltungsadjunkt bei diesem Oberamt, ersetzt, dessen Stelle mit Urs Stampfli neu besetzt wurde.

2.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Maurice Ropraz aus Sorens, der am 2. Dezember 2001 zum Oberamtamann gewählt wurde, wurde Anfang Januar in das Amt des Oberamtamanns eingesetzt.

2.4 Oberamt des Seebezirks

Keine Änderung.

2.5 Oberamt des Glanebezirks

Keine Änderung.

2.6 Oberamt des Broyebezirks

Christophe Chardonnes, neu gewählter Oberamtamann, trat am 1. Januar 2002 sein Amt an.

2.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Keine Änderung.

3. Gerichtliche Tätigkeiten

siehe folgende Tabelle:

	Saane	Sense	Greyerz	See	Glane	Broye	Vivisbach
Strafklagen und Strafanzeigen	8 494 (7 874)	888 (1 050)	1 387 (1 079)	1 096 (1 102)	359 (426)	969 (898)	368 (557)
Versöhnungsversuche	499 (603)	61 (75)	168 (135)	96 (103)	64 (56)	61 (58)	65 (62)
– davon erfolgreich	287 (455)	41 (46)	135 (90)	34 (29)	26 (27)	38 (32)	15 (25)
– davon gescheitert und an den zuständigen Richter überwiesen	191 (148)	20 (29)	33 (45)	55 (70)	20 (21)	23 (26)	28 (30)
Strafbefehle	7 809 (7 076)	774 (943)	1 219 (944)	939 (865)	280 (350)	740 (793)	303 (420)
– davon definitiv	7 666 (6 974)	757 (939)	187 (932)	883 (825)	252 (307)	726 (773)	255 (413)
– davon mit Einsprache belegt	143 (102)	17 (4)	32 (12)	56 (40)	14 (12)	14 (20)	6 (7)
Beschwerden	262 (311)	16 (16)	67 (64)	19 (24)	20 (14)	128 (16)	7 (5)

	Saane		Sense		Greyerz		See		Glane		Broye		Visisbach
Baubewilligungen	796	(763)	533	(508)	569	(569)	622	(548)	273	(223)	370	(356)	234 (190)
Neue Pässe	–	(–)	867	(921)	363	(432)	363	(472)	228	(251)	285	(309)	181 (184)
Passerneuerungen	–	(–)	1 436	(1 665)	1 142	(1 357)	850	(1 003)	492	(499)	598	(735)	379 (420)
Identitätskarten	–	(–)	171	(215)	59	(35)	90	(126)	77	(83)	94	(96)	15 (26)
Ausländerausweise	–	(–)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	– (–)
Freiheitsentzug	23	(19)	–	(–)	–	(–)	–	(1)	2	(1)	–	(–)	1 (1)
Jagdausweise	391	(350)	344	(320)	595	(533)	128	(121)	163	(136)	101	(118)	191 (180)
Fischereiausweise	1 552	(1 689)	1 284	(1 243)	1 593	(1 527)	1 328	(1 407)	284	(235)	636	(642)	212 (212)
Fahrrad- und Mofaschilder	–	(–)	–	(–)	208	(182)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	– (–)
Patente	634	(613)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	– (–)
Armenfürsorge	–	(–)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	– (–)
Einsargungen	13	(20)	–	(1)	4	(4)	–	(–)	1	(–)	–	(–)	– (–)
Verschiedene Bewilligungen	3 602	(3 538)	1 261	(574)	1 264	(1 173)	354	(507)	550	(617)	942	(893)	319 (434)

4. Tätigkeiten auf Gemeindeebene

Auf Gemeindeebene fanden zahlreiche Kontakte direkt oder über die Gemeindeverbände und zahlreiche andere Organe statt. Zudem standen die Oberamtmänner sowohl den Gemeinden als auch den Pfarreien bei wichtigen Entscheidungen oder bei der Inspektion der Gemeindeverwaltung zur Seite. Ausserdem muss hervorgehoben werden, dass die Oberamtmänner eine wichtige Vermittlerrolle spielen, wenn auf Gemeindeebene Meinungsverschiedenheiten unterschiedlichster Art auftreten. Schliesslich organisierten die Oberämter Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen, oft in Zusammenarbeit mit den betroffenen kantonalen Dienststellen.

Zu erwähnen sind insbesondere folgende Aktivitäten:

4.1 Oberamt des Saanebezirks

Nach dem Zusammenschluss der Gemeinden der Le-Mouret-Ebene am 31.12.2002 und von vier Gemeinden am Gibloux zählt der Saanebezirk 38 Gemeinden. Im Übrigen führen mehrere andere Gemeinden Verhandlungen über den Abschluss einer allfälligen Fusionsvereinbarung.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass mehrere Gemeinden und insbesondere ihre Exekutiven, die Gemeinderäte, Schwierigkeiten haben. Dies gilt für die Gemeinden Vuisternens-en-Ogoz, Corserey und Avry. In Vuisternens-en-Ogoz hat der Staatsrat eine Administrativuntersuchung eröffnet.

4.2 Oberamt des Sensebezirks

Zwei Fusionsprojekte wurden geprüft und diskutiert: Es handelt sich dabei einerseits um die Gemeinden Plaffeien, Oberschrot, Zumholz, Brünisried und Plasselb und andererseits die Gemeinden Giffers, Tentlingen und St. Silvester.

4.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Das Oberamt wirkte beim Zusammenschluss der Gemeinden Gumefens, Le Bry und Avry-devant-Pont mit, der zur Entstehung der neuen Gemeinde Pont-en-Ogoz führte. Sie setzte die vorbereitenden Kontakte im Zusammenhang mit anderen Fusionsvorhaben im Bezirk fort (Bulle-La Tour-de-Trême/Bas-Intyamont/Jauntal/rechtes /linkes Ufer).

Schliesslich richtete das Oberamt eine neue Internetseite für die Gemeinden sowie die Bürgerinnen und Bürger ein.

4.4 Oberamt des Seebezirks

Das Oberamt wirkte bei den Arbeiten im Hinblick auf den Zusammenschluss der Gemeinden Gurmels, Guschelmuth, Liebistorf und Wallenbuch (neue Gemeinde Gurmels) und der Gemeinden Courtaman und Courtepin (neue Gemeinde Courtepin) mit. Es beteiligte sich auch weiterhin an den Vorbereitungsarbeiten für die Fusion der Wistenlacher Gemeinden Bas-Vully und Haut-Vully.

Schliesslich unterstützte der Oberamtmann die Gemeinden Murten, Merlach und Greng bei der Suche nach einer Lösung für die Schiessstände. Provisorisch wird ihnen der Schiessstand von Payerne zur Verfügung gestellt. Eine definitive Lösung für die betroffenen Gemeinden wird zusammen mit Courgevaux erarbeitet.

4.5 Oberamt des Glanebezirks

Das Oberamt nahm aus eigener Initiative oder auf Anfrage an den Verhandlungen über neue Fusionsvorhaben teil. Der Bezirk zählt am 1. Januar 2003 28 Gemeinden gegen 43 im Jahr 2000 und 35 in den Jahren 2001/2002. Fünf Vorhaben laufen noch.

Die Verwaltungskommission von Estévenens, der Willy Schorderet, Vizeoberamtmann, Gaston Blanc, Ammann von Villorsonens, und René Joye, Revisor beim Amt für Gemeinden, angehören, verwaltete weiterhin die Gemeinde. Sie stimmte dem Zusammenschluss mit den Gemeinden La Joux, La Magne, Les Ecasseys, Lieffrens, Somentier, Villariaz und Vuisternens-devant-Romont zu und genehmigte die Fusionsvereinbarung.

4.6 Oberamt des Broyebezirks

Zurzeit werden zwei Zusammenschlüsse vorbereitet. Die Verhandlungen zwischen den Gemeinden Montagny und Mannens-Grandsivaz gehen gut voran und die Abstimmung der Gemeindeversammlung ist für den 11. April 2003 vorgesehen. Das zweite Fusionsvorhaben betrifft die Gemeinden Cugy, Aumont, Frasses, Granges-de-Vesin,

Montet und Vesin. Die Arbeiten gehen zufrieden stellend voran und die Gemeindeversammlungen werden ihren Entscheid am 29. April 2003 fällen.

4.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Dem Gemeindeverband des Vivisbachbezirks wurde insbesondere durch die Mitarbeit des Oberamts im Vorstand vermehrt Unterstützung zuteil.

5. Interkommunale Zusammenarbeit

5.1 Oberamt des Saanebezirks

- Association du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut Lac français

Trotz der schwierigen Situation werden die Arbeiten für eine neue OS in Avry für die Gemeinden der Region Saane-West weitergeführt. So wurde nach dem Wettbewerb für den Bau einer neuen OS ein Projekt ausgewählt, das umgesetzt wird, falls die Delegierten des Verbands die nötigen Kredite bewilligen. Da die neue OS im Schuljahr 2003/04 fast 150 Schülerinnen und Schülern Platz bieten muss, wird für eine Übergangslösung gesorgt.

- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF)

Das Jahr wurde vor allem von der Genehmigung der geänderten Statuten geprägt. Die Änderungen betreffen insbesondere die Lastenverteilung. Seit Juni erbringt der Verkehrsverbund mehrere Ergänzungsleistungen, die besonders neu eröffnete Linien umfassen.

- Gemeindeverband zur Förderung kultureller Aktivitäten (GFKA)

Der Gemeindeverband zur Förderung kultureller Aktivitäten wurde im Januar gegründet. Dieser Verband trat an die Stelle der Interkommunalen Kulturkommission. Die Statuten des Verbands schaffen die Grundlagen für die Kulturkommission, die zuhanden der Delegiertenversammlung Stellungnahmen zur Gewährung von Subventionen und zu Tätigkeiten im Bereich Kultur in der Region und im Bezirk abgibt.

- Weitere interkommunale Zusammenarbeit

In Bezug auf die kulturelle Infrastruktur der Agglomeration Freiburg ist zu erwähnen, dass der Entscheid über das Projekt für den Raum für das zeitgenössische Schaffen in Villars-sur-Glâne (Zusatz zum Konzert- und Theatersaal in der Stadt Freiburg) getroffen wurde. Schliesslich wurden die konstituierenden Organe der Agglomeration Freiburg eingesetzt und ermöglichten es den betroffenen Gemeinden, ihre Arbeiten tatsächlich in Angriff zu nehmen.

5.2 Oberamt des Sensebezirks

- Bezirksgemeindeverband für die Orientierungsschule

Aufgrund des Verhaltens einzelner Schülerinnen und Schüler setzte sich der Vorstand mit der Frage auseinander, ob die Sozialarbeit in der Schule verstärkt werden muss. Ausserdem wurde die Informatikvernetzung der

Schulzentren abgeschlossen, und die Planung des Aus- und Umbaus des Schulzentrums Wünnewil wurden weitergeführt.

- Gemeindeverband für das Spital, die Pflegeheime und die sozialmedizinischen Dienste

Im Bereich Spitalstrategie konnten die Organe Stellung nehmen zum Bericht über die Spitalplanung im Sensebezirk, insbesondere das Dienstleistungsangebot im Bereich Gynäkologie. In Bezug auf die Spitalfinanzierung nahmen sie von der verstärkten Beteiligung des Kantons Kenntnis. Schliesslich wurde eine Kommission ernannt, deren Hauptaufgabe es ist, die Tätigkeiten sämtlicher sozialmedizinischen Institutionen im Bezirk zu koordinieren und zu vernetzen.

- Region Sense

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung wurden folgende Projekte weitergeführt:

- Erarbeitung des Richtplans «Birch» der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung mit der Gemeinde Düdingen
- Erarbeitung eines Berichts über die Förderung des Tourismusstandorts Schwarzsee und Beschlüsse zur finanziellen Beteiligung der Gemeinden an den Investitionen
- Ernennung der regionalen Wirtschaftskommission
- Im Rahmen des Bezirksgemeindeverbands wirkte das Oberamt bei folgenden Projekten mit:
 - Realisierung des Rechenzentrums der Gemeinden Deutschfreiburgs
 - Massnahmenplanung gemäss kantonalem Energiegesetz
 - Erstellung eines Netzes ökologischer Ausgleichsflächen.
- Interkommunale Zusammenarbeit mit Gemeinden des Saanebezirks:
 - Beteiligung an den Arbeiten der CUTAF
 - Einsetzung der konstituierenden Versammlung der Agglomeration
 - Beteiligung einzelner Gemeinden des Sensebezirks am Projekt «Coriolis» im Rahmen des Gemeindeverbands zur Kulturförderung.

5.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Das Oberamt engagierte sich in vielen Bereichen, insbesondere:

- Orientierungsschule: Präsidium der Delegiertenversammlung und des Schulvorstands, Bewältigung der Situation und der Probleme zusammen mit der Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektion infolge des Ausschlusses eines Lehrers wegen sexueller Übergriffe auf Kinder und des Rücktritts des OS-Direktors, der erwiesenermassen Kinderpornografie-Seiten auf dem Inter-

- net anschaute. Zu erwähnen ist auch die Fortsetzung des Neubaus in La Tour-de-Trême unter Einhaltung des von den Gemeinden verabschiedeten Budgets;
- Sonderschulunterricht: Präsidium des Stiftungsrats, Eröffnung neuer Klassen in der Stadt Bulle und Einleitung von Verhandlungen über den genauen Auftrag für das 9. Schuljahr;
 - Gesundheitspolitik: Präsidium der Delegiertenversammlung des Spitals des Greyerzbezirks, Beteiligung an den Schlussarbeiten für die Zentralisierung der Ambulanzdienste für die drei Bezirke des südlichen Kantonsteils in Vaulruz, Schaffung einer Arbeitsgruppe im Hinblick auf die Umorganisation der spitalexternen Pflege und der Familienhilfe (Präsidium der Bezirkskommission), Einsetzung der beratenden Kommission (Präsidium) an Stelle der Pflegeheimkommission infolge des Inkrafttretens des neuen Gesetzes über Pflegeheime;
 - Sozialpolitik: Mitwirkung und Ko-Präsidium in der tripartiten Kommission für die RAV des südlichen Kantonsteils, Vorsitz der Stiftungen Rieter, Odette Saudan und Rose Lorétan;
 - Kulturpolitik: Lösungssuche mit den Stiftungen Pro Gruyères (Präsidium) und Schloss Greyerz (Vizepräsidium), um das Angebot für Touristen zu verbessern und das mittelalterliche Grafenstädtchen besser zur Geltung zu bringen, Beteiligung an der Ausarbeitung eines neuen Tourismuskonzepts, das von der «Association Régionale La Gruyère» (ARG) verlangt wurde;
 - Vizepräsidium der Naturgefahrenkommission unter Mitwirkung bei der Gefahrenkartierung;
 - Sicherheit: Gründung der Vereinigung «Stop violence», die sich mit der Prävention sowie der Förderung der Entfaltung und Integration der Jugendlichen in der Gesellschaft befasst;
 - Wirtschaftspolitik: Mitwirkung bei der Einsetzung einer Arbeitsgruppe «Wirtschaft», einer Realisierungskommission und einer gemischten Koordinierungskommission in Zusammenhang mit der Neuorganisation der «Association Régionale La Gruyère» (ARG).
- Gemeindeverband für das Pflegeheim des Murtenbiets Präsidium der Delegiertenversammlung.
 - Gemeindeverband Orientierungsschule der Region Murten Präsidium der Delegiertenversammlung sowie Teilnahme an zahlreichen Vorstandssitzungen.
 - Gemeindeverband der Orientierungsschule Saane Land und des oberen französischsprachigen Seebezirks. Begleitung der Gemeinden des oberen französischsprachigen Seebezirks im Hinblick auf die Neustrukturierung des Verbands.
 - Übrige Zusammenarbeit
 - Durchführung einer Regionalkonferenz zum Thema Jugend und Gewalt und Unterstützung der diesbezüglichen Arbeiten in verschiedenen Orientierungsschulen.
 - Mitgliedschaft in der Delegation des Seebezirks in der kantonalen Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die spitalmedizinische Versorgung im Seebezirk.
 - Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe von Sense- und Seebezirk zur Erarbeitung eines Konzepts zur Gründung eines Heims für geistig Behinderte. Zu diesem Zweck wurde eine Stiftung gegründet und die Planungsarbeiten wurden abgeschlossen.
 - Leitung der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe.
 - Leitung der Bezirkskommission für die Alters- und Pflegeheime.
 - Leitung der Kommission für die Berufsberatung, die insbesondere mit der Anstellung einer Berufsberaterin beauftragt war.
 - Leitung der tripartiten Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums des See- und des Sensebezirks.
 - Präsidium des Regionalverbands für Wirtschaft, Tourismus und Kultur.

5.4 Oberamt des Seebezirks

Zu erwähnen sind insbesondere die folgenden Tätigkeiten im Rahmen der Gemeindeverbände:

- Verband der Gemeinden des Seebezirks Vorbereitung der Revision des regionalen Richtplans. Präsidium der Delegiertenversammlung sowie Teilnahme an zahlreichen Vorstandssitzungen.
- Gemeindeverband des Spitals des Seebezirks Koordinierung der Abklärungen betreffend die Zukunft des Bezirksspitals. Präsidium der Delegiertenversammlung.
- Gemeindeverband für das Pflegeheim St-François in Courtepin Mithilfe bei der Prüfung finanzieller Fragen. Präsidium der Delegiertenversammlung sowie Teilnahme an mehreren Vorstandssitzungen.

5.5 Oberamt des Glanebezirks

In Bezug auf die interkommunale und regionale Zusammenarbeit sind die folgenden Punkte zu erwähnen:

- Verband für die Entwicklung des Glane- und des Vivisbachbezirks:
 - Die Statutenänderung wurde von den Delegierten einstimmig genehmigt. Die Gemeinden unterbreiten diese zum Teil wesentlichen Änderungen zurzeit ihrer Gemeindeversammlung bzw. ihrem Generalrat. Bisher haben $\frac{3}{4}$ der Gemeinden, die $\frac{3}{4}$ der Bürgerinnen und Bürger umfassen, diese Änderungen genehmigt. Neue Gemeindegrenzen wurden definiert, um den geopolitischen Tatsachen Rechnung zu tragen und den Gemeindevertretern bessere Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben.

- Eine Arbeitsgruppe für die Umstrukturierung des öffentlichen Verkehrs im Glane- und im Vivisbachbezirk wurde eingesetzt.
- Das Konzept des Projekts «CréaCentre» wurde erstellt. Der Kanton und der Bund werden ihren endgültigen Entscheid in den kommenden Wochen treffen. Das Projekt sollte bis im Sommer 2003 abgeschlossen werden.
- Mehrzweckverband für das Spital und die sozialmedizinischen Dienste des Bezirks (Réseau Santé de la Glâne):
 - Unterstützung bei der Einrichtung einer Neurorehabilitationsabteilung, die einen neuen kantonalen Auftrag im Rahmen des Spitals des Freiburger Südens darstellt.
 - Einsetzung einer Baukommission für den Umbau des Standorts Billens. Diese Kommission besteht aus Vertretern des Réseau Santé de la Glâne und des Spitals des Freiburger Südens. Sie wird von Gaston Blanc, 2. Vizepräsident des Spitals des Freiburger Südens und Ammann der Gemeinde Villorsonnens, präsidiert.
 - Die Gemeindedelegierten beschlossen, den Ambulanzdienst mit demjenigen des Greyerzbezirks und des Vivisbachbezirks zu zentralisieren, voraussichtlich in Vaulruz. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet das Konzept. Das Oberamt organisierte eine Informationssitzung für die Bevölkerung.
 - Beginn einer engen und anhaltenden Zusammenarbeit mit dem Foyer Sainte Marguerite in Vuisternens-devant-Romont, durch die Synergien entstehen, der Empfang verbessert und die Lasten der Heime verringert werden. Zudem wurden Schritte im Hinblick auf seine Anerkennung als Pflegeheim unternommen.
- Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks:
 - Der Bau einer Dreifachturnhalle, eines Theatersaals und einer Holzheizzentrale in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Romont und anderen Nachbargemeinden wurde von den Gemeindedelegierten genehmigt.
 - Infolge des Finanzreferendums gegen den Investitionskredit für den Bau des Kultur- und Sportzentrums des Glanebezirks wurde eine Abstimmung organisiert. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die damit beauftragt war, die Abstimmung und die Unterlagen für die Bürgerinnen und Bürger vorzubereiten. In diesem Zusammenhang fanden verschiedene Veranstaltungen statt, zum Beispiel ein Tag der offenen Tür, an dem die Themen Sport und Kultur sowie das Projekt vorgestellt wurden, und drei Informationsabende für die Bevölkerung.
- Übrige Zusammenarbeit
 - Eine Studie, die einen klaren Überblick über den Lastenverteilungsschlüssel zwischen den Gemeinden der verschiedenen Verbände im Bezirk schaffen soll, wurde in Angriff genommen.
 - Die Abteilung Amtsdrukschriften der Schweizerischen Landesbibliothek beschloss, die vom Oberamt anlässlich der kantonalen Wahlen 2001 verfasste Anleitung über die Auszählung einer Proporz- oder Majorzwahl («*L'instruction sur la manière de dépouiller une votation selon le système majoritaire ou proportionnel*») zu veröffentlichen.
 - Das Informationsangebot für die Gemeinden auf der Internetseite des Oberamts des Glanebezirks wurde verbessert.

5.6 Oberamt des Broyebezirks

Zu erwähnen sind insbesondere die folgenden Aktivitäten des Oberamtmanns:

- Orientierungsschule: Der Oberamtmann wurde an der Delegiertenversammlung des Gemeindeverbands für die OS des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos vom 22. Mai 2002 zum Präsidenten des Schulvorstands gewählt. Im Zusammenhang mit der Studie der Forschungsstelle für Raumwirtschaft (CRESUF) sprachen sich die Delegierten des Verbands für einen Ausbau aus, der am Standort Cousset erfolgen soll. Gleichzeitig müssen neue Verteilschlüssel für die Investitions- und Betriebskosten ausgearbeitet werden, falls der Anteil zu Lasten der Standortgemeinden nicht mehr angemessen ist.
- Spital: Der Oberamtmann wurde an der Delegiertenversammlung vom 22. Mai 2002 zum Präsidenten des Vorstands des Gemeindeverbands des Broyebezirks für den Betrieb des Bezirksspitals gewählt. Er führt somit ebenfalls den Vorsitz des Verwaltungsrats des interkantonalen Spitals der Broye (HIB), gemäss dem Vertrag der einfachen Gesellschaft.
- Sozialwesen: Der Oberamtmann wurde an der Delegiertenversammlung vom 22. Mai 2002 zum Präsidenten des Vorstands des Gemeindeverbands des Broyebezirks für die sozialmedizinischen Dienste gewählt.
 - Die beiden Pflegeheime des Bezirks (Estavayer-le-Lac und Domdidier) weisen weiterhin einen Belegungsgrad von beinahe 100 % auf. Zu erwähnen ist auch der Entscheid des Staatsrats, das Heim «Les Fauvettes» in Montagny in die Liste der Pflegeheime aufzunehmen (15 Betten).
 - Der Oberamtmann führt den Vorsitz der Bezirkskommission für Familienhilfe und spitalexterne Krankenpflege (COSAF), die unter anderem damit beauftragt ist, das Reglement über die Gewährung der Pauschalentschädigungen anzuwenden.
 - Das Dossier über die gemischten Dienste wurde der Bezirkskommission für Familienhilfe und spitalexterne Krankenpflege (COSAF) übergeben, die für diese Angelegenheit um einige Mitglieder verstärkt wurde. Mögliche Synergien mit der Waadtländer Broye wurden auch in die Überlegungen einbezogen.

- Der Oberamtmann widmete seine Aufmerksamkeit dem Sozialdienst des Broyebezirks und seiner wichtigen Rolle unter dem Gesichtspunkt der Weiterentwicklung seiner Tätigkeiten und der damit verbundenen Kosten.
- Centre éducatif et pédagogique (CEP): Der Oberamtmann präsidierte den Aufsichtsrat des «Centre éducatif et pédagogique (CEP)» in Bezug auf die Sonderbetreuung in der Broye. Auch hier erfordert die ständig steigende Anzahl der Schüler, die eine Sonderbetreuung brauchen, immer mehr Mittel.
- Gewalt von und an Jugendlichen: Nach der Pressekonferenz der Oberamtmännerkonferenz vom 20. Februar 2002 zeigte sich der Oberamtmann besorgt über die Situation im Broyebezirk. Verschiedene Überlegungen wurden angestellt, die im Laufe des Jahrs 2003 in konkrete Aktionen münden sollten.
- ASCOBROYE: Der Oberamtmann beteiligte sich im Verband der Gemeinden des Broyebezirks (ASCOBROYE). Er nahm an den Vorstandssitzungen und den Versammlungen teil und leistete bei der Führung der verschiedenen Dossiers Unterstützung.
- Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV): Der Oberamtmann leitete die tripartite Kommission des RAV des Broyebezirks.

Unter dem Vorsitz von Denise Pignard, Regierungstatthalterin des Bezirks Avenches, setzte die Communauté régionale de la Broye (COREB) ihre Arbeiten im Hinblick auf eine Effizienzverbesserung ihrer Strukturen fort. Zu erwähnen sind insbesondere folgende Aktivitäten:

- Interkantonales Spital der Broye (HIB): Der Verwaltungsrat konzentrierte sich neben den laufenden Geschäften auf die Festigung und den Fortbestand des Spitals. Das interkantonale Spital der Broye wurde am 20. September 2002 im Beisein der Freiburger Staatsrätin Ruth Lüthi, des Waadtländer Staatsrats Charles-Louis Rochat, der regionalen Behörden und zahlreicher Gäste offiziell eingeweiht.
- Interkantonales Gymnasium der Region Broye: Die letzten Schritte in dieser Angelegenheit, bevor das Dossier dem Grossen Rat in beiden Kantonen unterbreitet wird, wurden aufmerksam mitverfolgt, um die Volksabstimmung vom kommenden 18. Mai vorzubereiten.
- Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV): Die tripartite Kommission sprach sich für eine Machbarkeitsstudie über ein interregionales RAV aus (Estavayer-le-Lac/Payerne). Der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Freiburg wurde ein diesbezügliches Gesuch gestellt. Dieses Projekt wird auch von den zuständigen Waadtländer Behörden unterstützt.
- Gemischter Flugplatz/ Aeropol: Die Arbeiten haben bereits begonnen, und der Ausbau wird fortgesetzt. Die Gesuche um öffentliche Auflage der ersten Unternehmen werden im Laufe des Jahrs 2003 erwartet.
- Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Petite-Grâne und des Fossé Neuf: Der Oberamtmann des Bro-

yebezirks führte den Vorsitz dieser mit der Bewirtschaftung und dem Unterhalt dieser beiden Wasserläufe beauftragten Kommission. Im Berichtsjahr betrafen die Arbeiten vor allem das Projekt eines globalen Schutzkonzepts, das den Gemeinden vorgestellt wurde.

- Tourismus / Kultur: Die Massnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich Tourismus zwischen der Freiburger und der Waadtländer Broye wurden fortgesetzt. Es werden weitere Diskussionen geführt, und die Entwicklung von Projekten wie die Einrichtung einer «Maison de la Broye» im Autobahnrestaurant «Rose de la Broye» könnte der Neudefinierung der regionalen Strukturen förderlich sein. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Oberamtmanns, der die wichtigsten Akteure des regionalen Tourismus angehören, befasst sich mit dem Projekt «Maison de la Broye». Die ersten Reaktionen sind positiv.
- Réseau Santé Broye: Der Oberamtmann gehört neu dem Vorstand des Réseau Santé Broye an, das noch auf die Waadtländer Broye ausgedehnt werden muss. Es gilt zu untersuchen, welche Synergien durch dieses Netz entstehen können, und zu definieren, wie eine Zusammenarbeit aussehen könnte.

5.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Regionale Zusammenarbeit: Der Vivisbachbezirk arbeitete in mehreren Bereichen eng mit dem Glânebezirk zusammen, insbesondere im Bereich der regionalen Entwicklung (RGV – IHG). Der Oberamtmann wurde Kopräsident der «Région Glâne-Veveysse (RGV)» und leitete die wichtige Arbeitsgruppe «Redynamisation de l'offre des Préalpes veveysannes». Angesichts der ehrgeizigen Ziele, die im Rahmen des regionalen Entwicklungsprogramms gesetzt wurden, ist es nicht immer einfach zu erreichen, dass es nicht beim frommen Wunsch bleibt, und die Projekte verwirklicht werden. So ist die Erhöhung der Bettenzahl zum Beispiel eines der gesetzten Ziele, die auf die Initiative von Privatpersonen zurückzuführen ist. Diese Personen haben unserer Anfrage Folge geleistet und waren bereit zu investieren, ohne viel Gewinn zu erwarten. Ohne ihren erheblichen Beitrag wären die Banken nicht einmal auf das Begehren eingegangen.

Auf Anregung des Vivisbachbezirks prüften die drei Bezirke des südlichen Kantonsteils die Zusammenlegung ihrer Ambulanzdienste. Ziel dieser Annäherung ist eine Verbesserung der Effizienz.

Auf interkantonomer Ebene besteht erfreulicherweise eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ammännern des Bezirks Vevey und des Vivisbachbezirks sowie dem Oberamt, die vor allem auf die Förderung des touristischen Angebots ausgerichtet ist. Die Ammänner des Bezirks Vevey erklärten sich beispielsweise offiziell interessiert an der Vergrösserung und Instandstellung der Eishalle, die im Hauptort beschlossen wurde. Weiter profitiert das Verkehrsbüro von Châtel-St-Denis / Les Paccots von den umfassenden Tätigkeiten von MVT (Montreux Vevey Tourisme) im Bereich Marketing.

Der Oberamtmann unterhält auch freundschaftliche Beziehungen mit der Regierungsstatthalterin und den Gemeinden des benachbarten Bezirks Oron. Diese Zusammenarbeit ergab bisher wenig Konkretes; sie äußerte sich jedoch vor allem in den Stützpunkfeuerwehren und den Ambulanzdiensten, die sich gegenseitig ergänzen.

Der Oberamtmann begleitete die 10 Gemeinden des Bezirks, die eine mögliche Fusion diskutieren, d.h. die Gemeinden Besencens, Fiaugères und St-Martin einerseits und Pont, Porsel und Bouloz andererseits. Das Fusionsvorhaben Le Crêt und Grattavache scheint trotz der Bedenken von Progens und Semsales zu einem Abschluss kommen zu können.

Gemeindedepartement

1. Allgemeines

Im Jahr 2002 ist die Zahl der Gesuche fusionswilliger Gemeinden markant angestiegen. Besondere Beachtung fand auch das Inkrafttreten des neuen Gesetzes über das Staatspersonal, dem die meisten Gemeinden des Kantons unterstellt sind.

Die Aufhebung der Beziehung zwischen dem Staat und den Kirchen war ein weiterer Schwerpunkt. Das Departement hatte sich auch mit dieser Frage auseinander zu setzen und gab zahlreiche Stellungnahmen an die Gemeinden ab.

Nicht zuletzt hat das Departement auch einen entscheidenden Beitrag zur Einsetzung der konstituierenden Versammlung für die Agglomeration Freiburg geleistet.

2. Personal

Keine Änderung.

3. Oberaufsicht und damit verbundene Beschlüsse

Im Verlaufe des Jahres 2002 hatte das Departement 444 Gesuche von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu behandeln.

- a) 22 Gesuche bildeten Gegenstand eines Staatsratsbeschlusses, nämlich:
- 11 Genehmigungen von Steuern, die 100 % der Staatssteuer auf Einkommen und Vermögen übersteigen
 - 2 Verbandsauflösungen
 - 6 Vorentscheide zu Gemeindefusionen
 - 1 Genehmigung eines Gemeindegewappens
 - 2 Verschiedenes
- b) 183 Gesuche bildeten Gegenstand eines Entscheids des Departements, nämlich:
- 128 Ermächtigungen zur Finanzierung von Investitionsausgaben
 - 3 Ermächtigungen zu Liegenschaftskäufen und anderen Grundstücksgeschäften
 - 27 Bewilligungen zu Finanzgeschäften (Bürgschaften, Kontokorrente)
 - 16 Genehmigungen von Gemeindereglementen
 - 9 Änderungen von Gemeindeverbandsstatuten
- c) Im Übrigen hat das Departement
- 35 Mitteilungen betreffend Änderungen der Gemeinde- oder Pfarreisteuerfüsse registriert;
 - 165 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben.

Die übrigen Anfragen betrafen Rechtsgutachten, rechtliche Auskünfte, Berechnungen der finanziellen Situation und der Selbstfinanzierungsmarge der Gemeinden, Schuldenkontrollen und andere Anfragen, die nicht zu einem Beschluss oder einem Entscheid führten.

4. Buchhaltung

80 Gemeinden oder Gemeindeverbände wandten sich an das Departement für Ratschläge und Unterstützung beim Abschluss ihrer Jahresrechnung. Die Schuldenkontrolle sämtlicher Gemeinden und Gemeindeverbände wurde auf der Grundlage der Bilanzen per 31. Dezember 2001 nachgeführt.

5. Gemeindeverbände

Im Jahr 2002 wurde kein Gemeindeverband gegründet. Dagegen haben sich zwei Gemeindeverbände aufgelöst, nämlich der Gemeindeverband zur Abwasserreinigung Ecuwillens-Posieux (AEPE) sowie der Gemeindeverband Sommentier, Villariaz und Vuisternens-devant-Romont für eine Sporthalle in Vuisternens-devant-Romont. In den einzelnen Bereichen bestehen heute folgende Gemeindeverbände:

Schulen, Orientierungsschulen	8
Sporthallen	5 (eine Auflösung)
Bezirksspitäler	4
Altersheime	9
Wasserversorgung	16
Abwasserreinigung	24 (eine Auflösung)
Tierkadaverbeseitigung	1
IHG-Entwicklungskonzepte	
oder andere	7
Mehrzweckverbände	6
Sozialhilfe	2
Zivilschutz	1
Verkehr	1
Total	84

6. Beratende Tätigkeiten

Die beratenden Tätigkeiten umfassen folgende Dienstleistungen: wirtschaftliche und finanzielle Beratungen (z.B. die Erstellung eines Finanzplans, die Ermittlung der Selbstfinanzierungsmarge oder der Investitionskapazität, die Berechnung der Kosten und Gebühren spezifischer Gemeindeaufgaben) sowie juristische Beratungen (insbesondere bei der Ausarbeitung von Gemeindeverbandsstatuten). In diesem Rahmen wurde die finanzielle Situation aller Gemeinden auf der Grundlage der Rechnungen per 31. Dezember 2001 analysiert. Zu diesem Zweck wurden mehrere Orientierungen für Finanzkommissionen und die Finanzverantwortlichen der Gemeinden organisiert. Es ging vor allem darum, über die neuen Anforderungen für die Rechnungsprüfung zu informieren.

7. Beziehung zwischen den Kirchen und dem Staat

Das Jahr 2002 war den Verhandlungen mit den verschiedenen Partnern der Kirchen gewidmet. Diese Verhandlungen mündeten im Abschluss verschiedener Vereinbarungen. Es sei z.B. die Vereinbarung mit dem Bistum vom 23. Dezember 2002 erwähnt. Diese setzt durch eine Kapitalrückzahlung eine Vereinbarung von 1615 über jährlich für Gebietsabtretungen und den damit verbundenen Rechten an das Bistum zu entrichtende Gebühren endgültig ausser Kraft (auch im Jahr 2002 wurde noch ein Zins von 32 800 Franken entrichtet). Es regelt auch die Frage des Beitrags an die für Wohltäter der Klöster geleseenen Messen durch die Entrichtung eines Betrages zur Abgeltung einer Stiftungsmesse mit 25 Jahren Laufzeit. Schliesslich werden durch diese Vereinbarung auch die jährlichen Zahlungen an die Pfarrei St. Moritz aufgehoben, die nach einer Konvention vom 26. November 1867 über die Verwendung der Kloostergüter von Altenryf und der Augustiner für Verwaltung und Gottesdienste entrichtet wurden.

Im September 2002 hat der Staat zwei Gebäude, die Staats-eigentum waren, an die Patres der Kartause Valsainte abgetreten. Als Gegenleistung wurden die Zahlungen für gestiftete Messen erlassen.

Die Zahlungen des Staates an die Pfarrei St. Johann sowie die Entrichtung eines jährlichen Betrags für die Pfarrpfünde von Ecuwillens konnten aufgehoben werden.

Der Staat hat der evangelisch-reformierten Kirche einen Beitrag für das Haus der Begegnung in Charmey zugesagt anstelle der Zahlung zugunsten der Kirche selbst.

Das Gemeindedepartement hat, in Zusammenarbeit mit dem Gebäudedepartement, mit den Pfarreien St. Moritz, St. Johann, St. Peter, Cressier-sur-Morat und Wünnwil-Flamatt die Nutzung, bzw. Übertragung (Kapelle St. Urban in Cressier) verschiedener Kirchen und Kappellen, die für die Pfarreien von Interesse sein könnten, diskutiert.

Das Gemeindedepartement war den Gemeinden auch bei der Aufhebung der finanziellen Beziehungen mit den Pfarreien behilflich.

Es hat, in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Enteignungskommission (zuständige Behörde nach Artikel 38 KSG), ein ordentliches Verfahren, ein ausserordentliches Verfahren und ein gemeinsames Verfahren erarbeitet, das es den Parteien, denen es nicht gelang, bis zum 31. Dezember 2002 eine Lösung zu finden, ermöglichte, ihre Differenzen der Enteignungskommission zu unterbreiten. Weniger als 10 Gemeinden hatten Ende 2002 noch Verfahren hängig.

Im Auftrag des Staatsrats erstellte das Amt für Gemeinden in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen ein Inventar, das es ermöglichte, die Beträge auszuarbeiten, die der Staat für die katholische und protestantische Seelsorge aufbrachte.

Während der zweiten Jahreshälfte wurde eine Arbeitsgruppe, in der auch das Gemeindedepartement vertreten war, zusammengestellt, mit dem Auftrag, objektive Kriterien

zur Unterscheidung von klassischen Stiftungen (staatliche Aufsicht) und kirchliche Stiftungen (kirchliche Aufsicht) zu erarbeiten.

8. Übrige Zusammenarbeit

- ⇨ Das Departement arbeitete mehrmals mit den Oberamt-männern und den Gemeinden zusammen, um Projekte für Gemeindegemeinschaften vorzubereiten.
- ⇨ Auch hat es den Bericht und die Botschaft für den Staatsrat zu den Zusammenschlüssen folgender Gemeinden vorbereitet: Les Ecasseys, Estévenens, La Joux, Lieffrens, La Magne, Sommentier, Villariaz und Vuisternens-devant-Romont (neue Gemeinde Vuisternens-devant-Romont); Avry-devant-Pont, Le Bry und Gumefens (neue Gemeinde Pont-en-Ogoz); Bonnefontaine, Essert, Montévraz, Oberried, Praroman und Zénauva (neue Gemeinde Mouret); Gurmels, Guschelmuth, Liebistorf und Wallenbuch (neue Gemeinde Gurmels); Courtaman und Courtepin (neue Gemeinde Courtepin); Estavayer-le-Gibloux, Rueyres-Saint-Laurent, Villarlod und Villarsel-le-Gibloux (neue Gemeinde Le Glèbe).
- ⇨ Des Weiteren pflegte das Departement die interkantonalen Beziehungen. Es beteiligte sich am Projekt «tripartite Agglomerationskonferenz», das die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gemeinsam mit dem Bund, den Städteverbänden und den Schweizer Gemeinden lanciert hat. Ebenfalls im Auftrag der KdK nahm eine Mitarbeiterin des Gemeindedepartements Einsitz im Lenkungsausschuss für regionale und kommunale Fragen des Europarats.
- ⇨ Es hat sich auch an der Organisation der ersten Studientagung Gemeindeform-Gemeindepolitik innerhalb der Interkantonalen Arbeitsgruppe beteiligt (zur Reform der Gemeinden am 5. November 2002 in Bern).
- ⇨ Ausserdem ist das Departement in verschiedenen Arbeitsgruppen, bzw. Kommissionen vertreten, wie z.B.:
 - Nachhaltige Entwicklung im Kanton Freiburg;
 - FREUlex, Anpassung des kantonalen Rechts an die sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union;
 - «Comité du suivi», das die Verfassungsrevision begleitet;
 - Revision des kantonalen Richtplans;
 - Vorstand der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
 - Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
 - Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;

- Kommission zur Revision des Gesetzes über den Zivilstandsdienst;
 - interkantonale Arbeitsgruppe «Gemeindereformen».
- ⇨ Das Departement wurde mehrmals gebeten, bei Konferenzen oder Informationsveranstaltungen Vorträge über Themen im Zusammenhang mit den Gemeindeinstitutionen zu halten.

9. Statistik

Alle statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert.

Landwirtschaftsdepartement

I. Förderung der Landwirtschaft

1. Allgemeines

Neben seinen eigentlichen Aufgaben wirkte das Landwirtschaftsdepartement bei der Einrichtung einer «Koordination Bodenschutz» mit, mit der die Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen im Bereich Bodenschutz verbessert werden soll. Es arbeitete auch mit dem Katastervermessungsamt an einem Projekt über die vom Bund geforderte Abgrenzung zwischen der landwirtschaftlichen Nutzfläche und dem Wald (LN/Wald).

2. Personal

Keine Änderung.

3. Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Aufgrund des Gesetzes vom 7. Februar 1996 über die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen werden die Aufgaben der Viehinspektoren und der Ackerbauleiter einem örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen übertragen. Da die fünfjährige Übergangsfrist am 31. Dezember 2001 abgelaufen ist, gibt es seit dem 1. Januar 2002 nur noch örtliche Landwirtschaftsverantwortliche. Infolge dieser Reorganisation hat sich die Direktion des Innern und der Landwirtschaft am 1. Februar 2002 von 225 ehemaligen Viehinspektoren und Ackerbauleitern verabschiedet.

Seit dem 1. Januar 2002 zählt der Kanton nun also insgesamt 208 örtlichen Landwirtschaftsverantwortliche.

4. Landwirtschaftliche Pacht für Parzellen

Das Landwirtschaftsdepartement ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen eine Zupacht oder den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es 122 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, wovon 77 Pachtverträge für Grundstücke von Gemeinden. Es erhob Einsprache gegen 13 Pachtverträge.

5. Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

Im Rahmen der Direktzahlungen für die Landwirtschaft sind die Kantone verpflichtet, die effektive landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) der Liegenschaften in der Hügelizeone und in den Bergzonen I bis IV genau festzulegen.

Auf Antrag der Finanzdirektion und der Direktion des Innern und der Landwirtschaft wurde ein Programm zur Kontrolle der LN vom Staatsrat am 5. März 2002 verabschiedet.

Die Kosten für die Arbeiten zur Festlegung, die im Rahmen einer offiziellen Vermessung stattfinden, werden in den ordentlichen Voranschlag des Amtes für Vermessung und Geomatik eingestellt, die Kosten, die das LN-Projekt

direkt betreffen, in jenen des Landwirtschaftsdepartements. Im vergangenen Jahr wurde anhand der Gemeinde Vuisternens-devant-Romont ein Test durchgeführt. Mit Orthophotos von 1998 hat ein Vermessungsbüro die LN kontrolliert. An den Stellen, wo sich die Grenzen zwischen LN und anderen natürlichen Flächen, wie z.B. dem Wald, verschoben haben, wurden die Flächen neu berechnet. Andererseits wurden ca. 20 in den vergangenen 10 Jahren vermessene Gemeinden nach Bodenbedeckungs-Code eingeteilt. Sie werden in das Programm zur Berechnung der Direktzahlungen aufgenommen mit dem Ziel, die LN auf den neusten Stand zu bringen.

6. Beitragswesen

Folgende Beiträge wurden gewährt:

6.1 Bundesbeiträge

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Franken	
– Flächenbeiträge	3 301	(3379)	97 478	(98 463)
– Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	2 186	(2169)	15 550	(14 688)
– Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschwerten Produktionsbedingungen	1 900	(1 930)	12 964	(10 547)
– Allgemeine Hangbeiträge	1 589	(1 625)	2 894	(2 936)
– Hangbeiträge für Rebflächen	17	(19)	20	(21)
Total der allgemeinen Direktzahlungen			128 906	(126 655)
– Beiträge für den ökologischen Ausgleich	3 241	(3 307)	7 079	(6 928)
– Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps	1 360	(1 451)	2 520	(2 674)
– Beiträge für den biologischen Landbau	100	(74)	666	(508)
– Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	1 396	(1 292)	3 271	(2 905)
– Beiträge für den regelmässigen Auslauf im Freien von Nutztieren	2 330	(2 211)	11 558	(10 533)
– Sömmerungsbeiträge	643	(630)	7 192	(7 035)
– Beitrag Gewässerschutz	11	(11)	51	(38)
– Beiträge für die ökologische Qualität (neue Massnahmen)	288	(–)	160	(–)
Total der Ökobeiträge			32 497	(30 621)
Ackerbaubeiträge	504	(428)	2 117	(1 571)
Total der Direktzahlungen			163 520	(158 847)

6.2 Kantonsbeiträge

– Sömmerungsbeiträge	47	(51)	174	(176)
– Beiträge Gewässerschutz	11	(11)	13	(13)
– Beiträge für die ökologische Qualität (neue Massnahmen)	–	(–)	18	(–)

Zu diesen Zahlen müssen folgende Bemerkungen gemacht werden:

- 3313 Betriebe haben Direktzahlungen erhalten. Das sind 78 Betriebe, bzw. 2,3 Prozent weniger als im Jahr 2001.
- Der Gesamtbetrag der 2002 gewährten Direktzahlungen von 164 Millionen Franken liegt 3 Prozent über dem Beitrag von 2001.
- Die Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschwerten Produktionsbedingungen sind um 2,4 Millionen gestiegen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass in diesem Jahr neu für ein Maximum von 20 Grossvieheinheiten (GVE) Beiträge geleistet wurden, während die Höchstgrenze zuvor bei 15 GVE lag.
- Der Gesamtbetrag der Ökobeiträge nahm um 1,9 Millionen Franken zu, dies vor allem weil sich immer mehr Landwirte für die Programme des Auslaufs der Tiere im Freien anmelden und weil die Beiträge pro Tier erhöht wurden.
- Die Ackerbaubeiträge haben im Vergleich mit 2001 um 0,5 Millionen zugenommen, da auch die Zahl der Ackerbau betreibenden Betriebe um 18 Prozent angestiegen ist.

7. Rindviehzucht

7.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Rindviehzucht

In Anwendung des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht waren für die Rindviehzucht 1 226 000 Franken budgetiert, wovon 880 000 Franken zur Mitfinanzierung der vom Bund vorgesehenen Massnahmen und 356 000 Franken für die Finanzierung von speziellen kantonalen Massnahmen zur Förderung der Rindviehzucht aufgewendet wurden.

7.2 Zuchtstiermarkt

Der vom Landwirtschaftsdepartement, der kantonalen Station für Tierproduktion des Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve und den kantonalen Viehzuchtverbänden organisierte Zuchtstiermarkt gilt als obligatorische Schau für die deckfähigen Stiere, die für den Natursprung und die künstliche Besamung verwendet werden. Der Zuchtstiermarkt 2002 fand am 24. und 25. September im Espace Gruyère in Bulle statt.

Alle Stiere wurden von einem einzigen Preisrichter im Ring klassiert. Es ergaben sich folgende Resultate:

	Rasse Rotflecken	Rasse Holstein	Total
Angemeldete Stiere	281	80	364
Vorgeführte Stiere	243	69	312
Ins Herdebuch aufgenommene Stiere			
- Anzahl	239	69	308
- in % der vorgeführten Stiere	98	100	99
Gutgeheissene Stiere	-	-	-
Abgewiesene Stiere	3	0	3

	Rasse Rotflecken	Rasse Holstein	Total
--	---------------------	-------------------	-------

Verkauf:

- Verkauf von 7-18 Monate alten Stieren für die Zucht	64	36	100
- Durchschnittlicher Preis in Franken	2 707	2 552	2 651
- Von der freiburgischen Viehverwertungsgenossenschaft übernommene Stiere	40	11	51
- Durchschnittlicher Preis pro kg Lebendgewicht: 2.60 – 3.95 Fr. (2.25 – 3.45 Fr.)			

7.3 Januarschauen

Die Januarschauen fanden zwischen dem 9. und 17. Januar 2002 auf 8 im Kanton verteilten Plätzen statt.

	Rasse Rotflecken	Rasse Holstein	Total
Angemeldete Stiere	108	6	113
Ins Herdebuch aufgenommene Stiere	98	4	102

7.4 Milchviehausstellung

Unter dem Patronat des Landwirtschaftsdepartements haben der kantonale Rotfleckvieh- und der Holsteinzuchtverband vom 9. bis 11. April 2002 die 32. Milchviehausstellung im Espace Gruyère in Bulle organisiert. Folgende Rassen waren zugelassen:

- Holstein der ganzen Schweiz
- Rotfleckvieh der ganzen Schweiz
- Braunvieh der ganzen Schweiz

Der Viehbestand setzte sich folgendermassen zusammen:

Rasse	im Katalog eingetragene Tiere	insgesamt vorgeführte Tiere	davon aus FR
Holstein	302	181	105
Rotfleckvieh	278	195	105
Braunvieh	24	24	-
Total	604	400	210

Zu erwähnen ist schliesslich, dass die freiburgischen Jungzüchter vom 5. bis 7. Dezember 2002 über 600 Rinder und Kühe der Rotfleckvieh- und Holsteinrasse aus allen Kantonen ausstellten.

7.5 Viehschauen

Gestützt auf die Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und die Vereinbarung mit dem Schweizerischen Rotfleckviehzuchtverband organisierte das Landwirtschaftsdepartement die Rotfleckviehschauen. Die Frühlingsschauen fanden zwischen dem 28. März und 27. April 2002 und die Herbstschauen zwischen dem 27. September und 19. Oktober 2002 statt. Die Beteiligung war wie folgt:

	Rasse		Rasse		Rasse	
	Rotfleckvieh		Holstein		Braunvieh	
Anzahl Viehzuchtgenossenschaften 2002 ins Herdebuch aufgenommenener Bestand	110		37		3	
Vorgeführte Tiere Frühling 2002	34 879		21 210		542	
Vorgeführte Tiere Herbst 2002	5 500	(6 522)				
Total vorgeführte Tiere 2002	16 781	(17 816)	7466	(6156)	230	(141)

Anlässlich der Frühlings- und Herbstschauen haben mehrere Zuchtgenossenschaften ihr Gründungsjubiläum gefeiert:

Zuchtgenossenschaften	Gründungs-jahr	Viehbestand	Anzahl vorgeführte Tiere
Rotfleckvieh:			
Courtepin	1912	133	52
Gurmels	1892	426	189
Le Châtelard	1912	873	355
Holstein:			
Epagny	1902	1014	419
Estavannens	1902	596	374

7.6 Oberpreisgericht

a) Zusammensetzung

Das Oberpreisgericht für das Rotfleckvieh setzte sich aus 18 Experten und 15 Kommissionssekretären zusammen. Zu erwähnen sind insbesondere folgende Aktivitäten:

Für die Rassen Holstein und Braunvieh

Seit der Einführung der linearen Beschreibung und Einstufung (LBE) und der Klassierung der Stiere im Ring durch einen einzigen Preisrichter am Zuchtstiermarkt braucht es keine kantonalen Experten mehr.

Für die Rotfleckviehrasse

Die 5 Mitglieder des Oberpreisgerichts der Rotfleckviehrasse traten zusammen, um die Zukunft der Schauen, die regionalen Ausstellungen, die Auswahl der Kühe für Expo-Bulle, die Betreuung der Experten und den Zuchtstiermarkt zu besprechen.

b) Weiterbildung:

Das Landwirtschaftsdepartement organisierte im Frühling 2002 einen Weiterbildungskurs für Rotfleckviehexperten in enger Zusammenarbeit mit dem freiburgischen Rotfleckviehzuchtverband. Das Schwergewicht lag bei der Vereinheitlichung der Bewertung und der Klassierung im Ring.

Für Experten, die als Richter eingesetzt werden, wurde ein Fachkurs unter der Leitung von kanadischen Fachleuten organisiert. Der Kurs zielte insbesondere darauf ab, die Kenntnisse der Morphologie des Milchviehs zu vertiefen.

Die Experten konnten ihre Kenntnisse beim Besuch von Zuchtbetrieben im Kanton Waadt und an zwei Informationsabenden erweitern.

8. Pferdezucht

8.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Pferdezucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht wurden folgenden Beiträge an die Pferdezucht ausgerichtet:

	Bund		Kanton	
	in tausend Franken			
Zuchtprämien	–	(–)	20	(14)
Beiträge an anerkannte Organisationen	73	(69)	–	(–)
Beiträge für die Erhaltung der Freibergerrasse	40	(42)		
Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen)	–	(–)	5	(5)
Total	113	(111)	25	(19)

Der Kantonsbeitrag 2002 umfasst neben dem Beitrag an anerkannte Pferdezuchtorganisationen die Zuchtprämien (Genossenschaften und Hengsthalter) sowie eine Unterstützung für den Feldtest von Grangeneuve (2500 Franken) und des kantonalen Verbands (1800 Franken).

8.2 Pferdezuchtgenossenschaften

Der Kanton Freiburg zählte am 31. Dezember 2002 9 Pferdezuchtgenossenschaften, davon 7 Genossenschaften für die Freibergerrasse, 1 für das Warmblut und 1 für die Haflinger. Im Kanton werden folgende Pferde gehalten, für die eine kantonale Prämie ausgerichtet wurden:

	2001	2002
Freibergerrasse	582	526
Halbblut	96	96
Haflinger	59	65
Total	737	687

9. Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht

9.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Kleinviehzucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht wurden folgende Beiträge an die Kleinviehzucht ausgerichtet:

	Bund		Kanton	
	in tausend Franken			
Zuchtprämien	–	(–)	20	(20)
Beiträge an anerkannte Organisationen	141	(211)	–	(–)
Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen)	–	(–)	13	(8)
Total	141	(211)	33	(28)

Nach dem Inkrafttreten der neuen Zuchtverordnung besteht die Unterstützung des Kantons hauptsächlich aus den Beiträgen an die vom Bundesamt für Landwirtschaft anerkannten Zuchtorganisationen.

Von den für anerkannten Zuchtorganisationen vorgesehenen 141 000 Franken, gehen 84 000 Franken an die Schweinezucht und 57 000 Franken an die Schaf- und Ziegenzucht.

9.2 Im Herdebuch eingetragener Schafbestand

	Anzahl im Herdebuch eingetragene Genossenschaften		Anzahl im Herdebuch eingetragene Tiere	
Weisses Alpenschaf	7	(6)	876	(830)
Braunköpfiges Fleischschaf	4	(4)	456	(522)
Schwarzbraunes Bergschaf	14	(14)	1 748	(1 685)
Schwarznasenschaf	1	(1)	78	(72)
Charollais	1	(1)	261	(230)
Total	27	(26)	3 419	(3 339)

9.3 Im Herdebuch eingetragener Ziegenbestand

Der Kanton Freiburg zählt 8 Zuchtgenossenschaften und 1 Zuchtstation. 2 Genossenschaften und die Station Botterens züchten nur gämsfarbige Gebirgsziegen. 5 Genossenschaften haben Mitglieder, die beide Rassen, d.h. gämsfarbige Gebirgsziege und Saanenrasse, züchten. 1 Züchter hält Toggenburgziege.

	Im Herdebuch eingetragene Tiere
gämsfarbige Gebirgsziege	898
Saanenrasse	288
Toggenburgziege	16
Total	1 202

Die Zahlen für 2002 liegen noch nicht vor, daher wurden die Bestände von 2001 aufgeführt.

9.4 Bewertung

Die Schafe und Ziegen wurden unter der Verantwortung des Landwirtschaftsdepartements im Auftrag der vom Bundesamt für Landwirtschaft anerkannten Zuchtverbände bewertet.

10. Weinbau

10.1 Neupflanzungen

30 Gesuche für Neupflanzungsbeiträge über eine Gesamtfläche von 38 160,90 m² wurden behandelt, d.h. pro Region:

Wistenlach, 21 Gesuche über eine Fläche von 30 323,70 m²,

Cheyres, 9 Gesuche über eine Fläche von 7837,20 m².

10.2 Weinlese

Mit dem Reglement vom 15. September 1997 wurde die kontrollierte Ursprungsbezeichnung (AOC) für die freiburgischen Weine eingeführt.

Für die Weinlese 2002 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkung mit Entscheid der Direktion des Innern und der Landwirtschaft vom 12. Juli 2002 wie folgt festgesetzt:

	Produktionsbeschränkung	Mindestzuckergehalt (Öchslegrad)
Wistenlach		
weisse Trauben:	1,1 kg/m ²	60°
rote Trauben:	1,05 kg/m ²	65°
Cheyres		
weisse Trauben:	1,25 kg/m ²	60°
rote Trauben (*):	1,1 kg/m ²	65°

(*) Der Mindestzuckergehalt (Öchslegrad) wurde für Pinot noir bei 68°Oe festgelegt.

Die Produktionsbeschränkungen für die freiburgischen Weinberge sind strenger als die Beschränkungen des Bundes. Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC) und mit Ursprungsbezeichnung (AO).

Die bei der Lese 2002 erzielten Erträge liegen deutlich unter denjenigen des Vorjahres. Im Bezug auf Qualität ergaben die Proben bessere Resultate als im Vorjahr und befinden sich auf einem guten Niveau.

Nach einem günstigen Vegetationsbeginn und einem heissen Juni 2002 trugen die Reben im Frühsommer reichlich Trauben. Um die Produktion zu regulieren, musste der Behang erheblich reduziert werden. Ein sehr feuchter und eher bedeckter Sommer liess das Schlimmste befürchten. Dank einem sonnigeren September vermochten die Reben dennoch gut zu reifen. Die Entwicklung des Zuckergehalts wurde jedoch durch eine Kälteperiode gebremst. Die Bedingungen für die Weinlese waren, einmal abgesehen von ein paar regnerischen Perioden, die die Arbeiten etwas verlangsamten, alles in allem günstig. Die Ernte 2002 lieferte Trauben von hervorragender Qualität. Die gesamte Lese der Weinberge von Wistenlach und Cheyres erfüllt die Kriterien für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung. Der gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittliche Zuckergehalt lässt einen guten Jahrgang erwarten.

Die Ergebnisse der Weinlese sind wie folgt:

	in kg	mittlerer Grad
Wistenlach		
Chasselas	687 142	68,26
Pinot Noir	178 108	85,48
Gamay	7124	79,84
Spezialitäten weiss	71 753	83,97
Spezialitäten rot	27 530	79,20
Cheyres		
Chasselas	45 107	70,13
Pinot Noir	65 891	85,30
Gamay	1563	85,00
Spezialitäten weiss	6865	87,66
Spezialitäten rot	2814	80,62

11. Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 69 Viehhandelspatente und 12 Vermittlerpatente abgegeben. 34 Patente wurden an Inhaber von Hundezwingern abgegeben (Art. 6 des Beschlusses vom 21. Dezember 1982 betreffend die Hundesteuer).

1 Kandidat nahm am Einführungskurs für neue deutschsprachige Händler in Bern teil.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Kantonalen Viehversicherungsanstalt (KVVA), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf den Beschluss vom 12. März 1996 über die Höhe der Prämien der KVVA fest.

12. Raumplanung

Gemäss Artikel 11 des Ausführungsreglements vom 18. Dezember 1984 zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 9. Mai 1983 wurden im Jahr 2002 zu folgenden Gesuchen Stellungnahmen abgegeben:

- 92 (80) Baubewilligungen für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen, wovon 3 für den Agrotourismus, und 13 (16) direkt von Landwirten gestellte Gesuche für die Berechnung der Raumeinheiten;
- 288 (276) Baubewilligungen für Neubauten oder Umbauten von landwirtschaftlichen Gebäuden, Schuppen, Schweineställen, Geflügelställen, Schlachträumen, Alphütten, Alpenstrassen, Ausbeutung und Aufschüttung von Kiesgruben, Hirschkamps.
- 69 (64) Dossiers über Ortsplanungen wurden geprüft; teils waren es Vorprüfungen, teils Schlussprüfungen, 3 Dossiers über die Einzonung von Kiesgruben, 1 Dossier über die Schaffung eines Zoos und 1 Dossier über den Aufbau des Papilliorama/Nocturama im Kanton Freiburg.

In Anwendung der von der kantonalen Behörde für Grundstückverkehr erlassenen Entscheide hat das Landwirtschaftsdepartement gestützt auf Artikel 10 des Ausführungsgesetzes vom 28. September 1993 zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht für 173 (153) Grundstücke die vorgesehene Anmerkung, d.h. «nichtlandwirtschaftliches Grundstück in der Landwirtschaftszone», bei den Grundbuchämtern angemeldet.

13. Umweltschutz

13.1 Bodenschutz

Nachdem die Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz in Kraft getreten ist, hat das Landwirtschaftsdepartement den Auftrag, zu Baugesuchen Stellung zu nehmen, die Arbeiten in der Landwirtschaftszone mit qualitativen oder quantitativen Auswirkungen auf den Boden betreffen. In diesem Rahmen gab es eine Stellungnahme zu 13 Dossiers ab, davon betrafen 2 die Einrichtung von Schneekanonen in den Gebieten La Berra und Schwarzsee und 1 den Bau der Umfahrungsstrasse A189 in Bulle.

13.2 Gewässerschutz

In Anwendung des Beschlusses vom 28. November 2000 über die Verringerung der Nitratbelastung aus der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung entschädigte das Landwirtschaftsdepartement 3 Landwirte aus Avry und 8 Landwirte aus Middel. Der kantonale Anteil an den Entschädigungen beläuft sich auf 13 494 Franken, die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den 2 betroffenen Gemeinden aufgeteilt werden.

14. Naturschutz

In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung erhielten 270 Landwirte den Öko-Qualitätsbonus im Gesamtbetrag von 154 905 Franken, wovon 30 981 Franken vom Kanton stammen. 27 Landwirte erhielten einen Gesamtbetrag in der Höhe von 22 690 Franken für ihre ökologischen Ausgleichsflächen, die in einem Vernetzungsprojekt nach Öko-Qualitätsverordnung integriert sind.

II. Verwaltung der Staatsreben

Die Weinlese in den beiden Gebieten ergab folgende Mengen:

Lavaux

- Geerntete Menge:
- Faverges weiss 94 810 l junger Wein (104 400)
- Ogoz
(nur weisse Trauben) 21 243 l junger Wein (20 968)
- Faverges rot 25 371 l junger Wein (24 302)
- Verkauf der letzten Ernte:
- Faverges weiss 2001 77 274 l Wein (68 934)
- Ogoz 2001 19 908 l Wein (21 542)
- Faverges rot 2000 25 095 l Wein (27 449)
- Bestand am 31.12.2002:
- Faverges weiss 2001 14 063 Flaschen (35 997)
- Ogoz 2001 612 Flaschen (285)
- Faverges rot 2000 2640 Flaschen (2081)

Der gesamte Rotwein des Rebgruts Faverges 2001 wird im April 2003 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres 2003 verkauft.

Wistenlach

- Geerntete Menge:
- Etat de Fribourg weiss 13 000 l junger Wein (12 900)
- Château de Mur weiss 15 000 l junger Wein (20 200)
- Etat de Fribourg rot 1500 l junger Wein (1600)
- Château de Mur rot 7500 l junger Wein (7450)
- Verkauf der letzten Ernte:
- Etat de Fribourg weiss 2001 11 930 l Wein (8435)
- Château de Mur weiss 2001 12 474 l Wein (13 346)
- Etat de Fribourg rot 2001 979 l Wein (1457)
- Château de Mur rot 2001 5409 l Wein (6035)

- Bestand am 31.12.2001:
- Etat de Fribourg weiss 2001 1375 Flaschen (4307)
- Château de Mur weiss 2001 1702 Flaschen (4434)
- Etat de Fribourg rot 2001 887 Flaschen (547)
- Château de Mur rot 2001 2916 Flaschen (1021)

III. Veterinäramt

1. Allgemeines

Das Inkrafttreten der bilateralen Abkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Schweiz führte zu zahlreichen zusätzlichen Aufgaben für das Veterinäramt. Diese betreffen insbesondere die Fleischhygiene, die Tiergesundheit, den Tierschutz und die gesetzliche Regelung der Heilmittel. Mit den in diesen Bereichen getroffenen Massnahmen wird im Allgemeinen eine Verbesserung für die öffentliche Gesundheit angestrebt.

Das Veterinäramt nutzte die Gelegenheit der Expo.02 in Murten, um seine verschiedenen Tätigkeiten vorzustellen, insbesondere in Bezug auf die Fleischhygiene und die Kontrolle der Lebensmittelproduktionsbetriebe.

Im Bereich Tierseuchenbekämpfung wurde die Flächensanierung zur Eindämmung der enzootischen Pneumonien bei den Schweinen abgeschlossen.

2. Personal

Jasmine Gribi, Verwaltungssachbearbeiterin (100 %), kündigte auf den 31. Dezember 2001, ihr Vertrag wurde zu 50 % bis Ende Februar 2002 verlängert. Sie wurde am 1. März 2002 durch Marlène Sciboz ersetzt. Hélène Roggo, Sekretärin (100 %), verliess das Amt am 31. Dezember 2002 nach 25 Dienstjahren in der Kantonsverwaltung. Sie wurde am 1. Dezember 2002 durch Sibylle Bettler ersetzt.

Im Übrigen üben 57 (55) Tierärzte, darunter 15 (16) Frauen, ihren Beruf im Kanton aus. 2 arbeiten als Fleischinspektoren, 2 (1) als Fleischkontrolleure und 14 (15) in Industrie und Forschung.

3. Tätigkeiten

3.1 Bekämpfung der Tierseuchen

Hochansteckende Seuchen

Es wurde kein Fall festgestellt.

Auszurottende Tierseuchen

Bei 1 (3) Tier wurde Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE) festgestellt.

Die Überwachung der Bovinen Infektiösen Rhinotracheitis und Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV), der Enzootischen Leukose der Rinder (EBL), der Brucellose der Schafe und Ziegen erfolgte wie in der ganzen Schweiz mittels Befragungen von Betrieben, die das Bundesamt für Veterinärwesen zufällig auswählte. Im Kanton wurden 149 (89) Betriebe kontrolliert, darunter 108 (40) auf IBR/IPV und EBL und 41 auf IBR/IPV.

Die Brucellose (auch seuchenhaftes Verwerfen genannt) erforderte die Untersuchung von 624 (756) Blut- und 579 (977) Nachgeburtspalten bei Rindern. 610 (1058) Blutproben wurden auf Brucellose der Schafe und der Ziegen untersucht.

Auch die Leukose machte 838 (792) Blutuntersuchungen in 66 Betrieben erforderlich.

Die Brucellose der Schafe erforderte Kontrollen in 36 (29) Betrieben und die Brucellose der Ziegen in 25 (20) Betrieben. Die Anzahl untersuchter Blutproben erhöhte sich somit auf 478 bzw. 122.

Im Bereich Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) schliesslich wurden die Ziegen von 410 (520) Betrieben kontrolliert. Zu diesem Zweck wurden 1929 (2402) Proben untersucht. Alle waren negativ. Bei 15 (5) Betrieben wurde die Sperre aufgehoben, nachdem die positiven Ziegen ausgemerzt worden waren. 8 Betriebe bleiben noch gesperrt.

Zu bekämpfende Seuchen

Die Situation sieht wie folgt aus:

105 (168) Proben wurden auf Leptospirose untersucht. Kein positiver Fall.

Coxiellose in 5 (9) Betrieben und bei 5 (9) Tieren. 4 (1) Blut- und 579 (997) Nachgeburtspalten wurden analysiert.

3 (7) Salmonellose-Fälle. 54 (531) Proben wurden untersucht.

In 23 (8) Mastschweinbetrieben der sanierten Zone wurde eine Neuinfektion mit Lungenentzündung der Schweine (APP) festgestellt. 18 (25) Betriebe wurden in der zu sanierenden Zone untersucht, in 1 (3) Betrieb war der Befund positiv.

143 (375) APP-Untersuchungen wurden von der veterinärmedizinischen Einheit des freiburgischen Agro-Lebensmittellabors im Rahmen der Sanierung 2002 vorgenommen.

7 (7) Fälle von bösartiger Faulbrut der Bienen: 50 (13) Völker wurden vernichtet.

14 (16) Fälle von Sauerbrut der Bienen: 25 (54) Völker wurden vernichtet.

2 (0) Fälle von Infektiöser Laryngotracheitis bei den Hühnern (ILT).

Vorbeugende Massnahmen

Auf den Alpen einiger Gemeinden des Greizer-, des Sense- und des Vivisbachbezirks war die Impfung gegen den Rauschbrand obligatorisch. 1483 Tiere aus 142 Betrieben wurden geimpft.

92 (151) Betriebe wurden im Frühling 2002 von den Viehinspektoren nach der Behandlung gegen die Dasselkrankheit vom Herbst 2001 kontrolliert. Ein einziges Tier war positiv.

Schliesslich wurden 3569 (3425) gesömmerte Schafe gegen die Schafräude behandelt.

Zu überwachende Seuchen

Die Situation sieht wie folgt aus:

1 (1) Fall von Paratuberkulose wurde bei einer Kuh festgestellt.

1 (0) Fall von *Listeria monocytogenes*.

0 (2) Fall von Pferde-Arteritis.

1 (2) Fall von viraler hämorrhagischer Krankheit der Kaninchen.

0 (1) Fall von Proliferativer Nierenkrankheit der Fische.

3.2 Fleischhygiene

Ordentliche Schlachtungen:

308 273 (302 158) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 307 695 (301 657) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 578 (501) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben (0,18 % der Schlachtungen).

Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren:

1016 (1035) Tiere wurden geschlachtet (0,33 % der Schlachtungen). Das Fleisch von 691 (675) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 325 (360) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben, was 32 % der Schlachtungen kranker Tiere entspricht.

Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland:

1899 (1495) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch aller 1899 Tiere wurde für geniessbar erklärt.

12 Fälle von Sarkosporidiose wurden nachgewiesen, und 12 Schlachtierkörper wurden für ungeniessbar erklärt.

528 Fälle von Zystizerkose; 3 Schlachtierkörper wurden für ungeniessbar erklärt, 525 konnten nach Tiefkühlung freigegeben werden.

3.3 Tierschutz

1071 (1430) Betriebe wurden von der Freiburgerischen Vereinigung der IP- und KF-Landwirte (FIPO) in Bezug auf den Tierschutz kontrolliert. 75 % (83 %) dieser Betriebe erfüllten die Kriterien des eidgenössischen Tierschutzgesetzes (TSchG). In 25 % (17 %) der kontrollierten Betriebe wurden Verstösse festgestellt, 49 % betrafen den Auslauf der Tiere. Gleichzeitig mit der Überprüfung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) wurden im Rahmen des Tierschutzes (Landwirtschaft und andere) 75 (93) Kontrollen durchgeführt.

12 (23) Klagen wurden dem Untersuchungsrichter übermittelt. 23 (28) Bewilligungen für die Wildtierhaltung wurden erteilt. 170 (177) Baubewilligungsgesuche wurden behandelt.

Die Aufsichtskommission für Tierversuche trat im Jahre 2001 5-mal zusammen. Ihre Aufgaben waren folgende:

- 73 (48) Bewilligungsgesuche für Tierversuche wurden geprüft.

- 65 (46) Bewilligungen wurden erteilt.

- 3 (5) Unternehmen, wo Tierversuche durchgeführt werden, wurden besichtigt.

3.4 Importe – Exporte

Die Stellungnahmen in Bezug auf den endgültigen oder vorübergehenden Import oder Export von Lebewesen wurden dem Bundesamt für Veterinärwesen zur Genehmigung unterbreitet. Die in Quarantäne genommenen eingeführten Tiere wurden von den Tierärzten überwacht.

3821 Zertifikate für den Export von Milchprodukten wurden ausgestellt.

3.5 Wanderschafherden

Der Kanton zählt 4 (4) Wanderherden, für die das kantonale Veterinäramt eine Bewilligung erteilt hat.

4. Bestand der bei der Kantonalen Viehversicherungsanstalt versicherten Tiere

Art	Anzahl Tiere bzw Bienenvölker	Anzahl Betriebe
Rinder	137 985 (139 384)	3 125 (3 211)
Pferde	4 181 (3 692)	1 010 (972)
Schweine	90 094 (81 700)	726 (736)
Schafe	18 380 (17 495)	902 (889)
Ziegen	3 008 (2 852)	426 (416)
Bienenvölker	9 305 (7 569)	755 (641)

Es handelt sich um provisorische Zahlen. Die Einzelheiten der Viehversicherung werden im Tätigkeitsbericht 2002 der Nutztierversicherungsanstalt veröffentlicht.

IV. Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg LIG

1. Allgemeines

Das landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG) ist seinem Bildungs- und Dienstleistungsauftrag gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton nachgekommen. In Berufsschulen und Fachschulen gewährleistete das LIG die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft, Agrokaufmannswesen, Forstwirtschaft, Milchwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Hauswirtschaft. Die Dienstleistungsaufträge stammten mehrheitlich von öffentlichen Gemeinwesen und betrafen die Weiterbildung, Beratungs- und Kontrollaufträge und die Bereitstellung von Ressourcen.

Die Tätigkeiten des LIG erfolgen in den meisten Fällen in französischer und deutscher Sprache.

Das LIG hat sich den ihm übertragenen ständigen Aufgaben gewidmet. Das Jahr 2002 war insbesondere durch die folgenden Ereignisse und Tätigkeiten gekennzeichnet:

- Teilnahme des LIG an der Expoagricole (Expo.02 auf der Arteplage von Murten) im Rahmen des Forums, der Freiburger Woche, der Gestaltung und Pflege des «Jardin des cultures» oder der Projektleitung;

- bestandenes Nachaudit des Qualitätsmanagementsystems nach ISO 9001;
- Einrichtung einer Verwaltungssoftware im Freiburgischen Agro-Lebensmittellabor, Milchwirtschaftliche Station;
- Genehmigung von zwei neuen Reglementen für die Kommissionen der Bildungszentren durch den Staatsrat;
- Fortsetzung der Arbeiten zur Erfassung und Eliminierung der befallenen Pflanzen im Rahmen der Feuerbrandbekämpfung;
- Erlangung des ersten Rangs am Zuchtstiermarkt in Bulle sowie der Goldmedaille für den «Gruyère» und zweier Diplome für den Käse «Le Cabriol» und den «Fleur d'Hauterive» im Rahmen des Swiss Cheese Award Expo.02

2. Berufsbildung

Die drei Berufsbildungszentren (Land- und Forstwirtschaft, Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie, Hauswirtschaft), die vom Aufsichtsrat und den Konsultativkommissionen unterstützt werden, arbeiten ordnungsgemäss im Dienste der 703 (641) Schülerinnen und Schüler, und zwar in beiden Amtssprachen.

In allen Schulen des LIG erfolgt eine Evaluation des Unterrichts. Die Auswertung der Evaluationen, die Schlussfolgerungen und die Vorschläge werden beim Management Review besprochen.

2.2 Landwirtschaftliches und forstwirtschaftliches Bildungszentrum

	Anzahl Schüler/Kandidaten	
Landwirtschaftliche Berufsschule	125	(134)
Berufsschule für Forstwarte	56	(54)
Fachschule	103	(97)
Vorbereitungskurs für den landwirtschaftlichen Fachausweis	66	(84)
Vorbereitungskurs für die landwirtschaftliche Meisterprüfung	46	(55)
Kurs für Agrokaufleute	24	(9)

Um die Lage der Landwirtschaft ausserhalb unserer Landesgrenzen besser kennen zu lernen, unternahmen die Schüler Studienreisen nach Frankreich und Deutschland. Die dort erlangten Informationen wurden in den Allgemeinbildungs-Fächern weiter besprochen.

Der Kurzlehrgang für Schüler, die bereits ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis in einem anderen Beruf innehaben, entspricht einem tatsächlichen Bedürfnis und wird auch in den kommenden Jahren angeboten.

Die kantonale Berufsbildungskommission für Landwirte änderte die Lehrverträge, um sie auf diejenigen der anderen Kantone abzustimmen. Die Wochenstundenzahl wurde von 60 auf 55 verringert, und neu haben die Lehrlinge Anspruch auf 1,5 statt 1 freien Tag pro Woche.

Die Kampagne zur Förderung des Lehrgangs für Agrokaufleute in der französischsprachigen Schweiz hat Früchte

getragen und einen starken Anstieg der Schülerzahl bewirkt.

Um die Anwärter auf das Diplom zum Meisterlandwirt bestmöglich auf die neuen Anforderungen zur Meisterprüfung, die unter anderem die Erstellung eines Businessplans voraussetzt, vorzubereiten, werden die Kurse in Zukunft auf zwei Wintersemester verteilt. Die Teilnahme von Kandidaten aus dem Wallis ist erfreulich.

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Freiburgischen Bauernverbands, der Vereinigung ehemaliger Landwirtschaftsschüler und des LIG haben einen Massnahmenkatalog zur Förderung der Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses erarbeitet.

2.2 Bildungszentrum für Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie

	Anzahl Schüler/Kandidaten	
Lehre Milchtechnologie	68	(68)
Lehre Lebensmitteltechnologie	20	(7)
Milchwirtschaftliche Schule	8	(7)
Technikerschule für Lebensmitteltechnologie	16	(16)
Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung	8	(0)

Was die Berufsschulen betrifft, so ist die Ankunft des zweiten Jahrgangs von Lebensmitteltechnologien zu verzeichnen (15 Schüler aus der ganzen Westschweiz) Auch die Zahl neuer Milchtechnologien ist in Anbetracht der momentan eher verdriesslichen Situation der Milchindustrie erfreulich: 28 Lehrlinge haben ihre Berufslehre angetreten.

Das Bildungszentrum für Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie bietet neu einen Kurs für Betriebsleiter an. 8 Kandidaten werden zur Meisterprüfung antreten.

2.3 Hauswirtschaftliches Bildungszentrum

	Anzahl Schülerinnen/Kandidatinnen	
Gemeinsame Grundausbildung: Hauspfleger/in, Fachangestellte/r Gesundheit	57	(0)
Berufsbegleitende Ausbildung für Bäuerinnen und Haushaltleiterinnen	0	(21)
Hauswirtschafterin, Art. 41	39	(12)
Kurs für Betriebsleiterinnen	0	(0)
Vorbereitungskurs für die Fachausweis- und Diplomprüfungen	1	(5)
Lehre für Hauswirtschafterin	42	(54)
Lehre für Hauspflege	24	(19)

In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Berufsbildung und dem kantonalen Amt für Schul- und Berufsberatung bietet das Hauswirtschaftliche Bildungszentrum Grangeneuve seit Herbst 2002 Erwachsenen die Möglichkeit, in einer berufs- oder haushaltbegleitenden Ausbildung ein Fähigkeitszeugnis als Hauswirtschafterin zu erlangen. Seit Herbst 2002 steht diese Ausbildung auch deutschsprachigen Erwachsenen offen. Mehrere Personen haben auch Grundmodule belegt, die die Möglichkeit bie-

ten, die notwendigen Fähigkeiten für die Module zur Vorbereitung auf das eidgenössische Fähigkeitszeugnis als Bäuerin zu erwerben.

Seit Herbst 2002 gibt es für Lehrlinge der Berufe Hauspflegerin/Hauspfleger, Fachangestellte/Fachangestellter Gesundheit und Hauswirtschafterin am Hauswirtschaftlichen Bildungszentrum (HBZ) einen gemeinsamen Grundlehrgang. Die Schüler absolvieren diese Ausbildung – Schule und Praktika – teils an der Krankenpflegeschule, teils am HBZ. Diese Verbindung kam dank der intensiven Zusammenarbeit der erwähnten Institute zustande.

3. Land- und milchwirtschaftliche Stationen und Dienstleistungen des LIG

3.1 *Milchwirtschaftlicher Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD)*

Der MIBD arbeitet neu mit den Veterinärämtern von Freiburg und Neuenburg zusammen. Der Chef der Inspektion des MIBD ist gleichzeitig Amtstierarzt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verringerung von Doppelbesetzungen im Bereich der Inspektion von landwirtschaftlichen Betrieben.

Die Inspektionen wurden den gesetzlichen Erfordernissen entsprechend durchgeführt.

Der MIBD Beratung hatte sich vor allem mit Problemen der Eutergesundheit zu befassen. Die freiburgische Käseproduktion kann als sehr gut eingestuft werden.

Eine landesweite Studie zu einer ev. Neustrukturierung des MIBD ist im Gange.

3.2 *Milchwirtschaftliche Station und freiburgisches Agrolabors, Milchwirtschaftliche Einheit*

Das Labor stellt einen leichten Rückgang der Proben fest. Die neuen Kunden konnten den Rückgang der dem Labor angegliederten land- und milchwirtschaftlichen Betriebe nicht wettmachen.

Ein neues, sehr leistungsfähiges Informatikprogramm zur Verwaltung des Labors wurde eingeführt. Es erwies sich als sehr gut.

Die Milchwirtschaftliche Station hat ihre Tätigkeit fortgesetzt, vor allem im Rahmen der Herkunftsbestimmung in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Zertifizierungsstelle.

3.3 *Landwirtschaftliche Stationen und hauswirtschaftliche Beratung*

Der landwirtschaftlichen Beratung sind 2200 Personen und der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Beratung 790 Personen angeschlossen.

Zur Steigerung der Effizienz wurden die Aktivitäten im Jahr 2002 auf zwei Stationen verteilt: Die Station für Tierproduktion und Pflanzenbau und die Station für Beratung, Agrar- und Hauswirtschaft.

Im Jahr 2002 waren die Stationen insbesondere in folgenden Bereichen tätig:

- Fortsetzung der Arbeiten für die Dossiers «Gewässerschutz in Fassungszone» und «Freiburgisches Bodenbeobachtungsnetz (FRIBO)»
- Mitarbeit bei der Umsetzung der Öko-Qualitätsverordnung
- Erstellung der Preislisten für Gemüse für Berner und Freiburger Gemüseproduzenten
- Berechnung der Düngerbilanzen für die meisten Betriebe des Kantons
- Weiterführung der Versuche in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft, den eidgenössischen landwirtschaftlichen Forschungsanstalten und den Branchenorganisationen;
- Leistungen für die kantonalen Zuchtverbände und die Zuchtstier- und Milchviehausstellung in Bulle
- Massnahmen zur Vorbeugung oder Beseitigung des Feuerbrands in 68 Gemeinden.
- im Rahmen individueller Beratungen häufige Vermittlung in den Bereichen der überbetrieblichen Zusammenarbeit und Betriebsentwicklungsstrategien unter Berücksichtigung der im Programm der Agrarpolitik 2007 (AP 2007) vorgesehenen Massnahmen
- Organisation zahlreicher Sitzungen im Bereich der hauswirtschaftlichen Beratung.

V. Kantonales Meliorationsamt

1. Allgemeines

Die am 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen im Zusammenhang mit der «Agrarpolitik 2000» brachten für die Bodenverbesserungen keine grossen Änderungen mit sich. Mit der pauschalen Subventionierung der landwirtschaftlichen Hochbauten können mehr Fälle behandelt werden als unter dem alten Recht, was von 1999 bis 2001 zu einer deutlichen Zunahme bei dieser Budgetposition und in der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen führte. Im Jahr 2002 hat sich die Lage stabilisiert.

2. Tätigkeiten

2.1 *Personal*

Ende Juli ging Architekt Heinz Hungerbühler im Alter von 65 Jahren in Pension.

2.2 *Vom Kanton subventionierte Arbeiten*

Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2002 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen ausgenommen.

	Anzahl Projekte	Anrechenbarer Kostenvoranschlag Fr.	Kantonale Beiträge
Güterzusammenlegungen	17	9 906 197	3 155 239
Alpwege und Hofzufahrten	9	1 459 806	518 315
Wasserversorgungen	2	2 463 000	467 970
Andere Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Stromversorgung, Ausdolung von Bächen, Instand- stellung von Grundstücken usw.)	3	1 080 000	266 400
Landw. Bauten und Sennereien	69	34 513 250	4 355 600
Hofdüngeranlagen	20	2 207 935	421 600
Total 2002	120	51 630 188	9 185 124
Total 2001	110	34 288 827	6 297 006
Total 2000	136	34 104 882	6 497 736
Total 1999	141	30 009 172	7 247 147
Total 1998	185	33 849 788	9 326 125

Die jährlichen Veränderungen bei der Gewährung der Kantonsbeiträge sind auf die unterschiedlichen Bundeskredite und die Tatsache zurückzuführen, dass gewisse Projekte nicht im gleichen Jahr vom Kanton und vom Bund subventioniert werden. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr rührt hauptsächlich von der Erhöhung der dem Kanton zur Verfügung gestellten Bundeskredite her sowie der Subvention von landwirtschaftlichen Hochbauten in der Talzone durch den Kanton gemäss der Motion Godel/Page. Die kantonale Subvention von landwirtschaftlichen Hochbauten in der Talzone beläuft sich auf 1 551 000 Fr. für 32 Fälle.

Die Gesamtsumme der im Jahr 2002 zugesicherten Beiträge unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen beträgt 1 147 096 Franken bei einem Kostenvoranschlag von 4 675 543 Franken, was 55 Projekten oder Etappen entspricht.

2.3 Vom Bund subventionierte Arbeiten

Zusammenstellung der im Jahr 2002 zugesicherten Beiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	3 857 748
Alpwege und Hofzufahrten	639 380
Wasserversorgungen	454 000
Andere Bodenverbesserungen	159 600
Landw. Bauten und Sennereien	2 911 600
Hofdüngeranlagen	–
Total der dem Kanton zugesicherten Bundesbeiträge:	
2002	8 022 328
2001	6 481 082
2000	6 121 364
1999	5 719 489
1998	5 639 413

Die Zunahme der Verpflichtungen des Bundes im Vergleich zu den Vorjahren ist darauf zurückzuführen, dass der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamts für Landwirtschaft höhere Kredite zur Verfügung gestellt wurden und dass gewisse Kantone die Beträge nicht nutzten.

2.4 Im Jahr 2002 beendete Arbeiten

Es handelt sich nachfolgend um Unternehmen oder Etappen, für welche die Schlussabrechnung im Jahr 2002 erstellt wurde.

	Anzahl Projekte	Gesamtkosten Fr.
Güterzusammenlegungen	10	9 425 940
Alpwege und Hofzufahrten	6	2 065 316
Wasserversorgungen	–	–
Andere Bodenverbesserungen	–	–
Landwirtschaftliche Bauten und Sennereien	47	23 451 042
Hofdüngeranlagen	37	3 852 195
Total 2002	100	38 794 493
Total 2001	103	45 102 029
Total 2000	130	32 387 041
Total 1999	160	39 393 820
Total 1998	151	43 831 551

2.5 Im Jahre 2002 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Beiträge Kanton Fr.	Beiträge Bund Fr.
Güterzusammenlegungen	2 064 732	4 032 092
Alpwege und Hofzufahrten	461 089	908 818
Wasserversorgungen	411 970	600 940
Andere Bodenverbesserungen	139 000	90 000
Landwirtschaftliche Bauten und Sennereien	3 646 960	3 652 560
Hofdüngeranlagen	720 500	–
Total 2002	7 444 251	9 284 410
Total 2001	6 321 191	6 943 053
Total 2000	8 011 387	6 360 799
Total 1999	8 293 182	5 623 860
Total 1998	8 368 721	5 721 783

Am 31. Dezember 2002 befanden sich 2 Abrechnungen zur Genehmigung und Bezahlung bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamts für Landwirtschaft.

am 31.12.2001: 16 Abrechnungen
am 31.12.2000: 15 Abrechnungen
am 31.12.1999: 18 Abrechnungen
am 31.12.1998: 18 Abrechnungen

Die Zunahme der Bundesbeiträge im Vergleich zu den Vorjahren ist darauf zurückzuführen, dass der Abteilung Strukturverbesserungen höhere Kredite zur Verfügung gestellt wurden und dass gewisse Kantone die Beträge nicht nutzten. Dank dieser Erhöhung konnte der Zahlungsrückstand der letzten Jahre wettgemacht werden.

Die ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge nach Rubrik stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten abweichen können.

2.6 Im Jahr 2002 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge

	Fr.
Total 2002	1 045 844
Total 2001	1 278 914
Total 2000	1 237 209
Total 1999	626 893
Total 1998	531 538

Der Rückgang im Vergleich zu den letzten beiden Jahren ist durch die Aufhebung der Subventionen der gemeinschaftlichen Bauten in der Talzone durch den Fonds für Bodenverbesserungen bedingt. Seit 2002 werden die gemeinschaftlichen Bauten gemäss der Motion Godel/Page mit den übrigen landwirtschaftlichen Hochbauten in der Talzone subventioniert.

2.7 Stand der Verpflichtungen nach Unternehmensart

Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2002 wie folgt zusammen:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	3 727 965
Alpwege und Hofzufahrten	323 800
Wasserversorgungen	389 775
Andere Bodenverbesserungen	168 400
Landw. Bauten und Sennereien	2 579 600
Hofdüngeranlagen	1 188 900
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2002	8 378 440
Idem am 31. Dezember 2001	6 837 234
Idem am 31. Dezember 2000	6 897 559
Idem am 31. Dezember 1999	9 185 353
Idem am 31. Dezember 1998	10 073 715

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen betragen am 31. Dezember 2002 947 194 Franken.

2.8 Allgemeine Bemerkungen zu einigen Unternehmensarten

a) Güterzusammenlegungen

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgenossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf. Praktisch alle Genossenschaften verfügen über einen neuen Zustand des Eigentums.

Zur Anpassung an die finanziellen Bedingungen in der Landwirtschaft wurden seit 1998 freiwillig 7 vereinfachte Güterzusammenlegungen vorgenommen, wovon 1 im Rahmen des Baus der Umfahrungsstrasse A189 Bulle – La Tour-de-Trême. Im Hinblick auf den Bau der A189 ordnete der Staatsrat in Bulle zudem die Gründung einer Landumlegungsgenossenschaft an.

b) Alpwege und Hofzufahrten

Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung dieser Wege in der Berg- oder voralpinen Hügelzone zur Verfügung stehen, sind seit 1999 stark zurückgegangen.

c) Wasserversorgungen

Unter dieser Rubrik werden zahlreiche Beitragsgesuche gestellt, vor allem seit der Bund 1999 Beiträge für die Anlagen in der voralpinen Hügelzone einführte, während zuvor Subventionen nur für die Bergzone gewährt wurden.

d) Andere Bodenverbesserungen

Unter diese Rubrik fallen die Entwässerungen, die Stromversorgungen, die Ausdolung von Bächen, die Instandstellung von Grundstücken usw.

e) Landwirtschaftliche Bauten und Sennereien

Aufgrund der am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen können einzelne Elemente subventioniert werden (z.B. Ställe, Schuppen). Gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen konnten daher seit diesem Datum mehr Fälle behandelt werden. Der pro Fall gewährte Beitrag liegt jedoch in der Regel unter den Beiträgen der früheren Jahre.

Seit dem Inkrafttreten der Motion Godel/Page am 1.1.2002 sind 32 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert worden.

f) Hofdüngeranlagen

Seit der Einführung des kantonalen Sanierungsprogramms im Jahr 1988 für solche Anlagen wurden 1596 Anlagen mit einem Volumen von 618 747 m³ subventioniert. Die Kantonsbeiträge, die seit 1988 unter dieser Rubrik ausgerichtet werden, belaufen sich insgesamt auf 38 976 000 Franken. Dazu kommen 280 Werke mit einem Volumen von 120 600 m³, die aufgrund der Beiträge zur Rationalisierung der Gebäude oder zur Stallsanierung realisiert wurden. Diese Werke stellen einen sehr wichtigen Beitrag zugunsten des Gewässerschutzes dar.

Die Zahl der Fälle ist deutlich im Rückgang (20 im Jahr 2002), einerseits, weil das Sanierungsprogramm praktisch abgeschlossen ist, und andererseits ist die Erstellung einer Jauchegrube oft mit einer umfänglicheren Restrukturierung der Gebäude verbunden.

2.9 Tätigkeiten der Kommissionen

a) Konsultativkommission für Meliorationsfragen

Sie hielt 4 Sitzungen ab. Nebst den Gutachten für die Beitragserteilung an wichtige Unternehmen befasste sie sich mit den Beitragsgesuchen an den Fonds für Bodenverbesserungen. Sie nahm auch an Ortsbesichtigungen teil.

b) Landwirtschaftliche Baukommission

Sie hielt 11 Sitzungen ab. Sie überprüfte das Dossier der subventionierten Bauten, nachdem sie in den wichtigsten Fällen Besichtigungen durchgeführt hatte.

c) *Rekurskommission für Meliorationen*

Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2001	2
Eingereichte Rekurse	im Jahr 2002	12
Gefällte Entscheide	im Jahr 2002	11
Aufgehobene Angelegenheiten	am 31. Dezember 2002	–
Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2002	3

d) *Kommission für Grundstückerwerb*

Seit dem 1. 1. 2002 ist die Kommission für Grundstückerwerb administrativ dem Meliorationsamt zugewiesen.

Die Kommission für Grundstückerwerb trat im Jahr 2002 insgesamt 27-mal zusammen, davon waren 11 Plenarsitzungen, und 16 Sitzungen fanden in kleinerer Zusammensetzung statt.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers, davon betrafen:

- 2 das Autobahnbüro
- 17 das Strassen- und Brückendepartement
- 7 andere Dienststellen des Staats Freiburg
- 11 die Gemeinden, Pfarreien oder andere Institutionen im öffentlichen Interesse

2.10 *Durch das Amt erstellte Rechnungen*

Diese Arbeiten erreichten den Betrag von 4800 Franken und stellen die einkassierten Honorare für Leistungen dar, die ein Amtsvertreter an Stelle eines Ingenieurs oder Architekten erbringt.

2.11 *Schweizerischer Hilfsfonds für nichtversicherbare Elementarschäden*

Der schweizerische Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton 119 490 Franken ausbezahlt (2001: 293 613 Franken, 2000: 113 518 Franken, 1999: 40 944 Franken und 1998: 189 234 Franken). 27 600 Franken dieser Summe wurden für die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausge-

richtet. Eine gewisse Zahl von Schadenfällen wird zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr gemäss der Zahl und dem Ausmass der Schäden.

2.12 *Fonds für Bodenverbesserungen*a) *Geldverkehr*

Einnahmen:	Fr.
– Zahlung an den Fonds unter der Rubrik 3435/380.002	1 445 844.—
– jährliche Zinsen von 2 %	89 692.70
– Zahlungen der Grundbuchämter	<u>3 187 755.45</u>
Total der Einnahmen	4 723 292.15
Ausgaben:	
Zahlung an die Budget-Rubrik 3435/402.001	3 187 755.45
Zahlung an die Budget-Rubrik 3435/480.002	1 045 844.—
Vermögensvermehrung	<u>489 692.70</u>
Total der Ausgaben	4 723 292.15

b) *Stand des Fonds am 31. Dezember 2002*

Vermögen am 31. Dezember 2001	4 495 745.60
Vermögensvermehrung	489 692.70
Vermögen am 31. Dezember 2002	4 985 438.30

c) *Allgemeine Bemerkungen*

Die Einnahmen des Fonds hängen vom Volumen des verkauften Kulturlandes für nichtlandwirtschaftliche Zwecke ab. Die Zahlungen der Grundbuchämter lagen im Jahr 2002 deutlich über denjenigen von 2001. Die Schwankungen variieren ziemlich stark von Jahr zu Jahr, wie man der Aufstellung der letzten fünf Jahre entnehmen kann:

1998	2 886 777 Fr.
1999	2 694 231 Fr.
2000	2 115 451 Fr.
2001	2 758 282 Fr.
2002	3 187 755 Fr.

Amt für Wald, Jagd und Fischerei

Wald

1. Allgemeines

Die Folgen des Sturmes Lothar vom Dezember 1999 beeinflussen nach wie vor das Arbeitsprogramm des Amtes. Der Kampf gegen den Borkenkäfer, der die vom Sturm geschwächten Fichten befällt, und der Wiederaufbau der beschädigten Flächen stellten zwei wichtige Aktivitäten des Amtes dar.

Was die Forstorganisation betrifft, nimmt die Schaffung von Revierkörperschaften Form an. Dank der äusserst konstruktiven Zusammenarbeit mit den Eigentümern öffentlicher Wälder können neue Revierkörperschaften in allen Forstkreisen gebildet werden.

2. Personal

2.1 Personalbestand (in Vollzeitstellen)

– Verwaltung (einschliesslich Lehrtochter)	8,9
– Forstingenieure, Sektorchefs	14,0
– Förster	22,0
– Forstwarte, Waldarbeiter, Lehrlinge	73,25

Zwei Forstwartsposten (Team «Waldwiederherstellung») wurden aufgehoben.

2.2 Technisches und wissenschaftliches Personal

Der Geograph Michel Spicher übernahm am 1. August 2002 den Posten des wissenschaftlichen Mitarbeiters bei der Zentralverwaltung von Vincent Grandgirard.

3. Neuerungsprojekte

3.1 Internet- und Intranetsite

Die Intranetsite des Amtes für Wald, Jagd und Fischerei mit Zugriffskontrolle für den Informationsaustausch zwischen den Mitarbeitern des Amtes (Formulare, Richtlinien, Protokolle, Stand der Arbeiten usw.) ist im Entstehen begriffen. Die wichtigsten Stammdaten sind eingegeben und erste Tests wurden durchgeführt.

3.2 Inventar «Wald und Wild»

Mit dem kantonalen Wald- und Wild-Inventar soll vor allem die Entwicklung der Verjüngung des Waldes und der Einfluss des Wildes, namentlich der Wildverbiss, verfolgt werden. Das Inventar wurde in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern der Forstlichen Versuchsanstalt in Birmensdorf (ZH) und einem Fachmann, der während mehreren Jahren ähnliche Erhebungen in verschiedenen Kantonen der Deutschschweiz organisiert hat, vorbereitet. Die ersten Erhebungen werden im Frühjahr 2003 durchgeführt.

4. Aus- und Weiterbildung

4.1 Weiterbildung

Es wurden mehrere Holzerkurse für Anfänger und Berufsluende organisiert.

Im September 2001 und im Mai 2002 wurden Erste-Hilfe-Kurse für das Forstpersonal durchgeführt.

Im Januar 2002 fand in Plaffeien ein Kantenschliffkurs statt.

Ergänzende Schulungen für Sprengausweisinhaber fanden am 7. Dezember 2001 in Grangeneuve auf Französisch und am 18. Januar 2002 in Plaffeien auf Deutsch statt.

4.2 Ausbildung (Forstwartlehre)

a) Lehrabschlussprüfungen

19 Kandidaten, davon 14 französischer und 5 deutscher Muttersprache, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

14 Kandidaten standen vor dem Abschluss der Lehre, und 5 Kandidaten wiederholten die Prüfung.

12 Kandidaten bestanden die Prüfung, 7 fielen durch.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 487 Forstwarte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

b) Zwischenprüfungen

14 Lehrlinge im ersten Lehrjahr (12 französischer und 2 deutscher Muttersprache) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemein bildenden Fächern bestanden.

13 haben die Zwischenprüfungen bestanden und haben sich somit für das zweite Jahr qualifiziert. Ein Lehrling hat das 1. Jahr wiederholt.

23 Lehrlinge im zweiten Lehrjahr (19 französischer und 4 deutscher Muttersprache) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgergemeinde Freiburg abgelegt. 20 haben die Prüfungen bestanden. Mit den 3 Lehrlingen, die eine ungenügende Note hatten, wurde in Sitzungen diskutiert.

Im zweiten Lehrjahr gibt es keine Prüfung in den allgemein bildenden und berufskundlichen Fächern.

c) Rekrutierung neuer Lehrlinge

Im Herbst 2002 begannen 18 neue Lehrlinge ihre Lehre. Davon sind 14 französischer und 4 deutscher Muttersprache.

d) Anzahl Lehrlinge pro Lehrjahr am 1. Oktober 2002

– 1. Jahr:	18	(14 F und 4 D)
– 2. Jahr:	15	(13 F und 2 D)
– 3. Jahr:	22	(18 F und 4 D)
Total:	55	(45 F und 10 D)

e) Einführungskurse

Die Lehrlinge haben Einführungskurse für Holzen und Rücken, Waldbau, forstliches Ingenieurwesen und erste Hilfe sowie Maurer- und Holzbearbeitungskurse besucht.

f) Holzerkurs in Grangeneuve

Die französisch- und deutschsprachigen Schüler der Fachschule besuchten Kurse zu den Themen Holzen und Waldbau.

4.3 Praktikanten

2 Forstingenieurstudenten der ETH Zürich und 4 Schüler der Försterschule haben ein Praktikum beim Amt für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

Die Forstingenieurin Ariane Schulz hat von Juni bis September 2002 bei der Zentralverwaltung ein Nachdiplompraktikum absolviert.

5. Naturgefahren

Die wichtigsten Tätigkeiten des Amtes im Bereich Naturgefahren, die im Übrigen häufig in enger Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen erfolgen, können wie folgt zusammengefasst werden:

- **Kartierung der Naturgefahren:** Die Arbeiten an zwei der fünf grossen Perimeter in der voralpinen Hügelzone sind abgeschlossen. Die endgültigen Resultate sind seit Ende 2002 in Form von gedruckten Karten aber auch als ArcView-Dateien verfügbar. Die drei übrigen Perimeter werden gegenwärtig behandelt.
- **Ereigniskataster (StorMe):** Wie das Vorjahr war das Jahr 2002 in Bezug auf Naturereignisse (Lawinen, Hochwasser und Überschwemmungen, Rutschungen, Felsstürze usw.) relativ ruhig. Insgesamt wurden 7 neue Ereignisse, davon 6 Rutschungen, im Kataster verzeichnet. Zwei Ereignisse, die sehr wahrscheinlich mit früheren Arbeiten im Zusammenhang mit Kiesgruben (Aufschüttung, Wiederinstandstellung, Waldverlust) in Verbindung gebracht werden können (Le Bry, Châtillon), geben etwas Anlass zur Sorge. Der Datenkatalog StorMe (Digitalisierung der von verschiedenen Phänomenen betroffenen Flächen) wird gegenwärtig verbessert.
- In der Region «**Hohberg**» wurden die von der Bauherin MZG Schwyberg-Aettenberg geleiteten Sanierungsarbeiten weitergeführt. Wie auch im Vorjahr soll auf die positive Wirkung der Massnahmen hingewiesen werden.
- Die zweite Etappe des Projekts «**Dorfdurchfahrt Jaun, Schutz vor Naturgefahren**» mit der Gemeinde Jaun und dem Strassen- und Brückendepartement als Bauherren ist abgeschlossen. Die Sicherheit der Kantonsstrasse und der Anwohner konnte dadurch deutlich verbessert werden. Das Sanierungsprojekt des Sektors «**Muelers**» (Rutschung) in der Gemeinde St. Silvester konnte mit Erfolg abgeschlossen werden.
- Es wurden weiterhin Massnahmen zur Einschränkung der Gefahren und Risiken im Einzugsgebiet der **Morti-**

vue oberhalb Semsales ausgearbeitet. Diese Zone erwies sich als eine der kritischsten im Kanton. Die Eidgenössische Forstdirektion ist auch auf eine Vorstudie zu einem IBS-Projekt «**AMIZOM Flanc du Cou-simbert**» eingetreten.

Die Stärke des Amtes liegt in der Umsetzung von Schutzmassnahmen, häufig im Zusammenhang mit Wald.

Einige finanzielle Aspekte von anderen Projekten für Schutzbauten sind im 8. Kapitel «Technische Projekte» aufgeführt.

6. Förderung des Holzes

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg fanden verschiedene Aktivitäten statt. Im Espace-Gruyère wurde ein Tag zur Konstruktion von Holzhäusern organisiert.

Während einer Woche fand im Einkaufszentrum Gruyère-Centre eine Ausstellung zum Thema Wald und Holz statt. Die Verwendung von Holz im Tiefbau war Thema eines Vortrags und Anlass für den Besuch der Brücke über den Hongrin. Im Bereich Holzenergie wurden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Energie mehrere Projekte weiterverfolgt.

7. Naturschutz im Wald

7.1 Waldreservate

2002 wurden die Vereinbarung zur Schaffung der Waldreservate En Biffé (Gemeinden Botterens, Châtel-sur-Montsalvens und Villaboney) und En Allières (Gemeinden Corbières und Hauteville) unterzeichnet. Die Fläche dieser Reservate umfasst 121 ha, die Gesamtfläche aller Waldreservate des Kantons 139 ha.

Für 3 weitere Perimeter laufen Verhandlungen mit den Eigentümern und den Gemeinden.

7.2 Standortkartierung

Im Jahr 2002 wurden in den 7 Forstkreisen 7 Lose mit einer Fläche von insgesamt 2727,4 ha kartiert. Der Forstdienst verfügt Ende 2002 über eine kartierte Fläche von 19 005 ha. Dies entspricht 47,5 % des Waldareals des Kantons (Gesamtfläche 40 000 ha).

8. Technische Projekte

8.1 Von Bund und Kanton genehmigte Projekte 2002

Gemeinden, Genossenschaften und Private

Da der Staat, das Amt und auch die zahlreichen Waldbesitzer dem Kampf gegen den Borkenkäfer und organisatorischen Fragen eine vorrangige Stellung einräumten, sind die Verpflichtungskredite für neue technische Projekte stark zurückgegangen. Gewisse Vorstudien wurden zwar behandelt, aber die Erfordernisse auf der Ebene von Planung, Verwaltung, Finanzierung und Verfahren trugen zu diesem Rückgang und schliesslich zu einer gewissen Demotivierung bei. Es sei darauf hingewiesen, dass das Programm zur Wiederherstellung der Waldwege nach den Arbeiten in Zusammenhang mit dem Sturm «Lothar» nicht in dieser Tabelle aufgeführt sind. Auch werden nur jene

Projekte erwähnt, die von beiden Instanzen (Kanton und Bund) bewilligt worden sind.

	Anzahl	Voranschlag	Kantons- beitrag	Bundes- beitrag
		Fr.	Fr.	Fr.
Erschliessungsinfrastruktur	1	100 000	20 000	50 000
Güterzusammenlegungen*, Hangars	–	–	–	–
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten	1	1 025 000	125 000	686 750
Waldbauprojekte B/C**	1	3 765 000	289 905	1 568 490
Total	3	4 890 000	434 905	2 305 240

* freiwillige Zusammenlegungen, gemeinsame Bewirtschaftung

** Waldbauprojekte dauern in der Regel zehn Jahre

Staat

	Anzahl	Voranschlag	Kantons- beitrag	Bundes- beitrag
		Fr.	Fr.	Fr.
Erschliessungsinfrastruktur	1	132 000	–	66 000

8.2 Eingereichte Abrechnungen und ausbezahlte Beiträge 2002

Aus verschiedenen Gründen stimmen die finanziellen Angaben nicht genau mit den Zahlen der Buchführung überein und aufgrund der Einführung von Integralprojekten auf Bundesebene können sich die Angaben in der Projektdatenbank verändern.

a) Gemeinden und Dritte

Ende Jahr waren 57 Projekte hängig. Im letzten Jahr wurden 20 Projekte mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen.

Die folgende Tabelle zeigt die von Bund und Kanton genehmigten Abrechnungen.

	Anzahl	Betrag	Kantons- beitrag	Bundes- beitrag
		Abrechnung* Fr.	Fr.	Fr.
Erschliessungsinfrastruktur	25	2 897 000	473 129	1 339 823
Güterzusammenlegungen, Hangars	14	1 516 000	322 374	616 968
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten	12	1 197 000	184 269	814 119
Waldbau B/C	26	4 135 000	659 120	2 855 376
Total	77	9 745 000	1 638 892	5 626 286

* gerundete Zahlen

** einschliesslich waldbauliche Wiederinstandstellungsprojekte gemäss alter Gesetzgebung und Massnahmen C

b) Abrechnungen der Projekte des Staates

Am Ende des laufenden Jahres waren noch 9 vom Bund subventionierte Projekte hängig. Im letzten Jahr wurden 5 Projekte mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen.

Die folgende Tabelle zeigt die vom Bund genehmigten Abrechnungen.

	Anzahl	Betrag	Kantons- beitrag	Bundes- beitrag
		Abrechnung* Fr.	Fr.	Fr.
Erschliessungsinfrastruktur	4	329 000	–	164 429
Hangars	–	–	–	–
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten	5	439 000	–	288 861
Waldbau B/C	1	64 000	–	42 602
Total	10	832 000	–	495 892

* gerundete Zahlen

8.3 Investitionskredite

2002 wurden insgesamt 81 Verträge bearbeitet. 10 Investitionskredite mit einem Gesamtbetrag von 1 033 000 Franken wurden gewährt. 29 Kreditverhältnisse, die meisten für den Sturm Lothar, konnten durch die Rückzahlung der letzten Jahresrate beendet werden. 88 Rückzahlungen in einem Gesamtbetrag von 4 086 301 Franken wurden getätigt. 15 Zahlungen auf Vertragsbasis über einen Gesamtbetrag 1 788 000 Franken wurden ausgerichtet.

Diese finanziellen Mittel werden dem Kanton vom Bund zur Verfügung gestellt. 2002 wurden keine Fondseinlagen des Bundes beantragt, da die notwendigen Transaktionen mit den laufenden Kreditrückzahlungen sichergestellt werden können. Im Gegenteil, dank der flüssigen Mittel von IFF Fonds konnten zwei vorzeitige Rückzahlungen über 2 086 000 Franken getätigt werden (1 000 000 Franken wurden dem Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden rückerstattet, ein Sonderdarlehen aufgrund des Sturms Lothar). Verglichen mit dem Vorjahr konnte die Verschuldung dieses Programms verringert werden; sie beläuft sich Ende 2002 auf ca. 7 483 000.

9. Forsteinrichtungen

Gemäss den gesetzlichen Vorschriften wurde die Revision folgender Waldwirtschaftspläne durchgeführt:

Kreis 1 und 3: Die Direktion des Innern und der Landwirtschaft hat die Betriebspläne der Region «Berra-Sarine» gutgeheissen.

Kreis 2: Die letzten Betriebspläne wurden erstellt.

Kreis 3: Die regionale Forsteinrichtung des Jauntals wurde mit der Auswertung von Luftaufnahmen in Arbeit genommen.

Kreis 5 und 6: Die regionale Forsteinrichtung der Waadtländer und Freiburgischen Broye wurde in Arbeit genommen (Interkantonale Arbeit).

Kreis 7: Der Staatsrat genehmigte die regionale Forsteinrichtung «Vivisbach-Süd»; die Betriebspläne stehen kurz vor der Fertigstellung.

10. Forststatistik

10.1 Staatswälder

a) Fläche

Produktive Waldfläche	4 500 ha
Strauch- und Gebüschwald	100 ha
Anders genutzte oder unproduktive Fläche	400 ha
Total	5 000 ha

(d.h. rund 12 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

b) Nutzungen und Finanzresultate

Der Anteil der verschiedenen Sortimenten veränderte sich von 1997 bis 2001 wie folgt:

Jahr	Nutzungen m ³	Mittel-Preis Fr./m ³	Nutzholz %	Industrieholz %	Brennholz %
1997	32 830	75	70	18	12
1998	33 853	85	76	13	11
1999	35 126	84	76	12	12
2000	60 341	52	88	4	8
2001	62 300	45	86	7	8

2002 Die Zahlen stehen erst im Juni 2003 zur Verfügung.

10.2 Wälder der Gemeinden und Pfarreien

a) Fläche

Produktive Waldfläche	18 000 ha
Strauch- und Gebüschwald	1 000 ha
Anders genutzte oder unproduktive Fläche	1 000 ha
Total	20 000 ha

(d.h. rund 48 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

b) Nutzungen

Der Anteil der verschiedenen Sortimenten veränderte sich von 1997 bis 2001 wie folgt:

Jahr	Nutzungen m ³	Nutzholz %	Industrieholz %	Brennholz %
1997	128 871	71	12	17
1998	143 986	74	11	15
1999	145 844	75	10	14
2000	412 260	82	7	10
2001	304 500	85	7	8

2002 Die Zahlen stehen erst im Juni 2003 zur Verfügung.

10.3 Privatwälder

Die folgende Tabelle enthält die Flächen und Nutzungen der Privatwälder jedes Forstkreises für das Jahr 2001:

Kreis	Fläche ha	Nutzung 2001 m ³
1 Saane	1 500	12 000
2 Sense/Greyerz	4 300	51 500
3 Greyerz	3 000	9 700
4 Greyerz	3 000	27 800
5 See/Broye	1 600	23 000

Kreis	Fläche ha	Nutzung 2001 m ³
6 Glane/Broye	1 700	17 700
7 Vivisbach/Glane	1 400	10 800
Total	16 500	152 500

(d.h. rund 40 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

Die Zahlen für 2002 stehen im April 2003 zur Verfügung.

11. Waldschäden

Das Jahr 2002 war von der starken Vermehrung des Buchdruckers gekennzeichnet, der ca. 200 000 m³ Rottannen zerstört hat. Dies ist zwar ein Rückgang gegenüber 2001 (231 000 m³), entspricht aber einer durchschnittlichen Jahresnutzung. Die Borkenkäferbestände konnten sich vor allem in den Bergen entwickeln. Die topographischen Bedingungen und die mangelnde Förderung der Bergwälder erschwerten die Massnahmen im Kampf gegen den Borkenkäfer. 2002 wurde die Überwachung des Bestandes verstärkt, um den Borkenkäferbefall im Frühstadium erkennen zu können. Im Sommer wurden in den Greyerzer Voralpen, insbesondere im Jaun-, im Gros-Mont- und Petit-Mont-Tal grosse Schäden über weite Gebiete entdeckt. Die Bekämpfungsstrategie für diese Geländekammern bestand darin, die vom Borkenkäfer befallenen Bäume zu fällen und abzutransportieren, wobei man sich auf jene Wälder konzentrierte, wo noch intakte Fichtenbestände gerettet werden konnten. Auch sollte in den geräumten Lotharsturmflächen, wo die geworfenen Bäume noch am Boden lagen, sowie in den unzugänglichen und zu gefährlichen Zonen (z.B. felsige Kreten) nicht eingegriffen werden. Im September wurde in den Voralpen des Sensebezirks in Anbetracht des Schadenausmasses der Einschlag des Käferholzes in den Schutzwäldern der Flyschzone unterhalb von 1400 m und in den weitgehend intakten Wäldern als vorrangig erklärt.

– Betrag der Abgerechneten Arbeiten:	21 517 000 Fr.
– Bundesbeitrag:	8 848 000 Fr.
– Kantonsbeitrag:	3 271 000 Fr.

12. Waldbau

12.1 Waldbau A

In den vom Sturm Lothar nicht betroffenen Wäldern wurden Jungwaldpflege betrieben und Massnahmen zur Waldverjüngung durchgeführt. Der Umfang dieser Arbeiten blieb jedoch bescheiden, da die Borkenkäferbekämpfung und die Wiederherstellung der Wälder vorrangig waren.

– Betrag der Abgerechneten Arbeiten:	1 407 000 Fr.
– Bundesbeitrag:	703 500 Fr.
– Kantonsbeitrag:	206 000 Fr.

12.2 Waldbau B/C

Verschiedene Arbeiten in den Schutzwäldern wurden weitergeführt, doch standen dabei wie überall im Kanton immer die Probleme im Zusammenhang mit den Folgeschäden des Sturms Lothar im Vordergrund. Es wurde leider ein massiver Buchdruckerbefall festgestellt, vor allem

in den voralpinen Waldgebieten. Die nötigen Eingriffe in den Perimetern von genehmigten Projekten werden unter Waldbau B/C abgerechnet.

Das 8. Kapitel «Technische Projekte» enthält einige Angaben zu den für diese Arbeiten abgerechneten Beträgen. Gegenwärtig gibt es 26 verschiedene Waldbauprojekte B/C. Alle Waldbauprojekte (Projekte «Lauber»), wie übrigens auch alle Projekte, die auf der alten Gesetzgebung des Bundes basieren, wurden 2002 abgeschlossen. Auf Verwaltungsebene werden die meisten Schlussabrechnungen erst Anfang 2003 behandelt.

Infolge massiver Verluste an Waldfläche in den Voralpen wurde lokal eine Verschlechterung der Schutzfunktion gegen Naturgefahren festgestellt. In diesem Zusammenhang wird zwischen 2010 und 2020 eine neue Lawinengefahr ihre Höchstwerte erreichen, da in diesem Zeitraum die toten Bäume verrotten sind, ohne dass sich bereits ein Jungwald hätte festsetzen können. Durch die klimatischen Veränderungen könnten schneereiche Perioden zwar seltener werden, dafür dürften Tauwetter und Regenfälle im Winter zunehmen. Die negativen Auswirkungen entwaldeter Flächen auf oberflächliche und spontane Rutschungen im Zusammenhang mit der generellen Erosion scheinen offensichtlich, sind wissenschaftlich jedoch wenig untersucht.

In der Gemeinde Charmey wird sich die Konstruktion von Schutzbauten gegen Steinschlag zum Schutz der Siedlungen als nötig erweisen. Diese neue Gefahr ergibt sich aufgrund alter, umgestürzter Bäume auf steinigen, steilen und wenig tiefgründigen Böden.

Im Laufe dieses Jahres wurde 1 neues Waldbauprojekt genehmigt.

In den Kapiteln 5 und 8 wird ebenfalls über Aktivitäten in diesem Bereich informiert.

12.3 Wiederherstellung der Wälder

Die Arbeiten zur Wiederherstellung der vom Sturm Lothar und vom Borkenkäfer zerstörten Wälder machen Fortschritte. Das kantonale Projekt wurde vom Bund gutgeheissen. Die ersten abgerechneten Massnahmen im Jahr 2002 betreffen vor allem die Wälder im Flachland.

– Betrag der Abgerechneten Arbeiten:	2 093 000 Fr.
– Bundesbeitrag:	1 046 500 Fr.
– Kantonsbeitrag:	306 000 Fr.

13. Forstpolizei

13.1 Rodungen

Die Direktion des Innern und der Landwirtschaft erteilte 4 Rodungsbewilligungen.

Die Rodungen dienten folgenden Zwecken:

• Bauten	36 m ²
• Strassen	3592 m ²
Total	3628 m ²

13.2 Nachteilige Waldnutzungen

Das Amt für Wald, Jagd und Fischerei erteilte 3 Bewilligungen für nachteilige Nutzungen für unterirdische Leitungen sowie für eine Mountainbike-Route, einen Baumkletterparcours, einen Holzschuppen und ein Projekt für Schutznetze gegen Steinschlag.

13.3 Waldfeststellung

Das Amt für Wald, Jagd und Fischerei erliess 11 Entscheide über eine Waldfeststellung.

13.4 Waldnahe Bauten

Das Amt für Wald, Jagd und Fischerei verfasste 192 Stellungnahmen zu Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten und nahm zu Ortsplanungen und Quartierplänen im waldnahen Bereich Stellung.

Wild, Jagd und Fischerei

1. Verwaltung

Personalbestand (in Vollzeitstellen)

– Verwaltung (wissenschaftliche Berater, Sekretärin)	3
– Wildhüter	15

Beim Personal gab es keine Änderung.

Der Bestand der Wildhüter und Fischereiaufseher beträgt 15 vollamtlich angestellte Personen.

Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft organisierte einen Fortbildungskurs für Fischereiaufseher in Altdorf über die Revitalisierung von Seen und Fliessgewässern; 4 freiburgische Fischereiaufseher nahmen daran teil.

Die Eidgenössische Forstdirektion organisierte einen Fortbildungskurs für Wildhüter im Kanton Zürich, welcher dem Hund gewidmet war. 8 Freiburger Wildhüter nahmen daran teil.

Im Jahr 2002 wurden von den ständigen Wildhütern und den Hilfsaufsehern in den folgenden Bereichen Anzeigen erstattet:

Jagd und Schutz der Fauna	16 Anzeigen
Fischerei	18 Anzeigen
Gewässerschutz	29 Anzeigen
Naturschutz und Pilzsammeln	46 Anzeigen

Des Weiteren wurden 23 schriftliche Verwarnungen an Personen erteilt, die die Vorschriften über die Hunde nicht einhielten.

Der Sektor Fischerei behandelte 261 Dossiers über technische Eingriffe in Wasserläufen und Seen (Verbauungen, Korrekturen, Materialausbeutungen, Reinigungsarbeiten, Wasserentnahmen usw.); die Direktion erliess 119 Entscheide, die die Fischerei betrafen.

2. Jagd

2.1 Herbstjagd 2002

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss der Gämse, von Murmeltieren und von Haarraubwild vom 16. bis 28. September gestattet. Die Jagd auf das Reh war im Gebirge wiederum verboten, weil der Bestand sehr klein ist. Die Inhaber des Patentes B konnten vom 16. September bis 31. Oktober im Flachland jagen. Vom 16. September bis 12. Oktober konnten die Inhaber des Patentes B zwei bis drei Rehe erlegen; Mindestens eines der drei Rehe musste in einem Wildsektor erlegt werden, für den ein Abschussplan bestand; in diesen Wildsektoren war die Jagd auf das Reh bis zum 26. Oktober gestattet. Bis zum 31. Oktober durften Wildschweine, Haarraubwild und Federwild erlegt werden. Der Abschuss von Hasen war verboten.

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 16. September bis 5. Oktober im Gebirge oder im Flachland einen Hirsch erlegen. Vom 30. September bis 5. Oktober fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämse in den beiden eidgenössischen Jagdbannbezirken, in einem kantonalen Jagdbannbezirk im Gebirge, in einem kantonalen Jagdbannbezirk im Flachland und in einem Wildsektor im Flachland zu erlegen. Es wurde keine Regulierungsjagd des Steinwildbestandes durchgeführt.

Das Patent C für das Jagen im Flachland mit Vorstehhund erlaubte das Erlegen von höchstens fünf Fasanen bis zum 31. Oktober. Es gestattete auch den Abschuss von Waldschnepfen bis zum 14. Dezember.

Für die Herbstjagd wurden den 730 Jägern 385 Patente A, 689 Patente B, 77 Patente C und 156 Patente für die Hirschjagd ausgestellt. Während dieser Jagd wurden 1292 Rehe (davon 212 junge), 369 Gämse (davon 94 junge) und 5 Hirsche (davon kein junger) abgeschossen.

2.2 Statistik der ausgestellten Jagdpatente und des im Herbst 2001 und im Winter 2001/02 erlegten Wildes

352	Patente A (Jagd im Gebirge)
645	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
67	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
121	Patente für den Hirsch
299	Patente D1 (Jagd auf Haarraubwild im Winter)
172	Patente D2 (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
19	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
3	Patent E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
0	Patente F (Jagd auf Wasserwild auf dem Neuenburgersee)
2	Patent G (Jagd auf Wasserwild auf dem Murtensee)
13	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greizerzer-, dem Montsalvens- und dem Schifflensee)

Auf dem ganzen Kantonsgebiet wurde in der Saison 2001-2002 folgendes Wild abgeschossen:

Gämse	316	Dachse	18
Rehe	1 254	Steinmarder	27
Steinwild	0	Baumwilder	4

Hirsche	9	Verwilderte Hauskatzen	22
Feldhasen	0	Fasane	0
Alpenschnepfen	0	Waldschnepfen	42
Wildschweine	8	Tauben	68
Murmeltiere	16	Raben	307
Füchse	2 132	Wasserwild	573

2.3 Verendete Tiere

Zwischen April 2001 und März 2002 wurden tot aufgefunden:

48	Gämse (33 % infolge Sturzes oder Lawinen)
506	Rehe (63 % durch den Autoverkehr)
11	Steinwild
1	Hirsch
58	Feldhasen (78 % durch den Autoverkehr)
6	Wildschweine (66 % durch den Autoverkehr)
990	Füchse (73 % durch den Autoverkehr)
248	Dachse (79 % durch den Autoverkehr)

3. Fischerei

3.1 Statistik der für die Wasserläufe und kantonalen Seen ausgestellten Fischereipatente

Im Jahr 2002 wurden folgende Patente ausgestellt:

- Flüsse und kantonale Seen:
 - 1167 Jahrespatente
 - 145 Halbjahrespatente
 - 57 Wochenpatente
 - 842 Tagespatente
- Nur Flüsse:
 - 205 Jahrespatente
 - 37 Halbjahrespatente
- Nur kantonale Seen:
 - 451 Jahrespatente
 - 125 Halbjahrespatente
- Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen:
 - 789 Jahrespatente
 - 185 Tagespatente
- Patente für den Broyekanal und die untere Bibera:
 - 221 Jahrespatente
 - 405 Tagespatente
- 22 Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen

3.2 Pachtfischerei

1998 begann die neue Pachtperiode 1998-2003.

74 Fischereilose sind verpachtet.

3.3 Fischerei im Neuenburgersee

Im Jahr 2002 wurden folgende Patente ausgestellt:

9 Patente 1. Klasse (Berufspatente), 80 Patente 2. Klasse (Schleppangel), 169 Patente 3. Klasse (ohne Schleppangel) und 167 Zusatzpatente (Gambe).

Ergebnisse der Berufsfischerei für den ganzen See (in Tonnen):

	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995
Felchen, Balchen	82,1	81,1	76,7	49,0	52,1	31,4	33,5	32,1
Felchen, Bondellen	123,4	152,0	161,7	135,8	105,1	87,9	72,2	69,9
Forellen	3,4	3,1	2,8	2,2	2,3	1,9	0,9	1,0
Seesaiblinge	1,3	1,0	1,2	0,8	1,5	0,7	0,8	0,8
Egli	38,1	43,5	50,5	55,2	39,2	40,4	46,3	21,5
Hechte	6,1	7,8	7,8	5,0	6,1	5,4	8,5	8,0
Vengerons	29,4	19,2	17,8	19,8	29,9	29,9	36,3	36,4
Brachsmen	1,7	0,3	0,4	1,3	2,8	0,9	3,1	2,1
Andere	3,4	1,0	1,6	2,7	1,1	1,0	2,3	1,8

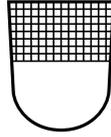
3.4 Fischerei im Murtensee

Im Jahr 2002 wurden folgende Patente ausgestellt:

1 Patent 1. Klasse (Berufspatent), 245 Patente 2. Klasse (Schleppangel), 459 Patente 3. Klasse (ohne Schleppangel) und 226 Zusatzpatente (Gambe).

Ergebnisse der Berufsfischerei (in Tonnen), einschliesslich der 4 waadtländischen Berufsfischer:

	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995
Felchen, Balchen	0,5	0,3	0,4	0,1	0,4	0,2	0,7	0,5
Forellen	0,1	0,2	0,4	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4
Hechte	0,9	1,4	1,3	1,4	1,9	1,2	2,4	1,4
Egli	8,1	9,3	10,3	9,2	6,6	5,2	8,5	4,6
Brachsmen	0,2	1,4	1,5	1,1	2,0	2,7	2,1	0,9
Vengerons	4,6	3,0	6,3	5,1	8,0	7,0	11,0	12,7
Welse	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	0,5
Andere	3,1	1,7	1,9	1,0	0,5	1,1	1,9	0,5



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2002

Volkswirtschafts-, Verkehrs- und Energiedirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion

I. Gesetzgebung	5
1. Gesetze und Dekrete	5
2. Verordnungen und Reglemente	5
II. Allgemeines	5
III. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	5
IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse	6
1. Organisation	6
2. Verfügungen	6
3. Statistik	6
V. Tourismus	6

Amt für Verkehr und Energie

I. Amt	7
II. Verkehr	7
1. Vernehmlassungsverfahren	7
2. Verkehrsplanung	8
3. Fahrpläne	8
4. Bahn 2000, 2. Etappe	8
5. Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs ...	8
6. Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung	8
7. Seilbahnen und Skilifte	8
8. Luftfahrthindernisse	8
III. Energie	9
1. Vernehmlassungsverfahren	9
2. Aktivitäten der Energiefachstelle	9
3. Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen	9
4. Ortsfeste elektrische Widerstands- heizungen	9
5. Holzheizungen	9
6. Thermische Solaranlagen	9
7. Photovoltaische Solaranlagen	9
8. Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen	9
9. Hochspannungsleitungen	9
10. Erdgas	9

Industrie-, Handels- und Gewerbedepartement

I. Industrie und Handel	10
1. Arbeitsbeziehungen	10
2. Kantonales Amt für wirtschaftliche Landesversorgung	10
3. Bekämpfung der Schwarzarbeit im Baugewerbe	10
II. Arbeitsinspektorat	10
1. Allgemeines	10
2. Arbeitnehmerschutz	10
3. Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit	10
4. Plangenehmigungen – Betriebsbewilli- gungen	10
5. Druckbehälter	10
III. Ausländische Arbeitnehmer	10

Amt für den Arbeitsmarkt

1. Allgemeines	11
2. Arbeitslosenversicherung	11
3. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)	12
4. Sektionen	12

Wohnungsamt

I. Wohnbauförderung	14
II. Frühere Aktionen	15
III. Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	15
IV. Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen	15
V. Baulandreserven	15
VI. Verkauf von Grundstücken an Ausländer	15
VII. Kantonale Wohnungskommission	15

Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg

1. Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld	15
2. Positive Entwicklung der Wirtschaftsstruktur ..	16
3. Aktivitäten der Wirtschaftsförderung	17
4. Regionale Wirtschaftsförderung	19

Statistische Abteilung

I. Allgemeines	20
II. Tätigkeit	21
1. Eidgenössische Volkszählung	21
2. Eidgenössische Betriebszählung	21
3. Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)	21
4. Bevölkerungsprognosen	21
5. Schulstatistik	21
6. Lehrkräftestatistik	21
7. Baustatistik und Statistik der Immobilien- transaktionen (Handänderungsstatistik) ..	21
8. Konjunkturtest	22
9. Veröffentlichungen	22
10. Websites	22
11. Andere Aktivitäten	22

Berufsbildung

I. Kantonales Amt für Berufsbildung	22
1. Allgemeines	22
2. Kantonale Kommission für Berufs- bildung	23
3. Berufsmaturität	23
4. Lehren und Anlehen	23
5. Einführungskurse	23
6. Weiterbildungskurse	23
7. Beruflicher Unterricht	23
8. Gewerbebibliothek	23
II. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)	23
1. Hochschule für Technik und Architektur ..	23
2. Hochschule für Wirtschaft (HSW)	25
3. Personalbestand am 31. Dezember 2001 ..	26
4. Allgemeine Statistik – Schuljahr 2001/02 ..	26
5. Statistik nach Kantonen – Schuljahr 2001/02 ..	27
6. Stand der Stipendienfonds am 31. Dezember 2002	27

Direktion

I. Gesetzgebung

1. Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 19. September 2002 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland.

Dekret vom 19. September 2002 über die finanzielle Beteiligung des Staates Freiburg am CIM-Zentrum der Westschweiz (CCSO) und seiner kantonalen Zweigstelle für die Jahre 2002 bis 2006.

2. Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 29. Januar 2002 über den Sachplan Energie.

Verordnung vom 26. Februar 2002 zur Änderung des Beschlusses über die Festsetzung eines Normalarbeitsvertrages für die Mitarbeiter im Hausdienst.

Verordnung vom 26. Februar 2002 zur Änderung des Beschlusses über die örtlichen Aufenthaltstaxen.

Verordnung vom 5. März 2002 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Verkehrsgesetz.

Verordnung vom 5. März 2002 zur Änderung des Beschlusses betreffend die Verwaltungsgebühren für Bewilligungen und Genehmigungen in Anwendung der Gesetzgebung über die Arbeit in der Industrie, im Gewerbe und im Handel.

Verordnung vom 14. Mai 2002 über die Fremdenverkehrsgebiete gemäss Arbeitsgesetzgebung des Bundes für die Dauer der Expo.02.

Verordnung vom 25. Juni 2002 über die Gebühren für die Erteilung von Arbeitsbewilligungen an Ausländer.

Verordnung vom 2. Juli 2002 zur Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge der Kantone an Schul- und Ausbildungskosten in der Berufsbildung (Berufsschulvereinbarung).

Verordnung vom 10. September 2002 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2001.

Verordnung vom 26. November 2002 über die Verwendung des offiziellen Formulars für neue Mietverträge.

Verordnung vom 9. Dezember 2002 über die Einkommens- und Vermögensgrenzen der Mieter für die Zusatzverbilligung nach dem Gesetz über die Sozialwohnbauförderung.

II. Allgemeines

Die Direktion bereitet die Stellungnahme des Staatsrats zu folgenden Vernehmlassungen des Bundes vor:

- Richtlinien für die modulare Berufsbildung;
- Neudefinition der wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete;
- Tourismusförderung des Bundes: Verbesserung von Struktur und Qualität des Angebotes;
- Vorzugspreise für die Beförderung von Zeitungen und Zeitschriften. Entwurf einer Teilrevision der Postverordnung vom 29. Oktober 1997;
- Änderung der Verordnung über Bau und Betrieb der Eisenbahnen;
- Parlamentarische Initiative. Gotthard Strassentunnel/A2. Bau einer zweiten Röhre;
- Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland;
- Änderung des Fernmeldegesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen;
- Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz: Sonderbestimmungen über den Schutz der jugendlichen Arbeitnehmer.

III. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland fällte 2002 insgesamt 25 Entscheide:

- 21 Bewilligungen;
- 3 Ergänzungen von Entscheiden;
- 1 Entscheid über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht;

Die 21 Bewilligungen (von denen eine drei Objekte umfasst) betrafen:

- 3 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen;
- 4 Aufhebungen von Abgaben;
- 16 Ferienwohnungen:
 - Sektor Oberer Greyerzbezirk: 3
 - Sektor Jauntal und Berra: 10
 - Sektor Vivisbach: 3

IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse

1. Organisation

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist administrativ der Volkswirtschafts-, Verkehrs- und Energiedirektion unterstellt. Sie steht allen im Kanton wohnhaften Versicherten offen; zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzenschädigungen auszuzahlen.

2. Verfügungen

Die Kasse stellte 2838 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 196 Fälle zum Entscheid vor.

3. Statistik

	2001	2002
<i>Anträge auf Arbeitslosenentschädigung für Teil- und Ganzarbeitslose</i>		
Anzahl Versicherte	3832	3992
davon neu angemeldet	2888	3701
<i>Anträge auf Schlechtwetterentschädigung</i>		
Anzahl angemeldeter Unternehmen	36	52
<i>Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung</i>		
Anzahl angemeldeter Unternehmen	10	35
<i>Anträge auf Insolvenzenschädigung</i>		
Anzahl Versicherte	168	174
Ausbezahlte Taggelder		
	2001 Fr.	2002 Fr.
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	34 170 708.20	41 429 107.85
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	4 820 987.60	5 216 095.95
Projektkosten (Anbieter)	12 221 430.45	14 746 799.35
Schlechtwetter und Kurzarbeit	585 954.35	3 343 876.05
Insolvenz	593 626.25	767 480.15
Total	52 392 706.85	65 505 359.35

V. Tourismus

Nach vier sehr erfreulichen Jahren in Folge und einem weiteren Jahr der Konsolidierung verzeichnete der Schweizer Tourismus im Laufe des Geschäftsjahres 2002 einen deutlichen Einbruch. Die letzten Hochrechnungen des Bundesamts für Statistik (BFS) deuten auf eine starke Abnahme der Nachfrage in der Hotellerie hin, die insbesondere auf eine miserable Wintersaison, die spürbare und allgemeine Konjunkturabschwächung, den hohen Frankenkurs und natürlich auf die einschneidenden politischen und wirtschaftlichen Ereignisse vom Herbst 2001 zurückzuführen sind. Die Ergebnisse in der Parahotellerie können zwar wegen fehlender statistischer Daten noch nicht allgemein beurteilt werden, scheinen aber doch dieselbe Tendenz aufzuweisen: Sie werden wahrscheinlich die Bilanz eines deutlich schwächeren Geschäftsgangs für das Berichtsjahr bestätigen.

Ausgehend von den verfügbaren Informationen hat das BFS für die Hotellerie ein Jahresergebnis von unter 32 Millionen Übernachtungen errechnet, was einer Abnahme um knapp 5 % (1,54 Millionen Übernachtungen) gegenüber 2001 entspricht. Dieses Besorgnis erregende Resultat weist auf eine deutliche Abnahme der Nachfrage hin, die beinahe wieder auf ihren Stand von 1997 gesunken ist.

Der Vergleich der verschiedenen Märkte zeigt, dass – unter anderem dank der Expo.02 – die Nachfrage der Schweizer Touristen fast unverändert geblieben ist. Bei den ausländischen Gästen wird dagegen eine allgemeine Abnahme um etwa 8 % verzeichnet: Es waren primär die belgischen (–35 000 Übernachtungen), französischen (–80 000), niederländischen (–85 000), britischen (–115 000), japanischen (–140 000, bzw. –16,8 %), amerikanischen (–290 000 bzw. –15,5 %) und besonders deutschen (–730 000, bzw. –11,7 %) Gäste, die in grosser Zahl darauf verzichteten, in der Schweiz Ferien zu machen.

Unter den besonderen Bedingungen der Expo.02 verzeichnete die Freiburger Hotellerie jedoch aussergewöhnliche Resultate. Gemäss den ersten Ergebnissen des BFS wird das Jahr 2002 im Vergleich zum recht gut ausgefallenen Geschäftsjahr 2001 mit einer spektakulären Zunahme von etwa 13 % (bzw. 40 000 Übernachtungen) abschliessen. Die empfindliche Abnahme der ausländischen Nachfrage (–15 000 Übernachtungen, das heisst etwa –12 %) wurde durch die Schweizer Gäste mehr als kompensiert (+5000 Übernachtungen, bzw. +31 %). Dazu kommt, dass – ebenfalls allein dank den Schweizer Gästen – die Zahl der Ankünfte allgemein um 14 % stieg.

Die Bilanz 2002 des Freiburger Tourismus muss scheinbar, zumindest für die Hotellerie, als Sonderfall eingestuft werden. Es darf nicht vergessen werden, dass das Freiburgerland, das in der Regel die Tendenzen des Schweizer Tourismus widerspiegelt, sich ohne Expo.02 zweifellos der allgemeinen Entwicklung angeschlossen hätte.

Die Parahotellerie, die im Kanton auf Grund des hohen Zweitwohnungsanteils weniger konjunkturabhängig ist, profitierte wenig von der Expo.02. Die ersten Ergebnisse lassen auf eine Bestätigung der Resultate aus den Vorjahren schliessen.

Der Tagestourismus (Ausflugsdestinationen) litt Anfang Jahr erneut unter dem schneearmen Winter 2001/2002, entwickelte sich später aber sehr unterschiedlich: Eine günstige Entwicklung verzeichnete selbstverständlich die Region um den Murtensee, während in den anderen Kantonsteilen die Resultate sehr unterschiedlich, wenn nicht gar mässig ausfielen.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2002 besonders – und positiv – prägten, sind zu erwähnen:

- Organisation und Veranstaltung der Expo.02 in der Drei-Seen-Region und insbesondere in Murten, mit der Einrichtung einer Touristeninformations- und Reservationsstelle vor Ort, die während 159 Tagen vom FTV und von Murten Tourismus betreut wurde;
- Beginn oder Vollendung mehrerer Bau-, Umbau- oder Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiede-

nen anderen Orten im Freiburgerland: Charmey, Freiburg, Kerzers, Les Paccots und Schwarzsee;

- Herausgabe mehrerer Unterlagen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, u.a. die Broschüre *Freiburgerland – Emotionen* (Basisprospekt mit Infoteil zum touristischen Ganzjahresangebot), der *Hotelführer* und das *Verkaufsmニュアル* für professionelle Vermittler, und verschiedene Neuauflagen: Radwandern im Freiburgerland, Abenteuer Freiburger Voralpenroute;
- verteilt über das Jahr und in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus: Empfang von über 45 Tourismusmedien und ausländischen Partnern, u.a. aus der Schweiz, Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und aus den USA;
- im Rahmen der Werbestrategie des FTV, die das Schwergewicht auf die Werbung bei professionellen Partnern legt, Durchführung zahlreicher Werbeaktionen in der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den USA, u.a. in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus;
- Aufstieg des Freiburgerlands in die Reihen der grossen Tourismusregionen der Schweiz aufgrund seiner Anerkennung durch Schweiz Tourismus nach der Trennung der bisherigen Region Freiburg-Neuenburg-Jura-Berner Jura in zwei neue Regionen;
- Betrieb und Weiterentwicklung des kantonalen Telematiksystems für Informationen und Direktreservation, parallel dazu Betrieb und Vervollständigung der umfangreichen Website des Freiburgerlands (www.pays-de-fribourg.ch oder www.freiburgerland.ch);
- Herausgabe des Presseorgans des FTV «Tourismus-Info»;
- Fortsetzung der Arbeiten an der Reform der Freiburger Tourismusstrukturen und der Revision des Gesetzes über den Tourismus;
- Ausweitung – um zwei Aufträge – der Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von fünfzehn Verkehrsvereinen;
- Neues Konzept für den Unterhalt des Freiburger «Wanderwegnetzes», das Placide Meyer anvertraut wurde. Dieses Konzept gilt bis zum Inkrafttreten des neuen Tourismusgesetzes und der darin zu verankernden Bestimmungen, die der Staatsrat in Antwort auf die beiden 2002 akzeptierten Motionen zu den Fuss- und Wanderwegen vorschlägt;
- Auszeichnung elf neuer touristischer Leistungsanbieter mit dem Qualitätslabel für den Schweizer Tourismus.

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag, zu dem etwa 1 320 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2002 einen Saldo von 1 400 000 Franken auf-

wies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.

In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 1 160 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (teilweise Übernahme der Zinskosten):

- *Hôtel Ermitage Les Paccots SA*, Les Paccots: Renovation des Hotels;
- *Stiftung Papiliorama-Nocturama*, Marin: Schaffung eines Tourismus- und Kulturzentrums von europäischer Bedeutung in Kerzers, das die Besucher für die Problematik der Abholzung der Tropenwälder und der tropischen Natur sensibilisiert;
- *Hôtel de la Rose SA*, in Freiburg: Renovation des Hotels.

Amt für Verkehr und Energie

I. Amt

Im Jahr 2002 präsidierte das Amt den Lenkungsausschuss «Nachhaltige Entwicklung im Kanton Freiburg». Dieser Ausschuss arbeitete weiter an der Schaffung einer kantonalen Kommission für nachhaltige Entwicklung.

Im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren, welche die Fachstellen für Verkehr und Energie gleichermassen betreffen, äusserte sich das Departement unter anderem zu folgenden Projekten:

- Änderung des Ausführungsbeschlusses zur Bundesverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung;
- Leitfaden für die Erstellung eines regionalen Richtplans;
- Revision von über 50 Ortsplanungen.

II. Verkehr

1. Vernehmlassungsverfahren

Das Amt nahm zu zwei Vernehmlassungen Stellung, die vom Bundesamt für Verkehr eröffnet wurden. Die eine betraf den Anschluss der Ost- und Westschweiz an das Hochgeschwindigkeitsbahnnetz (HGV), die andere den Leitfaden zu den Ausschreibungen von Transportleistungen im öffentlichen Verkehr.

Im Rahmen der kantonalen Vernehmlassungsverfahren bezog das Amt unter anderem Stellung zur Teilrevision der Statuten des Verkehrsverbands der Agglomeration Freiburg und zur Aufwertung der Naturlandschaft des Niremont.

2. Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt eine Sitzung ab, während die Koordinationsgruppe für Verkehr fünf Sitzungen durchführte. An diesen Treffen wurden der Stand des kantonalen Verkehrsplans und die Vorschläge für die Fahrpläne 2005-2008 präsentiert und diskutiert.

Das Amt entwickelte ein Informatikprogramm, mit dem die Kostenaufteilung zu Lasten der Gemeinden im Sinne des Artikels 41a des Verkehrsgesetzes vom 20. September 1994 berechnet werden kann.

Auf regionaler Ebene begleitete das Amt die Arbeit des Verkehrsverbunds der Agglomeration Freiburg (CUTAF) und insbesondere die Detailstudien zum Rahmenentwurf.

Das Amt schuf verschiedene Arbeitsgruppen, die sich hauptsächlich aus Vertretern der verschiedenen Bezirke zusammensetzen und mit der Planung der Regionalfahrpläne nach der Einführung der ersten Etappe von Bahn 2000 betraut wurden.

Das Amt beteiligte sich an verschiedenen regionalen Planungsstudien, darunter:

- Konzept für das Angebot 2005-2008 im Glane- und im Vivisbachbezirk;
- Studie über die Bahnlinien Spiez – Zweisimmen – Montreux/Bulle und Zweisimmen – Lenk;
- Bäre Abi;
- Berner S-Bahn;
- Gruppe «Broye/Seeland».

3. Fahrpläne

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf 2003 berief das Amt die Fahrplangruppe zur Behandlung der Gesuche ein. Die einen Gesuche zielten auf Änderungen, die schon im Fahrplan 2003 gelten sollten, die ändern auf mittelfristige Änderungen, für die das Amt die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs um Bericht über Frequenzen, technische Machbarkeit, Kosten und allfällige Auswirkungen auf die Verkehrsströme bat.

Auf Grund der neuen Gesetzgebung und der Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehenden Gelder für die Fahrplanperioden 2002 und 2003.

4. Bahn 2000, 2. Etappe

Das Amt beteiligte sich an der Planung der 2. Etappe, den Bauarbeiten für 2010-2020, des Projekts Bahn 2000.

5. Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- Erneuerung der Fahrleitung am Bahnhof Düringen;

- Erneuerung der Weichen 1/2/3 am Bahnhof Vauderens;
- Erneuerung und Erweiterung der Sicherungsanlagen auf der Linie Romont – Freiburg;
- Erneuerung der Weichen 1/2/3 am Bahnhof Schmitten;
- Schutzeinrichtung gegen Steinschlag auf den Strecken Les Avants – Jor und Les Cases – Les Sciernes;
- Modernisierung der Sicherungsanlagen auf der Linie Kerzers – Lyss;
- Erneuerung und Demontage von Weichen am Bahnhof Kerzers;
- Umbau des Bahnhofs Kerzers;
- Erneuerung der Fahrleitung zwischen Palézieux Est und Châtillens.

Zudem sprach sich das Amt gestützt auf Artikel 56 des Eisenbahngesetzes für die 9. und 10. Investitionsvereinbarung zu Gunsten der BLS Lötschbergbahn und für die 16., 17., 18. und 19. Investitionsvereinbarung zu Gunsten der Montreux – Oberland – Bahn aus.

6. Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu folgenden Gesuchen ein:

- eine Ausdehnung einer Bahnkonzession;
- eine Erneuerung einer Bahnkonzession;
- eine Übertragung einer Bahnkonzession;
- eine teilweise Aufhebung einer Bahnkonzession;
- vier Ausdehnungen von Automobilkonzessionen;
- zwei Erneuerungen von Automobilkonzessionen;
- eine Übertragung einer Automobilkonzession;
- zwei Bewilligungen des Bundes für grenzüberschreitende Fahrten.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt vierzehn Bewilligungen für die Personenbeförderung.

7. Seilbahnen und Skilifte

Das Amt erneuerte:

- sechs Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts;
- fünfzehn Bewilligungen zum Betrieb eines Mini-Skilifts.

Es leitete über fünfzehn Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

8. Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt:

- 18 Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern;
- 3 Meldungen über die Entfernung von Luftfahrthindernissen.

III. Energie

1. Vernehmlassungsverfahren

Das Bundesamt für Energie bat das Amt um Stellungnahme zur Änderung der Energieverordnung bezüglich der Angabe des Energieverbrauchs und der CO²-Emissionen von Neuwagen.

2. Aktivitäten der Energiefachstelle

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt eine Sitzung ab, an der insbesondere der Gesetzesentwurf über die Öffnung des Elektrizitätsmarkts und das Programm Energho für öffentliche Gemeinwesen behandelt wurden.

Das Amt informierte wieder in den örtlichen Medien über den Temperaturmittelwert und die Heizgradtage, mit denen die Energiekennzahlen von Gebäuden bestimmt werden können.

Zusammen mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und den technischen Verbänden organisierte das Amt drei Seminare über die praktischen Elemente des Minergie-Standards sowie eine Ausstellung.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte es seine Informationstätigkeit in den Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Aktion «EnergieSchweiz in Gemeinden» fort.

Auch in den französischsprachigen Schulklassen des Kantons und im Rahmen des Ferienpasses 2002 setzte das Amt seine Informationstätigkeit fort.

3. Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 fünf Bewilligungen.

4. Ortsfeste elektrische Widerstandsheizungen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 drei Bewilligungen.

5. Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 95 Projekte zu, was einem

Betrag von 505 062 Franken für eine Leistung von 5057 kW entspricht.

6. Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 55 Projekte zu, was einem Betrag von 151 144 Franken für eine Fläche von 553,74 m² entspricht.

7. Photovoltaische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 2 Projekte zu, was einem Betrag von 24 000 Franken für eine Fläche von 67,75 m² entspricht.

8. Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 16 Projekte zu, was einem Betrag von 119 884 Franken für eine Energiebezugsfläche von 3840 m² entspricht.

9. Hochspannungsleitungen

Das Amt gab dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat im Namen des Kantons eine Stellungnahme ab zum Projekt Nr.III/ 210, Antennenanlage auf dem Hochspannungsmast Nr. 297, 220-kV-Leitung Chamoson – Mühleberg.

Das Bundesamt für Energie bat ferner das Amt um Stellungnahme zum Bericht über die Vernehmlassung zur 380 kV-Leitung EOS Yverdon-Galmiz, Abschnitt zwischen Yverdon und Villarepos.

10. Erdgas

Das Amt bewilligte folgende Erweiterungen des Frigaz-Netzes:

- Abschnitt Hauptstrasse – Quartier Dorfmatte, Gemeinde Muntelier;
- Route des Ecoles – chemin des Epinettes, Gemeinde Marly;
- Route du Vieux Canal, Gemeinde Givisiez;
- Route des Mueses – les Etsalons – route de Neyruz, Gemeinde Matran.

Industrie-, Handels- und Gewerbedepartement

I. Industrie und Handel

1. Arbeitsbeziehungen

Im Laufe des Jahres 2002 wurde der Katalog der Gesamtarbeitsverträge aktualisiert. Auf die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge kann über die Website des Departements zugegriffen werden.

Die Zahl der Anfragen zu Einzelarbeitsverträgen und zu den üblichen oder gesamtarbeitsvertraglich geregelten Löhnen lag im Berichtsjahr schätzungsweise bei 1000 Anrufen, was im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme um 25 % entspricht.

2. Kantonales Amt für wirtschaftliche Landesversorgung

Die Weisungen zur Lebensmittelrationierung wurden aktualisiert. Informationssitzungen mit den Gemeinden stehen für 2003 auf dem Programm.

3. Bekämpfung der Schwarzarbeit im Baugewerbe

Die tripartite Aufsichtskommission zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Baugewerbe traf sich im Berichtsjahr drei Mal; ihr Büro hielt etwa zehn Sitzungen ab.

Die 2001 eingeführten Strukturen wurden im Laufe des Berichtsjahres auf die Probe gestellt.

Das Büro stellte den paritätischen Kommissionen die Inspektionsberichte zu. Die Fehlbaren wurden gebüsst. Verschiedene Fälle wurden an andere Dienststellen des Staats weitergeleitet (AHV, Steuerverwaltung, andere Versicherungen) und dem Untersuchungsrichteramt wurden verschiedene Anzeigen erstattet.

II. Arbeitsinspektorat

1. Allgemeines

Die kantonale Kommission zur Förderung der Sicherheit und Gesundheitsvorsorge in den Betrieben hielt eine Sitzung ab.

Das Arbeitsinspektorat arbeitete in verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Kommissionen und Arbeitsgruppen mit.

Der Kanton bot in Zusammenarbeit mit den anderen Westschweizer Kantonen erneut eine interkantonale Ausbildung über Gesundheit am Arbeitsplatz an. Folgende Kurse wurden durchgeführt:

- Beizug von ASA – Haben Sie an alles gedacht? 34 Teilnehmer
- Arbeit auf Abruf und Teilzeitarbeit 30 Teilnehmer
- Mobbing 60 Teilnehmer

2. Arbeitnehmerschutz

Im vergangenen Jahr besuchten die Arbeitsinspektoren teilweise in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat und/oder der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt 435 (2001: 266) Betriebe.

3. Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit

Bewilligungen erteilt durch

	2001	2002
a) das Departement		
Nachtarbeit	81	43
Sonntagsarbeit	54	80
Total	135	123
b) das seco		
Nachtarbeit	36	50
Sonntagsarbeit	30	42
durchgehender Betrieb	2	6
Total	68	98

4. Plangenehmigung – Betriebsbewilligungen

Vergrosserungen (Umbau) von Industriebetrieben	18	22
Betriebsbewilligungen	9	17
Nichtindustrielle Betriebe	563	476
Total	590	515

5. Druckbehälter

Druckluft- oder Gasbehälter	16	70
Dampfkessel	2	5
Total	18	75

III. Ausländische Arbeitnehmer

Seit dem Inkrafttreten des Abkommens über den freien Personenverkehr (FZA) am 1. Juni 2002 gibt es zwei unterschiedliche Kontingente für Arbeitnehmer aus dem EU/EFTA-Raum und für Bürger von Drittstaaten.

Vor dem oben genannten Datum wurden Angehörigen von EU/EFTA-Staaten sowie von Drittländern 211 Jahresaufenthaltsbewilligungen und 190 Kurzaufenthaltsbewilligungen (von bis zu sechs Monaten) erteilt.

Ab dem 1. Juni 2002 wurden 36 Jahresbewilligungen an Angehörige von Drittstaaten erteilt, während 142 Bewilligungen Angehörigen von EU/EFTA-Staaten ausgestellt wurden. Beim Bundesamt für Ausländerfragen musste ein zusätzliches Kontingent von 30 Einheiten beantragt werden, um den Bedarf der Freiburger Wirtschaft befriedigen zu können. 538 Kurzaufenthaltsbewilligungen (für einen Aufenthalt von unter 365 Tagen) wurden Angehörigen von EU/EFTA-Staaten ausgestellt. Demgegenüber wurden 13 Kurzaufenthaltsbewilligungen (12 Monate) Angehörigen von Drittstaaten ausgestellt.

In den ersten fünf Monaten des Jahres wurden 543 Bewilligungen für Aufenthalte von vier Monaten (bzw. 120 Tagen pro Kalenderjahr) gewährt; diese Bewilligungen betrafen

vor allem die Landwirtschaft, das Gastgewerbe, gewisse Montagegruppen und Verwalter von im Kanton ansässigen internationalen Unternehmen. Ab dem Inkrafttreten des FZA wurden 59 Bewilligungen für Aufenthalte von vier Monaten (bzw. 120 Tagen pro Kalenderjahr) nichteuropäischen Staatsangehörigen insbesondere in Gesundheitsberufen und in der Industrie ausgestellt. Den Angehörigen von EU/EFTA-Staaten wurden 251 dieser Bewilligungen ausgestellt.

Das Saisonierstatut wurde mit Inkrafttreten des FZA abgeschafft. Das letzte, bis am 1. Juni 2002 verfügbare Kontingent wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Die 2206 verfügbaren Einheiten wurden wie folgt aufgeteilt:

Baugewerbe	461
Gastgewerbe	643
Landwirtschaft, Gartenbau	586
Übrige Branchen	159
Total	1 849

Die Zahl der Gesuche um Umwandlung einer Saisonbewilligung in eine Jahresaufenthaltsbewilligung, die gemäss Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) nach 36 Monaten möglich ist, blieb hoch (72).

Für die Periode 2002/03, das heisst vom 1. November 2002 bis 31. Oktober 2003 sind folgende Kontingente für Angehörige von Drittstaaten verfügbar:

- 63 Jahresbewilligungen
- 69 Kurzaufenthaltsbewilligungen (12 Monate)

Vom 1. November 2002 bis 31. Mai 2003 sind folgende Kontingente für Angehörige von EU/EFTA-Staaten verfügbar:

- 161 Jahresbewilligungen
- 1293 Kurzaufenthaltsbewilligungen

Die kantonale Kommission für die Zuteilung der ausländischen Arbeitskräfte (CAMO) hielt im Berichtsjahr zehn Sitzungen ab. Das Arbeitsamt erliess 4334 Verfügungen (2001: 3536) und gab 9637 Stellungnahmen ab (2001: 9951).

Amt für den Arbeitsmarkt

I. Allgemeines

Die Tätigkeit des Amtes für den Arbeitsmarkt (OPEM) stand im ersten Halbjahr 2002 im Zeichen einer relativ stabilen Arbeitslosenquote, während im zweiten Halbjahr ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war.

Obwohl der Kanton die Arbeitslosenquote stets unter dem Schweizer Durchschnitt zu halten vermochte, blieb diese Zunahme nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeit des Amtes und insbesondere auf die Zahl der Personen, die von den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) betreut wurden.

Die Website des OPEM (www.opem.ch) erwies sich als ein ausgezeichnetes Informationsmittel nicht nur für Stellensuchende, sondern auch für alle Personen, die sich Fragen zur Erwerbstätigkeit stellten, und trug so dazu bei, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Monatlich wurden rund 15 000 Zugriffe auf die Website registriert. Etwa 500 Fragen von Websitebesuchern wurden schriftlich beantwortet.

II. Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote im Kanton ist von 2,2 % im Januar auf 2,8 % im Dezember angestiegen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2002 bei 2,1 %. Im Vorjahr betrug sie noch 1,6 %.

Im Durchschnitt erschöpften monatlich 41 Personen ihren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Demgegenüber lag die Zahl der Ausgesteuerten 2001 bei 45 und 2000 bei 52 Personen.

Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt:

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2001	2002	%	2002	%
Januar	1 848	2332	2,2 %	93 714	2,6 %
Februar	1 805	2318	2,2 %	94 472	2,6 %
März	1 684	2114	2,0 %	92 371	2,6 %
April	1 634	1954	1,8 %	92 025	2,5 %
Mai	1 522	1865	1,7 %	90 930	2,5 %
Juni	1 401	1846	1,7 %	90 705	2,5 %
Juli	1 478	1938	1,8 %	92 948	2,6 %
August	1 562	2179	2,0 %	96 362	2,7 %
September	1 594	2260	2,1 %	101 889	2,8 %
Oktober	1 747	2485	2,3 %	110 197	3,0 %
November	1 925	2719	2,5 %	120 627	3,3 %
Dezember	2 159	3056	2,8 %	129 809	3,6 %

In der unten stehenden Tabelle ist die Entwicklung der An- und Abmeldungen der Stellensuchenden dargestellt. Die Zahl der in den RAV gemeldeten Stellen ist von 124 im Januar auf 116 im Dezember gesunken, wobei der Jahresdurchschnitt bei 173 Stellenangeboten lag. Diese Zahl reicht nicht aus, um Hoffnung auf einen baldigen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwecken. Für eine Abnahme der Arbeitslosenquote müsste die Wirtschaft monatlich etwa 400 Stellen auf dem Arbeitsmarkt anbieten.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit 2002

Kanton Freiburg	Neuanmeldungen	Abmeldungen	Stellenangebot
Januar	719	493	124
Februar	517	512	175
März	500	558	247
April	512	617	239
Mai	475	573	186
Juni	446	468	201
Juli	527	510	177
August	575	394	144
September	688	501	162

Kanton Freiburg	Neuanmeldungen	Abmeldungen	Stellenangebot
Oktober	847	587	158
November	744	457	146
Dezember	687	405	116
Durchschnitt	603	506	173

III. Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Die Personalberaterinnen und -berater der sieben RAV führten im Monatsdurchschnitt 4942 Beratungs- und Folgegespräche. Dies bedeutet, dass jede stellensuchende Person sich mindestens einmal im Monat beim RAV zu einem Gespräch einfindet. Die Beraterinnen und Berater boten den Stellensuchenden jeden Monat über 1900 Arbeitsplätze an. Auf diese Weise kamen monatlich über 370 Vermittlungen zu Stande. Ebenfalls im Monatsdurchschnitt arbeiteten über 1000 Stellensuchende in einem Zwischenverdienst und hatten somit eine befristete Stelle.

Die RAV waren auch dieses Jahr bemüht, ihre Leistungen bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern im Kanton bekannt zu machen, um die Stellenvermittlung zu fördern. In jedem RAV ist mindestens eine Personalberaterin oder ein Personalberater auf die Kontakte mit Unternehmen spezialisiert und informiert diese über Eingliederungsmassnahmen, Praktika und kantonale Massnahmen wie Qualifizierungsprogramme in Unternehmen.

IV. Sektionen

1. Sektion Recht und Human Resources

In ihrer Funktion als kantonale Amtsstelle der Arbeitslosenversicherung erliess die Sektion 3617 Entscheide und erstellte Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts.

• Einstellungen in der Anspruchsberechtigung	2791
• Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide	375
• Erlass der Rückerstattungspflicht	70
• Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht	381

Gegen die Entscheide des OPEM wurden beim Verwaltungsgericht 202 Beschwerden eingereicht. Die Sektion reichte in 207 Fällen Bemerkungen zur Begründung eines Entscheids ein.

Von den im Jahre 2002 bearbeiteten Beschwerden wurden 60 % vom Verwaltungsgericht abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 22,5 % wurden entweder infolge des Rückzugs der Beschwerde oder auf Grund eines neuen Entscheids im Verlauf des Verfahrens als erledigt abgeschrieben, 8,1 % der Beschwerden wurden teilweise und 9,4 % ganz gutgeheissen.

Kurzarbeit

	Betroffene Arbeitnehmer			Ausfallstunden		
	2001	2002	Schweiz	2001	2002	Schweiz
Januar	2	551	12 586	347	22 974	689 870
Februar	2	439	13 689	330	17 263	743 127
März	–	210	14 562	–	6 821	820 959
April	–	255	12 949	–	11 216	745 061
Mai	–	106	11 132	–	5 478	622 660
Juni	–	193	10 836	–	8 925	608 009
Juli	–	120	3 523	–	6 663	196 073
August	–	84	3 581	–	3 362	195 966
September	–	233	6 170	–	9 764	330 174
Oktober	–	420	6 441	–	17 256	408 978
November	474	270	8 409	17 432*	12 932	503 953
Dezember	453	294	5 658	14 379	12 967	320 970

*: Die sprunghafte Zunahme ist auf die Ereignisse vom 11. September 2001 zurückzuführen.

Personal

Der Personalbestand des OPEM stieg von 107 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am 1. Januar auf 111 Personen am 31. Dezember 2002 an. Im Verlaufe des Jahres verliessen 12 Personen das Amt und 16 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden eingestellt.

Eine wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde ferner als Projektleiterin im Rahmen der kantonalen Kommission für die interinstitutionelle Zusammenarbeit angestellt.

Private Arbeitsvermittlung

- Neue Bewilligungen für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih:
 - Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih: 1
 - Private Arbeitsvermittlung: 3
 - Personalverleih: 1
 - Auslandvermittlung: 3
 - Personalverleih ins Ausland: 1
- Abgewiesene Bewilligungsgesuche: 3
- Entzug von Bewilligungen: 2
- Neue Bewilligungen nach einem Wechsel der verantwortlichen Person: 4
- Neue Bewilligungen nach einer Adressänderung: 2
- Konkurse: Abschluss eines Konkursverfahrens.
- Betriebskontrollen: 5

Bilanz:

Die Betriebskontrollen wurden im Laufe des Berichtsjahres fortgesetzt. Die Prüfung der Formularverträge stellte eine umfangreiche Aufgabe dar und ergab, dass die von den Betrieben verwendeten Arbeitsverträge (Werkverträge), Personalverleihverträge und Rahmenverträge Mängel aufweisen und den Anforderungen des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG) nicht entsprechen. Diese Verträge müssen deshalb von den Betrieben geändert werden.

Gesetzwidrige Klauseln zuungunsten der Arbeitnehmer betreffen hauptsächlich die Ferien, das Gesetz über die berufliche Vorsorge, die gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne sowie die Form und den Inhalt der Verträge. Die vorgedruckten Rahmenverträge enthalten weitere unzulässige Klauseln, so etwa Konkurrenzausschlussklauseln für Vermittlung oder Verleih.

- Vermittlung in feste Stellen, Personalverleih und gesamte Arbeitsstunden in Einsatzbetrieben 2001:
Private Arbeitsvermittlung
(Schweizer/innen, Ausländer/innen): 1 648

Personalverleih (Schweizer/innen,
Ausländer/innen): 4 897, bzw.
2 012 394 Arbeitsstunden

- Untersuchungen / neue Bewilligungsgesuche:
 - 17 spontane Bewilligungsgesuche
 - 22 vom OPEM eingeleitete Untersuchungen

2. Arbeitsmarktliche Massnahmen

Die Sektion Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen hat die Aufgabe, den RAV Instrumente zur Verfügung zu stellen, damit sie die Stellensuchenden gezielt über arbeitsmarktliche Massnahmen beraten können, die ihre Vermittlungsfähigkeit verbessern.

Im Berichtsjahr besuchten knapp 3130 Versicherte einen Weiterbildungskurs.

Ein Arbeitgeber kann bei der Anstellung einer versicherten Person, die Lücken in ihrer Berufsausbildung aufweist, Leistungen der Arbeitslosenversicherung beanspruchen.

Um den Stellensuchenden die Kurse anbieten zu können, die für sie am besten geeignet sind, stellt die Sektion LAM den Personalberaterinnen und -beratern sog. Plattformen zur Verfügung, die von Fachpersonen in folgenden Bereichen geleitet werden: Informatik, Sprachen, Industrie, Technik und Verkauf.

Die Sektion Arbeitsmarktliche Massnahmen (AM) ist für die Verwaltung des Angebots an arbeitsmarktlichen Massnahmen im Kanton zuständig. Dies sind Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) sowie Kurse und Massnahmen für Ausgesteuerte.

Über 2327 Personen nahmen an einem PvB teil. Dies entspricht insgesamt 6657 Beschäftigungsmonaten. Die durchschnittliche Dauer eines PvB liegt bei 2,9 Monaten pro Person.

240 Jugendliche erreichten das Ende ihrer Schulpflicht, ohne eine Lehrstelle gefunden zu haben, oder brachen ihre Ausbildung ab.

Um die Koordination der verschiedenen Einrichtungen zu optimieren, wurde 2002 versuchsweise eine Plattform Jugendliche eingeführt. Auf der Plattform wird abgeklärt, welche Massnahme den Bedürfnissen der arbeitslosen Jugendlichen am besten gerecht wird. Zu den zur Verfügung stehenden Strukturen zählen vier Anbieter von Motivationssemestern (MOSE): Déclic, Intervalle, Centre de

Préformation in Grolley und das interkantonale Motivationssemester Broye. Jedes Motivationssemester besitzt besondere Eigenschaften, weshalb die Abklärung der persönlichen Situation der Jugendlichen auf der Plattform von besonderer Bedeutung ist, um sie der richtigen Einrichtung zuführen zu können.

Die ausgesteuerten Arbeitslosen, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, nahmen an Qualifizierungsprogrammen (QP) teil: 164 Ausgesteuerte erhielten einen befristeten Arbeitsvertrag bei einer nicht gewinnorientierten Institution, und 53 hatten einen Vertrag mit einem Unternehmen in der Privatwirtschaft.

Bei den Anbietern von aktiven Massnahmen wurden 2002 neben den Sicherheitsaudits und den Kontrollen der Kursprogramme 18 Qualitätskontrollen durchgeführt.

3. Sektion Finanzen

Die Sektion Finanzen verwaltet die gesamte Buchhaltung der vom Bund finanzierten Dienststellen (RAV, LAM, AM, «kantonale Amtsstelle (KAST)») sowie die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Darüber hinaus befasst sich die Sektion hauptsächlich mit der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem QP im Sinne des BAHG teilnehmen, und mit der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Das seco führte 2002 eine Buchprüfung der LAM, der kantonalen Amtsstelle und der RAV durch und hat die gesamte Buchführung genehmigt. Die Betriebskosten der sieben RAV belaufen sich auf 8 800 000 Franken, die der LAM auf 950 000 Franken und die der kantonalen Amtsstelle auf 670 000 Franken.

Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 3,9 Millionen Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben, aufgewendet. Am 31. Dezember verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 13 Millionen Franken.

4. Sektion Organisation und Support

Schulung des Personals

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des OPEM nahmen insgesamt an 450 Kurstagen teil; das sind im Durchschnitt knapp vier Kurstage pro Person. Insbesondere organisierte das OPEM einen Kurs über schwer vermittelbare Stellensuchende und einen über die Auswirkungen des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die Arbeitslosenversicherung.

Informatik

Die Erneuerung des Computerbestands wurde fortgesetzt und erlaubte die Umstellung auf Windows 2000 und Office XP. Das gesamte Amt verfügt nun über eine leistungsfähige und zeitgemässe Ausrüstung. Über die Hotline wurde mehr als 700-mal Unterstützung geleistet.

Organisation

Ein Kontrollverfahren wurde eingeführt, dessen Anwendung erste Ergebnisse darüber liefert, wie stark das Managementsystem des OPEM im Amt verwurzelt ist. Die Mängelliste bei der Anwendung der Verfahren liefert wichtige Daten, um Verbesserungen zu ermöglichen.

5. Arbeitssicherheit

Dem OPEM ist die Sicherheit der Stellensuchenden, die an einem PvB oder einem QP teilnehmen, besonders wichtig. Zwölf Anbieter von Beschäftigungsprogrammen nahmen an einem vom OPEM finanzierten und organisierten Kurs der SUVA über Unfallverhütung teil. Regelmässige Sicherheitsaudits wurden in risikoreichen PvB durchgeführt und Pläne für Sicherheitsmassnahmen aufgestellt. Im Berichtsjahr wurden 65 Sicherheitsaudits durchgeführt. Zahlreiche Verbesserungen wurden sowohl im Gesundheitsschutz als auch in der Sicherheit (Schutzbrillen, Sicherheitsschuhe, Gehörschutzpfropfen usw.) eingeführt.

6. Vermittlung im Bereich der Arbeitslosenversicherung

Der Ombudsmann der Arbeitslosenversicherung wurde 2002 in 98 Fällen in Anspruch genommen. Somit haben seine Einsätze im Vergleich zum Vorjahr, als 135 Personen seine Dienste beanspruchten, abgenommen. Die Dienste des Ombudsmanns werden besonders bei Problemen zwischen den Versicherten und den Arbeitslosenkassen und den RAV beansprucht. Die Vermittlung hat ihren Nutzen in den sechs Jahren ihres Bestehens erwiesen, denn fast alle Versicherten, die sich an den Ombudsmann wendeten, waren mit seiner Dienstleistung zufrieden.

Wohnungsamt

I. Wohnbauförderung

Im Berichtsjahr sank die Leerwohnungsziffer zwischen Juni 2001 und Juni 2002 von 1,78 % auf 1,28 % des ungefähren kantonalen Gesamtwohnungsbestands per Ende 2001. Im Vergleich dazu betrug diese Ziffer 1999 noch 2,20 %. Je nach Region herrschen jedoch sehr unterschiedliche Verhältnisse:

Stadt Freiburg	3,10 %
Saane	1,97 %
Glane	1,48 %
Greyerz	1,30 %
Broye	0,92 %
Vivisbach	0,74 %
Sense	0,70 %
See	0,37 %

Mit Ausnahme der Stadt Freiburg und des Saanebezirks verzeichnen alle Bezirke nach amtlichen Kriterien eine Wohnungsknappheit.

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

1- und 2-Zimmer	33 %
3-Zimmer	34 %
4-Zimmer	22 %
5-Zimmer und mehr	11 %

83 % aller leer stehenden Wohnungen sind zu vermieten und 17 % zu verkaufen.

Ein neues Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG) könnte bereits im Laufe des Jahres 2003 in Kraft treten. Es bezweckt die Förderung des Angebots von preisgünstigen Mietwohnungen für wirtschaftlich benachteiligte Personen und Haushalte sowie die Förderung von preisgünstigem Wohneigentum. Es soll die Träger und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus stärken und die Wissens- und Entscheidungsgrundlagen im Wohnungswesen verbessern.

Gegenüber den Zielen der aktuellen Förderungspolitik sind die Ziele der künftigen staatlichen Einflussnahme im Wohnungswesen weniger zahlreich und die Hilfen werden gezielter eingesetzt. Der wichtigste Punkt des Systemwechsels liegt in der Wahl des Förderungsinstruments. Das umstrittene Grundverbilligungsmodell wird durch eine Darlehenslösung ersetzt werden. Direkte Bundesdarlehen als Finanzierungshilfe sollen die Bauherren befähigen, preisgünstigen Wohnraum zu erneuern, zu erstellen oder zu erwerben. Die Verbilligung der Wohnkosten erfolgt für die anspruchsberechtigte Bewohnerschaft über Zinsvergünstigungen auf den gewährten Darlehen. Diese Massnahme wird sowohl auf Miet- als auch auf Eigentumswohnungen angewendet. Die Rückbürgschaften, die der Bund zurzeit den Hypothekar-Bürgschaftseinrichtungen gewährt, werden für «Schwellenhaushalte» beibehalten, die am Kauf einer Eigentumswohnung interessiert sind, dafür jedoch nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen. Ebenfalls bewährt haben sich die bisherigen Hilfen an die Träger und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus sowie die Massnahmen im Forschungsbereich, weshalb auch sie im WFG weiter geführt werden.

Die drei wichtigsten Aufgaben, mit denen sich das kantonale Wohnungsamt im Verlaufe des Jahres befasste, waren:

- Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 5 587 055 Franken, während die Gemeindebeiträge 2 531 020 Franken betragen;
- Aufstellung der Bauabrechnungen von verschiedenen Sozialwohnbauten und rund hundert Einfamilienhäusern; diese Abrechnungen wurden dem Bundesamt für Wohnungswesen zur Genehmigung und zur Auszahlung der Zuschüsse für die Zusatzverbilligung unterbreitet;
- Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Bundesleistungen (etwa 9500 Wohnungen). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

II. Frühere Aktionen

Die Eigentümer von Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. Im Jahr 2002 gaben vier Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Subventionsrückerstattung. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 22 200 Franken. Die Anteile von Bund und Gemeinden wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

III. Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um wertvermehrnde Arbeiten handelt. 2002 wurden Beiträge für die Sanierung von zwei Wohnungen im Glanebezirk zugesprochen.

Die Gesamthöhe der zugesicherten Beiträge beliefen sich – bei Gesamtinvestitionen von 700 000 Franken – auf 80 000 Franken. Die Beiträge setzten sich wie folgt zusammen:

	Fr.
– Beiträge der Gemeinden	1 000
– Beiträge des Kantons	25 666
– Beiträge des Bundes	53 334
Total:	80 000

Drei Abrechnungen von Bauten, für deren Sanierung Beiträge von insgesamt 120 000 Fr. geleistet wurden, sind genehmigt worden.

IV. Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 945 Einsprachen, die hauptsächlich den Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen; sie wurden wie folgt geregelt:

– Einigung	661	(70 %)
– keine Einigung	142	(15 %)
– Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung	36	(4 %)

– Nichteintreten, Rückzug	98	(10 %)
– an das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle	8	(1 %)
	945	(100 %)
– Ende 2002 noch hängige Fälle	230	
Total Gesuche 2002	1175	

V. Baulandreserven

Im Jahr 2002 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven gestellt.

VI. Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2002 erhielt das Amt ein Gesuch für eine Liegenschaft in Bulle. Der Bau wird wahrscheinlich 2003 in Angriff genommen.

VII. Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben beinhalten vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt 2002 eine Sitzung ab.

Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg

1. Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld

1.1 Konjunkturelles Umfeld 2002

1.1.1 Weltkonjunktur: Warten auf die Wende

Obwohl die Weltwirtschaft bis zum Frühling 2002 klare Erholungstendenzen aufwies, ist die vor einem Jahr von praktisch allen Konjunkturforschungsinstituten vorhergesagte Erholung der Weltkonjunktur für das zweite Halbjahr 2002 nicht eingetreten. Die überwiegend schlechten Nachrichten aus Absatz- und Arbeitsmärkten, Börsen und Geopolitik (Konflikt USA – Irak) liessen kein Klima des Vertrauens und der Zuversicht entstehen. Das Konsum- und Investitionsverhalten wurde dadurch entsprechend gebremst.

Von den Industrieländern erlebten im vergangenen Jahr am ehesten die USA einen gewissen Aufschwung. Dort dürfte die Wirtschaft nach einem Jahr der Stagnation um etwas mehr als 2 % gewachsen sein. Von einem richtigen Aufschwung mit sinkender Arbeitslosigkeit konnte 2002 aber nicht die Rede sein.

1.1.2 Stagnation der Schweizer Wirtschaft

Auch in der Schweiz stellte sich keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ein. Über das ganze Jahr gesehen hat die Schweizer Wirtschaft 2002 stagniert, das Bruttoinlandprodukt blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die schleppende Konjunktur hinterliess ihre Spuren auch auf dem Arbeitsmarkt. Zahlreiche Beschäftigte haben ihre Stelle verloren. Im Dezember 2002 stieg die Arbeitslosenquote in der Schweiz auf 3,6 % an. Dies entsprach rund 130 000 gemeldeten Arbeitslosen. Damit nahm die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um 51 % zu. Es ist davon auszugehen, dass der Personalabbau bei den Unternehmen noch nicht abgeschlossen ist und die damit verbundenen Unsicherheiten noch einige Zeit auf die Konsumentenstimmung drücken werden.

Demgegenüber hat sich die Stimmung bei den exportierenden Unternehmen etwas aufgehellt und die Schweizer Exporte ziehen langsam wieder an. Dies obwohl grosse Mengen an internationalem Kapital in den sicheren Franken flossen und der Schweizer Franken dadurch an Wert gewann. So fiel der US-Dollar zeitweise unter die 1.40-Franken-Marke. Dies wird zwar einen allfälligen Preisanstieg für Erdöl und andere Importwaren auffangen, doch der teure Franken wird in naher Zukunft eine ungünstige Wirkung auf die Schweizer Export-Unternehmen und die Tourismuswirtschaft ausüben.

1.1.3 Wachstum der Freiburger Wirtschaft bleibt aus

Festgefahren ist auch die Freiburger Wirtschaft. Zwar hatte der Geschäftsgang der Industrie zu Beginn des Sommers mit einer bescheidenen Erholung begonnen und auf bessere Zeiten hoffen lassen. Doch angesichts der Ergebnisse der zweiten Jahreshälfte verblassten diese Hoffnungen wieder. Gemäss einer Umfrage bei einheimischen Unternehmen verschlechterte sich der Geschäftsgang im dritten Quartal und erreichte den tiefsten Stand der letzten fünf Jahre. Auftragsbestand, Produktion und Arbeitsreserven waren ebenfalls rückläufig.

Die Wirtschaftslage hatte auch Auswirkungen auf den Freiburger Arbeitsmarkt. Im Dezember 2002 waren im Kanton 3056 Arbeitslose eingeschrieben, 41 % mehr als ein Jahr zuvor. Trotzdem lag die Arbeitslosenquote des Kantons im Dezember 2002 deutlich unter dem Landesdurchschnitt (2,8 gegen 3,6 %).

1.2 Tendenzen 2003

Die Konjunkturforschungsinstitute erwarten zwar für 2003 keine weitere konjunkturelle Verschlechterung, sehen jedoch nur ein mässiges Wachstum voraus. In den USA wird zwar mit einem soliden, aber keineswegs aussergewöhnlichen Wachstum von rund 2 % gerechnet. Doch die amerikanischen Wirtschaftszahlen fallen derzeit noch

immer wechselhaft aus und lassen erkennen, dass die amerikanische Wirtschaft nach wie vor anfällig ist. Auch die hohe Verschuldung des US-Haushalts lässt keine Hoffnungen auf einen starken und anhaltenden Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft zu. Die meisten Voraussagen gehen davon aus, dass die Konjunkturschwäche in Europa noch etwas länger andauern dürfte als in den USA.

Für 2003 wird in der Schweiz mit einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts von weniger als 1 % gerechnet. Verschiedene Institute gehen in ihren Prognosen davon aus, dass sich die Schweizer Exportindustrie im 2003 allmählich erholen und auch die Hightech-Industrie endgültig aus der Talsohle herausfinden wird.

Die Konjunkturimpulse bleiben jedoch mager. Die Investitionen dürften in der Schweiz wegen der tiefen Kapazitätsauslastung nur langsam anziehen. Der Privatkonsum, der bisher die wichtigste Konjunkturstütze darstellte, droht wegen der allgemeinen Unsicherheit in der Bevölkerung und aufgrund der Arbeitsmarktentwicklung an Schwung zu verlieren.

Die bereits vor über einem Jahr angekündigte Konjunkturerholung verzögert sich damit weiter. So rechnet die Schweizerische Nationalbank damit, dass die Schweizer Wirtschaft ab Mitte 2003 wieder auf Wachstumskurs gehen wird. Auch die Autoren des Freiburger Konjunkturspiegels rechnen nicht vor Mitte 2003 mit einem wirtschaftlichen Aufschwung im Kanton.

2. Positive Entwicklung der Wirtschaftsstruktur

Die jüngsten Statistiken des Bundes und des Kantons weisen auf eine positive Entwicklung der Freiburger Wirtschaftsstruktur hin.

Trotz der schwierigen Konjunkturlage setzt die Freiburger Industrie ihren Strukturwandel erfolgreich fort. In den wichtigsten Branchen mit hoher Wertschöpfung entwickelte sich die Zahl der Arbeitsplätze im Kanton rascher als im Landesdurchschnitt. Ein weiteres positives Zeichen setzen die wachsenden Einnahmen aus den Steuern von juristischen Personen.

2.1 Arbeitsmarktentwicklung 1998 – 2001

2002 publizierte das Bundesamt für Statistik die jüngste eidgenössische Betriebszählung. Gemäss dieser Auswertung wurden im Kanton Freiburg zwischen 1998 und 2001 insgesamt 4478 neue Stellen geschaffen. Mit einer Zunahme von 4,9 % liegt Freiburg gesamtschweizerisch an zehnter Stelle und damit unter dem Landesdurchschnitt von 5,7 %.

In diesem Zeitraum wurden sowohl im sekundären (+ 1209 Beschäftigte) als auch im tertiären Sektor (+ 3269) neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit setzt sich die Tertiarisierung der Freiburger Wirtschaft fort (+5,2 %), wenn auch in einem etwas geringeren Masse als der Landesdurchschnitt (+7,5 %). Der sekundäre Sektor hingegen wuchs im Kanton Freiburg (+4,2 %) im Vergleich zur Gesamtschweiz (+1,2 %) bedeutend stärker.

Wie in der unten stehenden Tabelle dargestellt, sind im Kanton Freiburg von 1998 bis 2001 besonders jene Bereiche des Industriesektors gewachsen, die zu den Zielbranchen der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg gehören. Das Wachstum dieser Branchen liegt weiterhin deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. Zu diesen Branchen kommt der Nahrungsmittelbereich hinzu, der für die kantonale Wirtschaft von grosser Bedeutung ist.

Veränderung 1998 – 2001	Kanton Freiburg	Schweiz
Elektrische u. elektron. Geräte, Präzisionsinstrumente, Uhren	+19,15 %	+9,02 %
Metallbearbeitung, Metallzeugnisse	+8,12 %	+4,93 %
Maschinenbau	+2,86 %	-0,64 %
Chemie, Gummi- und Kunststoffwaren, Mineralien	+16,45 %	+3,34 %
Zwischentotal	+11,86 %	+4,38 %
Nahrungsmittel, Getränke	+6,99 %	-1,87 %
Total sekundärer Sektor	+4,21 %	+1,21 %
Total tertiärer Sektor	+5,22 %	+7,55 %

Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 2001

2.2 Einnahmen aus den Steuern juristischer Personen

In Millionen Franken	Kapital	Gewinn	Total
1990	10	36	46
1991	11	44	55
1992	11	46	57
1993	12	38	50
1994	12	40	52
1995	12	39	51
1996	10	36	46
1997	11	45	56
1998	11	53	64
1999	11	60	71
2000	11	64	75

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2002

Die Entwicklung der Einnahmen aus den Steuern juristischer Personen zeichnet ebenfalls ein positives Bild. Die Zahlen für 2001 und 2002 liegen zurzeit noch nicht vor. Ob und inwieweit sich die am 1. Januar 2001 in Kraft getretene Steuersenkung für Unternehmen und die Anpassung der Besteuerung von Domizilgesellschaften auf die Steuereinnahmen ausgewirkt hat, kann darum heute noch nicht bestimmt werden.

3. Aktivitäten der Wirtschaftsförderung

3.1 Aktivitäten im Ausland

Trotz der weltweit schwachen Konjunktur registrierte die Wirtschaftsförderung im Jahr 2002 einige wichtige Neuan-siedlungen.

3.1.1 Neue Niederlassungen von aussereuropäischen Unternehmen

Der bereits 2001 beobachtete Rückgang potenzieller Projekte auf dem nordamerikanischen Markt hielt auch im

vergangenen Jahr vor allem im Bereich der Technologie-Firmen der New Economy an. Indessen gelang es 2002 dank direkter Kontakte, bilaterale Treffen mit rund dreissig Firmen und Multiplikatoren zu organisieren, dies hauptsächlich mit vier Reisen und der Teilnahme an mehreren Seminaren und Präsentationen.

Ein bedeutsamer Unterschied zu den Erfahrungen früherer Jahre konnte jedoch Folgendes festgestellt werden: Die vor Ort besuchten Firmen sowie die Unternehmen, die den Kanton Freiburg besuchten oder sich entschieden, sich hier niederzulassen, stammten in erster Linie aus traditionellen Industriezweigen.

Die erste Niederlassung im Jahr 2002 erfolgte durch den mexikanischen Konzern Vitro, dem weltweit viertgrössten Glasproduzenten. Vitro wählte den Kanton Freiburg als Standort für sein internationales Zentrum für Technologie und Innovation. Die Gruppe ist an der New Yorker Börse kotiert und verzeichnet einen Umsatz von über 3 Milliarden USD.

Bulova, eine renommierte amerikanische Uhrenfirma, prägte das dritte Quartal mit dem Entscheid, ihren europäischen Sitz im Kanton Freiburg anzusiedeln und von diesem strategischen Zentrum aus die Aktivitäten der Gruppe erst in Europa und später auf dem asiatischen Kontinent zu entwickeln.

Diese beiden wichtigen Neuansiedlungen bestätigen die Strategie und die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaftsförderung auf einem immer stärker umworbene Markt. Dank dieser Projekte werden im Kanton Freiburg in den kommenden Jahren einige Dutzend Stellen geschaffen. Zudem wird eine Zahl ausländischer Kaderleute während mehreren Jahren hier leben, um den Start der Geschäfte zu koordinieren.

3.1.2 Neue Niederlassungen von europäischen Unternehmen

Es ist erfreulich, dass trotz der ungünstigen Wirtschaftslage auch einige neue Niederlassungen skandinavischer Unternehmen verzeichnet werden konnten. So entschied etwa die schwedische Gesellschaft Oriflame, die im Bereich Kosmetika und deren Direktverkauf tätig ist, in Freiburg ein Geschäftszentrum einzurichten, das in Zukunft rund zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen wird. Zum Ausbau ihres Kontaktnetzes und zur gleichzeitigen Überprüfung der Schlagkraft neuer Initiativen auf neuen Märkten nahm die Wirtschaftsförderung ferner an einer vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) organisierten Mission in Finnland teil.

Auf dem deutschen Markt setzte die Wirtschaftsförderung ihre im Wesentlichen zweigleisig geführte Strategie fort: zum einen die Teilnahme an Seminaren für Investoren, die vom seco organisiert wurden (Teilnahme an vier Seminaren), zum andern die Durchführung eigener Marketingaktivitäten. Unter den fünf deutschen Neuansiedlungen ist die Lufthansa Systems Business Solutions GmbH, eine Firma der Lufthansa-Gruppe, die in der Entwicklung von Logistik-Software tätig ist, besonders zu erwähnen. Mit der Wahl des Standorts Freiburg ergänzt diese renommierte

Firma die Liste der bereits im Kanton niedergelassenen Firmen von internationalem Ruf aufs Beste.

Der französische Markt blickt auf ein schwieriges Jahr zurück. Die Zusammenarbeit mit der französisch-schweizerischen Industrie- und Handelskammer sowie die Teilnahme an den vom seco organisierten Seminaren für französische Investoren wurden fortgesetzt. Die verschiedenen Kontakte führten zu Besuchen bei mehreren französischen Investoren. Zwei Niederlassungen französischer Firmen konnten schliesslich verzeichnet werden.

3.2 Aktivitäten im Kanton

Die Begleitung und Betreuung der bereits niedergelassenen Unternehmen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftsförderung. Manchmal reicht gute Beratung oder das Zusammenführen einer Firma mit einem privaten oder öffentlichen Partner aus; teilweise kommen aber auch finanzielle Instrumente und steuerliche Massnahmen für Unternehmen ins Spiel, welche die Kriterien der Wirtschaftsförderung erfüllen (Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen, innovative Tätigkeit, Konkurrenzfreiheit im Kanton). 2002 konnten knapp ein Dutzend lokaler Firmen von diesen Massnahmen profitieren. In einigen Fällen arbeitete die Wirtschaftsförderung eng mit dem Technologie-Relais Freiburg (RTF) und Genilem Freiburg zusammen.

3.2.1 Pérolles-Ebene

Die Wirtschaftsförderung leitete die Arbeitsgruppe, die den Auftrag hatte, einen Bericht ALS Antwort auf das Postulat Dominique Rhône und Jean-Pierre Dorand über die Schaffung eines Wissenschafts- und Technologieparks «Pérolles-Ebene» zu verfassen. Der Bericht, der die Schaffung eines Gründerzentrums vorschlug, wurde vom Grossen Rat angenommen und muss noch mit einem Dekret konkretisiert werden.

3.2.2 CréACentre Romont

Das Regionalsekretariat des Glane- und Visisbachbezirks ist im Laufe des vergangenen Jahres von Châtel-St-Denis nach Romont umgezogen, um neben seiner regionalpolitischen Tätigkeit ein Zentrum für Unternehmensgründung und -begleitung zu schaffen und zu leiten. Dieses Zentrum, das teilweise bereits in Betrieb ist, wird auf dem gesamten Kantonsgebiet aktiv sein. Für die Förderung von Jungunternehmen kann es auf die Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen zählen, insbesondere dem Freiburgerischen Arbeitgeberverband, Genilem und dem Technologie-Relais Freiburg.

3.2.3 Publikationen

Im Jahr 2002 hat die Wirtschaftsförderung für ausländische Mitarbeitende internationaler Unternehmen ein neues Handbuch in englischer Sprache verfasst. Der mehr als 200 Seiten starke «Expatriates Guide to Fribourg» informiert über verschiedenste Aspekte des Lebens in der Schweiz im Allgemeinen und im Kanton Freiburg im Besonderen. Rund 200 Personen nahmen am 4. Oktober an der Präsentation des Handbuchs teil.

Die Wirtschaftsförderung realisierte ferner eine Multimedia-Präsentation in Form einer CD-ROM im Kreditkartenformat. Diese Präsentation bietet eine Einsicht in den Kanton Freiburg aus verschiedenen Perspektiven (Technologie, Natur, Business, Lifestyle, Universität).

3.2.4 Neuansiedlungen und Unternehmenserweiterungen

Die seit dem 2. Halbjahr 2001 spürbare Konjunkturabschwächung setzte sich über das ganze Berichtsjahr fort. Die veränderte Lage wirkte sich insbesondere auf die Investitionen der Industrie und die Zahl der neuen Arbeitsplätze aus, die von den Unternehmen gemeldet wurden. Die Anzahl realisierter Projekte (Neugründungen oder Erweiterungen) war dennoch mit jener des Jahres 2001 vergleichbar, denn im Berichtsjahr wurden 36 Neugründungen oder Vergrösserungen von 18 schweizerischen und 18 ausländischen Firmen verzeichnet.

Die industriellen Projekte erlitten 2002 eine spürbare Einbusse: Die Gesamtzahl der gemeldeten neuen Arbeitsplätze liegt mit 530 Stellen denn auch deutlich tiefer als die rund 900 neuen Stellen des Vorjahres.

	Arbeitsplätze					
	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Realisierte oder in Realisierung begriffene Projekte						
Ansiedlungs- oder Erweiterungsjahrprojekte in der Industrie	336	280	154	471	653	209
Ansiedlungs- oder Erweiterungsjahrprojekte im Tertiärsektor	146	322	480	472	266	328
Total	482	602	634	943	919	537

3.2.5 Wirtschafts- und Regionalpolitik: Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)

Ende 2002 ging die erste Vierjahresperiode (1999-2002) des 1997 revidierten Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) zu Ende. Der gesamte dem Kanton Freiburg für diesen Zeitraum zugesprochene Bundesbeitrag ging an die vier IHG-Gebiete; demgegenüber wurde aber die Summe der für diesen Zeitraum angekündigten Investitionen nicht erreicht. Der Bundesbeitrag 2003-2006 ist noch nicht bekannt und hängt von mehreren Faktoren ab, insbesondere von der Analyse der vom Kanton 1999-2002 unterstützten Projekte. Auf Bundesebene hat eine Expertengruppe einen Bericht über die Zukunft der Regionalpolitik erstellt und die Schweizerische Beratungsgruppe für Regionen und Gemeinden hat ebenfalls eine Situationsanalyse vorgenommen.

Aufgrund des IHG haben 57 Projekte von Bund und Kanton einen Kredit erhalten. Die Investitionen belaufen sich gesamthaft auf 110 Millionen Franken, wobei die kantonalen Kredite 8 Millionen Franken und die Bundeskredite 25 Millionen Franken betragen.

3.2.6 Bundesbeschluss zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete

Am 1. Juli 2002 trat eine Änderung des Bundesbeschlusses vom 6. Oktober 1995 zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete in Kraft. Neu werden mehr als 80 % (bisher 68 %) des Freiburger Kantonsgebiets durch diesen Bundesbeschluss abgedeckt. Aufgrund dieser Änderung fallen neu sechs Gemeinden des Seebezirks und acht Gemeinden des Sensebezirks in den Geltungsbereich des Beschlusses.

4. Regionale Wirtschaftsförderung

a) Vollzug des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über die Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)

Darlehen des Bundes

Die Darlehen des Bundes, die aufgrund der vom Kanton bis Ende 2002 gefällten Entscheide gewährt wurden, beliefen sich auf 48 820 000 Franken; dies entspricht 162 Entscheiden. Diese Kredite verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Bereiche:

Bereich	Anzahl Projekte	Gesamtinvestitionen bis Ende 2002 Fr.	Darlehen des Bundes Fr.
Projekte aus verschiedenen Bereichen	30	96 871 310	21 447 000
Kultur	10	16 959 784	3 053 000
Bildung	17	23 327 666	2 885 000
Gesundheit	6	7 178 594	1 568 000
Energie, Wasser, Abwasser	46	43 271 730	7 440 000
Freizeit und Sport	8	24 852 600	3 122 000
Öffentliche Verwaltung	19	28 498 215	5 783 000
Verkehr	25	18 288 860	3 476 000
Konsumgüterversorgung	0	0	0
Schutz gegen Elementarschäden	1	1 150 000	46 000
Total	162	260 398 758	48 820 000

Darlehen des Kantons

Der Kanton gewährte in Anwendung von Artikel 11 des Ausführungsgesetzes vom 27. November 1998 zum IHG folgende Darlehen:

Gesuchstellerin	Projekt	Darlehen des Kantons Fr.	Dauer (Jahre)
Bis Ende 2001 gewährte Darlehen: 35 550 422			
Im Jahr 2002 gewährte Darlehen:			
Gemeinde Brünisried	Mehrzweckhalle mit Gemeindeverwaltung	500 000	24
Gemeinde St. Antoni	Erneuerung der Wasserleitung	25 000	15
Gemeinde Heitenried	Erschliessung einer Gewerbezone	150 000	15
Gemeinde Plaffeien	Erschliessung des Quartiers Biffing/Bruchbühl	252 000	15
Gemeinde Ueberstorf	Erschliessung einer Gewerbezone	210 000	15
Gemeinde Plaffeien	Kauf eines Gebäudes für die Gemeindeverwaltung	80 000	18

Gesuchstellerin	Projekt	Darlehen des Kantons Fr.	Dauer (Jahre)
Gemeinde Rechthalten	Abwassersanierung Kapelle – Entenmoos	63 000	24
Gemeinde St. Antoni	Renovation der Turnhalle	120 000	24
Gemeinde Heitenried	Neue Versorgungsinfrastruktur der Dorfstrasse	102 000	15
Rechenzentrum für die Gemeinden Deutschfreiburgs	Informatiklösung für die Gemeindeverwaltungen	1 350 000	15
Gemeinde Düdingen	Erschliessung des neuen Quartiers Haselrain	1 181 000	18
Gemeinde Düdingen	Erneuerung der Riedlistrasse Quartier Haselrain	158 000	18
Gemeinde Plaffeien	Kauf eines Unimog für die Gemeinde	69 000	7
Kaisereggbahnen AG	Erwerb des Gypsera-Areals	1 300 000	15
Gemeinde Vaulruz	Erschliessung der Parzelle «Les Ouches»	98 000	15
Gemeinde Grandvillard	Abwasserkanäle, Sektor Fin du Moulin, 2. Etappe	56 000	24
Gemeinde La Roche	Abwasserkanäle, La Serbache –Vers-Les-Roulins	62 000	15
Gemeinde Marsens	Verbindungsstrasse «La Croix»	113 000	24
Gemeinde Jaun	Sammelleitung Abschnitt Schuwey Siegfried – Schuwey Martin	46 000	24
Gemeinde La Tour-de-Trême	Route de la Ronclina	886 000	24
Gemeinde Grandvillard	Abwasserkanal, Fin du Moulin 3. Etappe	61 000	24
Centre touristique Gruyères-Molésion-Vudalla SA, Molésion-s/Gruyères	Anpassung der Luftseilbahn an die neuen Bundesverordnungen	300 000	25
Gemeinde La Roche	Abwasserkanal, La Croix-Blanche	80 000	15
Gemeinde Vaulruz	Sanierung des Schlosshofs	35 000	20
Gemeinde Le Bry	Wegbau Villars d'Avry – Avry-dvt-Pont	25 000	20
Gemeinde Progens	Erschliessung der Parzelle «Clos Bertherin»	30 000	12
Gemeinde Siviriez	Einrichtung der Bestattungskapelle	26 000	10
Gemeinde La Joux	Einrichtung von Parkplätzen für den Theatersaal	69 000	15
Gemeinde Attalens	Erschliessung der Strasse in der Gewerbezone	96 000	15
Gemeinde Le Crêt	Kauf des Postbüros für die Gemeindeverwaltung	38 000	15
Gemeinde Semsales	Kauf und Erschliessung der Parzelle «La Villette»	110 000	12
Fasnachtskomitee von Châtel-St-Denis	Bau einer Halle für Wagen in Progens	23 000	10

Gesuchstellerin	Projekt	Darlehen des Kantons Fr.	Dauer (Jahre)	Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss Stand am 31.12.2002	Anzahl	Betrag Fr.
Gemeinde Vuisternens -en-Ogoz	Sanierung des Trinkwasser- leitungsnetzes – Pumpstation	81 000	15	4. Vom Kanton ausbezahlte Zinskostenbeiträge	7	3 174 750
Gemeinde Farvagny	Bau eines Trottoirs	48 000	18	Bis Ende 2001 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:		7 370 266
Gemeinde Ependes	Bau eines Parkings	135 000	18	Bis Ende 2002 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:		1 313 704
Gemeinde Villarlod	Bau eines Trottoirs und der Strassenbeleuchtung	55 000	24	Total		8 683 970
Total		43 583 422				

Bis Ende 2002 beliefen sich die Rückzahlungen auf 18 315 402 Franken. Das kantonale Ausführungsgesetz vom 27. November 1998 zum IHG sieht eine Darlehensobergrenze von 50 Millionen Franken vor.

b) *Vollzug des Gesetzes vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung*

1. Im Jahr 2002 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Gemeinden, öffentlichen Körperschaften)

Im Laufe des Berichtsjahres prüfte und bewilligte die kantonale Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen drei Gesuche.

2. Im Jahr 2002 ausbezahlte Zinskostenbeiträge

Folgende Zinskostenbeiträge wurden 2002 bewilligt:

Gesuchstellerin	Projekt	Betrag Fr.
Domdidier	Erschliessung der Industriezone, 2. Etappe	17 442
Châtel-St-Denis	Kauf des CAB-Gebäudes	33 391
Châtel-St-Denis	Kauf von Land in der Industriezone Pra de Plan	27 052
Sportzentrum der Château de Vuissens SA, Vuissens	Einrichtung eines Golfplatzes mit 18 Löchern	21 027
Total		98 912

Finanzhilfe 2002 an die Verbände für regionale Entwicklung

Für den Betrieb des Regionalsekretariats wurden dem Gemeindeverband des Broyebezirks (Ascobroye) und dem Regionalverband des Seebezirks Finanzhilfen in der Höhe von 27 000 Franken gewährt.

3. Im Jahr 2002 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Unternehmen)

Im Laufe des Berichtsjahres bewilligte die kantonale Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen fünf Gesuche.

Zwei weitere Gesuche wurden dem Staatsrat unterbreitet und von diesem bewilligt; eines der Gesuche erhielt ferner Unterstützung gemäss Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1995 zu Gunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete.

Statistische Abteilung

I. Allgemeines

Für seine Umfragen per Stichprobe garantiert das Bundesamt für Statistik Resultate auf Landesebene und auf Ebene der Grossregionen. Den Kantonen, die dies wünschen, können stichhaltige Angaben auf Ebene ihres Territoriums zur Verfügung gestellt werden, allerdings unter der Bedingung, dass sie für die Erhöhung der Anzahl Personen oder Unternehmen, die befragt werden müssen, finanziell aufkommen. Der Kanton Freiburg ordnete eine derartige Erweiterung der Stichprobe für die Beschäftigungs- sowie für die Lohnstatistik an.

Deshalb wurde die Beschäftigungsstatistik (BESTA) auf dem Gebiet des Kantons ab dem ersten Quartal 2002 wieder eingeführt. Diese Statistik ist das Ergebnis einer Umfrage per Stichprobe, die vierteljährlich landesweit bei Unternehmen durchgeführt wird. Sie soll mehrere Konjunkturindikatoren in erster Linie zum Arbeitsmarkt im sekundären und tertiären Sektor liefern und wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgenommen. Statt dem kantonalen Beschäftigungsindex, der 2000 aufgegeben wurde, werden nun seit 2002 jedes Quartal vier Indikatoren veröffentlicht: eine Schätzung der Anzahl Arbeitsplätze, der Arbeitskräftemangel bzw. -überfluss und eine bezifferte Beurteilung der Beschäftigungsaussichten.

Die zweite Erweiterung der schweizerischen Stichprobe betrifft die Lohnstrukturerhebung, deren erste Umfrage im Oktober 2002 durchgeführt wurde. Diese Statistik soll dem wachsenden Informationsbedürfnis auf dem Gebiet der Löhne entgegenkommen. Besonders interessiert sind Firmen, die sich im Kanton niederlassen wollen, Unternehmen, die ihre Lohnpolitik mit jener der Branche vergleichen wollen, Arbeitsvermittlungsstellen und Personen, die eine andere Karriere einschlagen möchten. Ausserdem wird unser Arbeitsmarkt den Staatsangehörigen der Europäischen Union seit Inkrafttreten der bilateralen Abkommen schrittweise geöffnet. Der Bund hat die Kantone beauftragt, die Auswirkungen der Abkommen zu beobachten, insbesondere bei der Entwicklung der Löhne.

II. Tätigkeit

1. Eidgenössische Volkszählung

Von den provisorischen Resultaten der eidgenössischen Volkszählung vom 5. Dezember 2000 ausgehend zog das BFS Ende Januar 2002 eine erste Bilanz zur räumlichen und strukturellen Entwicklung der Bevölkerung im vergangenen Jahrzehnt. Die wichtigsten Angaben und Feststellungen für den Kanton Freiburg wurden aus dieser Analyse herausdestilliert und am 22. Januar 2002 in der ersten Ausgabe der *Freiburger Statistik aktuell* veröffentlicht.

Die ersten definitiven Zahlen, die zur Berechnung der Sitzverteilung im Nationalrat gebraucht werden, wurden am 3. Juli bekannt gegeben. Es handelt sich dabei um die Bevölkerungsbestände auf Kantons-, Bezirks- und Gemeindeebene, sowohl nach wirtschaftlichem als auch nach zivilrechtlichem Wohnsitz. Laut diesen Ergebnissen zählte am 5. Dezember 2000 die Wohnbevölkerung des Kantons Freiburg 241 706 Einwohner, während die zivilrechtliche Bevölkerung, gemäss Definition des BFS, 240 065 Einwohner zählte. Der Bestand der Wohnbevölkerung kann in der Ausgabe 2002 des *Statistischen Jahrbuchs* nachgeschlagen werden.

Dank des starken Bevölkerungswachstums der letzten zehn Jahre hat Freiburg Anrecht auf einen zusätzlichen Sitz im Nationalrat.

Mitte Dezember veröffentlichte das BFS die definitiven Resultate zur sprachlichen Verteilung der Wohnbevölkerung.

Zu den übrigen Variablen werden die definitiven Resultate, ursprünglich für 2002 vorgesehen, im Frühjahr 2003 erwartet.

2. Eidgenössische Betriebszählung

Die Statistische Abteilung beteiligte sich an der eidgenössischen Betriebszählung von 2001, indem sie die Angaben für die Kantonsverwaltung sammelte, die provisorischen Resultate kontrollierte und fehlende Angaben ergänzte. Das BFS hat die definitiven Resultate im November 2002 veröffentlicht. Am Stichtag, dem 28. September 2001, zählte der Kanton Freiburg 10 978 Arbeitsstätten mit insgesamt 95 889 Arbeitsplätzen im sekundären und tertiären Sektor (in der Landwirtschaft und im Gartenbau wird die Erhebung an einem anderen Datum durchgeführt). Diese Arbeitsplätze lassen sich in 66 961 Vollzeit- und 28 928 Teilzeitstellen unterteilen und ergeben zusammen 81 126 Vollzeitäquivalente. In der am 21. November 2002 erschienenen zweiten Nummer der *Freiburger Statistik aktuell* sind die wichtigsten Ergebnisse für den Kanton zusammengefasst.

3. Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Die Statistische Abteilung hat den Auftrag, die jährliche Erhebung der Zu- und Wegzügler durchzuführen, indem sie die Angaben, die ihr die Gemeinden liefern, erfasst und kontrolliert. Dabei handelt es sich nur um die Bevölkerung schweizerischer Nationalität, denn das Zentrale Ausländer-

register und die Zivilstandesämter liefern die restlichen Angaben, die für die Statistik der Bevölkerungsfortschreibung benötigt werden. Anhand dieser Informationen errechnet das BFS die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinden, die der Statistischen Abteilung des Kantons Freiburg dann als Grundlage zur Berechnung des Bestands der «zivilrechtlichen» Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient.

Mit Staatsratsbeschluss vom 10. September 2002 sind die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2001 verabschiedet worden.

4. Bevölkerungsprognosen

Im Jahr 2001 und 2002 erstellte die Statistische Abteilung keine neuen Bevölkerungsprognosen, weil die Bezugsdaten veraltet sind. Diese basieren noch immer auf der Bevölkerungsstruktur von Dezember 1990. Die nächsten Bevölkerungsprognosen sollten Ende 2003 erscheinen.

5. Schulstatistik

Erste Zahlen zur Schulstatistik 2001/02 veröffentlichte die Statistische Abteilung in den *Statistischen Mitteilungen* vom 28. Februar 2002, die ausführlicheren Ergebnisse im *Statistischen Jahrbuch 2002*. Wie in den vergangenen Jahren wurden die notwendigen Daten dem BFS und der kantonalen Schülerunfallversicherung übermittelt.

Die Zählung für das Schuljahr 2002/03 wurde am 8. Oktober 2002 in sämtlichen Schulen des Kantons, mit Ausnahme der Fachhochschule und der Universität, durchgeführt.

6. Lehrkräftestatistik

Die Angaben für die Erhebung 2001/02 wurden am 21. Februar 2002 übermittelt, wie üblich ohne dabei die betroffenen Lehrkräfte der öffentlichen Schulen (Vorschul-, Primar- und Sekundarstufe I und II, inklusive Berufsschulen) direkt befragen zu müssen. Die Statistik wird in Zusammenarbeit mit dem Personalamt und dem kantonalen Informatikzentrum durchgeführt. Die Lehrkräftestatistik erfährt zurzeit gewisse Anpassungen.

7. Baustatistik und Statistik der Immobilientransaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) wie auch jene der Handänderungsstatistik wurden regelmässig in den *Statistischen Mitteilungen* und im *Freiburger Konjunkturspiegel* veröffentlicht.

Im Auftrag des BFS nimmt die Statistische Abteilung die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage erfolgt per Stichprobe in 31 Gemeinden.

Ebenfalls für das BFS führte die Statistische Abteilung die jährliche Bauerhebung durch. Diese wird seit vielen Jahren bei den Architekten, Ingenieuren, Gemeinden und kantonalen Dienststellen vorgenommen.

Im Jahr 2002 führte die Statistische Abteilung bei den Gemeinden noch eine zusätzliche Erhebung durch, um dem Bundesamt für Statistik die Daten zur Verfügung zu

stellen, die für die Einführung des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters (GRW) notwendig sind. Die eingeholten Informationen wurden von der Statistischen Abteilung überprüft, ergänzt und erfasst. Im Februar 2003 werden sie in Form von Dateien übermittelt. Das Informatikzentrum hat die entsprechenden Programme an die Anforderungen des BFS angepasst, womit die Statistische Abteilung im Frühjahr 2003 technisch in der Lage sein wird, den freiburgischen Bestandteil des GWR zu verwalten. Die Daten des BFS, die anlässlich der gemeinsam mit der letzten Volkszählung durchgeführten Gebäude- und Wohnungserhebung gesammelt wurden, dürften 2003 in das Freiburger System importiert werden.

8. Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Freiburgischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer der Konjunkturtest durchgeführt.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunkturpiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

9. Veröffentlichungen

Regelmässig erschien im Jahr 2002 das Bulletin *Statistische Mitteilungen*. Es wurde an 304 Abonnenten (darunter 39 zahlende) verteilt. Eine zusätzliche Jahresnummer mit der Zusammenfassung der Ergebnisse von 2001 wurde Ende Februar 2002 veröffentlicht.

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunkturpiegels* erschienen im Februar, Mai, August und November. Ende 2002 erhielten 426 Abonnenten diese Publikation; 41 davon bezahlen für das Abonnement.

Die halbjährlich erscheinende Veröffentlichung *Perspektiven – Freiburger Wirtschaft* wird mit Unterstützung der Freiburger Kantonalbank realisiert. Die Frühjahrsausgabe erschien Anfang Juni 2002, die Herbstausgabe Mitte Dezember 2002.

Wie bereits erwähnt, erschienen 2002 zwei Nummern der *Freiburger Statistik aktuell*, die eine zur eidgenössischen Volkszählung und die andere zur eidgenössischen Betriebszählung.

Der Jahrgang 2002 des *Statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg* (32. Auflage, 474 Seiten, 373 Tabellen) wurde Anfang Dezember 2002 zusammen mit der achtzehnten Ausgabe der Taschenstatistik *Der Kanton Freiburg in Zahlen* verschickt, einer Broschüre, die von der Statistischen Abteilung realisiert und von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV) herausgegeben wird. Diese Taschenstatistik erlaubt eine weite Verbreitung grundlegender statistischer Informationen über den Kanton und seine Bezirke. Sie wird über die Kantongrenzen hinaus vertrieben und an viele Besucher verteilt und liefert willkommene Informationen über den Kanton Freiburg.

10. Websites

Über die im November 2000 eingeweihte Website der statistischen Ämter des Espace Mittelland werden die wichtigsten verfügbaren statistischen Informationen verbreitet. Zurzeit bietet sie in 200 Variablen über 59 000 Zahlen an. Die Statistiken werden auf Niveau des Kantons präsentiert (Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt, Wallis, Neuenburg, Jura) und, wo vorhanden, auf Niveau der Städte (Bern, Biel, Freiburg, Solothurn, Lausanne, Sitten, Neuenburg, La Chaux-de-Fonds, Delémont). Aus der Datenbank, die ständig aktualisiert wird, kann sich der Benutzer die benötigten Daten «à la carte» zusammenstellen.

Erhebliche Ressourcen wurden 2002 in die Gestaltung der Website der Statistischen Abteilung und in das Einspeisen von Text- und Zahlenmaterial investiert. Diese Website dürfte im Verlauf des Frühjahrs 2003 eingeweiht werden. Ihr Kernpunkt wird eine Online-Datenbank mit strukturellen Daten sein, die im Sommer 2003 noch mit konjunkturellen Daten angereichert werden sollte.

11. Andere Aktivitäten

Im Verlauf des Jahres 2002 arbeitete die Statistische Abteilung zusammen mit: der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten (*Test d'aptitude des connaissances* im Rahmen des Übertrittsverfahrens Primarschule – Orientierungsschule, Umfrage des *Consortium romand* für die Schulleistungsstudie PISA der OECD zwecks Vergleich der 15-jährigen Jugendlichen).

Berufsbildung

I. Kantonales Amt für Berufsbildung

1. Allgemeines

Gebäude und Renovationen:

- Umbau des Métar-Gebäudes für die Einführungskurse in folgenden Berufen: Maurer, Plattenleger, Maler, Carrosseriespengler, Autolackierer;
- Umbau des Gebäudes «Ringmauer 1». Im Sommer 2003 werden acht neue Schulzimmer sowie Räumlichkeiten für das Amt für Berufsbildung zur Verfügung stehen.

Reform der kaufmännischen Grundausbildung: Umfrage bei den Lehrmeisterinnen und Lehrmeistern, Organisation von Ausbildungskursen für Lehrmeisterinnen und Lehrmeister.

Übernahme der Verantwortung für die Ausbildung der Fachangestellten Gesundheit und der Milchtechnologien.

Besuch der Ausbildungskurse durch 268 Lehrmeisterinnen und Lehrmeister des Kantons.

2. Kantonale Kommission für Berufsbildung

Anzahl Teilnehmer

Im Jahr 2002 wurden drei Sitzungen abgehalten; die Hauptgeschäfte waren:

- Bauvorhaben der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums;
- Plattform Jugendliche;
- Ausbildung Fachangestellte Gesundheit, Hauswirtschaftler/innen, Hauspfleger/innen;
- Produktionsautomatenassistent/in: ein Pilotversuch im Kanton Freiburg;
- Reform der kaufmännischen Grundausbildung;
- Ernennungen und Demissionen von Mitgliedern der Lehraufsichtskommissionen;
- Statistik des Schuljahres 2002/03

3. Berufsmaturität

Maturitätstyp	2001		2002	
	Erfolg	Misserfolg	Erfolg	Misserfolg
Technische Berufsmaturität	119	18	112	8
Gewerbliche Berufsmaturität	30	4	28	3
Gestalterische Berufsmaturität	–	–	3	0
Kaufmännische Berufsmaturität	85	7	85	3

4. Lehren und Anlehren

	Jahr	Neue Verträge	Total Verträge	Total der ausgehändigten Fähigkeitszeugnisse Ausweise
Lehrverträge	2001	2 124	5 271	1 467
	2002	2 135	5 497	1 381
Anlehrverträge	2001	95	152	92
	2002	93	166	72

5. Einführungskurse

Besuch von Einführungskursen Schuljahr 2001/02:

4571 Lehrlinge und Lehrtöchter besuchten die Einführungskurse.

6. Weiterbildungskurse

Besuch von Weiterbildungskursen Schuljahr 2001/02:

Anzahl Teilnehmer

- Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ) 1398
- Schweizerischer Kaufmännischer Verband, Sektion Freiburg 309
- Damenschneiderin 25
- S.O.F.T 89

- Fach- und Meisterprüfung für Automechaniker 13
- Meisterprüfung für Schreiner 102
- Ausbildung für Kranführer/Maschinisten 190
- Ausbildung zum Gruppenchef 18
- Meisterprüfung für Lageristen 14
- Elektroinstallateure 110
- Verein Lesen und Schreiben für Erwachsene 149
- Total 2417

7. Beruflicher Unterricht

a) Personen in Ausbildung

	Klassen	Personen in Ausbildung		Total
		Französisch	Deutsch	
GIBS Freiburg	227	1 820	766	2 586
KBS Freiburg	64	644	462	1 106
Lehrwerkstätten Freiburg	17	252	59	311
EPAC Bulle	55	841	–	841
Ausserkantonale Kurse + versch.	–	926	325	1 251
Total	363	4 483	1 612	6 095

b) Lehrkräfte

Gewerbliche und Industrielle Berufsschule	Freiburg	204
Kaufmännische Berufsschule	Freiburg	63
Lehrwerkstätten	Freiburg	51
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsschule	Bulle	54
Total		372

8. Gewerbebibliothek

Um weiterhin ein leistungsfähiges pädagogisches Hilfsmittel zur Verfügung stellen zu können, baute die Gewerbebibliothek im Jahr 2002 ihre Dienstleistungen weiter aus.

Sie erwarb 699 neue Titel und lieh 6224 Werke aus. Gemäss Besucherstatistik besuchten 8905 Einzelpersonen und 335 Berufsschulklassen die Bibliothek. Ende Dezember 2002 waren 699 Leserinnen und Leser mehr eingeschrieben als Ende 2001.

II. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

1. Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)

1.1 Ergebnisse der «Peer Review 2001»

Die sieben Fachhochschulen der Schweiz (FHS) wurden 2001 einer Evaluation der Studiengänge und des Gesamtstrategischen Konzepts unterzogen (siehe Rechenschaftsbericht 2001). Die Freiburger Fachhochschulen haben bei dieser Evaluation mit einem ausgezeichneten Resultat

abgeschnitten. Von den acht evaluierten Studiengängen der HTA-FR erfüllen sieben bereits jetzt die Qualitätsanforderungen (grünes Label) für die Anerkennung der Diplome durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT). Einzig die Studienrichtung Chemie (gelbes Label) muss noch bestimmte Verbesserungen einführen, um den Qualitätsanforderungen zu genügen und wird deshalb zwischen Mitte April und Mitte Juni 2003 einer zweiten, vereinfachten eintägigen «Peer Review» unterzogen. Im Kanton Freiburg gibt es keinen Studiengang, der ernsthaft bedroht ist (rotes Label).

1.2 Ausbildung

Die Zahl der Studierenden, die eine Grundausbildung absolvieren, nimmt konstant zu und erreicht 489 Studierende zu Beginn des Schuljahres 2002/03, was einer Zunahme um 14 % im Vergleich zum Vorjahresbestand entspricht. Diese Zunahme lässt sich teils dadurch, dass bestimmte Bereiche bei den Studierenden besonders beliebt sind (insbesondere die Informationstechnologien), teils durch die schleppende Konjunktur und die intensiven Werbekampagnen bei Berufsmaturanden, die an einer Ausbildung zum Ingenieur FHS interessiert sein könnten, erklären.

Um der fehlenden Anerkennung des Diploms als Architekt FHS durch die Europäische Union (EU) entgegenzuwirken, arbeitete eine von der Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) beauftragte Expertengruppe an der Organisation eines Masters in Architektur, der von der EU anerkannt wird und mit der vorgesehenen Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in den FHS vereinbar ist. Der am 27. August 2002 vorgelegte Bericht der Arbeitsgruppe wurde von der FH-Kommission an ihrer Sitzung vom 18. Dezember gutgeheissen. Er muss jetzt noch vom FH-Rat der EDK und vom BBT genehmigt werden. Er schlägt insbesondere vor, dass ein Masterstudiengang an zwei, maximal drei Standorten angeboten werden sollte. Die HTA-FR könnte für die Organisation der französischsprachigen Module in Frage kommen.

1.3 Angewandte Forschung und Entwicklung aF&E sowie Dienstleistungen für Dritte

Der Bereich Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E) sowie Dienstleistungen für Dritte gehört zu den vier Aufträgen der FHS.

Die HTA-FR erzielte 2002 fast den gleichen Umsatz wie 2001. Dieser beträgt 5 Millionen Franken und entspricht etwa 20 % der Tätigkeit der HTA-FR.

20 % dieses Betrags werden direkt von der örtlichen, regionalen und nationalen Wirtschaft finanziert, 25 % von der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), 50 % aus der strategischen Reserve der FH Westschweiz und 5 % von internationalen Fonds.

Für den Bereich aF&E und Dienstleistungen für Dritte arbeiten 32 junge wissenschaftliche Mitarbeiter Vollzeit, darunter vier Mitarbeiterinnen. Acht von zehn Dozierenden leiten mindestens ein Forschungsprojekt.

Die HTA-FR beteiligte sich an 170 Projekten und arbeitete bei etwa zwanzig davon mit ausländischen Partnern zusammen (Kanada, Deutschland, Frankreich, Belgien, Grossbritannien, Italien, USA, Schweden und Griechenland). Jedes dritte Projekt wird in Zusammenarbeit mit einer anderen technischen Hochschule in der Schweiz oder im Ausland durchgeführt und kann so in allen Bereichen von den jüngsten Fachkenntnissen profitieren. Drei von fünf Projekten werden zusammen mit einem industriellen Partner realisiert.

Immer mehr Projekte für Semester- und Diplomarbeiten werden von den Unternehmen vorgeschlagen. Etwa zehn Studierende bauten neben dem Studium Mikrounternehmen auf, die verschiedene Dienstleistungen wie etwa Schulung oder spezifische Programmentwicklung anbieten; sogar eine Styropor-Schreddermaschine wurde gebaut. Das Risiko von unlauterem Wettbewerb wurde berücksichtigt.

In den Bereichen des Tiefbaus (Umschnürung von Betonstützen mit Kevlar-Gewebe), der Elektronik (Erhaltung des akustischen Kulturguts von Tonarchiven) und der Telekommunikation haben verschiedene Projekte internationale Bedeutung errungen.

Dem Technologietransfer wurde 2002 besondere Aufmerksamkeit geschenkt und mehrere Veranstaltungen wurden in diesem Zusammenhang organisiert. Diese haben es der FHF-TW erlaubt, ihr Know-how besser auszunutzen, verschiedene Patentgesuche einzureichen und die Kontakte mit der Industrie zu fördern. Die Dozierenden haben sich stark für einen vermehrten Wissenstransfer in die KMU eingesetzt. Das Angebot an Nachdiplomkursen wurde in den Bereichen Chemie und Telekommunikation vergrößert. Zahlreiche Seminare wurden von den verschiedenen Abteilungen der Schule durchgeführt.

Die HTA-FR beherbergt das nationale Kompetenznetzwerk für Telekommunikation (ICTnet), das Kompetenzzentrum der FH Westschweiz für Lebensmittel- und Umwelttechnologie und Chemie sowie das Kompetenzzentrum der FH Westschweiz für Materialtechnologie und Konstruktion.

1.4 Kontakte nach Aussen und internationaler Austausch

Die HTA-FR festigt den Bekanntheitsgrad ihrer Tätigkeit in der Öffentlichkeit, indem sie bestehende Beziehungen stärkt und ihre Vernetzung und ihre Kontakte zu Wirtschaftsförderungsstellen intensiviert.

Verschiedene Veranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung wurden abgehalten. Besonders erwähnenswert ist das Forum 2002 für Unternehmen, der First Tuesday, der zusammen mit dem Swiss Center House von Boston realisiert wurde, das Symposium der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) und die Tage der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Der internationale Austausch gehört fest zum Aufgabengebiet der FH Westschweiz und verfügt über ausreichend Mittel, um die Mobilität der Studierenden, Dozierenden und anderen Personen zu fördern. An der Sitzung der für Hochschulwesen zuständigen Minister aus 32 europäi-

schen Ländern, die am 19. Mai 2001 in Prag stattfand, wurden die wichtigsten Punkte des Bolognaprozesses bestätigt. Diese Punkte sind:

- die Vielfalt der Diplome in der Hochschulbildung reduzieren;
- die Mobilität innerhalb von Europa verbessern und Studierende aus der ganzen Welt anziehen.

Die HTA-FR nimmt an diesem Prozess teil und beteiligt sich an zahlreichen internationalen Projekten und Konferenzen. Dreizehn von hundertzwanzig Diplomanden hatten die Gelegenheit, ihre Diplomarbeit im Ausland zu realisieren. Sie sind mit unvergesslichen Erfahrungen aber auch mit dem Wunsch zurückgekehrt, wieder zu gehen. Zwei von ihnen haben ihren Wunsch in die Tat umgesetzt, um ihr Studium bis zum Master fortzusetzen. Sechs ausländische Studierende, davon zwei Doktoranden, hielten sich mehrere Monate an der Schule auf.

2. Hochschule für Wirtschaft (HSW)

Seit 1994 durchlief die HSW Freiburg zwei unterschiedliche strategische Phasen. Die erste Phase, die bis 1997 dauerte, zielte auf das Wachstum der Schule und ihre Anerkennung als Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) ab. Die zweite Phase ging 2002 zu Ende und beinhaltete die Entwicklung der Schule in Richtung FH und ihre Integration in die FH Westschweiz. Dieses Jahr trat die Schule ferner in die erste Phase der Anerkennung durch den Bund. Dieser bestätigte im Sommer 2002 aufgrund des 2001 organisierten Peer-Reviews, dass die HSW Freiburg uneingeschränkt anerkannt wird.

Um diese wichtige Etappe zu unterstreichen und die Einführung einer neuen Strategie zu betonen, veröffentlichte die HSW Freiburg eine Broschüre, mit der sie die Öffentlichkeit und ihre Partner besser informieren möchte. Der Slogan der Broschüre: «Der Weg zur Verwirklichung Ihrer Ambitionen» wurde von einer Abschlussklasse der Schule gewählt. Er hebt hervor, dass die HSW Freiburg in allen ihren Aktivitäten die vielfältigen Bedürfnisse ihrer zahlreichen Partner berücksichtigt. Ausserdem unterstreicht der Slogan die Strategie der Schule, echte Führungspersönlichkeiten für Wirtschaft und Verwaltung auszubilden. Das Schuljahr 2001-2002 war reich an neuen Ereignissen, von denen die meisten im Folgenden kurz beschrieben werden.

2.1 Betriebsökonomin/Betriebsökonom FH

Die Broschüre «Die Ausbildung zum/zur Betriebsökonom/in» möchte der Bedeutung dieser Ausbildung, die einem echten Bedürfnis der Wirtschaft entspricht, Nachdruck verleihen. Ein Beweis dafür ist das starke Wachstum, das die Schule in den letzten Jahren verzeichnete: Zwischen 1994 und Ende 2002 wuchs der Bestand der Studierenden von 11 auf über 270 an. Die HSW Freiburg möchte auch künftig an der generalistischen und praxisorientierte Ausbildung festhalten und die Klassengrösse in einem Rahmen halten, der einen guten Austausch zwischen den Studierenden und den Dozierenden erlaubt und eine breite Anerkennung der Diplome in der Arbeitswelt gewährleistet.

Aufgrund des abwechslungsweisen Beginns des Vollzeitstudiums und des berufsbegleitenden Studiums wurden im Schuljahr 2001/02 keine Diplome ausgestellt. Dagegen werden 2003 über 90 Diplomanden ihre Ausbildung abschliessen. Zum Schulanfang 2002/03 gab es mit etwa hundert neuen Studierenden einen starken Zustrom, der in drei Vollzeit-Klassen und ausnahmsweise in eine berufsbegleitende Klasse aufgeteilt wurde.

2.2 Nachdiplomstudium

- a) Nachdiplomstudien FH, Integrated Management, Executive MBA (Master of Business Administration)

Am 22. November erhielten 49 Studierende ein besonders begehrtes Diplom, nämlich das «Master of Business Administration» (Executive MBA). Die Hochschule für Wirtschaft (HSW) Freiburg bietet seit 1999 ein berufsbegleitendes Nachdiplomstudium an, mit dem der Titel eines MBA in zwei Jahren erlangt werden kann. Der Unterricht für dieses exklusive Nachdiplomstudium auf Fachhochschulniveau, der «Integrated Management, Executive MBA», wird in drei Sprachen (Französisch, Deutsch und Englisch) erteilt und ist besonders auf die Bedürfnisse der Unternehmen in der Westschweiz und im Espace Mittelland zugeschnitten. Das Studium wird von der HSW Freiburg in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule organisiert. Die Diplomanden können ihre Ausbildung danach an einer kanadischen Universität bis zum «Doctorate of Business Administration (DBA) fortsetzen.

- b) Nachdiplomkurse in Unternehmensführung

Ein Kurs wurde aufgebaut, der sich besonders an Kaderleute und Spezialisten wendet, die in ihrem Unternehmen eine Führungsfunktion ausüben. Er richtet sich an Personen, die sich solide und breit gefächerte Kenntnisse im Bereich der Unternehmensführung aneignen und sie in ihrer Berufstätigkeit einsetzen möchten. Der Kurs ist in zehn Blöcke zu je drei Kurstagen aufgeteilt und umfasst theoretische, aber vor allem auch praktische Fächer. Der letzte Block findet an der Ecole supérieure de Grenoble/Graduate school of business statt, einer Schule, die auf das E-Business spezialisiert ist. Der Kurs findet starken Anklang, denn 2002 wurden die Abschlüssen gleich in zwei Runden ausgestellt. Ausserdem wurde ein Kurs in deutscher Sprache angeboten. Dieser Kurs ging im Laufe des Schuljahres 2002/03 zu Ende.

2.3 Angewandte Forschung und Entwicklung, Aufträge

- a) Kompetenzzentrum Leadership und Human Resources

Die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW) beherbergt das Kompetenzzentrum Leadership und Human Resources, das eines der sechzehn Kompetenzzentren der FH Westschweiz ist. Diese Zentren zielen darauf ab, die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen und den Wissenstransfer zu fördern. Die Direktion der HSW Freiburg hat beschlossen, seinem Kompetenzzentrum einen starken Impuls zu verleihen.

Das Zentrum ist im Bereich der Organisationsentwicklung tätig und beteiligt sich an Projekten zur Einführung von

Managementsystemen. Es hat verschiedene Aufträge von Unternehmen im Kanton und in der Westschweiz erhalten. Der Kanton Freiburg hat ihm die Leitung von Projekten zur Umsetzung des Gesetzes von 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrats und der Verwaltung anvertraut.

Das Kompetenzzentrum arbeitete 2002 eng mit seinen Partnern in den anderen Westschweizer Hochschulen für Wirtschaft zusammen. Es unterbreitete den Organen der FH Westschweiz verschiedene Projekte, um die nötige Unterstützung und Finanzierung zu erhalten.

b) Auftrag im Bereich New Public Management

Seit August 2001 leitet eine Fachgruppe der HSW Freiburg in Partnerschaft mit dem Staat Freiburg das Projekt Nr. 4 der Staats- und Verwaltungsreform des Staats Freiburg mit der Bezeichnung «Versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung» (FLA). Die Versuchseinheiten waren 2002 in der Lage, die neuen Führungsinstrumente wie die Kostenrechnung, die Arbeitszeiterfassung, die Erstellung eines Produkte- und Produktgruppenbudgets sowie die nach Leistungsbereich gegliederte Abrechnung der reellen Einnahmen und Ausgaben besser zu beherrschen.

c) KMU-Institut

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage konnte sich das KMU-Institut 2002 im Bereich der Unternehmensberatung und des Wissenstransfers weiterentwickeln und insbesondere die «BizArena»-Programme (Cluster coaching) erneuern und eine neue Version des Instruments «Soft-Facts Rating» zur Unternehmensbeurteilung und -analyse entwickeln. Das Institut führte ferner bei den KMU direkte Aktionen in den Bereichen Marketing und strategisches Management durch.

d) Symposium

Am 6. Symposium nahmen über 200 Personen teil. Das Thema Management in einem von neuen Technologien geprägten Umfeld wurde von verschiedenen renommierten Referenten aufgegriffen.

3. Personalbestand der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft am 31. Dezember 2002

3.1 Hochschule für Technik und Architektur

Lehrkörper 102 (umgerechnet in Vollzeitstellen: 68,4)
davon:

– Direktor und stellvertretender Direktor	2 (2)
– Dozentinnen und Dozenten	54 (52,1)
– Lehrbeauftragte	46 (14,3)
Verwaltungspersonal	9 (7,5) und 3 kaufmännische Lehrlinge/Lehrtöchter
Technisches Personal	39 (36,4), 2 Informatiklehrlinge und 1 Elektroniklehrtöchter
Personal Zusammenarbeit Industrie	28 (23,9)
Abwart und Reinigungspersonal	20 (8,42)

3.2 Hochschule für Wirtschaft

Lehrkörper	36 (umgerechnet in Vollzeitstellen: 14,2) davon
– Direktor	1 (1)
– Lehrbeauftragte	35 (13,2)
Verwaltungspersonal	5 (3,3)
Technisches Personal	5 (4,37)

3.3 Technikerschulen (ohne FH)

Bautechnische Schule (BTS)	
Lehrkörper	20 (umgerechnet in Vollzeitstellen: 2,93) davon
– Dozentinnen und Dozenten	3 (0,41)
– Lehrbeauftragte	17 (2,52)
Ausbildung Chemielaborant/in und Einführungskurse	
Technisches Personal	2 (2) und 13 Chemielaboranten und -laborantinnen in Ausbildung

4. Allgemeine Statistik – Schuljahr 2001/2002

1. Bestand	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Total	Diplome 2002
<i>a) Fachhochschule (FH) (Aufnahme auf den 15.11.2001)</i>						
Maschinenbau	31	29	20		80	17
Informatik	29	18	14		61	14
Elektronik	24	12	12		48	11
Elektrotechnik	22	18	13		53	12
Telekommunikation	29	20	20		69	19
Architektur	25	21	21		67	21
Bauingenieurwesen	14	13	10		37	12
Chemie	17	12	19		48	15
Total FH	191	143	129		463	121
<i>b) Hochschule für Wirtschaft (HSW) (Aufnahme auf den 15.11.2001)</i>						
– Berufsbegleitend	61	–	47	–	108	44
– Vollzeit	26	57	–	–	83	40
<i>c) Bautechnische Schule (April 2001 – April 2002)</i>	18	15	14		47	13
Gesamttotal	296	215	190	–	701	218

2. Zulassung	Prüfungskandidaten	Aufnahme nach Prüfung	Aufnahme mit Diplom (ohne Repetenten)
<i>a) Fachhochschule</i>			
Maschinenbau	2	–	20
Informatik	3	2	31
Elektronik	1	1	19
Elektrotechnik	6	3	16
Telekommunikation	2	–	23
Architektur	6	6	17
Bauingenieurwesen	3	1	18
Chemie	3	2	12
Total FH	26	15	156

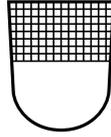
	Prüfungs- kandidaten	Aufnahme nach Prüfung	Aufnahme mit Diplom (ohne Repetenten)
b) Hochschule für Wirtschaft	29	19	58
	Aufnahme- Prüfung Dezember 2001	Aufnahme nach Prüfung	
c) Bautechnische Schule	18	15	3
Gesamttotal	73	49	217

6. Stand der Stipendienfonds am 31. Dezember 2002

	Fr.
Stiftung Habricht del Soto	33 592.65
Fonds James Daler	68 205.55
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	49 493.90
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	18 213.15
Fonds Placide Perroset	7 690.55
Fonds J.-B. Zbinden	4 075.30
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	81 392.21

5. Statistik nach Kantonen – Schuljahr 2001/02

	FH	HSW
Freiburg	311	153
Bern	12	27
Genf	2	–
Jura	16	1
Neuenburg	16	1
Tessin	55	–
Waadt	40	5
Wallis	30	4
Ausland – andere	28	–
Total Studierende	510	191



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2002

Gesundheits- und
Sozialfürsorgedirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	3	2. Aufträge des Kantonalen Laboratoriums .	29
1. Gesetzgebung	3	3. Tätigkeit im Jahr 2002	29
2. Personal	4	4. Strafanzeigen	31
3. Tätigkeiten	4	VIII. Krankenpflegeschule	31
Gesundheit	6	1. Organe	31
I. Dienst für Gesundheit	6	2. Personal	32
1. Personal	6	3. Ausbildungsangebot der Schule	32
2. Allgemeine Tätigkeit	6	4. Zweisprachigkeit	33
3. Berufe des Gesundheitswesens	6	5. Aufnahmebewerbungen	33
4. Spitäler	8	6. Auszubildende	34
5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte	10	7. Erteilte Diplome und Zertifikate	34
6. Spitalplanung	11	8. Veranstaltungen und Ausstellungen an der Krankenpflegeschule	35
7. Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe	11	9. Fortbildungsangebot	35
8. Gesundheitsförderung und Prävention ..	12	10. Dienstleistungen	35
9. Tätigkeit des Kantonsapothekers	12	11. Forschung, Entwicklung und Dienstleistungen	35
10. Krankenversicherung	13	12. Informationstätigkeit	36
11. Schülerunfallversicherung	13	13. Personalbildung und Entwicklung des Schulprojekts («projet d'établissement») .	36
II. Kantonsärztlicher Dienst	14	Sozialfürsorge	37
1. Personal	14	I. Dienst für die Aufsicht über die Stiftungen und die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge	37
2. Allgemeine Tätigkeiten	14	1. Personal	37
3. Spezifische Tätigkeiten	14	2. Tätigkeit	37
III. Schulzahnpflegedienst	15	3. Statistik	37
1. Personal	15	II. Sozialvorsorgedienst	37
2. Tätigkeit	15	1. Personal	37
IV. Beratungsstelle für Familienplanung und Sexualinformation	17	2. Tätigkeiten	37
1. Personal	17	III. Sozialdienst	42
2. Tätigkeiten	17	1. Personal	42
3. Statistik	18	2. Sozialhilfe	42
V. Psychosoziales Zentrum	19	3. Hilfe an Opfer von Straftaten	44
1. Personal	19	4. Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen (AsylG)	44
2. Haupttätigkeiten	20	5. Statistik	46
3. Weitere Tätigkeiten	25	IV. Jugendamt (JA)	48
VI. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)	26	1. Personal und Organisation	48
1. Personal	26	2. Allgemeine Tätigkeit	48
2. Haupttätigkeiten	26	3. Interventionen des kantonalen Jugendamtes	48
3. Weitere Tätigkeiten	27	V. Kantonale Sozialversicherungsanstalt	50
4. Veröffentlichungen	28		
5. Statistik	28		
VII. Kantonales Laboratorium	29		
1. Personal	29		

Direktion

1. Gesetzgebung

Folgende Gesetze und Dekrete sowie Reglemente und Verordnungen wurden im Jahr 2002 im Zuständigkeitsbereich der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion erlassen (in chronologischer Reihenfolge):

a) Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 19. September 2002 zur Änderung des Organisationsgesetzes des psychiatrischen Spitals Marsens.

Gesetz vom 13. November 2002 zur Änderung des Spitalgesetzes.

Dekret vom 13. November 2002 über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative «Für eine freiburgische Mutterschaftsversicherung».

b) Reglemente und Verordnungen

Verordnung vom 15. Januar 2002 zur Genehmigung der interkantonalen Vereinbarung 2002 über ausserkantonale Spitalaufenthalte zwischen den Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Tessin, Wallis und Waadt.

Verordnung vom 23. April 2002 über die Verteilung von Asyl suchenden, vorläufig aufgenommenen und von schutzbedürftigen Personen ohne Aufenthaltsbewilligung.

Verordnung vom 14. Mai 2002 zur Änderung des Reglements über die Pflegeleistungserbringer und die Aufsichtskommission.

Verordnung vom 10. Juni 2002 über die in den Spitälern des Kantons Freiburg anzuwendenden sanitätsdienstlichen Notmassnahmen im begrenzten Katastrophenfall (ORKAF B).

Verordnung vom 18. Juni 2002 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2002) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Kantonsspital Freiburg über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 18. Juni 2002 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2002) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 18. Juni 2002 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2002) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Spital des Sensebezirks in Tafers über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 18. Juni 2002 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2002) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Riaz, über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 18. Juni 2002 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2002) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Spital des Seebezirks in Meyriez über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 18. Juni 2002 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2002) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Billens, über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 18. Juni 2002 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2002) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem interkantonalen Spital der Broyerregion (in Payerne und Estavayer-le-Lac) über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 18. Juni 2002 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2002) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Châtel-Saint-Denis, über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 24. September über das Verfahren bei straflosem Schwangerschaftsabbruch.

Verordnung vom 29. Oktober 2002 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen der Freiburger Diabetes-Gesellschaft und santésuisse über den Taxpunkt看wert der Leistungen in der Ernährungs- und Diabetikerberatung.

Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die massgebenden Beträge für den Bezug von Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.

Verordnung vom 3. Dezember 2002 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.

Verordnung vom 3. Dezember 2002 zur Änderung der Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg.

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Kantonsspital Freiburg über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Sensebezirks über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Seebezirks über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinba-

zung zwischen santésuisse und interkantonalen Spital der Broyeregion, Standort Estavayer-le-Lac, über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Riaz, über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Billens, über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Châtel-Saint-Denis, über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen santésuisse und der Organisation der spitalexternen Krankenpflege Les Fauvettes über die Pflege in dieser Institution zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sowie des Anhangs I mit dem geltenden Tarif.

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Verein freiburgischer Alterseinrichtungen über die Pflege in den Pflegeheimen des Kantons Freiburg zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Anhänge I und II.

Verordnung vom 17. Dezember 2002 über die Anwendung von Artikel 55a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung.

Verordnung vom 17. Dezember 2002 über die Versicherten mit Anspruch auf Verbilligung der Krankenkassenprämien.

2. Personal

Das dem Generalsekretariat der Direktion angeschlossene Personal umfasst eine Generalsekretärin und einen Generalsekretär (je 50 %), eine Direktionsassistentin (100 %), eine Übersetzerin (80 %), einen juristischen Berater (100 %), eine wissenschaftliche Beraterin (60 %) und eine Sekretärin (50 %). Ausserdem trat am 1. August ein wissenschaftlicher Berater, der mit Ausbildungsfragen in der Direktion betraut wurde, sein Amt an, zunächst mit einem Tätigkeitsgrad von 50 %, danach von 100 % (ab 1. Oktober).

3. Tätigkeiten

Spitalplanung

Die Umsetzung der im Jahr 1997 vom Staatsrat verfassten Spitalplanung gehört nach wie vor zu den vordringlichen Aufgaben der Direktion.

Im südlichen Kantonsteil liefen die Neustrukturierungen innerhalb des Spitals des Freiburger Südens (HSF) weiter. Die Direktion willigte in die Errichtung zweier neuer Stationen mit kantonalem Auftrag am Standort Billens ein. Es handelt sich um eine Station zur Behandlung von Alkoholkranken und um eine Station für die ambulante kardiovaskuläre Rehabilitation.

Für den nordöstlichen Kantonsteil übergab die Kommission, die Vorschläge für die spitalmedizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten des Seebezirks machen sollte, ihren Bericht dem Staatsrat. Die Kommission schlägt vor, das Spital Meyriez in ein Spitalnetz zu integrieren und es der Direktion dieses neuen «Spitalzentrums» zu überlassen, die Aufgaben jedes Standorts festzusetzen, unter Vorbehalt der besonderen Anforderungen im Leistungsauftrag des Kantons. Zwei Netzvarianten wurden erwogen: eine innerkantonale mit dem Dalerspital und eine interkantonale mit den Spitälern des Berner Spitalnetzes Neue Horizonte, das unter anderen die Spitäler Aarberg und Lindenhof umfasst. Die Gesundheitsplanungskommission und der Direktionsvorstand des Spitals des Sensebezirks nahmen Stellung zu diesem Bericht und sprachen sich für eine innerkantonale Zusammenarbeit aus. Ausserdem widersetzte sich die Gesundheitsplanungskommission dem Konzept eines Spitalzentrums und wünscht, dass die Aufträge des Spitals Meyriez von den Planungsorganen bestimmt werden, wie dies im südlichen Kantonsteil geschehen ist. Der Staatsrat wird zu Beginn des Jahres 2003 entscheiden, welche Folge diesem Bericht geleistet wird.

Finanzierung der Spitäler

Gemäss dem Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichts vom 30. November 2001 müssen sich die Kantone seit dem Jahr 2002 an der Finanzierung der Spitalaufenthalte in der Privat- und Halbprivatabteilung, wie bei den Patientinnen und Patienten in der allgemeinen Abteilung beteiligen. Für die Regelung der Beteiligung der öffentlichen Hand an der Finanzierung der Privat- und Halbprivatabteilung für die Zeit vor 2002 wurde zwischen den Kantonen, die von der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz vertreten wurden, und den Versicherern ein aussergerichtliches Abkommen ausgehandelt. Für die Jahre 2004 bis 2006 sind die Parteien zu einer neuen Einigung gelangt. Das Abkommen wurde durch das am 21. Juni 2002 vom Bundesparlament erlassene dringliche Bundesgesetz übernommen, das dem Volk infolge eines Referendumsbegehrens zu Beginn des Jahres 2003 zur Abstimmung unterbreitet wird.

Für das Jahr 2002 beträgt der Mehrbetrag zu Lasten der Freiburger öffentlichen Hand 6 663 760 Franken. Er entspricht 60 % der für die Grundversicherung bezahlten Pauschalen. Vorgesehen ist, dass die finanzielle Beteiligung der Kantone im Jahr 2003 auf 80 % und ab 2004 auf 100 % steigt.

Reform der Gesundheitsstrukturen

Das Reformprojekt für die Freiburger Gesundheitsstrukturen fügt sich in die geplante Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden ein. In Zusammenarbeit mit dem Departement der Gemeinden und mit Unterstützung eines vom Staat beauftragten externen Sachverständigen trat eine Arbeitsgruppe mehrmals zusammen und verfasste den Entwurf für einen Bericht an den Staatsrat. Dieser Berichtsentwurf enthält namentlich ein Inventar sämtlicher Freiburger Gesundheitsstrukturen, die Beurteilung des heutigen Systems sowie die Untersuchung möglicher Lösungsvarianten. Er wird derzeit im Steuerungsausschuss besprochen, der im August 2001 vom Staatsrat ernannt wurde.

Moratorium bei den Berufsausübungsbewilligungen

Nach dem Inkrafttreten der bundesrätlichen Verordnung vom 3. Juli 2002 über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung beteiligte sich der Kanton Freiburg an den Diskussionen der Mitgliederkantone der Conférence romande des affaires sanitaires et sociales (CRASS) zum Zweck einer harmonisierten Anwendung dieser Verordnung durch die Kantone der Westschweiz und den Kanton Tessin.

FH «Gesundheit-Soziale Arbeit»

Am Schuljahresbeginn 2002/03 begrüßten die beiden Freiburger Ausbildungsstätten der neuen FH Gesundheit – Soziale Arbeit (FH-GS), die Krankenpflegeschule und die Höhere Schule für Sozialarbeit, ihre ersten Studierenden. Die Bereitstellung der Finanz- und Verwaltungsstrukturen nach FH-Anforderungen sowie die Koordination mit den Zentralorganen der FH-GS und unter den beiden Freiburger Ausbildungsstätten erforderte eine beträchtliche Arbeit, insbesondere in den betroffenen Schulen, aber auch innerhalb der Direktion. Das Buchungssystem wurde in Zusammenarbeit mit der Ingenieur- und Architektenschule Freiburg erstellt.

Gesundheitsrat

Als beratendes Organ des Staatsrates hat der Gesundheitsrat zu allen wichtigen Optionen in der Gesundheitspolitik Stellung zu nehmen, auch auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit. Das Gleiche gilt für alle ethischen Fragen, die das Gesundheitsgebiet berühren. Der 13 Mitglieder zählende Gesundheitsrat besteht aus Personen, die aufgrund ihrer Kenntnisse und ihrer Erfahrung auf den Gebieten Ethik, Recht, Wirtschaft, Sozial- und Gesundheitswesen anerkannt sind sowie aus Vertreterinnen und Vertretern der Vereinigungen oder Institutionen des Gesundheitswesens.

Unter dem Vorsitz von Jean-Luc Lambert, Professor für Heilpädagogik an der Universität Freiburg, befasste sich der Gesundheitsrat namentlich mit dem Problem der Sterbehilfe in Pflegeheimen für Betagte und Spitälern.

Kommission für Gesundheitsplanung

Die Kommission für Gesundheitsplanung erarbeitet zuhanden des Staatsrats die spitalmedizinische Planung. Auch die übrigen Sparten der Planung – ambulante Gesundheitsversorgung, spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe, Pflegeheime für Betagte und andere Betagtenheime, Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit – gehören zu ihrem Aufgabenbereich. Die aus 13 Mitgliedern bestehende Kommission vereinigt Vertreterinnen und Vertreter der Krankenversicherer, der Institutionen des Gesundheitswesens, der politischen Behörden sowie der Kantonsverwaltung.

Unter dem Vorsitz der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektorin tagte die Kommission zweimal im Laufe des Jahres. Sie äusserte sich namentlich über die am 14. Dezember 2001 vom Staatsrat beschlossene Liste der Pflegeheime und den Bericht der Kommission für die Erarbeitung von Vorschlägen für die Spitalbehandlungen der Bevölkerung des Seebezirks. Sie befasste sich auch mit dem Projekt einer Station für Neurorehabilitation, das sich auf die Zusammenarbeit zwischen dem Kantonsspital und dem Dalerspital stützt, sowie mit dem Neurorehabilitationsprojekt am Spital Billens.

Genehmigung von Gemeindereglementen für die Trinkwasserversorgung

Die Direktion genehmigte insgesamt 26 Gemeindeerlasse. 12 betrafen Teilrevisionen und 14 Gesamtrevisionen.

Behandlung von Beschwerden

In ihrer Eigenschaft als Beschwerdebehörde befasste sich die Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion im Jahr 2002 mit 26 Beschwerden (25 im Jahr 2001 und 31 im Jahr 2000). Die meisten davon (18) betrafen den Sektor der Unterhaltsbeiträge. Die übrigen Beschwerden galten Verfügungen des Kantonalen Laboratoriums (6), des Dienstes für Gesundheit (1) und des kantonalen Sozialdienstes (1).

Anpassung SVOG

Die Verordnung vom 9. Juli 2002 über die Bezeichnungen der Verwaltungseinheiten der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei sieht ab 2003 verschiedene Änderungen in der Direktion vor.

So wird die Direktion künftig Direktion für Gesundheit und Soziales genannt (GSD). Sie übernimmt neu das Schutzaufsichtsamt, das bisher der Justiz- und Militärdirektion unterstand. Der Dienst für die Aufsicht über die Stiftungen und die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge wiederum geht in die Zuständigkeit der neuen Sicherheits- und Justizdirektion über.

Eine weitere bedeutende Änderung besteht darin, dass die Verantwortung für die Ausbildungen auf den Gebieten Gesundheit und Soziales der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) übertragen wird. Somit ist die Krankenpflegeschule künftig der EKSD zugewiesen, und diese ist namentlich mit der Koordination sowohl zwischen den beiden Freiburger Ausbildungsstätten der ganz neuen FH Gesundheit und Soziales als auch zwischen den Ausbildungsstätten und den FH-Zentralorganen betraut.

Gesundheit

I. Dienst für Gesundheit

1. Personal

Das Personal besteht aus einem Dienstchef, einer wirtschaftswissenschaftlichen Adjunktin des Dienstchefs (50 %), einem Wirtschaftswissenschaftler (100 %) und einer Wirtschaftswissenschaftlerin (50 %), einem Juristen (100 %), einem Kantonsapotheker (50 %), einem Verwaltungsmitarbeiter (100 %), zwei Sekretärinnen (je 100 %), einer Sekretärin (80 %), einer Sekretärin (50 %), einer Sekretärin (20 %) und einem Lehrling. Im Übrigen ist es dem Dienst im Rahmen der Aufgaben-Neuverteilung unter dem Kanton und den Gemeinden möglich, für eine Studie über die Kantonalisierung der Gesundheitseinrichtungen des Kantons eine Juristin zu 50 % zu beschäftigen (grundsätzlich auf 3 Jahre befristet).

2. Allgemeine Tätigkeit

Der Dienst für Gesundheit ist hauptsächlich mit den folgenden Aufgaben betraut:

- Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachleute
- Verwaltung der Bewilligungen zur Berufsausübung zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung (seit 4. Juli 2002)
- Kontrolle der Voraussetzungen für den Betrieb der Institutionen des Gesundheitswesens
- Kontrolle der administrativen Voraussetzungen im Zusammenhang mit Gesuchen um ausserkantonale Spitalaufenthalte
- Betreuung des Dossiers Spitalplanung
- Subventionierung der Bezirksspitäler
- Subventionierung der Dienste für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe
- Subventionierung der Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention und der spezifischen Projekte auf diesem Gebiet
- Kontrolle der Heilmittel und ihrer Inverkehrbringung, Überwachung der Apotheken und Drogerien des Kantons und Betäubungsmittelkontrolle
- Subventionierung der Krankenversicherungsprämien und der Schülerunfallversicherung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dienstes engagierten sich sehr in der Arbeitsgruppe, die mit der Antwort auf das Postulat Françoise Morel und Antoinette Romanens zur Frage der Kantonalisierung der Gesundheitsstrukturen betraut ist. In Zusammenarbeit mit dem Departement der Gemeinden und mit Unterstützung eines vom Staat beauftragten externen Experten trat die Arbeitsgruppe mehrmals zusammen und verfasste zunächst einen Zwischenbericht, der von dem mit Beschluss vom 28. August 2001 ernannten

Steuerungsausschuss geprüft wurde. Der Zwischenbericht umfasst namentlich ein Inventar der Freiburger Gesundheitsstrukturen, die Beurteilung des heutigen Systems sowie die Prüfung möglicher Lösungsvarianten.

Der Dienst unterbreitete der Direktion für Gesundheit und Soziales die Friedhofreglemente von 18 Gemeinden und 7 Gemeindereglemente über die Beteiligung der Gemeinde an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen zur Genehmigung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befassten sich mit Fragen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft (EU) und der Vereinbarung über die europäische Freihandelszone (EFTA), insbesondere mit deren Auswirkungen auf dem Gebiet der Krankenversicherung. Im Verlauf des Monats Juni 2002 schickte der Dienst den Gemeinden des Kantons Freiburg einen Brief mit genauen Angaben zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen der Kontrolle des Beitritts zur obligatorischen Krankenversicherung. Der Dienst organisierte für das Personal der Gemeindebehörden auch drei Informationstage zu diesem Thema. Die Erarbeitung dieser Informationen erfolgte im Rahmen der Gespräche innerhalb des Groupement latin des assurances sociales (GLAS), dem die Kantone der Westschweiz und die Kantone Bern und Tessin angehören.

Der Dienst befasste sich weiterhin mit den Betriebsbewilligungsgesuchen der Institutionen des Gesundheitswesens. Die Institutionen müssen diese Bewilligung innert drei Jahren seit dem Inkrafttreten des Gesundheitsgesetzes einholen. Er bereitete die diesbezüglichen Weisungen der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion nach Institutionskategorie vor.

Für die Information der Öffentlichkeit verfügt der Dienst über eine Website (Adresse: <http://www.fr.ch/ssp>).

3. Berufe des Gesundheitswesens

a) Berufsausübungsbewilligungen

Gemäss den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung erteilte die Direktion:

- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Ernährungsberater/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Drogist/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Ergotherapeut/in
- 18 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Krankenschwester/Krankenpfleger
- 19 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Logopädin/Logopäde – Orthophonist/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als medizinische Masseurin/medizinischer Masseur
- 27 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Ärztin/Arzt
- 26 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als unselbständige Ärztin/unselbständiger Arzt

- 60 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Assistenzärztin/Assistenzarzt
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Zahnärztin/Zahnarzt
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als unselbständige Zahnärztin/unselbständiger Zahnarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Augenoptiker/in
- 22 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Osteopath/in
- 16 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Apotheker/in
- 6 Bewilligungen für die Ausbildung des Berufes als Assistenzapotheker/in
- 11 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Physiotherapeut/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Podologin/Podologe
- 26 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Psychologin-Psychotherapeutin / Psychologe-Psychotherapeut
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Hebamme

Während der vom Kontingent 2001/02 betroffenen Periode wurden auch 336 Dossiers mit Gesuchen um Arbeitsbewilligung für ausländisches Personal bearbeitet, somit nahezu gleich viele wie in der vorhergehenden Periode.

Der Dienst befasste sich in Zusammenarbeit mit den Mitgliederkantonen der Conférence Romande des Affaires Sanitaires et Sociales (CRASS) mit der Vorbereitung eines Formulars für die Beantragung der Bewilligung zur Ausübung eines Berufes des Gesundheitswesens. Dieses Formular soll künftig in allen Westschweizer Kantonen sowie in den Kantonen Bern und Tessin gelten.

Was die Bewilligungen zur Ausübung eines Berufes des Gesundheitswesens und die Anerkennung ausländischer Diplome angeht, so ist auf die folgenden Erlasse hinzuweisen, die am 1. Juni 2002 in Kraft getreten sind:

- das bilaterale Abkommen über die Freizügigkeit im Personenverkehr,
- die Revision des Bundesgesetzes betreffend die Freizügigkeit des Medizinalpersonals in der Schweizerischen Eidgenossenschaft, und
- die Bundesverordnung über die Weiterbildung und die Anerkennung der Diplome und Weiterbildungstitel der medizinischen Berufe.

Das Freizügigkeitsabkommen berührte nicht nur die Anerkennung der Diplome für Gesundheitsfachleute. Es wirkte sich auch auf die Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen für Personen aus der EU und aus Drittstaaten aus. In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Arbeitsamt und der Abtei-

lung für Fremdenpolizei und Schweizerpässe verfasste der Dienst gemeinsame Weisungen für die Aufenthaltsbewilligungsgesuche der Institutionen des Gesundheitswesens und von Gesundheitsfachpersonen (für Personen aus der EU oder von ausserhalb der EU, mit oder ohne EU-Diplom).

Der Dienst beteiligte sich auch an den Diskussionen der Mitgliederkantone der CRASS für eine harmonisierte Anwendung der bundesrätlichen Verordnung vom 3. Juli 2002 über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und erarbeitete die kantonale Ausführungsverordnung, die am 17. Dezember 2002 vom Staatsrat erlassen wurde (Verordnung vom 17. Dezember 2002 über die Anwendung von Artikel 55a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung).

b) Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens

Im zweiten Jahr ihrer Tätigkeit gelangten 22 neue Dossiers an die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte. Dazu kamen 15 Dossiers, die am 31. Dezember 2001 noch offen waren. Sie konnte 25 Dossiers abschliessen, so dass Ende 2002 noch 12 Fälle hängig waren.

Im Jahr 2002 trat die Aufsichtskommission zu 12 ordentlichen Sitzungen zusammen. Ausserhalb der Sitzungen beteiligten sich ihre Mitglieder auch an Ermittlungen im Zusammenhang mit Dossiers (namentlich Anhörungen und Inspektionen) und an der Vorbereitung von Weisungen oder Rundschreiben.

Das Verwaltungssekretariat der Kommission wird vom Dienst für Gesundheit wahrgenommen. Mit dem juristischen Sekretariat betraute die Kommission je einen Juristen französischer und deutscher Muttersprache.

c) Ausbildung

Die interkantonale Koordinationsstelle trat zweimal zusammen und diskutierte Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung der interkantonalen Vereinbarung vom 4. März 1996 über die Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens (medizinische Berufe ausgenommen) und ihre Finanzierung.

Im Jahr 2001 absolvierten die 261 Freiburger Studierenden in den anderen Vertragskantonen insgesamt 2166 Ausbildungsmonate (2122.5 Ausbildungsmonate im Jahr 2000). Die Ausbildungskosten belaufen sich auf 2 010 069 Franken (2 082 505 Franken im Jahr 2000), nach Abzug der von den anderen Kantonen geschuldeten 338 542 Franken (218 833 Franken im Jahr 2000) für die Ausbildung ihrer Studierenden an den Freiburger Schulen. Die vom Kanton Freiburg angebotenen Programme erhielten allgemein vermehrten Zulauf aus den übrigen Unterzeichnerkantonen der Vereinbarung. Die vermehrte Absolvierung der Ausbildungsprogramme für Krankenpflege Niveau II (vor allem in französischer Sprache), Pflegeassistent und technischer Operationsassistenten kompensierte bei weitem den Rückgang, der für das Ausbildungsprogramm Krankenpflege Niveau I verzeichnet wurde.

Der Dienst präsidiert die interkantonale Koordinationsstelle und überprüft im Rahmen der Vereinbarung die von den

Schulen gelieferten Daten über den Wohnsitz der Studierenden oder – wenn es sich um berufsbegleitende Ausbildungen handelt – über den Sitz des Arbeitgebers. Er befasst sich auch mit der Kontrolle der Verrechnungen.

4. Spitäler

a) Allgemeine Tätigkeit

Der Dienst für Gesundheit ist mit der Nachführung der Liste der Spitäler des Kantons und mit der Bearbeitung der Beschwerden im Zusammenhang mit deren Anpassung betraut. Durch die Aufnahme in diese Liste gilt das Spital als Leistungserbringer, der nach Artikel 39 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) zulasten der obligatorischen Krankenversicherung zugelassen ist. Für jedes Spital nennt die Liste die Kategorie, den Leistungsauftrag und die Höchstzahl zugelassener Betten.

In Anwendung des Spitalgesetzes vom 23. Februar 1984 und des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 überwacht der Dienst die Geschäftsführung und Verwaltung der öffentlichen Spitäler, kontrolliert die spitalmedizinische Tätigkeit und erteilt den Bezirksspitalern die kantonalen Subventionen. Hierfür verschickt er Weisungen zur Aufstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen; anschliessend untersucht er die von den Spitalern übermittelten Dokumente. Der Dienst befasst sich mit der spitalmedizinischen Kommission und mit der Kommission für Verwaltungsangelegenheiten, die zu den Budgetanträgen und Jahresrechnungen der Spitäler Stellung nehmen, und erarbeitet zuhanden der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion den Entwurf für die Beschlüsse, die über die Voranschläge und Jahresrechnungen der Bezirksspitäler gefällt werden. In diesem Zusammenhang formuliert er Anträge zum Globalbudget und zur Rechnungsberichtigung.

Nach Artikel 49 Abs. 6 und 7 KVG gilt, dass die Spitäler nach einer einheitlichen Methode ihre Kosten ermitteln und ihre Leistungen erfassen. Die Direktionen der Bezirksspitäler betrauten den Dienst mit der Harmonisierung und Validierung ihrer Kostenstellenrechnung. Zu diesem Zweck fanden mehrere Sitzungen und enge Kontakte mit den Bezirksspitalern statt, und es wurde ein Bericht erstellt. Eine erhebliche Arbeit wurde so geleistet. In diesem Rahmen konnten die Bezirksspitäler ihre Kostenstellenrechnung nach dem Modell der gemischten Pauschalen darstellen, wie dies am Kantonsspital geschieht. Aufgrund der ersten Resultate der medizinischen Statistik der Spitäler konnte eine erste Untersuchung der Schwere der in den Spitalern versorgten Fälle erfolgen. Diese ersten Analysen erlauben jedoch noch keine Einführung der Spitalfinanzierung, die diesem Faktor Rechnung trägt. Es steht noch eine erhebliche Arbeit in der Datenerhebung bevor, damit man zu einer Finanzierungsart nach Leistungen (z.B. nach Pathologie) kommt, wie sie von der laufenden Teilrevision des KVG angestrebt wird.

Nach einem Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichts vom 30. November 2001 muss sich die öffentliche Hand auch an der Finanzierung innerkantonaler Spitalaufenthalte von Patientinnen und Patienten in der Privat- und Halbprivatabteilung beteiligen, so wie bisher

schon an den Spitalbehandlungen im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Auf dem Hintergrund der Verhandlungen auf nationaler Ebene evaluierte der Dienst die Mehrbeträge zu Lasten der öffentlichen Hand. Auch die Gemeinden wurden informiert, damit sie ihre Mehrbeteiligung an der Finanzierung der öffentlichen Allgemeinspitäler einschätzen können.

Der gemeinsame Topf, der durch die am 16. September 1998 beschlossene Änderung des Spitalgesetzes vom 23. Februar 1984 für den Zeitraum 1999 – 2002 wieder eingeführt wurde, bezweckt die Korrektur der Ungleichbehandlung der Bezirke in der Kostenübernahme für die Spitalstrukturen. Er sieht vor, dass alle Gemeinden zusammen die Hälfte des Ausgabenüberschusses der Spitäler, der zu Lasten der Gemeinden geht, übernehmen. Weil der gemeinsame Topf für die Finanzierung der Bezirksspitäler Ende 2002 verschwindet und um seiner Antwort auf die Motion Michel Buchmann und Philippe Menoud für eine Änderung des Spitalgesetzes Folge zu leisten, beantragte der Staatsrat dem Grossen Rat, das Spitalgesetz vom 23. Februar 1984 dahin gehend zu ändern, dass der gemeinsame Topf für eine Übergangsperiode bis höchstens Ende 2007 beibehalten wird. Der Grosse Rat nahm diesen Antrag an, befristete den Zeitraum jedoch auf das Jahr 2006.

Der Dienst beantwortet auch verschiedene Anfragen im Zusammenhang mit dem Spitalwesen, beteiligt sich an interkantonalen und eidgenössischen Kommissionen und ist mit allen Arbeiten der Spitalplanung und ihrer Umsetzung betraut.

b) Subventionierung

Der Dienst prüfte die Jahresrechnungen 2001 der Bezirksspitäler und die Voranschläge 2003 der öffentlichen Spitäler für allgemeine Krankenpflege.

Der Betriebskostenüberschuss der Kantonsspitäler beträgt 69 767 422 Franken: 16 763 367 Franken für das Psychiatrische Spital Marsens und 53 031 055 Franken für das Kantonsspital Bertigny. In diesen Zahlen ist die Beteiligung der Gemeinden des Saanebezirks an den Betriebskosten des Kantonsspitals (als Bezirksspital des Saanebezirks) über 17 164 494 Franken mit eingerechnet

Die Bezirksspitäler erhielten Kantonsbeiträge in der Höhe von 20 857 247 Franken. In diesem Betrag sind die budgetierten Vorschüsse von 20 332 626 Franken sowie ein Betrag von 524 621 Franken (die Berichtigung der Rechnung nach dem effektiven Tätigkeitsstand) mit eingerechnet. Die bezahlten Beträge verteilen sich wie folgt auf die Bezirksspitäler:

Tafers	Fr. 3 892 184.80 davon + Fr. 362 118.00 für die Berichtigung der Rechnung 2001
Spital des Freiburger Südens (HSF)	Fr. 11 467 357.20 davon Fr. 12 657.20 für die Berichtigung der Rechnung 2001
Meyriez	Fr. 2 651 883.20 davon Fr. –.– für die Berichtigung der Rechnung 2001
Interkant. Spital der Broye (HIB)	Fr. 2 741 821.40 davon + Fr. 71 160.00 für die Berichtigung der Rechnung 2000/01

Ein Betrag von 104 000 Franken wurde als Kantonsbeitrag für das Gesundheitsnetz des Glanebezirks bezahlt, in Ergänzung des Budgetrahmens 2000, den der Staatsrat dem Spital Billens gewährt hatte (Austausch der Radiologieausrüstung).

Für das Geschäftsjahr 2002 belief sich der über den gemeinsamen Topf gehende Betrag auf 15 338 788 Franken. Er enthält 11 318.70 Franken für die Berichtigung der Jahresrechnung 2000 des interkantonalen Spitals der Brojeregion und 78 000 Franken für die Ergänzung des Budgetrahmens 2000, die dem Spital Billens für die Radiologieinstallation gewährt wurde.

Ein aussergerichtlicher Vergleich wurde zwischen den Kantonen (vertreten durch die schweizerische Sanitätsdirektorenkonferenz SDK) und den Krankenversicherern für die Regelung der Beteiligung der öffentlichen Hand an der Finanzierung der Privat- und Halbprivatabteilungen in der Zeit vor 2002 geschlossen. Es wurde ein Gesamtbetrag für alle Kantone ausgehandelt, und die Belastung der Freiburger öffentlichen Hand beläuft sich auf 6 663 760 Franken. Bei einer Aufteilung dieser Summe unter den öffentlichen Allgemeinspitalern (einschliesslich Kantonsspital) aufgrund der im Jahr 2001 realisierten Pflage tage in der Privat- und Halbprivatabteilung und in Berücksichtigung der heutigen Finanzierungsregeln belief sich der Betrag zu Lasten des Staates Freiburg auf 4 122 637 Franken und derjenige zu Lasten der Gemeinden auf 2 541 123 Franken, von denen 715 988.40 Franken den Gemeinden direkt durch die sechs Bezirksspitäler in Rechnung gestellt wurden.

Im Übrigen erarbeitet der Dienst die Botschafts- und Dekretsentwürfe zu den Bau- und Renovationsarbeiten der Spitäler. Bei der Ausführung einiger Bauten hat er sich an den Baukommissionen zu beteiligen. Schliesslich wacht er über die Einhaltung der vom Grossen Rat beschlossenen Projekte und richtet die Subventionierung der Arbeiten aus.

Für die Subventionierung der Arbeiten für die Renovation, die Vergrösserung und den Umbau der Spitäler des Sense-

Greyerz-, Glane-, Broje- und Vivisbachbezirks wurde ein Gesamtbetrag von 9 929 090 Franken ausgerichtet. Er verteilt sich wie folgt:

	Subvention 2002 (in Fr.)	Vom Gesamtbetrag bereits bezahlt
Spital des Sensebezirks	709 090.–	75 %
Spital des Greyerzbezirks	7 415 450.–	73 %
Spital des Brojebezirks	1 804 550.–	73 %
Spital des Vivisbachbezirks	–.–	71 %

c) Statistik

Der Dienst für Gesundheit ist auch mit der Erstellung der Bundesstatistik und der kantonalen Statistik für die Spitäler und die Betagtenheime betraut.

Die deutliche Änderung der Aufträge der Spitäler und die Schwierigkeit, diese Änderungen in statistische Ergebnisse zu übertragen, verzögerte die Veröffentlichung des Dokuments «Allgemeine Statistik der Spitäler für allgemeine und psychiatrische Krankenpflege und der Betagtenheime». Ein Schema wurde im Jahr 2002 entworfen, mit dessen Hilfe Ende des Jahres die Statistik 2000 erstellt werden konnte. Diese neue Struktur dient als Grundlage für die Veröffentlichung der Zahlen der folgenden Jahre.

In Zusammenarbeit mit dem Sozialvorsorgedienst beteiligte sich der Dienst für Gesundheit auch an der vierten Erhebung für die Bundesstatistik der Betriebe des Gesundheitswesens, deren Ergebnisse vom Bundesamt für Statistik veröffentlicht werden. Die Datensammlung beinhaltet administrative Informationen des Jahres 2001 über sämtliche Einrichtungen des Gesundheitswesens (Spitäler, Heime, Institutionen für Behinderte, Drogenabhängige usw.). Die Datensammlung für die eidgenössische medizinische Statistik stellte der kantonsärztliche Dienst sicher. Für die Verarbeitung dieser Daten liess der Dienst ein Informatikprogramm entwickeln, das eine erste Auswertung ermöglicht.

Allgemeine Betriebsstatistik 2002 der Spitäler des Kantons für allgemeine und psychiatrische Krankenpflege

SPITÄLER	Anzahl Betten	Anzahl Patientenaustritte	Anzahl Pflage tage	Betten- belegungsgrad	Durchschnittlicher Aufenthalt (Tage)	Durchschnittliche Anzahl Patienten
Kantonsspitäler						
Kantonsspital Bertigny	390	11 052	110 325	78 %	10	302
Psychiatrisches Spital Marsens	190	1 442	66 932	97 %	46	183
Bezirksspitäler						
Bezirksspital Tafers	57	2 412	20 905	100 %	9	57
Spital des Freiburger Südens, Standort Riaz	101	4 905	32 412	88 %	7	89
Spital des Freiburger Südens, Standort Billens	35	559	11 991	94 %	21	33
Spital des Freiburger Südens, Standort Châtel-St-Denis	45	633	14 378	88 %	23	39

SPITÄLER	Anzahl Betten	Anzahl Patientenaustritte	Anzahl Pflegestage	Bettenbelegungsgrad	Durchschnittlicher Aufenthalt (Tage)	Durchschnittliche Anzahl Patienten
Bezirksspital Meyriez	53	2 025	15 125	78 %	7	41
ISB, Standort Estavayer-le-Lac (Behandlungs- und Rehabilitationszentrum)	46	869	17 208	102 %	20	47
ISB, Standort Payerne	99	4 691	30 700	85 %	7	84
Privatkliniken Freiburg	176	6 743	42 540	66 %	6	117
Total für allgemeine und psychiatrische Krankenpflege	1 192	35 331	362 516	83 %	10	993

5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Nach Artikel 41 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) und den kantonalen Ausführungsbestimmungen beteiligt sich der Staat im Fall medizinischer Notwendigkeit – das heisst in Notfällen oder wenn die erforderlichen medizinischen Leistungen in keinem Spital des Kantons Freiburg erbracht werden können – an den Kosten ausserkantonaler Spitalaufenthalte. Zu diesem Zweck besorgt der Dienst für Gesundheit die Aktualisierung und Veröffentlichung der Liste für die im Kanton nicht verfügbaren medizinischen Leistungen sowie des Verzeichnisses der ausserhalb des Kantons Freiburg befindlichen Spitäler, die zur Deckung des vom kantonsinternen Spitalangebot nicht gedeckten Bedarfs der Bevölkerung nötig sind.

Damit der Kanton entscheiden kann, ob er sich an der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte beteiligt oder nicht, senden die behandelnden Ärztinnen und Ärzte oder notfalls das Zielspital dem Wohnkanton der Patientinnen und Patienten auf einem Formular, das vertrauliche medizinische Daten enthält, ein Gesuch um Kostengutsprache. Der medizinische Teil der Formulare wird von der hierfür zuständigen ärztlichen Behörde des Kantons Freiburg geprüft, das heisst von einem Mitglied des Kollegiums ärztlicher Expertinnen und Experten, die vom Kantonsarzt bezeichnet werden. Der Dienst für Gesundheit prüft anschliessend, ob die übrigen gesetzlichen Bedingungen erfüllt sind (Wohnsitz der Patientin oder des Patienten, ob es sich beim Zielspital um ein öffentliches oder öffentlich subventioniertes Spital handelt, Anwendung des KVG). Rund 3600 Gesuche wurden im Jahr 2002 geprüft. Die Entscheide der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion werden den Zielspitälern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, den Krankenversicherern und den Patientinnen und Patienten mitgeteilt. Diese Entscheide können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons Freiburg angefochten werden, auch kann bei der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion ein Gesuch um Wiedererwägung eingereicht werden (s. Art. 104 ff. des Gesetzes vom 23. Mai 1991 über die Verwaltungsrechtspflege, VRG), und die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller

muss neue Faktoren geltend machen, die der ärztlichen Behörde bisher nicht bekannt waren.

Im Jahr 2002 wies die Rechnung des Staates Freiburg für ausserkantonale Spitalaufenthalte eine Summe von 15 401 895 Franken aus (15 345 000 Franken im Jahr 2001 und 16 346 347 Franken im Jahr 2000). Diese Entwicklung der in der Rechnung eingetragenen Lasten spiegelt nicht die wirkliche Progression der ausserkantonalen Spitalaufenthalte. Denn wegen eines vor dem Ende der Rechnungsperiode erschöpften Budgets oder einer verspäteten Fakturierung durch die Spitäler werden etliche Aufenthalte erst dem folgenden Geschäftsjahr angelastet, und dies beeinflusst die Ergebnisse in signifikanter Weise. Es ergibt sich daraus eine Abweichung zwischen der Jahresrechnung und der Realität, da nur rund 70 % der Aufenthalte im laufenden Jahr verbucht werden. Sortiert man jedoch für jede Periode die verschiedenen Rechnungen nach dem tatsächlichen Jahr des Aufenthaltes (und nicht nach dem Jahr der Rechnungsverbuchung), so kann die Entwicklung der ausserkantonalen Spitalaufenthalte kohärenter analysiert werden. Da noch nicht alle Daten für das Jahr 2002 verfügbar sind, bleiben diese Ergebnisse vorläufig. Sie erlauben jedoch die Feststellung einer steigenden Tendenz bei den ausserkantonalen Spitalaufenthalten im Zeitraum 2000 bis 2002.

Tabelle: am 31.12.2002 erfolgte Schätzung der jährlichen Aufenthalte zu Lasten des Staates

Jahr	Jahresrechnung des Staates		Geschätzter Wert je Aufenthaltsjahr	
	Verbuchte Aufenthalte	Betrag	Jährliche Aufenthalte	Betrag
2000	2 402	16 346 347.–	2 163	14 773 638.–
2001	2 312	15 435 000.–	2 233	15 452 809.–
2002	2 157	15 401 895.–	2 230	16 000 000.–

Bei der Herkunft der Patientinnen und Patienten können aufgrund der am 31.12.2002 erhobenen Daten die folgenden Tendenzen für die Jahre 2000 und 2001 vermerkt werden:

Bezirk	Aufenthalte 2000 auf 1000 Einwohner/innen	Aufenthalte 2001 auf 1000 Einwohner/innen	Kosten 2000 je Einwohner/in	Kosten 2001 je Einwohner/in
Saane	9,52	9,01	64,65	62,21
Sense	9,23	10,42	60,14	69,66
Greyerz	7,60	7,32	57,12	59,44
See	10,55	10,78	70,58	73,15
Glane	8,10	9,25	69,34	75,21
Broye	8,73	10,57	57,77	75,21
Vivisbach	10,62	11,46	55,17	61,91

Es sei daran erinnert, dass Patientinnen und Patienten mit einer Zusatzversicherung ein öffentliches oder öffentlich subventioniertes Spital beanspruchen können, das sich auf der Liste der ausserkantonalen Spitäler befindet, auch ohne dass es medizinisch notwendig ist oder ein Notfall vorliegt, somit aus rein persönlichen Gründen, wobei der Kanton jedoch keinen Beitrag zahlt. Aufgrund der vom Bundesamt für Statistik durchgeführten Volkszählung 2000 beteiligt sich der Staat Freiburg wahrscheinlich an der Finanzierung von rund 25 bis 30 % der ausserkantonalen Spitalaufenthalte von Freiburger Patientinnen und Patienten.

Die Entwicklung der Aufenthalte nach Spitalkategorie zeigt, dass die Leistungen der Universitätsspitäler überwiegen, und zeigt die Verteilung der freiburgischen Bevölkerung auf das Berner Inselspital und das Waadtländer Universitätsspital CHUV:

Spital- kategorien	Aufenthalte 2000		Aufenthalte 2001		Betrag 2000		Betrag 2001	
		%		%		%		%
• Universitäts- spitäler	1 577	73	1 688	75	12 429 262	84	13 429 718	85
<i>davon CHUV</i>	668	31	725	32	6 194 987	42	6 498 395	41
<i>davon INSEL- SPITAL</i>	803	37	873	39	5 253 744	36	6 176 565	39
<i>davon andere</i>	106	5	90	4	980 531	7	754 758	5
• Allgemein- spitäler	299	14	276	12	1 059 168	7	1 021 794	6
• Rehabilitation	160	7	141	6	654 149	4	586 021	4
• Spezialisierte	127	6	156	7	631 049	4	833 984	5
Total	2 163	100	2 261	100	14 773 628	100	15 874 939	100

6. Spitalplanung

Im Spital des Freiburger Südens ging die Restrukturierung weiter, und die Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion willigte in die Errichtung zweier neuer Stationen mit kantonalem Auftrag am Standort Billens ein. Es handelt sich um eine Station für die Behandlung von Alkoholkrankheiten und eine Station für die ambulante kardio-vaskuläre Rehabilitation.

Für den nordöstlichen Kantonsteil erarbeitete eine mit der Konkretisierung der Spitalplanung betraute Kommission Vorschläge für die künftige spitalmedizinische Versorgung der Bevölkerung des Seebezirks. Diese Vorschläge sollten es ermöglichen, die Spitalplanung für diesen Kan-

tonsteil umzusetzen. Der Auftrag der Kommission erstreckte sich nicht nur auf die künftigen Tätigkeiten des Spitals des Seebezirks, sondern vor allem auch auf die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den übrigen kantonalen und ausserkantonalen Spitälern. Die gewählten Lösungen sollten der gesamten Bevölkerung im Nordosten und im Zentrum des Kantons eine optimale Versorgung gewährleisten, in Wahrung der Optionen, wie sie im Spitalplanungsbericht 1997 definiert wurden, und in Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand, der Versicherten und der Krankenversicherer. Der Bericht der Kommission wurde Ende des Jahres dem Staatsrat überwiesen, damit dieser über das weitere Vorgehen entscheidet.

7. Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe

Der Dienst für Gesundheit ist mit der Subventionierung der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe betraut. In Wahrnehmung dieser Aufgabe schickt er den Diensten Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Detail die namentlichen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Der Dienst stellt auch das Sekretariat der kantonalen Kommission für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe sicher und verfolgt deren Dossiers. Für die Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion prüfte der Dienst die Gesuche um Änderung der Personaldotation von Diensten sowie die Gesuche um Betriebsbewilligung. Er beantwortete mehrere Fragen im Zusammenhang mit der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe und beteiligte sich im Rahmen seiner Verfügbarkeit an interkantonalen und eidgenössischen Arbeitsgruppen.

Die Zahl der kantonal subventionierten Dienste für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe ging wegen Fusionen von 21 auf 19 zurück. Somit bestehen seit August 2001 nur noch 6 Spitexdienste, 5 Dienste für Familienhilfe, wohingegen die Zahl der gemischten Dienste jetzt auf 8 gestiegen ist. Die ganze Freiburger Bevölkerung ist durch alle diese Dienste abgedeckt. Die Beiträge werden aufgrund der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen gewährt, nach Abzug der von den Diensten bezogenen Bundesbeiträge und des Ertrags aus der Verrechnung der Leistungen mit den Krankenversicherern. Der Beitragsansatz beträgt 48,5 % für das Pflegepersonal und 28,5 % für die Familien- und Haushilfen. Im Jahr 2002 erreichten die Beiträge 1 982 144.20 Franken und verteilten sich wie folgt:

Kantonsbeiträge 2002

	Spitalexterne Krankenpflege	Familienhilfe
Saane	242 357.70	469 503.50
Sense	72 600.20	114 132.05
Greyerz	35 018.75	249 410.75
See	83 180.30	65 201.65
Glane	76 864.55	164 595.90
Broye	86 671.—	156 600.70
Vivisbach	45 426.—	121 581.15
Total	641 118.50	1 341 025.70

8. Gesundheitsförderung und Prävention (siehe II. Kantonsärztlicher Dienst, Ziffer 3)

Die Gesundheitsförderung und Prävention ist Aufgabe staatlicher Dienste und staatlich subventionierter Institutionen. Der kantonsärztliche Dienst stellt hauptsächlich über die Beauftragte für Suchtprävention und Gesundheits-erziehung die Koordination unter den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher.

Der Voranschlag des Dienstes für Gesundheit führt die Subventionierung des Grundbetriebs der betroffenen Institutionen und die Subventionierung spezifischer Projekte getrennt auf

Der Grundbetrieb der Institutionen umfasst die laufenden Tätigkeiten in der Gesundheitsförderung und Prävention. Dabei handelt es sich grundsätzlich um:

- die Bedarfsanalyse,
- die Umsetzung und Begleitung der laufenden Projekte,
- die Ausarbeitung allgemeiner und spezifischer Konzepte,
- die Zusammenarbeit mit den übrigen Institutionen,
- die Informationsverbreitung.

Spezifische Projekte sind gezielte Gesundheitsförderungs- und Präventionsaktionen, die einem besonderen Thema gelten. Sie sind befristet und müssen systematisch nach der Übereinstimmung zwischen Zielsetzung und eingesetzten Mitteln (Vorgehen, Methoden) evaluiert werden. Die spezifischen Projekte fügen sich in den Rahmen der vom Staatsrat gutgeheissenen «Vorrangigen Gebiete der Gesundheitsvorsorge» ein; sie entsprechen zudem den Weisungen des kantonsärztlichen Dienstes mit den inhaltlichen und formalen Kriterien für die Unterbreitung von Beitragsgesuchen.

Im Jahr 2002 erfolgten im Kanton Freiburg drei vom Kanton mitfinanzierte Erhebungen:

- die vom Bundesamt für Statistik geführte schweizerische Gesundheitserhebung, mit einem eigenen Teil für den Kanton Freiburg (betroffene Bevölkerung: 15-70 Jahre),
- die vom Universitätsinstitut für Sozial- und Präventivmedizin (IUMSP) geführte schweizerische Erhebung über die Gesundheit der Jugendlichen (15-20 Jahre), und
- die Erhebung der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Suchtprobleme (SFA) bei Schülerinnen und Schülern (12-15 Jahre).

Die Identifizierung der überwiegenden Gesundheitsprobleme erlaubt es, die vorrangigen Gebiete der Gesundheitsförderung und Prävention nach ihrer Bedeutung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung zu bestimmen. Ein solches Unterfangen fand schon einmal in den Jahren 1996-1997 statt und diente dem Staatsrat als Grundlage für die bis Ende 2002 geltenden vorrangigen Gebiete. Sobald die Ergebnisse der neuen Umfragen bekannt sind, können neue Prioritäten für die Gesundheitsförderung und Prävention gesetzt werden. Bis dahin

bleiben die für den Zeitraum bis Ende 2002 bestimmten Prioritäten gültig.

Die im Jahr 2002 unterstützten spezifischen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekte galten vielerlei Themen, zum Beispiel: Gesundheitsförderung, Suizid, gesunde Ernährung, Essstörungen, Tabak, Alkohol, Drogenabhängigkeit, Brustkrebs und Gebärmutterhalskrebs, psychosoziale Probleme Jugendlicher.

Im Jahr 2002 wurde ein Gesamtbetrag von 1 117 000 Franken an die Betriebsbudgets des Release, des Vereins für Gesundheitsförderung und Suchtprävention und der Freiburger Liga für die Prävention von Alkohol- und Drogenmissbrauch (FLAD) ausgerichtet.

Für verschiedene spezifische Projekte wurde der Gesamtbetrag von 718 734 Franken ausgerichtet. Gegenüber dem Jahr 2001 ist dies etwas weniger, namentlich weil die Subventionierung des Sozialdienstes vom Tremplin aus dem Budget des Dienstes für Gesundheit in das Budget des kantonalen Sozialdienstes übertragen worden ist.

Die obgenannten Beträge umfassen auch die Beiträge aus dem Alkoholzehntel, die der Kanton von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung erhält.

In Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Gesundheits-erziehung und Suchtprävention befasste sich der Dienst weiterhin mit der Vorbereitung von Leistungsaufträgen an die Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention. Diese Leistungsaufträge sollen zu einer vermehrten Transparenz der verschiedenen Tätigkeiten der betroffenen Institutionen beitragen.

Eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten, des kantonsärztlichen Dienstes und des Dienstes für Gesundheit befasste sich mit der Änderung des Entwurfs für das der Gesundheitsförderung und Prävention geltende Ausführungsreglement zum Gesundheitsgesetz und trug dabei den Bemerkungen der Vernehmlassungspartner Rechnung. Der neue Entwurf, der in eine zweite, beschränkte Vernehmlassung ging, wird demnächst dem Staatsrat zur Verabschiedung unterbreitet.

9. Tätigkeit des Kantonsapothekers

2002 ist die neue Bundesgesetzgebung über die Kontrolle der Arzneimittel und Medizinprodukte (HMG) in Kraft getreten und das Schweizerische Heilmittelinstitut Swissmedic hat seine Arbeit aufgenommen.

In acht Fällen begleitete der Kantonsapotheker wiederum den für die Westschweiz verantwortlichen Inspektor für die Kontrolle der Herstellung und des Vertriebs von Heilmitteln (IRFAT). Die Inspektionen wurden auf Verlangen von Swissmedic von den Kantonen durchgeführt. Hingegen wurden die neuen Bewilligungen in zwei Fällen durch Swissmedic erneuert oder erteilt und nicht mehr wie bisher durch die Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion.

Was die verbleibenden Kantonskompetenzen vor allem auf dem Gebiet der Arzneimittelabgabe betrifft, so ist bei der Anzahl der öffentlichen Apotheken und Drogerien keine

Änderung zu verzeichnen. Jedoch wurden vermehrt Bewilligungen zum Betrieb privater Apotheken in Pflegeheimen erteilt. Die pharmazeutische Unterstützung dieser Heime wurde aufgrund eines neuen Pflichtenheftes erneuert. Dies ermöglicht eine teilweise Übernahme der Kosten der Logistik und Arzneimitteltherapie-Überwachung in den Pflegeheimen durch die Krankenversicherer.

In der Überwachung der Arzneimittelabgabe im allgemeinen Kontext schliesslich hat die Tätigkeit des Kantonsapothekers zugenommen. In den Drogerien und öffentlichen Apotheken waren Kontrollen und vorgängige Inspektionen für eine Neuqualifikation durchzuführen. Es war zu kontrollieren, ob die Räume, Installationen und operationellen Verfahren geeignet und zweckmässig sind.

10. Krankenversicherung

Der Gesamtbetrag der im Jahr 2002 gewährten Prämienverbilligungen für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen beläuft sich auf 108 817 541 Franken.

Für nähere Einzelheiten ist der dem Grossen Rat unterbreitete Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) heranzuziehen.

11. Schülerunfallversicherung

Das Personal der Schülerunfallversicherung umfasst zwei Mitarbeiter mit vollem Pensum: einen Verantwortlichen, der die Schadensfälle erledigt, und einen Sachbearbeiter, der für die Fakturierung mit EDV und die Datenverwaltung zuständig ist. Gemäss den Bestimmungen der Vereinbarung zwischen dem Staatsrat des Kantons Freiburg und der Stiftung Mutualité Versicherungen ist letztere für die Buchführung verantwortlich (insbesondere für den Jahresabschluss und die Debitorenverwaltung).

Die Schülerunfallversicherung springt bei Körperverletzungen von Schülerinnen und Schülern ein und muss Folgendes gewährleisten:

- komplementär und subsidiär die Zahlung aller (unmittelbaren und künftigen) Behandlungskosten zulasten der Eltern;
- eine Entschädigung im Todesfall;
- die Zahlung eines Kapitals im Invaliditätsfall.

Bei jedem Schadensfall übernimmt die Schülerunfallversicherung die nicht von der Krankenversicherung gedeckten Kosten: die verbleibenden Kosten für Zahnbehandlungen, die Kostenbeteiligung von 10 % (ambulante Behandlung und Spitalaufenthalt), die frei wählbare Jahresfranchise, die ordentliche Jahresfranchise, Transportkosten, Kosten für Suchaktionen und Bergungen, zerbrochene Brillen, orthopädische Hilfsmittel, Prothesen, Krücken.

Todesfälle (Entschädigung von 5000 Franken) und Invaliditätsfälle (Kapital von 150 000 Franken, progressiv bis 350 %) werden der Nationale Suisse Assurances gemeldet, bei der diese beiden Risiken rückversichert sind.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben zieht die Schülerunfallversicherung Prämien und Subventionen (Beiträge von Kanton und Gemeinden) ein. Im 2. Trimester jedes Schul-

jahrs verschickt sie Prämienabrechnungen (30 Franken je Schüler/in) an rund 20 000 Familien im Kanton. Die volle Prämie von 50 Franken (nicht subventioniert) wird für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons eingezogen. Fakultative Prämien werden für rund 600 Kinder im Vorschulalter eingezogen. Für die Zahlung des jährlichen Gemeindebeitrags (nach Schülerbestand und Klassifikation der Gemeinde) wird allen Gemeinden eine Beitragsabrechnung geschickt. Der Kanton entrichtet einen Beitrag in Höhe des Gemeindebeitrags, abzüglich der linearen Kürzung um 10 % nach dem Beschluss vom 9. Dezember 1999.

Schliesslich ist die Schülerunfallversicherung noch mit der Kontrolle des Versicherungsobligatoriums gegen Unfallrisiken betraut (Registrierung der bei einer Privatversicherung versicherten Schüler/innen).

Statistik

Gezahlte Leistungen	280 474.65
Im Jahr 2002 erfolgte Unfälle	1 353
Im Jahr 2002 gemeldete Unfälle, die jedoch schon in den Vorjahren erfolgt sind	8
Total	1 361

Alljährlich unterscheidet sich die Zahl der bei der Schülerunfallversicherung gemeldeten Unfälle von der Zahl der Unfälle, bei denen Leistungen erfolgt sind. Da die Schülerunfallversicherung komplementär und subsidiär zu den Leistungen anderer Krankenkassen einspringt, kommt sie nicht unbedingt in jedem Fall zum Zug oder erst später für Leistungen, die von den Krankenkassen nicht anerkannt werden. In sehr vielen Fällen muss auch mit der Behandlung gewartet werden, bis das Unfallopfer älter ist

Unfall-Jahr	Anzahl Leistungen im Jahr 2002	Betrag
1982	1	1 375.45
1985	3	3 872.65
1986	2	2 039.20
1987	13	23 451.20
1988	11	9 751.60
1989	7	7 330.40
1990	14	20 237.20
1991	12	10 026.05
1992	17	24 284.10
1993	15	7 726.90
1994	11	10 853.25
1995	22	17 824.80
1996	8	2 760.20
1997	20	4 459.00
1998	17	3 656.35
1999	19	3 288.25
2000	59	8 213.65
2001	335	42 143.55
2002	543	77 126.85
	1 129	280 474.65

Der Art nach verteilen sich die Kosten wie folgt:

Arzt- und Spalkkosten	30,90 %
Zahnbehandlungen	55,30 %

Transportkosten	4,50 %
Apparate, Prothesen, Brillen	9,10 %
Bergungskosten	0,20 %

Im Jahr 2002 wurden der Nationale Suisse Assurances zwei Todesfälle, hingegen kein Invaliditätsfall gemeldet. Diese Versicherung richtete für drei Todesfälle insgesamt 15 000 Franken aus. Doch waren am 31. Dezember 2002 noch zwölf Invaliditätsfälle hängig, bei einer Reserve von insgesamt 1 922 100 Franken. Die Rückversicherungsprämie für Tod und Invalidität beträgt 31.40 Franken je versicherte Person, d.h. insgesamt rund 850 000 Franken.

Versicherungsprämien

Den 32 452 «obligatorisch» Versicherten (Prämie je 30 Franken) wurde ein Betrag von insgesamt 973 560 Franken in Rechnung gestellt, den 612 fakultativ Versicherten im Vorschulalter (Prämie je 30 Franken) ein Betrag von insgesamt 18 360 Franken und den 276 «ausserkantonalen» Versicherten (Prämie je 50 Franken) ein Betrag von insgesamt 13 800 Franken.

4939 «privat» Versicherte wurden von der Versicherungspflicht bei der Schülerunfallversicherung freigestellt.

Subventionen

Die Beiträge der 226 Gemeinden machen insgesamt 321 240 Franken aus. Der Kantonsbeitrag wurde in Berücksichtigung der von den Kantonsbehörden getroffenen Sparmassnahmen in der Subventionierung auf 289 116 Franken gekürzt.

II. Kantonsärztlicher Dienst

1. Personal

Das Personal umfasst einen Kantonsarzt, einen stellvertretenden Kantonsarzt, eine Verwaltungsmitarbeiterin, zwei Sekretärinnen für insgesamt 0,95 Stellenprozent, eine kaufmännische Lehrtochter, drei Krankenschwestern für insgesamt 200 Stellenprozent und eine Beauftragte für Gesundheitserziehung und Suchtprävention (50 %).

2. Allgemeine Tätigkeit

Zahlreiche Stellungnahmen erfolgten zu Projekten auf Bundes- und Kantonsebene. Der Dienst beteiligte sich regelmässig an verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen, die namentlich die Spitalplanung und die Notfallversorgung betrafen. So wurde ein Organisationsplan für den Fall eines massiven Patientenzustroms in den öffentlichen Spitälern erarbeitet. Der Dienst überwachte das Verfahren für die medizinische Begutachtung der Notwendigkeit ausserkantonaler Spitalaufenthalte und nahm Stellung im Rahmen einiger Beschwerden.

Für die Anwendung der Bundesverordnung vom 3. Juli 2002 über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung musste der Dienst alle Ärztinnen und Ärzte vollständig und detailliert erfassen. Die Erhebung führte zu den folgenden Hauptergebnissen:

unter den 401 Ärztinnen und Ärzten, die im Kanton Freiburg zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung praktizieren, finden sich namentlich 21 Chirurgeninnen und Chirurgen, 24 Gynäkologinnen und Gynäkologen, 82 Internistinnen und Internisten, 36 Fachärztinnen und -ärzte für Erwachsenenpsychiatrie, 2 Kinder- und Jugendpsychiater, 11 Augenärztinnen und -ärzte, 19 Fachärztinnen und -ärzte für Orthopädie, 8 ORL-Fachärztinnen und -ärzte, 18 Kinderärztinnen und -ärzte, 12 Rheumatologinnen und Rheumatologen. 26 Ärztinnen und Ärzte praktizieren nicht direkt zu Lasten der Krankenkassen (Spital- und Amtsärztinnen und -ärzte).

In Zusammenarbeit mit dem Interverband für Rettungswesen (IVR) wurden zwei Ambulanzdienste für ihre offizielle Anerkennung begutachtet.

Drei Institutionen wurden aufgesucht, die eine Betriebsbewilligung im Sinne des Gesundheitsgesetzes beantragt hatten (eine Institution für stationär erteilte spitalexterne Krankenpflege, eine Einrichtung für die soziale Wiedereingliederung und ein Behandlungszentrum für Alkoholabhängige).

Zwei Umweltverträglichkeitskontrollen fanden statt: die eine in einer Pflegeeinrichtung für Behinderte, die andere in einer Privatwohnung, beide Male im Auftrag der jeweiligen Gemeinde.

Für die Information der Öffentlichkeit verfügt der Dienst über eine Website (Adresse: www.fr.ch/smc).

3. Spezifische Tätigkeiten

a) Bekämpfung übertragbarer Krankheiten

Unter den übertragbaren Krankheiten, die gemäss dem Epidemiengesetz gemeldet wurden und epidemiologische Abklärungen bedingten, seien insbesondere 12 Tuberkulosefälle (darunter 5 ansteckende TBC-Fälle) und 5 Fälle invasiver Meningokokken-Infektion (1 im Vivisbachbezirk, 2 im Saanebezirk, 2 im Greyerzbezirk). Nach der im Jahr 2001 im Greyerzbezirk durchgeführten Impfkampagne gegen Meningokokken-Infektionen gelangte der Kanton Freiburg auf den durchschnittlichen epidemiologischen Stand der Schweiz. 43 Fälle von Hepatitis B (davon 3 chronische Fälle), 64 Fälle von Hepatitis C (davon 11 chronische Fälle) und 10 Fälle von kumulierter Hepatitis (B + C, darunter 6 chronische Fälle) wurden gemeldet. 68 Salmonellose-Fälle und 7 Fälle von Bakterienruhr bedingten ebenfalls Abklärungen. Unter den übrigen, seltenen Erkrankungen sind 2 Fälle von Legionärskrankheit, 5 Fälle von Malaria, 2 Erkrankungen an Haemophilus Influenzae, 26 Pneumokokken-Fälle und 4 Fälle von Hepatitis A zu nennen. 12 HIV-Tests erwiesen sich als positiv, und es wurde eine neue aidsranke Person gemeldet.

668 Reisende wurden geimpft, von denen 132 eine spezialärztliche Konsultation beanspruchten. 195 Studierende der Krankenpflegeschule und Mitglieder des Polizeipersonals wurden gegen Hepatitis B geimpft. Auf Anfrage von Privatbetrieben wurden 162 Personen gegen Grippe geimpft.

b) Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten die Vorsorgekontrollen kantonsweit in den 1. und 5. Primarschulklassen sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie verabreichten ausserdem die folgenden Impfdosen: 3640 Impfungen gegen Röteln, Masern, Mumps, 4027 Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus und Kinderlähmung. Die Impfung Jugendlicher gegen Hepatitis B hat grossen Erfolg, liessen sich doch 2210 Jugendliche impfen. Im Hinblick auf den bevorstehenden Erlass des Reglements über Gesundheitsförderung und Prävention in Anwendung des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 befasste sich der Dienst mit Hilfe von Arbeitsgruppen mit den Vorbereitungen für eine Reform der schulärztlichen Betreuung.

c) Drogenabhängigkeit

Die Fortbildung der praktizierenden Ärztinnen und Ärzte, die sich um Drogenabhängige kümmern, wurde in Zusammenarbeit mit der Ärztesgesellschaft und dem Bundesamt für Gesundheit im Rahmen des Ausbildungsprogramms MedRoTox weitergeführt. Das Programm endete im Herbst 2002.

403 Personen stehen in einer bewilligten Substitutionsbehandlung mit Betäubungsmitteln (Methadon oral: 360, Methadon IV: 24, Buprenorphin: 17). Diese Patientinnen und Patienten werden von 50 praktizierenden Ärztinnen und Ärzten und von 6 Ärztinnen und Ärzten der Betreuungsstelle für Drogenabhängige in Freiburg und am Psychosozialen Zentrum Bulle betreut. Im Laufe des Jahres endeten 83 Behandlungen und wurden 98 neue Patientinnen und Patienten aufgenommen. Das Altersspektrum der Patientinnen und Patienten reicht von 18 bis zu 59 Jahren (70 Personen sind älter als 41 Jahre). Eine Person starb an einer Überdosis. Gemäss der mit Fachleuten getätigten Aktualisierung des politischen Gesamtkonzeptes für die Bekämpfung der Suchtmittelabhängigkeit verfügt der Kanton Freiburg derzeit über ein ziemlich breites und vielfältiges Angebot auf dem Gebiet der Suchtbehandlung. Die Betreuung ist nun personenzentrierter, wahrt die Kontinuität der Pflege und gründet auf Interdisziplinarität. Im Übrigen erweist sich, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein Substitutionsprogramm mit Heroin im Betreuungssystem für Drogenabhängige in Freiburg nicht aktuell ist.

d) Prävention und Gesundheitsförderung

Im Jahr 2002 fanden mit finanzieller Unterstützung des Kantons drei Gesundheitserhebungen statt: eine von der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Suchtprobleme durchgeführte Erhebung bei Schülerinnen und Schülern, eine Erhebung des Institutes für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Lausanne über die Gesundheit der Jugendlichen von 15-20 Jahren (in Zusammenarbeit mit dem kantonsärztlichen Dienst) und eine vom Bundesamt für Statistik geführte Erhebung über die Gesundheit der Freiburger Bevölkerung (im Rahmen der schweizerischen Gesundheitserhebung). Die Ergebnisse dieser Erhebungen stehen noch aus. Die von verschiedenen Institutionen entwickelten Präventionsprojekte hielten sich weiterhin an die 4 Prioritäten, die der Staatsrat im März

1999 anerkannt hatte (Suizide, gesundheitsschädliche Verhaltensweisen, Unfälle, unangemessene Nutzung der Gesundheitsdienste). So liefen 9 spezifische Projekte, darunter das Projekt Fourchette verte (Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten), das sich erfreulich ausweitete, und das Konzept Allgemeine Erziehung, das der Dienst im Rahmen der Reorganisation der schulärztlichen Betreuung unter Mitarbeit der Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten ausgearbeitet hatte. Ein Teil dieser Projekte läuft im Jahr 2003 weiter. Die Freiburger Krebsliga hat in Zusammenarbeit mit dem Dienst mit der Vorbereitung eines Projekts für die systematische Früherfassung von Brustkrebs durch Mammographie-Untersuchungen begonnen, das Ende 2003, Anfang 2004 starten soll.

Zu erwähnen ist schliesslich der in der ersten Jahreshälfte erfolgte Rücktritt der Beauftragten für Gesundheitserziehung und Prävention. Die Stelle konnte erst Ende des Jahres wieder besetzt werden.

e) Betagtenbetreuung

Zwei Altersheime wurden für ihre Teilanerkennung als Pflegeheim im Jahr 2002 eingehend begutachtet. 18 Pflegeheime wurden aufgesucht und insbesondere nach den folgenden Qualitätskriterien inspiziert: Personaldotation und Respektierung des Pflichtenheftes, Prävention und Bekämpfung von Misshandlungen, Entwicklung eines Krankenpflegeprozesses aufgrund der Bedürfnisse der Heimbewohnerinnen und -bewohner, Anhörung der Heimbewohner/innen und der Personalmitglieder. Der Dienst konnte im Allgemeinen feststellen, dass die Verantwortlichen und das Personal in den meisten Pflegeheimen sich erheblich angestrengt hatten, um ein gutes bis ausgezeichnetes Qualitätsniveau zu erreichen.

Ein Altersheim wurde aufgesucht und über die verlangten Qualitätskriterien für die auf das Jahr 2003 beantragte Anerkennung als Pflegeheim informiert. Zwei Pflegeheime waren Gegenstand einer Untersuchung im Rahmen der Anfechtung von Pflegeabhängigkeitsgraden, in zwei weiteren wurde die interne Organisation überprüft.

Ein Text über die Misshandlung betagter Personen mit diversen Internet-Links wurde verfasst. Er wird demnächst auf Deutsch übersetzt und in die Website des kantonsärztlichen Dienstes aufgenommen.

III. Schulzahnpflegedienst

1. Personal

Zum Personal gehören ein Dienstchef, ein Vertrauenszahnarzt mit Teilpensum, 2 Kieferorthopäden, 9 Zahnärztinnen und Zahnärzte (2 davon teilzeitlich beschäftigt), 15 Zahnarztgehilfinnen (7 davon teilzeitlich beschäftigt), eine Lehrtochter, 2 Zahnprophylaxe-Gehilfinnen in Teilzeitbeschäftigung und 4 Halbtagssekretärinnen.

2. Tätigkeit

Die Tätigkeit des Schulzahnpflegedienstes konzentriert sich im Wesentlichen auf die Prävention, die Förderung der

Mund- und Zahnhygiene, die Bekämpfung der Karies, der Parodontitis und der Missbildungen des Gebisses. Zur effizienten Erfüllung seiner Aufgaben ist der Dienst in drei Sektoren unterteilt:

a) Prophylaxe

Die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen unterweisen die Kinder des Kantons im schulpflichtigen Alter praktisch und theoretisch in Zahnhygiene. Vom Kindergarten bis zur 6. Primarklasse wird jede Klasse einmal jährlich besucht. Wegen des laufenden Anstiegs der Schülerzahl brauchen die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen derzeit rund 18 Monate für den Besuch sämtlicher Kinder des Kantons. Damit die Schülerinnen und Schüler das Gelernte in die Praxis umsetzen können, gab der Dienst in präventiver Absicht und unentgeltlich an jedes Kind didaktisches Material und Fluorgel ab. Im Jahr 2002 besuchten die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen 905 Klassen und unterwiesen 16 458 Schulkinder

Dank der Prophylaxetätigkeit und auch der regelmässigen Kontrolle durch den Schulzahnarzt tritt die Karies bei den Kindern im Schulalter immer seltener auf. Hingegen ist Jahr für Jahr eine nach wie vor beunruhigende Zunahme der Karies bei Kleinkindern und Kindern im Vorschulalter festzustellen.

Dieses Jahr beteiligte sich der Dienst für Zahnprophylaxe an der Westschweizer Tagung für Prophylaxe in Yverdon-les-Bains. Rund 40 Fachleute aus der ganzen Romandie stellten sich dazu ein. Die Veranstaltung bot zum einen Gelegenheit, die wesentlichen Werte einer guten Zahnprophylaxe in Erinnerung zu rufen, zum anderen erlaubte sie eine Bestandsaufnahme über die Gesundheit der Westschweizer Bevölkerung im Mund- und Zahnbereich.

b) Zahnpflegedienst

Mit diesem Dienst steht den Kindern im schulpflichtigen Alter eine Infrastruktur für die Kontrolle und Behandlung von Zähnen und Zahnfleisch zur Verfügung. Zur Verfügung stehen vier mobile und sechs ortsfeste Zahnkliniken, die während des Schuljahrs in Betrieb sind. Die mobilen Kliniken haben den Auftrag, alle Gemeinden des Kantons zu bedienen, die keinen Schulzahnarzt haben.

Im Jahr 2002 setzte der Dienst seine Bemühungen um Restrukturierung fort, um seine Pflegeleistungen zu verbessern und eine vermehrte Rentabilität seines Betriebs zu gewährleisten. Das Restrukturierungskonzept sieht mittelfristig vor, dass der Schulzahnpflegedienst die Gemeinden nicht mehr mit mobilen Kliniken bedient, sondern den Gemeinden, die keinen eigenen Zahnpflegedienst haben und nicht mit privaten Zahnärzten zusammenarbeiten, vorschlägt, ihre Kinder in ortsfesten Praxen an mehreren Orten des Kantons kontrollieren und behandeln zu lassen. In der stufenweisen Neuorganisation des Schulzahnpfle-

gedienstes erfolgte schon 1999 ein erster Schritt mit der Zusammenfassung der Gemeinden der Region Le Mouret unter der Klinik Marly. Im Jahr 2000 erfolgte ein zweiter Schritt mit der Reduktion der Fahrten der mobilen Klinik Nr. 2, welche den Glane- und den Vivisbachbezirk bedient (17 Fahrten statt 39). Im Jahr 2001 gingen die geplanten Restrukturierungen weiter. Im Jahr 2001 wurde die mobile Klinik Nr. 1, die den Sense- und den Seebezirk bedient hat, aufgehoben. Die Kinder dieser Bezirke werden künftig entweder durch die ortsfesten Kliniken von Düdingen, Marly und Freiburg oder durch eine mobile Klinik versorgt, die abwechselnd in Tafers, Wünnwil oder Schmitten stationiert ist. Im Jahr 2002 wurden die Restrukturierungen fortgesetzt, namentlich mit der Zuweisung der Kinder von la Tour-de-Trême an die Klinik von Bulle und der Kinder von Granges-Paccot an die Klinik von Villars-sur-Glâne.

Infolge der plötzlichen Auflösung des Vertrages der Gemeinden des Vully mit einem Privatzahnarzt sah sich der Dienst genötigt, diese Gemeinden auf der Stelle zu bedienen.

Die Zahl der Fahrten der mobilen Zahnkliniken Nr. 2, 3, 4 und 5 hat spürbar abgenommen. Sie ging von 111 im Jahr 2000 auf 69 im Jahr 2001 und auf 64 im Jahr 2002 zurück.

Die neue Klinik für die Stadt Freiburg am Boulevard de Pérolles 23 erwies sich wie vorgesehen als ideale Ergänzung zur kieferorthopädischen Klinik. Zahlreiche Synergien konnten entwickelt werden. Dank der Tatsache, dass die Zahnklinik der Stadt Freiburg anders als die übrigen Zahnkliniken (die sich an die Schulzeiten halten) einen normalen Zeitplan anwendet, übertrafen der Belegungsgrad und der Umsatz in diesem ersten Jahr die optimistischsten Vorhersagen.

Im Jahr 2002 wurden 8069 Kinder kontrolliert und 6817 Kinder erhielten eine angemessene Behandlung. Erfreulich ist, dass der erzielte Ertrag die Budgetvorhersagen weit übertroffen hat.

c) Kieferorthopädischer Dienst

Dieser am Boulevard de Pérolles 23 in Freiburg befindliche Dienst ist auf die Behandlung dentofazialer Missbildungen spezialisiert. Dieses Jahr war sein Betrieb sehr zufrieden stellend. Die Anstellung eines neuen Kieferorthopäden im letzten April erlaubte eine Verbesserung des Leistungsangebots. Infolgedessen ist auch in diesem Sektor ein nicht zu unterschätzender Umsatzanstieg zu verzeichnen.

Dank einer relativ stabilen Konjunktur nahm die Zahl der Patientinnen und Patienten, die eine kieferorthopädische Behandlung verlangen, leicht zu. Der Umsatz der kieferorthopädischen Klinik betrug 1 337 153.50 Franken. 1980 Kinder wurden in 7300 Sitzungen behandelt.

Kliniken	1. Total der Kinder, die die Möglichkeit hatten, die Schulzahnklinik zu beanspruchen 2 + 5	2. In der Schulzahnklinik kontrollierte Kinder 3 + 4	3. In der Schulzahnklinik behandelte Kinder	4. In der Schulzahnklinik kontrollierte und privat behandelte Kinder	5. Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Bestätigung)	Total der Rechnungen	In der Schulzahnklinik behandelte und kontrollierte Kinder in %
Freiburg	1 782	1 307	1 108	160	475	324 563,80	73,34%
Nr. 2 Glane	1 388	802	676	46	586	142 910,95	57,78%
Nr. 3 Saane	2 436	1 063	884	179	1 373	200 453,55	43,64%
Nr. 4 Greyerz, Vivisbach	1 073	524	420	71	549	180 116,70	48,84%
Nr. 5 Broye	2 264	1 040	923	117	1 224	127 394,85	45,94%
Nr. 8 Marly, Do. + Fr.	886	519	409	110	367	72 712,35	58,58%
Nr. 9 Villars-s-Glâne, Mo. + Di.	1 045	712	573	139	333	103 277,70	68,13%
Nr. 10 Bulle	2 691	1 302	1 252	45	1 389	223 840,00	48,38%
Nr. 11 Düdingen, Mi., Do. + Fr.	2 981	800	572	228	2 181	99 595,70	26,84%
Total	16 546	8 069	6 817	1 095	8 477	1 474 865,60	48,77%

IV. Beratungsstelle für Familienplanung und Sexualinformation

1. Personal

a) Familienplanung

Das Personal umfasst vier teilzeitlich beschäftigte Beraterinnen, von denen eine deutschsprachig ist (insgesamt 2,7 Vollzeitstellen). Ein Assistenzarzt der gynäkologischen Abteilung des Kantonsspitals erteilt an zwei Tagen pro Woche (12 Wochenstunden) die ärztlichen Sprechstunden. Das Sekretariat wird von einer Arztsekretärin mit halbem Pensum geführt. Eine Beraterin arbeitet sechseinhalb Stunden pro Woche in den Räumen des Centre médico-social des Greyerzbezirks in Bulle. Seit dem 1. September besteht eine zweite Beratungs-Zweigstelle im Spital Meyriez, die drei Stunden wöchentlich in Betrieb ist.

b) Sexualinformation

Diese Tätigkeit wird von einer zu 50 % angestellten Organisatorin für Sexualinformation und einer Gruppe von 7 Animatorinnen und Animatoren (insgesamt 2 Stellen) sichergestellt sowie von 3 Animatorinnen und Animatoren, die nach Auftrag tätig sind und von den Gemeinden oder Institutionen bezahlt werden, die ihre Dienste beanspruchen.

2. Tätigkeiten

a) Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Familienplanung und Sexualinformation sind eng miteinander verbunden, und das Personal beider Sektoren ergänzt sich gegenseitig bei der Information von Einzelpersonen, Paaren oder Gruppen auf den Gebieten Schwangerschaftsplanung, Empfängnisverhütung, sexuelle Gesundheit und Gefühlsleben mit dem Ziel, sexuell übertragbaren Krankheiten, Aids, Schwangerschaftsabbrüchen und sexueller

Ausbeutung vorzubeugen. Wenn nötig ergänzt der Arzt diese Informationsarbeit durch gynäkologische Kontrollen für eine Verschreibung von empfängnisverhütenden Mitteln.

Die Statistik 2002 zeichnet sich durch eine erhebliche Zunahme der verschiedenen Tätigkeiten der Beratungsstelle aus. Die Beraterinnen führten 2450 (+208) Einzel-, Paar- oder Gruppengespräche. Die Gesamtzahl der ärztlichen Konsultationen beträgt 1567 (+209). Noch auffälliger ist die Zunahme der telefonischen Gespräche (+1563). Bei der Entgegennahme dieser Anrufe gilt es, das Anliegen zu verstehen, die Anrufenden an die geeigneten Dienste zu verweisen, Fragen zu beantworten, die sich auf die alltägliche Anwendung eines Empfängnisverhütungsmittels beziehen, auf die Risiken im Zusammenhang mit sexuell übertragbaren Krankheiten, Aids, Schwangerschaft.

Die Gespräche verteilen sich wie folgt: 52 % betreffen Anliegen der Empfängnisverhütung, 24 % beziehen sich auf eine Schwangerschaft, wovon 14 % Fälle von unerwünschter Schwangerschaft betreffen, 12 % beziehen sich auf sexuell übertragbare Krankheiten und Aids, und 12 % auf andere Fragen (Sexualschwierigkeiten, persönliche Schwierigkeiten, Menopause usw.).

Die Beratungsstelle legt grossen Wert auf die Prävention beim Zielpublikum, mit dem es zu tun hat, namentlich bei den Jugendlichen und den Personen, die erst vor kurzem in den Kanton immigriert sind. 46 % der Anfragen kommen von Jugendlichen unter 20 Jahren. Die Arbeit bei dieser Altersgruppe geht über die Information hinaus. Eine umfassendere Präventionsarbeit drängt sich auf, und dies bedeutet eine Begleitung durch weitere Gespräche und Kontakte mit anderen Partnern im sozialen und medizinischen Bereich. Die Zahl der an die Beratungsstelle gelangenden Asylbewerberinnen ist im Anstieg begriffen. Dies ist der Eröffnung der Gesundheitsdispensarien des Roten Kreuzes und einer guten Zusammenarbeit mit diesen zu verdanken.

Seit November 2002 wird die «Notfallpille» von den Apotheken ohne ärztliches Rezept an Personen von über 16 Jahren abgegeben. Eine Beraterin informierte anlässlich eines Seminars für die Apothekerinnen und Apotheker des Kantons über die Arbeit der Beratungsstelle bei einem Gesuch um eine notfallmässige Empfängnisverhütung. Solche Anfragen bieten Gelegenheit, mit den Jugendlichen Fragen der Empfängnisverhütung anzusprechen, über die Risiken sexuell übertragbarer Krankheiten zu sprechen, über die Zweckmässigkeit eines Aidstests, über Wertvorstellungen in Verbindung mit Sexualität und Schwangerschaft.

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 9. Oktober 1981 über die Schwangerschaftsberatungsstellen wurden 386 Konsultationen erteilt. Bearbeitet wurden 235 Anträge um straffreien Schwangerschaftsabbruch. Seit dem 1. Oktober 2002 ist das neue Gesetz über die Fristenlösung in Kraft. Die Beratungsstelle ist durch dieses Gesetz direkt betroffen. Anders als im vorherigen Freiburger Verfahren ist das Gespräch vor dem Eingriff nicht mehr obligatorisch. Jedoch wird es nach wie vor empfohlen, damit der betroffenen Frau oder dem Paar geholfen werden kann, eine Wahl zu treffen und weiteren Risikosituationen vorzubeugen. Das neue Gesetz machte eine Informierung der Ärzteschaft und die Erstellung eines Dokumentes über die Leistungen der Beratungsstelle erforderlich.

Was die Tests auf VIH-Antikörper betrifft, so führte die Beratungsstelle 199 anonyme Tests durch, die stets mit einem Gespräch ergänzt wurden.

Mehrere Schulklassen französischer und deutscher Muttersprache wurden empfangen und mit der Beratungsstelle vertraut gemacht. Fortgesetzt wurde die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern: mit der GES (Arbeitsgruppe für Gesundheitserziehung), mit der Arbeitsgruppe des Centre médico-social des Greyerzbezirks für einen von den Krebsligen erteilten öffentlichen Informationsabend über die Brustkrebs-Früherfassung, mit der Vertrauenshebamme des Kantonsspitals, mit der Familienmediation. Die Beratungsstelle empfing deutschsprachige Sozialarbeiterinnen und -arbeiter in ihren Räumen. Sie beteiligte sich an einem Abend von Insieme zum Thema der Sexualität geistig behinderter Jugendlicher. Die Beraterinnen erteilten an der Krankenpflegeschule mehrere Lektionen zu Themen der Familienplanung.

In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Jugendamt befasst sich eine Beraterin damit, die Rolle der verschiedenen Dienste im Zusammenhang mit der Adoption zu definieren. Eine Beraterin absolvierte die Weiterbildung zur praktischen Ausbilderin künftiger Familienberaterinnen: zwei Praktikantinnen bilden sich in der Beratungsstelle Freiburg aus.

b) Sexualinformation

Die den Eltern, dem Lehrkörper, den Schülerinnen und Schülern der Primarschulen, Orientierungsschulen und verschiedenen Institutionen des Kantons geltende Arbeit verlief in ihrem regulären Rahmen, wie er seit Eröffnung der Beratungsstelle entwickelt wurde. Die Einsätze konzentrieren sich auf die Information sowie eine Unterstützung der Kinder, Lehrpersonen und Erzieher.

In Verbindung mit der Prävention sexueller Ausbeutung wurden ein Telefondienst, Orientierungsberatungen oder eine individuelle Begleitung sichergestellt. Zum ordentlichen Arbeitsbetrieb kamen 15 zusätzliche Einsätze in mehreren Schulen des Kantons wegen spezifischer Probleme auf dem Gebiet sexueller Übergriffe Minderjähriger auf andere Kinder.

Zum Thema Adoleszenz wurden mehrere Abende in Zusammenarbeit mit der Orientierungsschule organisiert, und die Beratungsstelle beteiligte sich an der Organisation der Gesundheitstage an den Schulen. Sie beteiligte sich an der vom stellvertretenden Kantonsarzt geführten Arbeitsgruppe für Gesundheitsförderung an den Freiburger Schulen.

Eine Animatorin absolvierte die Weiterbildung zur praktischen Ausbilderin, um Personen, die derzeit die Grundausbildung zur Animatorin für Sexualinformation absolvieren, im Praktikum begleiten zu können.

Die Organisatorin für Sexualinformation vertritt die Beratungsstelle bei der Aids-Koordinationsgruppe des Kantons. Sie trug zu den Veranstaltungen anlässlich des Welt-Aidstages am 1. Dezember bei, indem sie einen Informationsstand bei einer Sportveranstaltung im Stadium St-Léonard in Freiburg mitbetreute. Unter der Ägide des Bundesamtes für Gesundheit beteiligte sie sich an der Evaluation des Programms 1999-2003 für Aidsprävention sowie an der Programmplanung für die Jahre 2004-2006.

Die Animatorinnen und Animatoren unterzogen sich dem Zulassungsverfahren, das vorausgesetzt wird, um an den Schulen des Kantons zwecks Prävention sexueller Ausbeutung, Sexualerziehung und Aids-Prävention intervenieren zu können. Alle von der Beratungsstelle angestellten Personen erhielten die Zulassung.

3. Statistik

a) Familienplanung

Konsultationen der Beraterinnen

Einzel- und Paargespräche	2 393
Gruppengespräche	57
Total	2 450 (+ 208)
(französisch: 87 %)	
(deutsch: 10 %)	
(englisch: 2 %)	
(andere: 1 %)	

Telefongespräche	5 344 (+ 1 563)
Total	7 794

Ärztliche Konsultationen

Gynäkologische Konsultationen	1 567 (+ 209)
Injektionen Depo-Provera	27
Total	1 594

Nationalität

Schweiz	56 %
Ausland	44 %

<i>Wohnsitz</i>	
Stadt Freiburg	35 %
Saanebezirk	25 %
Greyerz- und Vivisbachbezirk	13 %
übrige Bezirke	25 %
andere Kantone	2 %

<i>Begleitete oder unbegleitete Personen</i>	
unbegleitet	66 %
mit Elternteil, Freund, anderer Person	13 %
mit Partner/in	21 %

b) *Sexualinformation*

<i>Art des Einsatzes</i>	
Information in der Klasse	2 142 Stunden
Elternabende	242 Stunden
Telefonanrufe	517 Anrufe

<i>Einsatzort</i>	
Freiburg	24 %
andere Gemeinden des Kantons	76 %

<i>Schulstufe der Teilnehmer/innen</i>	
Jugendliche und Lehrlinge	17 %
Kindergarten- und Primarschüler/innen	74 %
Sonderklassenschüler/innen	9 %

<i>Anzahl Klassen</i>	
Kindergarten, 1. und 2. Primarschulklassen (Prävention sexueller Ausbeutung)	234 Klassen
französisch	185
deutsch	49
Primarschulen (Sexualinformation)	209 Klassen
französisch	160
deutsch	49
Orientierungsschulen (Sexualinformation)	69 Klassen
französisch	65
deutsch	4
Berufsschulen (Aidsprävention)	15 Klassen
französisch	15
deutsch	0
Andere Institutionen	41
französisch	37
deutsch	4

V. Psychosoziales Zentrum

Das Psychosoziale Zentrum (PSZ) ist der öffentliche Dienst des Kantons Freiburg für ambulante Psychiatrie. Es übernimmt das ganze Spektrum psychiatrischer Störungen, mit einem besonderen Akzent jedoch auf Notsituationen, auf Fällen, die sozialer Interventionen bedürfen, und auf Fällen von Drogenabhängigkeit. Es stellt im Übrigen die psychiatrischen Konsultationen in den Spitälern und öffentlichen Institutionen sicher.

Seine Tätigkeit erfolgt an mehreren Standorten: am PSZ Freiburg, dem die Betreuungsstelle für Drogenabhängige

(UST) und die Zweigstelle in Estavayer-le-Lac angegliedert sind; am PSZ Bulle; am Kantonsspital und an weiteren Spitälern und Institutionen.

1. Personal

Am PSZ Freiburg arbeiten ein Chefarzt-Direktor, ein Chefarzt-Vizedirektor, ein Leitender Arzt, ein Oberarzt mit Teilpensum, vier Assistenzärzte mit vollem Pensum, drei Assistenzärzte mit Teilpensum sowie zwei Psychologen zu 50 %. Die 2,1 Stellen für Sozialarbeit verteilen sich auf drei Sozialarbeiter mit Teilpensum. Zwei verantwortliche Krankenpfleger sowie sieben Krankenschwestern und -pfleger teilen die Arbeit von sieben Vollzeitstellen unter sich auf.

Ein Verwaltungsadjunkt ist für die Verwaltungsgeschäfte aller Abteilungen des Zentrums und die Personalverwaltung zuständig. Vier Sekretärinnen und eine Empfangssekretärin, alle mit Teilpensum, erledigen die administrative Arbeit. Eine Verwaltungsangestellte mit halbem Pensum befasst sich mit der Erfassung und Verrechnung der Leistungen und mit dem Inkassowesen.

Die Betreuungsstelle für Drogenabhängige (UST) untersteht der Verantwortung des Chefarzt-Vizedirektors. Angegeschlossen sind drei Assistenzärzte mit Teilpensum, ein Psychologe, mehrere Krankenschwestern und -pfleger (insgesamt vier Vollzeitstellen), darunter ein verantwortlicher Krankenpfleger, sowie eine Sekretärin mit halbem Pensum. Die UST arbeitet mit dem Sozialdienst der Stiftung «Le Tremplin» zusammen.

Der Leitende Arzt ist für die liaison-psychiatrischen Konsultationen am Kantonsspital zuständig und wendet dafür 60 % seiner Arbeitszeit auf. Er wird durch einen Assistenzarzt zu 20 % unterstützt.

Die ärztliche Sprechstunde der Zweigstelle in Estavayer-le-Lac wird von einem Assistenzarzt an zwei Tagen pro Woche wahrgenommen.

Das PSZ Bulle umfasst einen ärztlichen Vizedirektor, einen Oberarzt und einen Assistenzarzt mit vollem Pensum sowie eine Psychologin, eine Sozialarbeiterin und zwei Krankenschwestern mit Teilpensum. Zwei Sekretärinnen mit Teilpensum sind für die administrativen Aufgaben und die Erfassung der Leistungen zuständig.

Im Lauf des Jahres absolvierten zwei Studierende der Krankenpflegeschule ein Pflegepraktikum am Zentrum Freiburg. Mehrere Studierende nahmen an einem Informationstag teil.

Das PSZ Bulle nahm eine Krankenpflege-Praktikantin auf. An der UST absolvierten 11 Studierende der Krankenpflegeschule und 5 Studierende des Psychologischen Instituts der Universität ein Praktikum.

Der Verwaltungssektor, der an Personalmangel leidet, wurde durch vier Sekretärinnen entlastet, die ein jeweils mehrmonatiges Beschäftigungsprogramm absolvierten. Diese Praktika erfolgten im Rahmen eines kantonalen Qualifikationsprogramms im Sinne des Gesetzes über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe (BAHG).

Im selben Rahmen nahmen das PSZ Freiburg und das PSZ Bulle zwei Psychologiepraktikantinnen für mehrere Monate auf.

2. Haupttätigkeiten

a) Gesamtüberblick

Wie dies für alle entwickelten Länder zutrifft, sieht sich der Kanton Freiburg seit mehreren Jahren einer kräftig steigenden Nachfrage nach psychiatrischer Versorgung gegenüber gestellt. Zahlreiche Faktoren liegen dieser Entwicklung zugrunde: das häufigere Auftreten bestimmter Pathologien (Depressionen, missbräuchlicher Substanzgebrauch, Persönlichkeitsstörungen ...), die Alterung der Bevölkerung, vermehrter Anpassungszwang in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft, verminderte Unterstützung durch familiäre und soziale Strukturen. Im Übrigen erfreut sich die Psychiatrie eines positiveren Bildes in der Öffentlichkeit und wird daher vermehrt beansprucht.

Nach einem ausserordentlichen Zuwachs neuer Fälle von 49 % zwischen 2000 und 2001 ist immer noch ein wenn auch gemächlicherer Anstieg zu verzeichnen (+ 2,8 %), trotz des Rückgangs der Konsultationen für straffreie Schwangerschaftsabbrüche. Seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Fristenlösung im Oktober 2001 besteht hier nahezu keine Nachfrage mehr.

Die Zahl der ärztlichen Leistungen stieg um 6 %. Diejenige der Pflegeleistungen ging leicht zurück (- 4,2 %). Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die verminderten Methadonabgabe in der UST (-1886) und am PSZ Bulle (-360) zurückzuführen.

Die Stabilisierung dieser Zahlen erklärt sich zu einem guten Teil mit den zu Jahresbeginn in Angriff genommenen Massnahmen zur Reorganisation des Dienstes. Der im Vorjahr verzeichnete ausserordentliche Zuwachs führte zu einer schwer zu bewältigenden Überlastung. Nach Absprache mit dem ganzen Personal konnten die folgenden Lösungen eingeführt werden: genauere Evaluation der Konsultationsgesuche und ihrer Vordringlichkeit, Konzentration auf die wesentlichen Leistungen und vor allem intensivere Zusammenarbeit mit den Partnern: Familien, behandelnden Ärzten oder Psychiatern, Psychologen, Institutionen und Sozialdiensten. Zum Beispiel waren die Ärzte des Dienstes Berater der Hausärztinnen und -ärzte, die psychiatrische Fälle behandeln. Ein Brief mit neuen Richtlinien ging an die Ärzteschaft und die weiteren Partner. Dank ihrer Mitwirkung war es dem Dienst möglich, für Notsituationen verfügbar zu bleiben. Für weniger dringliche Fälle bemühte sich der Dienst intern und extern um Betreuungsmöglichkeiten innert vernünftiger Frist. So wurde mehr als die Hälfte der Nachfragen an externe Fachleute weitergeleitet. Die Qualität der Versorgung konnte auf diese Weise aufrechterhalten werden.

Die neuen Bestimmungen verstärkten die spezifische Rolle des Psychosozialen Zentrums in der psychiatrischen Notfallversorgung. Der Anteil neuer Fälle, die notfallmässig oder möglichst rasch (d.h. innert 48 Stunden) angenommen werden, ist wie im Vorjahr sehr hoch (38 %). Und das Verhältnis zwischen der Anzahl Konsultationen und

der Anzahl Eintritte blieb sehr niedrig und entsprach 4,7 Konsultationen je Fall.

Die allgemein in der Gesellschaft sich zeigende Gewaltbereitschaft wirkt sich auf die Interventionen des Dienstes aus, denn dieser wird mehr und mehr im Fall aggressiven Verhaltens beansprucht. Diese Verhaltensweisen treten meist im Rahmen von Ehe- und Familienkonflikten auf, aber auch in Kontakten von Privatpersonen mit bestimmten Instanzen oder öffentlichen Diensten. Die Polizei kommt häufig zum Einsatz und gelangt für eine Beurteilung der Situation an das psychosoziale Zentrum. Bestimmte von den Medien stark beachtete Dramen, deren Urheber an psychischen Problemen litten (zum Beispiel die Mordanschläge in Zug und Nanterre), haben die Bevölkerung für diese Gefahren sensibilisiert und steigern die Konsultationsnachfrage im Fall von Drohungen oder aggressiven Reaktionen. Für die Ärzte des Dienstes bedeutet es eine schwere Verantwortung, jedes Mal (und häufig notfallmässig) das dem Zustand des Patienten innewohnende Risiko einzuschätzen und geeignete Massnahmen zu ergreifen und dabei unnütze Zwangsmassnahmen zu vermeiden.

Die Tendenz zu gewalttätigem Verhalten (gegen andere oder gegen sich selbst gerichtet) ist vielleicht auch mitverantwortlich für die Zunahme der Massnahmen fürsorglicher Freiheitsentziehung, die auf 197 gestiegen sind (+ 22 %), gegenüber 162 im Jahr 2001 und 97 im Jahr 2000. Auch erfolgten mehr Spitaleinweisungen (469 gegenüber 427 im Jahr 2001, + 10 %), davon 434 in Marsens, 16 im Kantonsspital Freiburg und 19 in anderen Spitälern.

Die Ende 2001 erfolgte Anstellung einer Psychologin zu 50 % ermöglichte die Schaffung einer neuen Therapiegruppe für Patientinnen und Patienten mit einer so genannten «Borderline»-Persönlichkeit. Der Behandlungsansatz für diese in ihren Reaktionen sehr instabilen Patientinnen und Patienten ist schwierig und erfordert eine langfristige Betreuung, die von der Privatpsychiatrie wegen der damit verbundenen Unregelmässigkeit und der häufigen Nachfrage nach Notfallkonsultationen nur schwer bewältigt werden kann. Die Psychologin, welche diese Gruppe leitet, ist spezifisch in dieser Therapieform ausgebildet und unterrichtet sie auch auf Nachdiplomstufe. Sie beteiligt sich ferner an der internen Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dienstes auf diesem Gebiet.

Im Bereich der Drogenabhängigkeit ist an der UST eine stagnierende Nachfrage zu verzeichnen (80 neue Fälle gegenüber 97 im Jahr 2001), im Gegensatz zu der an den übrigen Standorten zu beobachtenden Tendenz. Dies widerspiegelt vielleicht die Entwicklung der Drogenabhängigkeit hin zum mehrfachen Substanzenmissbrauch (Polyabhängigkeit), die einer Behandlung weniger zugänglich ist. Auf jeden Fall ergibt sich daraus eine vermehrte Verfügbarkeit für die an der UST betreuten Patientinnen und Patienten, was sich auch in der Zunahme erfolgter Konsultationen niederschlägt (1156 gegenüber 885 im Jahr 2001).

Die neue im Jahr 2002 zugeteilte Assistenzarztstelle wird es ermöglichen, die im Spital Meyriez vorgesehene Zweigstelle zu besetzen, auf deren Eröffnung die örtliche Bevölkerung wartet. Infolge des Inkrafttretens der bilateralen

Freizügigkeitsabkommen versuchte das Psychosoziale Zentrum vermehrt Ärztinnen und Ärzte aus der EU zu rekrutieren, blieb aber bisher erfolglos, da der Mangel an Psychiatern in Ausbildung die meisten europäischen Länder betrifft.

Um die Qualität zu verbessern und das Leistungsspektrum auszuweiten, wurde die Fortbildung in Form des internen Unterrichts, externer Supervisionen, der Teilnahme an spezifischen Fortbildungen weiterbetrieben. Alle Personalkategorien profitierten davon.

Die im letzten Jahr eingeführte Formel der Lunch-Meetings erwies sich als erfolgreich und führte zur Organisation von 9 Zusammenkünften. Sie bot dem Personal und den Psychiaterinnen und Psychiatern des Kantons Gelegenheit, Referaten namhafter Fachpersonen von zuweilen internationalem Ruf beizuwohnen. So stellte Prof. Ladouceur von der Universität Laval (Québec) Behandlungsmethoden für

die krankhafte Spielsucht vor, ein Thema, das durch die kürzlich erfolgte Eröffnung von Spielkasinos aktuell geworden ist.

Auf administrativem Gebiet verstärkte das PSZ seine Zusammenarbeit mit dem Spital Marsens durch eine Vereinbarung auf dem Informatikgebiet, zwecks Vereinheitlichung der Praxis in der Buchhaltung und Statistikerhebung.

b) Bezifferte Daten

Die Statistiktabelle geben die Tätigkeit des Zentrums genauer wieder. Mit Ausnahme der Tabellen betreffend die neuen Fälle und die Diagnosen beinhalten sie nicht die Tätigkeit am Kantonsspital, denn bestimmte statistische Informationen sind für die dort untersuchten Patientinnen und Patienten noch nicht registriert.

<i>Neue Fälle</i>	<i>Freiburg</i>	<i>Estavayer</i>	<i>Kantonsspital</i>	<i>UST</i>	<i>Bulle</i>	<i>Total</i>
Psychische Störungen	1 134	85	653	82	414	2 368
Freiwilliger Schwangerschaftsabbruch	148	–	–	–	37	185
Total	1 282	85	653	82	451	2 553
Im Jahr 2001	1 265	88	565	97	418	2 433

Die Zahlen belegen eine leichte Zunahme der neuen Fälle insgesamt (+ 2,8 %) im Vergleich mit dem erheblichen Zuwachs im Vorjahr (4,9 %). Ein solcher konnte dieses Jahr dank bestimmter Massnahmen am Standort Freiburg (der am meisten tangiert ist) verhindert werden (siehe unter «Gesamtüberblick»). Bulle verzeichnete einen nach wie vor spürbaren Zuwachs (+ 7,9 %), im Gegensatz zur UST, die einen Rückgang verzeichnete (– 15,4 %).

Die Zahl der Gesuche um straffreien Schwangerschaftsabbruch nahm ab (von 201 auf 185), da im Oktober das neue Gesetz über die Fristenlösung in Kraft getreten ist. Bei den psychischen Störungen allein beträgt der Zuwachs 6 %.

<i>Ärztliche Leistungen</i>	<i>Freiburg</i>	<i>Estavayer</i>	<i>Kantonsspital</i>	<i>UST</i>	<i>Bulle</i>	<i>Total</i>
In betroffener Abteilung	6 533	326	742	1 135	3 463	12 199
Ausserhalb	143	120	–	21	65	349
Total	6 676	446	742	1 156	3 528	12 568
Im Jahr 2001	6 303	607	728	885	3 308	11 831

Wegen der getroffenen Massnahmen (siehe oben) blieb ihre Zunahme im Rahmen (+ 5,6 %).

Gutachten:

	<i>Freiburg</i>	<i>Bulle</i>
IV-Gutachten	23	6
Gerichtliche Gutachten	14	7
Aussergerichtliche Gutachten	1	–

<i>Sozialleistungen</i>	<i>Freiburg</i>	<i>Estavayer</i>	<i>Kantonsspital</i>	<i>UST</i>	<i>Bulle</i>	<i>Total</i>
Konsultationen	401	–	–	–	221	622
Gruppen-Konsultationen	53	–	–	–	–	53
OHG-Konsultationen	285	–	–	–	–	285
Total	739	–	–	–	221	960
Im Jahr 2001	613	–	–	–	226	839

Die Sozialleistungen nahmen insgesamt um 14,4 % zu. Dieser Zuwachs ist auf den Standort Freiburg (+ 20,5 %), zurückzuführen, wohingegen in Bulle die Zahlen stagnieren. Er betrifft alle Leistungsarten.

Leistungen psychologischer Art	Freiburg	Estavayer	Kantonsspital	UST	Bulle	Total
Psychologische Konsultationen	524	–	–	281	501	1 306
Therapeutische Gruppen	516	–	–	–	–	516
Total	1 040	–	–	281	501	1 822
Im Jahr 2001	62	–	–	198	383	643

Die Anstellung einer Psychologin zu 50 % am Standort Freiburg erklärt die erhebliche Zunahme (von 643 auf 1822, + 283 %).

Leistungen Krankenpflege	Freiburg	Estavayer	Kantonsspital	UST	Bulle	Total
Methadon, Buprenorphin	11	–	–	26 303	1 921	28 235
Antabus	673	–	–	–	697	1 370
Andere Medikamente	2 791	–	–	24	1 348	4 163
Spritzen, Blutentnahmen	615	–	–	52	542	1 209
Infusionen	102	–	–	–	76	178
Urinkontrollen	92	–	–	242	125	459
Körperzentrierte Therapien	323	–	–	1	118	442
Gespräche	876	–	–	866	119	1 861
Andere	75	1	–	91	362	529
Leistungen Krankenpflege nicht berechnet	396	3	–	111	1	511
Total	5 954	4	–	27 690	5 309	38 957
Im Jahr 2001	5 363	7	–	29 659	5 665	40 694

Der leichte Rückgang der Leistungen insgesamt (– 4,2 %) erklärt sich durch die verminderte Methadonabgabe an der UST und in Bulle (– 2246).

Verteilung der Diagnosen der neuen Fälle nach ICD-10

F 0	Organische psychische Störungen	3,64 %
F 1	Störungen durch psychotrope Substanzen	17,31 %
	davon F 10: Alkohol	10,9 %
	davon F 11: Opiate	3,3 %
F 2	Nichtorganische Psychosen	8,21 %
	davon F 20: Schizophrenien	3,3 %
F 3	Affektive Störungen	28,86 %
	davon F 32: depressive Episoden	18,4 %
F 4	Neurotische und reaktive Störungen	30,95 %
	davon F 43: reaktive Störungen	18,9 %
F 5	Essstörungen, sexuelle Störungen und andere Verhaltensauffälligkeiten	1,02 %
F 6	Persönlichkeitsstörungen	4,30 %
F 7	Intelligenzminderung	0,13 %
F 8-9	Störungen mit Beginn in der Kindheit	0,97 %
	Andere und ohne Diagnose	6,57 %

Prozentuale Anteile der Diagnosen, welche die Behandlung oder Untersuchung der neuen Fälle in allen Diensten des Psychosozialen Zentrums begründeten.

Wie im Vorjahr überwogen die neurotischen Störungen (30,9 %), gefolgt von den affektiven Störungen (28,8 %) und den durch Substanzenmissbrauch bedingten Störungen (17,3 %). Die organischen psychischen Störungen nahmen etwas zu (von 2,8 auf 3,6 %).

Wohnort der Patienten (nach Bezirk)

Saane:	49,07 %
Greyerz:	19,03 %
Sense:	4,94 %
Broye:	9,30 %
Glane:	5,05 %
See:	4,78 %
Vivisbach:	4,31 %
Ausserkantonal:	3,52 %

Die Patientinnen und Patienten aus den deutschsprachigen Bezirken (See, Sense) sowie aus den Bezirken, in denen das PSZ keinen Dienst aufrechterhält (Glane, Vivisbach) sind deutlich untervertreten.

Sprache: Gesamthaft machen die Deutschsprachigen nur 8,4 % der Patient/innen aus (11,6 % am Standort Freiburg).

Nationalität: Der Ausländeranteil macht insgesamt 32,5 % aus (2001: 30 %), davon 35,6 % in Freiburg und 26,1 % in Bulle. 72 Nationalitäten sind vertreten, mit allen damit verbundenen Verständigungsproblemen.

Unter den Personen, die im Hinblick auf einen straffreien Schwangerschaftsabbruch an das PSZ gelangen, ist der Ausländerinnenanteil noch höher (51,3 %).

Eintrittsart: 32 % der neuen Fälle wurden notfallmässig und 7 % nahezu notfallmässig angenommen. Diese Zahlen bestätigen die spezifische Rolle des PSZ in der Wahrnehmung kurzfristiger Interventionen.

Herkunft der Nachfragen: Die meisten Patientinnen und Patienten konsultieren das PSZ von sich aus, 17 % werden

von ihrem behandelnden Arzt geschickt und 7 % von ihrer Familie. Jedoch werden viele Personen von anderen Instanzen überwiesen.

Soziale Situation: Mit 6,9 % sind Arbeitslose stärker vertreten als in der Freiburger Bevölkerung, ebenso die Bezügerinnen und Bezüger von IV-Leistungen (7,6 %) und die Asylsuchenden (4,9 %).

Alter: Das Durchschnittsalter der Patientinnen und Patienten ist niedrig: 23 % sind jünger als 25, 39 % jünger als 30 und 54 % jünger als 35 Jahre. Nur 4,2 % sind über 65 Jahre alt.

c) Beratungsstelle Freiburg-Stadt

Dank den zu Jahresbeginn ergriffenen Reorganisationsmassnahmen (siehe unter «Gesamtüberblick») blieb die Zunahme neuer Fälle im Rahmen (+ 1,3 % gegenüber 63 % im Vorjahr), ebenso diejenige der ärztlichen Leistungen (+ 5,9 %). Der Rückgang der Konsultationen im Zusammenhang mit dem straffreien Schwangerschaftsabbruch infolge des Inkrafttretens der Fristenlösungsregelung im Oktober spielte ebenfalls eine Rolle.

Die Anstellung einer Psychologin zu 50 % Ende 2001 ermöglicht es, neue Möglichkeiten der Psychotherapie und die Aufstellung einer neuen Therapiegruppe für Borderline-Patientinnen und -Patienten anzubieten. Die psychologischen Beurteilungen (Tests), die vorher extern vergeben wurden, können künftig intern erfolgen. Die neue Mitarbeiterin wurde rasch mit zahlreichen Aufgaben eingedeckt.

Therapiegruppen

Die Therapiegruppen sind eine spezifische Leistung des PSZ. Mit ihnen kann auf wirtschaftliche Weise dem Versorgungsbedarf entsprochen werden, und sie stellen Behandlungsmethoden dar, die sich für bestimmte Pathologien besonders gut eignen. Auch sind sie sehr nützlich in der tertiären Prävention.

Rehabilitationsgruppen

Diese Gruppen sind für Personen bestimmt, die an langfristigen psychischen Störungen leiden. Sie beruhen auf gut strukturierten Modulen kognitiver und verhaltenstherapeutischer Art. Geleitet werden sie von Ärzten, Psychologen, Sozialarbeitern und/oder Krankenschwestern unter ärztlicher Supervision. Die Kosten werden von den Krankenversicherungen übernommen.

Im Jahr 2002 bestätigte sich der Nutzen der Gruppen «Entspannungstraining», «Problemlösetraining», «Selbstsicherheitstraining» und der Gesprächsgruppe für deutschsprachige Patientinnen und Patienten.

Im Lauf des Jahres wurde eine neue Gruppe «Bewältigung von Emotionen» für Borderline-Patientinnen und -Patienten aufgestellt. Sie gründet auf der Methode der amerikanischen Psychologin M. Linehan und verfolgt einen kognitiven/verhaltenstherapeutischen Ansatz. Das Ziel besteht hauptsächlich darin, dass die Personen lernen, ihre zu intensiven Emotionen besser zu regulieren und auf diese Weise eine Eskalation zu gefährlichen Handlungsweisen

zu verhüten (autoaggressives Verhalten, Substanzenmissbrauch, gewaltsame oder übermässige Reaktionen usw.).

Anzahl Gruppen	5
Anzahl Sitzungen	99
Mittlere Anzahl Teilnehmer/innen je Sitzung	5,48
Gesamtzahl Präsenzen	538
Angemeldete Patient(inn)en	60

Gruppen zur Unterstützung der Alkoholabstinenz

Das Programm für die Unterstützung der Alkoholabstinenz konnte dank der Zusammenarbeit mit dem Torry aufrechterhalten werden.

Anzahl Gruppen	3
Anzahl Sitzungen	96
Mittlere Anzahl Teilnehmer/innen je Sitzung	6,33
Gesamtzahl Präsenzen	610
Angemeldete Personen	45

Gruppe für Angehörige depressiver Personen

Diese in Bulle angebotene Gruppe für die Unterstützung Angehöriger führte 5 Sitzungen durch.

Soziale Begleitung

Die Tätigkeit der Sozialarbeiterinnen und -arbeiter verteilt sich auf die soziale Begleitung (53,1 %), die Interventionen im Zusammenhang mit dem OHG (31,2 %) und die Therapiegruppen (15,7 %). Im Laufe des Jahres stieg die Zahl der Konsultationen auf 401 (+ 8,4 %).

d) Betreuungsstelle für Drogenabhängige (UST)

Im Jahr 2002 registrierte die UST einen leichten Rückgang bei den neuen Fällen. 8 Personen wurden in das Programm mit intravenös verabreichtem Methadon aufgenommen und 12 erhielten eine Substitutionsbehandlung mit Buprenorphin. Die Anzahl der ärztlichen Konsultationen stieg deutlich.

Was die Entwicklung der Freiburger Drogenszene angeht, so bestätigte sich die Tendenz zum massiven und zwanghaften Kokainkonsum, wie sie schon im Jahr 2001 verzeichnet wurde. Im Übrigen bewirkte der Kokainkonsum den vermehrten intravenösen Substanzenmissbrauch, der sich wiederum in einer Zunahme von Ansteckungen mit dem Aidsvirus niederschlug. Das Risikoverhalten Drogenabhängiger begünstigt auch die Übertragung des Hepatitis C-Virus. Zu beobachten ist ferner eine Verschlechterung der sozialen und juristischen Lage unserer Patientinnen und Patienten wegen der Zunahme von Delikten wie Gewaltakten, Drogenhandel oder Diebstählen. Diese kommen bei Kokainkonsum häufig vor. Das Kokain als solches verursacht mehr als die übrigen Drogen psychische Dekompensationen. Wie in anderen psychosozialen Zentren ist zu beobachten, dass die schwindende Qualität des Heroins die Drogensüchtigen vermehrt veranlasst, auf andere psychoaktive Substanzen wie Kokain oder bestimmte Medikamente (unter anderem Benzodiazepine)

zurückzugreifen. Schliesslich ist das verminderte Heroingangebot in bestimmten Perioden ein Phänomen, das auch in Freiburg zu beobachten ist und das Gedeihen anderer Schwarzmärkte begünstigt.

Im Laufe des Jahres wurden diese Phänomene in der therapeutischen Betreuung durch das multidisziplinäre Team am UST, durch eine intensivere Interaktion zwischen Patienten und Team, durch das Bemühen, den spezifische Arzneimittel zu verschreiben, die sich besser für das psychopathologische Profil der in Behandlung stehenden Personen eignen, berücksichtigt.

Dieses Jahr verfügte die UST über ein vollständigeres Ärzteteam dank der Anstellung nicht nur eines psychiatrischen Assistenzarztes sondern auch eines zweiten Assistenzarztes mit umfassenden Kompetenzen auf somatischem Gebiet. Daher konnte die primäre Gesundheitsversorgung verbessert werden und es war möglich, den Patientinnen und Patienten wirksamere Leistungen namentlich auf dem Gebiet infektiöser Pathologien anzubieten (Aids, Hepatitis C).

Die Beziehungen zwischen der Betreuungsstelle für Drogenabhängige und dem Alt-Quartier entwickelten sich positiv. Mehrere Zusammenkünfte der Kontaktgruppe, der Mitglieder des Quartiersvereins, Vertreter der Polizei, des Release, der Quartierschulen und der UST angehören, ermöglichten die Vertiefung bestimmter Themen im Zusammenhang mit der Anwesenheit Drogensüchtiger im Quartier.

Der Patientenempfang verbesserte sich durch eine nicht unwichtige praktische Massnahme: Seit dem 1. Januar 2002 ist die ganze UST Nichtraucherzone. Die Patienten und die Teammitglieder akzeptierten diese neue Einschränkung, die zu einer deutlich besseren Lebensqualität in der UST beiträgt, recht gut.

An der UST wird auch nach wie vor wissenschaftliche Forschung betrieben. Im Lauf des Jahres 2002 lief eine Studie über ein Neuroleptikum und eine über Buprenorphin.

Die UST ist eine begehrte Praktikumsstätte für Studierende der Krankenpflege und der Psychologie. Im Übrigen konnten mehrere Teammitglieder an Zusammenkünften mit anderen kantonalen oder ausserkantonalen Institutionen teilnehmen.

e) Konsultation am Kantonsspital Freiburg (KSF)

Die liaison-psychiatrischen Konsultationen am Kantonsspital wurden vom Leitenden Arzt des PSZ zwischen April und Dezember zusammen mit einem Assistenzarzt sowie während Ferienvertretungen von der Oberärztin wahrgenommen.

Die Gesamtzahl der Konsultationen stieg um 1,9 % auf 742 liaison-psychiatrische Konsultationen im Jahr 2002. Die Zahl neuer Fälle stieg von 565 im Jahr 2001 auf 653 im Jahr 2002 (+ 15,6 %). 89 Folgekonsultationen wurden erteilt, wohingegen die Konsultationen in der Notfallabteilung des Kantonsspitals von 39 auf 68 stiegen, einige Interventionen des psychiatrischen Präsenzdienstes inbegriffen.

Die Detailanalyse bestätigt die Verteilung der Diagnosen mit 191 affektiven Störungen, 99 Anpassungsstörungen und 99 Angststörungen. In 98 Fällen lautete die Hauptdiagnose auf Alkoholabhängigkeit und in 54 Konsultationen auf Demenz. Eine Komorbidität zwischen Alkoholabhängigkeit und affektiven Störungen bestand in 44 Fällen. Die Zahl der Suizidversuche blieb stabil, mit 76 im Jahr 2001 und 72 im Jahr 2002, darunter 10 gewaltsame Suizidversuche. 78 Spitaleinweisungen in die Psychiatrie waren erforderlich, gegenüber 30 im Jahr 2001. Ab Mai 2002 wurden 61 psychiatrische Präsenzdienst-Interventionen verbucht. 68 Konsultationen erfolgten in der Notfallabteilung des Kantonsspitals, worunter sich auch einige Interventionen des psychiatrischen Präsenzdienstes befinden.

f) Zweigstelle Estavayer-le-Lac

Seit Juli ist die Sprechstunde in neuen Räumen untergebracht, die im Spital Estavayer-le-Lac hierfür eingerichtet wurden, und verfügt auch über ein Wartezimmer. Die alten Räume im Dachstock, die von verschiedenen Institutionen mitbenutzt wurden, genügten den Anforderungen nicht mehr. Die von einem erfahrenen Assistenzarzt wurden an zwei Tagen in der Woche 446 Konsultationen erteilt; 85 neue Fälle sind zu verzeichnen. Die Leistungen der Zweigstelle umfassen auch die Liaison-Psychiatrie am Spital und in den Heimen der Region.

g) Psychosoziales Zentrum Bulle

Die neuen Fälle (451) nahmen im Jahr 2002 um 7,9 % zu, so dass der Zuwachs der letzten zwei Jahre insgesamt 25 % beträgt. Die Nachfrage nach notfallmässigen und dringlichen Konsultationen ist nach wie vor gross (30 % unserer Bevölkerung). Die ärztlichen Konsultationen (+ 6,6 %) und die psychologischen Sprechstunden haben stark zugenommen. Der Rückgang der Krankenpflegeleistungen (- 6,2 %) beruht hauptsächlich auf der geringeren Methadonabgabe (- 360).

Seit Oktober 2002 werden die Gesuche um straffreien Schwangerschaftsabbruch (37 bis zu diesem Zeitpunkt) gemäss dem neuen Bundesgesetz nicht mehr vom Dienst bearbeitet.

Die Hälfte der an das PSZ Bulle gelangenden Patientinnen und Patienten kommt aus eigener Initiative oder auf Anraten einer angehörigen Person. Ein Viertel wird vom behandelnden Arzt überwiesen. Die übrigen Überweisungsinstanzen sind: die Familienberatungsstelle (8,3 % der Fälle), die Spitäler (7,5 %), die Invalidenversicherung (2,4 %) und das Rote Kreuz (2 %).

Das PSZ Bulle scheint im Bezirk gut bekannt zu sein. Seit seiner Eröffnung hat seine Klientel um 50 % zugenommen. Die Zahl der im Jahr 2002 neu behandelten Personen entspricht 1 % der Bezirksbevölkerung. Die neuen Fälle des PSZ Bulle kommen zu zwei Dritteln aus dem Greyerzbezirk, zu 16 % aus dem Vivisbachbezirk und zu 11 % aus dem Glanebezirk. Der Rest verteilt sich auf die Bevölkerung der übrigen Bezirke.

Die neuen Fälle sind zu 7,5 % IV-Fälle, zu 4 % Arbeitslose und zu 4,5 % Altersrentnerinnen und -rentner.

3. Weitere Tätigkeiten

a) Beratungsstelle Freiburg-Stadt

Der Chefarzt-Direktor hielt mehrere Referate für seine Berufskolleginnen und -kollegen sowie für verschiedene Vereinigungen. Er leitete ein Fortbildungsseminar für psychosomatische Medizin. Er beteiligte sich an mehreren Tagen zum Thema der nationalen Gesundheitspolitik. Er unterrichtete weiterhin Psychopharmakologie am Psychologischen und am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg. Er stellte die Supervision der Eheberatungsstelle sicher. Er amtierte als Stellvertreter in der beratenden Kommission für die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug. Er ist Vorstandsmitglied der freiburgischen Gesellschaft für psychische Hygiene.

Der für die UST verantwortliche Chefarzt-Vizedirektor trug zu einem vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt organisierten Erziehungsprogramm für Automobilisten bei, die wegen Alkohol am Steuer verzeigt werden. Es geht dabei um die Auswirkungen von Alkohol auf die kognitiven Fähigkeiten und das Verhalten beim Autofahren. Er ist auch Mitglied des Collège romand des médecins de l'addiction (Coroma), einer Arbeitsgruppe, die sich unter anderem mit der Qualitätsverbesserung in der Betreuung Drogenabhängiger durch die Ärzteschaft des Kantons Freiburg befasst. Er hielt Vorlesungen zur Suchthematik am Psychologischen Institut der Universität Freiburg und im Rahmen der psychiatrischen Weiterbildung. Er amtierte als Präsident der kantonalen Kommission für die Bekämpfung der Suchtmittelabhängigkeit und beteiligte sich an zwei Kongressen über Psychiatrie und Suchtkrankheiten.

Der für die Liaison-Psychiatrie verantwortliche Leitende Arzt hielt mehrere Fortbildungsseminare für das assistenzärztliche Personal des Kantonspitals und für das Pflegepersonal Seminare zur Einführung in den psychosozialen und systemischen Denkansatz ab. Er wurde ordentliches Mitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Liaison-Psychiatrie und beteiligt sich regelmässig an den interdisziplinären Kolloquien am Kantonsspital zu schlafmedizinischen Fragen.

Eine Sozialarbeiterin beteiligte sich an der institutionsübergreifenden Arbeitsgruppe für die Schaffung eines Tageszentrums in Freiburg. Dies führte zur Eröffnung des «Banc public» im Oktober.

Eine Sozialarbeiterin beteiligte sich an einem interdisziplinären Kolloquiumstag in Sitten zum Thema «Rehabilitation und Eingliederung: die Implikation der Person im Prozess» sowie am Freiburger SHG-Tag zum Thema «Interdisziplinäre Zusammenarbeit: worum es für das Sozialhilfesystem und seine Partner geht».

Wie alljährlich beteiligte sich der Sozialdienst an der Organisation des nationalen Tages für die Solidarität mit alkoholkranken Personen. Dieses Jahr galten die Information und Sensibilisierung dem Thema «Frauen und Alkohol».

b) Psychosoziales Zentrum Bulle

Der ärztliche Vizedirektor und Verantwortliche des PSZ Bulle organisierte als Präsident der freiburgischen Gesell-

schaft für psychische Hygiene einen Vortrag zur Stressprävention bei Ehepaaren. Ausserdem wirkte er im Vorstand der Westschweizer Sektion der Schweizerischen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie. Er war ferner tätig im Westschweizer Verband für psychoanalytische Psychotherapie (ARPP), in der Schweizerischen Gesellschaft für Hypnose sowie in der Freiburger Gesellschaft für Familientherapie und systemische Intervention (AFRITHEF). Mit dem psychosozialen Zentrum La Chaux-de-Fonds zusammen führte er eine Team-Supervision ein, und ausserdem stellte er ein wöchentliches Kolloquium sicher, das der Verbindung zwischen der Zweigstelle Bulle und dem Psychiatrischen Spital Marsens gilt.

Eine Krankenschwester führte Supervisionen durch, die dem psychiatrischen Aspekt der spitalexternen Krankenpflege des Greyerzbezirks galten, und supervisierte im gleichen Bezirk auch den Dienst für Familienhilfe.

Die Psychologin und eine Krankenschwester leiteten eine Informationsgruppe zur Unterstützung von Angehörigen depressiver Patientinnen und Patienten.

Das ganze Team arbeitete an einer Verbesserung der dienstinternen Kommunikation und führte zu diesem Zweck eine Datei mit interdisziplinären Mitteilungen ein.

Die Sozialarbeiterin beteiligte sich an einer sozialmedizinischen Koordinationsgruppe des Glane- und des Greyerzbezirks. Im Sinne einer sozialen Rehabilitation organisierte sie im psychosozialen Zentrum 4 Ausstellungen mit Zeichnungen und Gemälden von Patientinnen und Patienten. Sie stellte den Austausch mit ihren Kolleginnen und Kollegen des psychosozialen Zentrums Freiburg und des Psychiatrischen Spitals Marsens sicher. Zusammen mit den Krankenschwestern beteiligte sie sich an der Planung neuer Präventionsgruppen für die Patientinnen und Patienten.

c) Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG)

Nach dem Rekordjahr 2001 verzeichnete die OHG-Beratungsstelle des PSZ einen weiteren Anstieg der Nachfrage. Mit 91 neuen Dossiers wurde ein Neuzuwachs von 21,1 % verzeichnet. In Berücksichtigung der vom Vorjahr her offenen Dossiers wurden 151 Dossiers (davon 29 in deutscher Sprache) bearbeitet (100 im Jahre 2001).

2002 wurden 188 Personen begleitet (einschliesslich der indirekten Opfer). Auch diese Zahl stieg gegenüber dem Vorjahr (+ 45,7 %), was bedeutet, dass sich in den letzten zwei Jahren die Zahl neuer begleiteter Personen verdoppelt hat (+ 108,8 %).

28,2 % der Betreuten waren Opfer von Verkehrsunfällen.

Eine Mitarbeiterin schloss dieses Jahr ihre im Jahr 2001 begonnene OHG-Grundausbildung ab. Ein Mitarbeiter absolvierte eine Fortbildung zum Thema Resilienz. Verschiedene Mitarbeiter/innen nahmen an der zum 10. Jahrestag des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes organisierten Tagung «Von der Chance im Unglück – wie Kinder die Auswirkungen von Trauma und Gewalt bewältigen» sowie am kantonalen OHG-Tag teil. An der letzteren Veranstaltung beteiligte sich ein Mitglied des Beratungsteams als Referent.

Das Team der OHG-Beratungsstelle beteiligte sich weiterhin an der kantonalen OHG-Koordination unter dem Vorsitz des kantonalen Sozialdienstes und arbeitete nach wie vor mit den beiden anderen OHG-Beratungsstellen des Kantons zusammen. Es beteiligte sich auch an der kantonalen Koordinationsgruppe gegen Gewalt in der Familie, deren Bericht demnächst vorliegen wird. Die Arbeitsgruppe für die Begleitung von gewalttätigen Personen strebt weiterhin die Errichtung der Behandlungsstruktur «Expression» an.

Auf Westschweizer Ebene setzte sich die Mitarbeit in der Coordination romande des praticiens LAVI (COROLA) fort, und einer der Mitarbeiter des PSZ führt nach wie vor den Vorsitz. Für den deutschsprachigen Kantonsteil beteiligte sich die OHG-Mitarbeiterin an den Zusammenkünften der Arbeitsgemeinschaft Opferhilfe-Beratungsstellen der Region 2.

VI. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst befasst sich als öffentlicher Dienst mit der ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen Betreuung der minderjährigen Bevölkerung des Kantons Freiburg. Im Jahr 2002 bot der KJPD weiterhin seine Sprechstunden an der Poliklinik Freiburg und die Regionalsprechstunden am Spital des Seebezirks in Meyriez sowie am Interkantonalen Spital der Broyeregion (HIB), Standort Estavayer-le-Lac, an. Er eröffnete eine dritte Regionalsprechstunde im Zentrum von Bulle – dies erwies sich wegen des Wegzugs des einzigen privaten Kinder- und Jugendpsychiaters aus Bulle als unumgänglich. Der KJPD stellt weiterhin auch die psychiatrische Konsultation und Liaison-Psychiatrie für Kinder und Jugendliche im Kantonsspital und (selten und auf Gesuch) in den übrigen öffentlichen Spitälern des Kantons sicher.

1. Personal

Anfangs 2002 bestand das pluridisziplinäre Team des KJPD (8,8 Vollzeitstellen) aus einem Chefarzt und einem Oberarzt (Vollzeit), einer Oberärztin und vier Assistenzärztinnen (Teilzeit), drei Psychologinnen-Psychotherapeutinnen, einem Sozialarbeiter, einem Psychologie-Praktikanten, drei Sekretärinnen sowie einem Verwaltungsadjunkten (alle mit Teilpensum). Im Laufe des Jahres konnte dank der Zuteilung einer neuen 100 %-Stelle der Oberarztposten in die Stelle eines stellvertretenden Chefarztes umgewandelt und der Psychologiesektor durch eine dritte Kollegin verstärkt werden (9,8 Vollzeitstellen).

2. Haupttätigkeiten

a) Konsultationen in der zentralen Poliklinik

Trotz der Eröffnung regionaler Sprechstunden blieb die Nachfrage an der Poliklinik gross. Dies zwang den Dienst zu einer systematischen Beurteilung der Anmeldungen, um die Patientinnen und Patienten allenfalls an andere Gesundheitsfachleute und psychosoziale Dienste weiter-

leiten zu können. Trotz dieser Politik standen am Jahresende immer noch 55 Fälle auf der Warteliste. Der Dienst versucht durch verschiedene Interventionen diese Liste abzubauen, indem er namentlich systematisch mit den darin aufgeführten Familien Kontakt aufnimmt, um herauszufinden, welche Fälle besonders dringend sind.

b) Regionale Sprechstunden

Mit der Eröffnung einer dritten Regionalsprechstunde in der Stadt Bulle verfolgte der KJPD die Umsetzung dieses für die Sozialpsychiatrie typischen Konzeptes weiter, wonach bevölkerungsnah Dienstleistungen angeboten werden sollen. Angesichts der steigenden Nachfrage in den Regionalsprechstunden ist eine Erhöhung des Personalbestandes in den kommenden Jahren vorgesehen.

c) Konsultationen und Kolloquien in der pädiatrischen Abteilung des Kantonsspitals

Die liaison-psychiatrische und konsiliarische Mitarbeit in der pädiatrischen Abteilung des Kantonsspitals wurde verstärkt weitergeführt. Die Leistungen des Dienstes beinhalten zweiwöchentliche Kolloquien für Fallbesprechungen mit dem Ärzteteam, rasche konsiliarische Interventionen, die Begleitung und Supervision der Pflgeteams, um eine gute Qualität der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit psychosomatischen Störungen (Liaison-Psychiatrie) zu gewährleisten.

Dank der Mitarbeit des Leitenden Arztes der Pädiatrie, einem Facharzt für pädiatrische Gastroenterologie, konnte übrigens die Sprechstunde für Kinder mit Störungen auf diesem Gebiet aufrechterhalten werden. Dieses «Tandem»-Angebot erleichtert die bio-psycho-soziale Betreuung der betroffenen Kinder und wird auch von den Eltern geschätzt.

d) Zusammenarbeit mit weiteren Diensten und Institutionen

Der KJPD ist ein spezialisierter medizinischer Dienst, der auf dem Gebiet des Kindes- und Jugendalters tätig ist. Somit gehört er zu einem System von Diensten, Fachleuten und Instanzen, die sich ebenfalls mit dieser Altersklasse befassen. Im Jahr 2002 arbeitete der Dienst mit zahlreichen anderen Akteuren zusammen, wie zum Beispiel mit der Pädiatrie des Kantonsspitals, den Jugend-Abteilungen des Psychiatrischen Spitals Marsens, dem kantonalen Jugendamt (JA), den Schuldiensten, dem ambulanten Dienst für Erziehungsfragen, den Vormundschaftsbehörden, der Familienberatungsstelle, dem therapeutischen Tageszentrum, dem Office familial der Stadt Freiburg und seinem Säuglingspflegedienst, den Jugend- und Friedensrichtern, den Gerichten und den Sonderheimen für Kinder und Jugendliche. Somit ist der Dienst eine spezialisierte Anlaufstelle im System der Betreuung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, sobald Probleme psychologischer, psychosozialer und psychosomatischer Art auftreten.

Die Zusammenarbeit mit den Säuglingspflegerinnen des Office familial erweist sich als sehr nützlich und wird von den Eltern sehr geschätzt, vor allem von den Müttern der

ganz Kleinen. Dieses «Tandem»-Projekt dient der Gesundheitsförderung und Prävention und wird vom Amt für Gesundheit anerkannt und unterstützt. Es könnte als Vorbild für andere Kantone und Regionen dienen. Eine kinder- und jugendpsychiatrische Assistenzärztin wohnt den Sprechstunden der Säuglingspflegerinnen regelmässig bei. Der Chefarzt beaufsichtigt nach wie vor die Arbeit des Teams.

Der KJPD ist auch in das interdisziplinäre und institutionsübergreifende Projekt einer Therapiegruppe für übergewichtige Kinder integriert. Angesichts der dramatischen Zunahme der Anzahl von übergewichtigen Kindern und Jugendlichen wird dieses Angebot, das vom «Netzwerk Essstörungen» vorbereitet wurde, immer notwendiger. Es ist zu bedenken, dass dieses Problem in den kommenden Jahren eine Hauptsorge im Gesundheitswesen darstellen wird.

3. Weitere Tätigkeiten

2002 feierte der KJPD sein zehnjähriges Bestehen. Dieses wichtige Ereignis fiel mit dem internationalen Tag der psychischen Gesundheit zusammen (*World Mental Health Day*), der alljährlich am 10. Oktober stattfindet. Im Jahr 2002 war er einem das Kindes- und Jugendalter betreffende Thema gewidmet: den Auswirkungen von Traumen und Gewalt auf Kinder und Jugendliche. Die wissenschaftliche Tagung unter dem Titel «Von der Chance im Unglück – wie Kinder die Auswirkungen von Trauma und Gewalt bewältigen» mit renommierten Rednerinnen und Rednern zog rund hundert Fachleute aus der ganzen Schweiz an. Eine Veröffentlichung der Vorträge ist vorgesehen.

Zur Illustrierung der Interventionen in einem Fall von Mehrfachtrauma sei hier ein Beispiel aufgeführt (Namen und Umstände abgeändert). Judy ist in einem fernen Land geboren. Während mehreren Jahren, über die niemand Bescheid weiss, lebte sie als Strassenbettlerin. Eine kurze Zeit verbrachte sie auch in einer Familie, wo sie geschlagen wurde. Sie lief davon und suchte Zuflucht auf Bahnhöfen, wo sie übernachtete. Später lebte sie bei Prostituierten, erlebte Gewaltszenen, wurde vermutlich vergewaltigt und arbeitete als Kinderprostituierte. Noch heute kann sie nicht sagen, woher die Narben auf ihrem Körper rühren. Vor ihrer Adoption lebte sie in einem Heim ihrer Geburtsstadt. Bei ihrer Ankunft in der Schweiz befand sich Judy in einem elenden physischen und emotionalen Zustand. Sie machte den Eindruck einer Sechsjährigen, war aber sicher drei bis fünf Jahre älter. Im Kindergarten lernt sie schnell die Sprache ihres Aufnahmelandes und hat keine Probleme bei den schulischen Leistungen. Jedoch unterliegt sie starken Stimmungswechseln, droht oft, davon zu laufen und macht ihren Adoptiveltern unaufhörlich Vorwürfe. Die Adoptivmutter wendet sich an den Erziehungsberatungsdienst und an die Vormundschaftsbehörden. Judy wird in einem Heim untergebracht und droht mit Selbstmord. Die Situation verschlechtert sich derart, dass die Adoptiveltern sich gezwungen sehen, den Kontakt abzubrechen. Heute ist Judy in einer Pflegefamilie für Kinder in Schwierigkeiten untergebracht und absolviert eine Schulausbildung, dank der sie künftig einen Beruf ergreifen kann. Wegen

ihrer Distanzlosigkeit gegenüber ihrem Umfeld bleibt sie jedoch ein Risikokind. Sie wendet sich an Unbekannte und begründet dies damit, dass sie einen Freund suche. Judy leidet nach wie vor an erheblichen Schlafstörungen und Alpträumen, aus denen sie schreiend erwacht und nach denen sie nur schwer zu beruhigen ist. Sie fühlt sich zutiefst traurig, auch wenn sie sich nach aussen fröhlich zeigt. Nach einer Beurteilung ihrer Situation und ihres psychischen Funktionierens willigt sie in eine individuelle Psychotherapie, die Behandlung mit einem Antidepressivum und die Zusammenarbeit mit ihren Pflegeeltern und den Lehrpersonen ein.

Im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit erteilten der Chefarzt und sein Stellvertreter mehrere Vorträge und Referate zu Themen der Kinder- und Jugendpsychiatrie, wie zum Beispiel: psychiatrische Störungen im Kindes- und Jugendalter, Suizidprävention bei Jugendlichen, Haschischkonsum und Prävention, Entwicklungsstörungen, schwierige Kinder usw.

Der Chefarzt und sein Stellvertreter lehrten weiterhin an der Krankenpflegeschule, die zu einer Ausbildungsstätte der Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit (FH-GS) geworden ist. Sie beteiligten sich auch an Informationsabenden des Vereins «Eltern, Jugendliche und Haschisch». Die Verantwortliche des Psychologiesektors arbeitete weiterhin in der Arbeitsgruppe zur Verhütung von Misshandlung und sexueller Ausbeutung (GRIMABU) mit, und der Chefarzt oder sein Stellvertreter waren regelmässig bei den Sitzungen des CAN-Teams anwesend, einer Arbeitsgruppe, die sich mit Situationen befasst, in denen Verdacht auf Vernachlässigung, Misshandlung oder sexuelle Ausbeutung besteht.

Im Laufe des Jahres wurde der Chefarzt mehrere Male zu einem Beitrag an verschiedenen wissenschaftlichen Kongressen und Kolloquien eingeladen. So hielt er im März 2002 am Symposium «Das Wohl des Kindes morgen und übermorgen» einen Vortrag zum Thema «Kindeswohl, ein fragiles Gut angesichts der ökologischen und politischen Weltsituation».

Im Mai 2002 beteiligte sich der Chefarzt anlässlich des ersten nationalen und interdisziplinären Kongresses zur Suizidprävention («Suizid – Die Gesellschaft in der Konfrontation mit einem Tabu») an einem Workshop über die wirtschaftlichen Aspekte der Suizidprävention («Suizidprävention – eine lohnende Aufgabe im Gesundheitswesen»). Eine Veröffentlichung der Kongressakten ist vorgesehen.

Bei einem Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie (SGSP) zum Thema «Die Psychiatrie der Schweiz im internationalen Vergleich» stellte der Chefarzt des KJPD (seit mehreren Jahren Vorstandsmitglied) seine Vision für die Planung der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen dar.

Als Mitglied der eidgenössischen Kommission für Familienfragen beteiligte sich der Chefarzt an der Leitung eines Workshops an der wissenschaftlichen Jahrestagung der Kommission über «familiäre Leistungen»), die im September 2002 in Solothurn stattfand.

Am 5. September 2002 wurde der Chefarzt des KJPD zum Präsidenten der Schweizerischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie (SGKJP) gewählt. Dieses Amt ist mit bestimmten Tätigkeiten auf Bundesebene verbunden, namentlich mit dem gesamtschweizerischen Projekt PNS, «Nationale Gesundheitspolitik Schweiz, NGP-CH», dessen Teil «Psychische Gesundheit» sehr spezifisch das Gebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie betrifft. Der dem Chefarzt des KJPD erteilte Auftrag dürfte dazu beitragen, dass das kinder- und jugendpsychiatrische Angebot im Kanton Freiburg im Vergleich mit übrigen kinder- und jugendpsychiatrischen Diensten des Landes sehr gut abschneidet.

Der KJPD engagierte sich weiterhin in der Ausbildung künftiger Psychiater und Psychologen-Psychotherapeuten für Kinder und Jugendliche. Diese Weiterbildung muss sich an die Richtlinien des von der FMH angenommenen und vom Bundesamt für Gesundheit kontrollierten Ausbildungsprogramms halten. Mehrere Mitglieder des Teams stehen in psychotherapeutischer Ausbildung nach psychodynamischen oder kognitiv und verhaltenstherapeutischem Ansatz. Der stellvertretende Chefarzt schloss seine Management-Ausbildung für die oberen Kader des Kantons ab und der Chefarzt setzt seine Weiterbildung in Public Health fort. Der Dienst lädt nach wie vor externe Fachleute zu verschiedenen Seminaren und Vorträgen ein, wie zum Beispiel im Dezember zum Thema Kriseninterventionen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

4. Veröffentlichungen

Haemmerle Patrick (2002): Umweltzerstörung, Krieg und Elend. Kinder haben ein Recht darauf, ohne strukturelle Gewalt aufzuwachsen. In: Zeigen Sie Stärke: Keine Gewalt an Kindern. Broschüre Nr. 5 der Reihe «Gewaltfreie Erziehung». Kinderschutz Schweiz, Bern.

Haemmerle Patrick (2003): Kindeswohl – ein fragiles Gut angesichts der ökologischen und politischen Weltsituation. In: Kaufmann Claudia und F. Ziegler, Hrsg.: Kindeswohl – eine interdisziplinäre Sicht. Verlag Rüegger, Zürich.

5. Statistik

Anzahl

• neue Fälle:	436
• alte Fälle:	182

Besondere Leistungen und Interventionen

• Notfälle (Intervention innert 24 Stunden nach Meldung)	15
• Gutachten (Zivilrecht, Strafrecht, Militär, IV, OHG)	17
• Konsilien	28
• Rückzüge	50
• Warteliste am 31.12.02	55

Die folgenden Daten betreffen nur neue Fälle:

Alter

• 0 – 5 Jahre	87
• 6 – 12 Jahre	190

• 13 – 16 Jahre	128
• 17 – 18 Jahre	26
• über 18 Jahre	5
	<u>436</u>

Geschlecht

• weiblich	174
• männlich	262
	<u>436</u>

Sprache

• französisch	363
• deutsch	72
• andere	1
	<u>436</u>

Auf Anmeldung durch

• Mutter	298
• Vater	30
• Patient/in selber	10
• Drittpersonen	98
	<u>436</u>

Verteilung nach Bezirk

• Saane	202
• Sense	30
• Greyerz	68
• See	29
• Glane	29
• Broye	53
• Vivisbach	12
• Ausserkantonale	12
	<u>436</u>

Diagnosen

Wie in den Vorjahren befanden sich vor allem die «Verhaltens- und emotionalen Störungen» an der Spitze der erhobenen Befunde (diese Gruppe umfasst auch die Fälle von Aufmerksamkeitsdefizit mit Hyperaktivität, ADHA), gefolgt von den «Anpassungs- und neurotischen Störungen». Als typische Störungen für das Kindes- und Jugendalter folgen die «somatischen, psychosomatischen oder mit physiologischen Problemen verbundenen Störungen», die auch die immer häufiger auftretenden Essstörungen wie Anorexie und Bulimie umfassen. Es folgen die «Entwicklungsstörungen» einschliesslich der seltenen Fälle von «echtem» Autismus, und die «depressiven Störungen». Die eine «geistige Entwicklungsverzögerung» aufweisenden Kinder werden normalerweise in die Institutionen für Sonderunterricht integriert und bilden daher eine nur kleine Gruppe in der vom KJPD betreuten Population. Hingegen sind die «psychosozialen Störungen oder abnormen psychosozialen Zustände» sehr zahlreich, wobei 2-3 psychosoziale Faktoren bei den meisten der untersuchten Kinder anzutreffen sind – als pathogen qualifizierte Störungen, die zumindest teilweise für die Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit verantwortlich sind.

VII. Kantonales Laboratorium

1. Personal

Zum Personal gehören der Kantonschemiker, zwei Chemiker, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zu 50 %, vier Lebensmittelinspektoren (davon einer bis Ende Juni), ein Lebensmittelinspektor-Anwärter, ein Trinkwasser- und Giftinspektor, zwei Sekretärinnen, eine Büroangestellte zu 50 %, vier Laborantinnen (davon zwei zu 50 %), drei Laboranten, eine Gehilfin.

2. Aufträge des Kantonalen Laboratoriums

Das Kantonale Laboratorium ist damit betraut, die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten vor gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zu schützen. Es hat auch darüber zu wachen, dass der Umgang mit Lebensmitteln unter guten Hygienebedingungen erfolgt und die Konsumentinnen und Konsumenten vor Irreführung bezüglich Lebensmitteln geschützt werden. Zu diesen Aufgaben kommen die Überwachung der Qualität des Badewassers (Schwimm- und Strandbäder), die Aufsicht über den Handel mit Giften und die Anwendung der landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung.

Die Interventionen des Kantonalen Laboratoriums erfolgen in Form gezielter Stichproben und konzentrieren sich in erster Linie auf die Punkte, wo die Gesundheitsgefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten und die Täuschungsgefahr am grössten sind. Der Selbstkontrolle der Betriebe wird grosser Wert beigemessen.

Dank der aktiven Teilnahme des Kantonalen Laboratoriums an konzertierten Aktionen auf nationaler oder regionaler Ebene im Analyse- oder Inspektionsbereich kann die Lebensmittelsicherheit im Kanton mit derjenigen in den anderen Kantonen verglichen werden.

3. Tätigkeit im Jahr 2002

a) Analysen und Beanstandungen

Bezeichnung	Untersuchte Proben	Beanstandete Proben
Wasser	3 125	345
Andere Lebensmittel	881	194
Kosmetika und andere Gebrauchsgegenstände	35	24
Verschiedene Objekte	99	–
Total	4 140	563

b) Einige Tätigkeiten im Überblick

Lebensmittelsicherheit an der Expo.02

Im Rahmen der Vorbereitung auf die Expo.02 verlangten die vier betroffenen Kantonschemiker (BE, FR, NE, VD) von der Expo-Leitung die Einsetzung einer wirksamen Selbstkontrolle für die Lebensmittelbetriebe.

Zwischen Januar und Mai 2002 führten die Inspektoren des Kantons Freiburg 150 Inspektionen in den Betrieben bei den Ausstellungsstätten durch. Ausserdem wurde das

Wasser von 90 öffentlichen Brunnen untersucht; 6 Brunnen mussten mit einer Plakette «Kein Trinkwasser» versehen werden. Während der Expo.02 wurden stichprobenartige Inspektionen durchgeführt.

In der Freiburger Region wurde während der Ausstellung keine Lebensmittelvergiftung verzeichnet. Die Kontrollen haben gewiss zu diesem positiven Ergebnis beigetragen.

Geschnittene und verpackte Fleischprodukte

In den vergangenen Jahren waren diese Produkte häufig Gegenstand von mikrobiologisch begründeten Beanstandungen. Für eine Verbesserung der Situation kontrollierten die Lebensmittelinspektoren 11 Hausmacherbetriebe, deren Produkte beanstandet worden waren. Es galt vor allem die Ursachen der ungenügenden mikrobiologischen Qualität aufzudecken. Auf die folgenden Punkte wurde besonders Wert gelegt: die Regelung der Temperaturen, die Dauer der Produktlagerung und Kontaminierungen.

Die Inspektionen ergaben:

- Die Oberflächen-Kontaminierung der Produkte (Schneidemaschinen, Arbeitsflächen, Gefässe) und die Kontaminierung mit den Händen stellen den heikelsten Punkt dar.
- Die Dauer der Produktkonservierung, die zwischen 6 bis 12 Tagen liegt, wird nicht auf Grund strenger Kriterien bestimmt.
- Die Konservierungstemperaturen werden gut eingehalten.

Die Kontrolltätigkeit wird im Jahr 2003 fortgesetzt. Sie erstreckt sich auf die kritischen Punkte, die unzureichend bewältigt werden.

Greyerzer AOC – Verfolgung von Täuschungen

Der Berufsverband der Hersteller von Greyerzer Käse informierte das Kantonale Laboratorium Freiburg darüber, auf dem Markt sei ein Produkt, das unter der Bezeichnung «type Gruyère» verkauft werde. Eine solche Bezeichnung ist nach Artikel 20 der eidgenössischen Lebensmittelverordnung (LMV: SR 817.02) verboten. Zudem verstösst sie gegen die Bestimmungen der GUB/GGA-Verordnung und das Pflichtenheft für die Herstellung von Greyerzer mit geschützter Herkunftsbezeichnung.

Das Kantonale Laboratorium Freiburg übergab den Fall dem Kantonschemiker desjenigen Kantons, der von der für das Produkt verantwortlichen Firma betroffen ist. Dieser untersagte die Bezeichnung «type Gruyère». Vierzehn Tage nach dem Einschreiten des Kantonschemikers war die Benennung berichtigt worden.

Deklaration von importiertem Fleisch

Nach der landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) muss importiertes Fleisch aus in der Schweiz verbotener Produktion mit dem Hinweis «kann mit Hormonen als Leistungsförderer erzeugt worden sein» und/oder «kann mit Antibiotika und/oder anderen antimikrobiellen Leistungsförderern erzeugt worden sein» deklariert werden.

Im Rahmen einer schweizerischen Kampagne überprüfte das Kantonale Laboratorium die Einhaltung dieser Bestimmungen. Für die grossen Verkaufsflächen und die Hauptverteiler fanden schon in den Jahren 2000 und 2001 zwei Kampagnen statt; die heutige Situation kann in diesen Betrieben als verhältnismässig gut bezeichnet werden. In den kleineren Läden und in der Restauration hingegen wird die Deklarationspflicht noch nicht gut eingehalten: rund zwei Drittel der inspizierten Betriebe wurden beanstandet. Die Kontrollen werden im Jahr 2003 fortgesetzt.

Milchprodukte und Trinkwasser in Molkereibetrieben

Nachdem in der Schweiz von europäischen Inspektoren in der Kontrolle der Milchprodukteherstellung Mängel festgestellt worden waren, wurde vereinbart, dass die kantonalen Laboratorien eine Analyse der Milchprodukte und des Wassers, mit dem die Betriebe versorgt werden, vornehmen und dabei die Wünsche des Bundesamtes für Veterinärwesen (BVET) berücksichtigen. Ferner wurde vereinbart, dass sie diesem Amt die Analyseergebnisse nach einem einfachen Modell liefern. Diese nationale Aktion dauert vom 30. Juli 2002 bis zum 1. August 2003.

In Berücksichtigung des Umfangs seiner Milchproduktion muss der Kanton Freiburg rund 10 % sämtlicher Proben des schweizerischen Gebietes untersuchen.

Ausser den vorgeschriebenen mikrobiologischen Parametern prüft das Kantonale Laboratorium im Rahmen dieser Kampagne auch verschiedene Kriterien der Zusammensetzung sowie die Konformität der Angaben auf den Verpackungen vorverpackter Produkte. Die Beanstandungsrate bei den im Jahr 2002 entnommenen Proben liegt bei 19 % nach mikrobiologischen Kriterien, 11 % nach chemischen Kriterien und 16 % nach Deklarationskriterien; 29 % der entnommenen Wasserproben wurden beanstandet.

Kuhmilch in Geisskäse

Als «Geisskäse» bezeichneter Käse darf nur aus Ziegenmilch hergestellt werden. Die aus der Molekularbiologie abgeleitete PCR-Technik kann namentlich zum Nachweis von Kuhmilch in Ziegenkäse verwendet werden. Im Rahmen einer Westschweizer Kampagne untersuchte das kantonale Laboratorium Neuenburg neun Proben von Geisskäse aus dem Kanton Freiburg. Keiner dieser Käse enthielt Kuhmilch in nachweisbarer Menge. Diese Ergebnisse bestätigen die Resultate der seit mehreren Jahren im kantonalen Laboratorium Freiburg praktizierten Beta-Karotin-Analyse. Die positive Bilanz ist gewiss auch den Kontrollen zu verdanken, die das Kantonale Laboratorium seit mehreren Jahren durchführt.

Fremdpartikel in Trinkwasser

Im Trinkwasser kommen viele von Auge oder nur im Mikroskop sichtbare Fremdpartikel vor, die grosse Unterschiede in Aussehen, Grösse, Dichte, Zusammensetzung, Herkunft und Auswirkungen aufweisen können. Gemeinsam ist ihnen, dass sie im Wasser unlöslich sind. Gutes Quell- oder Grundwasser ist praktisch frei von Fremdparti-

keln, denn diese werden in den ersten 50 Zentimetern des Bodens, die als Filter wirken, zurückgehalten. Bei der Präparierung des Oberflächenwassers für den Konsum ist die Eliminierung der Fremdpartikel eines der obersten Gebote.

Das Vorkommen von Fremdpartikeln verweist in den meisten Fällen auf ein Qualitätsproblem. Wenn die Art dieser Partikel bestimmt werden kann, ist schon ein wichtiger Schritt zur Lösung des Problems getan. Für die Identifizierung bedarf es der Kenntnisse mehrerer Disziplinen: Chemie, Physik, Botanik, Zoologie und Technologie. Hier eine Aufzählung von Fremdpartikeln, die vom Kantonalen Laboratorium in Wässern gefunden wurden: Algen, Amöben, Bariumsulfat, biologisches Gewebe, Manganoxyd, Fliegeneier, Gummi aus Dichtungen, Gips, Hanfabfälle, wirbellose Tiere, Ionenaustauscherharz, Kesselstein, Kohlepartikel, Kupferoxyd, Pilzhyphen, Protozoen, Quarz, Quecksilber, Rost (Eisenoxyd), Sand, Schimmel, Silikat, Sphaerotilus natans, Sporen, Wurzelteile, Zink-«Griess».

Produktekennzeichnung

Die Lebensmittelkennzeichnung ist recht häufig mangelhaft. Es stimmt, dass es je nach Produkt schwierig sein kann, eine korrekte Kennzeichnung zu realisieren. Sie muss aber zu einer korrekten Information der Konsumentinnen und Konsumenten beitragen, namentlich über die Art des Lebensmittels, die für die Herstellung verwendeten Rohstoffe, die Herkunft und die Haltbarkeit. Sie kann entscheidend sein für Personen, die auf bestimmte Lebensmittelkomponenten allergisch sind, oder um sicherzustellen, dass Spuren zurückverfolgt werden können.

Um Personen bei der Herstellung oder der Kontrolle von Lebensmittelkennzeichnungen behilflich zu sein, hat das Kantonale Laboratorium zwei Dokumente erstellt, die auf seiner Website zur Verfügung sind: «Kennzeichnung vorverpackter Lebensmittel» und «Gesuch um die Beurteilung der Kennzeichnung eines vorverpackten Lebensmittels».

Weitere Tätigkeiten in Kürze

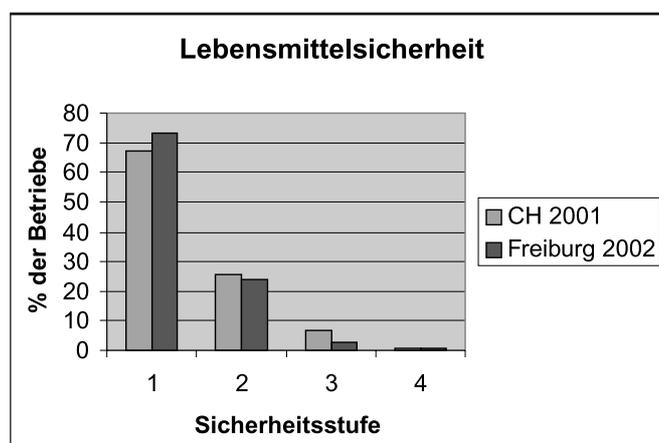
- Bei den Inspektionen wurde festgestellt, dass die Abstempelung von Eiern vorschriftsmässig erfolgt.
- Die untersuchten Bioerzeugnisse enthielten keine Pestizidrückstände.
- Die im Jahr 2002 untersuchten Fische aus den Fischzuchten des Kantons waren frei von Arzneimittelrückständen. Offensichtlich wurden infolge der Beanstandungen in den letzten Jahren Massnahmen ergriffen.
- Von 32 einheimischen und importierten Honigen wurden 2 importierte Honige wegen Antibiotikarückständen in normüberschreitender Konzentration beanstandet.
- Die mikrobiologische Qualität einiger untersuchten Eiscremes und Softeiscremes war in Ordnung.
- Der Schwermetallgehalt der untersuchten Getreide war sehr niedrig und lag unterhalb der Normen.
- Die untersuchten Salate wiesen geringe Rückstände fremder Substanzen und von Nitrat auf. Mit einer Aus-

nahme jedoch: ein Salat hatte einen Nitratgehalt von 5600 mg/kg, weit über dem neuen Toleranzwert von 4500 mg/kg. Es ist dies der höchste Wert, den das Kantonale Laboratorium seit Jahren gemessen hat.

Lebensmittelsicherheit in den Betrieben des Kantons

Nach dem von den Kantonschemikern im Jahr 2000 erstellten Konzept wird jeder inspizierte Betrieb einer der vier folgenden Sicherheitsstufen zugeordnet:

Stufe 1: Sicherheit gewährleistet:	keine Mängel;
Stufe 2: beschränkte Sicherheit:	Mängel ohne direkte Auswirkung auf die Lebensmittelqualität;
Stufe 3: gefährdete Sicherheit:	erhebliche Mängel und Fehler;
Stufe 4: Sicherheit nicht gewährleistet:	schwere Mängel, gesundheitliche Gefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten.



Der Vergleich der Ergebnisse von 985 Inspektionen, die im Jahr 2002 im Kanton Freiburg durchgeführt wurden, mit denjenigen des Jahres 2001 für sämtliche Schweizer Betriebe zeigt, dass die Lebensmittelsicherheit der Freiburger Betriebe dem schweizerischen Durchschnitt entspricht. Die Ergebnisse der Kontrollen im Jahr 2002 dienen auch dazu, die Prioritäten für das Jahr 2003 zu bestimmen.

Radon

Die Messungen zeigten, dass der Kanton Freiburg keine Radonregion aufweist. Siehe hierzu die Pressemitteilung der Direktion für Gesundheit und Soziales vom 17. Juli 2002 und die Radon-Rubrik der Website des Kantonalen Laboratoriums.

4. Strafanzeigen

Acht Fälle wurden gerichtlich verzeigt:

- eine Pizzeria wegen Missachtung der Hygienevorschriften;

- eine Bäckerei und zwei Restaurants wegen wiederholter Missachtung der Hygienevorschriften;
- eine Privatperson wegen Verkaufs giftiger Aronstabblätter anstelle von Bärlauch;
- eine Firma wegen wiederholter Missachtung der Deklarationspflicht für importiertes Fleisch;
- eine Firma wegen Konsumententäuschung bei der Herkunftsbezeichnung von Rahm;
- eine Firma wegen wiederholten zu niedrigen Fettgehalts in Butter.

VIII. Krankenpflegeschule

Einführung

Das Jahr 2002 stellte einen Meilenstein dar, wurden doch zwei neue Ausbildungen an der Krankenpflegeschule aufgenommen. Die erste führt zum Krankenpflegediplom auf Fachhochschulstufe und die zweite zu einem EFZ als Fachangestellte/r für Gesundheit. Beide Ausbildungen entspringen dem neuen Ausbildungssystem für die Berufe des Gesundheitswesens, das vom Schweizerischen Roten Kreuz und der der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz in die Zuständigkeit des Bundes übergeht (BBT).

1. Organe

Unter dem Vorsitz der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektorin trat der Direktionsrat zu 6 Sitzungen zusammen. Er behandelte namentlich die folgenden Gegenstände:

- Prüfung der Jahresrechnung, der Bilanz und des Jahresberichts 2001 und Weiterleitung an den Staatsrat;
- Prüfung des Voranschlags für 2003;
- Anstellung von Lehrpersonal;
- Stellungnahme zur Revision des KPSG;
- Genehmigung der Einführung einer Übergangsstruktur in der Schule und eines Entwicklungsplans;
- Genehmigung diverser interner Richtlinien;
- Bezeichnung eines Verantwortlichen für den Ausbildungsgang EFZ Fachangestellte Gesundheit;
- Ersetzung mehrerer Mitglieder der Aufnahmekommission;
- Revision diverser interner Reglemente und Genehmigung eines Reglements der vorläufigen FH-Aufnahmekommission;
- Kenntnisnahme der Verordnung des Staatsrats vom 12. März 2002, gemäss der die Verantwortung für die Schule am 1. Januar 2003 an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport übergeht (EKSD).

Nebst der Wahrnehmung seiner statutarischen Aufgaben hielt sich der Direktionsrat über alle nationalen und Westschweizer Projekte im Zusammenhang mit den neuen FH-Studiengängen und der Ausbildung auf Sekundarstufe II (Fachangestellte Gesundheit) auf dem Laufenden.

2. Personal

Zum Personal gehören 1 Direktorin, 1 Adjunkt der Direktorin, 3 Vorsteherinnen und 1 Vorsteher für die französischsprachigen Abteilungen, 1 Vorsteherin für die deutschsprachige Abteilung, 1 verantwortliche Person für den FH-Studiengang, 1 verantwortliche Person für den EFZ-Ausbildungsgang, 2 Bibliothekarinnen mit Teilpensum, 1 Person für die Mediathek sowie interne Lehrpersonen, die 60,1 Vollzeitstellen besetzen, und zahlreiche nach Stunden bezahlte externe Dozentinnen und Dozenten (321); ferner 7 Personen (4 davon in Teilzeit) für die Verwaltung, 3 Personen in Teilzeit für den Gebäude- und Geländeunterhalt und 1 Abwart in Vollzeitstellung, der sein Gehalt vom Gebäudedepartement bezieht

3. Ausbildungsangebot der Schule

FH-Studiengang

Im Jahr 2002 wurde die Westschweizer Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit eröffnet (FH-GS). Im Januar trat das Westschweizer Sekretariat in Delémont in Betrieb und wurden die Verantwortlichen für die Studiengänge (10) und die Sektoren (3) bezeichnet. Der hiesige Verantwortliche für den Studiengang Krankenpflege an der Krankenpflegeschule wurde als Verantwortlicher der Konferenz der Studiengangsverantwortlichen bezeichnet und übt dieses Mandat zu 50 % für eine Dauer von 4 Jahren aus.

Im Oktober fanden sich die Studierenden an allen Westschweizer FH-Ausbildungsstätten ein und dieses Ereignis wurde durch Veranstaltungen während einer ganzen Woche begleitet. Vorträge, ein Café littéraire und eine Ausstellung der Produktionen Studierender wurden an der Krankenpflegeschule zu Ehren der 56 ersten FH-Studierenden (47 französischer und 9 deutscher Muttersprache) veranstaltet.

Mit dem Studiengangsverantwortlichen teilten seine Adjunktin für die Deutschsprachigen und 7 Verantwortliche für Ausbildungszyklen (4 französischer und 3 deutscher Muttersprache) die wichtige Aufgabe der Schaffung eines identischen Programms in zwei Sprachen und der Mobilisierung aller Kompetenzen des Lehrkörpers der Schule und einiger auf dem Praxisterrain tätigen Personen, um den Eintritt der Studierenden des ersten Zyklus (2 Jahre) vorzubereiten. Die Ausbildung ist so strukturiert, dass Theorie und Praktika einander abwechseln. Sie besteht aus einem Modulsystem mit Ausbildungsgutschriften und fördert somit die Flexibilität und Mobilität in der Ausbildung. Der Unterricht orientiert sich auf die Praxis eines Berufes hin, in dem komplexe und unvorhersehbare Situationen in einer interdisziplinären und polysektoriellen Perspektive bewältigt werden müssen.

Die FH-Ausbildung als Vollzeitstudium dauert 4 Jahre. Sie kann ab 2004 berufsbegleitend oder teilzeitlich absolviert werden.

EFZ-Ausbildungsgang / Fachangestellte Gesundheit

Unter der Ägide der Commission romande de la formation professionnelle (CRFP) und aufgrund der Reglementie-

rung, die vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), dem Schweizerischen Roten Kreuz und der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz (SDK) vorbereitet wurde, entstand eine neue Ausbildung. Ihr Programm erstreckt sich über 3 Jahre und bereitet die auszubildende Person darauf vor, selbständig und verantwortlich Berufssituationen zu bewältigen, in denen es gilt, zusammen mit dem qualifizierten Personal eines pluridisziplinären Teams Personen in den Aktivitäten des alltäglichen Lebens zu unterstützen oder diese Aktivitäten stellvertretend zu übernehmen. Somit sind sowohl Pflegeleistungen als auch andere, etwa logistische Dienstleistungen zu erbringen. Die Ausbildung dauert 3 Jahre. Sie wird durch einen Lehrvertrag geregelt, in dem die Schule die Rolle des Arbeitgebers übernimmt. Das 1. Jahr ist in Form eines «tronc commun» mit den Ausbildungen in Familienhilfe und Hauswirtschaft organisiert. Auf diese Weise kann die auszubildende Person noch im Laufe dieses 1. Jahres wählen, welchen Ausbildungsgang sie im 2. und 3. Jahr absolvieren wird, oder kann sich ihrer von Anfang an getroffenen Wahl vergewissern. Abgeschlossen wird die Ausbildung mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) gemäss Reglement des BBT.

Die Projektleiterin arbeitete für die Einführung dieses innovativen Projektes mit einem kleinen Team von Lehrpersonen und mit dem Centre d'économie familiale (CEFA) des Landwirtschaftlichen Instituts in Grangeneuve zusammen. Am 25. August nahmen mehr als 60 Auszubildende ihre Ausbildung auf: zwei Klassen in Grangeneuve und zwei Klassen an der Krankenpflegeschule. Es wurden eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen sowie die üblichen Reglemente erarbeitet.

Ausbildung diplomierter technischer Operationsassistentinnen und -assistenten (TOA), 4 Jahre

Mit der Ansiedlung der Krankenpflegeausbildung auf Fachhochschulstufe wurde das TOA-Ausbildungsprogramm vom Ausbildungsprogramm für Krankenpflege abgetrennt. Es ist künftig autonom und auf der Tertiärstufe ausserhalb der FH angesiedelt.

Am 1. September 2002 nahmen 12 Personen ihre Ausbildung entweder als Vollzeit-Studierende oder berufsbegleitend auf. Zusammen mit den Studierenden der Vorjahre absolvieren 30 Auszubildende in der TOA-Ausbildung.

Ausbildung in Krankenpflege, Vollzeitprogramm

Niveau I französischsprachig, 3 Jahre

Dieses auf der Sekundarstufe II angesiedelte Programm, dessen Aufhebung der Direktionsrat im Jahr 2000 beschlossen hat, entlässt seine letzten Diplomierten im Jahr 2003. Eine grosse Zahl von Personen mit Diplomniveau I bildet sich weiter aus für das Diplomniveau II.

Niveau II französisch- und deutschsprachig, 4 Jahre

Sechs Promotionsjahrgänge (3 französischsprachige und 3 deutschsprachige) setzen die Ausbildung in Krankenpflege Niveau II in den vom SRK anerkannten Programmen fort. Diese enden im Jahr 2005.

*Ausbildung in Krankenpflege, berufsbegleitend**Krankenpflege Niveau I, französischsprachig, berufsbegleitend, für Krankenpflegerinnen und -pfleger FA SRK, 2 Jahre*

Dank diesem Programm konnten mehr als 60 Diplome erteilt werden. Die in Form eines Wiedereinsteigerprogramms angebotene Ausbildung hat ihre Rolle erfüllt und wurde somit im Jahr 2001 aufgehoben.

Krankenpflege Niveau II, französischsprachig, berufsbegleitend, für Krankenschwestern und -pfleger Diplomniveau I, 1 Jahr

Diese Ausbildung hat grossen Erfolg bei Krankenschwestern und -pflegern Niveau I und ihren Arbeitgebern. Die Ausbildung in Form von Modulen erstreckt sich über ein Jahr und richtet sich an erwachsene Berufsleute, die häufig für eine Familie verantwortlich sind. Das berufsbegleitende Programm erlaubt die Beibehaltung des Arbeitsplatzes und somit des Einkommens. Indem es sich nach den Grundsätzen der Erwachsenenbildung ausrichtet, geht es von den vorhandenen Berufskompetenzen und -vorstellungen aus und zielt auf deren Erweiterung und allfällige Umwandlung hin. Während der Ausbildung wird ein Portfolio erstellt, das sich auf die Integration der erworbenen Kompetenzen und die identitätsbezogene Dynamik zentriert.

Ausbildung in Pflegeassistent, französischsprachig, 1 Jahr

Dieses einjährige Programm ist berufsbegleitend. Es wird mehrheitlich von Personen absolviert, die schon in dieser Funktion, jedoch ohne Ausbildungsnachweis in Pflegeheimen und Spitälern tätig sind. Diese Personen sind lernfreudig, wünschen sich vermehrte Berufskompetenzen und sind deshalb sehr motiviert. Ein Drittel sind Jugendliche, die als «Lehrling» in den Institutionen arbeiten. Häufig handelt es sich um Personen, deren Schulbildung mit Schwierigkeiten verbunden war. Indem sie ihnen eine Berufsbildung ermöglicht, spielt die Krankenpflegeschule auch eine Rolle im sozialen Gefüge. Die übrigen zwei Drittel der auszubildenden Personen verfügen über eine lange Praxiserfahrung. Es handelt sich um ältere Personen, deren Arbeitgeber über qualifiziertes Personal verfügen möchten und deshalb das Absolvieren dieser Ausbildung fördern.

Praktika

Ein Netz von Institutionen des Gesundheitswesens ermöglicht die Organisation Hunderter von Praktika, die für die Ausbildung nötig sind. Ein Unterrichtsposten ist für ihre Organisation vorbehalten, so dass die äusserst wichtige Verbindung zwischen Schule und Praktikumsstätten gesichert ist. Die deutschsprachige Abteilung hat etliche Schwierigkeiten, Praktikumsmöglichkeiten in der Nähe zu finden. Daher müssen viele Auszubildende mit französischsprachigen Praktika vorlieb nehmen, ohne dass sie unbedingt einem zweisprachigen Programm beitreten möchten, oder sie müssen weite Anfahrten zu einer Praktikumsstätte in Kauf nehmen.

4. Zweisprachigkeit

Seit 6 Jahren können die Studierenden für Krankenpflege Niveau II ein zweisprachiges Programm absolvieren. Auf ihrem Diplom steht dann der Vermerk «zweisprachige Option». Das Programm beinhaltet 3 zweisprachige Seminare und ein mindestens fünfwöchiges Praktikum in der anderen Sprache.

Dieses Jahr wurden die zweisprachigen Seminare insgesamt positiv beurteilt, die Studierenden zeigten sich sehr motiviert. Die erworbenen Kompetenzen wurden anhand einer schriftlichen Arbeit benotet.

Die zweisprachigen Seminare bieten die Möglichkeit der Vertiefung beruflicher Themen in der anderen Sprache mit Lehrpersonen der anderen Abteilung. Sie bilden eine weitere Gelegenheit zum fruchtbaren Austausch mit den Studierenden der anderen Sprachgemeinschaft. Auch das neue FH-Programm wird eine zweisprachige Ausbildung umfassen.

5. Aufnahmebewerbungen

Die Unterkommissionen prüften 312 Bewerbungen für die verschiedenen Programme:

FH-Studiengang, 4 Jahre, französisch- und deutschsprachig:

65 geprüfte Bewerbungen; 56 Personen aufgenommen; 55 Personen haben ihre Ausbildung am 23. Oktober 2002 begonnen.

Ausbildungsgang EFZ, französischsprachig, 3 Jahre:

75 geprüfte Bewerbungen; 63 begannen die Ausbildung im August 2002 in 4 Klassen.

Ausbildung in Pflegeassistent, französischsprachig, 1 Jahr:

116 geprüfte Bewerbungen; 76 Personen aufgenommen, davon traten 17 zurück, da sie vor allem keinen Arbeitgeber finden konnten.

Ausbildung in technischer Operationsassistent, französischsprachig, 4 Jahre:

6 geprüfte Bewerbungen; 6 Personen aufgenommen.

Berufsbegleitende Ausbildung in technischer Operationsassistent, französischsprachig, 3 Jahre:

8 geprüfte Bewerbungen; 5 Personen aufgenommen, von denen 3 zurücktraten, da sie keinen Arbeitgeber gefunden hatten.

Berufsbegleitende Ausbildung in Krankenpflege Niveau II, französischsprachig, für Krankenpflegepersonal Niveau I:

42 geprüfte Bewerbungen; 38 Personen aufgenommen, von denen 7 zurücktraten.

6. Auszubildende

Studierende am 31. Dezember 2002

Programm	weiblich	%	männlich	%	Total	Bestand in % pro Abteilung
Studiengang FH Französisch						
Promotion 2002-2006	42	91,30%	4	8,70%	46	11,00%
Studiengang FH Deutsch						
Promotion 2002-2006	9	100%	0	0%	9	2,15%
Studiengang EFZ						
Promotion 2002-2005	54	90,00%	6	10%	60	14,35%
Niveau II Französisch						
Promotionen 1999-2003	37		2		39	
2000-2004	33		5		38	
2001-2005	40		5		45	
Total Abteilung	110	90,16%	12	9,84%	122	29,19%
Niveau II Deutsch						
Promotionen 1999-2003	10		2		12	
2000-2004	14		1		15	
2001-2005	14		0		14	
Total Abteilung	38	92,68%	3	7,32%	41	9,81%
Niveau I						
Promotion 2000-2003	13	100,00%	0	0%	13	3,11%
Techn. Operationsassistent/innen (TOA)						
Promotionen 1999-2003	9		0		9	
2000-2004	4		0		4	
2001-2005	2		2		4	
2002-2006	9		3		12	
Total Abteilung	24	82,76%	5	17,24 %	29	6,94%
Pflegeassistent/innen						
Promotion 2002-2003	60	90,91%	6	9,09%	66	15,79%
Niveau II für Krankenpfleger/innen						
Niveau I						
Promotion 2002	20	83,33%	4	18,75%	24	7,66 %
Total gesamt per 31.12.2002	376	89,95 %	42	10,05 %	418	100,00%

7. Erteilte Diplome und Zertifikate

Im Juli und im Dezember 2002 erteilte die Schule 180 neue Berufsausweise. Alle diese diplomierten oder zertifizierten Personen fanden einen Arbeitsplatz.

Erteilte Diplome und Zertifikate 2002

Programm	Diplome		Zertifikate		Total
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	
Niveau II Französisch	39	3	–	–	42
Niveau II Deutsch	15	–	–	–	15
Niveau I Französisch	19	4	–	–	23

Programm	Diplome		Zertifikate		Total
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	
Techn. Operationsassistent/innen (TOA) (berufsbegleitendes Programm)	1	1	–	–	2
Techn. Operationsassistent/innen (TOA) Vollzeitprogramm	3	–	–	–	3
Niveau I für Krankenpfleger/innen FA SRK (berufsbegleitendes Programm)	9	–	–	–	9
Niveau II für Krankenpfleger/innen Niveau I (berufsbegleitendes Programm)	19	4	–	–	23
Pflegeassistent/innen (berufsbegleitendes Programm)	–	–	60	3	63
Total	105	12	60	3	180

8. Veranstaltungen und Ausstellungen an der Krankenpflegeschule

Im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit fanden an der Krankenpflegeschule verschiedene Ausstellungen statt, die nicht nur mit der Lehre oder Pflege, sondern auch mit Kultur im weiten Sinne zu tun hatten:

- vom 15.2 bis zum 22.2.02: an der KPS traditionell gewordene Ausstellung, die sich vor allem an die Absolventinnen und Absolventen der KPS richtet, unter dem Titel «Der Ausbildungsmarkt»;
- vom 26.9 bis zum 6.10.02: Stand im Forum Freiburg, wo die KPS und die von ihr erteilten Ausbildungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden, insbesondere der jungen Bevölkerung in der Phase beruflicher Orientierung. Der Stand der KPS erhielt beim Wettbewerb der besten Informationsstände den 2. Platz;
- vom 25.10 bis zum 15.11.02: Ausstellung mit Werken der neuen Studierenden des FH-Studiengangs, mit denen diese ihren Vorstellungen von der begonnenen Ausbildung Ausdruck gaben;
- vom 14.11 bis zum 15.11.02: Die Schule beteiligte sich aktiv am Empfang der Konferenz der Leiterinnen und Leiter von Krankenpflegeschulen (ESEI) und der Vereinigung der Pflegedienstleiterinnen und -leiter (ADSI), die ihren Jahreskongress (200 Teilnehmende) in Freiburg abhielten;
- vom 4.12 bis zum 20.12.02: Ausstellung von Fotos und Texten, organisiert von Studierenden, die ein Praktikum im Ausland absolviert hatten (Senegal, Benin und Kanada), ergänzt durch 3 Vortragsabende.

9. Fortbildungsangebote

Seit einigen Jahren bietet die Krankenpflegeschule den Berufsleuten aller Niveaus die Möglichkeit, Fortbildungskurse im Zusammenhang mit ihrer Krankenpflegepraxis zu absolvieren. Diese Kurse entsprechen einer unaufhörlich wachsenden Nachfrage. Hier zwei Beispiele:

Seminare für Praktikumsbegleiterinnen und -begleiter:

Diese sind dem Krankenpflegepersonal vorbehalten, das Berufsleute in einer Passerelle-Ausbildung zu Diplomniveau I oder II begleitet. Sie vermitteln das nötige Rüstzeug für eine solche Begleitung. Sie dauern 11 Stunden, über drei Halbtage verteilt. 20 Teilnehmende.

Wahrheit-Hoffnung-Autonomie:

Den Pflegeassistentinnen und -assistenten sowie den zertifizierten Spitalgehilfinnen und -gehilfen vorbehaltene Session. Wahlweise 2 Tage à 6 Stunden mit 18 Teilnehmenden ermöglichen es, die Themen, denen sich dieses Personal gegenübergestellt sieht, in Form des Austauschs und der Reflexion zu klären.

10. Dienstleistungen

Derzeit werden mit der Krankenpflegeschule verschiedene Partnerschaften eingeführt, die Leistungsaufträge beinhalten. Herangezogen wird die Schule namentlich für Aufträge auf den Gebieten Unterricht, Arbeits- oder Ausbildungsorganisation für Berufspraktiker oder im Privatsektor. Die im Jahr 2002 erhaltenen Aufträge betrafen verschiedene Fortbildungssessionen des Vereins freiburgischer Alterseinrichtungen (VFA) und verschiedene von Berufspraktikern verlangte Fortbildungen.

11. Forschung, Entwicklung und Dienstleistungen

In Fortsetzung der bisherigen Tätigkeiten haben sich die Aktivitäten in diesem Bereich dieses Jahr besonders entwickelt und waren Gegenstand mehrerer Presseartikel.

Die vom Bund für die in der Gesundheitsmediologie durchgeführten Arbeiten unterstützten Forscher setzten ihre Entwicklungs- und Valorisierungstätigkeit fort. Mehrere Forschungsergebnisse wurden im Ausland positiv aufgenommen (Belgien, Frankreich und Quebec) und sind in einigen kanadischen Programmen Teil des Unterrichts.

Auf anderen Gebieten gelangen die verschiedenen im Jahr 2002 geführten Untersuchungstätigkeiten (Prävention der

Misshandlung in Heimen und Anwendung der kantonalen Weisungen; Sturzprävention; Prävention des akuten Schmerzes beim gesunden Neugeborenen; zu entwickelnde Partnerschaften in den Pflegeinstitutionen rund um den neuen FH-Auftrag Forschung, Entwicklung und Dienstleistungen usw.) zum Abschluss und treten ebenfalls in die Valorisierungsphase. Der Transfer der Forschungsergebnisse in das Lehrprogramm hat begonnen, auch in die FH-Ausbildung.

Zwei Forschungsprojekte wurden im Jahr 2002 beim Schweizerischen Nationalfonds eingereicht, davon eines, das in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Sozialarbeit in Givisiez durchgeführt werden soll. Die im Jahr 2002 errichtete Abteilung für Forschung und Entwicklung wird ab Februar 2003 operationell, und eine wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Programm in deutscher Sprache konnte angestellt werden.

Mit den geringen Mitteln, über die sie verfügt, belegt die Freiburger Krankenpflegeschule einen durchaus ehrenhaften Platz in der Disziplin der Pflegepraxis. Mehrere Forscher stellten ihre Ergebnisse verschiedenen Partnern in der Berufspraxis vor und leisteten ihren Beitrag zum ersten Tag der wissenschaftlichen Forschung an der FH-GS, der am 26. November 2002 in Lausanne organisiert wurde. Ihre Anwesenheit ist auch für den «Congrès mondial de la francophonie infirmière» vorgesehen, der vom 25. bis zum 28. Mai 2003 in Montpellier stattfindet.

12. Informationstätigkeit

Die Information der Öffentlichkeit, der Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber, der Partner der Schule und innerhalb der Schule selbst entwickelte sich im Jahr 2002 in verschiedenen Richtungen dank einer Verstärkung der verfügbaren Mittel:

- Die im Jahr 2002 eröffnete Website der KPS entspricht unseren Erwartungen.
- Die Nutzung des Intranet erleichtert die internen Mitteilungen gewaltig und vereinfacht die Verfahren.
- Die im Oktober erfolgte Herausgabe der ersten Nummer der KPS-Zeitung mit dem Titel *Ouvertüre* in mehr als 1000 Exemplaren bedeutete einen wichtigen Schritt für die Bekanntmachung der Schule und im Erlernen des journalistischen Handwerks.

- Zahlreiche Informationssitzungen an den Schulen und Praktikumsstätten wurden organisiert, um die Ausbildungen vorzustellen. Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Schul- und Berufsberatung und der Kantonalen Diplommittelschule (KDMS) ist zu unterstreichen. Die KDMS erhielt den Auftrag, die Bewerberinnen und Bewerber vorzubereiten (Praktika und Ausbildungsergänzungen), um den neuen Anforderungen der FH zu entsprechen. Obwohl die Westschweizer Richtlinien sich verzögerten, wurde der Auftrag effizient erfüllt.

Die Schule ist in zahlreichen Organismen vertreten und knüpft ein ganzes Kontakt- und Zusammenarbeitsnetz. Dieser Punkt ist Gegenstand einer Untersuchung, die für das Jahr 2003 vorgesehen ist.

13. Personalbildung und Entwicklung des Schulprojekts («projet d'établissement»)

Ende 2001 und anfangs 2002 ermöglichte ein von den Lehrpersonen erarbeitetes Schulprojekt die Identifizierung und Festlegung von acht Entwicklungspolen der Schule auf pädagogischer und organisatorischer Ebene. Die auf diese Weise beschlossenen Konzepte und Werte bildeten eine der Grundlagen für die Erstellung der neuen Programme. Die individuelle Ausbildung der Lehrpersonen im pädagogischen Bereich und auf die Berufsfelder bezogen wird fortgesetzt, so dass den neuen Anforderungen im Zusammenhang mit dem Übergang unserer Ausbildungen in die Zuständigkeit des Bundes entsprochen werden kann.

Wie dieser Bericht zeigt, erfordern die zahlreichen und komplexen Aufgaben der KPS eine ihrer Entwicklung besser angepasste Führungsstruktur. Das in diesem Jahr erarbeitete Projekt wird 2003 eingeführt und ermöglicht die Integration der Personalführung und die Wahrnehmung der neuen Aufträge innerhalb der FH-GS.

Sozialfürsorge

I. Dienst für die Aufsicht über die Stiftungen und die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge

1. Personal

Das Personal besteht aus einem Dienstchef und einem Adjunkten des Dienstchefs.

Als Vizepräsident der Konferenz der kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden ist der Dienstchef Mitglied der Arbeitsgruppe «Aufsicht in der beruflichen Vorsorge – Bund und Kantone».

2. Tätigkeit

Der Dienst kontrolliert die Rechnungen, die ihm alljährlich von den Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen unterbreitet werden, zusammen mit dem Bericht ihrer Kontrollstelle und mit demjenigen des Experten für berufliche Vorsorge. Er nimmt die Mitteilungen der registrierten Vorsorgeeinrichtungen entgegen, wenn die reglementarischen Beiträge der Arbeitgeber nicht innert drei Monaten nach Fälligkeit ausgerichtet wurden, und ergreift die nötigen Massnahmen. Er prüft die Entwürfe oder Änderungen von Statuten und Reglementen sowie die Unterlagen, die der Aufsichtsbehörde im Rahmen von Liquidationen oder Fusionen eingereicht werden, damit sie eine entsprechende Verfügung treffen kann. Er führt das kantonale Register der beruflichen Vorsorge, das für die Vorsorgeeinrichtungen, die das BVG-Minimum anwenden, notwendig ist. Er meldet der Auffangeinrichtung die Arbeitgeber, die ihren BVG-Verpflichtungen nicht nachkommen (70 Dossiers im Jahr 2002). Auch wird der Dienst von Dritten um Auskünfte zum Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ersucht.

Im Jahr 2002 nahmen wegen der schlechten Wirtschaftsergebnisse die Rechnungsdefizite und die technischen oder versicherungstechnischen Mängel der Vorsorgeeinrichtungen erneut zu. Der Bundesrat verlangte deshalb zwei Untersuchungen bei diesen Einrichtungen. Nach dem Ergreifen von Präventivmassnahmen (s. Rundschreiben vom 15. April und 3. Juli 2002) konnte der Aufsichtsdienst mitteilen, dass die Fälle im Kanton noch wenig zahlreich seien. Die Prüfung der Jahresrechnung sofort nach Erhalt ermöglicht eine Intervention zum bestmöglichen Zeitpunkt.

Am 26. Juni 2002 entschied das Verwaltungsgericht über die genaue Definition einer «kirchlichen Stiftung»; dieser Entscheid wurde nicht angefochten.

3. Statistik

Das Stiftungsregister zählte am 31. Dezember 2002 523 Dossiers: 96 von im Register der beruflichen Vorsorge eingetragenen Vorsorgeeinrichtungen, 173 von Stiftungen, die im Bereich der überobligatorischen Vorsorge tätig sind (nahezu 150 dieser Einrichtungen sind noch Gegenstand

eines Totalliquidations- und Streichungsverfahrens, das im Jahr 2003 zum Abschluss gelangen dürfte) sowie 254 Dossiers von klassischen Stiftungen.

II. Sozialvorsorgedienst

1. Personal

Zum Personal zählen ein Dienstchef, ein Adjunkt des Dienstchefs, ein Abteilungsleiter, eine Abteilungsleiterin mit halbem Pensum, eine Juristin (50 %), eine Sonderheiminspektorin (50 %), eine Revisorin für die Rechnungen der Sonderheime, eine Buchhaltungssekretärin, zwei Sachbearbeiterinnen mit Teilpensum, drei Sekretärinnen mit halbem Pensum und zwei Lehrtöchter.

2. Tätigkeiten

Der Dienst besteht aus drei Abteilungen:

- Abteilung Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare;
- Abteilung Pflegeheime für Betagte;
- Abteilung Unterhaltsbeiträge.

Im Rahmen der periodischen Prüfung der Kantonsbeiträge reichte der Sozialvorsorgedienst einen Bericht über den Jahresbeitrag des Staates an den Eheberatungsdienst ein. Er kommt zum Schluss, dass der Beitrag den Kriterien gemäss dem Subventionsgesetz vom 17. November 1999 entspricht. Als Übergangsmassnahme wird vorgeschlagen, den Beitrag zwischen 2004 und 2006 zu plafonieren und neue Modalitäten für seine Erteilung zu bestimmen.

a) Sondereinrichtungen für Behinderte oder Schwererziehbare

Das Netz der vom Kanton anerkannten Institutionen umfasst 58 Heime, die sich wie folgt verteilen:

Institutionen für Minderjährige

- 12 Sonderschulen
- 9 Erziehungsheime
- 1 sozialpädagogische Grossfamilie
- 2 Eingliederungsstätten.

Institutionen für Erwachsene

- 16 Heime/Wohnungen mit geschützter Werkstatt
- 8 Heime ohne Werkstatt
- 6 geschützte Werkstätten
- 3 Eingliederungsstätten
- 1 Kultur- und Bildungszentrum.

Die Stiftung Hannah in Sciernes d'Albeuve wurde per 1. Januar 2002 als Sondereinrichtung für die Betreuung psychisch behinderter Erwachsener anerkannt. Die von der Institution Le Bosquet in Givisiez beherbergten erwachsenen Behinderten wurden in das neue, mit einer Werkstatt versehene Heim verlegt, das die Freiburgische Stiftung für geistig behinderte und zerebralgelähmte Erwachsene in Misery errichtet hat. Somit nimmt die Institution Le Bos-

quet nur noch Vorschulkinder auf, die behindert sind oder besonderer Erziehungsmaßnahmen bedürfen.

Ab Oktober 2002 wurde eine Person als Leiter der Abteilung Sonderheime angestellt.

Die laufenden Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Sonderheimen sind:

- Prüfung der Voranschläge und Festlegung der Höhe des Kantonsbeitrags an jede Institution;
- Schlussabrechnung für die Festsetzung der endgültigen Beitragshöhe, nachdem die Jahresrechnung der Institution geprüft worden ist;
- Verteilung des Kostenüberschusses auf andere Kantone, wenn die Institution Personen mit Wohnsitz in einem anderen Kanton aufnimmt;
- Zahlung der Rechnungen für die Aufenthalte von im Kanton Freiburg wohnhaften Personen in Institutionen anderer Kantone und Kontrolle der Schlussabrechnungen, die von diesen Institutionen unterbreitet werden;
- Austausch von Kostengutsprachen für Unterbringungen von Freiburgerinnen und Freiburgern in anderen Kantonen und von Einwohnerinnen und Einwohnern anderer Kantone in Freiburger Institutionen;
- Erteilung von Kostengutsprachen für die Sonderschulplatzierung ausländischer Minderjähriger, welche die Voraussetzungen der IV-Gesetzgebung nicht erfüllen und für die deshalb der Kanton aufkommen muss;
- Übermittlung der Daten der Sonderheime, die als sozialmedizinische Institutionen gelten, an das Bundesamt für Statistik.

Der Dienst übermittelte dem Bundesamt für Justiz zusammen mit einer positiven Stellungnahme die Dossiers und Gesuche um Anerkennung der Stiftung Transit und des Kinderheims Heimelig im Hinblick auf die Betriebssubventionierung gemäss der Gesetzgebung über den Straf- und Massnahmenvollzug. Das Bundesamt hat über diese Anerkennungsgesuche noch nicht entschieden.

Mit einer positiven Stellungnahme hat die Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion dem Bundesamt für Sozialversicherung die Dossiers übermittelt, die den Kauf einer Halle in Romont für die Einrichtung der geschützten Werkstätten des Glanebezirks und den Umbau des Foyer St-Joseph in Gumefens betreffen.

Da Freiburg sich als Pilotkanton an der Prüfung eines neuen Finanzierungsmodells für Institutionen der Wiedereingliederung drogen- oder alkoholabhängiger Personen beteiligt, nahm der Dienst an den Informationssitzungen des Bundesamtes für Gesundheit teil.

Das Modell schlägt vor, die Kantone damit zu betrauen, die Finanzierung der Institutionen wie folgt sicherzustellen: durch die Erteilung von Fonds-Vorschüssen, die Rückforderung der Subventionen bei der Invalidenversicherung für als invalid geltende Personen, das Inkasso der Kostenbeteiligungen der in diesen Institutionen lebenden Personen und die Erteilung von Kostengutsprachen für die Therapien

aufgrund der Stellungnahme einer zu errichtenden Stelle, welche die Aufgabe hat, die Angezogenheit des therapeutischen Aufenthalts zu beurteilen. Das neue Finanzierungsmodell wird von den Kantonen nicht einhellig begrüsst. Eine vom Bundesamt für Gesundheit eingesetzte Arbeitsgruppe, in der alle Kantone vertreten sind, befasst sich deshalb mit der Überprüfung dieses Projekts und mit der Bereinigung der Divergenzen. Im Laufe des Frühjahrs 2003 wird der Bundesrat über die Einführung des neuen Modells, das eine Änderung des Gesetzes über die Hilfe an Sonderheime erforderlich macht, entscheiden.

Die Studie, mit der ein externer Experte betraut wurde, führte zur Eingabe eines neuen Subventionierungsmodells für geschützte und Beschäftigungswerkstätten aufgrund von Tagespauschalen. Dieses Modell wurde bei der Freiburgerischen Vereinigung der Institutionen für Behinderte und Gefährdete (VFIBG) und den betroffenen Institutionen in die Vernehmlassung gegeben. Die Unterlagen verwiesen auf einige Probleme, die noch gelöst werden müssen. Das Subventionierungsmodell wird bei der Prüfung der Voranschläge 2004 getestet und nach einer Änderung des Gesetzes über die Hilfe an Sonderheime angewendet. Ein ähnliches Modell wird für die Subventionierung der Erziehungsheime geprüft.

Die Kommission für die Ermittlung des Bedarfs an Sonderheimen reichte einen Bericht über die Behindertenheime ein. Der Bericht kommt zum Schluss, im französischsprachigen Kantonsteil sei das Netz in der Lage, der Nachfrage nach einer Heimbetreuung Behinderter zu entsprechen, wohingegen im deutschsprachigen Kantonsteil Einrichtungen für psychisch Behinderte errichtet werden müssten. Der Auftrag der Institutionen müsse sich auch hin zu differenzierten Betreuungsformen entwickeln, zum Beispiel sei eine Integration bestimmter geistig behinderter Schülerinnen und Schüler in die Normalschule anzustreben, sei eine Form des Schulunterrichts zu suchen, die sich für bestimmte Schülerinnen und Schüler mit erheblichen psychischen Störungen eignet, seien Mittel für die Förderung des Verbleibens und der Begleitung zu Hause einzuführen, seien Tagesstätten einzuführen und Möglichkeiten der Beherbergung von älteren Behinderten, die nicht in Pflegeheime verlegt werden können.

Die Kommission unterbreitete einen weiteren Bericht über die Heime für Minderjährige, die besonderer erzieherischer Massnahmen bedürfen. Von den Vorschlägen in diesem Bericht figurieren namentlich die Entwicklung eines Pflegefamilienkonzepts, der Rückgriff auf erzieherisches Handeln in offenem Milieu, die Schaffung von Schulklassen für Kinder, die dem Normalunterricht folgen können, deren Verhaltensstörungen jedoch eine nachhaltige erzieherische und pädagogische Betreuung erfordern, schliesslich die Eröffnung einer Struktur für Jugendliche, die in kein erzieherisches, pädagogisches oder berufliches Projekt integriert werden können.

b) Pflegeheime für Betagte

Die laufenden Tätigkeiten in diesem Zusammenhang sind:

- Prüfung der Voranschläge und Bestimmung des Betreuungspreises in jedem Heim;

- Prüfung der Rechnungsberichtigungen und Bestimmung des Berichtigungsbetrags für jedes Heim;
- Beitragsanzahlungen an die Heime im Zusammenhang mit der Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten;
- Schlussabrechnung über die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten in jedem Heim;
- vierteljährliche Aufteilung der Beteiligungen an den Betreuungskosten unter den Gemeinden aufgrund der geleisteten Anzahlungen und Unterbreitung einer Schlussabrechnung aufgrund der definitiven Abrechnungen der Heime;
- regelmässige Teilnahme an den Sitzungen des Exekutivbüros des VFA;
- Teilnahme an den Sitzungen für den Informationsaustausch unter den Kantonen bezüglich der Pflegeheimfinanzierung;
- Erhebung der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen.

In dieser Abteilung erstreckte sich die Tätigkeit im Wesentlichen auf die ab 1. Januar 2002 vorgeschriebene Anwendung des Gesetzes vom 23. März 2000 über Pflegeheime für Betagte und des Ausführungsreglements vom 4. Dezember 2001.

In Absprache mit dem Verein freiburgischer Alterseinrichtungen (VFA) beschloss die Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion den Kontenplan und das Modell für die Kostenstellenrechnung der Heime.

Der Staatsrat ernannte die beratende Kommission, die zur Pflegeheimplanung Stellung nehmen und zu Handen des Staatsrates und der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion Empfehlungen abgeben soll. Diese Empfehlungen betreffen Fragen im Zusammenhang mit den Tätigkeiten und der Finanzierung der Institutionen sowie mit der Betreuung Betagter. Im Dezember tagte diese Kommission ein erstes Mal.

Mit Verordnung vom 4. Dezember 2001 änderte der Staatsrat den Beschluss über die Liste der Pflegeheime und nahm zwei neue, teilweise als Pflegeheim anerkannte Heime in die Liste auf. Es handelt sich um die folgenden Heime:

- | | |
|--------------------------------|-----------|
| • Alters- und Wohnheim Kerzers | 20 Betten |
| • Foyer St-Germain, Greyerz | 15 Betten |

Vier teilweise anerkannten Heimen wurden weitere Betten zugesprochen. Es handelt sich um die folgenden Heime:

- | | |
|--|-----------|
| • Villa Beausite, Freiburg | 20 Betten |
| • Pflegeheim des Sensebezirks, Tafers | 18 Betten |
| • Foyer St-Vincent, Vuadens | 5 Betten |
| • Medizinisches Pflegeheim des Seebezirks, Meyriez | 5 Betten |

Ende 2002 zählte das Netz anerkannter Pflegeheime 1933 Betten.

Der in der Berechnung der Ergänzungsleistung und der Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten berücksichtigte Pensionspreis wurde für jede Pflegestufe um 2 Franken angehoben. Im Jahr 2002 galten die folgenden Pensionspreise:

- 87 Franken je Tag für Personen, die keine Pflege brauchen, oder Pflegestufe A
- 88 Franken je Tag für Pflegestufe B
- 89 Franken je Tag für Pflegestufe C
- 90 Franken je Tag für Pflegestufe D.

In Heimen oder Heimabteilungen, die nicht als Pflegeheime anerkannt sind, beträgt der Pensionspreis 98 Franken je Tag.

Ein kantonsexterner Experte wurde mit der Analyse und dem Vergleich der Pensionspreise von 12 Heimen betraut. Eine Arbeitsgruppe prüft die Schlussfolgerungen und Vorschläge des Expertenberichtes.

Die 1997 vom Bundesrat mit einem Rahmentarif festgesetzte Beteiligung der Krankenversicherer an den Pflegekosten bleibt unverändert. Dies bedeutet, dass der Anstieg der Pflege- und Betreuungskosten von den Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern und der öffentlichen Hand getragen wird. Die Einführung einer Kostenstellenrechnung dürfte die Krankenversicherer dazu bringen, die realen Pflegekosten gemäss dem KVG zu übernehmen.

Der für 2001 und 2002 abgeschlossene Leistungsvertrag zwischen dem VFA und der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion wurde für weitere zwei Jahre verlängert.

c) Unterhaltsbeiträge

Die laufenden Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen sind:

- Entgegennahme der Gesuche und Dossieranlegung
- Bestimmung des Anrechts auf Inkassohilfe und/oder Unterhaltsvorschüsse
- Mitteilung des Entscheids über Gewährung oder Ablehnung der Leistung an die beantragende Person
- Meldung an den Schuldner, dass das Büro beauftragt ist, im Namen des Gläubigers zu handeln, und dass er verpflichtet ist, den Unterhaltsbeitrag dem Büro zu überweisen
- monatliche Fakturierung der Unterhaltsbeiträge
- Überweisung der Unterhaltsvorschüsse oder der Zahlungen des Schuldners
- periodische Überprüfung des Anspruchs auf die Leistungen des Büros
- Verschicken von Mahnungen an Schuldner und von Zahlungsvorschlägen
- Einleitung eines Inkassoverfahrens auf betreibungsrechtlichem Weg, auf dem Weg der Lohnabtretung oder einer Strafklage

- Vertretung des Büros vor den Gerichtsinstanzen
- monatlicher Ausgleich des Finanzflusses
- Aufteilung des Anteils an den geleisteten Vorschüssen unter den Gemeinden.

Das Büro für Unterhaltsbeiträge verwendete das vom Informatikzentrum des Staates Freiburg entwickelte Programm «Follow me» für die elektronische Erfassung der neuen Dossiers und eines Teils der alten Dossiers.

Das Büro eröffnete 146 Dossiers, davon 115 Dossiers für Bevorschussung oder Inkassohilfe zugunsten von Kindern und 31 Dossiers für Bevorschussung oder Inkassohilfe zugunsten von Gatten oder Ex-Ehegatten. Ende 2002 waren 48 Dossiers unbearbeitet. Diese Situation ist in zweifacher Hinsicht Besorgnis erregend: für die betroffe-

nen Personen, die mehrere Monate warten müssen, bis sie den Entscheid über ihr Gesuch erfahren und die erwartete Hilfe erhalten, und für das Personal des Büros, das sich immer mehr überlastet sieht.

Die Eintreibungsrate bei den Vorschüssen betrug 52,75 % im Jahr 2002, wohingegen sie im Jahr 2001 57,09 % und im Jahr 2000 48,51 % betrug.

Im Jahr 2002 reichte das Büro 135 Strafklagen ein, 15 Gesuche um Lohnabtretung und 186 Betreibungsanträge. 51 Verfahren endeten mit der Einstellung des Verfahrens, dem Freispruch oder der Klassierung von Dossiers, so dass sich das Büro gezwungen sah, seine Bemühungen, den Vollzug der Unterhaltsleistung zu erreichen, einzustellen.

Bestand Ende Dezember 2002 der in Sonderheimen untergebrachten Behinderten oder Schwererziehbaren

HEIM-TYP	In Sonderheimen des Kantons Freiburg untergebrachte Personen				Im Kanton Freiburg wohnhafte, aber in Heimen anderer Kantone untergebrachte Personen	
	Wohnhaft im Kanton Freiburg		Wohnhaft in anderen Kantonen		IV	Nicht IV
	IV	Nicht IV	IV	Nicht IV		
Sonderschulen mit Internat	69	7	23	4	27	–
Sonderschulen ohne Internat	745	54	25	1	23	–
Eingliederungsstätten	51	–	65	–	–	–
Heime für erwachsene Behinderte, mit Werkstätten	446	20	23	6	47	–
Heime für erwachsene Behinderte, ohne Werkstätten	111	20	7	13	10	13
Werkstätten für erwachsene Behinderte	670	28	7	–	4	–
Total Behinderte	2 092	129	150	24	111	13
Erziehungsheime	–	155	–	12	–	30
Total der eingewiesenen Personen	2 092	284	150	36	111	43

Leistungen der Pflegeheime 2002

Pflegeheime	Pflegebedürftigkeit 2002				Total	Beiträge 2002 Fr.
	A	B	C	D		
Pflegeheim des Saanebezirks, Villars-sur-Glâne	582	5 624	8 801	15 207	30 214	1 698 160.20
Maison de la Providence, Freiburg		2 317	8 791	9 352	20 460	834 460.85
La Résidence des Chênes, Freiburg		4 119	4 044	7 435	15 598	519 148.25
Home bourgeoisial des Bonnesfontaines, Freiburg	365	3 260	6 204	5 438	15 267	371 328.00
Foyer Jean-Paul II, Villars-sur-Glâne	577	1 564	1 862	3 323	7 326	287 992.80
Résidence Les Martinets, Villars-sur-Glâne		3 580	4 276	7 436	15 292	555 882.10
Résidence Les Epinettes, Marly	365	2 262	3 016	4 991	10 634	440 148.05

Pflegeheime	Pflegebedürftigkeit 2002				Total	Beiträge 2002 Fr.
	A	B	C	D		
Résidence Saint-Martin, Cottens	1 388	7 155	5 245	7 753	21 541	597 286.05
Home du Gibloux, Farvagny-le-Grand	690	4 629	2 900	5 944	14 163	477 676.45
Résidence Le Manoir, Givisiez	749	1 603	959	8 259	11 570	614 867.45
Villa Beausite, Freiburg			2 808	5 421	8 229	379 768.05
Pflegeheim des Sensebezirks, Tafers	158	3 406	6 487	15 048	25 099	1 190 894.40
Alters- und Pflegeheim Sonnmatt, Schmitten	365	3 477	4 435	4 264	12 541	436 829.90
Pflegeheim Wolfacker, Düringen	1 460	2 788	2 776	3 030	10 054	238 817.80
Alters- und Pflegeheim Aergera, Giffers	352	1 993	4 358	3 792	10 495	336 176.10
Altersheim Bachmatte, Plaffeien		2 889	1 787	3 185	7 861	304 456.15
Pflegeheim Humilimont, Marsens	365	1 788	1 811	7 311	11 275	804 204.90
Foyer de Bouleyres, Bulle	1 240	5 003	5 821	9 798	21 862	911 180.25
Home de la vallée de la Jogne, Charmey	365	1 822	1 605	8 388	12 180	682 581.90
Foyer de la Rose des Vents, Broc		1 160	5 569	6 571	13 300	521 567.35
Foyer Saint-Joseph, La Roche	638	3 316	4 787	5 119	13 860	659 678.15
Maison bourgeoisiiale, Bulle		3 661	4 498	5 966	14 125	737 095.05
Home de la vallée de l'Intyamon, Villars-sous-Mont	364	5 102	3 083	3 966	12 515	480 095.45
Foyer Saint-Vincent, Vuadens				4 514	4 514	291 162.35
Foyer St-Germain, Gruyères			1 438	1 642	3 080	150 000.00
Medizinisches Pflegeheim, Meyriez		998	5 330	9 403	15 731	496 133.15
Alters- und Pflegeheim Jeuss, Jeuss	907	1 988	4 976	3 680	11 551	315 175.20
Pflegeheim St-François, Courtepin		3 473	4 677	5 070	13 220	678 651.50
Home pour personnes âgées du Vully, Sugiez		181	2 295	3 355	5 831	268 111.05
Altersheim Kerzers, Kerzers		306	405	2 570	3 281	200 000.00
Pflegeheim des Glanebezirks, Billens	365	4 312	6 811	13 230	24 718	892 724.30
Foyer Notre-Dame Auxiliatrice, Siviriez	357	2 771	5 533	9 723	18 384	479 005.95
Résidence Les Mouettes, Estavayer-le-Lac	365	2 132	8 861	11 540	22 898	1 007 085.00
Résidence Les Lilas, Domdidier	363	3 132	5 420	5 915	14 830	514 012.60
Les Grèves du Lac, Gletterens			99	1 907	2 006	64 456.70
Maison St-Joseph, Châtel-Saint-Denis	498	4 160	7 205	10 352	22 215	1 149 696.45
Le Châtelet, Attalens	546	5 078	3 317	6 320	15 261	414 067.30
Total für das Jahr 2002	13 424	101 049	152 290	246 218	512 981	21 000 577.20

Bevorschussung und Inkasso von Unterhaltsbeiträgen

Jahr	Neue Gesuche	Total Gesuche	Vorschüsse	Rückerstattung von Vorschüssen	
				Fr.	%
1997	156	1 934	3 762 862.85	1 605 785.07	42,67
1998	163	2 097	4 188 129.45	1 795 558.51	42,87
1999	206	2 303	4 654 297.30	2 002 913.42	43,03
2000	177	2 480	4 934 410.90	2 393 843.38	48,51
2001	138	2 618	5 005 781.55	2 857 710.62	57,09
2002	146	2 764	5 058 113.60	2 697 167.91	53,32

Jahre	Inkassohilfe	Kosten
1997	1 185 732.15	28 391.40
1998	1 067 788.40	30 291.70
1999	1 159 740.19	40 325.05
2000	1 333 931.51	58 233.—
2001	1 743 482.95	68 696.90
2002	1 898 747.70	55 259.95

Dossier-Verteilung 2002	Wohnort	Heimatort
Kanton Freiburg	81	35
Andere Kantone	42	44
Europa	0	47
Amerika	0	5
Afrika	0	8
Asien	0	6
Wohnort oder Heimatort unbekannt	23	1
Total	146	146

Fr.

Gemeindeanteil der nicht rückerstatteten Vorschüsse 2002	1 143 650.—
Kantonsanteil der nicht rückerstatteten Vorschüsse 2002	1 143 650.—
Saldo noch einzutreibender Vorschüsse 1978-2002	29 096 378.54
Saldo noch einzutreibender Inkassohilfe 1978-2002	<u>17 359 821.34</u>
Total der noch einzutreibenden Vorschüsse und Inkassohilfe der Jahre 1978-2002	<u>46 456 199.88</u>

Anzahl der Entscheide im Jahre 2002 : 666

Beschwerden gegen Entscheide im Jahre 2002: 14

Fr.

Zunahme der Vorschüsse um 1 % gegenüber dem Jahr 2001 :	52 332.05
Zunahme der Inkassohilfe um 8,8 % gegenüber dem Jahr 2001:	155 264.75

III. Sozialdienst

1. Personal

Zum Personal gehören vollzeitlich ein Dienstchef, ein Verwaltungsadjunkt und eine Sekretärin, teilzeitlich eine Adjunktin des Dienstchefs (Kordinatorin für Asyl- und Flüchtlingsfragen), ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (Kordinator für soziale Eingliederungsmassnahmen), ein Jurist (Kordinator für die Hilfe an Opfer von Straftaten), eine Sachbearbeiterin, zwei Sekretärinnen-Buchhalterinnen und eine Sekretärin. Dazu kommt ein kaufmännischer Lehrling.

2. Sozialhilfe

Die Rolle des Sozialdienstes besteht darin, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funk-

tionieren zu wachen und für die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, so dass eine Gleichbehandlung der Leistungsempfänger gewährleistet ist. Unter anderem sorgt der Dienst für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten sowie ehrenamtlichen Akteuren und den Kirchen.

Die vom Sozialhilfegesetz (SHG) vorgeschriebenen Aufgaben der Information, Koordination und Harmonisierung nehmen den grössten Platz in der Tätigkeit des Dienstes ein. So wacht der Dienst darüber, dass die gemäss dem SHG eingesetzten regionalen Sozialdienste (RSD) und die Sozialkommissionen ihre Aufgaben in der Sozialhilfe korrekt wahrnehmen.

Zu diesem Zweck suchte der Dienst im Jahr 2002 21 von den insgesamt 26 Sozialkommissionen auf, die am 31. Dezember 2002 im Kanton tätig waren. Der Dienst konnte ihre Arbeitsweise überprüfen, ihnen Verbesserungsvorschläge machen oder Empfehlungen zur Anwendung der im Kanton geltenden Sozialhilfenormen erteilen. Er nahm Rechnungsprüfungen in 3 RSD vor und erstellte in jedem Fall einen detaillierten Bericht. Er wachte auch über die Anwendung der gesetzlichen Bestimmung, wonach ein RSD eine Bevölkerung von mindestens 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern abdecken und qualifiziertes Personal mit einem Tätigkeitsgrad von mindestens 50 % haben muss. Er organisierte am 16. Mai 2002 für die neuen in den RSD tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eine Informationssitzung zur Anwendung des SHG. Er blieb in enger Verbindung mit den RSD, indem er sich viermal an den Sitzungen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Vereinigung der RSD des Kantons beteiligte. Er übermittelte den Sozialkommissionen und den RSD regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die Ad-hoc-Rechtssprechung sowie die Synthesen seiner Antworten auf Fragen von Sozialdiensten zur Anwendung der Sozialhilferichtsätze. Auf Einladung freiburgischer, kantonaler und eidgenössischer Instanzen hielt er 10 Referate zu Themen der Sozialhilfe, der Eingliederung, der institutionsübergreifenden Zusammenarbeit, der ehrenamtlichen Arbeit, der Verantwortung und Solidarität, der Gewalt in den Sozialdiensten. Am 14. November 2002 organisierte er in Grangeneuve den traditionellen SHG-Thementag, zu dem sich nahezu 200 Personen einfanden und der die Frage der institutionsübergreifenden Zusammenarbeit zum Hauptthema hatte.

Insbesondere auf der Ebene der Koordination – die für das gute Funktionieren des Sozialhilfesystems ganz wesentlich ist – förderte der Dienst die Synergien zwischen den verschiedenen Akteuren des Systems und den Partnern des öffentlichen und des privaten Sektors. Seine Bemühungen konzentrierten sich auf die Arbeiten in der Koordinationsgruppe für die institutionsübergreifende Zusammenarbeit (CCII), die der Staatsrat gemäss den Empfehlungen der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) und der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) eingesetzt hatte. Er berief auch Vertreterinnen und Vertreter der RSD und der kantonalen Steuerverwaltung ein, um ihr Vorgehen beim Informationsaustausch zu beurteilen und Massnahmen im Sinne vermehrter Effizienz zu treffen. Er trat auch mit dem Vertrauenszahnarzt der RSD zusammen, um die für Zahnbe-

handlungen geltenden Entscheidungskriterien zu klären, und mit dem Ambulanzdienst des Saanebezirks, um die Bedingungen für die Übernahme von Transportkosten zu präzisieren. Mit dem Bundesamt für Statistik zusammen befasste er sich weiterhin mit der Einspeisung der Freiburger Daten in die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT). Was die Zusammenarbeit mit den spezialisierten Sozialdiensten angeht, so stand der Dienst in engem Kontakt mit dem Tremplin (Hilfe an drogenabhängige Personen), La Tuile (Hilfe an obdachlose und/oder in Not befindliche Personen) und Pro Infirmis (Hilfe an geistig und/oder körperlich behinderte Personen).

Ausserdem bemühte sich der Dienst nach wie vor um die Koordination auf dem Gebiet der Eingliederung, indem er regelmässig den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen aktualisierte und erweiterte. Ende 2002 umfasste dieser Katalog mehr als 80 in sechs verschiedenen Kategorien unterteilte Massnahmen (Ausbildung, Persönlichkeitsentwicklung, Aufbau des persönlichen Wohlbefindens, gemeinschaftliche Aktivitäten, Beteiligung an sozial ausgerichteten Aktivitäten, Tätigkeiten von gesellschaftlichem Nutzen). Der Dienst wachte darüber, dass diese Tätigkeiten für die Verträge zur sozialen Eingliederung, deren Zahl unaufhörlich steigt, unmittelbar zur Verfügung stehen. Dank der Vielfalt dieser Massnahmen, die mit Hilfe von 47 Organisatoren in französischer und in deutscher Sprache angeboten werden, kann den unterschiedlichen Eingliederungsbedürfnissen individuell entsprochen werden.

Der Dienst engagierte sich auch auf dem Gebiet der Vorbeugung, um soziale Phänomene frühzeitig zu erfassen und ihren Auswirkungen zuvorkommen zu können. So präsidierte er eine von den RSD und weiteren Sozialdiensten des Kantons gebildete Arbeitsgruppe, die in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und dem Untersuchungsrichteramt ein Konzept für Gewaltprävention und Sicherheit erarbeitete. Das Konzept wurde an die Sozialdienste verteilt. Aufgrund dieser Erfahrung wurde der Dienst auch aufgefordert, sich an der vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe «Sicherheit der Behörden und des Staatspersonals» zu beteiligen. Der Dienst trug ferner als Mitglied zur Arbeit der kantonalen Kommission für eine umfassende Familienpolitik bei. Um sich zu informieren und die Entwicklung sozialer Phänomene zu verfolgen, nahm er an Seminaren teil, die den Themen Working Poor, junge Erwachsene in Schwierigkeiten, Familie, Arbeitslosigkeit und Eingliederung, institutionsübergreifende Zusammenarbeit galten.

Der Dienst gab Stellungnahmen zu mehreren Umfragen ab, namentlich zur horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit in den Agglomerationen, zu den Sozialversicherungsleistungen im Rahmen eines interkantonalen Vergleichs, zu den bedarfsgebundenen individuellen Sozialleistungen im Kanton, zu den die Schulkinder betreffenden Fragen gesundheitlicher Art, zur Umsetzung der SODK-Empfehlungen für die Entwicklung der Sozialhilfe in der Schweiz infolge eines 1999 veröffentlichten Berichtes der OECD über «Die Sozialhilfe in der Schweiz und in Kanada».

Ausserdem war der Dienst vertreten in der kantonalen Kommission für den Arbeitsmarkt, in der Kommission für

die Gleichbehandlung von Frau und Mann und für Familienfragen, der Vorbereitungskommission «Sektorielle Abkommen EU und Eidgenossenschaft», der Kommission für die Integration von Migranten und die Rassismusbekämpfung, der Kommission «Nachhaltige Entwicklung im Kanton Freiburg», der Kommission für die Erarbeitung von Vorschlägen für die Behandlung von Ausständen in der Krankenversicherung, der Gesprächsplattform «Landwirtschaftsbetriebe in Schwierigkeiten». Auf interkantonaler Ebene trug der Dienst zum «Sozialführer Westschweiz» bei (guidesocial.ch), in Zusammenarbeit mit der Association romande et tessinoise des institutions sociales (ARTIAS) und der Vereinigung der freiburgischen Sozialinstitutionen (VFSI). Vertreten war er ferner im Vorstand der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und im Groupement romand des chefs de services des affaires sociales (GRAS). Im Übrigen beteiligte sich der Dienst mit dem Sozialamt des Kantons Neuenburg an der Erarbeitung eines vergleichenden Berichtes über die Sozialhilfeausgaben in den Kantonen Freiburg und Neuenburg; dieser Bericht wurde von der Neuenburger Kantonsregierung verlangt.

Auf Forschungsgebiet beteiligte sich der Dienst an einer Nationalfondsstudie der Universitäten Freiburg und Basel über die «Working Poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe», an einer Untersuchung der Fachhochschule für Sozialarbeit in Givisiez über «Beschäftigungsarten und Kompetenzen der Akteure in der Sozialarbeit» und an einer Forschungsstudie «Impact» der Universität Freiburg über das Wohnungswesen im europäischen Sozialstaat. Schliesslich befasste sich der Dienst in Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Lehrstuhl der Universität Freiburg für Sozialarbeit und Sozialpolitik mit der Durchführung der zweiten Konferenz für Sozialfragen. Diese fand am 12. April 2002 in Grangeneuve statt und galt dem Thema: «Verantwortung und Solidarität». Nahezu 200 Personen wohnten der Konferenz bei.

Ausserdem erstellte der Dienst wie jedes Jahr die Statistik über die materielle Hilfe. Diese Datenzusammenstellung gibt Auskunft über die von der öffentlichen Hand übernommenen Kosten der materiellen Hilfe, enthält eine Bilanz über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen, beziffert die Belastung der Gemeinden in Berücksichtigung der Aufteilung nach Bezirk, enthält die Tabelle mit den Subventionen, die den spezialisierten Sozialdiensten des Kantons ausgerichtet wurden sowie die Zahlen aus den Tätigkeitsberichten der RSD.

Der Aufwand für die im Jahr 2002 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und in Berücksichtigung persönlicher Rückerstattungen) auf 15 850 198 Franken (8,9 % weniger im Vergleich zum Jahr 2001) und verteilte sich auf 3652 Dossiers, die insgesamt 7489 Personen erfassen. Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen (1 576 237 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland (209 891 Franken).

3. Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG)

Das Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) und das kantonale Ausführungsgesetz vom 8. Oktober 1992 bezwecken die Einführung der notwendigen Verfahren für die Gewährleistung einer effizienten Hilfe und eine Verstärkung der Rechte der Opfer von Straftaten.

Die Totalrevision des OHG ist noch in Gang, und am 20. Dezember 2002 ging ein Vorentwurf in die Vernehmlassung bei den Kantonen. Einige Bestimmungen des OHG sind übrigens schon im Rahmen einer Teilrevision geändert worden. Diese neuen Bestimmungen traten am 1. Oktober 2002 in Kraft und gelten dem Schutz von Opfern im Kindesalter beim Strafverfahren. Der kantonale OHG-Tag vom 26. September 2002, organisiert vom Sozialdienst und den OHG-Beratungsstellen, galt dem Inkrafttreten dieser neuen Bestimmungen sowie dem psychischen Trauma der Opfer. Nahezu 200 Personen nahmen an der Tagung teil, und das ermutigende Echo lädt ein, eine weitere Tagung dieser Art zu organisieren. Im Übrigen befasste sich der Dienst mit zwei Vernehmlassungsverfahren. Das eine betraf die Entschädigung der Opfer von Zwangssterilisierungen, das andere die oben erwähnte und am 1. Oktober 2002 in Kraft getretene Änderung des OHG. Die kantonalen OHG-Normen für die sofortige und die längerfristige Hilfe, die namentlich ab dem 1. Januar 2002 die Delegation bestimmter Kompetenzen an die OHG-Beratungsstellen vorsehen, veranlassten den Dienst, im Laufe des Jahres die Schulung des Personals dieser Beratungsstellen sicherzustellen. Für eine Präzisierung ihres Tätigkeitsfeldes im OHG-Rahmen traf der Dienst mit den Vereinigungen HORIZONT (für den deutschsprachigen Kantonsteil) und ASADE (für den französischsprachigen Kantonsteil) zusammen. Diese beiden Vereinigungen empfangen Personen, die in ihrer Kindheit missbraucht wurden, zu Gesprächen. Für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kantonalen Jugendamtes (OHG-Beratungsstelle für Minderjährige), des Psychosozialen Zentrums (OHG-Beratungsstelle für Männer und Unfallopfer) und des Frauenhauses (OHG-Beratungsstelle für Frauen) organisierte der Dienst eine spezifische Arbeitstagung, die dem Heute und Morgen der OHG-Beratungsstellen gewidmet war. Um die Aufgabe der Beratungsstellen zu erleichtern, wird zur Zeit vom Dienst ein Verzeichnis der Freiburger Psychologinnen/Psychologen und Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten erstellt, die befähigt und interessiert sind, im OHG-Bereich tätig zu sein. Ein solches Verzeichnis gibt es schon mit den Namen von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten. Um alle Kreise bestmöglich zu informieren, die möglicherweise mit Opfern von Straftaten in Berührung kommen, organisierte der Dienst eine Informationssitzung für die Zahnärztinnen und Zahnärzte des Kantons. Der Dienst arbeitete ferner mit den OHG-Beratungsstellen und der Kantonspolizei zwecks einer Änderung des Informationsblattes zusammen, das die Polizei an die Opfer abgibt.

Im Rahmen der kantonalen OHG-Koordinationsgruppe, der heute 18 Mitglieder angehören, darunter seit diesem Jahr ein Vertreter des Kinder- und Jugendpsychiatrischen

Dienstes, eine Vertreterin der Anwaltskammer sowie ein Vertreter des Freiburger Psychologen- und Psychotherapeutenverbandes, organisierte und präsidierte der Dienst zwei Sitzungen, die dem Austausch von Informationen und Erfahrungen über die kantonalen OHG-Strukturen gewidmet waren. Was die regionale OHG-Konferenz angeht, der die Westschweizer Kantone sowie die Kantone Bern und Tessin angehören, so nahm der Dienst an zwei Arbeitstagen teil (26. Juni und 30. Oktober 2002). Auf dem Gebiet der interkantonalen Koordination und Diskussion war der Dienst einmal an den Sitzungen der Schweizerischen OHG-Verbindungsstellen-Konferenz (SVK/OHG) vertreten. Ausserdem beteiligte er sich auf kantonaler Ebene an der insitutionsübergreifenden Arbeitsgruppe gegen Gewalt in der Familie, die zu drei Sitzungen zusammentrat. Diese Arbeitsgruppe dürfte ihren Schlussbericht im ersten Halbjahr 2003 abgeben.

Der Dienst beteiligte sich weiterhin an der Erstellung der eidgenössischen Statistik über die verschiedenen OHG-Leistungen an Opfer von Straftaten. Die letzte diesbezügliche Veröffentlichung des Bundesamtes für Statistik erfolgte im September 2002 und betrifft das Jahr 2001. Der Dienst kontrollierte die Übernahme der verschiedenen OHG-Leistungen im Kanton und konnte erneut eine nicht unerhebliche Differenz zwischen den verlangten und den jeweils gewährten Leistungen feststellen.

Im Laufe des Jahres 2002 behandelte der Dienst 225 Dossiers, alle Leistungen zusammengenommen, gegenüber 200 im Jahr 2001, 142 im Jahr 2000, 121 im Jahr 1999 und 105 im Jahr 1998. Die grosse Mehrheit der gewährten Leistungen fällt unter die sofortige und die längerfristige Hilfe. Der Dienst fällte 61 formelle Entscheide: 27 in Sachen Anwaltskosten (davon 2 Ablehnungsentscheide), 1 auf dem Gebiet der sofortigen und längerfristigen Hilfe (psychologische Hilfe) und 32 in Sachen Entschädigung und/oder Genugtuung (darunter 3 inhaltlich begründete Ablehnungsentscheide und 2 Entscheide zur Ablehnung eines Vorschusses). Wie bisher sind die wenigsten Entscheide angefochten worden. Derzeit sind nur 8 Beschwerdeverfahren im Zusammenhang mit sofortiger und längerfristiger Hilfe (Anwaltskosten) bei der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion hängig. Was die Entschädigungen und Genugtuungen angeht, sind 2 Verfahren beim Verwaltungsgericht hängig (Höhe der Genugtuungssumme) und 1 Verfahren ist beim Bundesgericht hängig (Gewährung eines Vorschusses).

Die OHG-Ausgaben im Rahmen des Voranschlags 2002, einschliesslich der Subventionen an das Frauenhaus und die Dargebotene Hand, beliefen sich auf 1 066 317.05 Franken, gegenüber 927 186.65 im Jahr 2001, 998 755.85 Franken im Jahr 2000, 1 160 400.05 Franken im Jahr 1999 und 960 533 Franken im Jahr 1998.

4. Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen (AsylIG)

Im Rahmen der Betreuung Asylsuchender organisierte der Sozialdienst Informationssitzungen für die Ärztinnen und Ärzte, die sich zur Beteiligung am Gesundheitsnetz für

Asylsuchende bereit erklärt hatten. Das vom Dienst und dem Freiburgischen Roten Kreuz (FRK) auf Verlangen der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion (die Direktion) errichtete Netz ist seit September 2001 in Betrieb. Nicht weniger als 80 Ärztinnen und Ärzte erklärten sich bereit, als erstinstanzlicher Arzt mit den Gesundheitszentren des FRK zusammenzuarbeiten. Die Spitäler sowie die übrigen Partner des Netzes (namentlich Krankenkassen, Psycho-soziales Zentrum, Caritas, Dienst für Familienhilfe) wurden ebenfalls zu diesen Informationssitzungen eingeladen. Im Laufe des Jahres konnte der Dienst in Zusammenarbeit mit dem FRK eine erste sehr positive Bilanz ziehen: das Gesundheitsnetz bewährt sich sowohl unter dem Aspekt der Effizienz der FRK-Gesundheitszentren und der Nutzung durch die Asylsuchenden als auch hinsichtlich der Zusammenarbeit unter den Partnern des Netzes.

Um das System zu vervollständigen und auf Anstoss des Freiburger Apothekervereins führte der Sozialdienst erfolgreiche Verhandlungen für die Unterzeichnung eines Vertrags zwischen der Direktion und der OFAC (Berufsgenossenschaft der Apothekerinnen und Apotheker). Dieser Vertrag bestimmt die Bedingungen der Herstellung, persönlichen Kennzeichnung und Verwendung einer persönlichen Versichertenkarte, die den im Kanton Freiburg wohnenden Asylsuchenden vom FRK abgegeben wird. Somit erhält seit dem 2. Dezember 2002 jede Asyl suchende Person soweit nötig eine Magnetkarte (System Covercard), die von den meisten Apothekern des Kantons und einem Teil der Ärzte sowie den Spitälern gelesen werden kann. Die auf den Namen lautende Karte gibt klar an, dass ihre Inhaberin oder ihr Inhaber eine Asyl suchende Person im Kanton Freiburg ist. Sie ersetzt den Apothekenschein. Kein Arzneimittel wird ohne Vorlage der Karte ausgehändigt. Dank dem Magnetstreifen können Apotheker und Arzt verschiedene Informationen ablesen, vor allem den Namen der Krankenkasse und die Versicherungsdeckung. Die Einführung dieser Karte erfolgte aus dem Anliegen heraus, die Gesundheitskosten mit einer besseren Kontrolle des Zugangs zu den Leistungen bewältigen zu können. In diesem Sinne können auch die Statistiken nach dem Bedarf erstellt werden. Auf diese Weise kann der Kanton den Anforderungen der Vollzugsweisungen zur Asylverordnung 2 (Asyl 80.1.2 vom 10. September 1999, Änderung vom 18. Dezember 2000) entsprechen, die von den Kantonen die Sammlung einer bestimmten Zahl von Informationen verlangen, mit dem Ziel, diese zu evaluieren und eine Bilanz über die Kostenentwicklung sowie die Wirkung der verschiedenen von den Kantonen gewählten Gesundheitssystem zu ziehen.

Der Dienst erarbeitete ferner die Verordnung vom 23. April 2002 über die Verteilung der Asylsuchenden, der vorläufig aufgenommenen und schutzbedürftigen Personen ohne Aufenthaltsbewilligung im Kanton (ASF 2002_037), mit der der Staatsrat die Verteilung auf die Bezirke nach deren zivilrechtlicher Bevölkerungszahl bestätigt (s. Beschluss vom 13. April 1999 über die Verteilung der Asyl suchenden und vorläufig aufgenommenen Personen im Kanton, aufgehoben am 23. April 2002). Der Dienst und das FRK haben eine Frist von 5 Jahren für die Umsetzung des Grundsatzes der Verteilung in den Bezirken.

Nach einer mehrmonatigen stabilen Periode wirkte sich ab Juni 2002 der vermehrte Zuzug von Asylsuchenden zusammen mit einer Abnahme der Rückschaffungen (vor allem aufgrund der Schwierigkeiten der Fremdenpolizei, bestimmte Asylsuchende aus Westafrika mangels international anerkannter Identitätspapiere heimschaffen zu können) auf die Bewältigung der Beherbergungssituation für Asylsuchende im Kanton durch den Dienst und das FRK erschwerend aus. Ab Ende Juni waren die Erstaufnahmezentren voll belegt und suchten der Dienst und das FRK Lösungen, die dem Verteilungsgrundsatz gemäss der obgenannten Verordnung entsprechen. Da die Verteilung im Vivisbachbezirk und im Sensebezirk nicht konform war, informierte die Direktion die Oberamtmänner und die Gemeindebehörden, dass der Dienst und das FRK in Absprache mit der paritätischen Kommission für Asylfragen und mit Unterstützung des Amtes für Zivilschutz vorhätten, Asylsuchende in Zivilschutzanlagen unterzubringen, deren Infrastruktur den Bedürfnissen einer solchen Beherbergung entsprächen. Im Vivisbachbezirk wurden die Gemeinden Semsales, Châtel-St-Denis, Attalens und Bossonnens kontaktiert, im Sensebezirk die Gemeinden Plasselb, Düdingen, Tifers, Ueberstorf, Wünnewil-Flamatt und Bösinggen. Der Dienst und das FRK trafen am 2. September 2002 in Semsales mit den betroffenen Behörden des Vivisbachbezirks zusammen. Zuletzt wurde nur die Zivilschutzanlage von Düdingen geöffnet.

Für den Vivisbachbezirk führte der Dienst gleichzeitig an der Seite der Direktion Verhandlungen für den Kauf eines Gebäudes, das der Stiftung Les Buissonnets gehört. Es handelt sich um das Foyer La Verrerie auf dem Gebiet der Gemeinde Progens. Nach Verhandlungen mit den Gemeindebehörden, für deren Argumente die Direktion Verständnis zeigte, wurde auf den Erwerb dieses Gebäudes durch den Kanton verzichtet. Angesichts des Mangels an Beherbergungsplätzen und mit Einwilligung des Staatsrats wurde jedoch die Lösung gewählt, das Heim zu mieten. Der Dienst trug zur Ausarbeitung des Mietvertrags bei, und dieser wurde für 3 Jahre unterzeichnet. Am 5. November 2002 organisierte der Dienst unter der Ägide der Direktion und zusammen mit dem FRK einen Informationsabend für die Bevölkerung der Gemeinden Progens und Grattavache, an dem mehr als 100 Personen teilnahmen. Das Foyer La Verrerie nahm am 18. November 2002 die ersten Asylsuchenden auf.

Der Dienst arbeitete einen Staatsratsbeschluss aus, nach dem auf Antrag der Direktion eine Kommission für die Beherbergung Asylsuchender in ausserordentlichen Lagen eingesetzt wird. Die Kommission soll den Dienst und das FRK bei den Verhandlungen mit den betroffenen Gemeinden und Kreisen unterstützen. Es ist Sache der Direktion, die Kommissionsmitglieder nach Bedarf einzuberufen. Zu ihnen gehören eine den Dienst und das FRK vertretende Person und je ein Mitglied, das die Oberamtmänner, die Gemeinden, die Fremdenpolizei, die Kantonspolizei, das Militärdepartement und das Amt für Zivilschutz vertritt.

Der Dienst beteiligte sich auch an der Arbeitsgruppe, die mit der Ausarbeitung der am 1. Januar 2003 in Kraft tretenden Asylverordnung (AsylV) vom 26. November 2002 betraut war. Er nahm Stellung zum Bericht des Bundesam-

tes für Flüchtlingsfragen (BFF) vom 18. März 2002 über die Verteilung der Asylsuchenden auf die Kantone im Jahr 2001. Dabei stellte er fest, dass die Vertretung der verschiedenen Nationalitäten oder Nationalitätengruppen dem vom AsylG anerkannten Verteilungsschlüssel nicht entspreche, insbesondere in den Westschweizer Kantonen, denen weit mehr Personen afrikanischer Herkunft zugewiesen wurden als den anderen Kantonen im Durchschnitt.

Im November reichte der Dienst dem BFF den Aktionsplan des Kantons für die Beschäftigungsprogramme des FRK im Jahr 2003 zu Genehmigung ein. Der Akzent wurde auf die Ausbildung gelegt, mit Projekten auf vielfältigen Gebieten: Allgemeinbildung, Informatik, Nähen, Kochen. Erwähnt sei noch ein Landschaftsgärtnerprojekt für das neue Erstaufnahmezentrum La Verrerie, das in den Wintermonaten mit einer Veloreparatur-Werkstatt abwechselt. Auch ein gemeinnütziges Projekt ist im Programm und wird den Gemeindebehörden von Progens und Grattavache unterbreitet. Im Übrigen willigte das BFF auch in die Mitfinanzierung eines Ausbildungsprogramms im Hinblick auf eine Heimkehr ein. So absolvierten dieses Jahr 24 junge Asylsuchende eine sechsmonatige Grundausbildung im Schreinerhandwerk.

Im Rahmen seiner mit dem Asylgesetz (AsylG) verbundenen Tätigkeit beteiligte sich der Dienst ferner an der vom BFF eingesetzten Begleitgruppe für die Evaluation der vom Bund finanzierten Beschäftigungsprogramme durch externe Beurteiler. Er tagte auch in der paritätischen Kommission für Asylfragen und in der kantonalen Kommission für die Einschulung und Integration von Migrantenkindern. Schliesslich beteiligte er sich an den Arbeits-sitzungen der Westschweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren und auf nationaler Ebene an den vom BFF

organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren. Unter den zahlreichen aktuellen Themen, die dort diskutiert wurden, sind namentlich zu nennen: die im Revisionsentwurf für das AsylG vorgesehene Gesamtpauschale für die Finanzierung der Unterstützung, die Gesundheitsfragen im Asylbereich, Fragen in Bezug auf die Rückschaffungen und das Verfahren, die Finanzierung der Sonderbeherbergungen und die Überwachung der Finanzen (Kontrollsystem). Auf nationaler Ebene ist der Dienst auch in der eidgenössischen Flüchtlingskommission vertreten.

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten des Betreuungs- und Verwaltungspersonals sowie die Betriebskosten der Beherbergungszentren beliefen sich im Jahr 2002 auf 18 920 000 Franken. Diese Ausgaben wurden vom Bund vollumfänglich vergütet.

Im Rahmen der Sozialhilfe an Personen mit Flüchtlingsstatus und schutzbedürftige Personen mit Aufenthaltsbewilligung trat der Dienst mehrere Male mit der schweizerischen Caritas in Freiburg zusammen, die vom Staatsrat aufgrund einer Vereinbarung mit der Regelung mit der sozialen Begleitung, der Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen, der Verrechnung an das Bundesamt für Flüchtlingsfragen und schliesslich der Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze für Flüchtlinge betraut ist. Er nahm auch an der vom BFF organisierten Gesprächs-plattform betreffend die Kontrolle der Ergebnisse in der Sozialhilfe an Flüchtlinge teil.

Die Ausgaben für die materielle Hilfe und die Betreuung beliefen sich im Jahr 2002 auf 1 100 000 Franken. Sie wurden vollumfänglich vom Bund vergütet.

5. Statistik

Materielle Hilfe netto 2002 (1.10.2001 – 30.09.2002)

Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt

Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

Aufteilung Gemeinden/Staat Art. 32/33 SHG							
Personen-kategorie	Zu Lasten des Staates in Fr.	% Total	Zu Lasten anderer Kantone in Fr.	% Total	Zu Lasten der Gemeinden in Fr.	% Total	Total in Fr.
Schweizer	3 971 535.10	52,54	896 770.23	80,26	3 794 356.60	52,89	8 662 661.93
Ausländer	3 587 816.45	47,46	220 471.80	19,74	3 379 248.25	47,11	7 187 536.50
Total	7 559 351.55	100	1 117 242.03	100	7 173 604.85	100	15 850 198.43

Materielle Hilfe netto 2002 (Zeitraum du 1.10.2001 – 30.09.2002)

*Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt / vor Aufteilung Staat/Gemeinden/andere Kantone
Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen*

Aufteilung nach regionalem Sozialdienst und nach Kategorie							
Regionale Sozialdienste	Freiburger		Schweizer		Ausländer		Total
	Hilfe in Fr.	Anzahl Dossiers	Hilfe in Fr.	Anzahl Dossiers	Hilfe in Fr.	Anzahl Dossiers	
Stadt-Freiburg	2 236 301.20	398	1 287 066.65	203	4 755 492.25	605	8 278 860.10
Villars-sur-Glâne	140 749.60	72	116 953.40	36	383 071.15	155	640 774.15
Sonnaz	221 905.70	53	32 293.75	40	130 153.30	38	384 352.75
Marly	128 975.25	56	43 613.60	22	502 576.40	77	675 165.25
Haute-Sarine	159 156.75	32	27 367.85	18	70 515.85	15	257 040.45
Gibloux	300 484.80	57	280 760.10	30	84 809.60	12	666 054.50
Cottens	95 490.00	39	83 691.45	18	97 043.55	13	276 225.00
Sense-Mittelland	112 549.45	25	42 771.90	18	-9 609.20	8	145 712.15
Schmitten	63 561.70	16	112 211.00	15	55 084.60	12	230 857.30
Bösingen	13 796.65	1	56 591.60	12	83 044.75	10	153 433.00
Ueberstorf	-1 560.20	1	-5 808.05	3	-,-	-	-7 368.25
Düdingen	273 367.95	36	58 934.45	22	100 974.95	18	433 277.35
Sense-Oberland	311 603.65	42	208 334.25	24	54 168.55	5	574 106.45
Wünnewil-Flamatt	-13 502.70	20	231 246.65	31	131 342.40	40	349 086.35
Greyerz	253 380.20	232	145 253.08	92	61 683.40	183	460 316.68
Jaun	- 634.25	7	4 537.05	1	-,-	-	3 902.80
Murten	118 867.00	19	134 600.35	45	84 828.50	38	338 295.85
See	166 663.25	42	62 119.55	50	98 302.60	37	327 085.40
Kerzers	13 748.25	12	72 660.70	35	40 838.95	17	127 247.90
Glâne Süd	17 375.35	16	15 855.15	16	-20 340.50	4	12 890.00
Romont	38 315.35	32	38 458.05	21	93 881.30	47	170 654.70
Glâne	28 202.75	26	13 002.50	11	26 809.20	15	68 014.45
Broye	306 965.10	68	207 448.30	66	148 298.25	67	662 711.65
Basse-Veveyse	63 687.55	27	104 841.50	28	3 282.70	8	171 811.75
Haute-Veveyse	34 290.15	12	50 557.15	9	39 836.90	9	124 684.20
Châtel-St-Denis	56 546.90	25	77 172.35	28	-2 935.70	22	130 783.55
Kant. Sozialdienst	14 128.30	9	5 711.90	6	174 382.75	83	194 222.95
Total	5 154 415.70	1 375	3 508 246.23	900	7 187 536.50	1 538	15 850 198.43

Im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

Aufteilung der Dossiers nach Sozialhilfegrund		
Sozialhilfegrund	Anzahl Dossiers	% Total
Arbeitslosigkeit/Vorschüsse ALV	523	13,26
Alleinerziehender Elternteil/Trennung	458	11,62
Krankheit/Unfall/Hospitalisation	237	6,01
Hilfe an Kinder	70	1,78
Schutzaufsicht	51	1,29
AHV/IV/EL: Vorschüsse / ungenügend	665	16,87
Ungenügendes Einkommen	1 214	30,79
Platzierung Pflege-/Altersheim	40	1,01
Drogen/Alkohol	213	5,40
Spital/Unfall/Krankheit: vorübergehend hier anwesend	41	1,04
Heimschaffung: vorübergehend hier anwesend	29	0,73
Krankenkassenprämien	80	2,03
Arbeitslosigkeit: ausgesteuert	322	8,17
Total Dossiers	3 943	100

OHG*Tätigkeiten und Aufwand im Geschäftsjahr 2002*

Staatliche Subventionen an die Beratungsstellen	Fr. 611 787.85
Kosten für sofortige Hilfe	¹ Fr. 144 067.95
Kosten für längerfristige Hilfe	¹ Fr. 39 676.45
Rechtsanwaltskosten	¹ Fr. 22 680.40
¹ Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45%/55%):	Fr. 206 424.80
Entschädigung (materieller Schaden)	² Fr. 37 831.40
Genugtuung	² Fr. 210 273.00
² Ausgaben 100% zu Lasten des Staates:	
Total	Fr. 1 066 317.05

IV. Jugendamt (JA)

1. Personal und Organisation

Im Jahr 2002 verteilte sich die Personaldotierung des kantonalen Jugendamtes (JA) wie folgt:

• Direktion:	2,0 Stellen	2 Personen
• Verwaltungssektor: (+ ein Lehrling)	5,0 Stellen	7 Personen
• Sektor direkte Sozialarbeit:		
Intervision	2,0 Stellen	2 Personen
Sozialarbeiter/innen	15,3 Stellen	19 Personen
• OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche:	1,3 Stellen	2 Personen
• Sektor familienexterne Kinderbetreuung:		
Intervision	1,0 Stelle	1 Person
Sozialarbeiter/innen	3,0 Stellen	5 Personen
Insgesamt:	29,6 Stellen	38 Personen

Aus dem Pool der vakanten Stellen des Staates Freiburg wurde dem Dienst im Laufe des Jahres eine weitere Sozialarbeiterstelle zugesprochen.

Drei Personen absolvierten ein Praktikum im Rahmen ihrer Ausbildung an der höheren Fachschule für Sozialarbeit oder an der Universität. Eine davon wurde nach ihrem Praktikum angestellt.

Zudem bot die Eröffnung von sechs temporären Beschäftigungsprogrammen zwei Juristen die Möglichkeit, sich mit dem gesetzlichen Rahmen für die Tätigkeit des JA vertraut zu machen, und vier Sekretärinnen die Gelegenheit, weitere Erfahrungen zu sammeln. Diese Massnahmen erwiesen sich als sehr positiv für die beschäftigten Personen und das JA. Fünf dieser Personen fanden vor dem Ende der Massnahme eine Stelle, für die sechste Person wird die Massnahme in das Jahr 2003 hinein verlängert.

2. Allgemeine Tätigkeit

Im Jahr 2002 bestätigten sich die Zahlen von Ende 2001. So stabilisierte sich die zwischen 1995 und 2000 erheblich gestiegene Zahl der vom JA betreuten Kinder und wich nur wenig vom Jahr 2001 ab.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die erhebliche Schwierigkeiten mit ihrer Familie, in der Schule oder Ausbildung, mit den sozialen Normen oder mit sich selbst haben, hat sich nicht wesentlich verändert.

Auch die Tendenz, dass die Probleme in immer jüngerem Alter auftreten, bestätigte sich, ebenso die Tatsache, dass Eltern immer häufiger ihre erzieherische Verantwortung nicht mehr wahrnehmen.

Besonders zu erwähnen ist die Zunahme und Verhärtung bestimmter Situationen im Zusammenhang mit der Trennung oder Scheidung von Eltern, in denen die Kinder im Konflikt zwischen den Expartnern für Vergeltungsmassnahmen missbraucht werden. Bestimmte Personen, denen die elterliche Obhut zugesprochen wurde, tun alles, um den Kontakt des Kindes mit dem anderen Elternteil zu unterbinden, während andere, die die elterliche Obhut nicht haben, keine ihrer Pflichten für den Unterhalt des

Kindes erfüllen. Somit wird das Kind systematisch zum unschuldigen Opfer zweier Erwachsener, die miteinander abzurechnen suchen. Solche Situationen laufen auf eine psychische Misshandlung des Kindes hinaus.

Diesem allgemein düsteren Bild ist gegenüber zu stellen, dass sich zwischen den Behörden und den Partnerdiensten sehr gute Arbeitsbeziehungen entwickelt haben. Obwohl alle öffentlichen und privaten Akteure auf dem Gebiet des Kindes- und Jugendalters – Jugendgericht, Schulen, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Sonderheime usw. – seit zwei Jahren die Alarmglocke betätigen, ist der Kooperationsgeist auf dem Terrain ausgezeichnet.

Das JA beteiligte sich weiterhin an der Steuergruppe des von der Vereinigung Release umgesetzten Programms CHOICE. Dieses bietet Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren, die in straffälliges Verhalten abzugleiten drohen, ein Motivationsprogramm an.

In der gleichen Optik und in Fortsetzung früherer Arbeiten des JA wurde eine Steuerungsgruppe eingesetzt, die die Entwicklung eines von der Vereinigung organisierten Familienerziehungsprogramms verfolgen soll. Dieses Programm soll Familien dabei helfen, ihre erzieherischen Ressourcen und Kompetenzen herauszufinden und nutzbar zu machen.

Das JA beteiligt sich auch an einer dritten Arbeitsgruppe zur Begleitung der Errichtung einer «Jugendplattform». Diese wird gemeinsam vom Kantonalen Amt für Berufsbildung, dem Amt für den Arbeitsmarkt und dem Amt für Berufsberatung errichtet. Sie bietet künftig Jugendlichen eine einzige Anlaufstelle für den Eintritt in die Vorbereitungsphase für eine Lehre, eine Ausbildung oder auch in ein Orientierungshalbjahr.

3. Interventionen des kantonalen Jugendamtes

Die folgenden Angaben und Daten geben Auskunft über die Tätigkeiten der verschiedenen Sektoren des JA.

a) Sektor direkte Sozialarbeit

Dieser Sektor übernimmt die soziale Betreuung, entweder im Auftrag verschiedener Behörden (Friedensrichter, Jugendstrafkammer, Bezirksgerichte) oder ohne amtlichen Auftrag auf Gesuche aus der Bevölkerung hin. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter werden auch beauftragt, Abklärungen oder Evaluationen vorzunehmen. Sie haben auch Aufträge im Rahmen des Kindesschutzes wahrzunehmen.

Im Jahr 2002 befassten sich 19 in der Sozialarbeit tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (15,3 Stellen) mit der Betreuung von 2336 Minderjährigen (2001: 2355); dies macht 197 Einsätze aus (2001: 2005). Eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter mit vollem Pensum betreute somit durchschnittlich 169 Jugendliche (2001: 165) und führte 130 Interventionen durch (2001: 135).

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der verschiedenen Interventionsarten für den Zeitraum 1997 – 2002 und bestätigt die obigen Feststellungen:

Interventionen nach Sektor	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Auf Anordnung der Jugendstrafkammer	138	135	117	106	105	107
Auf Anordnung der Friedensgerichte	555	722	744	786	971	1 244
Auf Anordnung der Bezirks-Zivilgerichte	144	167	170	174	140	98
Auf Anordnung des Bundesamts für Justiz	0	0	0	0	2	2
Interventionen ohne amtlichen Auftrag	549	728	644	675	600	512
Internationaler Sozialdienst	0	1	1	1	2	2
Sektor familienexterne Kinderbetreuung	4	0	1	1	15	4
Fremdenpolizei	78	62	66	67	24	4
Zivilstandsamt	30	34	28	19	9	1
Sonstige	2	9	22	52	70	18

Die Tabelle zeigt die beeindruckende Zunahme der Interventionen, die von den Friedensgerichten als den hauptsächlichen Behörden für den Schutz des Kindes angeordnet werden sowie den deutlichen Rückgang der Aufträge von Seiten anderer Behörden. Überraschend ist auch die Feststellung, dass die Mandate für erzieherische Massnahmen, die von der Jugendstrafkammer angeordnet werden, merklich zurückgegangen sind. Die Art der von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen begangenen Straftaten erforderte andere Massnahmen von Seiten dieser Behörde. Die Entwicklung der aufgeführten Zahlen spiegelt deutlich die immer grösser werdenden Schwierigkeiten, denen sich viele Kinder und Jugendliche im Kanton Freiburg gegenüber sehen.

Das Problem des Platzmangels in den Erziehungsheimen des Kantons ist eine ernsthafte Erschwernis für eine gute soziale Betreuung, ist doch die Zahl der Jugendlichen aus einem zerbrochenen Familienverband sehr hoch. 317 Kinder und Jugendliche lebten im Jahr 2002 in einem Heim. Die Freiburger Erziehungsheime zählen lediglich 150 Plätze für Minderjährige, die für Erziehungsmassnahmen untergebracht werden.

Im Jahr 2002 wurden von den Instanzen für den Kinderschutz 260 Abklärungen angeordnet (274 im Jahr 2001). Die administrativen Abklärungsmandate von Seiten der Fremdenpolizei auf dem Gebiet der Familienzusammenführung sind praktisch verschwunden, da diese Abklärungen gesetzlich nicht mehr notwendig sind. Die Abklärungsmandate für eine gemeinsame Adoption oder die Adoption des Ehegatten wurden endgültig dem Sektor familienexterne Kinderbetreuung des JA übertragen.

Als kantonales Koordinationsorgan befasste sich das JA über seinen Sektor direkte Sozialarbeit im Jahr 2002 mit 2 Fällen von internationaler Kindsentführung.

Im Laufe des ganzen Jahres befasste sich der Sektor direkte Sozialarbeit mit einer Analyse seiner Tätigkeiten, um anfangs 2003 eine neue Arbeitsorganisation einführen zu können. Die Untersuchung erfolgte in Zusammenarbeit mit einem von der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion beauftragten externen Experten. Die Neuorganisation sieht eine bessere Evaluierung der Fälle zum Zeitpunkt ihrer Berücksichtigung durch den Sektor vor sowie eine Aufteilung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auf drei Regionen statt wie bisher auf die Bezirke.

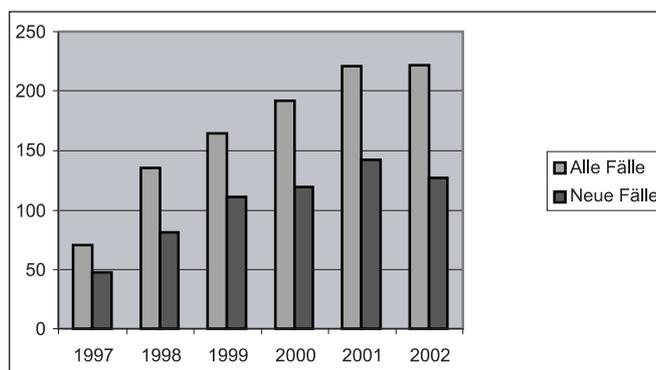
b) OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche

Die Haupttätigkeit der OHG-Beratungsstelle besteht darin, Kinder und Jugendliche, die einer Straftat zum Opfer gefallen sind, sowie ihre Angehörigen zu betreuen (Gespräche, Beratung, Begleitung bei den zu unternehmenden Schritten, Weiterleitung an andere spezialisierte Dienste usw.).

Für die betroffenen Kinder sind es meist die Eltern, die an die Beratungsstelle gelangen. Anders ist dies bei den Jugendlichen, die sich leichter Vertrauenspersonen ihres Umfelds anvertrauen. Der letzte Schritt zu einem Hilfesuch bei der Beratungsstelle erfolgt häufig über andere Fachleute, die mit Jugendlichen zu tun haben. Deshalb wurde unter den verschiedenen Berufsleuten, die mit den Jugendlichen im Kanton in Kontakt sind, ein Informationsblatt speziell über die OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche verteilt.

Eine wichtige Änderung für die von der Beratungsstelle betreuten Kinder bestand in den am 1. Oktober 2002 in Kraft getretenen Änderungen des Gesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten. Sie bezwecken einen besseren Schutz der Kinder, die Straftaten zum Opfer fallen. Die Anhörung von Kindern im Strafverfahren wurde dementsprechend abgeändert. Ihre Aussagen werden mit Video aufgezeichnet, so dass die Zahl der Einvernahmen reduziert werden kann, die mit der Untersuchung betraute Person wird von einer sachverständigen Person unterstützt, damit den spezifischen Bedürfnissen jugendlicher Opfer besser Rechnung getragen wird. Die ersten Erfahrungen haben gezeigt, dass diese Art der Anhörung sich für die Kinder sehr gut eignet.

Die Zahl der Gesuche stabilisierte sich im Jahr 2002 und entsprach nahezu derjenigen im Vorjahr (222 betreute Fälle, davon 127 neue Fälle).



Wie in den Vorjahren ersuchten hauptsächlich Opfer sexueller Übergriffe um Hilfe (63 %), doch wurde eine Zunahme von Fällen körperlicher Misshandlung festgestellt. Hierbei handelt es sich zum einen um Kinder, die in der Familie misshandelt werden, und zum anderen um Jugendliche, die in der Öffentlichkeit angegriffen werden. Zwei Drittel der Gesuche betreffen Mädchen, ein Drittel Jungen; 16 % der Gesuche kommen aus dem deutschsprachigen Kantonsteil.

Die Hilfe nach dem OHG ist unabhängig von einem Strafverfahren. Doch verzeigten 57 % der Opfer die erlittene Straftat bei den Strafbehörden.

Die Verantwortlichen der Beratungsstelle werden im Rahmen der Ausbildung von Berufsleuten, die im Jugendbereich arbeiten (Lehrpersonen, Schulmediatoren, Pflegepersonal, Tagesmütter usw.), regelmässig für Informationsaufgaben zugezogen.

So stellten sie im Jahr 2002 ihre Tätigkeit 11-mal vor, häufig im Rahmen von GRIMABU, der berufsübergreifenden Arbeitsgruppe für die Bekämpfung der Misshandlung und sexuellen Ausbeutung von Kindern, die den Akzent auf die Wichtigkeit einer pluridisziplinären Arbeit in der Betreuung misshandelter Kinder setzt.

Die OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche beteiligte sich an der Organisation des kantonalen OHG-Tages im September 2002. Die Sozialarbeiterinnen der Beratungsstelle sind auch in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten, die sich auf kantonaler oder nationaler Ebene mit Kindsmisshandlung und Opferhilfe befassen.

c) Sektor familienexterne Kinderbetreuung

Gemäss der Bundesverordnung vom 19. Oktober 1977, welche die Unterbringung von Kindern regelt, befassen sich die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter dieses Sektors mit den Abklärungen für die Bewilligung familienexterner Betreuungsstätten: Pflegeeltern, Pflegeeltern im Hinblick auf eine Adoption, Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter. Ab ihrer Bewilligung werden diese Betreuungsstätten, zu denen die Tagesstätten kommen, beaufsichtigt.

Im Jahr 2002 erhielt der Sektor sein eigenes Informatikprogramm für die Dossierbearbeitung (Follow Me). Die Zahl der Dossiers, die im Jahr 2002 für Bewilligungen oder die Aufsicht eröffnet wurden, betrug 447 (608 im Jahr 2001, somit -26,5 %). Sie verteilen sich wie folgt:

Abklärungen für Bewilligungen und Aufsicht

	2001	2002
– Pflegeplätze in Familien (Aufnahmefamilien)	87	64
– Einrichtungen zur Betreuung von Vorschulkindern	183	168
– Tagesplätze, die nicht der Aufsicht der Tageselternvereinigung unterstehen	30	29
– Familien im Hinblick auf eine Adoption	308	173

Drei Gemeindereglemente im Zusammenhang mit der Gesetzgebung über die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter wurden im Laufe des Jahres geprüft.

Für den Sektor waren im Jahr 2002 besonders wichtig: die interkantonalen Arbeiten zur Vorbereitung der Revision der Bundesverordnung über die Unterbringung von Pflegekindern, die Bundesverordnung über die Tätigkeit der zugelassenen Adoptionsvermittlungsstellen sowie die Vorbereitung des Inkrafttretens des Haager Adoptionsübereinkommens (internationale Adoptionen). Die Arbeiten ermöglichten eine gewisse Harmonisierung der Dokumente und der Praxis der verschiedenen Behörden in den Westschweizer Kantonen. Zu diesem Zweck erfolgte eine intensive Zusammenarbeit mit dem Dienst für den internationalen Schutz des Kindes des Bundesamtes für Justiz.

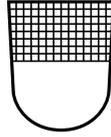
Drei Informationssitzungen wurden für Paare, die ein Adoptionsgesuch eingereicht haben, veranstaltet.

Schon im Jahr 2001 fand ein Ausbildungskurs für Pflegefamilien des deutschsprachigen Kantonsteils statt. Ein zweiter Kurs dieser Art wurde auch in diesem Jahr zusammengestellt. Gleichzeitig ermöglichte ein erster Ausbildungskurs einer Gruppe von acht Pflegefamilien des französischsprachigen Kantonsteils den Eintritt in einen Ausbildungsprozess.

V. Kantonale Sozialversicherungsanstalt

Wir verweisen auf den besonderen Bericht, den diese Anstalt zu Händen des Grossen Rates erstattet. Er betrifft:

- die kantonale Ausgleichskasse AHV/IV/EO
- die kantonale Ausgleichskasse für Familienzulagen
- die Ergänzungsleistungen der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2002

Finanzdirektion

Inhaltsverzeichnis

I. Direktion	3	VII. Einregistrierungsamt	20
1. Gesetzgebung	3	1. Organisation/Personal	20
2. Allgemeines	3	2. Veranlagungsarbeiten der Einregistrie- rungsgebühren	20
3. Tätigkeiten	4	3. Weitere Aktivitäten	20
II. Staatsschatzamt	4	4. Gesetzgebung	20
1. Personal	4	VIII. Amtliche Vermessung	20
2. Tätigkeiten	4	1. Lage- und Höhenfixpunkte	20
III. Finanzinspektorat	8	2. Übersichtspläne	20
1. Personal	8	3. Parzellarvermessung	21
2. Tätigkeiten	8	4. Geomatik	21
IV. Informatikzentrum	9	5. Koordination beim Landinformationssystem (LIS)	22
1. Kantonale Informatikkommission	9	IX. Grundbuch	23
2. Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen	9	1. Grundbuchämter	23
3. Finanz- und Geschäftsprüfungs- kommission	9	2. Steuern	24
V. Personalamt des Staates Freiburg	12	3. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch .	25
1. Personal	12		
2. Tätigkeiten	12		
VI. Kantonale Steuerverwaltung	15		
1. Organisation	15		
2. Das Gesetz über die direktion Kantonssteuern (DStG) – Änderung ...	16		
3. Die Informatik bei der KSTV	16		
4. Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV	17		
5. Ertrag der Kantonssteuern	18		
6. Die wichtigsten im Jahr 2002 verbuchten Steuereinnahmen	19		
7. Steuerhinterziehungsverfahren	19		
8. Steuererlasse	19		

I. Direktion

1. Gesetzgebung

Im Folgenden sind die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente, die im Jahr 2002 in den Bereichen erlassen wurden, die der Finanzdirektion unterstellt sind, in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

1.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 19. März 2002 über die Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2001;

Dekret vom 1. Mai 2002 zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2001;

Gesetz vom 12. Juni 2002 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern;

Dekret vom 13. November 2002 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2003;

Dekret vom 13. November 2002 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2003;

Dekret vom 15. November 2002 über die Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Staates Freiburg am Aktienkapital der Immobiliengesellschaft Agy Expo SA;

Gesetz vom 11. Dezember 2002 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das StPG (Dienstverhältnis).

1.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 4. Februar 2002 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals;

Verordnung vom 19. Februar 2002 über die lineare Kürzung der Kantonsbeiträge während der Jahre 2002 bis 2004;

Verordnung vom 26. Februar 2002 zur Änderung des Beschlusses über die Planung und Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten;

Beschluss vom 26. März 2002 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2002 (132. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 29. April 2002 über die Grundbuchgebühren;

Verordnung vom 18. Juni 2002 über die Einsichtnahme in die Steuerregister;

Verordnung vom 18. Juni 2002 über die Förderung der freiwilligen Pensionierung des Staatspersonals im Jahr 2003;

Verordnung vom 25. Juni 2002 über das Inkrafttreten des Gesetzes über das Staatspersonal;

Beschluss vom 25. Juni 2002 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2002 (133. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 20. August 2002 über die Überwachung der Nutzung des Internets durch das Staatspersonal;

Beschluss vom 16. September 2002 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2002 (134. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 14. Oktober 2002 über die abziehbaren Prämien der Kranken- und Unfallversicherung für die Steuerperiode 2003;

Verordnung vom 19. November 2002 über die Quellensteuer;

Verordnung vom 9. Dezember 2002 über den Teuerungsausgleich für das Staatspersonal im Jahr 2003;

Verordnung der Finanzdirektion vom 5. Dezember 2002 über den Bezug der Steuerforderungen für das Jahr 2003;

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Änderung der Einreihung der Funktionen bei der Kantonspolizei;

Beschluss vom 17. Dezember 2002 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2002 (135. Gewinnverteilung);

Reglement vom 17. Dezember 2002 über das Staatspersonal (StPR).

2. Allgemeines

Für die Finanzdirektion ist die Aufstellung des Staatsvoranschlags für das kommende Jahr eine der wichtigsten Aufgaben. Hier einige Folgerungen, die bei der Präsentation des Voranschlags 2003 gemacht wurden.

Der Voranschlag 2003 ist atypisch. Seine Gesamtergebnisse heben sich ganz klar positiv von denjenigen der vergangenen Jahre ab. Die Verbesserung ist offenkundig, und sie bedeutet auf der ganzen Linie, sei es bei den Defiziten oder beim Abstand von der gesetzlichen Defizitgrenze, einen Schritt in die richtige Richtung, und in diesem Sinn ist dieser Voranschlag sehr zufrieden stellend.

Nicht zu vergessen sind aber die besonders günstigen Umstände, die bei der Aufstellung des Voranschlags 2003 mitgewirkt haben. Zwei aussergewöhnliche Umstände, einerseits ein Sprung von drei Jahren bei der Berechnungsgrundlage der Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen und andererseits eine Erhöhung des ausgeschütteten Nationalbankgewinns, haben zu Mehreinnahmen von rund 60 Millionen Franken geführt. Aus der Tatsache, dass sich ein solcher Zuwachs bei den Mehreinnahmen nicht wiederholen wird, folgt denn auch, dass die

verbesserten Budgetaussichten relativiert werden müssen und der Kanton auch weiterhin eine vorsichtige und umsichtige Finanzpolitik verfolgen muss. Gerade eine solche Politik hat den Staatsrat zur Bildung einer Rückstellung in Höhe von 12 Millionen Franken veranlasst, die zwar auf Kosten des Voranschlags 2003 geht, andererseits aber der Entlastung kommender Voranschläge dienen wird.

Man darf nämlich nicht die Augen davor verschliessen, was die mittelfristige Finanzplanung für 2005–2006 aufzeigt, nämlich wie schwierig es sein wird, die Ergebnisse unter der gesetzlichen Defizitgrenze zu halten. Wenn es also die relativ guten Ergebnisse des Voranschlags 2003 erlauben sollen, unter besseren Bedingungen mit diesen nicht sehr günstigen Perspektiven fertig zu werden, so darf man nicht einfach nur hoffen, dass sich die Ausnahmebedingungen 2003 wiederholen und eine grundlegende Trendwende einleiten. Es wäre äusserst unbedacht, jetzt bloss abzuwarten, zumal gewisse Geschäfte noch viele Ungewissheiten bergen, insbesondere die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Es besteht also kein Anlass zu übermäßigem Optimismus, sondern vielmehr der Auftrag zu weiterhin rigoroser Finanzverwaltung.

3. Tätigkeiten

3.1 Gesetzgebung

Siehe Punkt 1 weiter oben zur Gesetzgebung 2002.

3.2 Weitere Tätigkeitsbereiche

Der Betrag der beiden Gewinnfonds der Loterie Romande beim Staatsschatzamt beläuft sich per Ende 2002 auf 10 629 891 Franken (12 003 776 Franken Ende 2001) für spätere Zweckbestimmungen und für dringliche Fälle, unter Einbezug der diesen Fonds im Jahr 2002 gutgeschriebenen Zinsen. Es ist vorgesehen, diese Reserven substanzial für die Finanzierung der kulturellen Infrastrukturen von regionaler Bedeutung im Kanton einzusetzen. Ein finanzielles Engagement ist auch im Sozialwesen vorgesehen.

Im juristischen Bereich entfiel ein Grossteil der Arbeiten auf die Bearbeitung von Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuchen sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen auf interne und externe Fragen zu den Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern) und den Handänderungssteuern. Die Anzahl der Dossiers ist weiterhin beträchtlich. Die juristische Tätigkeit war auch in weiteren Bereichen gefordert. Dabei ging es auf Ersuchen um die Überprüfung von Verträgen im Informatikbereich und die Mitarbeit an Gesetzgebungsarbeiten.

II. Staatsschatzamt

1. Personal

Im Jahr 2002 waren beim Staatsschatzamt (einschliesslich Telefonzentrale) durchschnittlich 29,2 Stelleneinheiten (in Vollzeitstellen) besetzt.

2. Tätigkeiten

Im Jahr 2002 führte das Staatsschatzamt hauptsächlich folgende Arbeiten aus: Ausarbeitung des Finanzplans für die Legislaturperiode 2002–2006, Voranschlagsentwurf 2003, Weiterführung der Einrichtung der Neuen Instrumente für das Finanzmanagement (NIGEFI), periodische Überprüfung der Subventionen, Führung der Buchhaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung. Das Staatsschatzamt war namentlich auch in folgenden Bereichen aktiv: Organisation der Bezirksfinanzdienste, Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, Arbeiten in Zusammenhang mit der versuchsweisen Einführung der Führung mit Leistungsauftrag, namentlich im Bereich Controlling.

1. Finanzplan für die Legislaturperiode 2002–2006

Der Staatsrat hat neben den Regierungsrichtlinien mit technischer Unterstützung des Staatsschatzamtes auch den Finanzplan für die Legislaturperiode aufgestellt. Die ursprünglichen, auf den Schätzungen der Direktionen beruhenden Voraussagen wiesen auf eine beunruhigende Verschlechterung der Finanzlage des Staates hin, namentlich mit einem Gesamtdefizit der Laufenden Rechnung nahe bei 850 Millionen Franken und einer Neuverschuldung um 1,1 Milliarden Franken im vierjährigen Planungszeitraum (2003–2006). Um das finanzielle Ziel, nämlich die Einhaltung der gesetzlichen Defizitgrenze zu erreichen, hat der Staatsrat eine Reihe von einschränkenden Massnahmen getroffen: Plafonierung des Nettoinvestitionsvolumens und strenge Selektion der berücksichtigten Vorhaben, nach Tätigkeitsbereichen beschränkte Schaffung neuer Stellen, engere Finanzrahmen (Defizitvorgaben) pro Direktion. Danach hat der Staatsrat schliesslich einen Finanzplan mit erheblichen Abstrichen im Vergleich zu dem, was ursprünglich vorgesehen war, verabschiedet, der den tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten des Kantons aber weit besser entspricht. Dieser Finanzplan weist für die drei Planungsjahre (für das Jahr 2003 tritt der Voranschlag an die Stelle des Finanzplans) die folgenden hauptsächlichsten Gesamtergebnisse auf: ein kumuliertes Defizit der Laufenden Rechnung von rund 260 Millionen Franken, ein Investitionsprogramm, das mit rund 330 Millionen Franken ausschliesslich zu Lasten des Staates geht, ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen von unter 8 %, eine Neuverschuldung von nahezu 320 Millionen Franken und eine Überschreitung der Defizitgrenze um 53 Millionen Franken. Zur weiteren Verbesserung dieser Ergebnisse und um die gesetzlichen Bestimmungen für die jährlichen Voranschläge einhalten zu

können, hat der Staatsrat eine Reform- und Umstrukturierungspolitik beschlossen, die die folgenden fünf Schwerpunkte beinhaltet: genauere Prioritätensetzung, bessere Nutzung des Einnahmepotenzials des Kantons, gezügelte Zunahme der Lohnsumme, Bestandesaufnahme und Intensivierung der interkantonalen Zusammenarbeit und eine beschleunigte Überprüfung der kantonalen Subventionen. Der Grosse Rat hat in der Dezembersession 2002 davon Kenntnis genommen, den Staatsrat darin bestärkt und ihn zu einer raschen Umsetzung der angekündigten Reformen ermutigt.

2. Voranschlagsentwurf 2003

Die Aufstellung des Voranschlagsentwurfs 2003 war eng an die Ausarbeitung des Legislaturfinanzplans gekoppelt. Dank besonders günstiger und einmaliger Umstände auf der Einnahmenseite (positive Auswirkungen des Sprungs von drei Jahren bei der Berechnungsgrundlage der Steuern auf Grund des Übergangs zur einjährigen Gegenwartsbesteuerung; substanzielle Erhöhung des Anteils des Kantons am SNB-Gewinn) konnte für das Jahr 2003 ein Voranschlagsentwurf vorgelegt werden, der sich positiv von den Budgetschätzungen der letzten Jahre abhebt, bei denen sich die Einhaltung der gesetzlichen Defizitgrenze jeweils schwierig gestaltet hatte. Der Staatsrat konnte somit am 10. September 2002 einen Voranschlagsentwurf verabschieden, der besser ausgefallen war als in den Vorjahren und übrigens in den parlamentarischen Beratungen nur geringfügig geändert wurde.

Der vom Grossen Rat am 13. November 2002 gutgeheissene Voranschlag weist die folgenden voraussichtlichen Ergebnisse auf: einen Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von 35,2 Millionen Franken, einen Ausgabenüberschuss von 107,1 Millionen Franken in der Investitionsrechnung, einen Gesamtausgabenüberschuss von 142,3 Millionen Franken in der Verwaltungsrechnung und einen Finanzierungsfehlbetrag von 55,4 Millionen Franken. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung liegt 30,8 Millionen Franken unter der gesetzlichen Defizitgrenze.

3. Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement

Die Einführung der neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement ist im Jahr 2002 fortgesetzt worden, auch wenn sich durch den Abgang von Mitarbeitern der gewünschte Zeitplan für die Arbeiten etwas verzögerte.

Im Jahr 2002 wurden folgende Arbeiten ausgeführt:

- Inbetriebnahme des «Finanzplan-Tools», einschliesslich der entsprechenden Ausbildung von rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonsverwaltung;
- Entwicklung und Inbetriebnahme vereinfachter Zugriffsmöglichkeiten auf die Finanzdaten für die Entscheidungsträger;
- Modul SD (Fakturierung): Inbetriebsetzung bei der Abteilung für Handelspolizei und öffentliche Gaststätten, Inbetriebnahme der Fakturierung der Hundesteuer und des Fakturierungsmoduls beim Konservatorium;

- Studie zur Einführung des SD-Moduls bei den Oberämtern;
- In den Bereichen FI-CO (Finanzwesen und Controlling): dezentralisierte Erfassung der Kreditorenbuchhaltung beim Konservatorium, der Materialzentrale und der Kantons- und Universitätsbibliothek;
- dezentralisierte Erfassung der Hauptbuchhaltung: bei der Abteilung Fremdenpolizei und Schweizerpässe, beim Kollegium St. Michael, bei der Materialzentrale sowie der Kantons- und Universitätsbibliothek;
- teilweise dezentralisierte Erfassung der Debitorenbuchhaltung: bei der Materialzentrale, der Kantons- und Universitätsbibliothek und beim Konservatorium;
- allgemeines und Detailkonzept für die Einführung der Finanzbuchhaltung und des Controlling an der Pädagogischen Hochschule Freiburg;
- Einrichtung der MECA-Schnittstelle für das Verkehrs- und Energiedepartement und die Staatskanzlei;
- Ausbildung: An insgesamt 30 Ausbildungstagen haben 88 Personen an einer SAP-Ausbildung teilgenommen. Die Ausbildung für den vereinfachten Zugriff auf die Finanzdaten nahm einen Tag in Anspruch; sie wurde für die rund 70 Teilnehmenden in Grangeneuve durchgeführt;
- schliesslich war das Projektteam auch regelmässig mit der Konsolidierung, dem Benutzersupport und der Wartung der Module beschäftigt.

4. Periodische Überprüfung der Subventionen

Die Grundlagen für die vollständige Umsetzung des Subventionsgesetzes (SubG) wurden im Jahr 2001 geschaffen. Das Jahr 2002 war somit das erste Jahr, in dem das SubG in vollem Umfang zur Anwendung kam.

Überprüfung der Subventionen 2001: Entscheide

Ausgehend von den Vorschlägen der Koordinationskommission fällte der Staatsrat im September 2001 eine gewisse Anzahl von Entscheiden zu den im Jahr 2001 durchgeführten Überprüfungen. Die beschlossenen Änderungen sind vor allem organisatorischer und finanzieller Art. Das Staatsschatzamt wurde damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen die konkrete Umsetzung sicherzustellen.

Überprüfung der Subventionen 2002

Wie in der Planung vorgesehen, wurden im Laufe des Jahres 11 Überprüfungen durchgeführt. Dies ist das Minimum, damit alle verzeichneten Subventionen alle sechs Jahre mindestens einmal überprüft werden können, wie dies das SubG vorschreibt. Nachdem die mit der Überprüfung beauftragten Personen vom Staatsschatzamt entsprechend geschult worden waren, haben sie die Überprüfungen von April bis Oktober 2002 durchgeführt. Die Ergebnisse wurden an die Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen (die Kommission) weitergeleitet; diese hat die Ergebnisse in ihrer

dritten Sitzung Mitte Dezember einer ersten Beurteilung unterzogen, und sie wird dem Staatsrat Anfang 2003 ihre Vorschläge dazu unterbreiten.

Im Jahr 2002 konnten das Konzept und die Analyseinstrumente für die periodische Überprüfung erstmals richtig in der Praxis angewendet werden. Die ersten Ergebnisse zeigen die Qualitäten dieser Instrumente, und dort, wo sich Verbesserungen als notwendig erwiesen haben, werden die entsprechenden Korrekturen vorgenommen.

Planung für das Jahr 2003

Die Kommission hat im Dezember 2002 die Planung der Subventionsüberprüfungen für das Jahr 2003 festgelegt. Dazu hat sie sich am allgemeinen Überprüfungsplan für die Jahre 2003–2007 orientiert, der im Jahr 2001 aufgestellt worden war. Sie hat bei ihrer Planung ausserdem den in den Regierungsrichtlinien zum Ausdruck gebrachten Willen des Staatsrats zu einer beschleunigten Überprüfung der Subventionen berücksichtigt. Somit sieht die Planung 2003 die Überprüfung von 18 Subventionen bis im Herbst 2003 vor.

Informationsbroschüre

Im Mai wurde eine Informationsbroschüre für die Überprüfung der Subventionen ausgearbeitet. Sie richtet sich sowohl an Publikum innerhalb und ausserhalb der Verwaltung, und sie verfolgt ein didaktisches und kommunikatives Ziel, indem sie beschreibt und erklärt, was heute beim Staat auf dem Gebiet der Verwaltung der Subventionen geschieht.

Ausserdem hat das Staatsschatzamt wie im SubG vorgesehen eine detaillierte Prüfung von zwei Textentwürfen zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen vorgenommen. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften des SubG.

5. Staatsrechnung 2002

Die Hauptbuchhaltung erfasst sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsbuchhaltung notwendig sind. Sämtliche Buchhaltungsvorgänge werden mit dem integrierten Softwarepaket SAP R/3 ausgeführt. Die Kreditorendaten werden über den automatisierten Bankzahlungsverkehr (DTA) bearbeitet. Die Buchhaltung regelt auch die Finanzbeziehungen mit den freiburgischen Gemeinden über das Kontokorrent Staat-Gemeinden, und sie führt das Konto für die Finanzbeziehungen mit dem Bund. Die Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt, und sie unterstützt auch die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2002 wird in einem Sonderdruck herausgegeben, der eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Im vorliegenden Rechenschaftsbericht sind daher nur die Hauptergebnisse der Bilanz von 1992 bis 2002 und der Gesamtrechnung von 1998 bis 2002 aufgeführt.

Bilanz

Jahr	Aktiven	Passiven	Überschuss Passiven (-) Überschuss Aktiven (+)
1992	1 127 132 127.64	844 861 409.33	+ 282 270 718.31
1993	1 287 949 149.38	1 052 081 575.25	+ 235 867 574.13
1994	1 462 942 882.39	1 214 516 892.52	+ 248 425 989.87
1995	1 318 987 254.13	1 226 134 760.52	+ 92 852 493.61
1996	1 349 281 615.42	1 248 477 532.84	+ 100 804 082.58
1997	1 354 753 014.34	1 281 161 321.96	+ 73 591 692.38
1998	1 291 656 616.61	1 218 180 176.58	+ 73 476 440.03
1999	1 265 488 680.33	1 209 536 997.63	+ 55 951 682.70
2000	1 366 008 196.88	1 316 114 087.06	+ 49 894 109.82
2001	1 465 029 537.96	1 420 005 433.54	+ 45 024 104.42
2002	1 394 452 926.11	1 346 014 049.99	+ 48 438 876.12

Gesamtrechnung des Staates in Millionen Franken

Jahr	Laufende Rechnung			Investitionsrechnung			Verwaltungs- rechnung	Finanzierungs- fehlbetrag
	Aufwand	Ertrag	Saldo	Ausgaben	Einnahmen	Saldo	Saldo	
1998	1 795,6	1 795,5	- 0,1	299,7	167,6	- 132,1	- 132,2	44,6
1999	1 999,3	1 891,8	- 17,5	257,8	142,5	- 115,3	- 132,8	32,3
2000	1 968,5	1 962,4	- 6,1	245,6	139,2	- 106,4	- 112,5	21,9
2001	2 048,8	2 043,9	- 4,9	262,2	135,5	- 126,7	- 131,6	42,1
2002	2 122,8	2 126,3	+ 3,4	173,6	81,6	- 92	- 88,6	4,2

6. Finanzamt und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten in diesem Bereich ausgeführten Arbeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ausführung der Zahlungen für die gesamten Voranschlagsausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten,
- Erfassung der Erhebung sämtlicher veranschlagter kantonalen Einnahmen,
- Verwaltung und Führung der allgemeinen Bankkonten des Staates und Nachkontrolle des Tresoreriebudgets.

Der Umfang der vom Finanzdienst des Staatsschatzamtes erledigten Geschäfte hat sich zwischen 2001 und 2002 wie folgt verändert:

	2001	2002
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	787,9	834,2
Bankkonten:		
- Inkasso (in Millionen Franken)	3 769,3	4 202,5
- Zahlungen (in Millionen Franken)	3 779,2	4 195,9
- erfasste Buchungen	6 798	6 943

Weitere Aktivitäten dieser Dienststelle sind:

- Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen:

Im Jahr 2002 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 2 Milliarden Franken. Die Zahl der Darlehen hat abgenommen. Es sind dies 116 Darlehen gegenüber 140 im Jahr 2001. Das Staatsschatzamt verwaltet und führt die Buchhaltung von 46 Fonds und Stiftungen;

- Verwaltung der öffentlichen Schuld des Staates:

Im Jahr 2002 hat der Staat bei der Pensionskasse des Staatspersonals eine Anleihe im Betrag von 200 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 11 Jahren aufgenommen (Zinssatz: 3,5 %). Dieses Darlehen ersetzt einen Teil der Schulden des Staats bei der Pensionskasse, auf denen der Staat einen «gesetzlichen» Zinssatz von 4,5 % entrichten musste. Er hat ausserdem drei Darlehen im Betrag von 60 Millionen Franken erneuert und eine neue Anleihe im Betrag von 20 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Zinssatz von 3,04 % aufgenommen.

– Verwaltung der Darlehen:

Das Staatsschatzamt kümmert sich um die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (16,6 Millionen, 212 Darlehen), die Landreserven (3,7 Millionen, 16 Darlehen) und für die regionale Wirtschaftsförderung (0,1 Millionen, 2 Darlehen).

– weitere Aufgaben:

Weitere Aufgaben sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates sowie die Rechnungsführung über die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der vom Tourismusfonds gewährten Finanzhilfen.

7. *Generaleinnehmerei und Bezirksfinanzdienste*

Die Einführung eines neuen Informatik-Werkzeugs führte zu tief greifenden Änderungen bei der Arbeitsorganisation. Die Automatisierung des Mahnverfahrens bringt grosse Vorteile mit sich.

Die Generaleinnehmerei führt die Zahlungen für besondere Voranschlagsausgaben aus, die nicht vom Finanzdienst des Staatsschatzamtes getätigt werden. Sie übernimmt auch das Inkasso verschiedener Einnahmen, mit Ausnahme der Steuern. Das gesamte Inkasso belief sich im Jahr 2002 auf 34,6 Millionen Franken (12 925 Buchungen) gegenüber 32,4 Millionen Franken im Jahr 2001.

Die Bezirksfinanzdienste verwalten je nachdem auch die Kassen- und Rechnungsabteilungen des Finanzdienstes, des Grundbuchamtes und des Oberamts. Eine Reorganisation der Bezirksfinanzdienste und der Generaleinnehmerei wird überprüft.

8. *Budgetkontrolle*

Die Budgetkontrolle erfolgt auf zwei Ebenen. Zunächst einmal wird sie von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit der Frage der Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. Im Jahr 2002 hat der Staatsrat 27 Begehren (gleich wie 2001) in einem Gesamtbetrag von 15,2 Millio-

nen Franken (7,6 Millionen im Jahr 2001) genehmigt, was 0,69 % (0,35 % im Jahr 2001) der für das Jahr 2001 budgetierten Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt leicht unter dem Durchschnitt von 0,84 % für den Zeitraum 1990–2002. Dem Grossen Rat wird in der Februarsession 2003 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

9. *Telefonzentrale der Kantonsverwaltung*

Das Staatsschatzamt ist für den Betrieb der Telefonzentrale und den Empfang im Verwaltungsgebäude der Finanzdirektion verantwortlich. Im Jahr 2002 wurden insbesondere folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Modernisierung der Hard- und Software der Zentrale in Grangeneuve;
- Regelung sämtlicher Probleme im Zusammenhang mit der Zentrale der Staatsverwaltung, in Zusammenarbeit mit Swisscom und einem Ingenieurbüro;
- Verwaltung der Telefonzentralen an der Rue Joseph-Piller 13, an der Route des Cliniques 17, des Bezirksgerichts Saane, am Impasse de la Colline in Givisiez, in Grangeneuve, in Granges-Paccot, in Domicidier (A 1), in Vaulruz (A 12), in der Grenette und in der Reichengasse 26 sowie der Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ) und des KP und an der Diplommittelschule;
- Aufstellung des Voranschlags 2003 für die Telefonanlagen und das Material aller staatlichen Dienststellen;
- monatliche Aufstellung der Telefntaxen und Abonnementsgebühren für die an die Staatszentrale angeschlossenen Dienststellen;
- monatliche Fakturierung der Taxen für Privatgespräche.

Die Privatgespräche beliefen sich im Jahr 2002 auf 89 800 Franken und lagen somit sehr nahe bei denjenigen des Vorjahres.

Die Telefonzentrale arbeitete unter Mitwirkung des Informatikzentrums des Staates Freiburg und eines Informatikunternehmens an der Entwicklung einer neuen Software zur Verwaltung der Telefonzentralen.

Sie hat auch ein internes Telefonverzeichnis erstellt, das sowohl auf Intranet und Internet konsultiert und regelmässig als aktualisierte Druckfassung ausgegeben werden kann.

10. *Weitere Aktivitäten*

- Stellungnahmen zu Vernehmlassungen;
- Stellungnahmen zu finanzwirksamen Geschäften, die dem Staatsrat unterbreitet werden (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen);
- Erstellen der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2001 und den Voranschlag 2003;
- Vorbereiten der Unterlagen für die Pressekonferenzen zu Staatsrechnung, Voranschlag und Finanzplan;

- Beziehungen zum Bund und anderen Kantonen im Bereich der Finanzen;
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen: das Staatsschatzamt hat namentlich bei der Organisation von fünf Informationssitzungen für die Grossratsmitglieder und die Gemeindebehörden mitgewirkt;
- Unterstützung bei verschiedenen Arbeiten in Zusammenhang mit dem New Public Management;
- Teilnahme an Kommissionsarbeiten oder Arbeitsgruppen, insbesondere im Rahmen des NIGEFI-Projekts;
- Erstellen des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2001;
- monatliche Fakturierung der Ausgaben für Posttaxen an die Dienststellen;
- Unterhalt der Intranet-Site des Staatsschatzamtes.

III. Finanzinspektorat

1. Personal

Zum Personal des Finanzinspektorats gehören der Dienstchef, der Adjunkt des Dienstchefs, drei Finanzinspektoren und eine zu 30 % angestellte Sekretärin. Der technische Sachbearbeiter, der sich hauptsächlich mit der Ausgabenkontrolle für die Nationalstrassen befasste, hat seine Stelle am 31. Juli 2002 verlassen. Aufgrund des Abschlusses der Bauarbeiten an der A1 wurde an seiner Stelle ab dem 1. September 2002 ein Finanzinspektor angestellt.

2. Tätigkeiten

Im Jahr 2002 führte die Dienststelle folgende Arbeiten aus: ordentliche Überprüfung der Verwaltungsdienststellen und anderer parastaatlicher Organe und Kontrolle der Bauausgaben.

2.1 Ordentliche Rechnungsprüfungen

Die Dienststelle führte im Jahr 2002 folgende Arbeiten aus:

72 Revisionen für ebenso viele Jahresrechnungen,
3 Spezialmandate,
7 unangemeldete Kassakontrollen.

Von diesen 72 Kontrollen gaben 43 Anlass zu 115 Beanstandungen, Bemerkungen oder Feststellungen und zu 27 Empfehlungen. Nach Artikel 54 des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates mussten 7 überprüfte Organe schriftlich Stellung nehmen. Die entsprechenden Antworten wurden den Berichten beigelegt.

Die Revisionsarbeiten betrafen 49 Sektoren der eigentlichen Staatsverwaltung und 26 Organisationen, Institutionen oder verschiedene Fonds. 5 Kontrollen wurden in Zusammenarbeit mit anderen Revisionsorganen durchgeführt. Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten wurde dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt.

Die Revisionen teilen sich wie folgt auf:

• Gerichtsbehörden:	6
• Vollziehende Behörde – Verwaltung:	40
• Fonds und Stiftungen:	17
• sonstige Aufträge:	9
• Spezialmandate:	3

Die 75 Revisionsberichte verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

Erziehung und kulturelle Angelegenheiten:	21
Justiz, Polizei und Militär:	11
Inneres und Landwirtschaft:	13
Volkswirtschaft, Verkehr und Energie:	8
Gesundheit und Sozialfürsorge:	9
Finanzen:	8
Öffentliche Bauten:	5

In Anwendung des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates und seines Ausführungsreglements vom 12. März 1996 wurden 71 Berichte an den Staatsrat, die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates und an das Staatsschatzamt überwiesen, 4 davon wurden nur Stiftungsräten zugestellt. Ausserdem wurden 6 Berichte dem Kantonsgericht als oberster Aufsichtsbehörde über die Sektoren der Justiz vorgelegt. Schliesslich wurden 5 Berichte von staatlichen Dienststellen, denen ein Bundesbeitrag gewährt wird, verschiedenen Bundesstellen zugestellt.

2.2 Sonstige Arbeiten

- Teilnahme an den Sitzungen dreier Arbeitsgruppen und zweier Verwaltungsräte.
- Ständige Kontrolle der Abrechnungen des Sektors Jugend und Sport.
- Abklärungen bezüglich spezifischer Probleme in Zusammenhang mit der MWSt für verschiedene staatliche Sektoren.
- Teilnahme am Gerichtsverfahren gegen einen Sektorverantwortlichen einer staatlichen Anstalt.

IV. Informatikzentrum des Staates

1. Kantonale Informatikkommission

Die kantonale Informatikkommission hat im Jahr 2002 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors Staatsrat Urs Schwaller 5-mal getagt. Gemäss den Bestimmungen ihres Pflichtenhefts hat die Kommission zu folgenden Projekten Stellung genommen oder ist darüber informiert worden:

- Interne Reorganisation des Informatikzentrums und Projekt Verwaltungsautonomie CIEF;
- Finanzplan 2003–2006 und Voranschlag 2003;
- Sicherheit – Pflichtenheft des Sicherheitsverantwortlichen und Sicherheitspolitik;
- Informatik an den Schulen (für eine globale Informatikverwaltung und Strategie an den Schulen);
- Informatikleitschema der Kantonalen Steuerverwaltung;
- Neue Anwendung des Konservatoriums;
- Output Management (Bereitstellen einer globalen Integrationsplattform für die Druckausgaben, deren Archivierung und automatische Kuvertierung);
- Neue Anwendung Betreibungsämter;
- Rechenzentrum Gemeinden Deutschfreiburgs (Hosting beim Informatikzentrum).

2. Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen

Unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Grossrat Beat Vonlanthen, hat die kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen im Jahr 2002 2-mal getagt.

Die Kommission hat sich hauptsächlich mit der Erarbeitung und der Prüfung des Budgets 2003 für die Informatik in den Bildungsstätten der Mittelschulen, der Lehrwerkstätten, der Berufsschulen, der Krankenpflegeschule und der Bildungszentren des Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve befasst, um entsprechende Kürzungen vorzunehmen. Dazu hat sie die betreffenden Informatikverantwortlichen angehört und zu den verschiedenen Projekten Stellung genommen, ausser zu den Projekten der Universität und der Hochschule Freiburg, die eine Sonderstellung innehaben.

3. Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Im Auftrag der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Informatikzentrum eine Gegenüberstellung der Voranschlagszahlen der Jahre 2003 und 2002 der folgen-

den Rubriken vorgenommen: 315.405 (Unterhalt von Hardware und Software), 316.400 (Benutzungskosten für EDV-Anlagen) und 318.000 (Dienstleistungen Dritter).

Zur einfacheren Verwaltung und Kontrolle und zur Verringerung des Verwaltungsaufwands hat das Informatikzentrum vorgeschlagen, dass für den Voranschlag 2003 die Informatikkosten eines Grossteils der Dienststellen auf das Informatikzentrum übertragen werden. Dieser Kostentransfer betrifft den Ersatz von PCs, Bildschirmen und Druckern sowie die Gesamtverwaltung der Microsoft-Lizenzen, die nicht mehr im Voranschlag der entsprechenden Dienststellen, sondern in dem des Informatikzentrums erscheinen. In den letzten Jahren erlaubten es die finanziellen Mittel und das verfügbare Personal lediglich, nur die am dringendsten notwendigen Informatikstrukturen anzupassen.

Infolgedessen gerieten die «berufsspezifischen» Anwendungen in Verzug. Hier werden die Bedürfnisse nämlich sowohl in funktioneller wie qualitativer Hinsicht immer grösser.

4. Postulat

Das Informatikzentrum hat zum Postulat Nr. 214.02 François Weissbaum/Charly Haenni für eine offene Informatik des Kantons im Dienste der Bürgerinnen und Bürger Stellung genommen.

5. Informatikzentrum des Kantons Freiburg

Das Vorhaben, Bilanz zu ziehen, die Vision des Informatikzentrums zu umschreiben sowie dessen Stärken und Schwächen genau unter die Lupe zu nehmen, wurde ausgeführt. Es wurden strategische Massnahmen und Projekte definiert, die nun umgesetzt werden (die neue Struktur steht, und die Kompetenzen und Leistungen sind umgruppiert). Es wurden grosse Anstrengungen für eine einheitliche Unternehmenskultur beim Informatikzentrum und für einen guten Kundendienst unternommen.

Die internen Organisationsmassnahmen bewirkten, dass die Qualität der Dienstleistungen erhalten und sogar noch gesteigert werden konnte. Das Informatikzentrum hat sich zum Ziel gesetzt, kundenorientiert zu sein (bessere Kommunikation, systematische Bearbeitung der Anfragen mit Kontrolle der Antwortfristen) und die Tests vor Lieferung zu intensivieren. Gleichzeitig wurde die finanzielle Sichtbarkeit der Projekte ausgebaut. Die Anstrengungen in diesen Bereichen werden auch im Jahr 2003 fortgesetzt.

Der problematischste Bereich ist immer noch der Unterhalt der Anwendungen; einige Anwendungen werden nur minimal oder gar nicht gewartet. Längerfristig müssen der Unterhalt und die Entwicklung dieser Anwendungen von externen Partnern übernommen werden. Obschon diese Applikationen zuweilen als zweitrangig angesehen werden, sind sie doch eine wichtige Hilfe für die Tätigkeiten der betreffenden Dienststellen, und somit muss auch entsprechend in sie investiert werden. Die ersten Massnahmen in diesem Sinne sind für das Jahr 2003 vorgesehen.

Die Anfang 2002 geschaffene *Abteilung Computing & Networking Services* ist aus der Absicht eines immer besseren und effizienteren Dienstes am Kunden (hauptsächlich

das Personal der Kantonsverwaltung) entstanden. Unter dieser Abteilung sind alle Tätigkeitsbereiche zusammengefasst, die direkt zum Aufbau und zur Produktion des Basis-Informatikdienstes beitragen, sowie die Sektoren, die die eigentliche Grundlage dieses Dienstes bilden, nämlich der Betrieb der Informatik- und Telekommunikationsinfrastrukturen.

Schon im Jahr 2002 konnten dank dieser neuen Abteilung neue Synergien entwickelt und ausgeschöpft werden, sowohl auf technischer als auch auf verfahrenstechnischer oder entscheidungsmässiger Ebene.

Sie hat vor allem Anpassungen organisatorischer Art vorgenommen, die notwendig waren, um die Prozesse zwischen den Produktions- und den Betriebsaktivitäten zu harmonisieren. Diesbezüglich ist der Weg für das Jahr 2003 vorgezeichnet, dem Jahr der «Konsolidierung» für das Informatikzentrum.

Das Jahr 2002 war von einigen bedeutenden Projekten geprägt, die den Endbenutzer direkt oder indirekt betreffen:

- Netzmigration
- Einrichtung von Windows 2000 für die Server, von OfficeXP für die Arbeitsplätze, um die Verwaltung dieser Umgebungen zu harmonisieren;
- Einrichtung eines Netzwerks für die Einsatzzentralen der Polizei in Vaulruz, Domdidier und Granges-Paccot, auf Glasfaser basierend mit dem ATM-Protokoll;
- Projekt für den Ringschluss der FRINET-Bezirke in Gigabit;
- Inbetriebnahme der Glasfaserverbindungen namentlich zwischen den Kantonshauptorten, und zwar Freiburg (BAD) – Tafers, Vaulruz – Châtel-St-Denis, Granges-Paccot – Vaulruz, Granges-Paccot – Domdidier, Domdidier – Estavayer-le-Lac, Estavayer-le-Lac – Romont, Romont – Bulle;
- Migration der Swisscom-Mietleitungen auf Glasfaserverbindungen;
- Projekt Voice over IP (Informatikzentrum, Oberamt Tafers, Bibliothek Beauregard);
- Migration, Sicherung und Verwaltung der Infrastruktur und des Inhalts von Web Intranet und Internet auf Windows 2000 Server.

Die Anfang 2002 geschaffene *Abteilung Ressource Planning & Integration* ist aus der Absicht entstanden, die Bereiche der ERP-Systeme zu verstärken (Enterprise Resource Planning), das heisst die Plattformen SAP R/3 und Sigagip/HRAccess. Die Tätigkeit dieser Abteilung bestand im Jahr 2002 darin, die funktionalen Bedürfnisse im Finanzbereich (Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung für die verschiedenen Direktionen/Dienststellen des Staates) abzudecken. Gegenwärtig ist ein Leitbild für die SAP-Plattform zu erstellen. Von den sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Abteilung sind deren vier dem Staatsschatzamt zugeordnet (Projekt Nigefi).

Die *Abteilung Solution Engineering* hat im Jahr 2002 rund 30 Projekte abgeschlossen. Hier die wichtigsten:

Globale Projekte

Gewisse externe oder interne Änderungen beim Staat wie das SVOG (Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung) hatten Einfluss auf die meisten, wenn nicht auf alle Anwendungen. Die wichtigsten Projekte waren:

Migration Office XP

Diese neue Office-Version bedingte eine Erneuerung der automatischen Schnittstellen mit den professionellen Applikationen. Daraus ergab sich ein nicht unwesentlicher Aufwand, der nur zum Teil von den internen Teams gemeistert werden konnte. Daher konnten gewisse Anwender noch nicht auf Office XP wechseln. Dies erschwerte die umfassende Verteilung und den Support beim Kunden, ganz zu schweigen vom wachsenden Missvergnügen der Mitarbeiter. Die Migration wird im ersten Halbjahr 2003 noch weitergehen.

Migration SQL Server 2000

Dieses Projekt steht für eine von der Politik eines Softwarevertreibers ausgelöste Änderung. Das Informatikzentrum war zur Migration der Applikationen auf ein anderes Produkt gezwungen, weil der Vertreiber keinen Support mehr für die aktuelle Version gewährleistet. Es geht in diesem Fall um die Microsoft-Datenbank.

Insgesamt erstreckte sich die Migration auf sieben Server mit 176 Datenbanken. Die entsprechenden Anwendungen (durchschnittlich eine Applikation pro Datenbank) mussten getestet und teilweise modifiziert werden. Die Migration verlief reibungslos und ohne Arbeitsstörungen für die Kunden.

Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)

Am meisten hat sich die Abteilung weiterhin mit der KSTV befasst. Ausser dem Unterhalt und dem Support wurden folgende Projekte durchgeführt:

- Projekt Inter-Contrib;
- Verbesserung des Datenaustauschs zwischen dem Militärdepartement und der KSTV (Militärpflichtersatz);
- Homogenisierung der Verwaltung Dritter in den verschiedenen Anwendungen und Plattformen der KSTV zur Datenoptimierung;
- Veranlagung juristische Personen;
- Integration der neuen von der Firma SOPRA entwickelten Anwendung für die juristischen Personen;
- Datenübernahme;
- Veranlagung der Quellensteuer;
- Verbesserung des Datenaustauschs mit der Fremdenpolizei;

- Verschiedene Steueruntersuchungs- und Kontrollfunktionalitäten;
- Veranlagung der natürlichen Personen und Debitorenverwaltung;
- Zweiter Teil der Anpassung für die einjährige Veranlagung;
- Verbesserung der Datenverwaltung bezüglich Heirat und Scheidungen;
- Capi-Fisc. Ziel dieses Projekts ist es, ein interaktives Tool zu entwickeln (integrierte Schnittstelle), dank dem die Benutzer der KSTV und der Grundbuchämter für ihre tägliche Arbeit einfach und direkt (automatisch und online) von ihrem Arbeitsplatz aus Zugriff auf die Informationen des Partnerdienstes haben (KSTV-GB).
- Informatikleitbild KSTV

Das Ziel des Projekts des Informatikleitbildes KSTV ist es, die Entwicklungen und die Anschaffungen von Steuerapplikation über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren zu planen und die dafür nötigen personellen und finanziellen Mittel abzuschätzen.

Im Jahr 2002 wurden folgende Arbeiten geleistet:

- Bilanz der aktuellen Anwendungen, in funktioneller Hinsicht (berufsspezifisch) und technischer Hinsicht, mit Definition der zukünftigen Ausrichtung;
- Erarbeitung der technischen Optionen (Analyse des gegenwärtigen Stands und der kommenden Trends der Informatiktechnologie) und der technischen Ausrichtung (mögliche technische Lösungen für die Bedarfsdeckung der KSTV);
- Definition der Prüfungsschwerpunkte und Beginn der Prüfungen bezüglich Überarbeitung der Anwendung für die Veranlagung der natürlichen Personen, Migration der Debitorenverwaltung auf die SAP-Plattform, Zweckmässigkeit der Workflow-Tools und der elektronischen Dokumentenverwaltung, Datenaustausch mit anderen Steuerbehörden und Partnern und schliesslich Entwicklung einer Webseite für das Einreichen der Steuererklärung in elektronischer Form.

Betreibungsämter

Da die aktuelle Anwendung der Betreibungsämter erhebliche technische Einschränkungen aufweist und schon alt ist, wurde beschlossen, sie zu ersetzen. Die Anpassungen wurden somit auf das absolute Minimum beschränkt (infolge der Änderungen des Betreibungsgesetzes).

Zugleich wurde ein Pflichtenheft aufgestellt, wonach ein bestehendes Produkt angeschafft und eingerichtet werden soll. Nach der öffentlichen Ausschreibung hat sich nur eine Firma beworben. Die Prüfung dieser einzigen Bewerbung hat ergeben, dass mit dieser Lösung eine funktionelle Bedarfsdeckung zu knapp 50 % hätte erreicht werden können, was viel weniger ist als gegenwärtig der Fall. Zum gleichen Ergebnis sind in den letzten Jahren diesbezüglich auch schon die Kantone Waadt, Genf und Tessin gekommen.

Die Projektoberleitung hat somit beschlossen, eine spezifische Lösung in einem interkantonalen Rahmen zu entwickeln. Gegenwärtig ist eine entsprechende Vorstudie mit dem Kanton Waadt im Gange. Auch die Kantone Tessin und Genf haben ihr Interesse daran angemeldet.

Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Im Folgenden einige der zahlreichen Projekte zur Erweiterung und Anpassung von Applikationen des ASS:

- Projekt Faber (Zentrale Verwaltung der Fahrzeugführer auf schweizerischer Ebene):

Die Entwicklung der neuen Verwaltung der Fahrzeugführer ist von einer externen Firma übernommen worden, und das Informatikzentrum hat bei ihrer Integration ins bestehende System mitgewirkt. Das Informatikzentrum hat sich auch um die Datennormierung und den Datentransfer mit dem Bund und auf die neue Applikation gekümmert.

- Domdidier

Mit der Eröffnung der ASS-Niederlassung in Domdidier wurde die aktuelle Applikation erweitert, um die technischen Inspektionen an verschiedenen Standorten einzubeziehen.

- Web-Services/Dienstleistungen

Die Online-Dienstleistungen 'Fahrzeugprüfungen Garagisten' und 'Führerprüfungen Fahrlehrer und Privatpersonen' wurden in Zusammenarbeit mit externen Firmen den neuen Anforderungen angepasst.

Konservatorium Freiburg

Nachdem das Konservatorium mit dem Angebot des Informatikzentrums einverstanden war, wurde mit der Konzipierung und der Realisierung der neuen Verwaltungsanwendung für das Konservatorium begonnen. Diese neue Applikation lässt sich für die Verwaltung der Finanzen insbesondere mit SAP integrieren und berücksichtigt den Begriff «Zweig» im Hinblick auf die MHS (Musikhochschule). Trotz personeller Wechsel in der Direktion und bei den Projektverantwortlichen des Konservatoriums und des Informatikzentrums (Hr. Mauron und Hr. Boyelle) konnten die benötigten Module für die Verwaltung der Kurse, der Anmeldungen und der Fakturierung rechtzeitig geliefert und das alte System aufgegeben werden. Dank dem grossen Engagement seitens des Konservatoriums und des CIEF konnte die erste Fakturierung gerade noch fristgerecht am 16. Dezember 2002 verschickt werden. Das Projekt soll im Juni 2003 abgeschlossen sein.

Staatschatzamt

Internes Telefonverzeichnis

Das Ziel dieses Projekts ist es, das interne Telefonverzeichnis der ganzen Verwaltung in aktualisierter und benutzerfreundlicher elektronischer Form zur Verfügung zu stellen, und zwar auf dem Intranet für die interne Abfrage und auf dem Internet für die Öffentlichkeit (mit Auswahl der veröffentlichten Angaben). Das Telefonverzeichnis wird weiterhin auch in Papierform herausgegeben. Ein Teildruck wird immer möglich sein.

V. Personalamt des Staates Freiburg

1. Personal

Im Jahr 2002 verfügte das Personalamt genau wie im Vorjahr über 20,1 Vollzeitstelleneinheiten.

2. Tätigkeiten

2.1 Allgemeines und laufende Projekte

Nachdem der Grosse Rat im Jahr 2001 das neue Gesetz über das Staatspersonal (StPG) verabschiedet hatte, wurde im Jahr 2002 das neue Reglement über das Staatspersonal (StPR) ausgearbeitet. Das Berichtsjahr war zu einem grossen Teil damit ausgefüllt, Verfahren für die teilweise Inkraftsetzung des StPG am 1. Januar 2003 aufzustellen. Das Personalamt hat auch die Prüfung neuer Module für die Verwaltung der Bereiche Ausbildung und Personalrekrutierung abgeschlossen und diese in Betrieb genommen.

Im Jahr 2002 hat das Personalamt 397 Verträge ausgestellt, die sich wie folgt auf die Direktionen aufteilen:

Direktion	Verträge		Ernennungen		Beförderungen	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002
Erziehung und kulturelle Angelegenheiten	58	57	17	17	9	7
Justiz, Polizei und Militär	129	102	32	34	15	14
Inneres und Landwirtschaft	23	18	4	7	6	7
Volkswirtschaft, Verkehr und Energie	40	63	15	12	13	9
Gesundheit und Sozialfürsorge	52	54	8	16	8	10
Finanzen	88	61	14	16	27	23
Öffentliche Bauten	44	42	8	13	26	13
Total	434	397	98	115	104	83

Nicht inbegriffen sind Verträge, Ernennungen und Beförderungen, die von den Anstalten des Staates und im Unterrichtswesen vorgenommen wurden.

Das Personalamt hat auch eine vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe bei der Ausarbeitung des Vorentwurfs eines Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Magistratspersonen rechtlich beraten. Vom 1. Juli bis zum 30. September 2002 wurde ein Vorentwurf insbesondere an die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission und die politischen Parteien in die Vernehmlassung geschickt. Anhand der Vernehmlassungsergebnisse wurden daraufhin ein neuer Gesetzesvorentwurf und ein Botschaftsentwurf erarbeitet.

a) Umsetzung der neuen Personalgesetzgebung

Das Jahr 2002 war geprägt von umfangreichen Gesetzgebungsarbeiten. Der Staatsrat beschloss im Frühjahr, das Gesetz vom 17. Oktober 2001 über das Staatspersonal (StPR) wegen personeller Engpässe beim Personalamt etappenweise in Kraft zu setzen. Die Bestimmungen über das neue Dienstverhältnis treten am 1. Januar 2003 in

Kraft und die Bestimmungen über das neue Gehaltssystem am 1. Januar 2004. Im Rahmen der Umsetzung des StPG hat das Personalamt den Vorentwurf eines Gesetzes zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das StPG (Dienstverhältnis) und einen Entwurf des Reglements über das Staatspersonal (StPR) ausgearbeitet. Diese Entwürfe sind von Juni bis Ende August 2002 in die Vernehmlassung geschickt worden. Der Staatsrat hat dem Grossen Rat am 8. Oktober einen Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das StPG (Dienstverhältnis) überwiesen. Die eigens dafür gebildete parlamentarische Kommission hat diesen Entwurf im November geprüft und einige wenige Änderungen angebracht. Am 11. Dezember hat der Grosse Rat das Anpassungsgesetz verabschiedet, das am 1. Januar 2003 in Kraft tritt. Auch der Entwurf des StPR wurde geändert, um den Vernehmlassungsergebnissen Rechnung zu tragen. Im Oktober und November fanden Sitzungen der Delegation des Staatsrates für das Personalwesen mit dem Personaldachverband FEDE statt; der Staatsrat hat das StPR am 17. Dezember erlassen; dieses Reglement enthält alle für den Vollzug des StPG notwendigen Ausführungsbestimmungen, mit Ausnahme der Bestimmungen über das neue Gehaltssystem, das am 1. Januar 2004 in Kraft tritt. Das Personalamt hat in allen Phasen vor dem Erlass des Anpassungsgesetzes und des StPR aktiv mitgewirkt (parlamentarische Kommission, Sitzungen der Staatsratsdelegation mit der FEDE, Staatsrats-sitzungen).

b) Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Das Ziel des Jahres 2002, das heisst die Einrichtung der Struktur und die Organisation der Branchenlösung in mehreren Dienststellen des Staates Freiburg, konnte erreicht werden. Das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve, der Unterhaltsdienst der National- und Kantonalstrassen sowie die Hochschule für Technik und Architektur haben Ausschüsse für Arbeitshygiene und Sicherheit gegründet, die Kader sowie die Kontaktpersonen für Arbeitssicherheit KPOAS ausgebildet und die Gefahren in deren jeweiligen Bereichen beurteilt. An der Universität Freiburg konnte eine Gefahrenbeurteilung für die Physiologie- und Physik-Gebäude durchgeführt werden. Mehreren Anstalten, Dienststellen und Abteilungen wurden konkrete Ratschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erteilt. Ausserdem ist ein Plan der Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Arbeit. Es wurden auch mehrere Aktionen für das Personal durchgeführt (Velohelme, «Gefahr im Griff», «Stress am Arbeitsplatz»).

Es wurde auch eine Datenbank (Microsoft Access) für die Unfall- und Krankheitsstatistik eingerichtet. Die Unfallmeldungen der Jahre 2000, 2001 und 2002 wurden analysiert. Mehrere Treffen zur Behebung der Verwaltungsschwierigkeiten und zur Verbesserung des Datenaustauschs zwischen den beiden Unfallversicherern, der National Versicherung und der Suva wurden organisiert. Die Evaluation eines Verwaltungssystems ist für das nächste Jahr geplant.

c) Bewertung der Funktionen

Im Anschluss an die im Jahr 2001 getroffenen Entscheide (Staatsratsbeschluss vom 24. 4. 2001) wurden im Jahr 2002 14 Funktionen gehaltsmässig aufgewertet, womit die erste Funktionsbewertungsetappe abgeschlossen wurde, die auf die Einführung des neuen Funktionsbewertungssystems EVALFRI folgte.

Am 3. Juli 2001 beauftragte der Staatsrat die Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen KBF mit der Bewertung einer zweiten Gruppe von rund 60 Funktionen. Im Rahmen dieses neuen Mandats hat sich die Kommission vornehmlich mit der Überprüfung und Einreihung des gesamten Bildungsbereichs der Sekundarstufe II, der Berufsbildung und der Tertiärstufe der Fachhochschulen sowie des Bereichs der Kantonspolizei im Hinblick auf deren Reorganisation (Gendarmerie 2002) befasst. Sie hat ihren Bericht im September 2002 bzw. November 2002 vorgelegt.

Nach einer schon vorher erfolgten Funktionsbewertung wurden die Aufseherinnen und Aufseher des Zentralgefängnisses mit Verordnung vom 4. Februar 2002 in eine höhere Funktionsklasse eingereiht (12–13 statt 10–12).

Eine Delegation der Kommission hat sich im Berichtsjahr 35-mal mit den Inhaberinnen und Inhabern der analysierten Funktionen getroffen und 18 Kommissionssitzungen abgehalten. Die Bewertung der Funktionen dieses zweiten Mandats dürfte im Laufe des Jahres 2003 abgeschlossen sein. Bei den für alle Funktionen einheitlich aufgrund der intellektuellen, psychosozialen, physischen Anforderungen und der Verantwortung vorgenommenen Bewertungsarbeiten war festzustellen, dass gewisse Funktionen anders eingereiht werden müssen, damit eine Gleichbehandlung gewährleistet werden kann.

2.2 Informatik und Planung

Die Informatik- und Planungsdienste des Personalamtes sind für die Entwicklung, den Betrieb und den Unterhalt der Personalbewirtschaftungssysteme zuständig. Ihre Tätigkeit umfasst dabei folgende Bereiche: Planung aller Prozesse im Zusammenhang mit der «technischen» Verwaltung des Personals, Abwicklung der Gehaltszahlungen und der dazugehörigen Informationen. Sie sind verantwortlich für die Stellenbewirtschaftung und erstellen ferner den Voranschlag, die Rechnung und die Kontrolle des Personalbestandes.

Besondere Aktivitäten im Jahr 2002

Die Informatikdienste nahmen im Jahr 2002 insbesondere auch noch folgende Aufgaben wahr:

- Vorbereitung von Sigagip (Software zur Verwaltung der Gehälter) auf das teilweise Inkrafttreten des StPG am 1.1.03 (neues Dienstverhältnis), automatische Änderung der Personaldossiers, Informationen an die Personalsachbearbeiter des Staates.
- HR-Access – Modul «Ausbildungsverwaltung»: Abschluss des Pilotprojekts und Inbetriebnahme.

- HR-Access – Modul «Personalrekrutierung»: Beginn des Pilotprojekts (geplanter Abschluss: Februar 2003).
- Mitarbeit bei der Realisierung einer interkantonalen Statistik zum Vergleich der Gehälter in den Kantonsverwaltungen.
- Sektorielle Evaluation der Kosten von EVALFRI für gewisse Funktionen.
- Restrukturierung von Dienststellen: Gendarmerie 2002 (Fortsetzung), PH, vom SVOG betroffene Dienststellen usw. Die Restrukturierungen und die vom Staatsrat genehmigten Stellenänderungen machten Änderungen für 1058 Arbeitsstellen erforderlich (18 % des Totals).

2.3 Personalverwaltung und Sozialversicherungen

a) Obligatorische Unfallversicherung (UVG)

Das ganze Personal des Staates und seiner Anstalten ist gemäss dem UVG versichert (einschliesslich des teilzeitlich oder vorübergehend angestellten Personals). Der versicherte Lohn beträgt maximal 80 % von 106 800 Franken, bei einer Lohnsumme von nahezu 800 Mio. Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Ein Fünftel der entrichteten Prämien geht an die SUVA und vier Fünftel an den Pool der Privatversicherer, der durch die National Versicherung vertreten ist. Für die Nichtberufsunfallversicherungen betrug der Prämienatz des Pools 8,66 ‰ für Männer und Frauen, derjenige der SUVA 12,50 ‰. Für die Berufsunfallversicherungen betrug der Prämienatz des Pools 1,59 ‰ und derjenige der SUVA 6,281 ‰ und 31,758 ‰, wobei letzterer für die Bereiche mit erhöhtem Risiko gilt (Forsten, Jagd und Fischerei).

Als Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und der National Versicherten werden die Dienste des UVG-Büros das ganze Jahr hindurch in Anspruch genommen. Mehr als 1800 Unfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 18 % davon auf die SUVA und 82 % auf die National Versicherung entfallen. 1/6 der Unfallmeldungen betraf Berufsunfälle und 5/6 Nichtberufsunfälle. Ungefähr 50 % der Unfallmeldungen sind auf Stürze oder Sportverletzungen zurückzuführen, und etwa 30 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	2000	2001	2002
Anzahl Versicherungsfälle UVG	1 814	1 669	1 836
– Berufsunfälle	352	274	294
– Nichtberufsunfälle	1 462	1 395	1 542
Rückvergütete Taggeldentschädigungen (Mio. Fr.)	2,24	1,83	2,09
Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)	16 377	14 154	14 495
Rückvergütungen Dritter:			
• Invalidenversicherung		Fr. 113 312.20	
• Militärversicherung		Fr. 17 015.80	
• Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter		Fr. —	

b) Andere Sozialversicherungen

Das Personalamt ist auch mit der Betreuung invalider Angestellter beauftragt. Im Jahr 2002 wurden 6 ehemalige Mitarbeiter/innen auf der Grundlage der dafür vorgesehenen Budgetrubriken angestellt. Zudem musste das Personalamt 80 Gesuche um IV-Renten behandeln. Gegenwärtig sind 30 Personen entsprechend dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt.

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) musste das UVG-Büro im Jahr 2002 fast 400 Bestätigungen über die Unfallversicherung ausstellen.

Rund 88 Personen konnten im Jahr 2002 von der «Förderung der freiwilligen Pensionierung» profitieren.

Sozialfonds

Das Personalamt verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Im Jahr 2002 wurden 7 Darlehen gewährt (23 im Jahr 2001), und 2 Gesuche wurden abgelehnt (5 im Jahr 2001). Dieser grosse Unterschied zwischen 2001 und 2002 ist auf ein Rundschreiben zurückzuführen, in dem auf das Bestehen sowie auf die Darlehensmodalitäten des Sozialfonds zugunsten des Staatspersonals hingewiesen wurde und das im November 2000 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugestellt worden war. Die 5 Darlehen wurden Familien mit unterhaltspflichtigen Kindern gewährt. Die Gründe der Gesuchstellenden stehen meistens in Zusammenhang mit einer finanziellen Notlage auf Grund unvorhersehbarer Ausgaben oder von Verschuldung. Die Rückerstattung erfolgt über einen monatlichen Lohnrückbehalt auf dem Gehalt der betreffenden Person. Anträge für Darlehen im Sinne von Konsumkrediten (Kleinkrediten) werden immer abgelehnt. Die Darlehen werden übrigens direkt den Gläubigern ausbezahlt.

2.4 Organisation

a) Voranschlag 2003: Schaffung und Aufhebung von Stellen

Trotz der restriktiven Weisungen des Staatsrats für die Beantragung von zusätzlichem Personal im Hinblick auf die Aufstellung des Voranschlagsentwurfs 2003, wurden einmal mehr von allen Dienststellen und Anstalten der Kantonsverwaltung fast 200 Stellen beantragt.

Nachdem die Direktionen ihre Prioritäten festgelegt hatten, genehmigte der Staatsrat nur das absolut Nötigste, das heisst insgesamt 97,5 Stellen, und zwar insbesondere 67 Stellen für die verschiedenen Bildungsbereiche, einschliesslich Universität, und 12 Stellen für das Kantonsspital und für Marsens.

Rund 10 für die Gewährleistung des Verwaltungsbetriebs unerlässliche Stellen wurden aus Stellenbeständen entnommen, die in den verschiedenen Dienststellen im Laufe des Jahres freigesetzt und einem «Stellenpool» zugeführt worden waren. Die Stellenzuweisung wurde von Fall zu Fall vom Staatsrat entschieden.

b) Verwaltungsreform (SVOG) und andere Tätigkeiten

Im Rahmen der ersten Etappe der Staats- und Verwaltungsreformen, die in den Regierungsrichtlinien für die Legislaturperiode 1997–2001 enthalten sind, war das Personalamt in die Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen den Direktionen des Staatsrates eingebunden. Dieses Projekt soll die Anpassung an die geänderten gesellschaftlichen Bedürfnisse ermöglichen, Tätigkeiten zusammenfassen, um Synergien zu schaffen und nutzen zu können und schliesslich Möglichkeiten der interkantonalen Zusammenarbeit aufzeigen.

In Zusammenhang mit dem neuen Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) wurden Vorbereitungsarbeiten durchgeführt im Hinblick auf die Einsetzung und Einführung von Organen und Strukturen zur Umsetzung der Bestimmungen über die Organisation und die Führung.

Das Personalamt hat im Jahr 2002 auch bei verschiedenen Studien und Analysen mitgewirkt, insbesondere für die Jagd- und Fischereiverordnungen sowie für die Verwendung der vom Staat an verschiedene Stiftungen und Vereine ausgerichteten Subventionen und Finanzhilfen.

2.5 Ausbildung und Entwicklung

Mit der Aus- und Weiterbildung beim Staat Freiburg soll ein Ausbildungsprogramm angeboten werden, das es dem Verwaltungspersonal, den Kadermitgliedern sowie den Auszubildenden erlaubt, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten auf einem aktuellen Stand zu halten und sie weiterzuentwickeln.

Mit der Ausarbeitung des Ausbildungsprogramms für das Jahr 2002 konnten die Anstrengungen im Hinblick auf die Einführung einer wirklichen «Ausbildungskultur» beim Staat Freiburg weitergeführt und sowohl den Bedürfnissen des Arbeitgebers wie denjenigen des Personals entsprechen werden.

Die Einrichtung eines Ausbildungsprozesses hat den Weiterbildungsbedarf aufgezeigt und den Wissenstransfer von der Ausbildung zum Arbeitsplatz begünstigt.

a) Berufsausbildung der Lehrlinge und Lehrtöchter

Die Ausbildung in der Lehre ermöglicht es den Auszubildenden, sich rasch ins Berufsleben einzufügen und sich mit der Kantonsverwaltung vertraut zu machen, aber auch Selbständigkeit und Kommunikationsfähigkeit zu erlangen. Mehr als 250 Auszubildende haben an den verschiedenen Kursen zu den folgenden Themen teilgenommen: Willkommen bei der Staatsverwaltung, erfolgreiche Lehrzeit, effiziente Kommunikation, Besuch des Grossen Rates, sich in zwei Sprachen ausdrücken können, Vorbereitung des Schlussexamens und Bewerbungstechnik. Ausserdem hatten auch die Lehrmeister des Staates Gelegenheit, sich in speziell auf ihre Funktion zugeschnittenen Kursen weiterzubilden.

b) Weiterbildung des Personals

Das Weiterbildungsangebot für das Personal umfasst neun Hauptthemen: allgemeine Kenntnisse, Arbeitsmethoden,

Gesundheit am Arbeitsplatz, Kommunikation und soziale Kompetenzen, Managementschulung, Projektbegleitung, massgeschneiderte Ausbildung/Coaching, Sprachkurse und Informatikausbildung.

Die folgende Aufstellung nach Kernbereichen gibt einen Überblick über die Teilnahme an den angebotenen Kursen und Seminaren:

Anzahl Kurs- und Seminarteilnehmer/innen:	
Allgemeine Kenntnisse	150 Personen
Arbeitsmethoden	157 Personen
Gesundheit am Arbeitsplatz	49 Personen
Kommunikation und soziale Kompetenzen	55 Personen
Managementschulung	55 Personen
Projektbegleitung	9 Personen
massgeschneiderte Ausbildung/Coaching	56 Personen
Sprachkurse	240 Personen
Informatikausbildung	450 Personen

c) Kaderfortbildung

Für die neuen Kadermitarbeiter ging im Jahr 2002 der Ausbildungszyklus FOCAFRI – formation des cadres de l'Etat de Fribourg – zu Ende, an dem 18 Personen teilgenommen hatten.

Ausserdem konnten dank einer interkantonalen Vereinbarung Kaderseminare im Rahmen des Programms der öffentlichen Verwaltungen der Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin besucht werden.

Die Kaderfortbildung ist eines der vorrangigen Ziele des Ausbildungsprogramms. Die Kurse sollen es ermöglichen, persönliche, zwischenmenschliche und organisatorische Kompetenzen zur Effizienzsteigerung der Kadermitarbeitenden in ihren Verwaltungs- und Führungsaufgaben zu entwickeln.

Im Jahr 2002 haben insgesamt 1727 Personen am Fortbildungsprogramm des Staates Freiburg teilgenommen.

d) Rekrutierung der Lehrtöchter und Lehrlinge

Im Jahr 2002 bewarben sich über 270 Jugendliche für eine Lehrstelle bei der Verwaltung und absolvierten eine Aufnahmeprüfung. Ihre Dossiers wurden nach der Auswertung an die Dienststellen und Anstalten weitergeleitet, die dann die definitive Auswahl trafen. Im Bereich KV und Büro wurden 54 Auszubildende definitiv angestellt. Die Schaffung neuer Ausbildungsplätze wurde weiterhin gefördert.

2.6 Gehälter / Gehaltsauszahlung

Im Jahr 2002 wurde die Auszahlung der Entschädigungen und Spesen der Mitglieder der vom Staatsrat eingesetzten Kommissionen konkret umgesetzt. Dafür mussten nahezu 500 Dossiers eröffnet werden für die Mitglieder, die nicht zum Staatspersonal gehörten. Insgesamt sind rund 110 Kommissionen erfasst, das sind um die 1500 Mitglieder, die Anspruch auf Entschädigung haben (internes oder externes Personal). Mit dieser Neuaufnahme konnten für alle Kommissionen einheitliche Verwaltungsregeln festgelegt und eine Kontrolle mit Nachführung der Daten insbesondere bezüglich der AHV-Ausweise vorgesehen werden

(AHV-Nummer und Registrierung des Codes der Ausgleichskasse).

Jeden Monat werden die Gehälter von durchschnittlich rund 7850 Personen verwaltet, was 8300 bis 8700 Dossiers entspricht. Darin ist auch die Anzahl der Funktionen berücksichtigt, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind, insbesondere bei den Personen, die mehrere Funktionen ausüben, was besondere Aufmerksamkeit aufgrund der technischen Aufteilung der verschiedenen gehaltsbezogenen Ansprüche erfordert, wie Pensionskas- senanschluss, arbeitsplatzspezifische gesetzliche Abzüge, Anspruch auf Zulagen usw.

Dazu kommen die üblichen Arbeiten und alle obligatorischen Kontrollen für die Gehaltsauszahlung: Verwaltung der Arbeitgeberzulagen für Kinder, der kantonalen Familienzulagen, Ausbildungsnachweise für alle Kinder, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, Bestätigungen für die Arbeitslosenversicherung, diverse Lohnausweise, die von Krippen, Steuerbehörden oder Ausgleichskassen verlangt werden, sowie die Überprüfung des Dienstaltersdatums für neu angestelltes Personal oder Personal in unbezahltm Urlaub.

Das Personalamt hat im Berichtsjahr auch im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen StPG und des entsprechenden Reglements vermehrt Weiterbildung betrieben.

VI. Kantonale Steuerverwaltung

1. Organisation

1.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Das Gesetz vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern (DStG) ist am 1. Januar 2001 in Kraft getreten. Seitdem kommt für die vom Kanton, von den Gemeinden und vom Bund erhobenen Einkommens- und Vermögenssteuern nicht mehr die zweijährige Vergangenheitsbesteuerung, sondern die einjährige Gegenwartsbesteuerung zum Tragen.

Dank seinem grossen Einsatz hat das Personal der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) die Umstellung auf das neue Veranlagungssystem gut gemeistert und die Arbeiten gingen erfreulich voran. Bis Ende Dezember 2002 haben über 90 % der Steuerpflichtigen ihre Steueranmeldung und die Schlussabrechnung erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuerdossiers betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen. Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

Um den Steuerpflichtigen das Ausfüllen der Steuererklärung zu erleichtern, organisierte die KSTV zusammen mit den Oberämtern 21 Informationsveranstaltungen, die

abends und nachmittags stattfanden. Das Publikumsinteresse war mit der Teilnahme von ca. 1300 Personen sehr gross.

1.2 Veranlagung der juristischen Personen

Für die juristischen Personen gilt die einjährige Gegenwartsbesteuerung. Der erste Teil des Jahres wurde darauf verwendet, die Veranlagungen des Steuerjahres 2000 abzuschliessen. Die Hauptarbeit bestand im Jahr 2002 in der Prüfung der Steuererklärungen des Steuerjahres 2001. Mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung werden die Experten parallel zu den Veranlagungsarbeiten durchgeführt.

1.3 Vorarbeiten und Sonstiges

Ausser der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV hat auch Antworten auf parlamentarische Vorstösse auf dem Gebiet des Steuerwesens vorbereitet. Bei der KSTV fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2002 viel Arbeit an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer. Für das Jahr 2003 wurde ein neues Fristensystem für die Einreichung der Steuererklärungen der Selbstständigerwerbenden ausgearbeitet.

1.4 Personalschulung

Die neuen Mitarbeitenden kamen in den Genuss einer zentralen internen Schulung. Die Vertiefung gewisser Themen und Fallstudien gaben Gelegenheit, sich die notwendigen Grundkenntnisse anzueignen und sich mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung der natürlichen Personen vertraut zu machen.

1.5 Zusammenarbeit

Dadurch, dass die KSTV im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial ist, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, wird sie unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates, wie beispielsweise vom Kantonalen Sozialversicherungsamt, dem Gemeindedepartement oder der Statistischen Abteilung um Statistiken angefragt. Im Bereich Verwaltung hat sie im Jahr 2002 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Personalamt, Öffentliche Arbeitslosenkasse usw.) mit mehr als 1 300 000 Postsendungen rund 2 800 000 Unterlagen versandt. Ferner beantwortete sie zahlreiche von Gemeinde- und Kirchenbehörden eingegangene Fragen im Zusammenhang mit der Aufstellung ihrer Budgets.

2. Das Gesetz über die direkten Kantonssteuern (DStG) – Änderung

In der Folge der Motion Ackermann hat der Grosse Rat am 12. Juni 2002 den Artikel 37 Abs. 2 DStG dahingehend geändert, dass die weitere Steuersenkung für die natürlichen Personen nicht ab der Steuerperiode 2003, sondern erst ab 2005 erfolgt.

3. Die Informatik bei der KSTV

3.1 Informatik-Leitschema

Ein Grossteil der Tätigkeiten der KSTV ist mit EDV-Anwendungen abgedeckt, die in den letzten zehn Jahren entwickelt worden sind. Mit der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, den immer zahlreicheren zu realisierenden Projekten sowie den neuen Sachzwängen ist es unabdingbar zu planen, welche Informatikwerkzeuge die KSTV in Zukunft zur Erfüllung ihres Auftrags brauchen wird. Deshalb wurde Anfang 2002 mit der Erstellung eines Informatik-Leitschemas begonnen. Dabei soll ein Plan der Entwicklungen und der Steuerwesen-spezifischen EDV-Anwendungen über einen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren aufgestellt und der dafür notwendige Finanz- und Personalbedarf geschätzt werden. Das erste von der Geschäftsleitung ausgearbeitete Dokument hält die Zielsetzungen des künftigen Informationssystems, die allgemeine Projektorganisation, den Projektumfang sowie die Planung und das Vorgehen fest.

Unter der Verantwortung eines Leitungsausschusses wurden die im Jahr 2002 durchgeführten Arbeiten vorher in verschiedene Schritte unterteilt und mehrere Arbeitsgruppen haben parallel gearbeitet.

Ausgehend namentlich von den Schlussfolgerungen der für die Arbeitsfluss-Studie geleisteten Arbeiten hat eine Arbeitsgruppe, die sich aus verschiedenen Benutzern zusammensetzte, die funktionelle Abdeckung der vorhandenen EDV-Anwendungen, die Leistungen, die Organisation und die Arbeitsverfahren sowie die Beziehungen sowohl mit den externen als auch internen Partnern untersucht. Daraus gingen «Berufs»-Ausrichtungen hervor, die in einige Hauptthemen aufgegliedert und für die Prioritäten festgelegt wurden. Mit der rein technischen Analyse wurde ein externer Experte beauftragt, der diese in enger Zusammenarbeit mit dem Informatikzentrum durchgeführt hat. Eine technische Bilanz der bei der KSTV vorhandenen EDV-Werkzeuge behandelte die technische Architektur, die Entwicklungswerkzeuge sowie die künftigen technologischen Tendenzen, und sie beschäftigte sich insbesondere mit der vor kurzem eingeführten EDV-Anwendung XPL. Diese erste Arbeitsphase wurde im Juni 2002 abgeschlossen.

Die folgende Phase, die den Rest des Jahres beanspruchte, hatte zum Ziel, auf der funktionellen und technischen Ebene Szenarien und Lösungen vorzuschlagen, ausgehend von den vom Leitungsausschuss genehmigten Ausrichtungen.

Die Ausarbeitung der Benutzerbedürfnisse wurde nach Themen aufgegliedert und Arbeitsgruppen übertragen, die

folgende Bereiche analysierten: Veranlagung der natürlichen Personen, Steuerbezug und Steuerausstände, Internet, elektronischer Datenaustausch mit den Partnern, Implementierung eines Arbeitsflusses und elektronische Dokumentenverwaltung, integrativer Aspekt der Programme und Leitung der Verwaltung. Schliesslich wurden Einzelbedürfnisse in ein zusätzliches Inventar aufgenommen. Hier waren die Mitglieder des Leitungsausschusses mit einer erheblichen Mehrarbeit konfrontiert, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KSTV mussten wiederholt aufgefordert werden, ihre Bedürfnisse und Erwartungen zu präzisieren.

Die Auswahl der technischen Optionen sowie die generelle Strategie fallen in die Zuständigkeit des Informatikzentrums, und sie haben eindeutig einen Einfluss auf die Vorschläge, die der Leitungsausschuss ausarbeiten muss. Die Entscheide sollten im ersten Quartal 2003 gefällt werden.

3.2 Sonstige Entwicklungen und Wartungsarbeiten

Die Abteilung EDV und Logistik der KSTV führt folgende Arbeiten aus: Planung, Starten und Kontrolle aller Vorgänge in Zusammenhang mit den Veranlagungsarbeiten, Wartung der Daten, Ausgabe der Akontozahlungen und der Abrechnungen, Debitorenverwaltung sowie Druck und Kuvertieren der Dokumente. Sie ist ebenfalls zuständig für die Verwaltung der gesamten Arbeitsplätze, die Zugriffsberechtigungen und den Maschinenpark.

Nebst diesen gängigen Arbeiten wurde im Jahr 2002 in die folgenden besonderen Aufgaben, Arbeiten und Projekte viel Zeit investiert:

- **WVK:** Diese Software, die von der Gesamtheit der Kantone zur Übermittlung der Wertschriftenverzeichnisse entwickelt wurde, wurde im Herbst 2002 in Betrieb genommen, und gegenwärtig sind rund 80 % der Transaktionsmodule in Funktion. Der Abteilungsleiter Verrechnungssteuer und das Personal dieser Abteilung waren massgeblich an der Realisierung dieses Projekts beteiligt.
- **Capifisc:** Hier geht es darum, eine integrierte Schnittstelle zwischen den Grundbuchämtern und der KSTV zur Herstellung einer automatischen Verbindung zwischen den Steuerpflichtigen und ihren Grundstücken zu schaffen. Dieses neue Werkzeug wird ab Anfang 2003 einsatzfähig sein.
- **Output Management:** Die KSTV ist stark von diesem kantonalen Projekt des Informatikzentrums betroffen und erwartet davon die Integrierung von drei wichtigen Bereichen: Ausdruck der Dokumente, Kuvertieren und Versand der Dokumente und elektronische Verwaltung der Dokumente. Im Jahr 2002 wurden namentlich Lösungen realisiert für die Dokumente der Abteilung juristische Personen und der Abteilung Quellensteuer. Die Einführung des Standards Postscript erforderte eine Korrektur der Druckprogramme und die Auswechslung der Drucker. Für den gruppierten Versand an ein und denselben Empfänger sollte im Jahr 2003 eine Lösung gefunden werden.
- **Büromatik:** Die Umstellung auf eine neue Datenbank und nach einem Audit angebrachte Korrekturen haben hier zu spürbaren Leistungsverbesserungen geführt.
- **Intercontrib:** Die erste Phase dieses Projekts, die am 1. November 2002 gestartet wurde, behandelt die Schnittstellen zwischen «Connaître contribuables», der Veranlagungs- und Debitorenverwaltungswerkzeuge sowie die Verbindungen zwischen dem Büro für die Wehrpflichtersatzverwaltung und der AHV.
- **Website:** Die Website der Kantonalen Steuerverwaltung mit der Adresse <http://www.fr.ch/scc/> wurde am 15. Oktober 2002 eröffnet.
- **TAX PM:** Der Firma SOPRA war der Auftrag zur Entwicklung einer integrierten Veranlagungssoftware für die juristischen Personen erteilt worden; hier wurde sowohl auf Entwicklerseite (ca. 2000 Tage/Programmierer) als auch bei den betroffenen Dienststellen des Staates intensiv gearbeitet. Die Abteilung juristische Personen hat ca. eineinhalb Vollzeitstellen in dieses Projekt investiert, um alle notwendigen Spezifikationen vorzunehmen und die Projektführung sicherzustellen, während das Informatikzentrum seinerseits rund 850 Stunden aufgewendet hat für die Entwicklung der erforderlichen Schnittstellen. Dieses Projekt, das vor seinem Abschluss steht, ermöglicht sowohl die Veranlagung der juristischen Personen mit all ihren Besonderheiten, als auch der Grundstücke in ihrem Besitz. In Verbindung mit einem Projekt für den Ausdruck und den Versand (Output Management) stellt es das automatische Kuvertieren der Veranlagungen und der Aufteilungen sicher sowie die Übertragung von Steuerdaten auf Datenträger an die Gemeinden. Ebenfalls mit eingeschlossen ist eine Verbindung mit dem WVK-System, und es übernimmt ausserdem automatisch die Informationen aus dem eidgenössischen Handelsregister. Diese Automatisierungsanstrengungen waren notwendig geworden sowohl auf Grund der ab der Steuerperiode 2001 geltenden gesetzlichen Änderungen als auch auf Grund der Notwendigkeit, eine immer grössere Informationsmenge integriert verarbeiten zu müssen, und sie war nur möglich dank der intensiven Zusammenarbeit aller Partner.

Im Jahr 2002 wurden auch zahlreiche Anpassungen der EDV-Programme in Betrieb genommen, die mit dem Inkrafttreten des DStG notwendig geworden waren. Es handelt sich hier um Software, die für die Veranlagung und den Steuerbezug verwendet wird. So wurden im Laufe des Jahres zahlreiche Test-, Kontroll- und Anpassungsarbeiten vorgenommen.

4. Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Während des Berichtsjahrs 2002 nahmen 74 (63) Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch. Zwölf Gemeinden (Broc, Kleinbödingen, Châtonnaye, La Neirigue, Villarboud, Bussy, Delley, Ménières, Montbrelloz, Morens,

Seiry und Progens) schlossen neu einen Vertrag ab, während eine Gemeinde (Lessoc) im Anschluss an den Gemeindezusammenschluss den Vertrag aufgelöst hat.

Mit der neuen Informatikanwendung, die 1995 eingerichtet wurde, kann diese Dienstleistung auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Seit dem 1. Januar 2002 nimmt die KSTV die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 154 Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung bezogen.

Am 6. Juni 2000 beschloss der Grosse Rat verschiedene Änderungen am Gesetz vom 26. September 1990 über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat. Was den Steuerbezug angeht, sieht der neue Artikel 17a vor, dass die von den juristischen Personen geschuldete Kirchensteuer ab dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung bezogen wird.

Im Kanton haben sich in den letzten Jahren vermehrt Gemeinden zusammengeschlossen. Diese Zusammenschlüsse tragen dem Kreis der Gemeinden, die eine Pfarrei bilden, nicht Rechnung. Deshalb kann es vorkommen, dass die Steuerpflichtigen eines bestimmten neuen Gemeindegebiets auf mehrere verschiedene Pfarreien aufgeteilt sind. Auf steuerlicher Ebene bleiben die interkommunalen Aufteilungen im Steuersystem unberücksichtigt, und es ist deshalb nicht möglich, interpfarreiliche Steuerauscheidungen für innerhalb derselben Gemeinde gelegene Grundstücke oder landwirtschaftliche Einkünfte vorzunehmen. Ausserdem kann die KSTV den Bezug der Kirchensteuern nur unter der Voraussetzung gewährleisten, dass sie bei allen Pfarreiangehörigen einer Gemeinde erhoben werden. Das bedeutet, dass das gesamte Gebiet der Gemeinde derselben Pfarrei angehören muss. Ist dies nicht der Fall, so müssen beide betroffenen Pfarreien den Inkassoauftrag der KSTV übertragen, die Steuerfüsse müssen gleich sein und die Pfarreien müssen die Steuerbeträge unter sich aufteilen.

5. Ertrag der Kantonssteuern

5.1 Ordentliche Kantonssteuern

Mit der Einführung der jährlichen Gegenwartsveranlagung der natürlichen Personen ab dem Steuerjahr 2001 bemisst sich die Steuer 2001 auf der Grundlage der Elemente 2001, die die Steuerpflichtigen Anfang 2002 angeben haben. So wird der Ertrag der ordentlichen Kantonssteuern 2001 erst am Schluss des Veranlagungsprozesses im Jahr 2003 bekannt sein.

5.2 Kantonssteuern 1999 und 2000 auf den ausserordentlichen Einkünften

Ab 2001 besteuerte die KSTV die ausserordentlichen Einkünfte, die für das Jahr 1999 32,7 Mio. Franken und für das Jahr 2000 53,7 Mio. Franken betragen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl Fälle, den Steuerertrag sowie die Aufteilung nach Bezirken.

	Anzahl		Steuern	
	Steuerpflichtige am 31.12.2002	Veranlagungen 1999 2000	1999 in Franken	2000 in Franken
Freiburg-Stadt	18 445	93 119	334 735	458 676
Saane Land	25 900	191 302	762 673	1 371 198
Sensebezirk	22 077	171 210	531 629	863 717
Greyerzbezirk	22 509	140 201	337 502	600 065
Seebezirk	16 688	143 192	342 403	960 127
Glanebezirk	9 741	57 72	92 849	80 739
Broyebezirk	14 333	101 142	198 177	321 413
Vivisbachbezirk	7 661	41 72	61 964	204 840
Total	137 354	937 1 310	2 661 932	4 860 775

Für die direkte Bundessteuer ergeben diese ausserordentlichen Einkünfte einen Fakturierungsbeitrag von 1,5 Mio. Franken für das Jahr 1999 und von 2,9 Mio. Franken für das Jahr 2000.

5.3 Finanzielle Auswirkungen der ausserordentlichen Aufwendungen der Jahre 1999 und 2000

Die ausserordentlichen Aufwendungen der Jahre 1999 und 2000 wurden bei am 1. Januar 2001 im Kanton Steuerpflichtigen vom steuerbaren Einkommen der Steuerperiode 1999/2000 in Abzug gebracht. Die bereits rechtskräftigen Veranlagungen wurden zu Gunsten der Steuerpflichtigen revidiert. Es gibt also keine Verrechnung mit den ausserordentlichen Einkünften.

Um die finanzielle Auswirkung der ausserordentlichen Aufwendungen festzustellen, wurde auf der Veranlagungsdatei der Steuerperiode 1999/2000 per 31.12.2002 eine Simulation durchgeführt. Wie sich herausgestellt hat, wäre der Kantonssteuerertrag in jedem der beiden Jahre 1999 und 2000 um 8,8 Mio. Franken höher ausgefallen, wenn die ausserordentlichen Aufwendungen der Jahre 1999 und 2000 nicht berücksichtigt worden wären.

Bei den ausserordentlichen Aufwendungen (in Mio. Franken) handelt es sich um die folgenden:

	1999		2000	
	Anzahl	Mio.	Anzahl	Mio.
Berufsauslagen Steuerpflichtiger	1949	5,2	1966	5,2
Berufsauslagen Ehegatte	238	0,5	237	0,5
Einkauf Vorsorgeeinrichtung	924	14,8	935	16,8
Kosten Privatliegenschaften	6052	49,8	6102	50,5
Krankheitskosten	3100	5,1	3119	5,1

5.4 Gesamtergebnis der ausserordentlichen Aufwendungen und Einkünfte für den Kanton

Ausserordentliche Einkünfte +	7,5 Mio.
Ausserordentliche Aufwendungen	- 17,6 Mio.
Ergebnis	- 10,1 Mio. Kantonssteuereinnahmen

5.5 Gewinn- und Kapitalsteuern 2000 der juristischen Personen

Es ergibt sich für die Veranlagungen der Steuerperiode 2000 folgendes Ergebnis nach Bezirken:

	Anzahl der Steuerpflichtigen am 31.12.2002	Einkommens- steuern in Franken	Vermögens- steuern in Franken
Freiburg-Stadt	3 634	13 125 389	4 093 907
Saane Land	1 677	24 934 152	2 888 705
Sensebezirk	1 161	6 582 401	1 363 774
Greyerzbezirk	1 083	6 486 776	1 457 120
Seebezirk	988	4 744 237	925 034
Glanebezirk	454	4 549 637	451 546
Broyebezirk	692	2 087 154	771 033
Vivisbachbezirk	444	2 904 382	512 966
Steuern 2000	10 133	65 414 128	12 464 085

6. Die wichtigsten im Jahr 2002 verbuchten Steuereinnahmen

6.1 Kantonale Steuereinnahmen

	Fr.	Fr.
Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen	545 300 459	
Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen	79 780 001	
Quellensteuern	17 337 160	
Steuern der Vorperioden	1 436 644	
Steuern auf Kapitalabfindungen	11 096 828	
Steuern und Bussen infolge Hinterziehungsverfahren	1 382 070	
Besondere Liegenschaftssteuern	4 948 610	
Liegenschaftsgewinnsteuern	10 678 860	
Kapitalgewinnsteuern	554 194	672 514 826

6.2 Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer

– natürliche Personen	39 284 693	
– juristische Personen	41 982 773	
– Finanzausgleich	65 073 588	146 341 054
Total		818 855 880

7. Steuerhinterziehungsverfahren

7.1 Kantonssteuern

In Anwendung von Artikel 220 ff. DStG hat das Steuerinspektorat 154 (132) Entscheide eröffnet, die sich wie folgt aufteilen:

103 (107)	Fälle von Steuerhinterziehung und Steuerbussen
21 (20)	Fälle von versuchter Hinterziehung und Gehilfenschaft
30 (5)	Fälle von Nachsteuern.

Gegen diese Entscheide wurden bei der KSTV 17 (12) Einsprachen erhoben und 3 (1) Beschwerden an den Steuergewichtshof des Verwaltungsgerichts gerichtet.

Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern und Steuerbussen ergeben folgende Beträge:

	Fr.	Fr.
Steuern	953 339.80	(1 548 625)
Bussen	428 730.00	(517 818)
Total	1 382 069.80	(2 066 443)

7.2 Direkte Bundessteuer

Im Jahr 2002 hat das Steuerinspektorat auch in Anwendung von Artikel 175 ff. des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) Nachsteuerverfahren wegen Steuerhinterziehung durchgeführt und Bussenverfügungen erlassen.

Der Gesamtbetrag der Nachsteuern und Steuerbussen beläuft sich auf 382 548.45 Franken (706 966.60 Franken).

7.3 Steuervergehen

Wer zum Zweck einer Steuerhinterziehung gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden zur Täuschung der Steuerbehörden gebraucht, wird zusätzlich zu den administrativen Massnahmen mit Gefängnis oder Busse bis zu 30 000 Franken bestraft (Art. 231 DStG – Art. 186 DBG).

Im Laufe des Jahres 2002 wurde beim Untersuchungsrichteramt des Kantons Freiburg 1 (4) Anzeige erstattet. Die Gerichte erliessen 1 (4) Urteil und 3 (3) Strafbefehle.

Es wurden folgende Strafen verhängt: 3 Tage Gefängnis, in zwei Fällen 2 Monate Gefängnis bedingt und in einem Fall 1 Monat Gefängnis bedingt.

8. Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die von der Finanzdirektion getroffenen Entscheide vor.

Im Berichtsjahr wurden 532 (755) Erlass- und Revisionsgesuche gestellt, die wie folgt bearbeitet wurden: 154 (259) wurden gegenstandslos, da sie entweder verfrüht eingereicht oder zurückgezogen wurden und wegen der Modalitäten des Wechsels zur einjährigen Gegenwartsbesteuerung (namentlich ausserordentliche Aufwendungen); 178 (291) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Entscheid, während 145 (205) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. In 134 (166) Fällen wurde die Steuer für ein Jahr erlassen, in 10 (36) Fällen die Steuer für zwei Jahre und in 1 (3) Fall die Steuer für mehr als zwei Jahre. Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 150 747 Franken (140 324 Franken).

VII. Einregistrierungsamt

1. Organisation/Personal

Das Einregistrierungsamt verfügt gegenwärtig über 2,3 Vollzeitstelleneinheiten, die wie folgt aufgeteilt sind:

- ein Dienstchef
- eine Verwaltungssachbearbeiterin zu 50 %;
- zwei Sekretärinnen zu 60 % bzw. 20 %
- eine Auszubildende.

2. Veranlagungsarbeiten der Einregistrierungsgebühren

Im Jahr 2002 bearbeitete das Amt 1854 Steuerinventare bei Todesfall (1903 im Jahr 2001). Es stellte 341 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus (425 im Jahr 2001), welche einer Gesamtsteuereinnahme für den Kanton von 4 553 051 Franken entsprachen. Trotz eines zahlenmässigen Rückgangs bei den Steuerrechnungen (–84), konnte gegenüber dem Jahr 2001 betragsmässig ein um 539 308 Franken besseres Resultat erzielt werden.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

- Erbschaftssteuern: 295 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 4 447 111 Franken
- Schenkungssteuern: 46 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 105 940 Franken

Der Erlös der letzten zehn Jahre aus den Erbschafts- und Schenkungssteuern beläuft sich auf durchschnittlich 4 186 916 Franken jährlich. Auch mit dem Wegfall der Ehegattensteuer und der Begünstigungssteuer auf Ende 1996 nach dem Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Einregistrierungsgebühren beträgt der durchschnittliche Erlös für die Jahre 1997–2000 immerhin noch 4 005 452 Franken. Die entsprechende Einnahmeneinbusse machte jährlich 1,1 bis 1,5 Millionen Franken aus. Der Einnahmenüberschuss gegenüber dem Voranschlag 2002 beträgt 451 015 Franken, also ein Plus von 11 %. Dies ist auch das beste seit dem Strukturwechsel 1997 erzielte Resultat. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern haben sich seit 1997 wie folgt entwickelt:

1997	1998	1999	2000	2001	2002
3 608 370	3 707 577	4 063 581	4 090 467	4 011 707	4 553 051

3. Weitere Aktivitäten

Das Einregistrierungsamt beantwortete die immer zahlreicher werdenden Anfragen von Banken, Treuhandbüros und vor allem Notaren über die Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern). Viele Fragen bezogen sich hauptsächlich auf die Steuersätze und auf die Pro-

blematik der Erbschafts- und Schenkungssteuern für die Versicherungen. Das Amt sorgt für die Kontrolle und die Koordination mit den Friedensgerichten, die die Steuerinventare bei Todesfall erstellen, und es ist Bindeglied zur Kantonalen Steuerverwaltung. Die zweijährigen Erfahrungen mit dem SAP-Fakturierungssystem sind sehr positiv. Es verleiht dem Amt auch gegen aussen ein modernes Image. Zur besseren Kommunikation mit den Notaren hat das Einregistrierungsamt der freiburgischen Notariatskammer ein Schreiben zum Thema der Steuerwerte im Zusammenhang mit den Schenkungsurkunden zugestellt. Damit sollen die Beziehungen zwischen Notaren, Steuerpflichtigen, der KSTV und dem Amt verbessert werden.

4. Gesetzgebung

Rechtsgrundlage ist das Gesetz vom 4. Mai 1934 betreffend die Einregistrierungsgebühren. Es enthält die Bestimmungen über die Erhebung verhältnismässiger Gebühren auf den unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden (Schenkungssteuern) oder von Todes wegen (Erbschaftssteuern) sowie auf den Stiftungsurkunden.

VIII. Amtliche Vermessung

1. Lage- und Höhenfixpunkte

In Übereinstimmung mit den Instruktionen des Bundes wurden die Arbeiten zur Änderung des Referenzsystems der nationalen Vermessung (LV03 – LV95) in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen Waadt und Bern weitergeführt. Die Arbeiten werden mit der Bestimmung der Transformationsdreiecke bis 2004 andauern. Beim Höhenfixpunktnetz wurden keine besonderen Arbeiten ausgeführt.

2. Übersichtspläne

Die topographischen und parzellaren Übersichtspläne werden in numerischer Form gespeichert und stehen den Dienststellen auf dem Netzwerk des Staates zur Verfügung. Die von ausserhalb der Verwaltung eingehenden Bestellungen sind hauptsächlich auf die elektronische Verwendung der Daten ausgerichtet. Die Daten werden auf CD-ROM oder über das Netz via FTP-Server geliefert.

Topographische Übersichtspläne: Die Nachführung betraf 11 Planblätter, und zwar die Blätter 1185.44; 1204.21, 22, 24; 1205.11, 13, 21; 1244.11, 12, 13 und 14. Das neue Blatt 1885.43 (Freiburg), das seit zwei Jahren fertig gestellt ist, wurde von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion formell anerkannt.

Die Nutzungsrechte der Orthophotos (Fotografien im Massstab der Pläne) für das ganze Kantonsgebiet wurden

beim Bundesamt für Landestopographie erworben. Die Originaldaten wurden im Rahmen der Parzellarvermessung benutzt; Kopien davon werden den Benutzern der Staatsverwaltung vom LIS-Koordinator zur Verfügung gestellt.

3. Parzellarvermessung

3.1 Neue Parzellarvermessungen (Katastererstellungen)

Im Jahr 2002 beendete Operate:

- Die Vermessungen von Aumont, Dompierre und Villars-sur-Marly sowie die Numerisierungen von Alterswil, Barberêche, Bonnefontaine, Bussy, Cottens, Givisiez, Gruyères, Gurmels (Sektor Monterschu), Kerzers Los Ia, St. Silvester, Vaulruz Lose II und III und Vuisternens-en-Ogoz sind beendet und wurden von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion anerkannt. Eine Gesamtfläche von 9841 ha wurde auf den Server abgelegt.
- Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der Neuvermessungen von Aumont, Giffers, Kerzers Los II und Murten Los VI verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt.

Im Jahr 2002 beschlossene Operate:

- Das Programm für die Beendigung der Vermessungsarbeiten für das ganze Kantonsgebiet, das unter Berücksichtigung der zwingenden Koordination mit den Arbeiten zur Informatisierung des Grundbuches und der notwendigen Arbeiten zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen erstellt wurde, ist gutgeheissen worden. Dies betrifft 58 000 ha Vermessungs- und 32 000 ha Numerisierungsarbeiten, die bis 2007 zu vergeben sind. Auf dieser Basis und nach Anhörung der betroffenen Gemeinden wurden die Vermessungen von Avry, Bouloz, Cheyres, Cordast, Guschelmuth, Corpataux-Magnedens, Farvagny, Hauterive, Hauteville, Le Châtelard, Léchelles, Massonnens, Montagny, Murten Los VII, Plasselb Los II, Porsel, Sorens Los III, Tafers Los II, Ulmiz Los II, Villarepos und Villorsonnens angeordnet. In den meisten Fällen befinden sich die Arbeiten noch im Stadium von Vorprojekten, die eine definitive Vergabe gemäss den Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens ermöglichen werden.
- Die Numerisierungen von Noréaz, Mézières Los II und Remaufens wurden vergeben.

Operate in Bearbeitung:

- Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 29 585 ha, was 17,7 % des Kantonsgebietes entspricht, während bereits 44 227 ha oder 26,5 % des Kantons definitiv von der Datenbank verwaltet werden. Für die Verwirklichung des Programms der Vermessungs- und Numerisierungsarbeiten wurde mit der Eidgenössischen Vermessungsdirektion eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

3.2 Unterhalt und Nachführung

Mutationen: Die amtlichen Geometer haben dem Amt für Vermessung und Geomatik 3299 (2602) Mutationsverbale zugestellt. 1012 (1059) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 1075 (1030) wurden nach der Kontrolle durch das Amt für Vermessung und Geomatik visitiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt für Vermessung und Geomatik 2285 (2970) Mandate und 1772 (1732) Kontrollvisen erteilt.

Nachführung: Die im Jahre 2001 erstellten Mutationsverbale wurden auf den Plänen der Grundbuchämter und der Gemeinden nachgeführt.

3.3 Organisation

In Zusammenarbeit mit der Geometergesellschaft haben mehrere Arbeitsgruppen wirksamere Arbeitsmethoden erarbeitet, um die Vermessungsarbeiten in den geplanten Fristen beenden zu können. Die Gesetzesbestimmungen wurden ebenfalls vollständig umgearbeitet. Diese Arbeiten werden dem Grossen Rat im Verlauf des Jahres 2003 vorgelegt.

4. Geomatik

4.1 Koordination mit dem Grundbuch

Das Amt für Vermessung und Geomatik hat bei jeder Vermessung den Grundbuchämtern die Daten der Liegenschaftsbeschreibungen übermittelt, die automatisch aus den numerischen Daten der amtlichen Vermessung hervorgegangen sind.

4.2 Geometrische Datenbank der amtlichen Vermessung

Aufgrund der Nachführungsarbeiten der amtlichen Geometer hat das Amt für Vermessung und Geomatik nach Prüfung der Daten deren Transfer in die Datenbank von «SYSIF» veranlasst. Ende 2002 waren 1601 (1347) Katasterpläne auf dem Server abgespeichert, 254 (120) mehr als Ende 2001, und 2 128 706 (1 760 340) Objekte, 368 366 (163 857) mehr als Ende 2001. Durch die Nachführungen des LIS waren 5683 (2583) Bodenbedeckungselemente und 3250 (3575) Liegenschaften durch 647 (492) Grenzänderungen betroffen, von denen 402 (198) definitiv rechtsgültig (im Grundbuch eingetragen) wurden.

Das VGA hat in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen Waadt und Neuenburg die Evaluation der sich zurzeit im Handel befindlichen Software (Suche nach einer neuen Informatiklösung für die Verwaltung der Daten der amtlichen Vermessung) beendet. Aufgrund einer gezielten Angebotsausschreibung fiel die Wahl auf das Produkt «TOPOBASE» der Firma «C-Plan». Die Ersatzoperationen werden 2003 zuerst in Form eines Pilotprojektes fortgesetzt, das einen Grossteil der Lösung installieren und die Wahl definitiv bestätigen soll. Im Erfolgsfall wird dann die von C-Plan angebotene Lösung installiert. Der Termin für die Umstellung der Produktion auf das neue System wurde auf Ende des vierten Quartals 2003 festgesetzt.

4.3 Intranet und Internet

Als wichtigsten Informationsträger verwendet das Amt für Vermessung und Geomatik regelmässig seine Internet- und Intranet-Seiten. Es hat seine Arbeiten zur Publikation der Daten der amtlichen Vermessung, der Übersichtspläne, des Parzellarrasters und der numerischen Katasterpläne (vektorielle Parzellen, Bodenbedeckungen, Adressen) fortgesetzt. Es hat auf diesem Gebiet seine Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg fortgesetzt, mit der es sich die Infrastrukturen und die Kosten teilt.

5. Koordination beim Landinformationssystem (LIS)

Um SYSIF, das LIS der kantonalen Verwaltung, auszubauen, wurde 2002 ein Delegierter zur Koordination in Sachen Landinformationssystem (LIS-Koordinator) eingestellt. Er hat seine Stelle am 1. März 2002 angetreten. Sein Beschäftigungsgrad betrug zu Beginn 40 % und ab dem 1. Juli 2002 100 %.

5.1 Organisation und Gesetzesgrundlagen

Zu Beginn seiner Tätigkeit hat der LIS-Koordinator eine Analyse von SYSIF, von seiner Funktionsweise und von den Erwartungen der Benutzer durchgeführt, um dann die Ziele der notwendigen Struktur festzusetzen. Diese Analyse führte zum Vorschlag einer Reorganisation von SYSIF.

Die laufende Revision des Gesetzes über die Katastervermessung bietet die Möglichkeit, dem LIS der kantonalen Verwaltung eine gesetzliche Grundlage zu geben. Der ausgearbeitete Vorschlag ist ein spezifisches Gesetzeskapitel, das aus einem Artikel besteht.

5.2 Koordination

Der LIS-Koordinator hat an diversen Projekten teilgenommen, die verschiedene Dienststellen betreffen (im Besonderen die Projekte «Landwirtschaftliche Nutzflächen», «Amtliche Vermessung 2003» und «Kartographie der durch die KGV versicherten Gebäude»). Er hat auch mit externen Partnern und Benützern wie der Stadt Freiburg oder dem «Rechen-Zentrum der Gemeinden Deutschfreiburg» zusammengearbeitet.

Der LIS-Koordinator hat sich ferner bemüht, mit anderen LIS-Partnern im Kanton neue Kontakte zu knüpfen oder bestehende zu vertiefen:

- Der Bund und sein GIS-Kompetenzzentrum (KOGIS): Projekt einer nationalen Infrastruktur der Geoinformationen.
- Die Lieferanten von externen Daten: das Bundesamt für Landestopographie (swisstopo) und das Bundesamt für Statistik (GEOSTAT) und Bundesregister der Gebäude und Wohnungen [RegBL].
- Die Westschweizer Kantone: bei regelmässigen Sitzungen der LIS-Koordinatoren der Westschweizer Kantone (FR, GE, JU, NE, VD, VS) oder im Rahmen von bilateralen Diskussionen werden Synergien gesucht.

- Die privaten Gesellschaften, die auf dem Gebiet der LIS Ausrüstungen, Software und Dienstleistungen anbieten.
- Die Hochschulen und Bildungszentren, im Besonderen die Universität Freiburg, die Ingenieurschule des Kantons Waadt und vor allem das Laboratorium für Geoinformationssysteme der ETH Lausanne.

5.3 Unterstützung der Benutzer

Mehrere Dienststellen erhielten die Unterstützung des LIS-Koordinators bei der Suche nach Informationen, bei der Erfassung oder Nachführung von Geoinformationen, bei der Abgabe von Daten an Auftragnehmer, bei der Benutzung der Software, bei allgemeinen Auskünften über die verfügbaren Werkzeuge und ihre Möglichkeiten, bei der Organisation von Weiterbildungskursen usw.

5.4 Geoinformationen

Eines der Hauptziele des LIS ist die Verwaltung der Geoinformationen. Auf diesem Gebiet hat sich der LIS-Koordinator zuerst um die Grundlagedaten gekümmert, die die meisten Benutzer interessieren, nämlich die Daten von Swisstopo und dem Bundesamt für Statistik (GEOSTAT): Zusammenfassung der verschiedenen Verträge mit dem Kanton Freiburg, Einsetzung eines einzigen Ansprechpartners, Erwerb und Nachführung der Daten.

Es wurden Standardverträge für die Abgabe von Daten an Dritte vorbereitet. Da momentan eine Abgabestelle fehlt, hat der LIS-Koordinator mehrere Anfragen von Bund oder Auftragnehmern der Verwaltung beantwortet.

Der LIS-Koordinator hat ebenfalls den bestehenden Prototyp des Geoverzeichnisses überarbeitet. Dieses Verzeichnis ist im Internet verfügbar (s. unten) und wird laufend ergänzt, um alle verfügbaren Daten zu berücksichtigen.

Schliesslich hat der LIS-Koordinator sich dokumentiert und folgende grundsätzliche Überlegungen zur Verwaltung der geografischen Daten angestellt: Erwerb, Erfassung und Nachführung, Lagerung und Archivierung, Normierung (Modelle für Daten und Metadaten, Austauschformate), Verbreitung und Tarifgestaltung usw.

5.5 Informatikausrüstung und Software

Als Teilnehmer an den Aktivitäten des Leitungsausschusses des Projektes AV2003 hat sich der LIS-Koordinator an der Wahl der Lösung beteiligt, die die jetzigen Anwendungen der amtlichen Vermessung ersetzen soll.

Auf Anfrage des Tiefbauamtes (TBA) hat der LIS-Koordinator an einer ersten Evaluation von Software für die Verwaltung der Strassensignalisation teilgenommen. Er wurde ebenfalls eingeladen, als Mitglied des erweiterten Leitungsausschusses am Projekt «Révision du schéma directeur informatique du SPC» teilzunehmen.

Schliesslich wurden mit verschiedenen Dienststellen Gespräche geführt, um eine Webmapping-Lösung zu installieren, die ihnen die Datenübermittlung über Intranet oder Internet gestattet.

5.6 Information und Werbung

Der LIS-Koordinator hat eine Internet-Seite erarbeitet, die das kantonale LIS, die SYSIF-Charta und seine gesetzlichen Grundlagen, seine Geschichte, seine Ziele sowie seine Organisation vorstellt.

Er bietet ausserdem den Netsurfern einige Geo-Dienstleistungen an (Geoverzeichnis, kartografische Plattform, Online-Daten).

Der LIS-Koordinator hat ebenfalls die ersten Seiten der Intranet-Homepage von SYSIF erstellt, die für die Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung bestimmt ist. Diese interne Homepage wird Informationen enthalten, die im Internet nicht verfügbar sind (bestehende Informatikausrüstung und Software, Beschreibung der LIS-Projekte mit SYSIF-Beteiligung, detaillierte Vorstellung der SYSIF-Organen [Aufgaben, Mitglieder, Dokumente], Vorschriften und Richtlinien sowie eventuell eine «Support»-Rubrik).

IX. Grundbuch

1. Grundbuchämter

1.1 Ordentliche Tätigkeiten

Die Hauptaufgabe der 7 Grundbuchämter besteht in der Führung des Grundbuchs. Das Arbeitsvolumen lässt sich anhand folgender Indikatoren abschätzen: Anzahl der Eintragungsbegehren, ausgestellte Grundbuchauszüge und eingegangene Auskunftsbegehren.

Im Jahr 2002 wurden 26 000 Eintragungsbegehren gestellt (27 225 im Jahr 2001). Die Zahl der Eintragungsbegehren ist gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Der Rückstand bei den Eintragungen, der zwischen sieben Monaten und drei Wochen lag, konnte auf maximal drei Monate reduziert werden. Mit der Informatisierung und der Einführung neuer Schuldbriefformulare konnte rationeller und effizienter gearbeitet werden.

Die Grundbuchauszüge, insbesondere die maschinengeschriebene Übertragung der handschriftlichen Angaben im Kataster, machen weiterhin einen Grossteil des Arbeitsvolumens aus. Im Jahr 2002 wurden 16 916 Grundbuchauszüge ausgestellt (17 174 im Jahr 2001).

Die Auskunftsbegehren betreffen vor allem die Dienstbarkeiten und das Nachbarrecht. Diese sehr zahlreichen Auskunftsbegehren sind manchmal rechtlicher Natur oder es geht um Fragen im Zusammenhang mit dem Vorhandensein oder dem Inhalt von Rechten.

1.2 Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs

Der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs geht ordnungsgemäss eine neue Parzellarvermessung oder eine Güterzusammenlegung voraus. Die Einführung des eid-

genössischen Grundbuchs ist obligatorisch, um den Anforderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zu genügen. Dieses Verfahren, bei dem die betroffene Gemeinde sowie die betroffenen Grundeigentümer mitwirken, umfasst eine Phase, in der die Rechte gesichtet und bereinigt werden und stellt in dieser Hinsicht eine Verbesserung dar im Hinblick auf klarere Eintragungen sowie auf Rationalisierungsmöglichkeiten der späteren Arbeit, insbesondere was die Ausstellung der Grundbuchauszüge und die Informatisierung der Daten betrifft. Deshalb wurden vor allem die Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs vorangetrieben.

Alle Grundbuchämter führten Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs aus. Im Jahr 2002 wurde das eidgenössische Grundbuch in den folgenden Gemeinden oder Teilen von Gemeinden in Kraft gesetzt: Belfaux (ohne Sektor Cutterwil), Fräschels (Waldzusammenlegung Murtenbiet), Murten (Los VI), Nuvilly, La Roche (Los I), Russy.

1.3 EDV-Grundbuch

Mit dem Projekt CAPIFISC, das im Juni 2001 gestartet wurde, soll die elektronische Vernetzung zwischen den Grundbuchämtern (GB) und der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) verbessert werden. Mit CAPIFISC sollen die Mitarbeitenden der Grundbuchämter und der KSTV von ihren jeweiligen Applikationen aus direkt auf diejenigen Informationen zugreifen können, die sie für die Erledigung ihrer Arbeit brauchen. Es geht hauptsächlich darum, eine Doppelerfassung von Personendaten der steuerpflichtigen Eigentümer (Namen, Geburtsdatum, Adresse) zu vermeiden und die Informationen bezüglich Grundstücksübertragungen auf elektronischem Weg weiterzuleiten, und damit die Besteuerung zu erleichtern. Nach einer im Jahr 2002 durchgeführten Analyse ist die Entwicklungsphase des Projekts praktisch abgeschlossen. Seine Umsetzung ist für das Frühjahr 2003 vorgesehen.

Die Inbetriebnahme der Datenbank INTERCAPI, mit der die Grundbuchdaten über Internet abgerufen werden können, hatte zur Folge, dass die Grundbuchämter die Eigentümerdaten der Datenbank DESCA (descriptif cadastral, Liegenschaftsbeschreibung aller Grundstücke im Kanton) nicht mehr aktualisieren. Da den Gemeinden jedes Jahr ein Auszug aus der Datenbank DESCA (der sog. DESCA-Ordner) zugestellt wurde, musste dafür ein Ersatz gefunden werden. Es wurde eine Software entwickelt, mit der Daten aus CAPITASTRA (der Datenbank der Grundbuchämter) extrahiert werden können. Den Gemeinden, den amtlichen Geometern, dem kantonalen Vermessungsamt und dem Landwirtschaftsdepartement steht diese Dienstleistung seit dem Sommer 2002 zur Verfügung. Bei den extrahierten Informationen handelt es sich um gültige Daten, die je nach Informatisierungsstand folgende Punkte umfassen: Liegenschaftsbeschreibung, Eigentum, Dienstbarkeiten sowie die Angabe der beim Grundbuchamt laufenden Einträge. Diese Informationen sind in verschiedenen Dateiformaten erhältlich. Den Gemeinden, die dies wünschen, werden die Daten mit einer kleinen Konsultationsanwendung geliefert oder falls nötig auf Papier. Vom 1. Juni bis zum 31. Dezember 2002 wurden 35 Auszüge gemacht.

Auf die Grundbuchdatenbank INTERCAPI haben rund 1000 Benutzer Zugriff, bei 55 % davon handelt es sich um externe Benutzer, deren Zugriff kostenpflichtig ist. Es sind täglich durchschnittlich 483 Abfragen zu verzeichnen, und die Abfragegebühren belaufen sich auf rund 76 000 Franken.

Die Erfassung der Daten ist weiterhin der mühsamste Teil der Arbeit bei der Umstellung auf das EDV-Grundbuch: es müssen nämlich ca. 205 000 Liegenschaften und über 1 Million Rechte manuell erfasst werden. In Anbetracht der sowohl juristischen wie auch wirtschaftlichen Bedeutung dieser Daten muss die Erfassung unter der Verantwortung der Grundbuchverwalter/innen erfolgen, und es braucht dazu entsprechende finanzielle Mittel. Im Jahr 2002 wurden von den Grundbuchämtern insgesamt rund 15 000 Grundstücke informatisiert. Die Grundbücher der Gemeinden Morlon, Greyerz, La Roche (Los I), Villars-sur-Glâne (Lose I und II), Cutterwil, Cugy, St-Aubin, Forel, Surpierre, Granges-de-Vesin, Russy, Nuvilly wurden vollständig informatisiert. Gegenwärtig sind ca. 20 % der im Kanton gelegenen Grundstücke informatisiert.

Das Projektkomitee für die Informatisierung, das von Bertrand Renevey, Grundbuchverwalter des Saanebezirks, präsidiert wird, ist sehr häufig zusammengekommen. Das kantonale Amt für Vermessung und Geomatik ist mit Maurice Robadey, stv. Kantonsgeometer, im Projektteam vertreten und das Informatikzentrum mit Eric Thomen, Analytiker-Programmierer. Die drei anderen Mitglieder des Projektkomitees sind Marc Rotzetter, Informatiker und Projektleiter, René Aeby, Grundbuchverwalter des Sensebezirks, und Yvonne Gendre, Grundbuchverwalterin des Greyerzbezirks. Die Vereinigung der Geometer ist mit ihrem Präsidenten in beratender Eigenschaft ebenfalls im Projektkomitee vertreten.

1.5 Organisation der Grundbuchämter

Die Grundbuchämter verfügen über durchschnittlich 30,1 Vollzeitstelleneinheiten, und 9 Personen absolvieren bei ihnen eine KV- oder Bürolehre. Im Sensebezirk waren zwei Stellen lange vakant, eine wegen Mutterschaftsurlaub, die andere wegen krankheitsbedingter Abwesenheit.

1.6 Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter

Die Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter, namentlich deren Präsidentin, hat in Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe den Gesetzesentwurf zur Revision des Gesetzes über das Grundbuch ausgearbeitet. Dieselbe Expertengruppe arbeitete auch den Entwurf des neuen Gesetzes über die amtliche Vermessung aus, und die Vereinigung war auch hier wieder vertreten. Diese beiden Entwürfe, die eine Vereinfachung der Verfahren zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs bezwecken, sollen dem Grossen Rat im Jahr 2003 unterbreitet werden.

Die Vereinigung hielt im Jahr 2002 fünf Arbeitssitzungen ab mit dem Ziel, die Praxis zu vereinheitlichen.

Präsidentin der Vereinigung ist Yvonne Gendre, Grundbuchverwalterin beim Grundbuchamt Greyerz. Die zwei

anderen Vorstandsmitglieder sind Jean-Jacques Gummy, Grundbuchverwalter beim Grundbuchamt Broye, und Josef Haag, Grundbuchverwalter beim Grundbuchamt See.

2. Steuern

2.1 Grundbuchgebühren

Das Grundbuch kennt zwei Arten von Gebühren, und zwar die festen und die verhältnismässigen Gebühren. Was die verhältnismässigen Gebühren betrifft, wurde in Anwendung des Äquivalenzprinzips ein Höchstbetrag von 5000 Franken beschlossen. Einsprachen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Grundbuchverwalter/innen. Im Jahr 2002 beliefen sich die Gebühren auf 5 409 204 Franken (4 205 434 Franken im Jahr 2001). Hier ist eine deutliche Zunahme zu verzeichnen, die auf die Aufarbeitung der Rückstände aus dem Jahr 2001 sowie auf die am 1. Juni 2002 in Kraft getretene Anpassung der Grundbuchgebühren zurückzuführen ist.

2.2 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verringerung des Kulturlandes zur Folge hat. Die Erhebung dieser Steuer bereitet in der Praxis allerdings ernsthafte Schwierigkeiten, und zwar insbesondere auf Grund des Zeitpunktes, zu dem die Steuer erhoben wird (die Steuer wird bei der Veräusserung erhoben, und diese kann lange nach der Umzonung in Bauland erfolgen), sowie auf Grund des Abzugs der Detailerschliessungskosten. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich im Jahr 2002 auf 3 388 933.75 Franken (2 763 554.70 Franken im Jahr 2001).

2.3 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. Der Gesamtbetrag für das Jahr 2002 beläuft sich bei den Handänderungssteuern auf 13 596 728.80 Franken (11 294 760.05 Franken im Jahr 2001) und bei den Grundpfandrechtssteuern auf 6 520 139.10 Franken (4 904 915.20 Franken im Jahr 2001).

2.4 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer

Das Komitee der Kommission hat sich im Jahr 2002 nur einmal getroffen, und zwar um die Plenarsitzung, die im November stattfand, vorzubereiten.

Die Schätzungskommission enthält nur wenige Aufträge; im Jahr 2002 waren es 19 Aufträge, die insgesamt 30 Objekte umfassten. Da ausserdem die Grundbuchämter gegebenenfalls Privatexpertisen zum Verkehrswert von Objekten für die Festsetzung der Handänderungssteuern anfordern, wurden 7 Aufträge nachträglich annulliert. Bis Ende 2002 wurden 9 Aufträge aus dem Jahr 2001 und 10 Aufträge aus dem Jahr 2002 in einem Gesamtwert von 95 Millionen Franken bearbeitet.

3. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch

a) Organisation

Im Jahr 2002 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch von Hubert Bugnon, Kantonsrichter, präsiert. Er trat damit die Nachfolge an von Reinold Raemy, der auf den 31. Dezember 2001 aus der Aufsichtsbehörde ausgetreten ist. Reinold Raemy war mit Beschluss vom 10. Dezember 1991 zum Ersatzmitglied der Aufsichtsbehörde bestimmt worden, am 22. Dezember 1995 kam er dann als Mitglied in die Aufsichtskommission, die er seit dem 1. Januar 2000 präsierte. Bettina Hürlimann, Universitätsprofessorin, und Gérald Faoro, Kantonsgeometer, amtierten als Mitglieder. Alexandra Rumo-Jungo, Universitätsprofessorin, Maurice Robadey, stellvertretender Kantonsgeometer, und Catherine Overney, Vizegerichtsschreiberin beim Kantonsgericht, amtierten als Ersatzmitglieder; Catherine Overney führt auch das Sekretariat für die Aufsichtsbehörde.

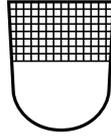
b) Tätigkeiten

Die Aufsichtsbehörde hielt 6 Sitzungen ab, in denen sie die laufenden Geschäfte erledigte und juristische Fragen

behandelte. Sie hat sämtliche Grundbuchämter besucht und Stichproben zur Kontrolle der Eintragungen gemacht. Neben den vorrangigen Arbeiten in Zusammenhang mit der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs laufen auch die im Jahr 2000 in Angriff genommenen Informatisierungsarbeiten (elektronische Datenerfassung) weiter. Für die elektronische Datenerfassung konnte dank der über einen Zeitraum von vier Jahren (2002 bis 2005) gewährten Krediten zusätzliches Personal angestellt werden. Die 2001 erwähnten Rückstände konnten in einem Grossteil der Grundbuchämter beträchtlich aufgeholt werden. Das Grundbuchamt des Saanebezirks hat hier eine hervorragende Leistung gezeigt, denn es hat seinen Rückstand bei den Eintragungen von dreissig auf siebzehn Wochen verringert. Das Grundbuchamt des Sensebezirks seinerseits hat seinen Rückstand bei den Eintragungen von drei Monaten auf einen Monat reduziert.

c) Beschwerden

Bei der Aufsichtsbehörde wurden 7 Beschwerden (1 im Jahr 2001) eingereicht. Sie fällte 7 Entscheide. Eine Beschwerde gegen einen dieser Entscheide ist gegenwärtig beim 1. Zivilappellationshof des Kantonsgerichts hängig. Ein Verfahren wird ins Jahr 2003 übernommen.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2002

Baudirektion

Paulusdruckerei Freiburg 2003

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	IV.2 Sektor Grundstückerwerb	13
I. Gesetzgebung	5	IV.3 Sektor Bauleitung	13
1.1 Gesetze und Dekrete	5	IV.4 Sektor Bewirtschaftung der Strassen	14
1.2 Verordnungen und Reglemente	5	1. Schutz gegen den Strassenlärm	14
II. Personal	5	2. Verkehrszählungen	15
III. Forschung nach Kohlenwasserstoffen	5	3. Baubewilligungen und Bebauungspläne ..	15
IV. Natur- und Landschaftsschutz	5	4. Sondertransporte	15
V. Öffentliches Beschaffungswesen, SIMAP-Projekt	6	5. Unfallstatistik und -analyse	15
VI. New Public Management	6	6. CUTAF	15
		7. VALTRALOC	15
		8. Kommissionen der Stadt Freiburg	15
		9. Verschiedenes	15
		10. Verkehrsstudien	16
		11. Geschwindigkeitsexpertisen	16
Strassen- und Brückendepartement ...	7	V. Sektion Unterhalt der National- und Kantonalstrassen	16
I. Allgemeine Tätigkeit	7	1. Sektor Unterhalt der Kantonalstrassen ...	16
1. Stab	7	2. Sektor Unterhalt der Nationalstrassen ...	17
2. Kommissionen und Arbeitsgruppen	7	VI. Sektion Wasserbau	18
3. Vernehmlassungen	7	1. Studien	18
4. Allgemeine Planung	8	2. Bauten	20
5. Informatik	8		
II. Personal	8		
III. Sektion Verwaltung	8		
1. Statistik über die Verwendung der Strassenkredite	8	Bau- und Raumplanungsamt	21
2. Statistik über die erteilten Bewilligungen	8	I. Allgemeine Tätigkeit	21
IV.1 Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen	8	II. Personal	22
1. Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten	8	III. Kantonalplanung	22
2. Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten	9	1. Richtplanung	22
3. Planungsstudien 2002	9	2. Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung	22
4. Im Jahr 2002 bearbeitete Ausführungs- projekte von Kantonstrassen	10	IV. Regionalplanung	22
5. Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonalstrassennetz für das Jahr 2002 ..	11	V. Naturgefahren	22
6. Gemeindestrassen	12	VI. Ortsplanungen	22
7. Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen	12	VII. Subventionierung der Planungen	23
8. Baubewilligungen und Bebauungspläne ..	12	VIII. Koordination, Verwaltung und Studien	23
9. Gesuche der Telekom/SWISSCOM (Grabungsarbeiten auf öffentlichen Strassen)	12	1. Allgemeines	23
10. Aufwertung des Strassenraumes von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC)	12	2. Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen	23
11. Verordnung des Bundes über den Schutz gegen Störfälle (StFV)	12	3. Koordination mit den anderen kantonalen Amtsstellen	23
12. Bundesbeiträge	12	4. Informatik	23
		IX. Kommissionen	23
		1. Beratende Raumplanungskommission ..	23
		2. Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung	23

3. Naturgefahrenkommission	24	III. Ausbildung	30
4. Kommission für die Verwaltung des Naturschutzgebiets am Südufer des Neuenburgersees	24	IV. Zivilschutzorganisationen (ZSO)	31
X. Kiesgruben und Materialausbeutungen	24	V. Material	31
XI. Baubewilligungen und Detailbebauungspläne ..	24	1. Unentgeltlich abgegebenes Rettungsmaterial	31
XII. Beschwerden	25	2. Materiallieferung mit Beteiligung des Bundes (70 %) und des Kantons (13,50 %)	31
1. Entscheide der Baudirektion über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung	25	3. Kontrollen und Inspektionen	31
2. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der Baudirektion über Bauten ausserhalb der Bauzone	25	4. Unterhalt der Bauten und des Materials ..	31
3. Entscheide des Verwaltungsgerichtes	25	5. Alarm	31
4. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der Baudirektion zu Genehmigungen von OP	25	6. Verschiedenes	31
XIII. Architekten- und Ingenieurregister	25	VI. Bauten	31
Gebäudedepartement	26	1. Private Schutzräume	31
I. Allgemeine Tätigkeit	26	2. Öffentliche Schutzräume	31
II. Personal	27	3. Bauten für Schutzorganisationen und Anlagen des Sanitätsdienstes	32
III. Unterhalts- und Renovationsarbeiten	27	VII. Erste Hilfe	32
1. Für die Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten	27	Amt für Umweltschutz (AfU)	32
2. Für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	27	I. Allgemeine Tätigkeit	32
3. Für die Direktion des Innern und der Landwirtschaft	27	1. Aussenbeziehungen	32
4. Für die Volkswirtschafts-, Verkehrs- und Energiedirektion	28	2. Gesetzgebung	33
5. Für die Gesundheits- und Sozialfür- sorgedirektion	28	3. Information	33
6. Für die Finanzdirektion	28	II. Personal	34
7. Für die Baudirektion	28	III. Abteilung Gewässerschutz	34
8. Für die Zentralverwaltung	28	1. Sektor Kanalisationen und Abwasserreinigungen	34
9. Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler	28	2. Sektor Industrie	34
10. «Télégestion»	28	3. Sektor Kohlenwasserstoffe und wasser- gefährdende Flüssigkeiten	34
IV. Laufender Unterhalt	28	4. Sektor Landwirtschaft	35
1. Laufender Unterhalt	28	IV. Wasserbewirtschaftung	35
2. Vermietung (Stockwerkeigentum)	28	1. Sektor Grundwasser	35
3. Vermietung	28	2. Sektor Oberflächengewässer	35
4. Heizung	29	V. Labor und Analysen	36
5. Unterhalt	29	1. ISO 17 025-Akkreditierung	36
6. Versicherungen	29	2. Abwasserreinigungsanlagen	36
7. Gebäudeverwaltung	29	3. Industrieabwasser	36
V. Kosten	30	4. Oberflächengewässer	36
Amt für Zivilschutz	30	5. Verschmutzungen	36
I. Allgemeine Tätigkeit	30	6. Verschiedenes	37
II. Personal	30	VI. Abteilung Luftreinhaltung	37
		1. Massnahmenplan	37
		2. Sektor Emissionskontrolle	37
		3. Sektor Immissionsüberwachung	37
		VII. Abteilung Lärmschutz und nichtionisierende Strahlung	37
		1. Lärmschutz	37
		2. Nichtionisierende Strahlung	37
		VIII. Abteilung Koordination und Umwelt- verträglichkeitsprüfungen	38
		IX. Abteilung Abfallbewirtschaftung	38
		1. Kehrichtverbrennungsanlage (KVA)	38
		2. Abfallreglemente der Gemeinden	38

3. Reaktordeponien	39
4. Inertstoffdeponien	39
5. Deponien für Aushubmaterialien	39
6. Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen	39
7. Baustellenabfälle	39
8. Organische Abfälle	39
9. Sonderabfälle	39
10. Klärschlämme	39
11. Prüfung von Baubewilligungsgesuchen ..	40
12. Sanierung belasteter Standorte	40

Autobahnbüro **40**

I. Allgemeine Tätigkeit	40
II. Personal	41
III. Besondere Tätigkeiten	41
1. Ständige Verbesserungen	41
2. Klienten und Leistungen	41
IV. Ressourcen	41
1. Erwerb von Liegenschaften	41
2. Entschädigungen für vorzeitige Inbesitznahme und für Schäden während der Bauzeit	41
3. Güterzusammenlegungen	41
4. Umweltbelastungen	42
5. Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)	42
6. Verwendung der Kredite	42
V. Ausarbeitung – Ausbau, Unterhalt, Erneuerung (UPLaNS)	43
1. Pavement Management System (PMS) ..	43
2. Bridge Management System (BMS)	43
3. Electrical Management System (EMS) ..	44
4. Allgemeine Projekte und Abschlussarbeiten	44
5. Massnahmen	46
6. Vergaben	47

Direktion

I. Gesetzgebung

1.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 19. September 2002 zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes.

Gesetz vom 19. September 2002 zur Änderung des Gesetzes über den Wasserbau.

Gesetz vom 19. September 2002 zur Änderung des Gesetzes über die Schürfung und Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen.

Dekret vom 11. Dezember 2002 über einen Verpflichtungskredit zum Um- und Ausbau des Gebäudes an der Zeughausgasse 17 (ehemals «Industrielle»-Gebäude) in Freiburg für das kantonale Handelsregisteramt.

1.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 22. Januar 2002 zur Änderung des Reglements über das öffentliche Beschaffungswesen.

Verordnung vom 26. März 2002 zur Änderung des Beschlusses über die Zuteilung und die Verwaltung von Parkplätzen für Personenwagen.

Verordnung vom 10. Juni 2002 über die Annahme des kantonalen Richtplans.

Verordnung vom 2. Juli 2002 über die Umweltverträglichkeitsprüfung und die massgeblichen Verfahren.

Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz.

Verordnung vom 8. Oktober 2002 über die Aufhebung der Nothelferkurse an den Orientierungsschulen.

Verordnung vom 19. November 2002 über die Verabschiedung einer geringfügigen Änderung des Themas Bodenschutz des kantonalen Richtplans.

Verordnung vom 26. November 2002 zur Änderung des Reglements über das öffentliche Beschaffungswesen.

Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes.

II. Personal

Am 31. Dezember 2002 umfasste der Personalbestand 10 Personen.

III. Forschung nach Kohlenwasserstoffen

Die Gesellschaft FREAG Erdöl AG besitzt eine Forschungsbewilligung für das nordöstliche Kantonsgebiet,

die bis zum 15. Juni 2005 gültig ist. Für das restliche Kantonsgebiet wurden keine Forschungsbewilligungen erteilt.

IV. Natur- und Landschaftsschutz

Büro für Natur- und Landschaftsschutz

Das Jahr 2002 war einerseits von aussergewöhnlichen Ereignissen, andererseits von einer deutlichen Zunahme der geprüften Dossiers und von neuen Aufgaben geprägt.

Insbesondere sind folgende aussergewöhnliche Ereignisse zu nennen: Annahme des kantonalen Nutzungsplans, mit dem die Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees geschaffen wurden, die Annahme des neuen kantonalen Richtplans mit seinem wichtigen Kapitel über die natürlichen Lebensräume sowie die Organisation der Überwachung der Naturschutzgebiete und anderen Landschaftsschutzgebiete bei den Arteplages der Expo.02.

Zum zweiten Mal in Folge hatte das Büro für Natur- und Landschaftsschutz (NLS) 2002 Mehrarbeit auf Grund einer starken Zunahme der zu behandelnden Dossiers zu bewältigen. Das NLS hat folgende Dossiers geprüft und begutachtet:

- 167 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten;
- 91 Projekte von Gewässerverbauungen;
- 85 Ortsplanungen, Detailbebauungspläne, Quartierpläne oder generelle Entwässerungspläne;
- 24 Gesuche für die Benützung der öffentlichen Gewässer;
- 23 Projekte für Strassen- oder Eisenbahninfrastrukturen;
- 13 land- oder forstwirtschaftliche Meliorationsprojekte;
- 10 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben oder Deponien;
- 10 weitere Dossiers, die nicht in eine der genannten Kategorien eingeteilt werden können.

Die Feldequipe mit Personen, die Zivildienst oder gemeinnützige Arbeit leisten, erbrachte wie immer mehrere tausend Arbeitsstunden für den Schutz, den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen im ganzen Kanton.

300 Landwirte wurden für die angemessene Nutzung von Magerwiesen und Streueflächen, für die Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen um die geschützten Lebensräume oder für weitere Leistungen zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes entschädigt.

Im Rahmen der Umsetzung von Bundesinventaren (Inventare über die Hochmoore, Flachmoore, Auengebiete, Moorlandschaften und Amphibienlaichgebiete), spezifischen Aktionsplänen für stark gefährdete Arten oder im

Zusammenhang mit regionalen Projekten zur Revitalisierung der Landschaft wurden rund zwanzig Untersuchungen durchgeführt.

Neue Aufgaben erweiterten das Pflichtenheft des NLS, insbesondere im Zusammenhang mit der Anwendung auf Kantonsebene der Öko-Qualitätsverordnung des Bundes. Darüber hinaus wirken die Mitarbeiter des LNS in mehreren kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppen mit.

V. Öffentliches Beschaffungswesen, SIMAP-Projekt

Der Verband simap.ch (Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz) entstand offiziell am 17. Januar 2002. Mitglieder des Verbandes sind der Bund und 21 Kantone. Ziel des Verbandes ist die Zentralisierung der Informationen über die Vergabe von öffentlichen Beschaffungen in der Schweiz.

Der Verband will über die Bereitstellung und den Betrieb einer Internet-Site (www.simap.ch) die öffentlichen Auftraggeber und die Anbieter einander näher bringen. In einer ersten Phase wird die Haupttätigkeit darin bestehen, die öffentlichen Ausschreibungen zu veröffentlichen und die Ausschreibungsunterlagen elektronisch zu verwalten. In einer zweiten Phase werden die Anbieter ihre Angebote elektronisch einreichen können.

Der von Staatsrat Claude Lässer präsidierte Verband sollte 2002 die Internet-Site fertig stellen und teilweise frei geben.

Im Kanton Freiburg wurde in der Baudirektion ein Kompetenzzentrum geschaffen, das insbesondere aus Vertretern der Dienststellen besteht, die regelmässig die Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen anwenden, namentlich das Autobahnbüro, das Strassen- und Brücken-departement und das Gebäudedepartement.

VI. New Public Management

Seit August 2001 leitet eine Fachgruppe der Hochschule für Wirtschaft in enger Zusammenarbeit mit den kantonalen Amtsstellen das Projekt Nr. 4 der Staats- und Verwaltungsreform im Kanton Freiburg mit dem Titel «Versuchswise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung» (FLA). Die Projektabwicklung im Jahr 2002 stand hauptsächlich im Zeichen der Konsolidierung der wichtigsten Grundpfeiler des Modells. So konnten die Piloteinheiten die neuen Führungsinstrumente wie die analytische Buchhaltung, die Arbeitszeiterfassung, die Erstellung des Budgets nach Produktgruppen und Produkt sowie die Abrechnung nach tatsächlichen Aufwendungen und Einnahmen pro Leistung besser beherrschen.

Jahresrechnung 2001 der Piloteinheiten

In Anwendung des Dekrets vom 8. Februar 2000 über die versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag zeigen die Jahresrechnungen der Piloteinheiten erstmals Resultate, die sich auf die Aufwendungen, die Erträge sowie

auf die Saldi der einzelnen Produktgruppen und Produkte beziehen. Zusätzlich zu diesen finanziellen Angaben liefern sie eine Reihe von Indikatoren sowie Kommentare zu den während des Jahres unternommenen Aktivitäten. Diese Kommentare erklären insbesondere die Gründe für die unerwartete Diskrepanz zwischen den vorher vereinbarten Zielen und den zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses erreichten Ergebnissen, wobei der Rechnungsabschluss nach dem von der Finanzverwaltung vorgegeben Verfahren erfolgt.

Controlling der Piloteinheiten

Das FLA-Projekt war 2002 zugleich von der Einführung des Controllings geprägt. Die Piloteinheiten hatten dabei erstmals in einem Controlling-Bericht regelmässig über den Fortschritt ihrer Aktivitäten Rechenschaft abzulegen. Das 2002 eingeführte Controlling-Modell sieht vor, dass nach einem genau definierten Verfahren jährlich drei Berichte erstellt werden, nämlich jeweils am 30. April, 31. August und 31. Dezember. Diese von den Piloteinheiten verfassten Berichte werden von der betreffenden Direktion genehmigt und der Controlling-Gruppe zur Vernehmlassung und Begutachtung unterbreitet. Die Finanzdirektion verfasst das Schlussgutachten zuhanden des Staatsrats.

Die Controlling-Berichte von Ende April und Ende August haben gezeigt, dass die Piloteinheiten fähig sind, ihre Aktivitäten mit Hilfe der Kostenrechnung zu steuern. Selbstverständlich braucht es noch etwas Zeit, bis das gesamte Potenzial des Controllings hinsichtlich Information und Transparenz ausgeschöpft ist, doch die ersten Erfahrungen sind sehr ermutigend.

Erstellung der Budgets 2003 der Piloteinheiten

Die Piloteinheiten haben die Voranschläge 2003 nach Produktgruppen im Rahmen des üblichen Budgetverfahrens erstellt, dessen Dauer sich jedes Jahr von Mai bis Dezember erstreckt. Von dieser Erfahrung kann profitiert werden, da die Piloteinheiten, die eine Reduktion ihres Budgets hinnehmen mussten, im Einverständnis mit ihrer Direktion selbstständig über die Art der Reduktion entscheiden und so die Auswirkungen auf den Leistungskatalog vorwegnehmen konnten. Das FLA-Modell, wonach der Grosse Rat die Budgets nach Produktgruppen verabschiedet und die Verwaltung die zur Verfügung gestellten Mittel selbstständig verwaltet, funktioniert also ohne grössere Probleme.

2002 bestand die mit dem FLA-Projekt betraute Fachgruppe der Hochschule für Wirtschaft aus einem Projektleiter (100 %), einem Dozenten der HSW (10 %, seit Oktober 2002) und zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern (zusammen etwa 100 %). Die für die Projektabwicklung anfallenden Kosten beliefen sich auf etwa 300 000 Franken (vorgesehenes Budget 395 000 Franken). Diese Kosteneinsparung ist auf zwei Hauptursachen zurückzuführen: erstens war 2002 ein Jahr der Konsolidierung, folglich wurde nur eine geringe externe Unterstützung in Form von Drittberatungen benötigt; zweitens wurde das Unterprojekt «Führen mit Zielen», das ursprünglich an das FLA-Projekt gekoppelt war, vom Amt für Personal und Organisation übernommen.

Strassen- und Brückendepartement

I. Allgemeine Tätigkeit

Die Tätigkeiten des Strassen- und Brückendepartements (SBD) waren im Jahr 2002 hauptsächlich von folgenden Ereignissen geprägt:

- Weiterführung der Ausbauarbeiten an den Kantonsstrassen zwischen Châtel-St-Denis und Bossonens (B150), zwischen Pensier und Courtepin (B040) sowie an den Ortsdurchfahrten von Gurmels (B050) und Fétigny (B271);
- umfangreiche Planungsarbeiten für die Umsetzung des Projekts «Gottéron-Village» im Westen der Agglomeration Freiburg;
- Aufnahme der Revision des Richtschemas Informatik.

1. Stab

Die Kadermitglieder des SBD wirken in zahlreichen Kommissionen mit. Sie beteiligen sich an interdisziplinären und interdepartementalen Koordinationsaufgaben. Sie nehmen zu den Vernehmlassungen von Bund, Kanton und Gemeinden Stellung. Sie pflegen die Beziehungen zum Bundesamt für Strassen (ASTRA), um Bundesbeiträge für Strassenarbeiten zu erhalten. Die Mitarbeiter des Stabes übernehmen Aufgaben im Bereich Qualitätssicherung, Planung, Informatik, Verwaltung des NPM-Personals sowie analytische Buchhaltung.

2. Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das SBD wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- technische Kommission C6, Bewirtschaftung der Strassen, «Association mondiale de la route AIPCR»;
- technische Kommission 7, Bewirtschaftung der Unterhaltsarbeiten des VSS;
- Verkehrskommission der Stadt Freiburg;
- Kommission «Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg» (ORKAF);
- Kommission «Kantonaler Führungsstab der Gesamtverteidigung» (KFS);
- Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen;
- Kommission für Verkehrserziehung;
- Kommission «Schweizer Sicherheitsfunknetz» (Polycom);
- Unterkommission «Fussgänger in der Stadt Freiburg»;
- Arbeitsgruppe «Koordination der Verkehrsfragen»;
- Arbeitsgruppe «Revision des kantonalen Richtplans»;

- Arbeitsgruppe «Revision des kantonalen Verkehrsplanes»;
- Arbeitsgruppe «Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten» (VALTRALOC);
- Arbeitsgruppe «Strassenverkehrssicherheit»;
- Führungsausschuss für das Projekt SYSIF (geographisches Informationssystem für Freiburg);
- Führungsausschuss für das Projekt STRADA-VIEW Axe-Tendu (Managementsystem für den Strassenunterhalt);
- Führungsausschuss und technische Gruppe des Verkehrsverbundes der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- interdepartementale Arbeitsgruppe Expo.02;
- Führungsausschuss und Arbeitsbüro für das Managementsystem des Strassenunterhalts (ASTRA);
- Arbeitsgruppe des ASTRA zur Ausarbeitung des Richtplans der schweizerischen Strassen;
- Arbeitsgruppe des ASTRA zur Analyse der Finanzierung der schweizerischen Hauptstrassen im Rahmen des neuen Finanzausgleichs Bund-Kantone (NFA);
- Überwachungsausschuss für die Strassendatenbank STRADA-DB (ASTRA)

3. Vernehmlassungen

Das SBD hat bei den Vernehmlassungen zu folgenden Angelegenheiten Stellung genommen:

- Projekt zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen;
- Verordnungsentwurf über die Internetbenützung durch das Staatspersonal;
- Revision der Bundesverordnung über die Auengebiete;
- Vorentwurf für das Gesetz über die Gewässer;
- Änderung der Verordnung über den Bau und den Betrieb der Eisenbahn;
- Schutz gegen die Naturgefahren;
- Entwurf für das Ausführungsreglement zum Gesetz über das Staatspersonal vom 17. Oktober 2001;
- Sicherheitsfunknetz Poycom;
- kantonaler Richtplan – öffentliche Vernehmlassung;
- gemeinsame Richtlinien des BUWAL und des ASTRA;
- SIA – Garantien im Bauwesen;
- SIA-Reglement 110 für die Städteplaner und SIA 111 Leistungsmodell «Planung und Ratschläge»;
- Kompetenzdelegation des Eidgenössischen Inspektors für Gefahrgüter an die Hauptabteilung Sicherheit der Kernanlagen;
- Hilfe bei der Ausarbeitung der Regionalrichtplanung;
- Qualifizierung der Unternehmen, Pilotprojekt des Kantons Thurgau;

- Berner Konzept für den Abbau der Hindernisse für das Grosswild;
- Vorentwurf für das Gesetz über die Versorgung mit Elektrizität;
- Entwurf der Sachpläne Strasse sowie Schiene / öffentlicher Verkehr des Bundes;
- Weisungen: Verfahren im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung der normierten Qualitätsanforderungen bei Teerbelägen;

4. Allgemeine Planung

Das seit 1996 angewandte System zur Bestimmung der Prioritäten im Bereich Strassenunterhalt wurde erneut überprüft, was die Verfahren vereinfachte und rationalisierte.

In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt des Kantons Bern erarbeitet das SBD ausserdem ein Ausbaukonzept für die Verbindung Kerzers – Aarberg.

5. Informatik

Laufende Projekte:

Nr.

- 0 Richtschema Informatik (schéma directeur informatique, SDI); Beginn der Studie;
- 4a Strassendatenbank (STRADA-DB, Version 3.01): operationelle Phase, in der Daten verwaltet und ausgetauscht werden können, um mit dem Management der Strassenerhaltung (MSE) Ergebnisse zu erhalten;
- 4b STRADA-VIEW / Axband (Version 3.1): Das Tool zur graphischen Darstellung von Angaben aus der Datenbank STRADA-DB wurde von den meisten Kantonen der Romandie installiert. Gemäss Antrag der Benutzer müssen noch gewisse Ungenauigkeiten ausgebessert werden.
- 4d VIA-PMS 7: Ein Teil der Grunddaten für den Betrieb dieses Tools stammen aus der Pilot-Anwendung STRADA-PMS. Die zu importierenden Dateien müssen entsprechend dem neuesten Stand von VIA-PMS CT (7) konfiguriert werden. Die neue Version ermöglicht die Simulation (auf 15 bis 20 Jahre) der Entwicklung der Kantonsstrassen gemäss der gewährten Budgets und der aktuellen Fahrbahnqualität;
- 5 Verwaltung nach Projekten, SAP PS (zurzeit gestoppt);
- 10 Verwaltung der Dokumentation (Qualitätskonzept);
- 23 Intranet, Internet;
- 30 Sysif (Strassensignalisation).

II. Personal

Am 31. Dezember 2002 betrug der Personalbestand 226 Personen.

III. Sektion Verwaltung

1. Statistik über die Verwendung der Strassenkredite

Die Verwendung des Strassenkredits erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete und Staatsratsbeschlüsse.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 17 694 016 Franken. Die am 31. Dezember 2002 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes, der Gemeinden und Dritter 15 146 Franken.

2. Statistik über die erteilten Bewilligungen

- 197 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer wurden geprüft und bewilligt.
- 22 Vereinbarungen zwischen dem SBD und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten wurden ausgearbeitet und unterzeichnet.
- 14 Gesuche für einen Anschluss der Abwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen wurden geprüft und provisorisch bewilligt.

IV.1 Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen

1. Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Amtsstellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 43 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; die Gutachten wurden im Durchschnitt 6,4 Wochen nach Eingang ausgestellt.

Str. Nr.	Sektor	Gemeinde, Projekte für das Jahr 2002
010	9	Romont, «L'Halle»; Bau einer Sammelleitung entlang der Kantonsstrasse.
011	7	Chénens; Bau eines Trottoirs und Einrichtung einer Vorsortierung an der Kreuzung zwischen den Kantonsstrassen. Lärmschutz an den Fenstern von 6 Wohnungen
012	4	Estavayer-le-Gibloux; Wiederherstellung, Verbreiterung und Ausbau von Strassenschultern und Teilsammlung des Regenwassers.
030	6	Belfaux, «La Forge»; Wiederaufbau des Teils der Abwassersammelleitung unterhalb der Brücke und Verschiebung des Einleitungspunkts in den Sonnaz-Bach.
060	4	Menziswil, Oberdorf, Tafers; Bau eines Fussgänger- und Radwegs, einer Velospur, einer Versickerungsanlage für die Ableitung des Oberflächenwassers.
060	4	Oberdorf, Tafers, Oberdorf-Quartier; Bau eines Fussgänger- und Radwegs, einer Velospur, eines Trottoirs, zweier Bushaltestellen und eines Kreisels.

Str. Nr.	Sektor	Gemeinde, Projekte für das Jahr 2002	Str. Nr.	Sektor	Gemeinde, Projekte für das Jahr 2002
080	1	Freiburg, Galternbrücke; Installation eines zusätzlichen Geländers.	080	1	Freiburg, Galtern-Brücke; Installation eines zusätzlichen Geländers.
101	17-18	Haut-Intyamon, Montbovon–La Tine; Änderung des Vorhabens zur Erweiterung und Wiederherstellung der Kantonsstrasse.	110	17-18	Haut-Intyamon, Montbovon–LaTine; Änderung des Vorhabens zur Verbreiterung und Wiederherstellung der Kantonsstrasse.
170	4	Siviriez, «En la Fin Joigne»; Bau zweier Bushaltestellen mit Unterstand.	110	19-20	Jaun; Ortsdurchfahrt.
240	4	Villorsonnens; Bau einer Abflussvorrichtung für das Regenwasser.	150	3	Remaufens, Attalens, «Es Rioz-La Ver-na»; Wiederherstellung, Verbreiterung und Korrektur der Strasse.
242	2-3	Staudamm Rossens, Pont-la-Ville; Ausbau einer Strassenschulter mit Sichtberme.	150	6	Bossonnens, Palézieux (Kantonsgrenze FR/VD); Wiederherstellung, Verbreiterung und Korrektur der Bahnhofstrasse.
271	2	Ménières, «Gravenel»; Bau einer Kanalisation.	170	4	Siviriez, «En la Fin Joigne»; Bau zweier Bushaltestellen mit Unterstand.

2. Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die oben genannten Projekte sowie der früheren Projekte wurden 20 Einsprachen registriert. Einschliesslich der hängigen Einsprachen konnten 20 Einsprachen in Einigungsverhandlungen erledigt werden. 7 Einsprachen waren Gegenstand eines Entscheids der Baudirektion.

Vor der Genehmigung und je nach Ergebnis der Vorprüfung und der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Amtstellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 85 Planakten wurden in die Vernehmlassung geschickt, die durchschnittlich 6,2 Wochen dauerte.

Nachfolgend aufgelistete Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt.

a) Kantonale Objekte

Str. Nr.	Sektor	Gemeinde, Projekte für das Jahr 2002
010	9	Romont, «L'Halle»; Bau einer Sammelleitung entlang der Kantonsstrasse.
010	12	Vaulruz; Ortsdurchfahrt.
012	4	Estavayer-le-Gibloux; Wiederherstellung der Kantonsstrasse.
030	6	Belfaux, «La Forge»; Wiederherstellung der Abwassersammelleitung.
050	26-27	Zumholz; Bau einer Strassenschulter.
053	1	Düdingen, Kastels; Sanierung der Kreuzung.
060	4	Menziswil, Oberdorf, Tafers; Bau eines Fussgänger- und Radwegs, einer Velospur, einer Versickerungsanlage für die Ableitung des Oberflächenwassers.
060	4	Oberdorf, Tafers, Oberdorf-Quartier; Bau eines Fussgänger- und Radwegs, einer Velospur, eines Trottoirs, zweier Bushaltestellen und eines Kreisels.

240	4	Villorsonnens; Bau einer Abflussvorrichtung für das Regenwasser.
242	2-3	Pont-la-Ville; Bau einer Strassenschulter mit Sichtberme,
A 189		Landerwerb und vorzeitige Besitzeinweisung im Perimeter der Bodenvermessungskörperschaft von la Tour-de-Trême

b) Städtebauliche Objekte

Str. Nr.	Sektor	Gemeinde, Projekte für das Jahr 2002
011	11	Cottens; Bau eines Kreisels
011	19	Villars-sur-Glâne; Korrektur der Route des Préalpes
031	2	Villars-sur-Glâne; Zufahrt zum Mehrzweckzentrum Bertigny-West
080	17-18	Rufenen; Bau eines Trottoirs
271	3-5	Fétigny; Valtralog-Ausbau in der Dorfdurchfahrt
310		Mussillens, Montet, Bollion; Bau eines Trottoirs entlang der Strasse
380	1-2	Überstorf; Bau eines Trottoirs

3. Planungsstudien 2002

Die Beteiligung Dritter an der Planung der Arbeiten wurde namentlich für folgende Projekte fortgesetzt oder beendet:

- CIG – Moncor: Anschluss der Zonen Beauséjour in Givisiez und Bertigny-West in Villars-sur-Glâne. Annahme des Ausbaukonzepts für die Strassen zwischen den Kreuzungen Escale in Givisiez, Belle-Croix in Villars-sur-Glâne und Beaumont in Freiburg sowie des entsprechenden Kostenverteilschlüssels;
- T10, Umfahrung Gampelen – Ins: Anschluss Löwenberg; Machbarkeitsstudie;
- EXPO 02/ kant. AG «Verkehr»: Koordination mit den Gemeinden der Artepilage Murten;

- EXPO 02 / Human powered mobility (HPM): Koordination für die Einrichtung von Wegen für Radfahrer, Skaters usw. auf dem Kantonsgebiet und Koordination mit den Schweizer Velorouten auf Kantonsgebiet; Realisierungen von Ausbauten in Champ Raclé (Muntelier und Murten);
- Verbindungsstrasse des Seelandes, Studie für Korridore zwischen Aarberg und Kerzers; Beteiligung an den Studien des Kantons Bern,
- Stiftung «Veloland Schweiz» / Schweizer Velorouten: Prüfung der Optimierungsvorschläge des Radwegnetzes auf Kantonsgebiet, Aktualisierung der Signalisation;
- Düdingen, Umfahrung: Planung von Umfahrungsvarianten, Nutzwertanalyse zur Bestimmung der besten Lösung und Annahme der Vorschläge und Schlussfolgerungen für den Staatsrat.

4. Im Jahr 2002 bearbeitete Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Strasse	Sektor	Bezeichnung	Technische Angaben			Stand der Arbeiten		
			Länge m	Breite m	Durch- messer m	Vor- projekt	Aus- führungs- projekt	%
050/060	5-16	Tafers; Kreisel im Dorfzentrum und Bahnhofplatz tpf, Trottoir	100	1,65	24		x	75
010	9	Romont, L'Halle; Kanalisationen	200		0,30		x	100
011	9	Chénens; Ortsdurchfahrt	500	7-9			x	100
012	4	Estavayer-le-Gibloux; Erweiterung der Strasse	180	6			x	80
016	18	Flamatt, Freiburg, Bern; Ortsdurchfahrt Flamatt, Sicherheitsmassnahmen für Fussgänger				x		50
019	1	Fribourg, Poya; Bau einer Brücke und einer Galerie	1175	7			x	70
020	13	Prez-vers-Noréaz; Einrichtung einer kleinen Vorsortierung	150	7-9			x	80
021	4	Midde; Kanalisation	250			x		50
025	2	Posieux, Matran; Bau der neuen route des Muëses	1270	7	36		x	100
030	5	Belfaux; Ost-Einfahrt ins Dorf	400	7-8,5		x		100
030	6	Belfaux; Wiederherstellung der Sammelleitung bei La Forge	100		0,40		x	100
030	9-11	Grolley; Ausbau der Ortsdurchfahrt	1450	6		x		50
040	13	Courgevaux; Bau eines Trottoirs	200	1,65			x	50
042	2-4	Murten, Moosstrasse; Anschluss A1	4900	7		x		5
050		Düdingen; Umfahrungsstasse NWA				x		
050	16	Tafers, Murten, Tafers, Plaffeien; Einrichtung einer Vorsortierung bei der Landi in Tafers	120	3		x		25
050	26-27	Zumholz, Murten, Tafers, Plaffeien, Ausbau einer Strassenschulter in Zumholz	200	1			x	100
053	1	Düdingen, Freiburg, Düdingen; Ausbau der Kreuzung in Kastels	100				x	100
060	4	Tafers, Freiburg, Schwarzenburg; Ausbau der Kantonsstrasse Menziswil-Oberdorf-Tafers, Bau von Fahrradspuren und -streifen, Trottoir und Kreisel bei Oberdorf	1100	6 1,20 2,25	30		x	75
080	14-15	Plasselb-Oberschrot; Ausbau der Kantonsstrasse und Velostreifen	2170	6 2x1,20			x	100
080	17-18	Plaffeien, Freiburg-Schwarzsee; Trottoir Rufenen	320	1,65			x	100
080	18-19	Plaffeien, Freiburg-Schwarzsee, Rufenen, Zollhaus; Ausbau der Kantonsstrasse	1800	6		x		25
080	7	Tentlingen; Kanalisation	530			x		50
090	10-11	Le Mouret; Ausbau der Ortsdurchfahrt	450	1,65			x	50
100	4	Villars-sur-Glâne; Erhöhung der SBB-Überführung, Ausbau der Velostreifen, Bau eines Fussgängerstegs	320	8,4			x	100
104	–	Bulle, La Tour-de-Trême; Bau der Umfahrungsstrasse A189, Brücken, Tunnels unter die Trême	5250	7			x	100
110	5	Broc, Bataille; Erweiterung der Haarnadelkurve	100	7-10			x	100
110	17-18	Montbovon-La Tine; neues Projekt	1800	7			x	100
110	19-20	Jaun, Bulle, Boltigen; Ausbau der Ortsdurchfahrt, der Kantonsstrasse, eines Trottoirs und des Kreisels bei der Kreuzung Abländschen	1730	6 1,65	24		x	75
110	20	Jaun, Bulle-Boltigen; Durchfahrt Jaun, 3. Etappe Schutz vor Steinschlag					x	100

Strasse	Sektor	Bezeichnung	Technische Angaben			Stand der Arbeiten		
			Länge m	Breite m	Durch- messer m	Vor- projekt	Aus- führungs- projekt	%
120	1	Gruyères; Wiederaufbau der Brücke über die Trême (Epagny) und Ausbau der Kreuzung	250	6+2x1,6 5	26	x		20
136	1	Vaulruz, Sâles; Wiederherstellung der Strasse und des Trottoirs	400	6		x		80
141	6	Le Crêt, St.Martin-Vaulruz; Ausbau der Kreuzung von le Crêt	50			x		75
150	3	Remaufens, Attalens, Châtel-St-Denis, Palézieux (Kantonsgrenze mit VD); Bau eines neuen Wegs	200	3			x	75
150	3/6	Remaufens, Attalens, Châtel-St-Denis, Palézieux (Kantonsgrenze mit VD); Es Rioz-La Verna und Bahnhof Bossonnens. (Kantonsgrenze mit VD) Palézieux, Ausbau der Kantonsstrasse, Bau eines Trottoirs, Strassenschultern, Velostreifen, Kreuzungen und Ausbau einer Überführung	1300	6 2x1,20 1,65	30			
150	4	Attalens, Châtel-St-Denis, Palézieux; (Kantonsgrenze mit VD) Ausbau der Kantonsstrasse von Tratoz	1300	5			x	75
150	5	Attalens, Bossonnens, Châtel-St-Denis, Palézieux; Ausbau der Kreuzung von Ecoteaux und Abbruch der Überführung, Korrektur des 1998 aufgelegten Projekts	560	6+3 2x1,20			x	75
170	4	Siviriez; Bushaltestellen	200	3			x	100
200	1	Montet (Glâne); Bushaltestellen und Trottoirs	150	0-3,5		x		80
240	4	Villorsonnes; Rückhaltebecken	200	20			x	100
251	4	Villeneuve; Kanalisation	150			x		50
310	1	Montet, Mussillens; Bau eines Trottoirs	200	1,65			x	100
380	1-2	Ueberstorf, Flamatt-Ueberstorf; Flamattstrasse Bau eines Trottoirs	385	1,65			x	100

5. Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonsstrassennetz für das Jahr 2002

Anzahl kontrollierter Bauwerke:

Brücken: 86 Inspektionen (72 Haupt- und 14 Zwischeninspektionen), davon 19 durch externe Auftragnehmer.

Durchlässe: 55 Inspektionen

Mauern: 31 Inspektionen

Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten, namentlich:

Str. Nr. Sektor Gemeinde, Bauwerk, Arbeiten

016 3 Freiburg, Zähringerbrücke; Reparatur der Beton-Abplatzungen und der Risse mit Mörtel, 2. Etappe.

240 9 Farvagny, Durchlass Moulins; dringende Reparaturarbeiten infolge einer starken Auswaschung der Mauer auf Grund einer Richtungsänderung.

060 14 Heitenried, Mauern bei Sous-Schweni Nr. 3 bis 6; Reinigung, kleine Wiederherstellungsarbeiten, Anbringung einer elastischen Schutzschicht (Stabilisierung der Fugen), Reinigung der Verankerungsköpfe und Instandsetzung der Fugen.

110 17 Jaun, Bodenbrücke; Reinigung und Verkleidung der Röhren und der ganzen

Str. Nr. Sektor Gemeinde, Bauwerk, Arbeiten

110 9 Crésuz, Mauer Javroz; Reinigung und Verkleidung des Bauwerks auf der ganzen Länge (rund 330m)

110 8 Crésuz, Mauer Sous-la-Fin; Reinigung, Ausbesserung und Verkleidung zahlreicher Risse und Betonabplatzungen.

110 11 Crésuz, Mauer Tzintre-Planchette; Ausbesserung mit Mörtel von Rissen und Fugen durch Betonabplatzungen.

110 11 Crésuz, Mauer Coppet; Ausbesserung mit Mörtel von Rissen und Fugen durch Betonabplatzungen.

An gesamthaft 38 weiteren Bauwerken – d.h. 17 Brücken, 5 Durchlässen und 8 Mauern – wurden Reinigungsarbeiten und kleinere Reparaturen vorgenommen.

Schrittweise Einführung des 40-t-Verkehrs auf dem Strassennetz:

Anzahl statisch bereits geprüfter Bauwerke: 7 Brücken (als externes Mandat).

Anzahl zurzeit statisch geprüfter Bauwerke: 19 Brücken (als externes Mandat).

6. Gemeindestrassen

a) Genehmigungen und Entscheide

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und auf Antrag der betroffenen Gemeinden wurden Vorschläge und Projekte für Strassen, Trottoirs, Kreisel-Kreuzungen, Fussgängerwege, Ausweichstellen, Tempo-30 km/h-Zonen und verkehrsberuhigende Massnahmen geprüft und anschliessend den zuständigen Behörden zum Entscheid vorgelegt.

Die Baudirektion hat somit 44 Pläne für Gemeindestrassen und Trottoirs genehmigt.

b) Gewährung von Beiträgen

Im Laufe des Jahres ist 1 Abrechnung von beendeten Arbeiten zur Kontrolle und Gewährung des endgültigen Beitrags eingereicht worden. Dabei ist hervorzuheben, dass das Projekt die veranschlagten Kosten nicht erreicht hat. Daraus ergab sich für den Staat eine Realeinsparung von 4951 Franken.

7. Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen

Der Staatsrat beschloss den Zuschlag dreier Mandate (mehr als Fr. 100 000.–) für folgende Objekte:

Str.	Nr.	Sektor
140	1-9	Romont-Vaulruz; Planungsstudie und Studie zur allgemeinen Koordination
720	1	Kerzers; Inspektion und statische Prüfung des Viadukts bei Kerzers;
080	1	Freiburg, Galternbrücke; Inspektion und statische Prüfung
101	17-18	Haut-Intyamon, Montbovon – La Tine; teilweise örtliche Arbeitsleitung

Ausserdem wurden 20 Mandate von der Baudirektion bzw. vom SBD vergeben.

8. Baubewilligungen und Bebauungspläne

111 Baubewilligungsgesuche für Bauten entlang der Kantonsstrassen oder Detailbebauungspläne und Ortsplanungen sowie Generelle Entwässerungspläne waren im Rah-

men der Vorprüfungs- oder Genehmigungsverfahren Gegenstand interner Stellungnahmen.

9. Gesuche der Telekom/SWISSCOM (Grabungsarbeiten auf öffentlichen Strassen)

24 Gesuche waren Gegenstand von internen Stellungnahmen im Rahmen eines Bewilligungsverfahrens über Grabungsarbeiten auf öffentlichen Strassen.

10. Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC)

Das VALTRALOC-Büro hat 3 Grundsatzdossiers geprüft; die Untergruppe VALTRALOC, bestehend aus Vertretern der hauptsächlich betroffenen Dienststellen, traf sich viermal im Rahmen von Begutachtungen und zur Begleitung von VALTRALOC-Projekten.

Der Vertrieb der Broschüren «Mehr denn je... beruhigte Ortsdurchfahrten!» und «VALTRALOC-Wegleitung 2001» fand breiten Anklang, sowohl auf kantonaler als auch nationaler Ebene – sogar bis auf internationaler Ebene.

Dieses Jahr sollen die Publikationen mit den ehemals für 2002 geplanten Umsetzungsblättern ergänzt werden, die im Kanton verwirklichte VALTRALOC-Projekte beschreiben.

11. Verordnung des Bundes über den Schutz gegen Störfälle (StfV)

Zweck der StfV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Das Strassen- und Brückendepartement ist in seiner Funktion als Eigentümer der Verkehrswege für die Anwendung der StfV auf die Hauptachsen des Kantonalen Strassennetzes verantwortlich.

12. Bundesbeiträge

Objekt	beantragt	genehmigt	abgerechnet
	Fr. 9 545 288	Fr. 2 726 704	Fr. 448 110

LRV (Auf Grund des Strassenverkehrs benötigte Massnahmen, die gemäss Luftreinhalte-Verordnung des Bundes getroffen wurden.)

Zu Gunsten von	Gegenstand	Beiträge %	beantragt	angenommen	abgerechnet
Murten	Umfahrungsstrasse		467 810.–	276 008.–	276 008.–
Freiburg	Zone 30 km/h «Pérolles – Zentrum»	59 %	41 820.–	33 914.–	20 009.–
Freiburg	Zone 30 km/h «Clinique – St.-Anna»	59 %	9 770.–	11 695.–	6 900.–
Staat/AfU	Massnahmenplan für die Agglomerationen Freiburg und Bulle	59 %	68 780.–	68 780.–	(40 581.–)*
Freiburg	Luftreinhalte-Massnahmen	59 %	14 109.–	14 109.–	8 325.–
Murten	Geschwindigkeitsbeschränkungen, «Kreisel Schlossgasse – Rathausgasse»	59 %	154 000.–	163 198.–	96 287.–
Murten	Strassenausbau an der Bernstrasse		1 968 505.–	1 750 000.–	

* Betrag zu Gunsten des Staates

Zu Gunsten von	Gegenstand	Beiträge %	beantragt	angenommen	abgerechnet
Murten	Geschwindigkeitsbeschränkungen «Alte Freiburgstrasse»		426 077.–	409 000.–	
La Tour-de-Trême	Route de la Ronclina		3 700 000.–		
Murten	Wilerweg		132 127.–		
Freiburg	Zone 30 km/h «Alt-Quartier»		54 450.–		
Freiburg	Zone 30 km/h «Quartier Beaumont-Nord»		104 370.–		
Freiburg	Zone 30 km/h «Quartier Gambach- Guintzet»		231 470.–		
Bulle	Wiederherstellung der Strasse Part-Dieu und Bau eines Trottoirs		390 000.–		
Bulle	Route de Morlon – rue de Corbières, Kreisel Corbières		330 000.–		
Montilier	Geschwindigkeits- und Verkehrsbeschränkungen, 2. Etappe, Ortsdurchfahrt		20 000.–		
Montilier	Trottoir Expodrom – Champ Raclé		80 000.–		
Bulle	Route de Morlon, Sektor «Porte d'entrée de Jéricho»		215 000.–		
Fribourg	Verkehrsbeschränkungen «rue de la Grand-Fontaine»		1 137 000.–		
Domdidier	Kreisel im Zentrum	59 %	546 139.–	546 139.–	322 222.–
Granges-Paccot	Chantemerle. Zusätzliche Geschwindigkeitsmassnahmen	59 %	61 215.–	61 215.–	36 117.–
Courtaman	Überführung Migrol	69 %	110 000.–	112 352.–	75 900.–
	Total		10 262 642.–	3 446 410.–	841 768.–

IV.2 Sektor Grundstückerwerb

Für 33 Ausführungsbaustellen und 10 Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt.

Ausserdem sind Mutationsverbale für 82 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen im Zusammenhang mit Gemeindearbeiten auf den Kantonsstrassen (Kreisel, Vorsortierungen, Trottoirs usw.) entweder erledigt worden oder sind in Bearbeitung.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des Staates (Gesamtfläche rund 1 578 392 m²) und die Fakturierung der Pachtzinse für an Dritte vermietete Grundstücke (1 119 472 m²) wurden weitergeführt.

Die Behandlung der Dossiers im Zusammenhang mit Neuvermessungen und laufenden Güterzusammenlegungen wurde fortgeführt.

IV.3 Sektor Bauleitung

Die Gesamtlänge des kantonalen Strassennetzes misst zurzeit 633,500 km (zuzüglich die Bewirtschaftung von 5,478 km der Strasse Montbovon-Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in % Ende 2001 und Ende 2002 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Nr.:	Nummer der Kantonalstrasse
B:	nominale Fahrbahnbreite in m'
L:	Streckenlänge in m'
F:	Fläche in m ²
SRB:	Datum der Vergabe der Arbeiten durch Beschluss des Staatsrats
INFRA:	Infrastruktur, d.h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente (einschliesslich HMT und bituminöses Mischgut), Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine
BELAG:	Belag (Deckschicht)

Str. Nr.	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2001	2002	2001	2002
a) Vor dem 1. Januar 2002 begonnene Arbeiten									
1. Strassen									
090	<i>Dekret vom 20. Februar 1991</i> Steigung bei La Crausa	7,70/10,70	1 746	14 000	5.10.99	100	–	–	100
110	<i>Dekret vom 20. Februar 1991</i> <i>Dekret vom 11. September 1996</i> Ortsdurchfahrt Jaun Schutz vor Steinschlag, 2. Etappe	–	–	–	7.05.01	100	–	–	–
040	<i>Dekret vom 21. September 1994</i> Pensier, Kreuzung Barberêche – maison blanche	7,00	910	6 936	15.05.01	–	75	–	–
150	<i>Dekret vom 19. Februar 1995</i> Châtel-St-Denis – Remaufens (mit Velostreifen)	6,00	1 200	10 700	6.06.01	–	100	–	–
101	<i>Dekret vom 23. September 1997</i> Plansaules – Montbovon	7,00	1 540	11 350	20.10.98	–	100	–	–
050	<i>Dekret vom 6. Mai 1999</i> Gurmels, Ortsdurchfahrt	6,00	1 480	10 355	15.05.01	–	100	–	–
2. Kunstbauwerke									
080	<i>Entscheid vom 30. Oktober 2002</i> Freiburg, Galtern-Brücke, zusätzliches Geländer		180		30.10.02		100		
100	<i>Dekret vom 8. Februar 2000</i> Villars-sur-Glâne;SBB-Überführung, La Glâne	6,00	320	2 700	5.02.01	–	100	–	–
b) im Jahr 2002 unternommene Arbeiten									
1. Strassen									
110	<i>Dekret vom 20. Februar 1991</i> <i>Dekret vom 11. September 1996</i> Ortsdurchfahrt Jaun Schutz vor Steinschlag, 3. Etappe	–	–	–	Bestellung vom 22.07.02	–	100	–	–
150	<i>Dekret vom 9. Februar 1995</i> Remaufens; Attalens (mit Velostreifen)	6,00	1 200	12 300	22.05.02	–	30	–	–
271	<i>Dekret vom 6. Mai 1999</i> Ortsdurchfahrt Fétigny	5,60	1 500	8 500	2.07.02	–	20	–	–

IV.4 Sektor Bewirtschaftung der Strassen

1. Schutz gegen den Strassenlärm

Alle nachstehend aufgeführten Aufgaben wurden entsprechend der Lärmschutzverordnung (LSV) des Bundes vom 15. Dezember 1986 und dem Ausführungsbeschluss des Staatsrates vom 8. Juli 1988 ausgeführt:

Erstellung von 92 LSV-Gutachten, hauptsächlich im Zusammenhang mit Baugesuchen, aber auch Quartierplänen, Feinerschliessungsplänen, Ortsplanrevisionen und Strassenprojekten. Für jedes Gutachten wurde eine Berechnung des Lärmpegels im Vergleich zum Lärmbelastungskataster des betreffenden Sektors durchgeführt.

Messung des Lärmpegels an 31 Standorten sowie Verfassung der entsprechenden Lärmbelastungsberichte.

Aufnahme von 4 Studien zur Bekämpfung des Strassenlärms, deren Überwachung und Überprüfung gewährleistet wurden.

Für 3 Dossiers mussten gemäss dem Umwelt-Konzept Nr. 301 «Aspekte über die wirtschaftliche Vertretbarkeit und die Verhältnismässigkeit der Massnahmen zum Lärmschutz» die Verhältnismässigkeit der Kosten berechnet werden.

Für die Bestimmung der Anzahl durch Lärmisolationmassnahmen (Greyerz – Epagny – Dorfdurchfahrt und Murten – Ochsen-Burg) betroffener Wohnungen wurden

zwei zusätzliche Sanierungsstudien durchgeführt. Ausarbeitung eines Modellpflichtenhefts für Architekturmandate zum Auswechseln der bestehenden Fenster durch Schallschutzfenster. Öffentliche Ausschreibung unter Architekten für die Schallschutzmassnahmen an den Fenstern entlang des Sektors Ochsen-Burg in der Gemeinde Murten. Zuschlag, Kontrolle und Begleitung dieses Projekts.

Ausarbeitung von Modellpflichtenheften bei öffentlichen Ausschreibungen für Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit Lärmschutzschildern.

Ausarbeitung eines Modellverfahrens für die Etappen bei einem Vorhaben für die Errichtung von Lärmschutzschildern entlang einer Kantonsstrasse.

Drei öffentliche Ausschreibungen für Vorhaben zur Errichtung von Lärmschutzschildern, bei denen die Kontrollen und die Begleitung gewährleistet wurden: Marly, Lärmschutzschild Epinettes / Marly, Lärmschutzschild Charmilles / Epagny, Sektor Motel, Lärmschutzschilder Nr. 1 und 2.

Detaillierte Analyse der Anzahl IGW-Überschreitungen für die Kantonsstrassen Nr. 011 – 020 – 030 – 040 – 050 – 060 – 080 – 090 – 100 – 101 – 130 – 140 – 150. Bestimmung der Sanierungsprioritäten für jede von den genannten Strassen durchquerte oder betroffene Ortschaft.

Aufstellung der provisorischen Abrechnung für die Rückzahlung der Bundesbeiträge infolge der Sanierung der Ortsdurchfahrt Epagny.

Ausserdem wurden 8 Reklamationen von Privaten oder Gemeinden behandelt, die übertriebene Lärmbelästigungen entlang der Kantonsstrassen betrafen (Lärmmessungen vor Ort und akustischer Bericht).

2. Verkehrszählungen

Entlang der National- und Kantonsstrassen wurden punktuelle Zählungen vorgenommen. Dank diesen Zählungen können die Verkehrsangaben von 2000 bestätigt und die Verkehrsevolution verfolgt werden.

3. Baubewilligungen und Bebauungspläne

2002 wurden 1983 Baubewilligungsgesuche oder Bewilligungsgesuche für Umbauten von Gebäuden entlang der öffentlichen Strassen geprüft und bewilligt. Für 1975 dieser Gesuche wurden günstige Gutachten, für 5 ein provisorisch ablehnendes Gutachten und für 21 ein ablehnendes Gutachten erstellt.

Ferner wurden 289 Abweichungen mit Grundbucheintrag und 111 Abweichungen ohne Grundbucheintrag gewährt. Ebenso wurden 323 Vorgesuche, insbesondere für Zufahrten zum öffentlichen Strassennetz, geprüft. Zudem forderte ein Dossier – «Gottéron-Village» – von den meisten Mitarbeitern des Sektors Projektierung und Realisierung von Strassen einen grossen Arbeitsaufwand (170 Arbeitsstunden). Weiter waren 81 Dossiers für Ortsplanungen, 48 Detailbebauungspläne und 17 generelle Entwässerungsplanungen Gegenstand von Vorprüfungen oder Gutachten im Hinblick auf deren Genehmigung.

4. Sondertransporte

Die Erhaltung der Routen für Sondertransporte konnte dank der Zusammenarbeit der zuständigen Dienste der Nachbarkantone gewährleistet werden.

5. Unfallstatistik und -analyse

Auf dem kantonalen Strassennetz wurden 8 spezielle Stellen in Bezug auf Unfälle geprüft, wodurch Entscheidungen bezüglich Umsetzung von Verkehrs- und Singalisationsmassnahmen getroffen werden konnten. Ausserdem wurde die Sicherheit der Zweiradfahrer auf 3 Schweizer Velorouten geprüft.

Im Rahmen seiner Tätigkeit nahm ein Mitarbeiter des Sektors Bewirtschaftung der Strassen als Kantonsdelegierter bei der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) an 3 Kursen und Seminaren zum Thema Sicherheit auf der Strasse teil.

6. CUTAF

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat das Strassen- und Brückendepartement bei den 5 Sitzungen der technischen Gruppe des CUTAF vertreten. Aufgabe dieser Gruppe ist die technische Begleitung des Gesamtprojekts der CUTAF.

7. VALTRALOC

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen nahm an drei Sitzungen des VALTRALOC-Büros sowie an drei Sitzungen der begleitenden Untergruppe teil.

8. Kommissionen der Stadt Freiburg

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat das Strassen- und Brückendepartement an einer Sitzung der Verkehrskommission sowie an drei Sitzungen der Unterkommissionen Zweiradverkehr und Fussgänger vertreten.

9. Verschiedenes

Der Sektor Bewirtschaftung der Strasse ist Mitglied folgender Instanzen:

- technische Gruppe für die Begleitung der Studien für den «Plateau d’Agy»;
- technische Gruppe und Ausschusskomitee für die «CIG-Moncor-Studie»;
- Arbeitsgruppe UAP (Unfallaufnahmeprotokoll), die vom ASTRA geleitet wird und die mit der Aktualisierung der Unfallprotokolle auf Bundesebene beauftragt ist;
- technische Gruppe für die Studien der Umfahrungsstrasse Düdingen;
- Gruppe für die Begleitung des Ausbauprojekts am Anschluss Matran (in Zusammenarbeit mit dem Autobahnbüro).

10. Verkehrsstudien

Durchführung verschiedener Verkehrsstudien oder Prüfung der Dossiers, nämlich:

- Evaluierung des Bedarfs an Parkplätzen und des Verkehrsaufkommens auf Grund des multifunktionalen Zentrums «Gottéron-Village» in der Gemeinde Villars-sur-Glâne;
- Möglichkeit der Installation von Ampeln für die Fussgängerüberquerungen in Belfaux und Granges-Paccot;
- Evaluierung und Prüfung der verschiedenen Ausbau- und Verkehrsberuhigungsprojekte in Freiburg, Bulle, Alterswil, Cugy, Givisiez, Villars-sur-Glâne, Tafers usw.;
- Verkehrsentwicklung auf einigen Kantonsstrassen infolge der Eröffnung der Autobahn A1.

11. Geschwindigkeitsexpertisen

Der Sektor Bewirtschaftung der Strasse hat an 16 Standorten Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsanalysen durchgeführt. In den meisten Fällen konnten dadurch Entscheide im Zusammenhang mit der Strassensignalisation getroffen werden. Einige Expertisen ermöglichen den Vergleich der Situation vor und nach der Ausführung von Massnahmen zur Geschwindigkeitsbegrenzung.

V. Sektion Unterhalt der National- und Kantonalstrassen

1. Sektor Unterhalt der Kantonalstrassen

1.1 Im Jahr 2002 von Tiefbauunternehmen ausgeführte Arbeiten

a) Fundamente	29 085 m ²
b) Verstärkungen und Neuprofilierungen	18 198 m ²
c) Beläge:	
bituminöse Beläge	90 986 m ²
d) Oberflächenbehandlung	20 700 m ²
d) Einprofilierungen durch Fräsen	60 859 m ²
f) Böschungen und Strassenschultern	2 882 m ²
g) Kanalisationen	1 622 m ¹
h) bituminöses Mischgut	15 012 t

Anzahl ausgeführter Analysen des bituminösen Mischgutes: 116

Die Kosten dieser Arbeiten belaufen sich auf 7 235 237 Franken.

1.2 Vom Unterhaltsdienst des Werkhofes Kantonalstrassen ausgeführte Arbeiten

Tiefbau: Kanalisationen, Strassenschultern, Reparaturen der Fahrbahn, Reparaturen und Mähen der Strassenböschungen, Verlegen und Instandstellung der Pflästerun-

gen, Fällen von Bäumen, Fussgängerwege in: Marly (La Crausa), Courtepin, St. Sylvester, St. Ursen, Cormagens, Kleingurmels, Pont-la-Ville, Villars-sur-Glâne, Freiburg, Alterswil, St. Antoni, Muntelier, Bösinggen, Arconciel, Ferpicloz, La Roche, Alterswil, Murist, Font, Châbles, Nuvilly, Estavayer-le-Lac, Lécheltes, Prez-vers-Noréaz, Delley, St-Aubin, Billens, Düdingen, Ependes, Corpaux.

Kunstabauten: Unterhalt- und Instandsetzungsarbeiten an 45 Kunstbauten.

Signalisation: Aufstellen von neuen und Ersetzen von bestehenden Signalisationen, Reparatur von Signalisationen und Leitplanken nach Unfällen.

Markierung: 232 352 m' Mittellinien, 98 842 m' Randlinien und 43 925 m' Linien bei Kreuzungen.

Werkstatt: Unterhalt und Reparatur von Fahrzeugen und Maschinen des Werkhofes und der Kreise.

1.3 In den Kreisen ausgeführte Arbeiten

Die Tätigkeiten der Strassenwärter umfassten hauptsächlich folgenden Aufgaben:

Winterdienst:

- Pikettdienst, Aufstellen von Schneezäunen, Reinigen von Abzugsgräben: 31 060 h

Grünzonen:

- Pflanzen von Bäumen und Sträuchern, Mäharbeiten, Ausschneiden und Fällen: 45 520 h

Reinigung:

- Unterhalt der Strassenschultern und Abzugsgräben, Kanalreinigungen: 25 437 h

Ausbesserungen:

- Fahrbahn, Kunstbauten, Kanalisationen, Randabschlüsse, Mauern usw.: 16 083 h

1.4 Untersuchung des Zustands der Kantonsstrassen

Im Jahr 2002 wurde keine grosse Erhebungskampagne durchgeführt. Die Zeit wurde aber für die Aktualisierung der Ausschreibungsunterlagen (Karten, Listen usw.) genutzt.

Die Ergebnisse dieser umfassenden Bewertung, die für die Tragfähigkeit auf 50 m langen Abschnitten, für die Längsebenheit auf 250 m langen Abschnitten und für die Querebenheit auf 50 m langen Abschnitten durchgeführt wurde, sind in der folgenden Tabelle festgehalten.

2002 wurde keine grosse Erhebungskampagne durchgeführt. Nachfolgend aber dennoch die Angaben zum durchschnittlichen Zustand von 2001 des gesamten Kantonsstrassennetzes (Haupt- und Nebenstrassen).

Kriterien	Bewertung	Prozentsatz im Verhältnis zur Länge der 1998-1999-2000 untersuchten Strassen	
		Hauptstrassen	Nebenstrassen
Tragfähigkeit (i5)* (im Verhältnis zur restlichen Lebensdauer)	gut	91,1	90,6
	mittelmässig	1,5	1,3
	genügend	2,4	2,2
	kritisch	1,7	1,7
	schlecht	3,3	4,2
Längsebenheit (i2)**	gut	44,5	25,7
	mittelmässig	44,3	55,3
	genügend	9,7	16,6
	kritisch	1,5	2,2
	schlecht	0	0,2
Querebenheit (i3)***	gut	2,6	11,9
	mittelmässig	45,6	54,5
	genügend	42,7	29,7
	kritisch	8,1	3,5
	schlecht	1,0	0,4

* Messung der Widerstandfähigkeit unter einem Rad von 10 t (FWD und nicht mehr LACROIX). Berechnung der restlichen Lebensdauer.
 ** Messung der Standard-Abweichung Sw (in ‰)
 *** Messung der Mulden- oder Fahrinnentiefe (in mm)

Die Qualität des Strassennetzes kann hinsichtlich Tragfähigkeit im Allgemeinen als gut bewertet werden. Die Längsebenheit ist ebenfalls in Ordnung. Diese Faktoren sind im Vergleich zu den früheren Erhebungen relativ stabil geblieben. Die Auswirkungen der Kürzung der Finanzmittel auf den Strassenzustand sind an den Ergebnissen der Untersuchung der Querebenen am besten ersichtlich. 40 % der in den Jahren 1998-1999-2000 untersuchten Strassen werden als schlecht bis genügend eingestuft.

1.5 Signalisation und Reklamen

Der Sektor Strassensignalisation hat gesamthaft 715 Gesuche in den folgenden Bereichen geprüft:

- 106 Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen
- 5 Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen
- 12 Beschwerden
- 164 Bewilligungen
- 47 Dossiers über verschiedene Signalisationen
- 168 technische Gutachten
- 213 Gesuche für das Aufstellen von Strassenreklamen

Es wurden ferner zahlreiche Bodenmarkierungen auf Kantonal- und Gemeindestrassen angebracht sowie Ortsbezeichnungen durchgeführt.

1.6 Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen

Die Kommission hielt zwei Sitzungen ab. Sie begutachtete folgende Objekte:

- Alpstrasse Enney – Vudalla, Sektor «Vudaletta – Vudalla»
- Courgeveaux, Meliorationsweg entlang der N1 mit dem Steg über den Dy-Bach
- Bürgerwald-Strasse, Schliessung im Winter
- Weggenossenschaft Mosera-Grat, Jaun und Saane – Verkehrsmassnahmen: Beschränkung der Geschwindigkeit, Parkverbot entlang der Strasse, Erhebung von Parkgebühren auf dem Parkplatz der Genossenschaft, Schliessung der Strasse im Winter vom 01.11 bis am 30.04, zusätzliches Schild «landwirtschaftlicher und forstlicher Betrieb erlaubt», Begrenzung auf 34 t, Veröffentlichungen in FR und BE.

1.7 Arbeitsgruppe «Strassenverkehrssicherheit»:

Die Sektion Unterhalt der National- und Kantonalstrassen hat als Mitglied der Arbeitsgruppe an einer Sitzung teilgenommen.

2. Sektor Unterhalt der Nationalstrassen

Gegenwärtig beträgt die Länge des Autobahnnetzes auf freiburgischem Gebiet 62,4 km für die A12.

Zudem übernimmt der Kanton Freiburg den Unterhalt der A1 auf einer Länge von 32,4 km, wovon sich 16 km auf waadtländischem und 1,1 km auf bernischem Gebiet befinden.

Die vom Unterhaltspersonal erbrachten Arbeitsleistungen teilen sich im Wesentlichen auf folgende Tätigkeiten auf:

- 8150 Arbeitsstunden für den Winterdienst, wobei 2068 Tonnen chemische Auftaumittel verwendet wurden.
- 29 790 Arbeitsstunden für die Reinigung der Fahrbahnen, Halteplätze und Kanalisationen sowie den Unterhalt der Grünzonen.
- Bei der Erneuerung von Markierungen bei Anschlüssen oder in Tunnels durch die Signalisationsequipe wurden 115,48 km Mittel- und Randlinien sowie Mittelstreifen markiert, wofür 10 020 kg Farbe verwendet wurden.
- 326 Unfälle wurden registriert (in 86 Fällen konnten die Verursacher nicht ausfindig gemacht werden); 3 985 Arbeitsstunden waren für die Reparaturarbeiten erforderlich; die eingebrachten Beträge beliefen sich auf 902 837.55 Franken.

VI. Sektion Wasserbau

1. Studien

1.1 Generelle Studien

a) Gewährleistung der Niederwassermengen

Die Sektion Wasserbau setzt den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führt monatliche Wasserstandsmessungs-Kampagnen für die Ermittlung der natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser durch. Die dabei ermittelten Daten werden in eine systematische Datenbank eingegeben, die zurzeit aufgebaut wird.

Die Sektion gab eine Sanierungsstudie der Wasserentnahmen im Rahmen der Ad-hoc-Arbeitsgruppe in Auftrag. Von der Studie betroffen ist der Jaunbach bis zum Greyerzsee und umfasst sechs Entnahmen.

b) Kartographie der Gefahren

Das Kartographierungsprogramm der Naturgefahren wird gemäss dem von der KNG erarbeiteten Programm weitergeführt. Für die 2002 durchgeführten Untersuchungen wurde ein Bundesbeitrag vom BWG gewährt, der den Anteil für die technischen Leistungen der Sektion beim Inventar der Schutzbauwerke einschliesst.

Mit der Vergabe drei einzelner Studienmandate für die drei letzten voralpinen Perimeter (Intyamon, Jauntal, Schwarzsee) geht die vollständige Kartographierung der Naturgefahren für den Bereich Voralpen des Kantons langsam zu Ende. Die Gemeinden hatten die Möglichkeit, sich an der Ausarbeitung der Karten zu beteiligen, indem sie einen Vertreter in die Begleitgruppe für den betroffenen Perimeter entsendeten.

Im Mittelland führt die Sektion die Kartographierung der Naturgefahren durch Wasser gemäss der von der KNG erarbeiteten Planung fort. Zurzeit wird der Perimeter des unteren Sensebezirks in einer Gefahrenhinweiskarte erfasst.

Die Sektion hat eine zusätzliche punktuelle Studie für die Ausarbeitung eines Massnahmenkonzepts für den Hochwasserschutz in der Auenzone der Sense in Plaffeien (siehe unten) in Auftrag gegeben.

c) Naturgewalten

Abgesehen von einer Überflutung im Dorf Le Bry infolge eines Felssturzes ereigneten sich im Jahre 2002 wenig Schadenereignisse.

2 spektakuläre Ereignisse ereigneten sich ohne grösseren Schaden anzurichten. In der Nacht vom 15. Juli wusch die Sense bei starkem Hochwasser das linke Ufer in Plaffeien aus und bildete mehrere Erosionspunkte grossen Ausmasses. Nach einem recht regnerischen Herbst rutschten in Châtillon am 2. Oktober 4 000 m³ Felsmaterial und verstopften den Lauf der Saane zu zwei Dritteln.

d) Revitalisierung der Fliessgewässer.

Eine von der Sektion Wasserbau geleitete Arbeitsgruppe erarbeitet ein Inventar der zu revitalisierenden Fliessgewässer des Kantons. Das Inventar trägt die Fliessgewässer im kritischen Zustand zusammen und schlägt eine Planung der Revitalisierungsmassnahmen vor (Studien und Arbeiten).

Dabei ist hervorzuheben, dass 2002 zwei wichtige Vorprojekte zur Revitalisierung ausgearbeitet wurden. Das erste Projekt betrifft den La Crausa-Bach bei Misery-Courtion und Courtepin, wobei hier eine Gesamtrevitalisierung mit Verbesserung der Fliesskapazität auf einem Abschnitt von über 2 km Länge durchzuführen ist. Das zweite Projekt betraf die Broye in der Auenzone Iles in Villeneuve, wo Massnahmen zum Schutz gegen das Hochwasser im Fliessgewässer mit Massnahmen zur Revitalisierung (Überflutung des Auenwaldes) kombiniert wurden.

e) Raumbedarf

In Anwendung des neuen kantonalen Richtplans erstellt die Sektion Wasserbau systematisch bei jedem neuen Nutzungsplan ein Kataster des vom Fliessgewässer benötigten Raumbedarfs. Die Übertragung dieses Katasters in die Nutzungspläne erfolgt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen.

1.2 Studien über Wasserbauprojekte

a) Grundstudien, Konzepte:

Untere Sense, verschiedene Gemeinden (Konzept Gefahrenkarte)

Bach von Bouleyres d'Amont, Le Bry

Sanierung des Jaunbaches, verschiedene Gemeinden

Perimeter Intyamon, Schwarzsee und Jaunbach, verschiedene Gemeinden (Gefahrenkarte)

Saane, Marly und Freiburg (Geschiebefracht, Entwicklung)

Sense, Plaffeien (Massnahmenkonzept)

Thaoua, Grandvillard (Gefahrenkarte)

b) Wasserbauprojekte:
 Albeuve und Zuflüsse, Gruyères (Ergänzung)
 Allières und Zuflüsse, Cerniat (dringende Arbeiten 2000, Ergänzung)
 Bibera, Gempenach
 Bibera, Ulmiz
 Broye Abschnitt II, Villeneuve
 Caudra, Châtonnaye
 Chandon, Léchelles (Revitalisierung)
 Dütschbach und Zuflüsse, Oberschrot und Plaffeien
 Glane und Neirigue, Autigny und Chavannes-sous-Orsonnens (Verbesserung des ökologischen Wertes und der Zustände für die Fischfauna)
 Löwenbergbach und Altavillabach, Murten und Muntelier (Revitalisierung)
 Marivue, Albeuve und Neirivue (Ergänzung)
 Moulin und Ruz des Vuaz, zwischen Bollion und Estavayer-le-Lac
 la Chia-Bach, Le Pâquier
 Warme Sense beim Rohrmoos, Plaffeien

Stoutz, La Roche
 Taverna, Mühletal und Wünnewil-Flamatt
 1.3 2002 beendete Projektstudien
 a) Grundstudien, Konzepte:
 Perimeter Niremout – Moléson und Berra – Plasselschlund (Gefahrenkarte)
 Bry-Bach, Enney (Massnahmenkonzept)
 Marivue, Haut-Intyamont (Gefahrenkarte)
 b) Wasserbauprojekte
 Broye Abschnitt II, Villeneuve
 Bugnon, Matran
 Epena (Four), Domdidier
 Hochwasser vom März 2001, rund 50 Objekte, verschiedene Gemeinden
 Crausa, Misery – Cournillens und Courtepin (Revitalisierung)
 Goulets, Barberêche
 Hépetauda, Charmey

1.4 Projekte mit Beitragsleistungen:

a) auf Kantonebene:	Kostenvoranschlag Fr.	Ansatz %	Beiträge Fr.
Chaux, Villarvolard (Ergänzung)	50 078	30,6	15 324
Hochwasser vom März 2001, verschiedene Gemeinden	1 630 000	30,6	498 780
Four, Cheyres	779 400	28,8	224 467
Incrogne, Ménières	16 000	29,7	4 752
Murtensee, Muntelier	10 031	30,6	3 069
Prilette, Treyvaux (Ergänzung)	22 897	26,1	5 976
Rathvel, Châtel-St-Denis	263 000	32,4	85 212
Sense, Plaffeien (dringende Arbeiten)	43 087	32,4	13 960
Taverna, Wünnewil-Flamatt	10 452	29,7	3 104
Wildbäche im Bifé-Berra-Massiv, verschiedene Gemeinden (Ergänzung)	450 000	34,2	153 900
Total	3 274 945		1 008 545
b) auf Bundesebene:	Kostenvoranschlag Fr.	Ansatz %	Beiträge Fr.
Albeuve und Zuflüsse, Gruyères	400 000	54	216 000
Gefahrendatenbank – Kleine Glane, verschiedene Gemeinden	172 300	59	101 657
Béveret, Estavannens	71 000	35	24 850
Croix, Cheyres	261 000	45	117 450
Gros-Mont, Charmey und Jaun (2. Etappe)	75 000	36	27 000
Jaunbach und Zuflüsse, Jaun (4. Etappe)	379 000	43	162 970
Prilette, Treyvaux	22 900	45	10 305
Riggisalpbach und Hürlinenbach, Plaffeien	3 582 000	45	1 611 900
Rathvel, Châtel-St-Denis (2. Etappe)	263 000	39	102 570
Total	5 226 200		2 374 702

1.5 Detail- und Ausführungsstudien

Die Sektion hat generelle Projekte ausgearbeitet und Studien beaufsichtigt, die den Ingenieurbüros anvertraut worden waren. Parallel dazu hat sie Detailstudien durchgeführt, Pläne ausgearbeitet, die Ausschreibung von mehreren Arbeitsetappen vorgenommen und deren Ausführung geleitet. Ferner hat die Sektion unter Mitwirkung von Ingenieurbüros weitere Arbeitsetappen geprüft. Sie hat ebenfalls die Abrechnungen für die Gesamtarbeiten erstellt.

1.6 Zusatzarbeiten

Die Sektion hat Kontrollen und Inspektionen, Aufnahmen und hydraulische Berechnungen vorgenommen sowie Unterlagen für Bewilligungen oder Genehmigungen bereitgestellt, betreffend:

- Nutzung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Bootsverankerungen und andere Flächenbenutzungen, Materialentnahmen usw.)

– namentlich die Ausarbeitung der Vereinbarung über die Nutzung der Wasserkraft des Kantons durch die FEW;

- Wasserbaupolizei (Bauten im Zusammenhang mit Wasserläufen, Brücken, Stegen und Bachquerungen);
- Akten von Ortsplanungen und generellen Entwässerungsplänen;
- Baugesuche sowie verschieden Fragen im Zusammenhang mit Gemeinde-, Kantonal- und Nationalstrassen.

1.7 Überwiesene Beiträge

Im Jahr 2002 wurden für Wasserbauarbeiten an 35 Wasserläufen Kantonsbeiträge in der Höhe von 3 610 088 Franken und ein Gesamtbeitragsbetrag von 3 462 604 Franken überwiesen (entspricht dem Budget).

Die subventionierten Unterhaltsarbeiten wurden an 24 Fliessgewässern durchgeführt und machten ein Beitragsvolumen von 92 736.70 Franken aus.

2. Bauten

2.1 Subventionierte Verbauungsarbeiten

Wasserläufe, Gemeinden	Arbeiten Fr.	Beiträge	
		Bund Fr.	Kanton Fr.
Albeuve und Zuflüsse, Gruyères		379 391	
Aubépins, Grattavache	14 706		4 368
Barbouzet, Courtepin	59 350		16 559
Gefahrenhinweiskarte Kleine Glane und Fossé Neuf	102 043	101 629	
Gefahrenhinweiskarte Voralpen und Mittelland, verschiedene Gemeinden	213 606	149 524	
Gefahrenhinweiskarte: Gérine, Wildbäche im Schwarzsee, Taverna, Chandon, Thaouana		80 512	
Béveret, Estavannens		83 972	
Rio de Botheys, Charmey		8 537	
Craux de la Cuva, Villeneuve		20 669	
Croix, Cheyres	30 952	117 428	8 078
Hochwasser im Bifé-Berra-Massiv, Juni 2000, verschiedene Gemeinden		355 500	
Hochwasser 2001 (15 Fliessgewässer), verschiedene Gemeinden	783 277		228 320
Four, Cheyres	440 131		143 533
Grandvau, Aumont und Vesin		83 016	
Gros-Mont, Charmey und Jaun		26 863	
Gruon, St-Aubin		96 903	
Hôpital, Dompierre, Domdidier und Russy	286 178	236 333	79 843
Incrogne, Ménières	15 282		4 539
Moulin, Farvagny	91 220	89 780	24 629
Neirigue, verschiedene Gemeinden			1 433
Kleine Glane und Zuflüsse, Aumont		11 389	
Prilette, Treyvaux	22 898	41 747	2 868
Rathvel, Châtel-St-Denis	327 729	86 093	103 320
Riggisalpbach, Plaffeien	367 162		132 178
Saane im oberen Greyerzbezirk, verschiedene Gemeinden		38 628	
Seeweidbach, Plaffeien		133 064	
Warme Sense und Zuflüsse, Plaffeien		18 942	

Wasserläufe, Gemeinden	Arbeiten Fr.	Beiträge	
		Bund Fr.	Kanton Fr.
Sense – starke Regenfälle, Plaffeien	43 088		13 960
Rio de Ste-Anne, Romont		120 218	
Taverna, Wünnewil-Flamatt	10 453		3 104
Tiguellet, Belfaux, Corminbœuf und Givisiez		7 977	
Trême und Zuflüsse, verschiedene Gemeinden	802 014	296 646	112 400
Rückforderung der Beitragszahlung			-1 291
Total	3 610 088	2 584 762	877 842

2.2 Subventionierte Erhaltungsarbeiten

Wasserläufe	Gemeinde	Beiträge Fr.
Arbogne	Dompierre	1 454.75
Arbogne, Hôpital, Bauma	Dompierre	1 948.00
Four, Coppet und Longeaigne	Domdidier	7 342.05
Murtensee, Abschneiden der Algen	Muntelier und Greng	1 163.00
Neuenburgersee, Abschneiden der Algen	Estavayer-le-Lac	1 047.00
Lécheires	Romont	518.45
Moulin	Ménières	110.80
Moulin und Four	Cheyres	1 511.00
Ondine	Bulle	3 398.50
Pisse-Sang	Vaulruz	1 802.00
Kleine Glane und Fossé Neuf	Unternehmen für die Korrektur der Kleinen Glane und des Fossé Neuf, Lausanne	21 792.50
Plaisance, Ondine, Gros-Mont	Riaz	2 756.00
Rappes	Gletterens	276.00
Tourbière	Villaz-St-Pierre	472.00
Bibera	Wasserbauunternehmen der Bibera im Grand Marais	27 972.00
Glane	Wasserbauunternehmen der Glane	4 583.00
Sarine	Wasserbauunternehmen der Saane in der oberen Greyerz Region	1 787.65
Tiguellet	Wasserbauunternehmen Tiguellet	12 427.00
Trême	Wasserbauunternehmen Trême	375.00
Total		92 736.70

Bau- und Raumplanungsamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) befasste sich mit der Koordination der kantonalen, regionalen und kommunalen Planung. Abgesehen von den üblichen Tätigkeiten stellten die Fortführung der Arbeiten für die Revision des kantonalen Richtplans und die Ausarbeitung zweier Arbeitshilfen für die Regional- und Ortsplanung wesentliche Arbeiten im Jahr 2002 dar.

Das BRPA beschäftigte sich mit der Prüfung der Ortsplanungen (OP) und der Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente und behandelte die Baubewilligungsgesuche. Ferner hat es die Reglemente über die

Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbetungsgesuche geprüft. Ebenfalls behandelt wurden sämtliche juristischen Probleme in diesem Zusammenhang und die Problem in Bezug auf Naturgefahren. Im Namen der Baudirektion hat das BRPA zudem die gegen OP und DBP eingereichten Beschwerden instruiert.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen in Sachen Raumplanung und Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das BRPA verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund oder von den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

Innerhalb des BRPA fand eine neue Arbeitsaufteilung statt, bei der verschiedene Sektionen geschaffen und Sektions-

chefinnen und -chefs ernannt wurden. Das neue Organigramm kann unter www.fr.ch/seca eingesehen werden.

II. Personal

Am 31. Dezember 2002 beschäftigte das BRPA 19 Personen vollamtlich und 7 Personen in Teilzeit.

III. Kantonalplanung

1. Richtplanung

Die Revisionsarbeiten für den kantonalen Richtplan wurden weitergeführt. Der Richtplan war Gegenstand eines Informationsberichtes an den Grossen Rat, der in seiner Maisession 2002 darüber befand. Der Staatsrat hat den Richtplan am 10. Juni 2002 angenommen. Die Veröffentlichung des Richtplans wurde hinausgezögert und wird erst Anfang 2003 erfolgen, da die neuen Bezeichnungen der Direktionen und Stellen berücksichtigt werden sollen. Anfang 2003 wird der neue kantonale Richtplan dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.

2. Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonalen Bedeutung

Die Arbeitsgruppe hat mit der Aktualisierung der Angaben im Sachplan Arbeitszonen begonnen. Diese Arbeit wird in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Regionen ausgeführt. Diese Aktualisierungsarbeit ermöglicht auch die Erstellung einer Internet-Site, die in der Folge von der Wirtschaftsförderung verwaltet werden soll.

IV. Regionalplanung

Das BRPA erarbeitete eine Arbeitshilfe zur Regionalplanung, die bei der Orientierung der Regionen in ihrer Planungsarbeit und bei der Anwendung der im neuen kantonalen Richtplan festgehaltenen Grundsätze behilflich sein soll. Diese Publikation wird Anfang 2003 gleichzeitig mit dem kantonalen Richtplan verteilt werden.

Am 2. Juli 2002 nahm der Staatsrat den Richtplan der Ufer des Greizersees an.

V. Naturgefahren

Das Amt hat in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weitergeführt, die der Staatsrat am 20. September 1999 beschlossen hat. Seit dem 1. Juli 2002 sind die Referenzgrundsätze in Sachen Naturgefahren im kantonalen Richtplan festgelegt. Die Aktionen dieses Bereichs betreffen namentlich:

- die Berücksichtigung des BATGLISS-Berichts durch die betroffenen Gemeinden in deren Gemeindeplanung (OP, DBP) und durch die Baupolizei;

- die systematische Prüfung aller Dossiers von OP, DBP oder Baubewilligungsgesuchen auf Naturgefahren, und zwar entsprechend der im kantonalen Richtplan festgehaltenen Grundsätze;
- die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

Das BRPA hat Gemeinden, Privaten und kantonalen Stellen zahlreiche Auskünfte über die Art und den Grad der Naturgefahren erteilt, die Auswirkungen auf bestimmte Projekte oder Regionen haben könnten. Das Volumen der abgegebenen Informationen und die Anzahl Eingriffe auf diesem Gebiet nehmen ständig zu.

Das Amt hat sich aktiv bei der Koordination der Grundlagestudien in diesem Bereich beteiligt. Es gewährleistet namentlich die administrative Führung des Kartographieprogramms der Naturgefahren (2000–2004). In diesem Zusammenhang leitet das BRPA sämtliche Verfahren entsprechend der Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen (Ausschreibungen, Zuschläge).

Mehrere Rutschgebiete – darunter jenes von Falli Hölli – wurden regelmässig kontrolliert.

Die Koordination zwischen den zuständigen Diensten und Organen (BRPA, Amt für Wald, Jagd und Fischerei, Sektion Wasserbau, KNG) ermöglicht einen ganzheitlichen Zugang zu den Naturgefahren und deren kohärente Verwaltung.

VI. Ortsplanungen

Zur Orientierung der Gemeinden bei ihrer Arbeit zur Erstellung und Verwaltung der Ortsplanungen wurde eine Arbeitshilfe zur Ortsplanung erarbeitet. Mit diesem Dokument können zum einen die Elemente aufgezeigt werden, denen die Gemeindebehörden besondere Aufmerksamkeit schenken müssen, und zum anderen die Art und Weise präzisiert werden, wie auf Gemeindeebene die im kantonalen Richtplan festgehaltenen Grundsätze umgesetzt werden sollen. Ebenso wie die Arbeitshilfe für die Regionalplanung wird auch die Arbeitshilfe für die Ortsplanung Anfang 2003 zusammen mit dem neuen kantonalen Richtplan verteilt.

Die Baudirektion genehmigte 11 General- oder Teilrevisionen der Ortsplanungen der Gemeinden Bussy, Farvagny, Gumefens, Hauteville (Ecuwillens), La Joux, Lossy-Formangueries, Oberschrot, Remaufens, Semsales, Sévaz und Sorens. Zudem wurden der Baudirektion 67 Änderungen von Zonennutzungsplänen und Gemeindebaureglementen sowie 2 Teilrevisionen (La Roche, Oberschrot) zur Genehmigung unterbreitet.

Das BRPA hat die Vorprüfungen für 5 Generalrevisionen von Ortsplanungen der Gemeinden Besencens, Châbles, Greng, Prez-vers-Noréaz und Villarvolard sowie 57 Änderungen von Zonennutzungsplänen und Gemeindebaureglementen vorgenommen.

VII. Subventionierung der Planungen

Den Gemeinden wurden Kantonsbeiträge in der Höhe von 98 721 Franken als Anzahlung oder endgültiger Beitrag für die Studien- oder Ausarbeitungskosten der Ortsplanungen sowie der «Übersichten über den Stand der Erschliessung» ausbezahlt. Es handelt sich dabei um Beiträge, die vor der Änderung des RPBG im Jahr 1994 bewilligt wurden.

VIII. Koordination, Verwaltung und Studien

1. Allgemeines

- a) Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung wurde weitergeführt. Zudem fanden über die CORAT regelmässige Kontakte mit den westschweizerischen Raumplanungsämtern statt.
- b) Das BRPA behandelte mehrere Dossiers im Zusammenhang mit den Expo.02-Bauten.
- c) Die Kantone Freiburg, Waadt und Neuenburg haben die Arbeiten im Zusammenhang mit der Schifffahrt auf dem Neuenburger- und dem Murtensee weitergeführt.

2. Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat insbesondere in folgenden Instanzen mitgewirkt:

- Schweizerische Kantonsplanerkonferenz (KPK);
- Conférence des Offices romands d'aménagement du territoire et d'urbanisme (CORAT);
- Eidgenössische Geologische Fachkommission;
- Freiburger Planerkonferenz;
- Beratende Kommission für Verkehrsfragen;
- Koordinationsgruppe für Verkehr;
- Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz;
- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- Pilotgruppe für die Umfahrungsstrasse Bulle – La Tour-de-Trême;
- Arbeitsgruppe «Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten» (VALTRALOC);
- Naturgefahrenkommission (KNG);
- verschiedene Jurys von Architektur- und Raumplanungswettbewerben;
- kantonale Kommission für Planung und Koordination im Schulbauwesen;
- Conseil du Léman;
- kantonale Kommission für Schiessstände;
- Arbeitsgruppe des Bundes «Waldprogramm Schweiz».

3. Koordination mit den anderen kantonalen Amtsstellen

Das BRPA hat seine Koordinationsaufgabe mit den anderen Amtsstellen bei übergreifenden Tätigkeiten weitergeführt.

4. Informatik

Die Zusammenarbeit zwischen dem Informatikzentrum der Kantonsverwaltung (CIEF) und dem Berater des BRPA im Rahmen des Informatikkonzepts BRPA wurde fortgesetzt.

Die Informatikausstattung des Amtes betraf namentlich folgende Bereiche:

- Eingabe der Zonennutzungspläne und der Gemeindebaureglemente (rund 222 Gemeinden sind bereits erfasst, davon sind 129 von Raumplanern überprüft worden).
- Transfer der Angaben über die Zonennutzungspläne von Argis auf den SDE-Server.
- Ausarbeitung eines Nachschlagetools für die Zonennutzungspläne und die Gemeindebaureglemente in ArcView, in Zusammenarbeit mit dem CIEF.

Der Koordinationsausschuss des SYSIF (Système d'information du territoire de l'administration cantonale), in dem die Baudirektion durch ein Mitarbeiter des BRPA vertreten ist, hat nicht getagt.

Die seit Februar 1999 aktive Internet-Site des BRPA (www.fr.ch/seca) wird je nach Gebiet regelmässig (z.B. Statistiken zu den Baubewilligungsgesuchen und den Genehmigungen von Planungsdokumenten durch die Baudirektion) oder nach Bedarf aktualisiert. Die Formulare für die Baubewilligungsgesuche können heruntergeladen werden. Die Site über den kantonalen Richtplan diente bei der öffentlichen Vernehmlassung über ein neues Thema des Richtplans als Informationsmittel. Sie dient aber auch der Verbreitung von Informationen über laufende Arbeiten und wird rege genutzt.

IX. Kommissionen

1. Beratende Raumplanungskommission

2002 hielt die Kommission 3 Sitzungen ab. Sie nahm insbesondere Stellung zum neuen Thema des kantonalen Richtplans «erhaltenswerte Alpbetriebe», zur Revision der Bundesverordnung über die Raumplanung und die Arbeitshilfen zur Regional- und Ortsplanung.

2. Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung

Der Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung (KAS) wurden 4 Dossiers zu Bauvorhaben und Detailbebauungsplänen vorgelegt.

3. Naturgefahrenkommission

2002 hielt die Kommission vier Plenarsitzungen ab, bei denen folgende Angelegenheiten behandelt wurden:

- Umsetzung des BATGLISS-Berichts und erneute Überprüfung der Klassierung gewisser Sektoren;
- Bestätigung der vom Kanton angewandten Strategie bei den Naturgefahren, insbesondere im Rahmen der «Arbeitshilfe zur Ortsplanung»;
- Koordination der Grundlagestudien im Bereich Naturgefahren: systematische Kartographierung der Naturgefahren und Gefahrenhinweiskarten für Hochwasser und Überschwemmungen (für das Mittelland);
- Prüfung und Stellungnahme zu Projekten des Bundes (Verfassungsartikel «Naturgefahren») und des Kantons (Richtplanung);
- Überprüfung und Koordination der Massnahmen und Studien zu den Rutschungen Hohberg (Gemeinde Plaffeien) und Muelers (Gemeinde St. Silvester);
- Prüfung der Revisionsdossiers von OP und DBP sowie von Baubewilligungsgesuchen.

Die Kommission und ihr Sekretariat haben gesamthaft 34 OP und DBP sowie 247 Baugesuche (Baubewilligungsgesuche, Mitteilungen an die KGVA oder andere Amtsstellen) bezüglich Naturgefahren begutachtet. In 22 weiteren Fällen war ein spezifischer Einsatz vor Ort nötig. Diese

Fälle waren Gegenstand von Aktennotizen (Standortbestimmungen, Ratschläge zu dringenden Massnahmen oder Sanierungsmassnahmen usw.).

4. Kommission für die Verwaltung des Naturschutzgebiets am Südufer des Neuenburgersees

2002 hielt die Kommission 4 Plenarsitzungen ab.

X. Kiesgruben und Materialausbeutungen

Am 31. Dezember 2002 umfasste das Inventar der Materialausbeutungen:

- 54 Kiesausbeutungen,
- 12 Gesteinsausbeutungen,
- 2 Tonausbeutungen.

Es bestehen zudem 6 Kiesausbeutungen von Gemeinden von geringer Bedeutung sowie 2 Gruben, die durch das kantonale Amt für Wald, Jagd und Fischerei, und weitere 2 Gruben, die durch das Autobahnbüro ausgebeutet werden.

Ferner bestehen 18 Ausbeutungen, deren bewilligte Perimeter abgebaut sind und zurzeit wieder instand gesetzt werden. Eine alte Ausbeutung wurde ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt.

XI. Baubewilligungen und Detailbebauungspläne

Die 1612 bewilligten Neubauten teilen sich nach ihrer Zweckbestimmung wie folgt auf:

Bauten in den Jahren:	2002	2001	2000
– Einfamilienhäuser	701	664	753
– Mehrfamilienhäuser	97	48	90
– Ferienhäuser und Zweitwohnungen	12	5	9
– landwirtschaftliche Bauten	168	211	281
– Industriegebäude	27	30	2
– Geschäftshäuser	23	10	5
– Verwaltungsgebäude	7	6	3
– Schulgebäude	2	8	3
– Sport- und Militärgebäude	13	18	2
– soziale Einrichtungen und Gebäude für gemeinnützige Zwecke	44	45	66
– Gebäude für religiöse und kulturelle Zwecke	9	5	4
– Tiefbauten	264	252	281
– Lager, Benzin- oder Ölbehälter, Tankstellen	37	62	129
– geringfügige Bauten und andere Bauten	77	69	59
– Garagen (nicht inbegriffen sind jene in Neubauten)	59	34	42
– Heizungen und Warmwasser	72	265	228
Total	1 612	1 732	1 975

Die Gesamtbaukosten dieser Bauvorhaben werden auf 1 265 944 000 Franken geschätzt.

Zudem wurden 863 Bewilligungen für Erweiterungen, Reparaturen, Abbrüche oder Renovationen von Gebäuden erteilt, deren Gesamtbetrag sich auf 213 471 000 Franken beläuft.

Gesamthaft wurden 2475 Neu- und Umbauten für einen Gesamtbetrag von 1 479 415 000 Franken bewilligt.

Auf Antrag des BRPA hat die Baudirektion 489 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft oder andere) und für Deponien erteilt, die sich folgendermassen aufteilen lassen:

- 137 Neubauten,
- 139 Umbauten,
- 213 verschiedene Bauwerke, wie Kanalisationen für Abwasser oder Sauberwasser, Trinkwasserleitungen oder Brandschutzanlagen, Erdarbeiten usw.

Während der gleichen Zeit wurden 6 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

258 Dossiers wurden in Bezug auf architektonische Schranken geprüft.

Ferner behandelte das BRPA 62 Abweichungen von Gemeindereglementen, wovon 56 angenommen und 6 zurückgewiesen wurden.

Das BRPA hat der Baudirektion 10 Detailbebauungspläne sowie 24 Änderungen zur Genehmigung unterbreitet. 23 Detailbebauungspläne waren ausserdem Gegenstand einer Vorprüfung.

1 Detailbebauungsplan wurde aufgehoben; 10 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen wurden von der Baudirektion genehmigt.

XII. Beschwerden

1. Entscheide der Baudirektion über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung

Am 31. Dezember 2002 waren 20 Beschwerden bei der Baudirektion hängig.

2002 wurden 25 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht; keine dieser Beschwerden wurde zurückgezogen.

Die Baudirektion hat im Jahr 2002 30 Entscheide zu Beschwerden getroffen. Dagegen wurden 5 Beschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht.

2. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der Baudirektion über Bauten ausserhalb der Bauzone

Dem Verwaltungsgericht wurden 10 Beschwerden gegen Sonderbewilligungen der Baudirektion oder Verweigerungen dieser Bewilligungen eingereicht.

3. Entscheide des Verwaltungsgerichts

2002 hat das Verwaltungsgericht über 10 Beschwerden gegen Entscheide der Baudirektion über die Raumplanung oder Bauten ausserhalb der Bauzone entschieden, wobei 1 Beschwerde teilweise angenommen und 9 abgewiesen wurden.

4. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der Baudirektion zu Genehmigungen von OP

Beim Verwaltungsgericht wurde nur eine Beschwerde einer Gemeinde eingereicht.

XIII. Architekten- und Ingenieurregister

2002 wurden 66 neue Eintragungen in die verschiedenen Kategorien gemäss Artikel 187, 188 und 189 des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 vorgenommen.

Gebäudedepartement

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Gebäudedepartement bemühte sich, den Bedarf an Immobilien und Mobilien aller staatlichen Amtsstellen und Anstalten zu decken. Im Rahmen seiner Beratertätigkeit im Bereich Bau und Nutzung von Gebäuden hat das Departement in verschiedenen Arbeitsgruppen bei der Ausarbeitung folgender Vorhaben mitgewirkt:

- Interkantonales Gymnasium der Region Broye, Mitwirkung in der interkantonalen Arbeitsgruppe, in der Jury des Architekturwettbewerbs (zweite Stufe) sowie in der Studiengruppe für die Projektentwicklung;
- Kollegium Heilig Kreuz, Weiterführung der Studie über die Nutzung der Villa Gallia und die Umstrukturierung des Hauptgebäudes;
- Kollegium St. Michael, Fertigstellung des Umbauprojekts für die Cafeteria;
- Kollegium Gambach, Aktualisierung der Machbarkeitsstudie für den in Frage kommenden Standort gemäss Gutachten der kommunalen und kantonalen Amtsstellen;
- Pädagogische Hochschule, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Dekrets über den Umbau der Gebäude des Kantonalen Lehrerseminars für deren Nutzung durch die Pädagogische Hochschule;
- Kantons- und Universitätsbibliothek, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Dekrets über die Vergrösserung der Kantons- und Universitätsbibliothek im Beaugard-Centre, in Freiburg;
- Konservatorium, Weiterführung der Studien zur Erweiterung der Gebäude in Granges-Paccot;
- Schloss Romont, Studie über den Ausbau der Gebäude für die Einrichtung einer Bildersammlung des Ehepaars Ryser;
- Weiterführung der Studien für die Umnutzung der Gebäude der Johanniterkomturei in Freiburg;
- Tour-Henri in Freiburg, Studien über den Umbau des Turms für die Einrichtung des Museums «Bibel und Orient».

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staates bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat das Departement die Ausführungspläne geprüft sowie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert. Es nahm an Bau- und Baustellenkommissionen folgender Vorhaben teil:

- Freiburg: Staatsarchiv und Bezirksgericht der Saane, Umbau des Gebäudes an der Zeughausstrasse;
- Kantonsspital Bertigny 2, Weiterführung der Bauarbeiten und Mitwirkung in der Jury für die künstlerische Ausgestaltung;

Universität, Planung und Aufnahme der Bauarbeiten für die neuen Gebäude und die Parkierungsanlage auf der Pérolles-Ebene;

KDMS, Weiterführung der Bauarbeiten und Einweihung des Schulgebäudes;

Marsens: Psychiatrisches Spital, Renovationsarbeiten am Gebäude C, Schlussabrechnung, Ausarbeitung der Sanierungspläne für den Schlachthof, Innenrenovation der Jesuitenkapelle.

Bellechasse: Strafanstalten, Renovation des Zellentrakts, Genehmigung der Schlussabrechnung, Bau einer neuen Werkstatt mit Depot.

Domdidier, Granges-Paccot, Vaulruz: Kantonspolizei, Ausführung der Bauarbeiten für die drei Regionalzentren.

Sugiez: Zivilschutz-Ausbildungszentrum, Ausführung der Umbau- und Erweiterungsarbeiten an den Gebäuden.

Das Gebäudedepartement hat regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- Kulturgüterkommission;
- Energiewirtschaftskommission;
- Kommission für Planung und Koordination im Schulbauwesen;
- Pensionskasse des Staatspersonals und weitere entsprechende Kommissionen;
- Kommission für das Universitätsstadion St. Leonhard (Umbau der Garderoben und der Cafeteria);
- Kantonale Unterkommission des Sport-Totos;
- Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei;
- Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission (Studien zur Sanierung der Abwahrung);
- Stiftungsrat Pro Vallon und Arbeitsgruppe für den Bau des Museums;
- Büro für Universitätsbauten.

Das Departement nahm ebenfalls an Sitzungen des Ausschusses des Berufsbildungszentrums und der Arbeitsgruppe für den Umbau der Gebäude am Standort Bollwerk und den Kauf eines Gebäudes an der Route de la Prairie in Freiburg teil.

Ferner wirkte es an Studien oder Verwirklichungen von Bauten für weitere Körperschaften mit, nämlich für:

- die KGVA, Bau eines neuen Zentrums in Granges-Paccot;
- die Stiftung Les Buissonnets in Freiburg;

- das Heim St. Stefan in Freiburg, Bau von neuen Gebäuden;
- die Poya-Brücke (Pilotausschuss);
- das erstinstanzliche Bundesgericht, Standortstudie.

Das Departement hat ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitälern und Pflegeheimen erstellt.

Das Gebäudedepartement hat Schulbauprojekte und Sportanlagen entsprechend den Gesuchen der Erziehungsdirektion für den Sport-Toto begutachtet.

Im Rahmen der NPM-Studien hat das Departement die Arbeiten weitergeführt, namentlich mit der Vorbereitung des Beschlusses des Staatsrates über den Status und die Aufgaben des Gebäudedepartements. Weiter hat es seine Zuständigkeiten und Leistungen festgelegt sowie die Arbeiten für die Einführung einer analytischen Buchhaltung aufgenommen.

Zudem wurden die Arbeiten bezüglich Kostenaufteilung nach Dienstbereichen weitergeführt. Das Personal des Gebäudedepartements nahm an Ausbildungskursen für das Buchhaltungsprogramm SAP teil.

Verschiedene Tätigkeiten

Das Gebäudedepartement hat teilgenommen an:

- Sitzungen beruflicher oder kultureller Organisationen;
- der Westschweizer Konferenz über das öffentliche Beschaffungswesen für die Ausarbeitung einer Internet-Site über das öffentliche Beschaffungswesen (www.simap.ch).

Das Departement hat regelmässig Auftraggeber, Mandatsträger sowie berufliche Organisationen bezüglich neuer Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen beraten.

Es hat im Rahmen des Berichts Kirche-Staat dem Gemeindedepartement nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes Auskünfte erteilt.

II. Personal

Am 31. Dezember 2001 umfasste der Bestand des technischen und administrativen Personals 20 Personen. Hinzu kommen 21 Hauswart- und Handwerkerstellen sowie 45,47 umgerechnete Vollzeitstellen in der Raumpflege.

III. Unterhalts- und Renovationsarbeiten

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staates hat die technische Abteilung des Gebäudedepartements die Leitung der Arbeiten an folgenden Gebäuden übernommen:

1. Für die Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten:

- Kollegium St. Michael, Ausbau der Zimmer für bildnerisches Gestalten (Weiterführung und Beendigung der

Arbeiten), Einbau von Brandmeldern (Weiterführung und Beendigung), Montage von Blitzableitern, Umbau des Biologiezimmers, Einrichtung einer neuen Küche und sanitärer Anlagen im Untergeschoss (Cafeteria), Einrichtung eines Kulturraums beim Kellereingang, Instandsetzung des Picknick-Zimmers, Sanierung der Duschen und Erneuerung der Damen- und Herrentoiletten auf drei Stockwerken (Sportzentrum);

- Landgut des Kollegiums St. Michel, Instandsetzung des Wohntraktes auf dem Hof von Monteynan in Arconciel, Renovation des Schindeldaches der Alphütte von Plan-Tissiniva-Dessus, Verlegung einer neuen Abwasserleitung für unverschmutztes Abwasser auf dem Landgut von Pépon in Sorens;
- Kollegium des Südens, Umbau der Cafeteria und Renovation verschiedener Zimmer;
- Kantonales Lehrerseminar I, Einrichtung von Toiletten im Untergeschoss für das Mensapersonal, Automatisierung der Beleuchtung (Weiterführung und Beendigung), Umgebungsarbeiten bei der Villa und Ausbau der Verwaltungsgebäude (Weiterführung und Beendigung); Wiederinstandsetzung und Einrichtung des Fritic-PC-Macintosh-Raums;
- Kantonales Lehrerseminar II, Ersetzen der Fenster in den Klassenzimmern im Dachstock; vollständige Erneuerung der Abfallsammelstelle; vollständige Erneuerung der Toiletten beim Musikzimmer;
- Universität, zweite Etappe der Sanierungsarbeiten an der Fassade der Miséricorde, Erneuerung der sanitären Anlagen in der Miséricorde, Umbau und Einrichtung einer Klimaanlage für das Anatomie-Sezierzimmer, Umbau der Geologie- und Minerologieräume nach dem Auszug der Sektion Geographie, Umbau und Einrichtung von Labors und Büros für die neue Sektion Ökologie, verschiedene Neueinrichtungen nach der Verpflichtung neuer Professoren;
- Kantons- und Universitätsbibliothek, Weiterführung der Instandsetzung der Bedachungen;
- Naturhistorisches Museum, Einrichtung der permanenten Ausstellungen über die lokale Tierwelt im neuen Ausstellungssaal (1. Etappe: Rohbau);
- Museum für Kunst und Geschichte, Ausbau des grossen Ausstellungssaals (Weiterführung).

2. Für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion:

- Zeughaus, Sanierung der Bedachungen (Weiterführung und Beendigung);
- Kaserne la Poya, Einrichtung von Duschen (Weiterführung und Beendigung).

3. Für die Direktion des Innern und der Landwirtschaft:

- Rebgut von Faverges, laufender Unterhalt.
- Landwirtschaftliches Institut Grangeneuve, Begleitung der Arbeiten zur Gesamtrenovation der Bedachungen am Gebäude O.

4. Für die Volkswirtschafts-, Verkehrs- und Energiedirektion:

- Lehrwerkstätte, Neuausstattung der zwei Werkstätten im Untergeschoss am Museumsweg 2, Ausstattung der Elektrikwerkstatt am Museumsweg 4.

5. Für die Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion:

- Ersetzen der Fensterläden des 2. Stockes an der Klinikstrasse 17 (1. Etappe);
- Kantonales Laboratorium, laufender Unterhalt.

6. Für die Finanzdirektion:

- Informatikzentrum, Streichen der Gänge und Ersetzen der Sicherheitssteuerung durch eine numerische Steuerung (Klimaanlage, Brandmelder, Löschanlage).

7. Für die Baudirektion:

- Werkhöfe Tour-Rouge und Stadtberg, Bau und Einrichtung eines gedeckten Lagers auf dem Stadtberg;
- Lager der Strassenwärter, laufender Unterhalt;
- Werkhöfe von Vaulruz und Granges-Paccot, Sanierung der Abwasserleitungen (1. Etappe);
- Fertigstellung des Standplatzes für Fahrende in Châtilon.

8. Für die Zentralverwaltung:

in Freiburg:

- Ersetzen der Fenster am Gebäude in der Chorherrengasse 17 (Weiterführung);
- Ausbau der Räumlichkeiten für das kantonale Amt für Vermessung und Geomatik, Joseph-Piller Strasse 13;
- Renovation der Toiletten an der Spitalgasse 1 (Fortsetzung und Beendigung);
- Instandsetzung der Bedachungen der Vannerie, Untere Matte 18;
- Instandsetzung der Bedachungen am Anbau der Villa Gallia, Rue Antoine-de-St-Exupéry;

In den Bezirken:

- Schloss des Oberamtes in Estavayer-le-Lac, Einrichtung einer Brandmeldeanlage (2. Etappe); Wasserleitungen und Brandschutz sowie Verlegen von Fiberglas-kabeln.

9. Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler:

- Kathedrale St. Nikolaus, Erneuerung der elektrischen Installationen, Umbau der oberen Sakristei, Reinigung des Turms, Bericht zum Gutachten und Beitragsgesuch an das Bundesamt für Kultur (BAK), Anfertigungen von Kopien der Statuen am Südportal;
- Türme und Stadtmauern, Instandsetzung der Sandsteinmauern und der Bedachungen;

- Kapuzinerkloster, Einrichtung eines Büros und eines Empfangsraumes.

10. «Télégestion»

Der vollständige Energieverbrauch sämtlicher Gebäude der Zentralverwaltung kann laufend überwacht werden. Es kann jederzeit eine Energiebilanz erstellt werden.

IV. Laufender Unterhalt

Der administrative Dienst ist aufgeteilt in eine Abteilung Gebäudeunterhalt und eine Abteilung Gebäudeverwaltung. Der laufende Unterhalt wurde von der Abteilung Gebäudeunterhalt in den folgenden Bereichen gewährleistet:

1. Laufender Unterhalt

Das Budget für das Mobiliar der Dienste und Anstalten des Staates wurde auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Aus diesem Grund hat das Departement das Mobiliar der Dienststellen kontrolliert und bestellt, jedoch nicht jenes der Anstalten. Diese Ausgaben betragen 1 116 671 Franken (darin nicht enthalten sind die Beiträge für die Universität Freiburg, die Anstalten von Bellechasse, das kantonale Zeughaus, die Kasernen, das Lager von Schwarzsee, die Anstalten von Marsens und das Kantonsspital). Ausserdem wurden 681 Gebäudeversicherungsprämien und 545 Unterhaltsabonnemente überprüft und nötigenfalls korrigiert.

Die Handwerker leisteten 1417 Einsätze, die sich wie folgt aufteilen:

- Malerarbeiten auf 101 Baustellen;
- Schreinerarbeiten 777 Einsätze;
- Elektrikerarbeiten 391 Einsätze;
- Sanitärarbeiten 139 Einsätze.

2. Vermietung (Stockwerkeigentum)

Die Abteilung Gebäudeunterhalt hat den Staat Freiburg an den Versammlungen für das folgende Stockwerkeigentum vertreten:

- Givisiez, Route André-Piller 21;
- Wünnewil-Flamatt, Bernstrasse 21;
- Charmey, La Soldanelle;
- Schmitten, Wirtshausmatte.

3. Vermietung

Die Mieten für die verschiedenen Dienstwohnungen werden auf die entsprechenden Dienstbereiche verteilt. Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze ergab Einnahmen von 684 732 Franken. Es wurden 237 Änderungen vorgenommen.

Das Belluard-Bollwerk wird auch weiterhin regelmässig für öffentliche Anlässe genutzt.

4. Heizung

Der Staat Freiburg hat im Jahr 1981 in Sévaz einen obligatorischen Vorrat von 2500 Tonnen Heizöl – rund 3 000 000 Liter – angelegt. Da die Beiträge für Heizöl in den letzten Jahren stark abgenommen haben, wurde beschlossen den Vertrag vor Beendigung der Laufzeit im Jahr 2006 vorzeitig zu kündigen.

Die Abteilung Gebäudeverwaltung hat somit aus diesem Vorratslager verschiedene Gebäude versorgt. Insgesamt wurden 1 273 271 Liter Heizöl in 92 Lieferungen an 45 Gebäude verteilt.

29 Gebäude werden ferner mit Gas beheizt.

	1999	2000	2001	2002
Niedertarif (14 Gebäude)	7 010 758	5 733 185	7 039 904	7 260 289
Volltarif (8 Gebäude)	2 368 673	2 079 429	2 534 106	2 460 900
Fernheizung (Placad) (7 Gebäude)	11 809 975	11 221 649	12 159 342	10 888 839
Total	21 189 406	19 034 263	21 733 352	20 610 028

5. Unterhalt

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 22 Hauswarte und 224 Raumpflegerinnen, welche die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume übernehmen.

Für die Raumpflege wurden gesamthaft 353 Bestellungen für Putzmittel aufgegeben.

Die Abteilung Gebäudeverwaltung übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

6. Versicherungen

Die Abteilung Gebäudeverwaltung führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadenfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand, Wasserschäden, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an elektronischen Anlagen versichert.

Am 25. Mai 2001 entstanden durch Brandstiftung schwere Schäden am Schloss Bulle. Der Schaden betrug insgesamt beinahe 450 000 Franken. Die Gebäudeversicherung, die Basler Versicherung und die Helvetia Patria wurden eingeschaltet.

7. Gebäudeverwaltung

Die Abteilung Gebäudeverwaltung befasste sich mit folgenden Aufgaben:

- Umzug des Amtes für Wald, Jagd und Fischerei und der Abteilung Wasserbau an den Impasse de la Colline 1, in Givisiez;
- Umzug des Konkursamtes an die Avenue de Beauregard 13, in Freiburg;
- Umzug des Betreibungsamtes des Glanebezirks an die Rue des Moines 58, in Romont;
- Studie für das Gebäude an der Chorherrengasse 1;

- Studie und Vorbereitung des Verkaufs von Liegenschaften der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion: Grundstück in Cousset, Wohnungen in Flamatt und Charmey;
- Studie für die Einrichtung und Eröffnung von Polizeiposten in Liebistorf, Ursy und Châtonnaye;
- Studie verschiedener möglicher Standorte im Hinblick auf einen allfälligen Einzug von staatlichen Amststellen, wie z.B.:
 - Sémiramis, in den Pérolles-Gärten;
 - Ilôt des Pilettes, Zeughaus;
 - Gebäude des Hauptbahnhofs;
 - Beaumont Centre;
 - Swisscom-Gebäude;
- Prüfung und Ausarbeitung von Mietverträgen für verschiedene Direktionen;
- Studie über die Neuorganisationen der verschiedenen Büros der Zivilstandsämter;
- Erstellen eines technischen Gutachtens für das Heim St. Wolfgang;
- Prüfung und Vorbereitung der Dossiers für die Vertretung des Staates in Schlichtungsverhandlungen und -kommissionen.

Die Abteilung Gebäudeverwaltung hat ausserdem in den einzelnen Direktionen beratend mitgewirkt.

V. Kosten

Die Ausgaben für die genannten Arbeiten teilen sich wie folgt auf:

	Fr. *	Fr. **
Gebäudeunterhalt	2 460 000	3 895 760
Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern	940 960	80 000
Bau, Erweiterung und Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	1 141 050	17 467 220

* zu Lasten des Gebäudedepartements
** zu Lasten der übrigen Direktionen, vom Gebäudedepartement verwaltet, Anstalten ausgenommen

Amt für Zivilschutz

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Jahr 2002, das vom Bund als Jahr der grossen Veränderungen angekündigt wurde, verlief im üblichen Rahmen, da die Übergangsbestimmungen um 1 Jahr verlängert wurden.

Das Amt musste zu zahlreichen Vernehmlassungen auf seinem Gebiet sowie zur Armee reform XXI Stellung nehmen. Es gab ebenfalls Stellungnahmen zu den Problemen des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ab, wobei es entschieden auf die finanziellen Auswirkungen im Zivilschutz hinwies.

Das neue Ausbildungszentrum in Sugiez wurde am 5. Juli 2002 eingeweiht und stellt ein multifunktionales und modernes Arbeitsinstrument dar. Der vom Grossen Rat gewährte Kredit für das Zentrum wurde nicht überschritten.

Den «ZSO 2000 FR-Weisungen» folgend und angesichts des zukünftigen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz haben sich die Organisation neu strukturiert und erreichten praktisch schon 2002 die vom Bund empfohlenen Bestände.

Dank der bereits 1981 vom Kanton Freiburg in Angriff genommenen Regionalisierung, die 1995 weitergeführt und 2000 konkretisiert wurde, vermochte das Amt für Zivilschutz die verschiedenen Etappen der Restrukturierung ohne grössere Schwierigkeiten zu bewältigen.

Das Amt hat schliesslich im Rahmen der Neuorganisation des Staatsrats seine Angliederung an die Sicherheits- und Justizdirektion vorbereitet.

II. Personal

Ende 2002 umfasste der Personalbestand 14 vollamtliche und 5 Teilzeitangestellte. Ein Instruktor hat uns Ende September verlassen. Das Amt hatte am 24. Dezember den Tod seines Vorstehers, Armand Rosset, zu beklagen.

III. Ausbildung

Belegung des Ausbildungszentrums Sugiez in Tagen:

Freiburg	2 885
Verschiedene	646
Total	3 531 Dienstage

Darin nicht berücksichtigt sind die Dienstage der Zivilschutzorganisationen (ZSO), die als Wiederholungskurstage gezählt werden.

Die Teilnehmerzahlen an Rapporten, Übungen und Kursen sind in der Tabelle im Anhang festgehalten.

	Anzahl Teilnehmer:
Stabsdienste:	
– Chefs ZSO, Instruktoren, Nachrichten-, Übermittlungs- und AC-Dienste	199
Schutzdienste:	
– Bevölkerungsschutz, Betreuung, Kulturgüterschutz	140
Einsatzdienste:	
– Rettungs- und Sanitätsdienste	258
Logistische Dienste:	
– Versorgungs-, Anlage- und Transportdienste	34
Allgemeine Ausbildung:	
– Wiederholungskurse	57
Ausbildung auf Bundesebene:	
– Kader und Spezialisten	64
Ausbildung in anderen Kantonen:	
– unteres Kader der verschiedenen Dienste	6
Ausbildung des Instruktionpersonals:	
– alle Dienste	8
Total	766 Personen

IV. Zivilschutzorganisationen (ZSO)

Die Einteilungsrapporte und Wiederholungskurse verliefen in zufrieden stellender Weise, wobei die Organisationen nur noch Personen bis zum 40. Altersjahr aufgeboten haben. Verschiedene Übungen wurden für die Einsatzdetachemente mit 1 oder 2 Rettungszügen organisiert. Ausserdem konnten mehrere ZSO gemeinnützige Arbeiten leisten.

Zur Begrenzung der Kosten legte das Amt für jede ZSO die Anzahl Dienstage fest, die im Allgemeinen eingehalten wurde.

Mehrere ZSO haben den WK in Sugiez oder Fulet unter der Leitung eines Instructors durchgeführt, wodurch das Ausbildungsniveau der Formationen kontrolliert werden konnte.

Im administrativen Bereich wurde ein Grossteil der Einsatzdossiers der ZSO-Chefs auf den neuesten Stand gebracht. Die Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau der Gemeindeführungsstäbe wurden ausgeführt.

Im Februar wurde erneut ein Probealarm für die 10 Einsatzdetachemente durchgeführt. Das Ergebnis war sehr positiv, was die Anzahl der antwortenden Personen betraf.

V. Material

Die jährliche Materialzuteilung wurde ausgeführt. Sie umfasste:

1. Unentgeltlich abgegebenes Rettungsmaterial

110 Transporttaschen für Rettungswesten; 220 hydraulische Heber (10 t); 110 Sortimente Schlingen zu je 6 Stück à 1,5 m, 2 Stück à 4 m und 2 Stück à 8 m, 148 Zughacken mit Ringen (4 Stück pro Zug mit Zusatzausrüstung, 37 Züge); 1660 Sortimente Infektions-Prophylaxe (für jede Sanitätstasche und jeden Sanitätstornister) sowie das neue AC-Schutzmaterial enthaltend 80 Dosisleistungsmessgeräte (RA 99), 81 elektronische Dosimeter (EDOS 99), 900 Schutzanzüge (SA 99).

Gesamtwert 393 633 Franken.

2. Materiallieferung mit Beteiligung des Bundes (70 %) und des Kantons (13,50 %)

- Übermittlungsausrüstungen für Anlagen;
- Übermittlungsausrüstungen für KP Typ II red. und BSA Typ II;
- Teilausrüstung für die GOPS Riaz.

Gesamtwert 86 705 Franken. Der Kantonsanteil beläuft sich auf 10 515 Franken.

3. Kontrollen und Inspektionen

Die ZSO Romont wurde inspiziert. Bei dieser Kontrolle wurde festgestellt, dass das Einsatzmaterial gut unterhalten und richtig gelagert wird und dass es somit einsatzbereit ist.

4. Unterhalt der Bauten und des Materials

Auf der Grundlage der Arbeitsrapporte der ZSO hat das Amt für die Vergütung verschiedener Arbeitsleistungen in diesem Bereich die Verwendung von Ersatzbeiträgen bewilligt.

Gesamtkosten 214 053 Franken.

Das Amt hat die Ausarbeitung der neuen ausführlichen Kontrolllisten für die Erhaltung des Bauwertes und den Unterhalt der Bauten weitergeführt, was die Arbeit der Anlagewart erleichtert.

5. Alarm

Die Abonnementskosten für die Sirenenfernsteuerungen SFI-457 beliefen sich auf 39 083 Franken, wovon 45 %, d.h. 19 736 Franken, zu Lasten des Kantons gingen.

6. Verschiedenes

Beim jährlichen Probealarm im Februar, zeigten 12 feste Sirenen und 4 mobile Sirenen Mängel, die in angemessener Zeit behoben werden konnten.

VI. Bauten

1. Private Schutzräume

Angemeldete Bauten 2002: 82, mit 4097 Schutzplätzen
davon:

Anzahl gemeinsame
private Schutzräume: 39, mit 1595 Schutzplätzen

Erledigte Fälle 2002: 73, mit 4339 Schutzplätzen
davon:

erledigte gemeinsame
private Schutzräume: 39, mit 3066 Schutzplätzen

Ausstehende Abnahmen bzw. Abrechnungen: 299

Eingekaufte Schutzplätze für den Bau
von gemeinsamen privaten Schutzplätzen: 1978

Ersatzbeiträge für den Bau von öffentlichen
Schutzräumen: 2261

Ausbezahlte Beiträge:

- Bund – Franken
- Kanton 21 069 Franken

2. Öffentliche Schutzräume

a) genehmigte Projekte 2002: 6, mit 1089 Schutzplätzen
erledigte Fälle 2002: 4, mit 568 Schutzplätzen

b) erledigte und bezahlte Bauten 2002:

Brünisried, Hauterive (Ecuwillens), Montet BR, Murist.

c) Im Bau:

Auboranges, Billens-Hennens, Dompierre, La Roche, Villorsonnens.

d) Im Studium und in Genehmigung befindliche Vorprojekte und Projekte:

Alterswil, Le Bry, Corpataux-Magnedens, Corserey, Ecublens, Esmonts, Estavannens, Fétigny, Granges, Massonnens, Oberried, Saint-Aubin, Sâles (Maules).

Ausbezahlte Beiträge:

- Bund 282 250 Franken
- Kanton 75 553 Franken

3. Bauten für Schutzorganisationen und Anlagen des Sanitätsdienstes

Abgerechnete Bauten 2002:

- Brünisried Ortsleitung
- Montet BR Ortsleitung

Beendete und anerkannte Anlagen 2002:

- La Roche Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage II*

Beendete, aber noch nicht anerkannte Anlagen:

- Riaz GOPS

Anlagen im Bau:

- Auboranges Ortsleitung
- Dompierre Ortsleitung
- Farvagny Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage II*
- La Tour-de-Trême Bereitstellungsanlage II*
- Villorsonnens Ortsleitung

Geplante Anlagen:

- Avry Kommandoposten II red., Bereitstellungsanlage III
- Ecublens Ortsleitung
- Esmonts Ortsleitung
- Massonnens Ortsleitung
- Saint-Aubin Ortsleitung

Ausbezahlte Beiträge:

- Bund 1 301 000 Franken
- Kanton 49 800 Franken

VII. Erste Hilfe

Die Erste-Hilfe-Kurse fanden in den Schulen der Orientierungsstufe im französischsprachigen Kantonsteil wie üblich statt; im deutschsprachigen Kantonsteil werden diese Kurse nicht mehr durchgeführt.

1719 Schüler in 112 Kursen erhielten eine Bestätigung, womit die Zahl der seit 1977 ausgehändigten Bestätigungen auf 48 523 angestiegen ist. Der jährliche Vorbereitungskurs für Ausbilder war der allgemeinen Weiterbildung im Unterricht durch professionelle Ausbilder, (Krankenschwestern oder Krankenpfleger) im Bereich Narkose und Wiederbelebungs gewidmet.

Auf der Grundlage eines Berichtes des Amtes für Zivilschutz beschloss der Staatsrat am 28. Mai 2002 eine Arbeitsgruppe mit der Prüfung einer möglichen Weiterführung der Nothelferkurse an den Orientierungsschulen im Kanton zu beauftragen. Die Arbeitsgruppe hat ihren Bericht am 21. August 2002 abgegeben. In den Schlussfolgerungen des Berichts wird auf Grund der bestehenden Schwierigkeiten geraten, bis auf weiteres den praktischen Teil der Kurse einzustellen. Die Lage könnte neu überprüft werden, falls neue Mittel zur Verfügung gestellt würden. In seiner Sitzung vom 16. September 2002 hat der Staatsrat beschlossen, die Erste-Hilfe-Kurse an den Schulen der Orientierungsstufe nicht mehr anzubieten.

Amt für Umweltschutz (AfU)

I. Allgemeine Tätigkeit

1. Aussenbeziehungen

Das Amt für Umweltschutz war in folgenden Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen aktiv tätig:

a) auf nationaler Ebene

- Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzamtsstellen, in deren Vorstand das Amt mitwirkt;
- Verband Schweizerischer Abwasserfachleute (VSA);
- Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cercl'eau), in deren Vorstand es mitwirkt;
- Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (Cercl'Air), in der es die Aktivitäten im Emissionsbereich koordiniert und in deren Arbeitsgruppen es mitwirkt;
- Gruppe der kantonalen Lärmschutzverantwortlichen (Cercle Bruit);
- Schweizerischer Verband der kantonalen Verantwortlichen für geologische und hydrogeologische Fragen;
- Schweizerische Gesellschaft für Hydrogeologie;
- interkantonale Gruppe für den Vollzug der Störfallverordnung im Bereich der biologischen Sicherheit;
- interkantonale Konferenz für die Sonderabfälle;
- Arbeitsgruppe des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft zur Prüfung der Wirksamkeit der Sackgebühr;

- Koordinationsgruppe des BUWAL für den Kataster der belasteten Standorte;

b) auf interkantonaler Ebene

- Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE), deren Vorsitz es führt;
- interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD);
- Zentrum für die Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Eclépens;
- Westschweizer Vereinigung für Gewässerschutz und Luftreinhaltung (ARPEA), in der es sich an der Ausarbeitung von Ausbildungskursen beteiligt;
- Gruppe der Verantwortlichen für den Grundwasserschutz der Westschweiz und des Kantons Bern;
- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen;
- interkantonale Gruppe der Westschweiz und des Tessins für die Umweltinformation;
- interkantonale Gruppe Bern-Neuenburg-Freiburg für die Kontrolle der Seen des Mittellandes (Neuenburger-, Bieler- und Murtensee);
- Westschweizer Gruppe für Industriesanierung (GRAIN);
- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Sanierung von belasteten Standorten (GLASP);
- Methodikgruppe der internationalen Kommission für den Gewässerschutz des Genferseegebiets (CIPEL);
- Koordinationsgruppe für die EXPO.02, in der es den Vorsitz in der Gruppe Umweltmonitoring führte;

c) auf kantonaler Ebene

- kantonale Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz, für die es das Sekretariat führt;
- kantonale Raumplanungskommission;
- kantonale Kommission für die Fischerei
- kantonale Kommission für Pflanzenschutz;
- kantonale Kommission für Schiessstände, deren Sekretariat es führt;
- Verwaltungsrat und Leitungsausschuss SAIDEF;
- Kommission für die Abfallbewirtschaftung der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz;
- ständige Kommission des Kompostierzentrums Châtillon
- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- kantonale Koordinationsgruppe zum Schutz gegen Störfälle;
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für eine nachhaltige Entwicklung, in der es die Vizepräsidentenschaft übernommen hat;

- Arbeitsgruppe der Verwaltung für die Revision des kantonalen Richtplans;
- Arbeitsgruppe aus Vertretern mehrerer Dienste für die Anwendung der Gesetzgebung über den Bodenschutz.

2. Gesetzgebung

Der Vorentwurf für das kantonale Gesetz über die Gewässer wurde im Herbst in die Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassung führte zu zahlreichen Stellungnahmen, die zurzeit für die Ausarbeitung des Entwurfs zuhanden des Grossen Rates ausgewertet werden.

Die kantonale Abfallplanung wurde in Bezug auf die Anzahl Abfalltrennzentren geändert. Eine technische Weisung über diese Art von Anlagen wurde ausgearbeitet. Die Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung und die massgeblichen Verfahren trat am 1. Juli 2002 in Kraft; jene über den Bodenschutz trat am 1. September 2002 in Kraft.

Das Amt hat ebenfalls folgende gesetzliche Bestimmungen ausgearbeitet:

- Entwurf für den Staatsratsbeschluss über Massnahmen zum ökologischen Ausgleich der Nationalstrasse A1;
- Entwurf für die Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Revision des Staatsratsbeschlusses von 1992);
- Weisungen über die Lärmsanierung von 300-m-Schiessständen.

3. Information

Die Information im Umweltbereich ist eine wesentliche Aufgabe, die auf der Gewässer- und Umweltschutzgesetzgebung des Bundes beruht. Im Jahre 2002 setzte sich das Amt deshalb vor allem für die Beratung der Gemeinden ein, für die spezifische Dokumentationen ausgearbeitet wurden, die der Information der Bürgerinnen und Bürger über die Kompostierung und die Beseitigung von Plastikabfällen dienen sollten.

Das Amt hat zudem an Publikationen für die breite Öffentlichkeit mitgearbeitet. Es hat mit den Redaktoren verschiedener Informationsbulletins, insbesondere jener von «Energie et environnement» und «Forum déchets» zusammengearbeitet.

Das Amt hat weiterhin in der interkantonalen Arbeitsgruppe «Info-environnement» mitgewirkt.

In Zusammenarbeit mit der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz organisierte das Amt ein Seminar über die Bewirtschaftung der Baustellenabfälle. Bei diesem Seminar, das am 17. September 2002 stattfand, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die gesetzlichen Bestimmungen und den Verantwortlichkeiten der Ausbauunternehmen in diesem Bereich informiert.

Auf Ersuchen des Freiburger Unternehmerverbandes hat das Amt 8 Kurse über die Sicherheit beim Lagern von Kohlenwasserstoffen und den Umgang mit ihnen sowie über den Gewässerschutz durchgeführt. Diese Kurse fanden im Kantonalen Berufsbildungszentrum statt und richteten sich an die Bauführer und die Maschinenparkchefs.

Das Amt beteiligte sich aktiv an der Ausbildung der Polizeiassistentinnen und -assistenten des Kurses 2002. In den Kursen wurden praktische Kenntnisse über den Umweltschutz vermittelt, die den Ordnungshütern bei ihren künftigen Einsätzen nützlich sein werden.

Auf seiner Internet-Site (<http://www.fr.ch/open>) informiert das AfU wöchentlich über die Luftqualität, die in den verschiedenen über das ganze Kantonsgebiet verteilten Messstationen gemessen wurde. Die Site liefert zudem Grundinformationen über die Tätigkeitsgebiete des AfU und Informationsbroschüren über die Abfallentsorgung, die heruntergeladen werden können, sowie nützliche URL-Adressen und Zugang zum Umweltbericht im pdf-Format. Im Rahmen der EXPO.02 wurde eine von den drei betroffenen Kantonen gemeinsam erarbeitete Informationsbroschüre zur Wasserqualität in den Seen des Mittellands (Murten-, Bieler- und Neuenburgersee) verteilt. Gleichzeitig wurde eine Internet-Site (<http://www.les3lacs.ch>) zum Thema geschaffen. Diese Site ist direkt mit der Site des AfU verbunden und soll der monatlichen Information über die Entwicklung der Seenqualität dienen.

II. Personal

Am 31. Dezember 2002 umfasste der Personalbestand 40 Personen (einschliesslich 1 Lehrtochter).

III. Abteilung Gewässerschutz

1. Sektor Kanalisationen und Abwasserreinigungen

a) Sanierungsstand

Folgende Gemeinden haben ihr öffentliches Abwasserkanalisationsnetz erweitert: Aumont, Bösingens, Bulle, Châtel-St-Denis, Cheiry, Düdingen, Fiaugères, Jaun, La Joux, Murist, La Roche, Rue, Siviriez, St. Antoni, St-Martin, St. Ursen.

b) Ausführung von Bauwerken

2002 betragen die überwiesenen Kantonsbeiträge 1,15 Millionen Franken, was Arbeitskosten von rund 5 Millionen Franken entspricht.

Diese Subventionen erforderten 12 Beitragsabrechnungen, die 2 Abwasserreinigungsanlagen (ARAs) und 10 Kanalisationen betrafen. Die überwiesenen Bundesbeiträge betragen 15,3 Millionen Franken.

c) Ortsplanungen

Das Amt hat 65 Ortsplanungen (OP) mit Revisionen und Änderungen sowie 50 Detailbebauungspläne (DBP) geprüft. Zudem hat es 80 Bauprojekte für öffentliche oder private Anlagen begutachtet. Es befasste sich mit 30 Kanalisationsreglementen und den entsprechenden Gebühren, wobei die meisten die Annahme der geltenden Reglemente betrafen. Die Einführung von kostendeckenden Gebühren nach dem Verursacherprinzip gemäss Arti-

kel 60a des Bundesgesetzes über den Gewässerschutz (GSchG) wird eine Anpassung von nahezu allen Gemeindefreglementen nach sich ziehen. Diesbezüglich hat das AfU zuhanden der Gemeinden im Juli 2002 eine entsprechende Empfehlung veröffentlicht, die in Zusammenarbeit mit dem Gemeindedepartement und der Baudirektion erarbeitet wurde.

d) Baubewilligungsgesuche

Das Amt für Umweltschutz hat 2580 Baubewilligungsgesuche geprüft und begutachtet.

e) Generelle Entwässerungspläne (GEP) und globale Pläne

Es wurden 15 Dossiers von GEP zur Vorprüfung und 5 Dossiers zur Genehmigung eingereicht. Bis heute haben alle Gesellschaften und beinahe alle Gemeinden einen Ingenieurauftrag aufgegeben. Die vom Bundesrecht festgelegte Frist vom 1. November 2002 für die Gewährleistung von Bundesbeiträgen konnte somit eingehalten werden. Das AfU leistete in diesem Bereich einen grossen Einsatz. Die Ausarbeitung der GEP wird sich über die nächsten vier bis fünf Jahre erstrecken.

2. Sektor Industrie

Das Amt hat für Industrie und Gewerbe 260 Baugesuche, 80 Dossiers für Sanierungen, 50 OP- und DBP-Dossiers sowie 25 GEP- und UVP-Dossiers bezüglich Abwasserbehandlung und Bestimmungen der Störfallverordnung geprüft und begutachtet. In diesen Dossiers sind auch die Prüfungsdossiers für ISO 14 001-Projekte enthalten.

Im Rahmen der Störfallverordnung hat das AfU die Bewertung anhand von vereinfachten Kurzberichten von 10 Objekten im Bereich stationäre Anlagen und des gesamten Kantonsstrassennetzes vorgenommen, d.h. 460 km. Ende 2002 waren rund 80 % der festen Anlagen und etwa 70 % der Verkehrsachsen in Kurzberichten oder anderen Studien bewertet worden. Ein Risikobericht wurde in Bezug auf die Raumplanung erstellt und untersucht. Die Sanierungsarbeiten werden weitergeführt.

3. Sektor Kohlenwasserstoffe und wassergefährdende Flüssigkeiten

a) Neue Lageranlagen für Kohlenwasserstoffe

Das AfU hat 590 Bewilligungen für solche Anlagen geprüft und begutachtet.

b) Garagen, Autospenglereien und andere Betriebe der Autobranche

Das AfU hat 94 Baubewilligungsgesuche und 11 Umbaugesuche von Betrieben der Automobilbranche geprüft und begutachtet. Auf Grund des vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt verlangten Konformitätsberichtes mussten 29 Betriebe ihre Anlagen gemäss den Anforderungen des Umweltschutzes sanieren. Die Sanierungsarbeiten erforderten insgesamt 112 Ortsbesichtigungen.

c) Unfälle und Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe

Das AfU hat 141 Dossiers von Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe behandelt. Für diese Dossiers mussten 326 Rechnungen ausgestellt werden, deren 5 Gegenstand von Beschwerden und deren 17 Gegenstand von Einsprachen waren.

d) Revisionen von Tankanlagen

2719 Tankanlagen wurden revidiert und registriert. 112 Tanks wurden wegen Undichtigkeit oder anderen Mängeln definitiv ausser Betrieb gesetzt. 376 Berichte über Anlagen waren Gegenstand von Revisionsaufforderungen.

e) Leckerkennungsgeräte

Es wurden 1820 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte geprüft. 114 Berichte wurden zur Registrierung der Anlagennummern durch die Revisoren retourniert.

f) Tankregister

Am 31. Dezember 2001 waren 46 597 Tankanlagen im Register eingetragen.

g) Verwaltung des Tankanlagenkatasters

89 allgemeine Tankanlagenlisten und 49 Listen der zu revidierenden Tankanlagen wurden von den Gemeinden an das AfU retourniert, damit die nötigen Korrekturen angebracht werden konnten (neuer Eigentümer usw.). Ferner stellten die Gemeinden 329 Kopien von Anforderungsbriefen zu.

114 Neunummerierungen von Tankanlagen wurden auf Grund der Einführung neuer Strassennamen und Gemeindezusammenschlüssen vorgenommen.

4. Sektor Landwirtschaft

Das Amt hat im Rahmen der Sanierung der Lagervolumen von landwirtschaftlichen Betrieben des Kantons 38 Stellungnahmen und 49 definitive Entscheide ausgestellt.

Auf 287 behandelte Dossiers wurden 19 Gesuche vom Meliorationsamt eingereicht (im Rahmen der Subventionsgesuche), 6 waren OP und 262 übliche Dossiers.

Das Gesamtvolumen der dieses Jahr begutachteten Jauchegruben entspricht 29 497 m³, was 72 Kontrollen erforderte.

IV. Wasserbewirtschaftung

1. Sektor Grundwasser

a) Karten über Gewässerschutzbereiche 1 : 25 000

Es wurden 2 Karten gemäss den Bestimmungen der neuen Bundesverordnung über den Gewässerschutz (GSchV) nachgeführt. Dabei handelt es sich um Karten über den nördlichen Kantonsteil.

b) Grundwasserschutzzonen

Die Studien und öffentlichen Auflagen von Schutzzonen für öffentliche Wasserfassungen wurden weitergeführt. Sie

fürhten zur Legalisierung von 12 Grundwasserschutzzonen in den Gemeinden: Hauterive (2 für Villars-sur-Glâne), Marly (3), Misery-Courtion (2), Haut-Vully (3), Semsales und Crésuz.

Von den insgesamt 65 Gemeinden, die von der Änderung der Bestimmungen über die Grundwasserschutzzonen S2 betroffen sind, haben 25 ihr Zonenreglement bereits angenommen.

c) Zuströmbereiche (Sektoren Zu)

In Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve (LIG), dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) hat das AfU hydrogeologische Studien in den 2 neuen Zuströmbereichen auf den Gebieten der Gemeinden Domdidier und Lurtigen durchgeführt. Diese Studien stehen im Rahmen der vom Bund ausgearbeiteten Strategie zur Reduktion des Nitratgehaltes in den unterirdischen Gewässern und werden durch Bundesbeiträge gefördert. Zwei weitere Zuströmbereiche werden 2003 untersucht.

Die Beobachtung der Veränderungen der Wasserqualität in den drei Einzugsbieten Avry-sur-Matran, Middel und Courgevau wurde mit einer monatlichen analytischen Kontrolle weitergeführt.

Das AfU hat in Zusammenarbeit mit dem LIG den zusammenfassenden Bericht über die Überwachung der fünf im Jahre 1996 definierten Zuströmbereiche in Bezug auf die ökologischen Leistungsnachweise (ÖLN) verfasst. Die Untersuchung wurde 2001 abgeschlossen.

d) Kiesgruben, Materialausbeutungen

Es wurden 3 Gesuche zur Ausbeutung von sandig-kiesigem oder steinigem Material begutachtet.

e) Baubewilligungsgesuche, Bewilligungen und verschiedene Gutachten

Es wurden rund 950 Baudossiers und Baubewilligungsgesuche, 65 OP, 50 DBP und 15 GEP, Wasserkonzessionen und Pumpbewilligungen sowie 390 geothermische Sonden und Wärmepumpenanlagen in Bezug auf den Grundwasserschutz geprüft und begutachtet.

f) besondere Studien

Das in Zusammenarbeit mit dem BUWAL ausgearbeitete Projekt für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität konkretisierte sich im Jahre 2002. Dabei handelt es sich um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das vier Messkampagnen in 13 Freiburger Messstationen durchgeführt wurden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

2. Sektor Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg hat das AfU für die

Studie und Analyse der Mittellandseen 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee entnommen. Das AfU hat sich ebenfalls an den Probenentnahmen aus dem Bieler- und Neuenburgersee beteiligt. Ferner hat das AfU die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzersee und im Schiffensee durch eine jährliche Probenentnahme weitergeführt.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broye-Kanal) wurde mit 8 Probenentnahmen weitergeführt. Dabei wurde ebenfalls die Ableitungen der ARA von Murten, die sich in einem Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das AfU hat seine Arbeiten zur Analyse der Wasserqualität der Bäche im Kanton weitergeführt und die Erstellung der Verschmutzungsbilanz für die Einzugsgebiete Ärgera-Nesslerera (4 Messungen) und Galtera (8 Messungen) abgeschlossen. Es wurden ökomorphologische Studien für das Einzugsgebiet der Galtera durchgeführt und entsprechende Untersuchungen für das Einzugsgebiet des Jaunbachs aufgenommen. Die Gesamtheit der gesammelten Daten über die bis 2001 untersuchten Einzugsgebiete (Chandon, Arbogne, Glane-Neirigue, Ärgera-Nesslerera und Galtera) konnte dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) für die Auszahlung der vorgesehenen Subventionen übergeben werden.

Das AfU nahm an Sitzungen verschiedener Arbeitsgruppen zur Gewährleistung einer besseren Koordination innerhalb der Verwaltung im Bereich Wasserbewirtschaftung teil. Es wurden namentlich folgende Bereiche behandelt:

- Verbauung und Unterhalt der Fliessgewässer und Seen;
- landwirtschaftliche Wasserentnahmen durch Pumpen;
- Restwassermengen und Unterhalt der Elektrizitätswerke (in Zusammenarbeit mit den FEW). In diesem Bereich hat das AfU insbesondere die Arbeiten auf der Baustelle am Staudamm von Maigrange für dessen Instandsetzung verfolgt. Das AfU hat aber auch aktiv an der Nutzwertanalyse zur Sanierung des Staudamms von Rossens und bei der Ausarbeitung des Pflichtenhefts für die Nutzwertanalyse des Staudamms von Montsalvens mitgewirkt, womit die Restwassermenge gemäss GSchG bestimmt werden sollte.
- Revitalisierung der Fliessgewässer.

Im Rahmen des Schutzes der Oberflächengewässer hat das AfU 123 Dossiers für OP, DBP, GEP, ID, Meliorationen, Materialausbeutungen, Strassenbauarbeiten, Hafenausbauten, Wasserpumpwerke sowie Verbauungen und Unterhalt von Fliessgewässern geprüft und begutachtet, wobei 16 Dossiers eine Reinigung, 2 Dossiers eine Revitalisierung und 4 Dossiers eine Ausdolung zum Gegenstand hatten, für die das AfU an den entsprechenden Sitzungen und Ortsbesichtigungen teilgenommen hat. Auch hat das AfU an den Untersuchungen zur Revitalisierung der Fliessgewässer mitgewirkt, die von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern verschiedener Dienste geleitet wurden.

V. Labor und Analysen

1. ISO 17 025-Akkreditierung

Im Hinblick auf eine bestmögliche Leistungserbringung hat das AfU ein Verfahren zur Qualitätskontrolle auf Ebene der Probenentnahme- und Analyseleistungen unternommen. Damit dieses Verfahren überhaupt glaubwürdig erscheinen konnte, entschied sich das AfU für ein Qualitätssystem gemäss ISO-Norm 17 025. Nach einer Reihe von Vorbereitungsarbeiten beschäftigte sich das AfU in den ersten vier Monaten des Jahres mit der Redaktion der Fichen für die Probenentnahme- und Analyse-Abläufe sowie der Validierung der Methoden. Nach über 1200 Arbeitsstunden prüfte die Schweizerische Akkreditierungsstelle alle 200 Dokumente, des Qualitätsmanagement-Systems. Am 31. Oktober 2002 wurde das AfU vom Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung als Prüfstelle für Probenentnahmen und chemische sowie physiochemische Analysen im Rahmen des Gewässer- und Umweltschutzes akkreditiert.

2. Abwasserreinigungsanlagen

Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, namentlich der Gewässerschutzverordnung und der kantonalen Weisung vom 21. Juli 1991 hat das AfU 29 in Betrieb stehende ARAs von Gemeinden oder Gemeindeverbänden sowie die ARA des Rastplatzes von Fillistorf (A12) kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 1728 Analysen durchgeführt.

Das AfU hat die regelmässige Qualitätskontrolle der von den ARAs produzierten Klärschlämme auf Grund von vier Probeentnahmen für die grossen und mittleren Anlagen und zwei Probenentnahmen für die kleinen Anlagen durchgeführt, was gesamthaft 1489 Analysen entspricht. Das AfU hat ferner seine Mitarbeit am MARSEP-Programm fortgesetzt, das vom «Institut de recherches en protection de l'environnement et en agriculture» zur Qualifizierung der Laboratorien eingeführt wurde. Das AfU-Labor ist dadurch offiziell für die Kontrolle der Klärschlämme und des Komposts gemäss StoV vom 9. Juni 1986 zugelassen.

3. Industrieabwasser

In diesem Bereich konzentriert sich das AfU auf die vorrangigen Fälle. Wegen Personalmangel beauftragte das AfU private Laboratorien mit der Untersuchung zahlreicher weiterer Abwasserableitungen unterhalb der SORVAL-Deponie in Châtel-St-Denis sowie die Untersuchung der Qualität des Grundwassers unter der Deponie von Châtillon in Hauterive. Es wurden dafür gesamthaft 1175 Probenentnahmen analysiert.

4. Oberflächengewässer

Das AfU hat 2886 Untersuchungen der Oberflächengewässer vorgenommen und an den zwei Serien von Laboranalysen der Methodikgruppe der «CIPEL» mitgewirkt.

5. Verschmutzungen

In 40 Fällen von Verschmutzung der Fliessgewässer musste das AfU einschreiten. Die identifizierten Urheber der Ver-

schmutzungen wurden bei der zuständigen Behörde angezeigt. Die Verschmutzungen erforderten 350 Untersuchungen.

6. Verschiedenes

Das AfU hat 98 Kompost-, 716 Erd- und 268 andere Proben untersucht.

VI. Abteilung Luftreinhalteung

1. Massnahmenplan

Das AfU hat sich an den Arbeiten der technischen Kommission zur Begleitung des Projekts der Poya-Brücke, der technischen Kommission zur Begleitung des generellen Projekts der CUTAF sowie des Pilotausschusses für die Planung der Umfahrungsstrasse Düdingen beteiligt.

Auf interkantonaler Ebene nahm das AfU an zahlreichen Sitzungen zur Koordination des gesetzlichen Vollzugs zwischen den Kantonen teil.

2. Sektor Emissionskontrolle

Bezüglich gasförmiger Emissionen von industriellen und gewerblichen Heizungsanlagen wurden 11 Holzfeuerungsanlagen und eine Öl- oder Gasfeuerung kontrolliert. Ebenso wurden die Emissionen von 6 industriellen und gewerblichen Produktionsstätten untersucht. Auf Grund dieser Untersuchungen mussten 2 Installationen reguliert werden.

Die Kaminfeger haben 14 400 Hausfeuerungen kontrolliert. In 182 Fällen musste eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden. Bis heute gelten noch 995 Anlagen als sanierungsbedürftig.

Das AfU hat 176 Dossier für Baubewilligungsgesuche behandelt, davon 34 für Industrie- und Gewerbebetriebe, 58 für Mastbetriebe, 35 für den Bau von Parkhäusern, 20 für den Betrieb von Gasthöfen, 5 für Sanierungen oder Erstellungen von Tankstellen oder mechanischen Werkstätten. Die restlichen Dossiers betrafen verschiedene Bereiche. Es wurden zudem 20 Gesuche für die Installation von neuen Heizkesseln (nur kontrollierbare Anlagen) begutachtet. Das AfU hat ferner 46 Dossiers von OP oder DBP sowie verschiedene weitere Dossiers bezüglich Luftreinhalteung geprüft und 19 Klagen über Geruchsemissionen übernommen, wovon einige in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geklärt werden konnten.

Das AfU wurde als Beraterinstanz für die von der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons erheblich gefordert. Die Bilanzen der flüchtigen organischen Verbindungen von 15 Unternehmen wurden überprüft und nach Anbringung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion für die Entschädigung zugestellt.

3. Sektor Immissionsüberwachung

Ein Teil der Messresultate für die Luftqualität von 2001 wurde wie jedes Jahr im statistischen Jahrbuch des Kan-

tons Freiburg «STAT-FR 2002» sowie auf der Internet-Site des BUWAL (www.buwal.ch/luft/f/indes.htm) veröffentlicht. Auf der Internet-Site des AfU (www.fr.ch/open) werden jede Woche die aktuellen Stickstoffdioxidwerte und im Sommer die Ozonwerte veröffentlicht.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Diese Substanzen überschreiten regelmässig die in der Bundesverordnung für die Luftreinhalteung festgelegten Grenzwerte.

Das AfU hat weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg betrieben. Diese Messstation wurde mit einem neuen System zur Messung der Luftverschmutzung ausgestattet, bei dem vom Institut für Physik der Universität ein Lichtstrahl auf die Messstation gerichtet wird und in der Station auf Grund einer Spektoranalyse die Konzentration verschiedener Bestandteile festgehalten wird. Im Jahre 2001 wurden zwei Messwagen wie folgt eingesetzt:

- Messung der Schadstoffbelastung an der rue de Vevey in Bulle, in der Nähe des Nicolas-Glasson-Platzes.
- Messung der Schadstoffbelastung im Gambach-Quartier in Freiburg, entlang der Avenue Louis Weck-Reynold.

Das Netz der NO₂-Passivsammler wurde im Jahr 2002 auf folgende Gemeinden ausgedehnt: Bulle (3 Standorte), Châtel-St-Denis (1), Düdingen (1), Estavayer-le-Lac (1), Freiburg (4), Givisiez (1), Granges-Paccot (1), Kerzers (1), Murten (3), Romont (1), Villars-sur-Glâne (1) und Vuisternens-en-Ogoz (1). Insgesamt wurden 19 Messstandorte über den ganzen Kanton verteilt. 2002 wurden die Passivsammler der Stadt Freiburg (12 Standorte im Jahr 2002) ins kantonale Messnetz aufgenommen, das auf Grund von Budgetkürzungen massiv reduziert werden musste.

VII. Abteilung Lärmschutz und nichtionisierende Strahlung

1. Lärmschutz

Das AfU hat im Rahmen der Umsetzung der Lärmschutzverordnung (LSV) 96 Dossiers für OP und DBP, 495 Baubewilligungsgesuche und 102 Patentgesuche für öffentliche Lokale oder Nachtlokale geprüft und begutachtet.

Die Anzahl persönlicher oder gemeinsamer Klagen über übermässige Lärmbelastungen blieb weiter hoch. Insgesamt wurden 24 neue Dossiers eröffnet.

2. Nichtionisierende Strahlung

Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung konzentriert sich noch immer auf die elektromagnetische Strahlung durch die Mobiltelefone. Die Anzahl eingereicherter Klagen steigt eindeutig. Die Hauptarbeit besteht aber in der Begutachtung der zahlreichen Baubewilligungsgesuche für den Bau von GSM-Basisstationen. Ein grosser Teil dieser Dossiers – nämlich rund 50 % – ist stets Gegenstand von Einsprachen. Alle eingereichten Projekte betreffen Anlagen, die den geltenden Normen entsprechen.

In Bezug auf die Langzeitwirkung der nichtionisierenden Strahlung bleiben die wissenschaftlichen Erkenntnisse mangelhaft und widersprüchlich, was die Aufgabe erschwert, wenn es darum geht, die potenziell betroffene Bevölkerung bezüglich Schädlichkeit der Strahlenstärke, der sie zwingend ausgesetzt ist, zu beruhigen.

VIII. Abteilung Koordination und Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Begleitung bei der Ausarbeitung von Umweltverträglichkeitsberichten (Teilnahme an Begleitsitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.);
- Auswertung von Voruntersuchungen, Umweltverträglichkeitsberichten und Kurzberichten, einschliesslich Koordination mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene;
- Prüfung und Zusammenfassung der Ortspläne, der DBP und der wichtigen Baubewilligungsdossiers;
- Koordination und Ausarbeitung des Kapitels über die Umwelt im Revisionsentwurf für den kantonalen Richtplan; insbesondere Mitarbeit an der Ausarbeitung der Weisungen des BRPA für die Orts- und Regionalplanung;
- Mitarbeit in einer Begleitgruppe für die Bewertung der UVP auf Mandat des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft;
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen zu UVP-Vorhaben, wie: Gottéron-Village, CIG-Moncor, A189 (Umfahrung Bulle), Umfahrung Düdingen, Ausgleichsmassnahmen für Nationalstrassen des Autobahnbüros, Baustelle des SBB-Tunnels in Vauderens, Hafen von Gletterens;
- Mitarbeit in allgemeinen Arbeitsgruppen: AG Sektorplan Arbeitszonen von kantonalen Bedeutung und AG Arbeitszonen Gross-Freiburg;
- verschiedene Stellungnahmen zu Projekten, die dem AfU unterbreitet wurden;
- Einrichtung einer AfU-Internet-Site;
- Koordination der ISO 14 001-Projekte;
- Verwaltung der Umwelt-Metadatenbank.

Das AfU hat 14 UVP-Berichte, 4 Voruntersuchungen und Pflichtenhefte abschliessend beurteilt. 31 Berichte sind in Bearbeitung. Das AfU hat 2 UVP-Notizen und Bewilligungsgesuche und/oder Bescheinigungen für die Benutzung pathogener Mikroorganismen in geschlossenen Systemen geprüft, d.h. gesamthaft wurden 50 Bescheinigungen geprüft – 35 davon sind in Bearbeitung.

Das AfU hat zudem in Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen staatlichen Stellen die Vorbereitungsarbeiten für die Ausarbeitung der Verordnung über den Bodenschutz koordiniert. Die allgemeine Koordination

wurde von der Abteilung Umweltverträglichkeitsprüfung gewährleistet, deren Vertreter die Ad-hoc-Arbeitsgruppe präsidierten und die Vorarbeiten für das kantonale Konzept zum Bodenschutz begonnen haben.

IX. Abteilung Abfallbewirtschaftung

1. Kehrichtverbrennungsanlage (KVA)

2002 konnten die technischen Anpassungen und nötigen Einstellungen für die Erteilung der definitiven Betriebsbewilligung vorgenommen werden. Die anfänglich für Ende 2001 geplante definitive Betriebsbewilligung wurde schliesslich am 28. Juni 2002 formell erteilt. Die Anlage funktioniert in zufrieden stellender Weise und weist eine den Erwartungen entsprechende Zuverlässigkeit auf. Der Brennofen an sich erweist sich als leistungsfähig und die installierte Ausrüstung ist sicher; dies ergab zumindest die erste zwischen dem 10. August und dem 2. September durchgeführte jährliche Revision. Während der Revision wurde der Brennofen abgestellt und die anfallenden Abfälle gelagert. Dieses Vorgehen verhinderte einen teuren Transport der Abfälle in eine andere Kehrichtverbrennungsanlage und ermöglichte zudem die Bildung eines Abfallagers, das das reduzierte Abfallvolumen gegen Jahresende kompensieren sollte. Dadurch kann die Funktionsfähigkeit des Brennofens optimiert werden. Die Lagerung der Abfälle war Gegenstand einer am 19. Juli 2002 erteilten Bewilligung der Baudirektion.

Die Abgasbehandlung ist sehr komplex und erfordert eine ständige Überwachung, damit die Normen bezüglich Abgasen und Ableitungen eingehalten werden. Die festgestellten unvermeidbaren Funktionsstörungen und Pannen bewegen sich im Toleranzbereich. Die Kehrichtverbrennungsanlage führt ihre Einwärmphase fort, wobei in dieser Zeit mit voller Kapazität gearbeitet wird. Das jährlich verbrannte Abfallvolumen beinhaltet auch eine Lieferung von 10 000 Tonnen Abfall, das von Produzenten ausserhalb des Einzugsgebiets stammt. Während die Arbeiten an der eigentlichen Kehrichtverbrennungsanlage beendet sind, wurden diejenigen an der Zufahrtsstrasse zwischen Matran und les Muëses erst öffentlich ausgeschrieben. Diese Arbeiten werden im Laufe des Jahres 2003 ausgeführt und sollten keine Überschreitung des Kostenvoranschlags bewirken, der 1998 auf 140 Mio. Franken geschätzt wurde. Diese erfreuliche Meldung schlägt sich auf den 1998 festgesetzten Preis pro verbrannte Tonne Abfall (nämlich 155 Franken) nieder. Es handelt sich dabei um eine aussergewöhnliche und einzigartige Situation in der Schweiz; eine beruhigende Situation.

2. Abfallreglemente der Gemeinden

11 Gemeinden haben ihr Abfallreglement der Baudirektion zur definitiven Genehmigung unterbreitet.

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Gemeindezusammenschlüsse erheben zurzeit 218 Gemeinden eine proportionale Gebühr für die Entsorgung der Abfälle (Volumengebühr oder Gewichtengebühr), was 98 % der Gemeinden und 99 % der Bevölkerung entspricht.

3. Reaktordeponien

Das AfU kontrolliert systematisch den Betrieb der Deponien En Craux in Châtel-St-Denis und Châtillon in Haute-rive. Der Betrieb dieser Anlagen wird für nicht brennbare Abfälle (leicht verschmutzte Erde, Schlacken) oder brennbare Abfälle, deren Verwertung in einer Kehrichtverbrennungsanlage problematisch ist, aufrechterhalten. Die Ausbeutungsbewilligungen wurden erneuert.

4. Inertstoffdeponien

Auf Grund von unerwarteten Lieferungen leicht radioaktiven Materials aus dem Genferseegebiet sind $\frac{3}{4}$ des Aufnahmevolumens der Inertstoffdeponie in Montet (Glane) schon besetzt, weshalb der Betreiber dieser Anlage ein Erweiterungsprojekt ausgearbeitet hat. Das Projekt wird zurzeit von den Freiburger und Waadtländer Raumplanungsdiensten vorgeprüft. Die offizielle Vernehmlassung wird im Laufe des Jahres 2003 erfolgen.

5. Deponien für Aushubmaterialien

Es wurden zahlreiche Kontrollen der Deponiebetriebe durchgeführt. Die Situation kann im Allgemeinen als zufrieden stellend bewertet werden. Die Betreiber der Deponien haben die Problematik und die Bedeutung von separaten Inertstoffdeponien und Deponien für Aushubmaterialien begriffen.

6. Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen

Es wurden 10 neue Dossiers über wilde Abfalldeponien eröffnet, welche die Sanierung von kleineren wilden Deponien für organische Abfälle mit Feuerstelle sowie Inertstoffdeponien am Waldrand oder in Bächen betrafen.

11 so genannte «alte Deponien» wurden entweder geschlossen oder wiederinstandgesetzt. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass eine Gemeindedepoie von gewisser Bedeutung und eine Kiesgrube geschlossen sowie an zwei Standorten die Abfälle abgeführt wurden und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt wurde. Die anderen Deponien, die geschlossen wurden, sind von geringerer Bedeutung (Deponien für organische Abfälle mit Feuerstelle oder Inertstoffdeponien). Diese Lagerplätze sind im Kataster der belasteten Standorte eingetragen. Das AfU musste auch in Fällen illegaler Terrainauffüllungen einschreiten.

7. Baustellenabfälle

Die Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz haben ihre Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf den Baustellen weitergeführt.

Im Laufe des Jahres haben sie 546 Baustelleninspektionen durchgeführt. Dabei konnte ein leichter Rückgang der Verbrennung von Abfällen auf den Baustellen verzeichnet werden, aber diese illegale Abfallentsorgung ist noch immer zu stark verbreitet. Diese Verhaltensweise einiger Unternehmen schadet noch immer sehr stark den Unternehmen, die die Baustellenabfälle umweltbewusst entsorgen.

In einigen Fällen von gewisser Bedeutung musste das AfU direkt einschreiten.

8. Organische Abfälle

Alle durchgeführten Kontrollen zeigen eine perfekte Konformität des Endproduktes, das hauptsächlich in der traditionellen Landwirtschaft in Form von halbverrottetem Kompost verwertet wird.

9. Sonderabfälle

Das EDV-System ELISA, eine aktualisierte Version für die Auswertung der von den Abnehmern von Sonderabfällen gelieferten Daten, wurde in Betrieb genommen. Die Aktualisierung der Daten über die Freiburger Abfallproduzenten ist abgeschlossen. Die Eingabe der Mengen Sonderabfälle, die von den Freiburger Abnehmern aufgenommen werden könnten, ist im Gange. Die vollständige Aktualisierung dieser Angaben wird erst 2003 abgeschlossen sein.

10. Klärschlämme

Im Februar 2002 informierte die Baudirektion alle Freiburger Gemeinden über die Resultate der Studie über die Einführung einer neuen Behandlungsmöglichkeit der Klärschlämme, da der Bund die Einstellung der landwirtschaftlichen Verwertung der Klärschlämme plant. Die zwei in der Nutzwertanalyse geprüften Varianten waren:

- a) die Trocknung der Klärschlämme im Kanton und deren Verbrennung in einer Zementfabrik;
- b) autonome Verbrennung der Klärschlämme im Kanton.

Aus dieser Studie ging hervor, dass die Verbrennung der Klärschlämme in einer kantonalen Anlage ausschlaggebende Vorteile aufweist, so dass den Gemeinden vorgeschlagen werden konnte, eine genauere Untersuchung durchzuführen. Dieser Vorschlag wurde von der SAIDEF während der Aktionärsversammlung vom 3. Mai 2002 gemacht. Die Versammlung hiess dafür einen Planungskredit von 550 000 Franken gut. Seither hat der Bund bestätigt, die Ausbringung der Klärschlämme in der Landwirtschaft aufgeben zu wollen, indem eine Ad-hoc-Änderung der Stoffverordnung (StoV) in die Vernehmlassung geschickt wurde. Aus den Resultaten der Vernehmlassung geht hervor, dass das Verbot der landwirtschaftlichen Verwertung der Klärschlämme auf Raufutter- und Gemüseanbauflächen schon im Jahre 2003 gelten könnte. Ab dem 1. Oktober 2005 soll dieses Verbot auf alle Böden ausgedehnt werden. Diese Zukunftsperspektive rechtfertigte die Fortführung des von den SAIDEF-Aktionären vergebenen Mandats für die Festlegung einer passenden Technologie für die Verbrennung von Klärschlamm, bei der die in der Kehrichtverbrennungsanlage Châtillon (Gemeinden Haute-rive) bestehenden Synergien bestmöglich genutzt werden könnten. Die technischen und finanziellen Untersuchungen im Zusammenhang mit diesem Projekt haben den Nutzen der Zentralisierung der Trocknungs- und Verbrennungsprozesse in Châtillon bestätigt. Beim Brennofen sollte es sich im Idealfall um einen «Wirbelschichtofen» handeln. Die Reststoffe würden in der Deponie von Châtillon gelagert. Die technischen und finanziellen Details dieses Projekts werden den SAIDEF-Aktionären im Frühling 2003 vorgestellt. Die Projektausführung wird an dieser Versammlung beschlossen.

11. Prüfung von Baubewilligungsgesuchen

486 Baubewilligungsgesuche aus Gewerbe, Industrie und Gemeinden wurden hinsichtlich Abfallbewirtschaftung geprüft. Darin enthalten sind auch die Abbruch- und Aufschüttungsgesuche sowie die Gesuche für das Erstellen oder Betreiben von Deponien.

Es wurden zudem 45 Dossiers für die Revision von OP, DBP, Quartierplänen und Umweltverträglichkeitsprüfungen bezüglich Abfallbewirtschaftung begutachtet.

12. Sanierung belasteter Standorte

Das Kataster der belasteten Standorte ist zurzeit in Bearbeitung (Phase 1B wurde im September 2000 vergeben). Diese Phase sollte bis Ende 2003 andauern. Ende 2002 haben die Auftraggeber den Kontakt zu den Gemeinden für Zusatzinformationen über die vorhandenen Listen beendet. Die definitiven Lagerorte waren Gegenstand von Ortsbesichtigungen und Vorauswertungen. Die administrative Aufteilung der Ausbeutungsstandorte erfolgte auf der Grundlage von 6 Schlüsselfragen, die den Gemeinden gestellt wurden.

Mangels eines Katasters der belasteten Standorte musste das AfU in rund zwanzig Verschmutzungsfällen, in denen es die Umstände erforderten, Untersuchungen und eingreifende Massnahmen anordnen. Mehrere Aushübe waren Gegenstand besonderer Untersuchungen und aufmerksamer Überwachungen.

Autobahnbüro

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Jahr 2002 war für das Autobahnbüro (AB) ein Übergangsjahr zwischen dem Abschluss der Hauptarbeiten auf dem Autobahnabschnitt Cheyres-Cugy der A1 und dem Beginn der Ausbau-, Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten auf der A12, die für den Frühling 2003 geplant sind.

Mit dem Ende der Bauarbeiten auf der A1 wurde eine wichtige Etappe des Auftrags abgeschlossen, der dem AB in den Sechzigerjahren vergeben wurde.

Damit das Autobahnbüro seine zukünftigen Aufgaben optimal ausführen und vor allem den Bedürfnissen des Bundes entsprechen kann, hat das AB seit mehreren Monaten einen Restrukturierungskurs eingeschlagen, der folgende organisatorische Massnahmen vorsieht:

- Reduzierung des Personalbestandes;
- Bildung eines dynamischen und kompetenten Teams, das mit Projektleitern arbeitet;
- Einführung seit dem 1. Januar 2002 einer neuen Struktur für die Tätigkeiten des AB.

Diese neue Struktur teilt sich in zwei Haupttätigkeitsgebiete auf: Planung und Ressourcen, was der Struktur des

AB-Qualitätssystems entspricht, das 1997 und 2000 ISO 9001 zertifiziert wurde.

Parallel dazu schrieb das Autobahnbüro die Ausführungsarbeiten für den 1. Unterhaltsabschnitt der A12 auf der Höhe von Düdingen zwischen Ottisberg und der Kantonsgrenze FR/BE öffentlich aus. Das Projekt entspricht den Grundsätzen des UplaNS-Projekts (Unterhaltsplanung der Nationalstrassen) das vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) ausgearbeitet wurde.

Ausserdem wurden 2002 trotz Ende der Hauptarbeiten auf der A1 zahlreiche Objekte, Mandate und Ausschreibungen für die beiden Nationalstrassen vergeben. Der Gesamtbeitrag dieser Aufgaben beläuft sich auf beinahe 97 Mio. Franken, hauptsächlich zulasten der Unterhaltsrechnung.

Während sich der Baukredit auf 27,3 Mio. Franken belief – von denen ein Grossteil für die A1 gebraucht wurde – entsprach der Unterhaltskredit 6,9 Mio. Franken, dessen grösster Teil für Studien und Überwachungsarbeiten auf der Nationalstrasse im Rahmen der Ausarbeitung des UplaNS-Projekts benutzt wurde.

Die Überwachungs- und Einstellungsarbeiten an den elektromechanischen Ausstattungen auf der A1 und die Bepflanzungsarbeiten entlang der Strecke wurden weitergeführt wie auch die Arbeiten für den Abschluss und die Wiederherstellung der Strassen, Meliorationswege und ehemaligen Baustellenstandorte.

Auf der Autobahnumfahrung Murten, zwischen Greng und dem Löwenberg, wurden verschiedene Zusatzarbeiten auf und ausserhalb der Fahrbahn ausgeführt. Die Überwachung der elektromechanischen Ausstattungen hat gezeigt, wie schnell diese Installationen überholt werden.

Im Rahmen der Unterhaltsplanung der Nationalstrassen (UplaNS) und in Übereinstimmung mit den Weisungen des ASTRA wurden die Unterhaltsabschnitte für die zwei Autobahnen (A1 und A12) in Abstimmung mit den Kantonen Waadt und Bern neu festgelegt. Das ASTRA hat ausserdem sein Einverständnis zum Generalkonzept für den zweiten Unterhaltsabschnitt UplaNS auf der A12 gegeben. Dieser Sektor befindet sich auf der A12 und tangiert zwischen Vevey (La Veyre) – Châtel-St-Denis – Semsales die Kantone Freiburg und Waadt. Auf diesem Abschnitt sollen die Kunstbauwerke verbreitert werden, die über keinen Pannestreifen verfügen.

Das AB hatte zudem im Laufe des Jahres die Möglichkeit der parlamentarischen Kommission für Strassen und Wasserbau das UplaNS-Projekt und dessen Auswirkungen auf den Kanton sowie das Projekt für die Verbindung zwischen der A12 und der Umfahrungsstrasse von Bulle (H189) vorzustellen.

Die sehr engen Beziehungen zum ASTRA, den Gemeinden und den Güterzusammenlegungsgenossenschaften wurden im Rahmen der genannten Projekte und Arbeiten weitergeführt.

Die Weiterführung der Informationspolitik des AB konkretisierte sich unter anderem mit der Veröffentlichung des Dokuments «Des voies romaines à l'autoroute A1» und über die INTERNET-Site. Die Mitarbeiter des AB haben

ausserdem im Rahmen ihrer Tätigkeiten Vorträge gehalten und an zahlreichen Informationsanlässen mitgewirkt, insbesondere in den Gemeinden entlang des Autobahnabschnittes der A12 «Ottisberg – Kantonsgrenze FR/BE».

Die seit 1999 eingeleitete Umstrukturierung des AB wird weitergeführt. So reduzierte sich bis 2002 der Personalbestand des AB von 62 Arbeitsplätzen im Jahr 1998 auf 38,8 umgerechneten Vollzeitstellen, indem vorzeitige Pensionierungen und einzelne Kündigungen vorgenommen wurden.

II. Personal

Ende 2002 umfasste der Personalbestand 37 Personen, davon 3 Teilzeitangestellte und 2 Lehrlinge.

III. Besondere Tätigkeiten

1. Ständige Verbesserungen

- Aktualisierung des AQ-Systems für das Kontrollaudit vom Juni 2002;
- Beteiligung an den internen Qualitätsaudits;

2. Klienten und Leistungen

- Textredaktion, Koordination und Aufsicht über die Publikation «Des voies romaines à l'autoroute A1 » zur Geschichte der Kommunikationswege in der Region Broye. Organisation der Pressekonferenz und der Promotion des Buches;
- Betreuung und Verwaltung des informatisierten Bilderverwaltungssystem für die Baustellenfotos;
- informatisierte Archivierung der Dokumentation aus den Informationspavillons, der Hefte und der beiden Bücher «Tracé» und «Des voies romaines à l'autoroute A1 ».

IV. Ressourcen

1. Erwerb von Liegenschaften

A1

- unentgeltliche Abgabe einer Fläche von 1912 m² auf dem Gebiet der Gemeinde Dompierre an die öffentlichen Gewässer für die zukünftigen Verbauungen der Broye;
- Tausch von 16 350 m² gegen 16 160 m², auf dem Gebiet der Gemeinde Bussy, im Betrag von 1733.90 Franken zugunsten der Nationalstrassen;
- Verkauf von 35 730 m² zum Preis von 154 377.10 Franken auf dem Gebiet der Gemeinden Domdidier, Lully und Sévaz.

A12

- Es wurde kein Kauf vorgenommen.
- Es wurde kein Verkauf vorgenommen.

2. Entschädigungen für vorzeitige Inbesitznahme und für Schäden während der Bauzeit

Den Landwirten wurden Entschädigungen für Verdienstaufälle von insgesamt 105 297.80 Franken ausbezahlt (einschliesslich für die Kiesgruben von Basilea in Düdingen und Grandvillard).

3. Güterzusammenlegungen

A1

Cheyres – Yvonand (VD)

- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Murist und Umgebung

- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Bollion – Châbles – Seiry

- obligatorische Autobahngenossenschaft;
- das Übergangskataster ist in Vorbereitung.

Châtillon – Font – Lully

- die Kollektivarbeiten werden im Frühling 2003 abgeschlossen sein;

Frasses und Umgebung

- obligatorische Autobahngenossenschaft;
- die 5. und letzte Etappe der Kollektivarbeiten wird im Frühling 2003 abgeschlossen.

Cugy – Bussy

- der Übergangskataster ist in Vorbereitung.

Domdidier und Umgebung

- die Vermarktungs- und Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Rueyres-les-Prés (Unterperimeter A1)

- die Vermarktungs- und Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Missy (VD) – Vallon (FR)

- Anordnung zur Erweiterung des Perimeters auf Vallon (Abschnitt der ehemaligen Streckenführung der A1) durch Beschluss des Staatsrats;
- die Kollektivarbeiten sind im Gange.

Courgevoux

- freiwillige Genossenschaft gebildet;
- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Murten – Altavilla

- freiwillige Genossenschaft gebildet;
- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

A12

Châtel-St-Denis

- obligatorische Autobahngenossenschaft;
- die neue Vermessung ist abgeschlossen;
- die Einschreibung ins Grundbuch (GB) erfolgt im Frühling 2003.

Farvagny – Grenilles – Posat

- freiwillige Genossenschaft von der konstituierenden Versammlung beschlossen.

Grandvillard – Estavannens

- Bildung einer freiwilligen Genossenschaft;

Verschiedenes

- Vermessungen, Photogrammetrik.

4. Umweltbelastungen

- Weiler Prayoud auf dem Gebiet der Gemeinde Châtel-Saint-Denis;
- Beginn der Studie für das Teilprogramm zur Lärmsanierung zweier Gebäude in unmittelbarer Nähe des Anschlusses von Matran in Zusammenarbeit mit dem Strassen- und Brückendepartement;
- Vorbereitung der Dossiers für die Veröffentlichung des Entscheids zur Sanierung und Erteilung von Erleichterungen für das Quartier «La Fenetta» und den Sektor «Impasse de la Montagne» auf dem Gebiet der Gemeinde Matran;

rungen für das Quartier «La Fenetta» und den Sektor «Impasse de la Montagne» auf dem Gebiet der Gemeinde Matran;

- Zusammenarbeit mit den Auftraggebern des Gesuchstellers bei der Suche nach einer Lösung, die den Bestimmungen der Lärmschutz-Verordnung (LSV) entspricht, im Rahmen der Vernehmlassung und der Baubewilligungsgesuche für das Mehrzweckzentrum «Gottéron-Village» auf dem Gebiet der Gemeinde Villars-sur-Glâne;
- Machbarkeitsstudie für die Überdeckung der Autobahn im Rahmen des Teilprogramms zur Lärmsanierung in der Region Chamblieux auf dem Gebiet der Gemeinden Freiburg, Givisiez und Granges-Paccot;
- Vorbereitung der Unterlagen und Metadaten für die elektronische Archivierung der Korrespondenz bis Ende 1999, d.h. über mehr als 20 Jahre.
- Studien und Gutachten für 81 Baubewilligungsgesuche sowie 13 Vor- und Schlussprüfungen von Quartierplänen, Revisionen von Ortsplanungen;
- Auswertung der Resultate der automatischen Verkehrszählungen auf der Autobahn A1 und A12 sowie Veröffentlichung der Ergebnisse auf der Internet-Site des AB;

5. Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)

Das Pilotprojekt GEDARC ist in Übereinstimmung mit dem ASTRA angelaufen. Ende 2002 wurden rund 70 % der Pläne und 15 % der Unterlagen elektronisch archiviert.

6. Verwendung der Kredite

a) Nettoausgaben für den Bau der Nationalstrassen

	A1 in Fr.	A12 in Fr.	
Projektierung, Bauleitung	8 720 603.35	560 065.00	
Landerwerb und Umlegungen	1 580 235.45	271 035.65	
Bauausführung	14 579 136.50	1 560 670.95	
Total der verwendeten Kredite	24 879 975.30	2 391 771.60	27 271 746.90
. /. Einnahmen ausserhalb der Kreditverwendung	1 597 971.10	15 575.90	<u>1 613 547.00</u>
Total der Nettoausgaben			25 658 199.90

b) Bruttoausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen

Total der Bruttoausgaben	6 924 317.70
--------------------------	--------------

c) Verpflichtungskredit des Kantons vom 26. Juni 2001

Saldo per 1. Januar 2002	11 837 305.90
Verwendung 2002	2 755 325.15
Am 1. Januar 2003 verfügbarer Saldo	9 081 980.75

V. Ausarbeitung – Ausbau, Unterhalt, Erneuerung (UPlANS)

1. Pavement Management System (PMS)

A1

Abschnitt Cheyres – Cugy

- Erstellung der Liste der Kostenstellen für das ASTRA.

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Projekt für die sichere Ableitung des Wassers aus dem Sondierstollen im Les Vignes-Tunnel;

A12

Abschnitt Châtel-St-Denis – Vaulruz

- Bodenerhebungen für die Ausführung der Pläne zur Erhaltung der Autobahn;
- periodische Inspektionen für folgende Teile der Bauwerke:
 Fahrbahn/Belag, Strassenränder, Mulden, Kanalisationsen, Rückhaltevorrichtungen, Einzäunungen, Signalisation, Markierungen, elektromechanische Einrichtungen (Tiefbau), Umgebungsarbeiten;
- Beteiligung an der Diskussion für die Festlegung der Kostenstellen;
- Beteiligung an der Budgetfestlegung für die Kreditforderungen der P12;
- Beteiligung an den Plänen für die Kanalisations-Inspektionen P12;
- Begleitung des P12-Projekts;
- Eingabe der PMS-P12-Daten ins geographische Informationssystem (SIT) ArcView.

Abschnitt Vaulruz – Bulle

- Vorstudie für den Unterhaltsabschnitt 1.

Abschnitt Bulle – Corpataux

- Vorbereitung der Daten für den Unterhaltsabschnitt 2 zwischen Riaz und Ecuwillens.

Abschnitt Corpataux – Freiburg

- Vorbereitung der Daten für den Unterhaltsabschnitt 3 zwischen Ecuwillens und Ottisberg.

Abschnitt Freiburg – Düdingen

- Ausarbeitung mehrerer Gutachten für Bauten innerhalb der Grundstücke der Nationalstrassen;
- Stellungnahme zu einer Anfrage der Gemeinde Matran über die Beteiligung an den Arbeiten im Bugnon-Bach;
- Vorstudien für die Rückgabe an die Landwirtschaft der Zone beim Lager der Kiesgrube Basilea.

A1-A12

- Ausführung der Situationspläne DAO für die Einzugsgebiete der Autobahn;
- Ausführung der Situationspläne DAO für die Kostenstellen der Autobahn;
- Ausführungsprojekt für die Nummerierung der Anschlüsse (Signalisation);

Verschiedenes

- Umsetzung der Überwachung der PMS-Bauwerke nach Einzugsgebieten;
- Umsetzung des Plannings für die periodischen Inspektionen der Autobahn;
- Beteiligung an der Schaffung der gemeinsamen Internet-Site des AfU und des AB.

2. Bridge Management System (BMS)

A1

Abschnitt Cheyres – Cugy

- Ausarbeitung des Dossiers für die öffentliche Ausschreibung der Kantonsstrassen-Brücke über den Arignon südlich von Frasses;
- Begleitung bei der Realisierung des Durchgangs für den Chèvrefu-Baches unter der Kantonsstrasse Estavayer-le-Lac – Murist;
- periodische Inspektionen von 6 Kunstbauwerken.

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Ausarbeitung der Inspektionsdossiers für den technischen Stollen von Chantemerle, unter der A1;
- periodische Inspektionen von 3 Kunstbauwerken.

A12

Abschnitt Châtel-St-Denis – Vaulruz

- Ausarbeitung des Interventionskonzepts im Hinblick auf die Genehmigung durch das ASTRA von 20 BMS-Bauten zur Wiederherstellung des Unterhaltsabschnitts P12 «La Veyre – Outre Broye»;
- Leitung und Beteiligung an der Detailstudie für das interkantonale Projekt P12 zur Wiederherstellung des Unterhaltsabschnittes «La Veyre – Outre Broye», das die Bereiche BMS, PMS und EMS einschliesst;
- Mitwirkung im Pilotausschuss für das Projekt P12;
- Mitwirkung in der Projektgruppe P12;
- Untersuchung und Prüfung der Materialien von 10 Kunstbauwerken;
- Untersuchung und Detailkontrolle der Überführung beim Anschluss Châtel-St-Denis sowie der Lärmschutzwände bei Fruence und Prayoud;
- Sonderinspektionen beim Stand «Null» von 13 Kunstbauten im Rahmen des Projekts P12;
- periodische Inspektionen von 6 Kunstbauwerken.

Abschnitt Vaulruz – Bulle

- dringende Sicherheitsmassnahmen für die Reparatur von Betonabplatzungen unter der Decke der Unterführung der Kantonsstrasse Bulle – Châtel-St-Denis;
- periodische Inspektionen von 3 Kunstbauwerken.

Abschnitt Bulle – Corpataux

- detaillierte Untersuchungen und Prüfung der Brücke über den Gérignoz-Bach;
- periodische Inspektionen von 7 Kunstbauwerken.

Abschnitt Corpataux – Freiburg

- periodische Inspektionen von 6 Kunstbauwerken.

Abschnitt Freiburg – Düdingen

- Beteiligung am Ausschreibungsverfahren für den Lieferungs- und Arbeitsauftrag für die BMS-Arbeiten bei der Wiederherstellung des Unterhaltsabschnitts P3 «Ottisberg – Kantonsgrenze FR/BE»;
- Studie für das Ausführungsprojekt von drei BMS-Bauwerken im Unterhaltsabschnitt P3;
- Mitwirkung im Pilotausschuss der Projekts P3;
- Mitwirkung in der Projektgruppe P3;
- periodische Inspektionen von 4 Kunstbauwerken.

Abschnitt Düdingen – Flamatt

- Beteiligung am Ausschreibungsverfahren für den Lieferungs- und Arbeitsauftrag für die BMS-Arbeiten bei der Wiederherstellung des Unterhaltsabschnitts P3 «Ottisberg – Kantonsgrenze FR/BE»;
- Studie und Ausführungsprojekt von 19 BMS-Bauwerken im Unterhaltsabschnitt P3;
- Mitwirkung im Pilotausschuss der Projekts P3;
- Mitwirkung in der Projektgruppe P3;
- periodische Inspektionen von 6 Kunstbauwerken.

Verschiedenes

- Mitwirkung in Arbeitsgruppen des VSS und des ASTRA;
- Eingabe der Daten zu den Kunstbauwerken der A1 und A12 in die Datenbank KUBA-DB;
- Aktualisierung der Ausführungspläne gemäss Ausführung;
- Ausarbeitung und Aktualisierung der allgemeinen Ausführungspläne;
- Ausarbeitung der Inspektionsfichen aller Kunstbauten der A1 und der A12 für die periodischen Inspektionen;
- Mitwirkung in der Koordinationsgruppe für das Qualitätsmanagement, die aus Vertretern des Kantons, des SIA, der AFL, des FBV und des SBD besteht;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe «Poya-Brücke».

3. Electrical Management System (EMS)

A1

Abschnitt Cheyres – Cugy

- Der Abschnitt wurde am 5. April 2001 für den Verkehr freigegeben. Die Lose wurden abgenommen, ausser demjenigen für die Brandmeldung. Bei einer Sitzung beim ASTRA mit dem Unternehmen und den für den Betrieb zuständigen Amtsstellen der Kantone Waadt und Freiburg teilte der Bauherr mit, die Installation mit ihrem heutigen Grad an Zuverlässigkeit unmöglich abnehmen zu können. Dem Unternehmen wurde beantragt, die Bankgarantie (Solidarbürge) bis Ende 2003 zu verlängern. Die Erneuerung des Kommunikationssystems der Nationalstrassen geht langsam zu Ende. Das System ist einsatzbereit. Die Abnahme wird aber Anfang 2003 erfolgen, nämlich nach der Integration der Kameras in den waadtländischen Tunnels von Bruyères und Châbles ins allgemeine Verwaltungssystem.

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Der Abschnitt ist seit Dezember 1997 für den Verkehr offen. Folgende Inspektionen wurden im Laufe des Jahres 2002 vom Verantwortlichen des Electrical Management System (EMS) unternommen: drei Abnahmen vor Ablauf der Garantien und eine Arbeitsabnahme (Erneuerung der Beleuchtung in der technischen Galerie des Les Vignes-Tunnels). Dabei wurden kleinere Mängel festgestellt, die von den Unternehmen behoben wurden. Die Schlussabrechnungen aller Lose wurden ebenfalls abgeschlossen.

A12

P12 Unterhaltsabschnitt «La Veyre – Semsales»

- Das Fiberglaskabel zwischen Freiburg Nord und Châtel-St-Denis wurde gelegt; die Arbeitsabnahme erfolgte am 12. September 2002.

P3 Unterhaltsabschnitt «Ottisberg – Kantonsgrenze FR/BE»

- Die Verlegung des Fiberglaskabels auf dem Abschnitt Freiburg Nord – Flamatt ist für 2003 – 2004 im Rahmen des Unterhaltsprojekts für den Abschnitt P3 geplant. Auf diesem Unterhaltsabschnitt wurden folgende Lose vergeben, deren Verträge laufen; Telefon der Nationalstrassen, Glatteismelder, allgemeines Verwaltungssystem, programmierbare Automaten und Videoüberwachung sowie automatische Störfallerfassung.

4. Allgemeine Projekte und Abschlussarbeiten

Abschlussarbeiten

A1

Abschnitt Cheyres – Cugy + Enklave Domdidier

- Begleitung der Studien, Vorbereitung der Ausschreibung für die Erneuerung der Kantonsstrasse südlich

- von Frasses, die ökologischen Ausgleichsmassnahmen und die Kompensationsaufforstungen;
 - Begleitung der Studien für die Kantonsstrasse Montborget – La Vounaise;
 - Teilnahme an Sitzungen über die laufenden Baustellen;
 - Teilnahme an den Sitzungen für die Kontrollen und die Begleitung bei der Realisierung der Eindolung des Arignon-Kanals, dem Durchgang für den Chèvrefu-Bach und der Anpassung der Kantonsstrasse südlich von Frasses;
 - Vorbereitung der Verträge und Nachträge zu den genannten Objekten;
 - Ausarbeitung der Vereinbarung über die Abnahme der Bauwerke beim Arignon und Besprechungen mit den betroffenen Gemeinden;
 - Begleitung bei den Problemen im Zusammenhang mit der Realisierung des Kreisels Croix de Pierre und der Ausstattungen des Regenwasserbeckens des Rastplatzes;
 - Studie zur Anpassung der Installationen des Regenwasserbeckens an die SUVA-Anforderungen;
 - Ausbau der Deponien Cernia, Arignon und Montborget;
 - Eindolung des Arignon-Kanals;
 - zusätzliche Drainage der Parzelle «Glauser»;
 - Instandsetzung der Lager für Kultur- und Top-soil-Erde;
 - Bau eines Fussgängerwegs auf dem Rastplatz «Rose de la Broye»;
 - Wiederherstellung der Zufahrten und Wege in Zusammenarbeit mit den Meliorationsdiensten;
 - Abbruch des Syphons des GRAC-Netzes, in Frasses;
 - Präventivmassnahmen in der Sicherheitszone durch den Forstdienst;
 - Aufforstung des Einschnittes von Sévaz sowie der Depots «Fin de la Râpe» und l'Arignon;
 - Ausbau der Dienstgebäude nach Installation der elektromechanischen Ausrüstung;
 - Kompensationsaufforstung in Domdidier;
 - Renaturierung des Feuchtgebiets von Pra Bosset;
 - Unterhalt des Korridors von Arignon und des Wildwechsels von Tembley;
 - Unterhalt der Hecke bei Domdidier und des Areals unter der Broye-Brücke;
 - Unterhalt der Grünzonen entlang der Autobahn von km 107 540 bis km 117 120;
 - Unterhalt der Bepflanzungen der Durchfahrt Chèvrefu – Bois des Râpes;
 - Unterhalt des Feuchtgebiets von Pra Bosset;
 - Archäologie: Probenanalyse und Ausarbeitung der Vorberichte;
 - Unterhalt der Bepflanzungen bei der Durchfahrt von Sévaz, den Depots «Fin de la Râpe» und Arignon;
 - Kompensationsaufforstungen unter dem Viadukt von Lully und beim Rastplatz «Rose de la Broye»;
 - Durchgang für den Chèvrefu-Baches unter der Kantonsstrasse;
 - Verbauung des Chèvrefu-Baches;
 - Brücke über den Arignon und Kantonsstrasse südlich von Frasses;
 - Wiederherstellung und Verschiebung der Feuchtwiese und des Wildwechsels von Carronet;
 - Wiederherstellung der Steingrube von Saux;
 - Ausbau des gedeckten Einschnitts von Sévaz und des Depots «Fin de la Râpe»;
 - Ausbau des Waldes von Chèvrefu und des Bois des Râpes;
- Abschnitt Greng – Gurbrü
- Drainage des Sondierstollens für den Les Vignes-Tunnel;
 - Vorbereitung der Elemente für die Ausarbeitung von Archivierungsplänen;
 - Festlegung der Eigentumsgrenzen beim Depot Im Loch;
 - Kontrollinspektionen hinsichtlich der Garantieabgaben;
 - Feuchtgebiet vom Mühlebach, Sanierungsprojekt für die Wasserfassung;
 - Ende der Injektionsarbeiten am gedeckten Einschnitt Combettes (Hydrogel-Injektionen auf der Juraseite);
 - Drainagearbeiten bei Im Loch, sowie auf verschiedenen Parzellen;
 - Pumpstation (STAP) la Parralle in Courgevaux;
 - Verbauungen und Unterhalt im Chantemerle-Bach + Bedachung der Galerie;
 - Unterhalt der Bepflanzungen beim Moos von Courgevaux;
 - Unterhalt des Biotops beim Löwenberg;
 - Unterhalt der Bepflanzungen entlang der Kantonsstrassen Murten – Düdingen und Murten – Cressier;
 - Unterhalt des Feuchtgebiets Mühlebach;
 - Unterhalt der Forstbepflanzungen im Mühlebach;
 - Unterhalt der Bepflanzungen beim Dy-Bach;
 - Unterhalt der Bepflanzungen beim Moulin-Bach und der Evergreen-Mauer;
 - Unterhalt der Bepflanzungen bei der Unterhaltsrampe von la Parralle;

- Unterhalt des Sandfangs im Dy-Bach;
- Behandlung der Abschlussprobleme, wie Installation von zusätzlichen Zählern im Brandmelder-Netz, Übergabe an die Gemeinden der provisorischen Wasserleitungen, Anfechtung der Eigentums Grenzen, Beheben der Mängel auf früheren Arbeiten usw.;

Umfahrung Flamatt

- Vorbereitung eines Dossiers zur Grundsatzgenehmigung durch das ASTRA für die nötige Bewilligung zur Weiterführung der Studien für die Umfahrungsstrasse von Flamatt, in Form eines Generalprojekts, bei dem den neuen Weisungen des Bundes in Sachen nachhaltiger Entwicklung Rechnung getragen wird.

STRADA-Projekt

Realisierungseinheit A:

- Eingabe der vom ASTRA für die A1 und A12 erhobenen Angaben über den Zustand i4;
- Eingabe der vom AB 2002 erhobenen Angaben zum Zustand i1 der A12;
- Eingabe der Knoten und deren Standorte für den Abschnitt der A1 Cugy – Greng auf Waadtländer Gebiet;
- Ende der Erhebungen von Informationen für den Abschnitt der A1 Cheyres – Cugy, die folgende Angaben umfassten:
die geometrischen Profile,
Abnutzung der Fahrbahn,
die verschiedenen Fahrbahnschichten.

A1 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

- Abschnitt 14 Löwenberg – Kantonsgrenze FR/BE

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Im Laufe des Jahres wurden verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten ausgeführt.

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- Unter Garantie stehende Arbeiten:
Überführung Galmiz – Ried, Fugen, Durchlässigkeit;
Viadukt von Galmiz, Fugen.

A12 Ausbau

—

A12 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

- Abschnitt 76 Châtel-St-Denis – Rossens

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Sanierung der Stützmauer von Avry-devant-Pont;
- im Laufe des Jahres wurden verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten ausgeführt.

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- Prüfung der unter Garantie stehenden Arbeiten: Viadukt von Greyerz, Fugen und Gussasphalt.

- Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Im Laufe des Jahres wurden verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten ausgeführt.

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- unter Garantie stehende Arbeiten: Sense-Brücke, Kantonsstrasse;
- Prüfung der unter Garantie stehenden Arbeiten: Viadukt von Flamatt, Fugen und Gussasphalt.

Kiesgruben

Arbanet:

- Die Rekultivierung ist praktisch abgeschlossen, es fehlt noch eine kleine Fläche auf einer Privatparzelle.

Basilea:

- die Ausbeutungs- und Rekultivierungsarbeiten werden normal weitergeführt;
- entlang der Autobahn wurde die Rekultivierung beim ehemaligen Kiesdepot Nr. 1 auf Grund des schlechten Wetters im Herbst verschoben;
- der Abtransport des nach dem Lothar-Sturm zwischengelagerten Holzes im alten Kiesdepot Nr. 2 begann im Dezember.

5. Massnahmen

Material

A1

- Abschnitt Cheyres – Cugy
- hydrogeologische Überwachung der im Abschnitt vorhandenen Fassungen und Quellen;
- hydrogeologische Überwachung des Tunnels von Arrissoules;
- Überwachung der Wasserqualität beim belasteten Standort von La Faye.

Geomatik

A1

- Abschnitt Cheyres – Cugy
- topographische Massnahmen zur Überwachung von drei Kunstbauwerken;
- Eintragungen ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange).

- Abschnitt Greng – Gurbrü
- topographische Massnahmen zur Überwachung von sechs Kunstbauwerken;
- Eintragungen ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange).

A12

- Abschnitt Châtel-St-Denis – Vaulruz
- topographische Massnahmen zur Überwachung von fünf Kunstbauwerken;
- Sammlung von topographischen Grunddaten für den Unterhaltsabschnitt P12;
- Auswertung der Flugbilder und Orthofotos der Autobahn;
- Eintragungen ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange).
- Abschnitt Vaulruz – Bulle
- topographische Massnahmen zur Überwachung von fünf Kunstbauwerken;
- Auswertung der Flugbilder und Orthofotos der Autobahn;
- Eintragungen ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange).
- Abschnitt Bulle – Corpataux
- topographische Massnahmen zur Überwachung von zwei Kunstbauwerken;
- Auswertung der Flugbilder und Orthofotos der Autobahn;
- Eintragungen ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange).
- Abschnitt Corpataux – Fribourg
- topographische Massnahmen zur Überwachung von vier Kunstbauwerken;
- Auswertung der Flugbilder und Orthofotos der Autobahn;
- Eintragungen ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange).
- Abschnitt Fribourg – Düdingen
- topographische Überwachungsmassnahmen für drei Kunstbauwerke;
- Eintragungen ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);

- Erhaltung der Fixpunkte für das Sanierungsprojekt P3;
- spezifische topographische Massnahmen an 3 Bauwerken des Projekts P3.

- Abschnitt Düdingen – Flamatt

- topographische Überwachungsmassnahmen für vier Kunstbauwerke;
- Eintragungen ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);
- Erhaltung des Fixpunktnetzes für das Sanierungsprojekt P3;
- spezifische topographische Massnahmen an 9 Bauwerken des Projekts P3.

Verschiedenes

- Ausarbeitung einer Struktur zur Verwaltung der Daten über die Autobahn in einem geographischen Informationssystem;
- topographische Erhebungen auf den Baustellen der Autobahn.

6. Vergaben

A1 Bauten

- Es wurden 17 Lose im Betrag von 3 925 317 Franken vergeben.

A12 Bauarbeiten

- Es wurden 10 Lose im Betrag von 4 261 848 Franken vergeben.

A1 Unterhalt

- Es wurden keine Lose vergeben.

A12 Unterhalt

- Es wurden 10 Lose im Betrag von 83 047 536 Franken vergeben.

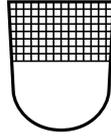
Der Gesamtbetrag der 2002 vergebenen Bau- und Unterhaltsarbeiten beläuft sich auf 91 234 701 Franken.

Öffentliches Beschaffungswesen

Site über das öffentliche Beschaffungswesen (SIMAP). Das AB hat sich aktiv an der Ausführung dieses Projekts für den Kanton Freiburg beteiligt (siehe allgemeinen Teil der Baudirektion), indem es an den verschiedenen Informations- und Ausbildungssitzungen teilgenommen hat.

Publikationen

Des voies romaines à l'autoroute A1, Jean-Pierre Dewarar, Jean-Pierre Dorand, Laurence Margairaz, Autobahnbüro, herausgegeben vom Autobahnbüro, Juli 2002, zu bestellen unter www.bar-fr.ch



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatesrates
für das Jahr 2002

Staatskanzlei

Inhaltsverzeichnis

Staatskanzlei	3
Umsetzung des SVOG	5
Konferenz der Generalsekretäre	5
Interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit	5
Übersetzungsdienst	6
Dienst für Wahlen und Abstimmungen	6
Presse	7
Sekretariat des Grossen Rates	7
Personal	7
Materialzentrale	7

Staatskanzlei

Der Staatsrat hielt 61 Sitzungen ab, wovon 15 für die Ausarbeitung der Regierungsrichtlinien und des Finanzplans für die Legislaturperiode 2002-2006 bestimmt waren, und fasste 2875 Beschlüsse (52 Sitzungen und 2678 Beschlüsse im Jahr 2001). Den Direktionen wurden 961 (1041) Schreiben für Bericht, Antrag oder zur direkten Beantwortung überwiesen. Die Kanzlei beglaubigte 3608 (3849) Schriftstücke. Zudem wurden zahlreiche Bestätigungen, Erklärungen und andere Zertifikate ausgestellt. Der Ertrag der Gebühren ist in der Staatsrechnung unter der Rubrik 3105/431.000 aufgeführt.

Die Regierung hat zu 32 Vernehmlassungsverfahren, die der Bundesrat oder die Departemente und Ämter des Bundes durchführten, Stellung genommen. Der Staatsrat hat beschlossen, wie im Jahr 2001 auf die Zusammenfassung seiner Vernehmlassungsantworten im Rechenschaftsbericht zu verzichten. Dazu muss jedoch gesagt werden, dass alle Grossrätinnen und Grossräte, die das wünschen, den Text der Vernehmlassungsantwort bei der Staatskanzlei einsehen können. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Vernehmlassungsantworten den Freiburger Vertretern in der Bundesversammlung und der Presse mitgeteilt werden. 2002 kamen folgende Vorlagen in die Vernehmlassung:

1. Künftige Entwicklung der Landwirtschaftspolitik des Bundes
2. Neue bilaterale Verhandlungen CH – EU. Stellungnahme zu den Verhandlungsmandaten des Bundesrates (allgemeine Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs, Zinsbesteuerung, Schengen/Dublin)
3. Förderung der Einführung schwefelfreier Treibstoffe; Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz
4. Verordnung über die verbotenen Pflanzen
5. Vorentwurf eines Bundesgesetzes über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz)
6. Teilrevision der Verordnung vom 27. Oktober 1976 über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr
7. Änderung der Verordnung über die Nationalstrassen
8. Bericht und Vorentwurf zum Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
9. Richtlinien für die modulare Berufsbildung
10. Neue Abgrenzung der wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete
11. Vorentwürfe zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung und einem Schweizerischen Jugendstrafverfahren
12. Verordnung zum Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige
13. Änderung der Verordnung über umweltgefährdende Stoffe im Bereich der ozonschichtabbauenden Stoffe und der in der Luft stabilen Stoffe und Änderung der Luftreinhalteverordnung
14. Änderung der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtige organischen Verbindungen
15. Tourismusförderung des Bundes: Verbesserung von Struktur und Qualität des Angebotes
16. Bundesbeschluss über drei Verträge im Bereich der Patente. Revision des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente
17. Änderung des Sortenschutzgesetzes
18. Vorzugspreise für die Beförderung von Zeitungen und Zeitschriften – Entwurf einer Teilrevision der Postverordnung vom 29. Oktober 1997
19. Entwurf für die Revision von Artikel 3a der Bankenverordnung über die Abschaffung der Betriebs Sparkassen
20. Änderung der Artikel 17 ff. der Lärmschutz-Verordnung
21. Bundesgesetz über die Forschung an überzähligen Embryonen und embryonalen Stammzellen
22. Änderung der Klärschlammvorschriften in der Stoffverordnung
23. Änderung der Jodtabletten-Verordnung vom 1. Juli 1992
24. Änderungen des Bundesgesetzes und der Verordnung über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland
25. Entwurf für eine Revision der Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000
26. Verordnung über die Bezeichnung der im Bereich des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes beschwerdeberechtigten Organisationen; Aufnahme des Vereins Alpen-Initiative in die Liste der beschwerdeberechtigten Organisationen
27. Verordnung über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung
28. Änderung des Fernmeldegesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen
29. Parlamentarische Initiative: Verfassungsartikel über den Schutz vor Naturgefahren

30. Verordnung vom 12. April 1995 über die Beiträge des Bundes zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

31. Verordnung über die Messgeräte

32. Revision des Waffengesetzes des Bundes

Der Staatsrat hat an folgenden traditionellen weltlichen und kirchlichen Feierlichkeiten und Anlässen teilgenommen: Fronleichnam, Gedenkfeier zur Schlacht bei Murten, Solemnität, Feier In Memoriam, Europatag und Dies Academicus der Universität Freiburg sowie offizielle Eröffnung des Comptoir suisse.

Er hielt Arbeitstagungen mit den Regierungen der Kantone Neuenburg und Waadt ab.

Der Staatsrat traf sich auch zu Arbeitstagungen mit dem Gemeinderat von Freiburg und dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbandes. Die traditionelle Arbeitstagung mit den Oberamtmännern fand dieses Jahr im Greyerzbezirk statt.

Auf Ersuchen des Staatsrats hin wurde eine Sitzung mit den Mitgliedern der Konferenz des höheren Kaders der Kantonsverwaltung organisiert.

Die Neujahrswünsche wurden nach dem traditionellen Protokoll ausgetauscht. In den Räumen der Kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt nahmen am Empfang teil: der Grossratspräsident, die Präsidentin des Verfassungsrats, der Präsident des Kantonsgerichts, der Präsident des Verwaltungsgerichts, die Vertreter des Bistums, der katholischen kirchlichen Körperschaft, der Synode der Evangelisch-reformierten Kirche und der Israelitischen Kultusgemeinde sowie der Dompropst des Domkapitels St. Nikolaus.

Das Wahlkollegium hielt vier Sitzungen ab, in denen mit der Rechtspflege betraute Personen in ihren Ämtern bestätigt oder ernannt wurden.

Der Staatsrat und das Verwaltungsgericht hatten zwei gemeinsame Sitzungen, um Mitglieder der Enteignungskommission zu ernennen oder in ihren Ämtern zu bestätigen.

Es fanden fünf protokollarische Besuche statt: Die Regierung hat die Botschafter des Libanon, der Ukraine und Italiens in der Schweiz und den Generalkonsul der Russischen Föderation in Genf und denjenigen der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Genf empfangen.

In der Folge wurde eine Delegation der Regierung vom Botschafter des Libanons in der Schweiz und vom Botschafter der Ukraine in der Schweiz eingeladen.

Der Staatsrat hat die Regierung des Kantons Thurgau empfangen.

Die Regierung hat an den Festlichkeiten zur 400-Jahr-Feier der Escalade in Genf teilgenommen.

Sie hat Fabienne Hohl, die im Dezember 2001 von der Bundesversammlung zur Bundesrichterin gewählt wurde, offiziell verabschiedet.

Die Mitglieder des Büros des Ständerates unter dem Vorsitz des Freiburgers Anton Cottier wurden anlässlich ihrer Sitzung in Freiburg von der Regierung zum Essen empfangen.

Der Staatsrat hatte auch die Gelegenheit, Natsagiin Bagabandi, Präsident der Republik Mongolei, anlässlich seines Besuches auf der Arteplage Murten im Rahmen der Expo.02 zu begrüssen.

Beim Halt des Sonderzugs im Bahnhof Freiburg hatte der Staatsrat die Gelegenheit, Yves Christen zu seiner Wahl zum Nationalratspräsidenten zu beglückwünschen; am selben Ort durfte er auch Micheline Calmy-Rey zu ihrer Wahl in den Bundesrat, als Nachfolgerin der zurücktretenden Ruth Dreifuss, gratulieren.

Dem Kanton Freiburg fiel die Ehre zu, den ersten Kantons-tag an der Expo.02 durchzuführen. Aus diesem Grund hat der Staatsrat alle Freiburger Behörden, d. h. den Grossen Rat, den Verfassungsrat, das Kantonsgericht, das Verwaltungsgericht, die geistlichen Behörden, die Gemeinden und die Dienstchefs der Kantonsverwaltung auf Samstag, den 19. Mai 2002 auf die Arteplage Murten eingeladen. Zu dieser Feier wurden auch der Bundesrat und die Regierungen der anderen vier Arteplage-Kantone sowie die Direktion der Landesausstellung eingeladen.

Der Staatsrat hat auf Einladung der religiösen Gemeinschaften an folgenden Essen teilgenommen: am Faschnachtsdonnerstag im Franziskanerkloster, an den Mittfasten im Kapuzinerkloster und am Andachtsessen in der Abtei Altenryf.

Wie jedes Jahr hat er verschiedene Unternehmen im Kanton besucht und so seinen ständigen Bemühungen um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons Ausdruck gegeben. Ausserdem fand auch eine Begegnung mit der Regionaldirektion der UBS AG für die Westschweiz statt. Der Staatsrat hatte auch die Gelegenheit, den Vorstand der Westschweizer Radio- und Fernsehgesellschaft und die Direktion der Feldschlösschen AG zu treffen.

Er traf sich mit den ehemaligen Mitgliedern der Regierung und ihren Ehegatten und Ehegattinnen zu einem gemütlichen Beisammensein.

Der Staatsrat und die freiburgischen National- und Ständeräte haben sich viermal getroffen und insbesondere die den Kanton Freiburg und seine Institutionen betreffenden Probleme erörtert, insbesondere die Ansiedlung des künftigen Bundesverwaltungsgerichts in Freiburg und den Entwurf für einen neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen.

Umsetzung des SVOG

Im neuen Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) wird vom Staatsrat verlangt, dass er in etwa 20 Fällen Gesetzesbestimmungen in einem Ausführungsreglement näher umschreibt; dies muss innert einer Frist von 3 Monaten seit Inkrafttreten des Gesetzes passieren.

In diesem Zusammenhang hat der Staatsrat Prioritäten festgelegt und die Konferenz der Generalsekretäre beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesetzgebung diese Arbeiten zu organisieren und auszuführen.

2002 wurden folgende Projekte bearbeitet oder bereits abgeschlossen:

- Die Zuständigkeiten der Direktionen und der Staatskanzlei wurden festgelegt.
- Die Namen der Direktionen und der Verwaltungseinheiten wurden festgelegt.

Die zentralen Dienste wurden bezeichnet.

- Die neue Organisation der Verwaltung wurde in einem Organigramm festgehalten, das die Unterstellungen und die Zuweisungen der Verwaltungseinheiten umfasst.
- Die Spezialgesetzgebung wurde an das SVOG angepasst.

Im selben Jahr wurden folgende Projekte begonnen:

- Schaffung einer Dienststelle für die Organisation der Kantonsverwaltung
- Ausarbeitung allgemeiner Organisationsregeln für die Verwaltungseinheiten.

Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre unter dem Vorsitz des Staatskanzlers hielt 2002 zehn Sitzungen ab. Während dieser Sitzungen wurden hauptsächlich folgende Themen behandelt: Den Vollzug des Gesetzes über die Organisation des Staatsrats und der Verwaltung, die Übermittlung der Botschaften, Gesetzes-, Dekrets- und Berichtsentwürfe an den Grossen Rat per E-Mail, die Veröffentlichung der Erlasse, der Schutz der Personendaten.

Interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

In seinem Rechenschaftsbericht 1994 hat die Regierung im Kapitel «Staatskanzlei» ihre Tätigkeit im Rahmen der interkantonalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in allen Einzelheiten vorgestellt. Ohne hier noch einmal die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit erklären zu wollen, nennt der Staatsrat im Folgenden die wichtigsten Gegenstände, die von den Konferenzen, an denen seine Mitglieder 2002 teilgenommen haben, behandelt wurden:

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 2002 fünf Plenarversammlungen ab, an denen für unseren Kanton der amtierende Staatsratspräsident oder der Vizepräsident teilnahmen. Unter den wichtigsten Gegenständen, die dabei beraten wurden, seien folgende erwähnt: die neuen bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union, die Verwendung des Ertrags aus den Goldverkäufen der Nationalbank, die Reform des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, die Reform der Volksrechte (Schaffung der Kantonsinitiative), der Beizug der Kantone zur Ausarbeitung des Legislaturprogramms des Bundesrates für die Jahre 2003–2007.

Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (Conférence des Gouvernements de la Suisse occidentale; CGSO)

Die Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (CGSO) hat im Verlauf des Jahres 2002 4 Plenarversammlungen abgehalten. Wie bereits 2001 galt das Augenmerk der CGSO der Beteiligung der Parlamente bei der Aushandlung von interkantonalen Vereinbarungen und Konkordaten. Die Konferenz hat auch ihren Betrieb und die Beziehungen zur Konferenz der Kantonsregierungen geprüft und gewisse Gegenstände, die von letzterer behandelt werden, vordiskutiert. Der Standort des künftigen Bundesverwaltungsgerichts in Freiburg stand auch im Zentrum der Bestrebungen der CGSO, die die Wahl von Freiburg unterstützte.

Espace Mittelland (EM)

Nachdem der EM im Jahr 2000 um die Kantone Waadt und Wallis erweitert wurde, war das Risiko gross, dass sich die Tätigkeit des EM mit derjenigen der bestehenden Westschweizer Organisationen überschneiden würde. Der Regierungsausschuss wünschte deshalb, dass die Tätigkeiten des EM auf einige Themen konzentriert würden, damit eine Verschwendung von Mitteln und Energie verhindert werden kann. Er hat vier Schwerpunkte für Tätigkeiten ausgemacht, bei denen leicht Projekte für multilaterale Zusammenarbeit entwickelt werden können: Schienen- und Strasseninfrastruktur, wirtschaftlicher Aufschwung, Bildung, Forschung und Gesundheit. Das letzte Thema, das für den Moment als zu heikel betrachtet wurde, wird zurzeit nicht weiterverfolgt.

Für jedes schwergewichtige Tätigkeitsgebiet wurde zusammen mit Fachleuten eine Klausurtagung durchge-

führt. Die dabei formulierten Thesen und Vorschläge machten es möglich, einen ersten Zwischenbericht zu verfassen. Die Arbeiten werden fortgesetzt, um die Überlegungen zu vertiefen und einen Massnahmenplan auszuarbeiten, damit die endgültigen Vorschläge umgesetzt werden können.

Die Zusammenarbeit mit dem 2001 gegründeten Förderverein für den EM wurde namentlich mit der Unterstützung der Handelskammern intensiv fortgesetzt.

Anlässlich der Expo.02 wurde das Projekt des EM, «Heimatfabrik», auf der Arteplage Murten gezeigt. Diese originale Präsenz wurde viel beachtet.

Das Parlamentarier-Forum fand am 23. August 2002 an der ETH Lausanne statt. Dabei wurden zwei Themen diskutiert: die Landwirtschaftspolitik 2007 und die Berufsbildung im EM.

Interessengemeinschaft der Grenzkantone zu Frankreich

Der Kanton wird zu den Sitzungen dieser Gemeinschaft eingeladen und nimmt je nach Traktandenliste daran teil. Die Arbeiten dieser Gemeinschaft erstrecken sich auf grenzüberschreitende Probleme.

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Die Westschweizer Mitglieds Kantone der VRE haben den Vorsteher des Departements für Institutionen und auswärtige Beziehungen des Kantons Waadt beauftragt, sie zu vertreten und über die Diskussionen im Büro und an der Generalversammlung der VRE zu informieren. 2002 hat das Büro im April in Exeter (GB) und im Oktober in Brixen (I) getagt. Die Generalversammlung fand am 28. und 29. November 2002 in Neapel statt. Mit der Vertretung der Westschweizer Kantone wurde der Vorsteher des Departements für Finanzen, Landwirtschaft und Äussere Angelegenheiten des Kantons Wallis beauftragt.

Conseil du Léman

Der Kanton wird zu den Sitzungen dieser Gemeinschaft eingeladen und nimmt je nach Traktandenliste daran teil.

Kontaktgremium Bund-Kantone

Das Kontaktgremium hielt 2002 keine Sitzungen ab und entfaltete keine Tätigkeiten. Die Aufgaben dieses Gremiums werden von der Konferenz der Kantonsregierungen übernommen.

Übersetzungsdienst

Für den Übersetzungsdienst bestand die grösste Neuerung des Jahres in der Umstellung des bisherigen Gesetzgebungs- und Publikationsverfahrens auf den 1. Januar 2002.

Die allgemein verbindlichen Erlasse werden seit diesem Datum nicht mehr im Amtsblatt, in der Gesetzessammlung und in der Systematischen Gesetzessammlung (SGF) ver-

öffentlicht, sondern «nur noch» in der neu geschaffenen Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) und in der SGF. Dadurch konnten mehrere, z.T. aufwändige Arbeitsschritte zusammengefasst und vereinfacht werden. Die verschiedenen Formate fallen weitgehend weg, mehrere Kontroll- und Korrekturphasen konnten zusammengelegt werden. Gleichzeitig wurden für die Einreichung der Erlassentwürfe neue Fristen eingeführt, so dass der Dienst für Veröffentlichungen und der Übersetzungsdienst nun in der Regel etwas mehr Zeit zur Verfügung haben, die Entwürfe vor der Staatsratssitzung zu kontrollieren und für den Druck vorzubereiten.

Dank dem grossen Einsatz und der souveränen Beherrschung der Materie durch den Dienst für Veröffentlichungen konnten die auftretenden Schwierigkeiten gemeistert und das neue Verfahren zur Befriedigung aller Akteure umgesetzt werden.

Die Erarbeitung von Terminologie-Blättern – der Beitrag für die Benützung der sehr hilfreichen Terminologiedatenbank der Bundeskanzlei – konnte dank der Mitarbeit einer Praktikantin weitergeführt werden. Dieser Teil des Projekts «Erziehungswesen» dürfte 2003 abgeschlossen werden.

Drei Übersetzerinnen aus zwei Direktionen haben im Verlauf des Jahres ihre Stellen gekündigt; dabei haben sie zum Teil Gründe angegeben, die eine genaue Analyse der Situation und der Befindlichkeit der Übersetzerinnen und Übersetzer rechtfertigen. Erste Ergebnisse werden für das Jahr 2003 erwartet.

Dienst für Wahlen und Abstimmungen

1. Abstimmungen

a) Eidgenössische Abstimmungen

Es fanden vier eidgenössische Abstimmungen statt:

- am 3. März 2002 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:
 1. Initiative für den Beitritt zur UNO (angenommen mit 52 490 gegen 36 250 Stimmen)
 2. Initiative für eine kürzere Arbeitszeit (abgelehnt mit 60 924 gegen 27 630 Stimmen)
- am 2. Juni 2002 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:
 1. Änderung des Strafgesetzbuchs (Schwangerschaftsabbruch) (angenommen mit 38 329 gegen 15 590 Stimmen)
 2. Volksinitiative «für Mutter und Kind» (abgelehnt mit 43 667 gegen 10 047 Stimmen)
- am 22. September 2002 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:
 1. Goldinitiative und Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung»

(die Initiative wurde mit 33 502 gegen 28 630 Stimmen abgelehnt)

(der Gegenentwurf wurde mit 31 998 gegen 29 267 Stimmen abgelehnt)

(Stichfrage: der Gegenentwurf erhielt 30 638 Stimmen gegen 27 502 für die Initiative)

2. Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) (abgelehnt mit 36 107 gegen 26 478 Stimmen)
- am 24. November 2002 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:
1. Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» (abgelehnt mit 37 006 gegen 29 472 Stimmen)
 2. Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (angenommen mit 34 138 gegen 31 706 Stimmen).

b) Kantonale Abstimmung

2002 fand keine kantonale Abstimmung statt.

2. Wahlen

2002 fanden keine Wahlen statt.

Presse

		2002	2001
Pressemitteilungen:	Staatsrat	42	41
	Staatskanzlei	39	37
	Wahlkollegium	4	5
	Staatsrat und Verwaltungsgericht in gemeinsamer Sitzung	2	0
Pressekonferenzen:	Staatsrat	1	0
	Staatskanzlei	24	21

Sekretariat des Grossen Rates

Wie üblich seien einige statistische Daten für das Jahr 2002 erwähnt:

	2002		2001	
	eingereicht	beantwortet	2002	2001
Vom Grossen Rat angenommene Gesetzesentwürfe	20	20	20	20
Vom Grossen Rat angenommene Dekretsentwürfe	22	24	22	24
Berichte zuhanden des Grossen Rates	16	13	16	13
Motionen	24	23	23	23
Postulate	22	17	19	12
Interpellationen ¹	–	–	–	20
Schriftliche Anfragen ¹	–	–	–	7
Anfragen	93	90	77	78

	2002	2001
Sitzungen des Grossen Rates	18	22
Kommissionssitzungen	105	92

¹ Wurden ab 1. Januar 2002 durch die Anfrage ersetzt.

Personal

Am 1. Juli 2002 trat Raymond Boschung, der seit 1987 Kanzleichef und Verantwortlicher für die Wahlen und Abstimmungen war, in den vorzeitigen Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Jean-François Romanens.

Materialzentrale

Allgemeines

Die Materialzentrale beschaffte das Büromaterial, die Maschinen und Apparate für die Dienstabteilungen der Zentralverwaltung und der staatlichen Anstalten. Sie organisierte den unbedingt notwendigen Unterhalt der Büromaschinen und -apparate. Die Materialzentrale gab die Druckerarbeiten des Staates in Auftrag, wobei ein Teil in der staatseigenen Offset-Druckerei ausgeführt wurde. Sie führte die Buchbindearbeiten für die kantonale Verwaltung aus und organisierte die Erfassung der amtlichen Dokumente auf Mikrofilm im Rahmen des vorgesehenen Programms.

Die Materialzentrale hat das erste Jahr ihrer Tätigkeit als Piloteneinheit des Projekts 4 des New Public Management (NPM) begonnen.

Büromaterial

2002 sind die Preise für Büromaterial stabil geblieben, während das Papier leicht billiger wurde. Die Preise für Informatikmaterial (Toner und Tinte) haben sich spürbar erhöht. Die Gelegenheit, die Büroartikel auf der Basis eines Vertrages mit der GRAFOSA (zentrale Einkaufsstelle der kantonalen Materialzentralen der Westschweiz) zu kaufen, macht es möglich, diese zu vorteilhaften Preisen zu erhalten. Neue Verträge, die vorsehen, dass die Fotokopierapparate nach dem System des Tarifs nach Kopien zur Verfügung gestellt werden, wurden von der Einkaufszentrale ausgearbeitet. Der Chef der kantonalen Materialzentrale ist für die nächsten Jahre Verwalter von Grafosa.

Büromaschinen und -apparate

Die Materialzentrale war bemüht, die Anschaffung von Büromaschinen und -apparaten zu rationalisieren, indem sie die für den Kauf in Frage kommenden Marken und Modelle einschränkte. Dabei wurden die bereits in den verschiedenen Abteilungen vorhandenen Einrichtungen berücksichtigt. Die Einkäufe wurden wenn möglich bei freiburgischen Fachhändlern oder bei schweizerischen Fir-

men getätigt, die eine Zweigstelle im Kanton haben und im Kanton wohnhafte Angestellte beschäftigen. Die Materialzentrale ist bemüht, Qualitätsprodukte, die dem tatsächlichen Verwendungszweck in den einzelnen Dienststellen entsprechen, zu möglichst günstigen Preisen einzukaufen. Die neuen Arbeitsmethoden tragen zu einer vermehrten Nutzung der Informatik in allen Teilen der Kantonsverwaltung bei und fördern auch den Gebrauch von Apparaten mit vielseitigen Funktionen (Multimedia), Farbkopierern und Fax.

Unterhalt der Maschinen und Apparate

Die Materialzentrale hat die Maschinen, die im Verlauf des Jahres Defekte aufwiesen, einer eingehenden Prüfung unterzogen und – wo nötig – eine umfassende Reparatur oder einen Austausch von einzelnen Bestandteilen angeordnet. Diese Arbeiten wurden im Kanton ansässigen Fachgeschäften anvertraut.

Drucksachenbüro

Die Tätigkeit des Drucksachenbüros wird durch den Staatsratsbeschluss vom 18. November 1985 über die Stellung und die Aufgaben der Materialzentrale geregelt.

2002 wurde jeder Druckauftrag geprüft, um eine Lösung zu finden, die die technischen und wirtschaftlichen Anforderungen berücksichtigt und gleichzeitig den Wünschen der auftraggebenden Dienststelle weitestgehend entspricht.

Das Drucksachenbüro stand jeder Dienststelle und Anstalt des Staates zur Verfügung und beriet sie in technischer und finanzieller Hinsicht bei der Vorbereitung einer Veröffentlichung oder einer Ausgabe von Dokumenten.

Das Desktop-publishing-System (Electronic Publishing) – das mit den Einrichtungen des grafischen Gewerbes vollständig kompatibel ist – ermöglicht die professionelle Herstellung von Drucksachen aller Art sowie eine wesentlich bessere Darstellung der Drucksachen und eine grössere Flexibilität im Fall einer veränderten Neuauflage. Daneben hilft dieses System auch mit, Druckkosten erheblich zu senken. Es wurde rege beansprucht.

Wenn immer möglich führt die Materialzentrale die Arbeiten im Offset-, im digitalen oder im Farb- oder Schwarzweiss-Fotokopierverfahren in ihrer eigenen Druckwerkstatt aus. Die beiden letzteren Verfahren nehmen beim Erstellen von Dokumenten in der Verwaltung einen immer wichtigeren Platz ein. Das Drucksachenbüro stellte einmal mehr eine Zunahme der Zahl der Farbdokumente, die auf seinen digitalen Ausrüstungen für den Farbdruck (Scanner-Fotokopierer-Drucker) hergestellt werden, fest. Das Drucksachenbüro hat verschiedene Lösungen für den digitalen Farbdruck getestet, da es eine neue Einrichtung anschaffen will, mit der die steigende Nachfrage seiner Benutzer befriedigt werden kann.

Die Materialzentrale hat über 200 000 Farbkopien, 6 000 000 Schwarzweisskopien auf ihrer zentralen Anlage und 2 000 000 Offsetkopien hergestellt. Die Materialzentrale konnte auf die Hilfe von drei Personen im Beschäftigungsprogramm zählen, das erklärt zum Teil die erhöhte

Anzahl der Arbeiten, die in der eigenen Druckerei ausgeführt wurden. Die auftraggebenden Dienststellen übermitteln immer häufiger ihre Dateien in digitaler Form, entweder auf elektronischen Datenträgern oder über E-Mail. Die Anlagen ermöglichen ausserdem die Anfertigung von Broschüren mit Deckblättern in einem einzigen vollautomatischen Arbeitsgang. Es ist auch möglich, Arbeiten mit automatischer Adressierung (Mailing) auf der Grundlage von Adressdateien oder gedruckten Blättern auszuführen und jedes Dokument persönlich zu gestalten.

Die Materialzentrale war bemüht, die Druckaufträge und die Veröffentlichungen des Staates gleichmässig auf die meist im Kanton ansässigen Druckereien zu verteilen, die im Handelsregister eingetragen sind. Als Kriterien für die Erteilung von Aufträgen dienten wie bisher: wirtschaftliche Gesichtspunkte, die Grösse des Unternehmens, die Zahl der Beschäftigten, die Qualität der Arbeit, die Einhaltung der Fristen und im Allgemeinen die Qualität der angebotenen Dienstleistung. Wie oben erwähnt hat das Drucksachenbüro dem finanziellen Aspekt eine besondere Bedeutung zugemessen. Aus diesem Grund wurden bei den Druckereien rund 200 Offerten eingeholt; diese Offerten wurden alle geprüft und miteinander verglichen, bevor die Arbeiten definitiv vergeben wurden.

Bindearbeiten

Die Buchbindewerkstatt führte für die ganze Kantonsverwaltung die Buchbindearbeiten aus.

Halbleinenbände	208 Bände
Leinenbände	779 Bände
Halblederbände	48 Bände
Bände Einbanddecke	333 Bände
Restaurierte Bände	5 Bände
Restaurierung von Registern	20 Bände
Restaurierte Pergament-Bände aus dem 15. Jahrhundert	1 Band
Neue Register	21 Bände
Neue Register in Halbleder	4 Bände
Etuis in Buchform	10 Bände
Total Bände in Handbuchbinderei	1429 Bände

Unter diesen Handbuchbinderei-Arbeiten sind zu erwähnen:

- 1 Goldenes Buch für den den Staatsrat mit Etui in Buchform
- 5 Restaurierungen des Feuerregisters von Freiburg in Ziegenleder (Halbleder)
- 10 Etuis in Buchform für verschiedene Dienststellen
- 4 Collagen von verschiedenen Karten auf Leichtkartons 70 x 100 cm
- 1 Restaurierung eines Notariatsregisters in Pergament aus dem 15. Jahrhundert

Im halbindustriellen Verfahren wurden nicht weniger als 13 895 Broschüren ausgeführt, nämlich 410 Pressbände, 2100 Thermoplastik-Broschüren (Bindo), 2160 Spiraleinbände aus Plastik oder Metall; 8500 Gazeheftungen und 1135 Broschüren, Heftungen und Leinenbände.

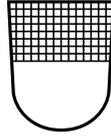
Mikrofilmzentrale

Die Mikrofilmzentrale hat die Aufnahmen auf Mikrofilm der Familienregister und der Karteikarten des kantonalen Amtes für den Zivilstandsdienst fortgeführt. Die Mikrofilmzentrale hat die Aufnahmen von Dokumenten aus dem Staatsarchiv, der Kantons- und Universitätsbibliothek, dem Kulturgüterdienst und dem Franziskanerkloster durchgeführt.

Im Jahr 2002 wurden 119 450 Aufnahmen gemacht, 95 707 auf 35mm-Film und 23 743 auf 16mm-Film.

Weiterbildung

Anlässlich von Studientagen, Ausstellungsbesuchen und anhand einer ausgewählten Dokumentation versucht das Personal der Materialzentrale, sich auf dem Laufenden zu halten über die Neuigkeiten auf dem Schweizer Markt, um die Dienststellen bei Anschaffungen noch besser beraten zu können. Das Verwaltungspersonal der Materialzentrale hat Informatikkurse für die Einführung von SAP/R3 besucht.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatesrates
für das Jahr 2002

Stand der hängigen Motionen und Postulate

Inhaltsverzeichnis

Stand der hängigen Motionen und Postulate	3
1. Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten	3
2. Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	3
3. Direktion des Innern und der Landwirtschaft ...	4
4. Volkswirtschafts-, Verkehrs- und Energiedirektion	4
5. Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion	4
6. Finanzdirektion	5
7. Baudirektion	5
8. Staatskanzlei	5

Stand der hängigen Motionen und Postulate

Artikel 78 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates

Dieser Artikel schreibt vor: «Der Staatsrat unterbreitet dem Grossen Rat jedes Jahr in seinem Rechenschaftsbericht einen besonderen, hinreichend begründeten Bericht über den Stand der hängigen Motionen und Postulate und über die Folgen, die er ihnen gegeben hat oder zu geben gedenkt.»

Dieser besondere Teil des Rechenschaftsberichts enthält somit:

- a) die Motionen, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;
- b) die Postulate, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde.

Hingegen sind nicht enthalten die Motionen und Postulate, die der Staatsrat noch nicht beantwortet hat, da die gesetzliche Frist noch nicht abgelaufen ist, sowie die Motionen und Postulate, deren Erheblicherklärung der Grosse Rat abgelehnt hat.

Bemerkung:

Dieser Teil des Rechenschaftsberichts ist für die Beratung im Grossen Rat nach Direktionen gegliedert.

1. Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten

Motionen

Jacques Baudois/Bernard Garnier: Sprachenlernen während der obligatorischen Schulzeit, am 2. Oktober 2001 erheblich erklärt: Das Büro des Grossen Rates hat für den Bericht eine Fristverlängerung bis Oktober 2003 bewilligt.

Monique Fahrni-Herren/Ursula Krattinger-Jutzet: Berufsauftrag für Lehrpersonen aller Unterrichtsstufen, am 10. Mai 2000 als Postulat erheblich erklärt. Ein Bericht wurde dem Grossen Rat 2001 vorgelegt, der ihn am 20. März 2002 zur Kenntnis genommen hat.

Postulate

Marie-Louise Rudaz/Damien Piller: Zweistufenmodell: Vorbereitungen zur PH und Erwachsenenmatur: Ein Bericht wurde dem Grossen Rat 2001 vorgelegt; der Grosse Rat hat ihn am 20. März 2002 zur Kenntnis genommen.

Stéphane Gmünder/Pierre-Noël Bapst: «Doping ist Selbstbetrug»: Der Grosse Rat hat den Bericht am 17. September 2002 zur Kenntnis genommen.

Josef Fasel: Aufgabenteilung, Verteiler und Berechnung im Schulbereich: Der Grosse Rat hat vom Bericht am 11. Dezember 2002 Kenntnis genommen.

Solange Berset/Isabelle Chassot: Kantonsbeiträge für Kultur: Der Grosse Rat hat den Bericht am 17. September 2002 zur Kenntnis genommen hat.

Solange Berset: Vereinbarungen mit der SMKF (Schule für Multimedia und Kunst Freiburg), am 9. Oktober 2001 erheblich erklärt; das Büro des Grossen Rates hat für den Bericht eine Fristverlängerung bis April 2003 bewilligt.

Martin Tschopp/Max Felser: Drohender Lehrermangel im Kanton Freiburg, am 18. Oktober 2001 erheblich erklärt; der Grosse Rat hat den Bericht am 11. Dezember 2002 zur Kenntnis genommen.

Christine Bulliard/Beat Vonlanthen: Einrichtung einer Schulleitung an den Primarschulen, am 12. November 2002 erheblich erklärt; ein Bericht wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.

2. Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

Motion

Charles-Antoine Hartmann: Teilrevision der Staatsverfassung (Art. 64; Schaffung eines Obersten Justizrates), Erheblicherklärung am 20. Juni 2001: Ein Entwurf für ein Verfassungsdekret wurde dem Grossen Rat am 29. Oktober 2002 unterbreitet.

Postulate

Louis-Marc Perroud: Wahl der Berufsmagistraten durch den Grossen Rat (die Motion wurde am 17. Februar 1998 in ein Postulat umgewandelt): Ein Bericht wurde dem Grossen Rat vorgelegt, der am 18. September 2002 davon Kenntnis genommen hat.

Dominique Virdis Yerly: Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger (Jugenddelinquenz), Erheblicherklärung am 12. Dezember 2002. Dem Grossen Rat wird in der gesetzlichen Frist ein Bericht unterbreitet.

3. Direktion des Innern und der Landwirtschaft

Motionen

Georges Godel/Francis Maillard: Begleitmassnahmen für eine leichtere Anpassung der Freiburger Landwirtschaft an die neuen Gegebenheiten der schweizerischen Agrarpolitik, erheblich erklärt am 19. Februar 1997: Dem Vorstoss wird im Rahmen der laufenden Ausarbeitung der kantonalen Landwirtschaftsgesetzgebung Folge geleistet.

Madeleine Genoud-Page: Artikel 20 des Gesetzes über die Gemeinden (Wiedererwägung), erheblich erklärt am 22. Juni 2001: Ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden wird dem Grossen Rat im November 2003 unterbreitet.

Beat Vonlanthen/Jean-Pierre Dorand: Preis zur Förderung der Zweisprachigkeit und des Verständnisses zwischen den Sprachgemeinschaften, begründet am 20. März 2002: Das Büro hat für die Beantwortung am 25. Oktober 2002 eine Fristverlängerung bewilligt. Eine Antwort wird dem Grossen Rat somit im Verlauf des Jahres 2003 vorgelegt.

Louis Duc: Schaffung eines Schlichtungsorgans im Kanton, begründet am 3. Mai 2002: Das Büro hat für die Beantwortung am 25. Oktober 2002 eine Fristverlängerung bewilligt. Eine Antwort wird dem Grossen Rat somit im Verlauf des Jahres 2003 vorgelegt.

Christine Schneuwly: Neues Gesetz über die Hundehaltung (begründet am 3. Mai 2002): Das Büro hat für die Beantwortung am 25. Oktober 2002 eine Fristverlängerung bewilligt. Eine Antwort wird dem Grossen Rat somit im Verlauf des Jahres 2003 vorgelegt.

Postulate

Gilbert Cardinaux: Gesetz über die Gemeindesteuern, erheblich erklärt am 10. Mai 2000: Ein Bericht wurde dem Grossen Rat Ende 2002 unterbreitet.

Gilbert Cardinaux/Fritz Burkhalter: Erhaltung von Schlachthöfen im Kanton, erheblich erklärt am 15. November 2000: Ein Bericht wurde dem Grossen Rat im November 2002 unterbreitet.

Jean-Pierre Dorand: Finanzausgleich zugunsten der Städte mit Zentrumsfunktion, begründet am 10. Mai 2001: Die Antwort auf dieses Postulat wurde dem Grossen Rat Ende 2002 übermittelt, wird jedoch erst 2003 behandelt.

Jean-Louis Romanens/Willy Audergon: Bussen bei der Ausübung der Jagd, erheblich erklärt am 9. November 2001: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Verlauf des Jahres 2003 vorgelegt.

Michel Losey/Joe Genoud: Neuer Schlüssel für die Berechnung der Finanzkraft und neue Klassifikation der Gemeinden, begründet am 12. Juni 2002: Die Antwort wird dem Grossen Rat im Laufe des 1. Quartals 2003 unterbreitet.

4. Volkswirtschafts-, Verkehrs- und Energiedirektion

Motionen

Louis-Marc Perroud: Kantonales Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege und *Beat Vonlanthen:* Gesetz über Fuss- und Wanderwege: Diese Motionen wurden am 12. Juni 2002 erheblich erklärt; sie werden in der laufenden Revision des Gesetzes vom 20. September 1990 über den Tourismus berücksichtigt.

Postulate

Dominique Rhême/Jean-Pierre Dorand: Schaffung eines Wissenschafts- und Technologieparks «Perolles-Ebene», erheblich erklärt am 19. Juni 2001: Der Grosse Rat hat den Bericht am 19. September 2002 zur Kenntnis genommen.

Laurence Terrin/Michel Monney: Ausbau des Angebots im öffentlichen Verkehr, erheblich erklärt am 19. September 2002: Dem Grossen Rat wird 2003 ein Bericht unterbreitet.

Nicolas Bürgisser: Bahnerschliessung der hinteren Perolles-Ebene, erheblich erklärt am 15. November 2002: Dem Grossen Rat wird 2003 ein Bericht unterbreitet.

5. Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion

Motion

Catherine Keller-Studer: Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Nichtzahlung der Prämien, Rückbehalt auf Gehaltsbezügen), am 7. November 2001 erheblich erklärt. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Gemeinde- und Kantonsvertretern, wurde ernannt und beauftragt, ein Vorprojekt für eine Gesetzesänderung im Sinne der Motion auszuarbeiten.

Postulate

Françoise Morel/Antoinette Romanens: Kantonalisierung der Strukturen des Gesundheitswesens: Spitäler, Pflegeheime, spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe, am 11. Februar 2000 erheblich erklärt. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, die im Postulat aufgeworfene Problematik zu studieren. Sie wird ihren Bericht der Steuerungsgruppe im ersten Semester 2003 überreichen.

Antoinette Romanens/Isabelle Chassot: Gesetz vom 20. Mai 1986 für Hilfe an Heime für Behinderte und Schwererziehbare, am 20. März 2002 für erheblich erklärt. Der entsprechende Bericht wird in die Botschaft zur Umgestaltung der kantonalen Gesetzgebung über die Hilfe an Sonderheime integriert.

6. Finanzdirektion

Motionen

Louis-Guy Vorlet / Robert Biemann: Änderung des Gesetzes über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern in dem Sinn, dass für Grundstückerwerb bei Zwangsverwertung eine Bemessungsgrundlage verankert wird, die - unabhängig vom Verkehrswert - nur dem vereinbarten Preis entspricht. Die Motion wurde am 17. November 1999 erheblich erklärt. Der Staatsrat hat dem Grossen Rat im Rahmen der Botschaft über die strukturellen Massnahmen zur Verbesserung des Finanzhaushalts des Staates (Botschaft Nr. 286 vom 13. Februar 2001) den Aufschub der Gesetzesänderung auf das Jahr 2004 beantragt. Dieser Antrag wurde im April 2001 vom Grossen Rat gutgeheissen.

Jean-Jacques Collaud: Änderung bei den Disziplinarverfahren gegen Richterinnen und Richter oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates dahingehend, dass die Entscheide der Anzeige erstattenden Person mitgeteilt werden. Die Motion wurde am 9. Mai 2001 erheblich erklärt. Das Gesetz über die Gerichtsorganisation wurde mit einem neuen Artikel 114ter ergänzt, wonach die Behörde der Anzeige erstattenden Person mitteilt, ob der Anzeige Folge gegeben wurde oder nicht. Eine gleiche Bestimmung für das Staatspersonal ist in Artikel 112 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege verankert.

Paul Vonlanthen: Änderung der Gesetzgebung über die Pensionsregelung der Magistraten. Die Motion wurde am 19. September 2001 erheblich erklärt: Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe bestehend aus Grossratsmitgliedern und Magistraten eingesetzt, die in Zusammenarbeit mit einem externen Experten und dem Personalamt einen Entwurf vorbereitet. Dieses Dossier wird im Jahr 2003 dem Grossen Rat unterbreitet.

Georges Godel/Jean-Louis Romanens: Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern, mit dem Ziel, dass die Kapitalgewinne der Selbstständigerwerbenden als Leistung der Säule 3a gelten und dementsprechend besteuert werden. Diese Motion wurde am 19. März 2002 erheblich erklärt. Der Staatsrat wird dem Grossen Rat einen Antrag unterbreiten, sobald sich das eidgenössische Parlament zu diesem Thema hinsichtlich der direkten Bundessteuer und im Gesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden geäussert hat.

Rudolf Vonlanthen: Einführung einer Schuldenbremse mit der Pflicht, dass bei jedem neuen Erlass, der Mehrausgaben zur Folge hat, zum Ausgleich andere Erlasse geändert werden. Diese Motion wurde am 19. März 2002 erheblich erklärt und zur Prüfung an den Verfassungsrat überwiesen, wie in der Antwort des Staatsrates vorgeschlagen. Der in die Vernehmlassung geschickte Verfassungsentwurf hat sich an dieser Motion orientiert.

André Ackermann: Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (DStG) dahingehend, dass die ab 2003 vorgesehene weitere Herabsetzung des Steuertarifs um 2 % auf das Jahr 2006 aufgeschoben wird. Der Grosse Rat hat diese Motion am 19. Juni 2002 erheblich erklärt und das DStG auf Antrag des Staatsrates am 12. Juni 2002 mit Wirkung ab 2005 geändert.

Postulat

Beat Vonlanthen / Charly Haenni: Bericht über die Informatik-Applikationen beim Staat Freiburg in Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft (Guichet virtuel, E-Government, E-Voting), am 7. März 2001 erheblich erklärt. Im Jahr 2003 wird ein Bericht über die durchgeführten und laufenden Arbeiten vorgelegt.

7. Baudirektion

Postulat

Michel Losey/Charly Haenny: Einführung von Verträgen des Typs «contrats nature» zwischen Besitzern von Ferienhäusern am Südufer des Neuenburgersees und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, erheblich erklärt am 1. Juni 2002. Dem Grossen Rat wird in der gesetzlichen Frist ein Bericht unterbreitet.

8. Staatskanzlei

Motion

Solange Berset/Dominique Rhême: Gesetz über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu den Akten, erheblich erklärt am 9. Februar 2001. Der Grosse Rat hat für die Ausführung dieser Motion eine Frist von 2 Jahren gewährt; die Vorbereitungsarbeiten wurden nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Organisation des Staatsrats und der Verwaltung begonnen.

